



Währung und Wirtschaft  
in  
Polen, Litauen, Lettland  
und  
Estland

von

Dr. O. Lehnich.

Mit Kursübersichten  
und zwei graphischen Darstellungen.

Berlin  
Verlag von R. L. Prager  
1923

Meinen Eltern.

## Vorwort.

Die vorliegende Arbeit soll ein Bild der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse Polens, Litauens, Lettlands und Estlands bis gegen Ende des Jahres 1922 geben. Lehrreich und reizvoll zugleich ist es, zu verfolgen, wie hier auf durch den Weltkrieg aufs schwerste erschüttertem Boden sich selbständige Wirtschaftsgebiete bilden und neue Währungs- und Wirtschaftsformen entstehen. Das Problem der Loslösung und des Heranreifens neuer Währungen sowie der Durchführung von Währungsreformen tritt uns bei den einzelnen Staaten in verschiedener Weise entgegen. Insbesondere soll gezeigt werden, wie die allgemeine wirtschaftliche Struktur und die allgemeine Wirtschaftspolitik der neuen Nationalstaaten den Gang der monetären Entwicklung bestimmt haben.

Es ist mir eine angenehme Dankespflicht, darauf hinzuweisen, dass Herr Geh. Regierungsrat Professor Dr. W a g e m a n n die Anregung zu dieser Arbeit und zur Formulierung ihres Themas gegeben hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich vor allem auch Herrn Geheimrat Professor Dr. S e r i n g, Herrn Geheimrat Professor Dr. v o n Z w i e d i n e c k - S ü d e n h o r s t, Herrn Professor Dr. H o e t z s c h, Herrn Professor Dr. H e s s e sowie den einzelnen Herren der Gesandtschaften der Länder, mit denen sich meine Arbeit befasst, für ihre freundliche Unterstützung und Beratung meinen Dank aussprechen..

Berlin-Halensee, im Februar 1923.

Der Verfasser.

# Inhaltsübersicht.

<b>Vorwort</b> . . . . .	S. IV
--------------------------	-------

## Teil I. P o l e n.

<b>Einleitung</b> . . . . .	S. 3
-----------------------------	------

<b>I. Die Vorgeschichte der polnischen Währung</b> .	S. 5
--	------

Die Währungsverhältnisse im deutschen Besatzungsgebiet:

Die automatische Kontingentierung des Rubels und das Einströmen der deutschen Mark S. 5. — Die deutschen Währungsmaßnahmen allgemein S. 7. — Die Errichtung der polnischen Landesdarlehnskasse nach der Proklamation des Königreichs Polen S. 9. — Weitere Währungsverordnungen S. 11. — Währungsverordnungen und Entwicklung im österreichisch-ungarischen Besatzungsgebiet S. 13. — Das Währungsbild am Ende der Okkupationszeit S. 14.

<b>II. Die Währungsgesetzgebung in der polnischen Republik</b> . . . . .	S. 16
--	-------

1. Die währungspolitischen Aufgaben des polnischen Staates.

Die Staatsunabhängigkeit und das Geldwesen S. 16. — Die Währungseinheit und die Währungsvereinheitlichung S. 17. — Die ersten währungspolitischen Massnahmen S. 18. — Der Kriesnotenprozess S. 19. — Die währungspolitische Seite des Kriesnotenprozesses S. 22.

2. Wilde Währungsgesetzgebung.

Die Namensfrage S. 23. — Die österreichisch-ungarische Krone in Polen S. 25. — Die Vereinlichungsversuche S. 26. — Das Problem der „Zloty“-Währung S. 28.



3. Die polnische Währungsgesetzgebung auf Grund vorbereitender Untersuchungen.

Die Auffassung von der Währungsreform S. 30. — Das Projekt der Währungsenuete: Frankähnliche Geldeinheit S. 31. — Verschiedener Kurs für Verbindlichkeiten (S. 32.) — und für das Bargeld (S. 33.) — Das Projekt der Unifikation S. 34. — Die Vereinheitlichungspraxis S. 35. — Das Gesetz vom 20. November 1919 (Ausschaltung der deutschen Mark) S. 37. — Die währungspolitische Bedeutung dieses Gesetzes S. 39. — Das Gesetz vom 15. Januar 1920 (Einlösung der österreichisch-ungarischen Krone) S. 41. — Die Stellung der deutschen Mark und österreichischen Krone in Polen S. 42. — Der russische Rubel in Polen S. 44. — Die Währungsverhältnisse in Ost-Oberschlesien S. 45.

### **III. Die Kursentwicklung der polnischen Mark . S. 48**

Die Währungsfrage in der Nachkriegszeit S. 48. — Der Währungszusammenbruch Mitteleuropas S. 48. — Die Währungsfrage in der ersten Zeit der Selbständigkeit S. 50. — Die Bewertung bis September 1921 S. 52. — Die Beziehungen zwischen der deutschen und polnischen Mark S. 53. — Die Bewertung seit Oktober 1921 S. 54. — Der Einfluß der Währungsregelung in Ost-Oberschlesien auf den Kurs S. 56.

### **IV. Der polnische Staat . . . . . S. 57**

Die Lebensfähigkeit und die Ausdehnung des Staates S. 57. — Gebietsgröße und Bevölkerungszahl S. 58. — Die Bevölkerungsverteilung S. 59. — Die Nationalitätenfrage S. 60. — Die Kriegsverwicklungen S. 61. — Der Krieg gegen Russland S. 62.

### **V. Die Landwirtschaft . . . . . S. 64**

Agrar- oder Industriestaat S. 64. — Der Entwicklungsstand S. 65. — Die landwirtschaftliche Bilanz Kongress-polens S. 66. — Brotgetreide (S. 66.) — Kartoffeln (S. 68.) — Zuckerrüben (S. 69.) — Gesamtergebnis (S. 69.) — Die landwirtschaftliche Industrie S. 70. — Die Viehzucht S. 70. — Der Ertrag der Landwirtschaft seit dem Weltkrieg und in Zukunft S. 71. — Der landwirtschaftliche Wiederaufbau S. 73. — Die durch die Währungsentwertung bedingte Wirtschaftspolitik S. 74. — Die Grundbesitzverteilung S. 75. — Die Agrarreform S. 77. — Die Währung und der landwirtschaftliche Aufbau S. 79. — Die Forstwirtschaft S. 80. — Die landwirtschaftliche Entwicklung seit 1918 S. 81.

**VI. Die Bodenschätze . . . . . S. 83**

Die Bodenschätze allgemein S. 83. — Die Kohlenversorgung vor der Zuteilung Ost-Oberschlesiens S. 83. — Das Kohlenproblem Polens S. 85. — Die Kohlenfrage nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens S. 88. — Die Braunkohle S. 89. — Die Erdölgewinnung S. 89. — Andere Bodenschätze (Erdgas, Erdwachs, Salz, Kali) S. 91. — Die Eisenerz-Förderung und Verhüttung in Kongresspolen unter dem Einfluß der russischen Wirtschaftspolitik S. 91. — Das Eisenerz und die Eisenindustrie nach dem Hinzutreten Ost-Oberschlesiens S. 93. — Zinn, Blei, Schwefel, Kupfer, Kalk S. 94. — Die Entwicklungsaussichten S. 95.

**VII. Die Industrie . . . . . S. 96**

Das Problem der industriellen Entwicklung nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens S. 96. — Die kongresspolnische Industrie und ihre Entwicklung innerhalb Russlands S. 97. — Die Textilindustrie vor dem Weltkrieg S. 99. — Die Entwicklung der Textilindustrie in der Nachkriegszeit S. 101. — Die Industriezweige Ost-Oberschlesiens S. 103. — Die eigenproduzierende Industrie S. 104. — Die Zink- und Bleiproduktion S. 105. — Die metallverarbeitende Industrie S. 106. — Andere Industriezweige (Holz, Papier, Naphtha, Zement, Leder) S. 106. — Das ausländische Kapital S. 107.

**VIII. Der Handel und die Handelsbeziehungen S. 109**

Der Handel im neuen Polen S. 109. — Die Bedeutung der Handelsbeziehungen S. 110. — Die bisherige Einstellung S. 110. — Die Beziehungen zu Rußland S. 112. — Das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland S. 113. — Polen gegen Russland und Deutschland S. 115. — Polen zu Frankreich S. 116. — Polen und England S. 116. — Der Zugang zur Ostsee und zum Schwarzen Meer S. 117.

**IX. Das Verkehrswesen . . . . . S. 118**

Das Verkehrswesen in Kongresspolen S. 118. — Die gegenwärtigen Verkehrsprobleme S. 119. — Der Mangel an rollendem Material S. 119. — Die Fortschritte im Verkehrswesen S. 121. — Ost-Oberschlesien und das Verkehrswesen S. 121. — Die Tarifpolitik und das Defizit der Eisenbahn S. 122. — Die Wasserstraßen S. 123. — Die Schifffahrtsliga S. 124. — Die Landstrassen S. 125. — Die Belastung durch die Notwendigkeit des Ausbaues des Verkehrswesens S. 125.

**X. Die Handels- und Zahlungsbilanz . . . . S. 126**

Das Problem der polnischen Bilanzverhältnisse S. 126

— Das Defizit Kongresspolens S. 126. — Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsbilanz S. 127. — Die Gestaltung der Handelsbilanz seit Bestehen des Staates S. 128. — Die Wertverhältnisse in der polnischen Handelsbilanz S. 129. — Die Verteilung der polnischen Einfuhr und die Bedeutung Deutschlands S. 130. — Die Aussichten der polnischen Wirtschaftsbilanz S. 131. — Die einzelnen Wirtschaftszweige unter dem Gesichtswinkel der Wirtschaftsbilanz S. 132.

## **XI. Die Finanzbilanz . . . . . S. 134**

Die Finanzverhältnisse und der Währungszusammenbruch S. 134 — Die Steuerfrage S. 134. — Die Einkommensteuer S. 135. — Die ausserordentliche Staatsabgabe und der Versuch einer Finanzreform S. 136. — Die Gestaltung der Budgetverhältnisse S. 137. — Ergebnis der Sanierungsarbeit des Finanzministers Michalski S. 138. — Das Budget des Jahres 1922 S. 139. — Die Finanzlage S. 141. — Anleihschwierigkeiten S. 141. — Die innere und äussere Verschuldung des Staates S. 142. — Die Entwicklung des Notenumlaufs S. 143. — Der Metallbestand der polnischen Landesdarlehnskasse S. 144.

## **XII. Der Zusammenbruch und die Reform der Währung . . . . . S. 146**

Die Wirtschaftsbasis und die Finanzlage S. 146. — Die Preisbewegung S. 146. — Die Entwicklung der Löhne S. 149. — Regelung des Warenverkehrs mit dem Auslande S. 150. — Der Gesetzeskampf gegen die Geldentwertung S. 152. — Die Devisenzentrale (S. 152.) — Bestimmungen zur Regelung des Valutaverkehrs (S. 153.) — Der Kampf gegen die Spekulation S. 154. — Der Erfolg der gesetzlichen Massnahmen S. 155. — Die Kreditverhältnisse S. 155. — Die Kreditnot von Wirtschaft und Staat S. 156. — Die Währungsreformpläne in Polen S. 157. — Die Goldanleihe S. 158. — Das Problem der polnischen Währungsgesundung S. 159. — Die Stabilisierungsmöglichkeit S. 160.

# **Teil II. Litauen.**

## **Einleitung . . . . . S. 163**

## **I. Geschichte der litauischen Währung . . . S. 166**

Der Zarenrubel S. 166. — Der Oberostrubel S. 166. — Das Oberostgeld und die deutsche Markwährung S. 167. —

Die Darlehnskasse Ost S. 168. — Das Oberostgeld und die litauische Selbständigkeit S. 169. — Das russische Geld im litauischen Staate S. 170. — Vom Zarenrubel zum Sowjetrubel S. 171. — Die Umrechnungsfrage S. 172.

## **II. Litauische Währungsprobleme . . . . . S. 174**

Die Frage des Währungswechsels S. 174. — Die deutsche Reichsmark in Litauen S. 174. — Die Bedeutung der deutschen Mark für die „Ostmarkwährung“ S. 175. — Der Verzicht auf die Notenpresse S. 176. — Die finanziellen Schwierigkeiten S. 176. — Der Plan einer garantierten Währung S. 177. — Die Vorteile der bisherigen litauischen Währungspolitik S. 178.

## **III. Das Problem einer unabhängigen litauischen Währung . . . . . S. 179**

Der Krieg und die Währungsentwicklung S. 179. — Das litauische und das deutsche Wirtschaftsgebiet im Kriege S. 179. — Das Geld in der Kriegswirtschaft S. 180. — Die notwendigen Folgen der wirtschaftlichen Uebergangsbilanz S. 181. — Der Sturz der deutschen Mark und die Frage des Währungswechsels S. 182.

## **IV. Die Landwirtschaft . . . . . S. 184**

Die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor S. 184. — Die Entwicklungsmöglichkeiten und die Erträge S. 185. — Die Viehzucht S. 187. — Die Bodenbesitzverteilung S. 188. — Die Beurteilung der Bodenbesitzverteilung S. 189. — Das Problem der Agrarreform S. 191. — Plan und Durchführung der Agrarreform S. 192. — Landwirtschaftliche Organisationsfragen S. 193. — Die Forstwirtschaft einst und jetzt S. 194.

## **V. Die Lage der übrigen Wirtschaftszweige . . . S. 197**

Die Bodenschätze S. 197. — Die Bedeutung der litauischen Industrie. S. 198. — Die industrielle Entwicklung S. 198. Das Verkehrswesen S. 199. — Die Eisenbahnen (S. 199.) Die Land- und Wasserstrassen (S. 200.) — Die Handelsbeziehungen S. 201. — Der Transitverkehr S. 202.

## **VI. Die wirtschaftlichen Bilanzverhältnisse und die Währungspolitik . . . . . S. 203**

Die Aussenhandelspolitik S. 203. — Die Entwicklung der Handelsbilanz S. 204. — Die Verteilung der Ein- und Ausfuhr S. 205. — Die Bedeutung Deutschlands für den litauischen Aussenhandel und die währungspolitischen Folgen S. 205.



- VII. Die Finanz- und Kreditverhältnisse** . . . . . S. 207  
Die ersten finanziellen Hilfsmittel S. 207. — Budgetverhältnisse S. 208. — Währungssturz und Finanzlage S. 208. Das Kreditwesen S. 209. — Das Kreditproblem und der Währungszusammenbruch S. 210.
- VIII. Die neue litauische Währung** . . . . . S. 212  
Das Problem der litauischen Währung S. 212. — Das Währungsgesetz S. 213. — Die Emissionsbank S. 214. — Die zukünftige Währungspolitik S. 215.

## Teil III. Lettland und Estland.

- Einleitung** . . . . . S. 217
- I. Lettland** . . . . . S. 221
- 1. Die Währungsgeschichte** . . . . . S. 221  
Die Währungsverhältnisse bis zur Einführung der eigenen Währung S. 222. — Die Rechtsunsicherheit S. 222. Die lettländische Rubelwährung S. 223. — Das Geld der „Westrussischen Regierung“ S. 223. — Das Gesetz über das einzige Zahlungsmittel vom 18. III. 1920. S. 224. — Die Vorbereitungen zur Währungsreform S. 225. — Die Reform und Gesundung der Währung S. 226. — Die Neuordnung des Geldwesens S. 228. — Die Staatsbank S. 229.
- 2. Die Landwirtschaft** . . . . . S. 231  
Die Entwicklungsgrundlagen S. 231. — Die Anbauverhältnisse S. 232. — Die Viehzucht S. 233. — Der Aufbau der Landwirtschaft S. 233. — Das Problem der Agrarreform S. 235. — Die Forstwirtschaft S. 236.
- 3. Die Bodenschätze und die Industrie** . . . . . S. 238  
Die Bodenschätze S. 238. — Die Industrie vor dem Weltkrieg und jetzt S. 239. — Die Wirtschaftspolitik und die industrielle Entwicklung S. 240. — Die Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Industriezweige S. 242. — Die Papierindustrie S. 242. — Staatliche Unterstützungen S. 243. Das ausländische Kapital S. 244.
- 4. Handel und Verkehr** . . . . . S. 245  
Die Lage von Industrie und Handel S. 245. — Die Bedeutung Lettlands als Transithandelsland S. 245. — Die Handelsbeziehungen vor dem Kriege S. 246. — Die Ent-

wicklung des Durchgangsverkehrs seit 1918 S. 247. — Der Stand des Schifffahrtswesens S. 248. — Das Eisenbahnwesen S. 249. — Ausstellungen S. 250. — Die Handelsbeziehungen, im besonderen zwischen Lettland und Deutschland S. 251.

5. Die Handels- und Zahlungsbilanz . . . . . S. 254

Die Entwicklung der Handelsbilanz S. 254. — Der Entwicklungsstand S. 255. — Die Verteilung des Aussenhandels S. 256. — Die Aussichten der Zahlungsbilanz S. 258. — Zahlungsbilanz und Währungsreform S. 259.

6. Die Finanzlage und die Kreditverhältnisse . . . . S. 260

Währungspolitische Finanzmassnahmen S. 260. — Die Finanzlage des Staates S. 260. — Die Finanzpolitik des Finanzministers Kalning S. 261. — Die Budgetaussichten 1922—23 S. 262. — Die Gestaltung der Kreditverhältnisse S. 263. — Die Bedeutung der Emissionsbank S. 264.

7. Die Währungs- und Wirtschaftspolitik . . . . . S. 266

Die bisherige Währungs- und Wirtschaftspolitik S. 266. — Ihre Folgen S. 266. — Währungsgesundung auf Kosten der Wirtschaft S. 268. — Die anormale Lage S. 268. — Die Zollpolitik S. 269. — Die Erfordernisse der Wirtschaftspolitik S. 270.

II. Estland . . . . . 271

1. Der estnische Staat . . . . . S. 271

Estland und Lettland S. 271. — Vom Krieg zum Frieden S. 271. — Die Grösse Estlands S. 272.

2. Die Geschichte der estnischen Mark . . . . . S. 274

Der Weg zur eigenen Währung S. 274. — Der Währungswechsel S. 274. — Währung und Kriegsfinanzen S. 275. — Die Währungsentwicklung S. 276.

3. Die Landwirtschaft . . . . . S. 278

Der Vorkriegsstand S. 278. — Die Entwicklungsmöglichkeiten S. 279. — Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse im heutigen Estland S. 279. — Die gegenwärtige landwirtschaftliche Bilanz im Vergleich zur Vorkriegszeit S. 281. — Das Problem der Grundbesitzverteilung S. 281. — Die Agrarreform S. 282. — Die Durchführung und Wirkung der Agrarreform S. 284.

4. Die Industrie . . . . . S. 286

Die wirtschaftliche und rechtliche Entwicklungsbasis S. 286. — Die Bodenschätze S. 287. — Die Entwicklung der Brennschiefergewinnung S. 288. — Die gegenwärtige



Lage der Industrie S. 289. — Die metallverarbeitende Industrie S. 289. — Die Textilindustrie S. 290. — Die übrigen Industriezweige S. 290.

**5. Handel und Verkehr . . . . . S. 292**

Estland als Transitland S. 292. — Reval als Transit-hafen vor dem Kriege und jetzt S. 292. — Der Transit-Verkehr nach Russland S. 293. — Der Revaler Schiffsver-kehr in der Nachkriegszeit S. 294. — Die allgemeine Ent-wicklung des Wirtschaftslebens S. 295. — Handelsverträge S. 296. — Das Verkehrswesen und der Transithandel S. 297.

**6. Die Handels- und Zahlungsbilanz . . . . . S. 299**

Die Entwicklung der Handelsbilanz S. 299. — Der gegenwärtige Stand der Handelsbilanz S. 301. — Die Ver-teilung des Aussenhandels S. 302. — Die Zahlungsbilanz S. 303.

**7. Die Finanzverhältnisse . . . . . S. 304**

Die Entwicklung der Finanzbilanz S. 304. — Die ge-genwärtige Finanzlage S. 304. — Ein Vergleich zwischen Estland und Lettland S. 305. — Die innere Gesundheit S. 306.

**8. Wirtschafts- und Währungspolitik . . . . . S. 307**

Die Wirtschaftspolitik und das Fallen der estnischen Mark S. 307. — Die Wirtschaftspolitik nach der Stabili-sierung der Währung S. 308. — Die gegenwärtige Lage S. 308.

**Anhang . . . . . S. 310**

Kurstabellen.

Gesetzesmaterial.

Literaturverzeichnis.

**Graphische Darstellungen.**

Teil I.

# POLEN.

## Einleitung.

Polen war als selbständiger Staat 121 Jahre lang von der Bildfläche verschwunden. In dieser Zeit war das polnische Gebiet auf die drei Nachbarstaaten — Deutschland, Russland und Oesterreich — verteilt, bis Polen im Jahre 1916 von Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Königreich proklamiert wurde. Das Jahr 1918 brachte dann beim Zusammenbruch der Mittelmächte die Entstehung der polnischen Republik, deren Gebiet durch Besetzung von deutschen und österreichischen Landesteilen über die in der Proklamation des Jahres 1916 vorgesehenen Grenzen hinaus wesentlich erweitert wurde.

Der alte polnische Staat war durch die Politik und nicht zuletzt durch die Wirtschaftspolitik seines Adelsstandes, der Szlachta, an den Rand des Abgrundes gelangt. Die Teilung Polens war nur eine äusserliche Bestätigung des inneren Verfalls. Während die beiden Nachbarstaaten im Osten und Westen zum Absolutismus und zum Wirtschaftssystem des Merkantilismus gelangt waren, hatte das polnische Staatswesen eine solche Konsolidierung nicht erfahren. Wirtschaftlich betrachtet könnte man fast sagen, dass das alte Polen am Uebergang zum kapitalistischen Wirtschaftssystem gescheitert<sup>1)</sup> ist, weil es die notwendige feste Basis für den wirtschaftlichen Aufbau nicht hervorzubringen vermocht hatte.

Die Teilung Polens ist für das polnische Volk von weittragender Bedeutung geworden; denn erst infolge der Teilung erwachte das polnische Volk. Nie hätte der Pole die Energie, die er während der Zeit der Teilung bewiesen hat, aufgebracht, wenn nicht dieses schwere Schicksal über sein Land hereingebrochen wäre. Erst nach der Teilung Polens sehen wir unter der Führung des erwachten Adels, der es versteht, seine Mitschuld auf die Teilungsmächte abzuwälzen,

---

<sup>1)</sup> Von der Veröffentlichung geschichtlicher und wirtschaftsgeschichtlicher Betrachtungen, die ursprünglich den einzelnen Teilen vorangestellt werden sollten, wurde aus buchtechnischen Gründen abgesehen.

eine geistige Gemeinschaft des gesamten polnischen Volkes und das starke Nationalbewusstsein der Polen erstehen. Die Polen glaubten fest an eine ruhmreiche Zukunft ihrer Nation und beschränkten sich nicht auf die ihnen von den Teilungsmächten aufgezwungene Politik. Sie wurden wegen des Schicksals ihres Vaterlandes viel bemitleidet und fanden Zuflucht in einer Reihe von Ländern, die ihnen für das geistige Fortleben der Nation bereitwillige Unterstützung gewährten.

Am Ende des 19. Jahrhunderts betrachtete man Polen als eine Nation, die niemals mehr in der Lage sein würde, einen Staat aufzubauen, und zu wenig Bedeutung mass man der aufbauenden Kraft des geistigen Lebens der Polen bei. Wenn auch die Teilgebiete notgedrungen eine verschiedene Entwicklung durchmachten, so durfte doch die wirtschaftliche Organisationskraft der Polen, die besonders von der polnischen Emigration ausging, nicht unterschätzt werden. Zwar war die Entwicklung Kongresspolens dem polnischen Einfluss fast gänzlich entzogen, doch erfreuten sich die Polen einer gewissen Bewegungsfreiheit im preussischen Staate, wo sie sich die Ausgestaltung des polnischen Genossenschaftswesens zur Aufgabe gemacht hatten<sup>1)</sup>. Ein besonderes Feld der Betätigung besaßen die Polen in Galizien, das seit 1863 das Zentrum des geistigen Lebens der Polen war. Die Verwaltung des Landes war polnischen Beamten überlassen, in einflussreiche Stellungen berief man Polen, und der polnische Landtag bestand in ziemlicher Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Wien.

In der Hauptsache war aber die Entwicklung der Teilgebiete durch den Rahmen des Staatsgebietes, zu dem sie gehörten, bestimmt und begrenzt, sodass das Ergebnis in den einzelnen Teilen ein vollkommen verschiedenes war. Hierin liegt eine ganz wesentliche Schwierigkeit für den Aufbau des polnischen Staates; denn in der neuen polnischen Republik sollen drei wirtschaftlich und kulturell voneinander verschiedene Landesteile zu einem einheitlichen Ganzen zusammengeschmiedet werden. Sie können es begreiflicherweise, wenn sie es politisch auch heute schon darstellen, innerlich und wirtschaftlich erst im Laufe der Jahre werden. Der erste Schritt zur Vereinheitlichung der polnischen Wirtschaft musste die Schaffung einer einheitlichen Währung sein.

---

<sup>1)</sup> Ludwig Bernhard „Die Polenfrage. Das Polnische Gemeinwesen im Preussischen Staat.“ Leipzig 1907 und M. Kranz, „Neu-Polen.“ München 1915.



# I. Die Vorgeschichte der polnischen Währung.

In Kongresspolen, dem Hauptgebiet der heutigen Republik Polen, das gemäss der Zweikaiserproklamation<sup>1)</sup> vom 5. November 1916 den Grundstock zu dem neuen Königreich Polen bilden sollte, bestand bei Beginn des Weltkrieges die russische Rubelwährung. Aus ihr entwickelte sich, nachdem die deutsche Mark- und die österreichisch-ungarische Kronenwährung eingeströmt waren, die heutige polnische Währung. Der Uebergang von den Vorkriegswährungen zu den heutigen Währungsverhältnissen des polnischen Staates begann bereits während der Besatzungszeit.

Die Entwicklung der Geldverhältnisse während der Besatzungszeit folgte Gesetzen, die nicht sogleich erkannt wurden, sodass sich die behördlichen Massnahmen den Tatsachen erst allmählich anpassten. Als die deutschen Heere in Polen einrückten, behielt der russische Rubel auch weiterhin seine Funktion als Zirkulationsmittel, obwohl ein Teil des im Lande befindlichen Geldes mit der flüchtenden Bevölkerung der weichenden russischen Armee gefolgt und ein anderer mit den bereits längere Zeit vor Kriegsausbruch fortgeschafften Geldinstituten dem Verkehr entzogen war. Die Abnahme der Zirkulationsmittel, die schliesslich noch dadurch verstärkt wurde, dass von der eingeschüchterten Bevölkerung sehr viel Geld gehamstert wurde, hatte, da der Geschäftsverkehr zunächst lahmgelegt war, keinen Einfluss. Geldmangel machte sich daher in der allerersten Zeit nicht bemerkbar. Doch als die Front weiter nach Osten vorgerückt war und das Wirtschaftsleben wieder in Gang kam, stand der Rubel, dessen Menge nunmehr günstigstenfalls unverändert blieb, da er von seinem Lebensnerv, der russischen Emissionsbank, abgeschnitten war, unter dem Einfluss dieser durch die

---

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

Kriegsverhältnisse bedingten Kontingentierung. Es stellte sich ein Mangel an Rubelnoten ein, der mit dem Ansteigen der Preise immer mehr empfunden werden musste. Für die Abgabe von Rubelnoten kam nur Schweden in Betracht, das aber infolge der stärkeren Nachfrage des Besatzungsgebiets den Rubel nur zu wesentlich höherem als dem in Russland notierten Kurse abgab. Der an sich natürlichen Entwicklungstendenz zu einer Kurssteigerung des russischen Rubels im besetzten Gebiet, die im weiteren zu Schwierigkeiten führen musste, mass man anfangs keine Bedeutung bei.

Mit dem Eindringen deutschen Geldes trat automatisch eine gewisse Behebung des bestehenden Geldmangels ein, die aber nur geringe Bedeutung haben konnte, solange sich der innere Verkehr in der Hauptsache doch in der gewohnten noch gültigen Rubelwährung vollzog und die deutsche Mark auf den Zahlungsverkehr mit den Besatzungstruppen beschränkt blieb. Im März und Juli 1915 wurden zur Regelung des Zahlungsverkehrs Anordnungen<sup>1)</sup> getroffen, durch die die Annahme deutschen Geldes in den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebietsteilen Russisch-Polens gesichert wurde. Der Kurs des Rubels wurde im März 1915 auf 100 Mk. = 50 Rubel (100 Rubel = 200 Mk.) und im Juli auf 100 Mk. = 60 Rubel (100 Rubel = 166 Mk.) festgesetzt. Man folgte mit diesen Festsetzungen lediglich dem Stande der russischen Valuta und erkannte noch nicht die Folgen der Kontingentierung des Rubels. Zur Durchführung der genannten Rubelberechnung wurde bestimmt, dass Steuern und andere öffentliche Abgaben, die vor dem 10. März 1915 fällig waren, wenn sie in deutscher Währung gezahlt wurden, zu dem bis zu diesem Tage geltenden Kurse beglichen werden mussten, wobei der Gläubiger berechtigt war, bei privatrechtlichen Zahlungsverpflichtungen nach seiner Wahl Zahlung in deutscher oder russischer Währung zu verlangen. Die Verordnung durfte durch Parteivereinbarungen nicht ausser Kraft gesetzt werden. Sie sollte weniger dem Mangel an Zahlungsmitteln abhelfen als den Verkehr des besetzten Gebietes mit Deutschland in deutscher Währung regeln, wenn auch in der Wirkung dadurch in gewisser Weise dem Rubelmangel gesteuert wurde. Eine weitere Herabsetzung des Rubelkurses auf 100 Mk. = 66 Rubel (100 Ru-

<sup>1)</sup> Verordnungsblatt der Kaiserlich-Deutschen Zivilverwaltung für Polen (links der Weichsel). Verordnung betreffend Festsetzung des Rubelkurses vom 10. März 1915  
18. Juli 1915.



bel = 150 Mk.) erfolgte am 10. November 1915<sup>1)</sup>, während gleichzeitig die Wahl zwischen deutscher und russischer Währung auch auf die Zahlungsverpflichtungen, die vor dem 10. März 1915 entstanden waren, ausgedehnt wurde<sup>2)</sup>. Man versuchte, der internationalen Entwertung des Rubels in dieser Weise durch Kursherabsetzungen weiter zu folgen, kam aber dabei in eine immer schwierigere Lage, da der Mangel an Zahlungsmitteln mit der Entwertung des Rubels und dem Ansteigen der Preise ständig grösser wurde.

Bereits am 1. Dezember 1915 wurde daher der Rubelkurs wieder auf 100 Mk. = 60 Rubel (100 Rubel = 166 Mark) und später am 14. September 1916 sogar auf 100 Mk. = 56,50 Rubel (100 Rubel = 190 Mk.)<sup>3)</sup> hinaufgesetzt. Die Verordnungen der Besatzungsbehörde mussten notgedrungen den Vorgängen im Wirtschaftsleben allmählich folgen. Es war anfangs in der Tat äusserst schwierig, die Entwicklungstendenz zu erkennen, da der Rubel zwei Geltungsgebiete besass, Russland und das besetzte Polen. In Russland entwickelte sich der Rubelkurs aus der Wirtschaftslage unter dem Einfluss der Verschiebung der wirtschaftlichen und finanziellen Bilanzverhältnisse, die eine Folge des Krieges waren. In Polen dagegen vollzog sich der Zahlungsverkehr mit Hilfe einer begrenzten Menge von Rubelzahlungsmitteln, während das Wirtschaftsleben immer mehr unter den Einfluss Deutschlands kam und so die für Deutschland eintretende wirtschaftliche Zwangslage auch auf das besetzte Gebiet übergriff. Währungspolitisch betrachtet stellt der Rubel in Polen eine eigene Währung dar, soweit nicht der Einfluss der Vermehrung der Zahlungsmittel in Russland auf indirektem Wege auch auf Polen wirksam wurde. Es mussten sich auf diese Weise im Laufe der Entwicklung zwei verschiedene wahre Werte für den Rubel in Polen und den in Russland herausbilden, die im wesentlichen an dem jeweiligen Preisstand der beiden Länder abzulesen waren. Doch mit der Zeit konnte in Polen eine Gesetzmässigkeit der Entwicklung der Beziehungen zwischen Preisstand und Rubelbewertung nicht mehr festgestellt werden. Denn trotz stark ansteigender Preise im besetzten Gebiet musste der Rubel, dessen Kurs infolge des erwähnten Mangels an der Warschauer Börse und im freien Verkehr stieg, auch von der Besatzungsbehörde hinaufgesetzt werden. Obwohl zunächst

<sup>1)</sup> Verordnungsblatt für das Generalgouv. Warschau Nr. 7, 2.

<sup>2)</sup> Verordnungsblatt für das Gouv. Warschau Nr. 12.

<sup>3)</sup> Verordnungsblatt für das Gouv. Warschau Nr. 44.

ein Widerspruch darin zu liegen scheint, besteht doch die Tatsache, dass gerade infolge des Ansteigens der Preise der Kurs amtlich heraufgesetzt werden musste, weil die Umsätze nominal höher wurden und daher der Mangel an Zahlungsmitteln sich stärker bemerkbar machte.

Noch ein anderes Moment ist auf die Entwicklung des Rubels in Polen von Einfluss gewesen. In den ersten Kriegsjahren verschwand wie überall so auch in Polen das Metallgeld. Bei einer lebenden Währung, was die Rubelwährung in Polen ja nicht mehr war, erfolgte notwendigerweise Ersatz dieser Zahlungsmittel durch Papiergeld, während in Polen ein solcher Ersatz nicht möglich war, vielmehr die Menge der Umlaufmittel auch auf diese Weise verringert wurde. Verordnungen in Bezug auf das Hartgeld, die der Notlage entsprachen und in Verbindung mit gleichen Bestimmungen in Deutschland erlassen wurden, beschleunigten nur noch das Verschwinden des Metallgeldes, besonders des Goldgeldes. So wurde im Dezember 1915 der Agiohandel mit Goldmünzen, wie jegliche Ausfuhr und Durchfuhr von Gold verboten, ein Erlass, der aber am 4. Oktober 1916 wieder aufgehoben werden musste, weil man bereits damals an eine Gleichsetzung des Rubelgoldgeldes mit dem Rubelpapiergeld nicht mehr glauben konnte.

Anfangs war man bestrebt, die Rubelwährung mit Hilfe der skizzierten Währungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten. Wohl in der gleichen Absicht wurden auf Rubel lautende Darlehnskassenscheine von der Darlehnskasse Ost in Posen ausgegeben. Das Oberostgeld, wie diese Darlehnskassenscheine genannt wurden, war zweifellos ein geeignetes Mittel dazu, dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelpen. Doch was bedeuteten diese neuen Rubelscheine, waren sie wirklich Geld in Rubelwährung, oder waren sie Rubelgeld, das einer neuen in Polen sich entwickelten, von Russland unabhängigen Rubelwährung entsprach? Weder das eine noch das andere war der Fall. Rein äusserlich haben wir es mit einer Rubelwährung zu tun, in der Zahlungsmittel durch einen fremden, nämlich den deutschen Staat ausgegeben wurden. Es ist klar, dass durch diese Massnahme nicht Scheine in russischer Währung ausgegeben wurden, sondern Scheine in einer in ihrem Werte durch das Deutsche Reich bestimmten Währung, die nur deswegen, weil sie für ein ehemals russisches Gebiet ausgegeben war, aus psychologischen Rücksichten einen ähnlichen Namen trug. Das Oberostgeld war mehr für den nördlichen Besatzungstreifen, das Gebiet Oberost, ausgegeben, strömte

aber auch in das südlichere Besatzungsgebiet, nach Polen ein. Der Oberostrubel machte natürlich die Kursbewegung der echten russischen Rubelnoten in keiner Weise mit. Es ist ganz gleichgültig, wie sich der Verkehr zu diesem neuen Geld stellte, und ob es ebenso wie der echte russische Rubel in Polen zum Lieblingsspielzeug der Spekulation wurde; er musste letzten Endes unabhängig davon seinen von Deutschland garantierten Kurs von 2 Mk. behalten. Durch diese Garantie, die den Darlehnskassenscheinen aufgedruckt war, wurde das tatsächlich vorhandene stabile Verhältnis zur deutschen Währung auch äusserlich bekundet. Der Oberostrubel war also nichts anderes als ein Darlehnskassenschein im Werte von 2 Mk., dem ein besonderer Name beigelegt wurde.

Die Entwicklung der Währungsverhältnisse wurde durch die Proklamation Polens zum Königreich nicht unterbrochen. Die währungspolitischen Verordnungen mussten aber jetzt ein anderes Ziel verfolgen. Nicht mehr die Absicht der Aufrechterhaltung der russischen Rubelwährung, sondern die Rücksicht auf die zukünftige Selbständigkeit Polens musste bestimmend sein. Entsprechend dem Plan, Polen als selbständigen Staat aufzurichten, sollte für den neuen Staat auch eine selbständige Währung geschaffen und sein Geldwesen allmählich von dem deutschen, russischen und österreichischen getrennt werden.

Der erste und wichtigste Erlass in dieser Richtung war die Verordnung zur Errichtung einer polnischen Landesdarlehnskasse vom 13. 12. 1916<sup>1)</sup>. Diese sollte Landesdarlehnskassenscheine ausgeben, die auf polnische Mark lauten und zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben werden. Im Werte wurde die polnische Mark der Reichsmark gleichgesetzt. Der Gesamtbetrag sollte 1000 Mill. Mark nicht übersteigen, und kein Darlehnskassenschein sollte ausgegeben werden, für den nicht genügend Sicherheit geleistet wurde oder der nicht durch Gold, das kg fein zu 2784 Mk., oder durch Reichsmünzen bzw. Reichskassenscheine gedeckt war. Nach § 5 der Verordnung übernimmt das Deutsche Reich die Garantie dafür, dass die Landesdarlehnskassenscheine bei ihrer Einziehung zu ihrem Nennwert gegen Reichsmark eingelöst werden. Der Geschäftsbereich der Landesdarlehnskasse ist begrenzt. Zinsbare Darlehen dürfen nur gegen Sicherheit gewährt werden. Nach § 8 kann die Sicherheit bestehen:

---

<sup>1)</sup> Verordnungsblatt für das Generalgouv. Warschau 1916, 57. Nr. 222 vom 9. Dezember 1916. — Siehe Anhang.



„a) in Verpfändung innerhalb des Bezirkes der Landesdarlehnskasse lagernder, dem Verderben nicht ausgesetzter Ware, Boden-, Bergwerks- und gewerbliche Erzeugnisse in der Regel bis zur Hälfte, ausnahmsweise bis zu zwei Dritteln ihres Schätzungswertes, b) in Verpfändung von Wertpapieren unter Berücksichtigung eines Abschlages vom Kurse, c) in Verpfändung von Banknoten der russischen Staatsbank mit Abschlag vom Kurse.“

Das Gesetz zur Errichtung der polnischen Landesdarlehnskasse war dem Darlehenskassengesetz für das Deutsche Reich vom 4. August 1914 nachgebildet. Der Zweck war im Grunde genommen bei beiden Gesetzen derselbe, denn es sollten Geldmittel für die Privatwirtschaft verfügbar gemacht werden.

Bei dem Gesetz zur Errichtung der polnischen Landesdarlehnskasse spielten staatliche Interessen — eines Staates, der erst entstehen sollte — nur insoweit mit hinein, als Darlehen nur innerhalb des zukünftigen Staatsgebietes und nur an Untertanen dieses Staates ausgegeben wurden. Die Währungseinheit war nach dem neuen Staat benannt. Ihrem Wesen nach glich aber die „polnische“ Währung der des Staates, der zur Zeit der Verordnung die Staatsgewalt besass. Es wurde keine selbständige Währung geschaffen, sondern für ein Gebiet, das dem deutschen Staate zeitweilig unterstand, ein besonders gekennzeichnetes Geld ausgegeben. Dadurch, dass das Deutsche Reich die Einlösung zum Nennwerte in Reichsmark garantierte, konnte sich auch nicht ein eigener Kurs, ein unabhängiger äusserer Wert, bilden.

Die Liquidation sollte auf Anweisung des deutschen Reichskanzlers spätestens 2 Jahre nach der förmlichen Errichtung des Königreichs Polen erfolgen. Die Durchführung der Liquidation sollte ein Reichsbevollmächtigter leiten, Ueberschüsse und Reservefonds, die nicht zur Deckung von Verlusten dienten, flossen gemäss der Verordnung dem polnischen Staate zu.

Solange Polen der wirtschaftlichen Leitung des Deutschen Reiches unterstand, also ein wirtschaftliches Teilgebiet Deutschlands war, war der Rechtszustand einfach, und wäre es bei friedlicher Errichtung des neuen polnischen Staates auch geblieben. Mit dem Augenblick aber, als die Polen sich von Deutschland lossagten und die Regierung selbst übernahmen, begann sich ein eigener äusserer Wert für die polnische Mark zu bilden. Damals musste die Bilanz gezogen werden und die Abrechnung erfolgen. Nicht eine einzige polnische

Mark durfte der polnische Staat ohne besondere Kennzeichnung vor der Abrechnung mit dem Deutschen Reiche ausgeben. Den Schwierigkeiten, die sich in Bezug auf die Rechtslage aus einer schwankenden Papierwährung für das Wirtschaftsleben ergeben können, konnte nur so begegnet werden.

Zugleich mit der Bestimmung betreffend die polnische Landesdarlehnskasse erging eine Verordnung betreffend die Währung im Generalgouvernement Warschau<sup>1)</sup>. Danach war eine polnische Mark gleich einer deutschen, und alle auf die eine Währung lautenden Verbindlichkeiten konnten ohne weiteres auch in der anderen beglichen werden, während die Rubelwährung nebenher bestehen blieb. Ihr Umrechnungskurs, der zunächst 1 Rubel = 1,90 polnische Mark lautete, sollte jedesmal vom Verwaltungschef festgesetzt werden. Bereits am 22. Januar 1917 wurde aber die Verordnung über die Rubelwährung infolge Mangels an Rubelnoten dahin geändert, dass sämtliche auf Rubel lautende Zahlungsverbindlichkeiten in polnischer Markwährung zu dem Kurse von 1 Rubel = 2,16 polnische Mark beglichen werden konnten. Man sah sich also nun doch genötigt, die Rubelwährung möglichst entbehrlich zu machen und setzte, um Kurssprüngen und Spekulationen weniger Spielraum zu lassen, entgegen der eigentlich zugrunde zu legenden Bewertung am internationalen Devisenmarkt den Kurs auf die Goldparität beider Währungen hinauf<sup>2)</sup>. Diese Bestimmungen wurden durch die Ver-

---

<sup>1)</sup> Verordnung des Generalgouv. Warschau 57 Nr. 223 v. 9. Dez. 1916.  
— Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen des Warschauer Verwaltungschefs von Interesse. „In den letzten Wochen hat eine sprunghafte Steigerung des Rubelkurses stattgefunden, die den Zusammenhang mit dem wirklichen Wert des Rubels verloren hat. Die Noten werden in Stockholm und Zürich unter Berücksichtigung des Disagios der Mark gegenüber dem Schweizer Frank und der schwedischen Krone ungefähr mit 1,80 Mark bewertet. An der Londoner Börse gilt der Rubel im Verhältnis zur Mark 1,83, während in Warschau der Rubelkurs sich seit Anfang Januar auf einer Höhe von etwa 2,30 Mark bewegt und dadurch sogar die Goldparität überschritten hat. Die deutsche Regierung hat unter diesen Umständen, einer Anregung polnischer Interessenten folgend, es für ihre Pflicht erachtet, der künstlichen Ueberwertung des russischen Rubels dadurch entgegenzutreten, dass sie allen Rubelschuldnern das Recht zugesteht, ihre Verpflichtungen in der durch die polnische Landesdarlehnskasse eingeführten polnischen Landesvaluta zum Kurs von 1 Rubel = 2,16 Mark abzudecken. Die Darlehnskassenscheine der polnischen Landesdarlehnskasse sind bekanntlich vom Deutschen Reich garantiert. Eine polnische Mark wird gleich einer Reichsmark gerechnet. Der Gläubiger erhält somit die gleiche Summe, die ihm nach dem Friedensverhältnis beider Währungen zustehen würde. Da die Ausgabe der polnischen Landesdarlehnskassenscheine erst

ordnung vom 14. 4. 1917<sup>1)</sup> noch verschärft; der Rubel wurde als Landeswährung ganz ausgeschaltet und zum ausländischen Zahlungsmittel erklärt: „Die polnische Mark ist im Generalgouvernement Warschau das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel; der Rubel hört auf, im Generalgouvernement Warschau gesetzliches Zahlungsmittel zu sein.“ Die Kursbildung des Rubels wurde nunmehr der Börse überlassen. In Warschau wurde aber der Rubel auch fernerhin stets höher notiert als an allen anderen Devisenmärkten. Als Rechnungseinheit war der Rubel nur noch mit besonderer Genehmigung in Ausnahmefällen gestattet.

Gleichzeitig wurde die Versendung der polnischen Mark über die Landesgrenze bis auf kleine Summen verboten. Ausfuhrverbote für Gold und Silber wie Bestimmungen über die Stückelung von Scheidemünzen bewegten sich in dem Bestreben, ein selbständiges Währungsgebiet Polen zu schaffen. Ebenso trugen wirtschaftspolitische Einzelerlasse deutscher Behörden diesem Gesichtspunkte Rechnung. Immer einschneidender wurden die Massnahmen, um die russische Rubelwährung auszuschalten und schliesslich wurde am 30. Juni 1918<sup>2)</sup> noch eine Währungsverordnung dahin erlassen, dass der Gläubiger bis auf weiteres nicht verpflichtet ist, zur Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten, welche vor dem 26. April 1917 — Tag des Inkrafttretens der Verordnung vom 15. 4. 1917 — entstanden sind,

---

in etwa sechs Wochen erfolgen kann, ist den Schuldnern schon jetzt zugestanden worden, ihre Rubelverpflichtungen zum Kurse von 2,16 Mark in deutscher Reichsmark an Stelle der polnischen Mark zu erfüllen.

Um weiter der durch die starke Nachfrage verursachten künstlichen Ueberwertung des Rubels entgegenzutreten, sind sämtliche Kommunalverbände und sonstige öffentlich-rechtliche Korporationen im Generalgouvernement Warschau angewiesen, bei Regelung ihrer finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gehaltszahlungen, Lohnzahlungen, Ausgabe von Anleihen, Abschluß von Verträgen usw.) ausschließlich die polnische Markwährung zugrunde zu legen. Ebenso sind auch die neuen Haushaltsvoranschläge für das kommende Etatsjahr nur in polnischer Mark festzustellen. Bis zur Ausgabe der polnischen Darlehnskassenscheine tritt an die Stelle der polnischen Mark die deutsche Reichsmark.

Den Kassen der Kommunalverbände und anderer Korporationen des öffentlichen Rechts ist es verboten, russische Rubel zu einem höheren Kurse als 100 Mark = 46,30 Rubel in Zahlung zu nehmen. Die gleiche Verpflichtung gilt auch für die von den Kommunalverbänden eingerichteten Verkaufsstellen oder für die von den Kommunalverbänden mit dem Verkauf von Waren beauftragten Personen oder Organisationen.“

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Verordnungsblatt für das Generalgouv. Warschau 1917, Nr. 290.



Rubel anzunehmen. Mit ein Grund für dieses Vorgehen war, dass die polnische Mark zum Teil mit Misstrauen aufgenommen wurde und es nicht leicht war, ihre Annahme durchzusetzen. Davon zeugt auch die Erklärung des Reichskanzlers vom 26. Juni 1917<sup>1)</sup>, in der nochmals ausdrücklich auf die vom deutschen Reiche übernommene Garantie hingewiesen wurde. Nach diesem langen Kampf mit dem Rubel war dann neben deutschem und russischem Gelde, die beide als Auslandsgeld betrachtet wurden — jenes natürlich nur theoretisch —, in der Hauptsache die polnische Mark in Umlauf und galt als Zahlungsmittel und Rechnungseinheit<sup>2)</sup>.

Ein wenig anders war die Entwicklung im Bereich der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung Polens. Hier erging erst am 5. Juni 1916 eine Verordnung des Generalkommandanten dahin, dass die Zahlungsmittel der Kronenwährung angenommen werden müssen und dass der dabei anzuwendende Umrechnungskurs jeweils amtlich bekannt gegeben wird. Durch Verordnung vom 1. April 1917 wurde im § 1 dann folgendes bestimmt: „Die Zahlungsmittel der Kronenwährung sind gesetzliche Zahlungsmittel und müssen daher bei allen in Kronen zu leistenden Zahlungen zum vollen Nennwert angenommen werden.“ Der Umrechnungskurs sollte von Zeit zu Zeit bestimmt werden. Eine Ausserkurssetzung des Rubels erfolgte nicht, so dass beide Währungen gesetzlich nebeneinander

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Ein Ausweis der polnischen Landes-Darlehnskasse zeigt folgendes Bild:

Ausweis vom 30. Juni 1918.

I. Anlagen.

Barbestand (deutsche Reichswährung und Metallgeld ohne Landes-Darlehnskassenscheine) . . . . .	1 817 874,53 Mk.
Kto.-Korrent-Guthaben bei deutschen staatlichen und privaten Instituten . . . . . 252 558 000,—	
Sonstige Guthaben . . . . . 59 185,91	252 617 185,99 „
Lombards . . . . .	113 888 564,91 „
Schatzwechsel . . . . .	201 340 000,— „
Diskonten . . . . .	2 101 082,26 „
Sonstige Anlagen . . . . .	62 959 970,15 „
	<hr/> 634 724 677,84 Mk.

II. Verbindlichkeiten.

Landes-Darlehnskassenscheine im Verkehr (ohne die in den eigenen Kassen befindlichen Bestände) . .	504 275 082,95 Mk.
Reservefonds . . . . .	1 443 997,64 „
Fremde Gelder (Kto.-Korrent-Einlagen u. Depositen) .	60 298 545,75 „
Sonstige Verpflichtungen . . . . .	68 707 051,50 „
	<hr/> 634 724 677,84 Mk.

bestanden. Diese Verordnung entsprach einer gewissen Notlage und sollte die Annahme der Krone zum amtlichen Umrechnungskurs erzwingen.

Es bestanden also im österreichischen Verwaltungsgebiet die Rubelwährung und die Kronenwährung nebeneinander. Man war nicht so sehr bestrebt, den Rubel in seiner Bedeutung zu beeinträchtigen, als nur ein gewisses Gleichgewicht entsprechend den amtlichen Umrechnungskursen durchzusetzen; diese Bestimmungen ergaben folgendes Bild der Bewegung der Umrechnungskurse für Rubel und Kronen:

1. April	1917	100 R = 260 Kr.
18. September	1917	100 R = 240 Kr.
15. November	1917	100 R = 230 Kr.
27. November	1917	100 R = 210 Kr.
12. Dezember	1917	100 R = 205 Kr.
20. Dezember	1917	100 R = 195 Kr.
15. Januar	1918	100 R = 220 Kr.
22. Februar	1918	100 R = 215 Kr.
28. Mai	1918	100 R = 200 Kr.

Die Goldparität zwischen Krone und Rubel war 1 Rubel = 2,54 Kronen. Da die Entwertung beider Währungen in den ersten Jahren ziemlich die gleiche war und der Rubel zumeist ein wenig höher stand, hatte Oesterreich keine Veranlassung, vorher einen besonderen Umrechnungskurs zu bestimmen. Erst als sich Unterschiede herauszustellen begannen, griff man regelnd ein, und zwar geschah das zu einer Zeit, in der im Generalgouvernement Warschau die polnische Mark sich immer mehr durchsetzte.

Am Ende der Okkupationszeit ergab sich für beide Gebiete etwa folgendes Bild: Im Hauptgebiet, dem Generalgouvernement Warschau, wurde nach polnischer Mark gerechnet, während an fremden Geldsorten russisches und deutsches, vereinzelt in den Grenzgebieten auch österreichisches Geld vorhanden war. Das Wertverhältnis zwischen deutscher und polnischer Mark war feststehend und beruhte darauf, dass die polnische Mark nicht eine selbständige eigene Währung, sondern lediglich eine anders benannte, aber denselben Wurzeln und gleichen Garantien entspringende deutsche Nebenwährung war, die man wohl als **A n s c h l u s s w ä h r u n g** bezeichnen kann. Im österreichisch-ungarischen Besatzungsgebiete bestanden Rubel- und Kronenwährung nebeneinander. Die Krone wurde in deutsche und damit auch in polnische Mark auf Grund der börsenmässigen Kursnotierungen für deutsche Reichsmark und österreichische

Krone umgerechnet. Zwischen polnischer Mark und österreichischer Krone trat nur vorübergehend ein stabiles Verhältnis ein, als der wenn auch vergebliche Versuch gemacht wurde, die deutsche Mark und die österreichische Krone in ein stabiles Verhältnis zu bringen, um dadurch den Sturz der Krone aufzuhalten. Die Umrechnung von Rubeln in Kronen folgte dem Stande des Devisenkurses, und zwar wurden, um ein ständiges Schwanken zu vermeiden, von Zeit zu Zeit amtliche Umrechnungszahlen bekanntgegeben. Dabei setzte sich die österreichische Krone als gesetzliches Zahlungsmittel immer mehr durch. In der Hauptsache galt also im deutschen Okkupationsgebiet die deutsche Markwährung, welche polnische Markwährung genannt wurde, im österreichischen Okkupationsgebiet die österreichische Kronenwährung.

Zum Schlusse unserer Betrachtungen über das besetzte Polen müssen wir aber feststellen, dass man leider ein einheitliches Vorgehen Deutschlands und Oesterreichs auch nach der Zweikaiserproklamation vermisste. Vom währungspolitischen Standpunkte aus muss es als eine überaus wichtige Forderung bezeichnet werden, dass die Demarkationslinie zwischen dem von Deutschland und dem von Oesterreich-Ungarn besetzten Teile des polnischen Okkupationsgebietes fiel. Mit Recht sagt Naumann<sup>1)</sup>: „Es gibt tatsächlich noch immer zwei wirtschaftlich voneinander getrennte vollständig verschieden verwaltete Teile des künftigen Königtums. Das widerspricht dem Geiste der Zweikaiserproklamation durchaus und erweist sich im praktischen Leben als unglaublich hinderlich.“ Zwei verschiedene Wirtschaftsgebiete mit verschiedener Preisentwicklung waren das Ergebnis!

---

<sup>1)</sup> Naumann: „Was wird aus Polen“, Berlin 1917.

## II. Die Währungsgesetzgebung in der polnischen Republik.

### 1. Die währungspolitischen Aufgaben des polnischen Staates.

Mit der Ausrufung der polnischen Republik und der Abtrennung der ehemals preussischen und österreichisch-ungarischen Landesteile entstand das Gebiet für die im weiteren zu behandelnde polnische Währung. Es konnte sich nunmehr eine eigene Währung herausbilden, da sich für das wirtschaftlich unabhängig gewordene Polen eine unabhängige Zahlungsbilanz und eine selbständige Finanzwirtschaft ergab. Jetzt stand nicht mehr das Deutsche Reich als Garantie hinter dem, was in Polen vorging, die eigene Verantwortung trat an die Stelle der Okkupationsmacht. Die Gestaltung der polnischen Wirtschaftsbilanz, d. h. der Zahlungsbilanz und der Bilanz der staatlichen Wirtschaft, der Finanzbilanz, wird nun zum bestimmenden Faktor für die Währungsentwicklung. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz und eine gesunde Finanzwirtschaft sind die Grundfesten eines jeden Staates, sind es besonders aber im Hinblick auf seine Währung. Alle äusserlichen Massnahmen und Gesetze sind nutzlos, wenn sie sich nicht auf den genannten Fundamenten aufbauen können und ihnen Rechnung tragen.

In Polen gab es mit der Entstehung der Republik vier Rechnungseinheiten, die polnische Mark, die österreichische Krone, durch das Hinzutreten deutscher Gebiete die deutsche Mark, und ferner hatte sich verschiedentlich, besonders im Osten, der Rubel noch behauptet, der als gesetzliches Zahlungsmittel im österreichischen Besatzungsgebiet formell noch nicht ausser Kraft gesetzt war. Eine einheitliche Rechnungsgrundlage mit Hilfe einer einzigen gesetzlichen Währung zu schaffen und alle weiteren Währungen ausser Kraft zu setzen, war nunmehr die erste währungspolitische Aufgabe des neuen Staates. Zunächst hätte durch ein Währungsgesetz



festgelegt werden sollen, welches die Währungseinheit der polnischen Währung ist.

Durch die Verordnung vom 7. Dezember 1918<sup>1)</sup> — veröffentlicht im „Monitor Polski“ Nr. 227 vom 12. Dezember 1918 — wurden die Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse festgelegt und die entsprechende Verordnung der deutschen Besatzungsbehörde ausser Kraft gesetzt (§ 21). Damit wurde die Polnische Landesdarlehnskasse zur vorläufigen Staatsbank und einzigen Notenemissionsstelle erklärt. Gemäss § 4 der Verordnung wurde die polnische Mark gesetzliches Zahlungsmittel im ganzen polnischen Staate, während ihr Verhältnis zu allen anderen im Umlauf befindlichen Zahlungsmitteln von Zeit zu Zeit festgesetzt werden sollte. Formell bedeuteten diese Statuten kein Währungsgesetz, denn es fehlte eine besondere Definition der Währungseinheit. Da aber die deutsche und die polnische Mark während der Besetzung dasselbe Währungsgesetz zur Grundlage hatten, gilt für beide Währungseinheiten noch heute dieselbe Definition, wonach auf Grund des deutschen Währungsgesetzes eine Mark der 1395. Teil eines Pfundes Gold ist. Deutlicher formulieren wir diese Definition der Währungseinheit dahin, dass die Mark die Wertgrösse ist, die zur Zeit des deutschen Währungsgesetzes dem Werte von  $\frac{1}{1395}$  Pfund Gold entsprach. Der polnische Staat gab auch weiterhin Papiergeld aus, das auf Mark lautete und erklärte so stillschweigend das genannte Währungsgesetz für sein eigenes, wenn er auch stets dem Wunsche nach einer anderen Währungseinheit Ausdruck gab.

Bei Betrachtungen über die polnische Währung hängt man oft zu sehr am Worte des Gesetzes, ohne sich dessen klar bewusst zu sein, dass das Wirtschaftsleben in Bewegung ist und die Währung nur aus den Wirtschaftsveränderungen heraus zu erfassen ist. Zunächst behauptete man, Polen hätte überhaupt keine eigene Währung, Anschauungen, die besonders von juristischer Seite vertreten wurden. Doch wenn ein Staat in Mengen Papierscheine druckt und ihnen als seinem Gelde Annahmezwang im Innern und Annahmemöglichkeit im Auslande verschafft oder wenigstens zu verschaffen sucht, dann kann man nicht den Bestand einer eigenen Währung dieses Staates leugnen.

Besonderer Wert wird in Polen auf den Namen der Währung gelegt; in der Tat kommt es aber nicht im geringsten darauf an, ob die Währungseinheit Mark, Gulden,

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

Lehnich, Wirtschaft und Währung in Polen usw.

Frank oder Złoty heisst. Nur das, was hinter der Währung steht, das Wirtschaftsleben und schliesslich noch die Währungspolitik, ist ausschlaggebend. Solange nicht ein gesetzlicher Neuanstrich erfolgt, der aber an der wahren Beschaffenheit der Währung in Polen, die allein durch ihre wirtschaftlichen Grundlagen bestimmt wird, nichts ändert, ist die polnische Mark die polnische Währung. Dabei war es von vornherein die Aufgabe des polnischen Staates, allen andern Geldsorten die Rolle von Auslandsgeld zuzuweisen. Aber die Vorgänge seit Ausrufung der polnischen Republik sprechen eine zu deutliche Sprache — ein einheitlicher Plan fehlte.

Bei der Emission weiterer Darlehnskassenscheine kam es lediglich darauf an, die notwendigen Mittel für die provisorische Regierung zu beschaffen. Die an die Stelle der deutschen Besatzungsbehörde getretenen polnischen Machthaber fanden die polnische Darlehnskasse vor und sahen in ihr eine willkommene Emmissionsstelle, um den Finanzbedarf des neuen Staates zu decken. Das war umso leichter, als genügende Reservevorräte an Geld aus der Besatzungszeit vorhanden waren, die dann auch angeblich in Höhe von 750 Millionen polnischer Mark ohne jegliche Kennzeichnung ausgegeben worden sind.

Die Summe der von der polnischen Landesdarlehnskasse bis zum 11. November 1918 emittierten polnischen Mark betrug Mk. 880 150 867,50. Der § 2 der Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse vom 7. Dezember 1918 bestimmte, dass für die Sicherheit der Aktiven, in denen die von der deutschen Besatzungsbehörde ausgegebene Summe angelegt ist, das Deutsche Reich verantwortlich ist. Die weitere Emission von polnischen Mark erfolge auf Rechnung des polnischen Staates unter Leitung der Regierung, insbesondere des Finanzministeriums auf Grund der in den Statuten festgelegten Vorschriften. Nach § 3 der Verordnung sollte die Summe der nach dem 11. November 1918 von der Polnischen Darlehnskasse auszugebenden Banknoten 500 Mill. Mk. nicht übersteigen. Die Emission ist nur unter der Bedingung gestattet, dass die Noten gänzlich entweder in Gold, wobei 2784 Mk. für 1 kg gerechnet werden, oder in kaufmännischen Wechseln, Waren, Effekten, fremden Valuten und dergleichen gedeckt sind. Kurzfristige Darlehen an den Staat dürfen nur auf Grund eines besonderen Beschlusses des Ministerrats bzw. des Landtages gewährt werden. Die Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse sind bis heute ohne



Aenderung geblieben. Nur die Höhe der zugelassenen Notenemission ist durch immer höhere Darlehen an den Staat ständig gestiegen. Damit verlor die noch heute so bezeichnete Landesdarlehnskasse den ihr zugedachten Charakter als Darlehnskasse und wurde zur polnischen Notenbank. Ihrem Wesen nach steht sie also nun der deutschen Reichsbank nahe mit dem Unterschied, dass in der deutschen Reichsbank durch Gesetzgebung vom 4. August 1914 eine Verquickung des Geldwesens mit dem Finanzbedarf des Staates gestattet ist, in Polen aber die Emissionssummen ohne gesetzliche Grundlage mit Genehmigung der Volksvertretung ständig erhöht werden. Bereits die ersten 750 Mill. Mk. waren als Staatscheine ausgegeben und wurden mit den bis dahin legitim ausgegebenen Scheinen vermengt. Solange das Deutsche Reich für die Emission polnischer Noten die Garantie übernommen hatte, konnte es zwischen der polnischen und der deutschen Mark keinen Kursunterschied geben. Mit dem Augenblick der Lostrennung aber entstand ein eigenes selbstständiges Wirtschaftsgebiet, und damit bildete sich auch getrennt von der Gestaltung der deutschen Valutaverhältnisse ein besonderer Kurs für die polnische Mark heraus. Als zunächst infolge des Zusammenbruchs der Mittelmächte der Kurs der deutschen Mark stark fiel, stand die polnische Mark ein wenig höher als die deutsche, denn es war in der Uebergangszeit für die Spekulation schwierig, die Entwicklungsmöglichkeiten zu übersehen. Das Vertrauen neigte mehr dem der Entente nahestehenden Polen zu, was das Agio der polnischen Mark verursachte. Als sich aber bald die Lage klärte und die wirtschaftliche und finanzielle Tendenz der polnischen Herrschaft deutlich wurde, da fiel der Kurs.

Die Unklarheit über die Entstehungsgeschichte der polnischen Währung spiegelt sich auch in dem „Kriesnoten“-prozess<sup>1)</sup>, dem Rechtsstreit von Kriesnoteninhabern gegen das Deutsche Reich wieder<sup>2)</sup>. Juristisch, besonders für die Ableitung privatrechtlicher Forderungen, liegen die Verhältnisse sehr schwierig<sup>3)</sup>. Erst Ende 1921 erfolgte die endgültige Entscheidung durch das Reichsgericht. In der Klage

<sup>1)</sup> „Kriesnoten“ genannt nach dem Chef der Zivilverwaltung beim Generalgouverneur, v. Kries, der den Aufdruck der Noten mit seinem Namen zeichnete.

<sup>2)</sup> Vergl. auch den Artikel des Verfassers in Nr. 169 der Vossischen Zeitung vom 22. Juni 1920 „Kriesnoten und Währungsfrage“.

<sup>3)</sup> Vergl. auch Ruckser: a. a. O. S. 65, 77—79.

wegen Einlösung der Kriesnoten zum Nennwert in deutscher Reichsmark auf Grund des § 5 der Verordnung<sup>1)</sup> über die Errichtung einer polnischen Landesdarlehnskasse und der Erklärung des Reichskanzlers<sup>2)</sup> vom 26. Juni 1917 entschied die Zivilkammer des Landgerichts I gegen das Reich. Im Gegensatz zur Entscheidung des Landgerichts hat auf die Berufung des deutschen Reichsfiskus das Kammergericht die Kläger mit ihrer Klage abgewiesen. Das Kammergericht erkennt die Noten der Polnischen Landesdarlehnskasse als nach deutschem Rechte zu beurteilende Urkunden an, für die das Deutsche Reich als Dritter sich selbständig dem Inhaber gegenüber verpflichtet hat. Jedoch sei die Verpflichtung zur Einlösung, wie das Kammergericht weiter ausführt, der Polnischen Landesdarlehnskasse gegenüber übernommen worden, nicht dem Publikum gegenüber. Ausserdem sei der Klageanspruch nur begründet für den Fall der Liquidation der Darlehnskasse und bei der im Zusammenhang damit stehenden Einziehung der Noten. Diese Liquidation kann nicht vorgenommen werden, weil infolge des ungünstigen Kriegsausganges die Polnische Landesdarlehnskasse als eine Einrichtung des Generalgouvernements Warschau zu bestehen aufgehört hat. Tatsächlich hat der polnische Staat die Darlehnskasse übernommen und angeordnet, dass alle Zahlungen aus der nunmehrigen in ihren Aufgaben und Zielen geänderten Darlehnskasse nur in polnischer Mark auszuführen seien. Das Reichsgericht<sup>3)</sup> hat im wesentlichen das kammer-

---

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Siehe Anhang.

<sup>3)</sup> In seiner schriftlichen Begründung zu dem Urteil führt das Reichsgericht unter anderem folgendes aus:

Ohne Rechtsirrtum bezeichnet das Berufungsgericht die polnische Landesdarlehnskasse als eine im deutschen Gebiete wurzelnde juristische Person öffentlichen Rechts. Die deutschen Darlehnskassenscheine sind besondere Geldzeichen, die bei allen Reichskassen, sowie bei allen öffentlichen Kassen nach ihrem vollen Nennwert in Zahlung genommen werden, während im Privatverkehr ein Zwang zu ihrer Annahme nicht besteht. In dem Gesetz vom 30. April 1874 betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen war in § 3 außerdem bestimmt, daß diese Papiere von der Reichshauptkasse für Rechnung des Reiches jederzeit auf Erfordern gegen bares Geld umgetauscht werden könnten. Sie erhielten dadurch den rechtlichen Charakter von Schuldverschreibungen auf den Inhaber. Diese Einlösungspflicht des Reichs gegenüber den einzelnen Inhabern der Scheine fehlt im Darlehnskassengesetz vom 4. August 1914. Auch die Verordnung betreffend die Errichtung einer polnischen Landesdarlehnskasse vom 9. Dezember 1916 sieht eine Verpflichtung der Kasse zur Einlösung der Scheine während des Umlaufs nicht vor. Sie werden eingelöst auf Grund der Liquidation der polnischen Landesdarlehnskasse, die auf Anweisung des

gerichtliche Urteil bestätigt und dahin entschieden, dass das Reich nicht verpflichtet ist, die Noten zum Nennwerte in deutschen Mark einzulösen<sup>1)</sup>. In der Hauptsache war es ebenso wie das Kammergericht davon ausgegangen, dass das

deutschen Reichskanzlers geschehen soll, spätestens zwei Jahre nach der fürsorglichen Errichtung des Königreichs Polen. Die Inhaber der einzelnen Scheine haben mithin während des Umlaufs der Scheine kein Recht auf Einlösung. Die Scheine sind nicht Träger einer zivilrechtlichen Forderung gegen die Landesdarlehnskasse. Auch auf die Einlösung nach § 16 der Verordnung ist ein zivilrechtlicher Anspruch nicht gegeben; die Einziehung ist eine öffentlich-rechtliche Maßregel. Die Annahme des Berufungsgerichts, daß die polnischen Landesdarlehnskassenscheine als Schuldverschreibungen auf den Inhaber nach § 793 ff. oder mindestens nach § 807 HGB. anzusehen seien, ist daher rechtsirrig.

Die Revision will in der Garantieübernahme des § 5 der Verordnung vom 9. Dezember 1916 einen Vertrag zugunsten Dritter im Sinne des § 328 BGB., nämlich zugunsten einzelner Inhaber der Darlehnskassenscheine wissen. Aber an einen solchen Vertrag zu denken, wäre rechtlich nur möglich, wenn dem Dritten ein Anspruch zivilrechtlicher Natur überhaupt zustand. Sind dagegen die Darlehnskassenscheine nicht Schuldverschreibungen auf den Inhaber, nicht Träger einer Forderung, sondern nur Geldzeichen, deren wirtschaftlicher Wert und deren Umlauffähigkeit darauf beruht, dass sie durch die Pfandobjekte der von der poln. Landesdarlehnskasse zu gewährenden Darlehn gedeckt sind, dann ist kein Gegenstand vorhanden, der ihnen garantiert werden kann. Gewiss soll die Garantieverpflichtung des Deutschen Reiches den Inhabern der Darlehnskassenscheine zugute kommen, aber die einzelnen Inhaber haben keinen Anspruch und keine Macht, die Einlösung herbeizuführen. Es müsste also, soll ein Vertrag zugunsten der Inhaber als Dritter angenommen werden, dieser Vertrag nicht nur die Gewähr, die Sicherung eines Anspruchs vor Verlust übernommen, sondern das Recht auf Einlösung geradezu erst geschaffen haben, das sie vordem nicht besaßen. Das geht über den Sinn und den Wortlaut der Verordnung vom 9. Dezember 1916 hinaus.

An sich wäre es denkbar, dass auf dem Darlehnskassenscheine neben dem Aussteller ein Dritter, hier das Deutsche Reich, eine Verpflichtung übernehme. Eine solche Gestaltung der Rechtslage könne angenommen werden und würde angenommen werden müssen, wenn der Vermerk ohne ausdrückliche Bezugnahme auf die bestehende Verpflichtung eines Hauptschuldners dahinlautete: „Das Deutsche Reich zahlt dem Inhaber dieses Darlehnskassenscheines aus der Reichshaupkasse den Nennbetrag in deutscher Währung aus.“ Die Gewähr und Garantieübernahme aber enthält keine unmittelbare Zahlungspflicht, sondern sie weist gerade auf die Verpflichtung eines Dritten hin, für deren Erfüllung eingestanden werden soll. Sie will die Erfüllung der Schuld eines Dritten der polnischen Landesdarlehnskasse sichern. Aber selbstverständlich wird dadurch an dessen Schuld nichts geändert; sie wird so gesichert wie sie besteht.

<sup>1)</sup> Die Auffassungen über die tatsächliche Rechtslage gehen sehr auseinander. Dr. Berthold Haase, Rechtsanwalt beim Kammergericht in Berlin, weist in seiner Schrift „Das Recht der polnischen Valuta“ (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin) nach, dass trotz der Entscheidung des Reichsgerichts die Haftung des Reiches insofern besteht, als sie von der Liquidation der Darlehnskasse abhängig gemacht wird.



Reich sich nur der Darlehnskasse, nicht aber den einzelnen Noteninhabern gegenüber habe verpflichten wollen, dass die Voraussetzung einer Liquidation der Kasse wegen des Umsturzes aller Verhältnisse in Polen nicht habe erfüllt werden können und dass in dem Entwurf eines Verdrängungsschädengesetzes es ausdrücklich heisse, dass im Verhältnis zu den Inhabern von Darlehnskassenscheinen eine Verpflichtung des Reiches zur Einlösung nicht bestehe. Hätte das Reichsgericht im formal-juristischen Sinne entschieden, dann wäre die Reichsbank verpflichtet, angebotene Kriesnoten, deren Kurs bisher in der Hauptsache, abgesehen von Spekulationsmomenten, durch die polnische Valuta bestimmt worden ist und, wirtschaftlich betrachtet, notgedrungen dieser folgen musste, zum Parikurse gegen deutsche Reichsmark einzulösen.

Wie sieht nun gegenüber diesen rein juristischen Erwägungen die währungs- und wirtschaftspolitische Seite aus? Als mit der Ausgabe der polnischen Darlehnskassenscheine — die Kasse sollte den Grundstock für die spätere Notenbank des polnischen Staates bilden — begonnen wurde, gab es noch kein selbständiges Polen und damit auch kein selbständiges Wirtschaftsgebiet, sondern es bestand lediglich die Absicht, einst ein selbständiges Reich aufzurichten. Eine eigene Währung konnte daher nur als Notwährung geschaffen werden in Anlehnung an den Staat, von dessen Wirtschaftslage die neue Währung mit beeinflusst wurde. Es war daher notwendig, dass Deutschland die Garantie für die polnische Mark übernahm.

Solange die beiden Wirtschaftsgebiete, das deutsche und das neue polnische, noch zusammenhingen, konnte es daher auch keinen Unterschied der Bewertung deutscher und polnischer Mark im Auslande geben. Dies wurde anders, als Polen sich selbständig machte. Beide Wirtschaftsgebiete gingen nun verschiedenen Entwicklungen entgegen, und ihre Währungen erhielten im Auslande eine ungleiche Bewertung. Da die polnische Mark eine Zeit lang sogar höher stand als die deutsche, dachte zunächst niemand an eine Einlösung der Kriesnoten, vor allem aber auch nicht der polnische Staat, dessen Sache es gewesen wäre, Ansprüche, die er aus den Währungsverwicklungen zu erheben hatte, sogleich geltend zu machen. Stillschweigend übernahm der polnische Staat die ausgegebenen Kriesnoten und erkannte dadurch die polnische Mark als seine Währung an. Ja noch mehr! Es wurden sogar die aus der Zeit der deutschen Besetzung vor-



rätigen, noch nicht in Umlauf gesetzten Kriesnoten infolge Mangels besonderer Geldzeichen auch nach dem Rückzug der Deutschen ausgegeben. Diese Noten waren ohne jegliche Kennzeichnung und von den Kriesnoten deutscher Ausgabe nicht zu unterscheiden. Polens Pflicht wäre es gewesen, die Kriesnoten seiner Emission nur gestempelt auszugeben. Der § 2 der Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse besagt, dass für die Sicherheit der Aktiven, in denen die in der Besatzungszeit ausgegebene Summe angelegt ist — also nur für die 880 Mill., aber nicht für die weiteren 750 Mill. M. — das Deutsche Reich verantwortlich ist. Weitere Emissionen erfolgten auf Rechnung des polnischen Staates.

Erst als die polnische Valuta sank, versuchte man aus dem Text, der den Kriesnoten aufgedruckt war, Kapital zu schlagen. Das Deutsche Reich sollte nun die Kriesnoten, die wirtschaftlich längst nichts mehr mit der deutschen Währung zu tun hatten, zum Nennwert einlösen, allein deswegen, weil der aufgedruckte Text, der formell wohl bedeutungsvoll ist, aber begreiflicherweise nur für die Zeit vor der Selbständigmachung und im Augenblick des Herrschaftswechsels gelten konnte, keine Einschränkung enthält. Wir haben es mit einer Materie des Wirtschaftslebens zu tun, die durch juristische Normen noch nicht genügend verankert ist, und daher die Gegensätze in der Auffassung.

Die Rücksichtnahme auf die Kriesnotenbesitzer deutscher Nationalität ist eine Frage, die mit dem hier in Rede stehenden Währungsproblem nichts zu tun hat. Dass der deutsche Staat für die vielen Staatsangehörigen, die schwer geschädigt sind und ihre letzte Rettung vielleicht in einer günstigen Lösung der Kriesnotenfrage sehen, den Verhältnissen entsprechend sorgen müsste, darüber bedarf es keines Wortes. Jedoch ändert das an den währungspolitischen Tatsachen nichts. Eine Entscheidung gegen das Deutsche Reich hätte im schroffsten Gegensatz zur Entwicklung des Wirtschaftslebens gestanden. Denn die Grundprobleme des Wirtschaftslebens haben primäre und die darauf aufgebauten juristischen Normen nur sekundäre Bedeutung.

## 2. Wilde Währungsgesetzgebung.

Besonders in dem Sinken der polnischen Mark unter die zur deutschen Mark erstrebte Parität glaubte man die durch die Mannigfaltigkeit der in Polen umlaufenden Geldsorten bewirkte Unhaltbarkeit der polnischen Währungsverhältnisse zu

erkennen. Man versuchte daher eine einheitliche Währung zu schaffen, ein Streben, das berechtigt und unbedingt notwendig war. Vom währungspolitischen Standpunkt betrachtet, ist die polnische Regierung jedoch verhängnisvolle Irrwege gegangen. Die Missgriffe erklären sich oft aus Mangel an klarem Erkennen der heute bedeutsamsten Fragen des Wirtschaftslebens. Die ganze Unsicherheit des Vorgehens spiegelt sich in den vielen Versuchen und Gesetzen wieder, die alle nur auf dem Papier standen. Mit grosser Geschwindigkeit folgte ein Finanzminister auf den andern, die alle mehr oder weniger vergeblich bemüht waren, eine einheitliche Währung zu schaffen.

Noch vor Einberufung des Reichstages sah sich die polnische Regierung veranlasst, Schritte zur Vereinheitlichung der Währung zu unternehmen, d. h. eine einzige Geldart als Landeswährung durchzusetzen. Das Dekret des Staatsoberhauptes vom 5. Februar 1919 bestimmte, dass die polnische Währungseinheit die Bezeichnung Lech erhalten und in 100 Grossy eingeteilt werden sollte. Etwas näheres über die Währung bringt dieses sonderbare Dokument nicht, das weiter nichts besagt, als dass dem Finanzminister die Ausführung überlassen bleibt. Es wurde nur der blosser Name der Währung, der aber an und für sich durchaus gleichgültig sein kann, bestimmt. Andererseits veranlasste der Finanzminister auf diesen unausführbaren Befehl hin mit Recht nichts; denn zu einschneidenden Währungsmassnahmen bedurfte es einer sachlicheren gesetzlichen Grundlage. Man gewinnt fast den Eindruck, als stellte man sich in Polen den Uebergang von einer Währung zu einer anderen etwa so vor, als ob man nur eine blosser Namensänderung vorzunehmen brauchte und alles andere sich von selbst finden würde. Mit einem leichtfertigen Selbstbewusstsein ging man zunächst zu Werke und wunderte sich, als sich die Schwierigkeiten von Tag zu Tag häuften und das Wirtschaftsleben ganz andere Bahnen ging, als es sich der Pole im Bereich seiner Wünsche vorgestellt hatte.

Charakteristisch dafür, wie zäh Wirtschaft und Währung miteinander verbunden sind, ist das Beispiel des russischen Rubels, der sich zum Teil noch bis heute in den polnischen Ostprovinzen behauptet, trotz der vielen Verordnungen, die zu seiner Ausschaltung erlassen worden sind. Je mehr eine Währung den Zusammenhang mit der Metallgrundlage verloren hat, um so fester ist sie mit dem Wirtschaftsleben und

seinen Bewegungen verbunden, und um so schwieriger ist ein Währungswechsel.

Bereits drei Wochen nach dem ersten Währungsdekret setzte es der polnische Reichstag ausser Kraft und bestimmte, dass die neue Währungseinheit nicht „Lech“ sondern „Złoty“ heissen soll. Auch diese erste Leistung des polnischen Reichstages auf währungspolitischem Gebiet kann kaum überschätzt werden, denn das Gesetz besagte eigentlich nur, dass es am 5. März 1919 in Kraft treten soll und beauftragte den Finanzminister mit seiner Ausführung. Begreiflicherweise erfolgte auch hier nichts, und man rechnet in Polen noch heute nach polnischen Mark. Die Zloty-Währung sollte der Frank-Währung entsprechen. Eigentümlicherweise erscheint in der Wirtschafts- und Währungsgeschichte Polens, z. T. übrigens auch in der anderer Länder, die Frank-Währung immer wieder als ein zu erstrebender Idealzustand. Hätte der Finanzminister damals im Uebereifer etwas unternommen, dann hätte das unglückliche Land zu seinen vier Währungen vielleicht noch eine fünfte hinzubekommen.

Aber bald sollte der Reichstag vor praktische Währungsfragen gestellt werden. Als Sukzessionsstaat der ehemaligen Doppelmonarchie Oesterreich-Ungarn entfiel auf Polen ein Teil der im Umlauf befindlichen Kronennoten. Die Höhe des Anteils, der auf Polen kam, stand nicht fest; vielmehr war es Aufgabe der einzelnen Nachfolgestaaten, die zu ihrem Gebiet gehörenden Kronennoten kenntlich zu machen und schliesslich einzulösen. Am raschesten griffen Kroatien und Dalmatien<sup>1)</sup> sowie die Tschechoslowakei<sup>2)</sup> regelnd ein. Wenn auch die letztere einen im Verhältnis vielleicht zu hohen Betrag von Kronennoten abstempelte, weil jeder hier am meisten erben zu können hoffte, so ist sie doch am schnellsten aus den Schwierigkeiten herausgekommen und besitzt bereits seit Beginn 1921 geordnete Währungsverhältnisse. Wenn man in Polen bei dem Gedanken über die Währungsreform auch stets gern an das Vorbild der Tschechoslowakei dachte, so durfte doch nicht verkannt werden, dass die Verhältnisse in Polen viel schwieriger lagen, und für ein Steigen des Kurses in der Tschechoslowakei weit bessere wirtschaftliche Vorbedingungen erfüllt waren als in Polen.

Da die alte österreichische Krone zu Beginn des Jahres

---

<sup>1)</sup> Dr. Otto Weinberger, Wien. Bankarchiv 1920, Nr. 20. Die Abstempelung der Noten der österreich-ungarischen Bank.

<sup>2)</sup> Dr. Basch, Obzor Národospodársky 1920, 2. u. 3. (Die Wirtschaftspolitik nach dem Kriege).



1919 stark sank und man daher für sie in Galizien und dem ehemals österreichischen Besatzungsgebiet zunächst noch mehr kaufen konnte als im Auslande, bestand die Gefahr eines Zurückflutens der Kronennoten. Vor einer solchen Kroneninflation suchte sich der polnische Staat zu bewahren, und der polnische Reichstag erliess das Gesetz vom 11. März 1919 über das zeitweilige Verbot der Einfuhr von österreichisch-ungarischen Banknoten nach Polen. Praktisch hatte dieses Verbot kaum Bedeutung, da man mit derart allgemein gehaltenen Verboten gegen etwaige Spekulationsbewegungen nur schwer ankämpfen kann. In der Tat war wohl zunächst mit der Gefahr einer Kroneninflation zu rechnen, doch wurde diese Gefahr durch parallel gehende Erscheinungen gemindert und zum Teil behoben. Mit dem Sinken der Krone im Auslande stiegen auch die Preise im Innern ausserordentlich schnell. Während die Menge aller Zahlungsmittel, die mit einer lebenden Emissionsquelle verbunden waren, gleichzeitig erheblich zunahm und zum Teil noch darüber hinaus aus rein finanziellen Gründen erheblich vermehrt werden musste, blieb die Menge der Kronennoten, die einst von der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgegeben waren, in den einzelnen Gebietsteilen fast unverändert. Da den höheren Preisen keine entsprechende Zunahme der Restbestände an Kronenzahlungsmitteln gegenüberstand, trat infolge der verstärkten Nachfrage nach Kronenzahlungsmitteln mit der Zeit eine Höherbewertung der alten österreichischen Krone auch in Polen ein, während die alte Kronenwährung eine steigende Kursbewegung zu verzeichnen hatte, sank die polnische Mark im Dienste der polnischen Finanzwirtschaft ständig, sodass die Krone als ein Fremdkörper in der neuen Wirtschafts- und Währungsentwicklung erschien, umso mehr, als letztere ein Tempo der Abwärtsbewegung einschlug, dem gegenüber der kontingentierte Kronenbestand mehr und mehr als ein Rest aus alter guter Zeit angesehen werden musste. Es war daher eine wichtige währungspolitische Forderung, möglichst bald eine Abstempelung und Ausserkurssetzung der in Polen befindlichen Kronennoten durchzuführen. Durch eine Abstempelung wäre die Krone, die sich bis dahin unabhängig vom polnischen Wirtschaftsleben entwickelte, wenigstens bis zu einem gewissen Grade in dieses hineingezogen worden.

Das Gesetz vom 26. März 1919 entschied in der Währungsfrage dahin, dass sämtliche Noten, die in Polen noch als gesetzliches Zahlungsmittel galten, also die deutsche



Mark, die polnische Mark, die Krone und der Rubel, abgestempelt werden sollten. Das Gesetz bedeutete mithin wenigstens formell einen Fortschritt auf dem Wege zu der am 5. März 1919 beschlossenen neuen polnischen Währung. Im einzelnen war das Gesetz dem tschechoslowakischen sehr ähnlich. Es sollten die zur Abstempelung eingereichten Noten zu einem Teil zurückbehalten und dafür vierprozentige Schuldscheine ausgegeben werden, die nach Abzug der Steuern am 1. Mai 1920 zum Kurs von 102 eingelöst würden. Nur Beträge bis 2400 Mark, 1500 Rubel oder 3600 Kronen, wenn sie von ein und demselben Inhaber vorgelegt wurden, sollten steuerfrei sein. Das Gesetz ist nicht zur Ausführung gekommen, und sein Urheber, der Finanzminister Dr. Englich, früherer Bankdirektor in Posen, musste seinen Abschied nehmen.

Finanzminister Englich wollte zunächst lediglich alle im Umlauf befindlichen Noten abstempeln, ohne gleichzeitig eine einheitliche neue Währung zu schaffen. Es sollten die zur Abstempelung eingereichten Noten, die vier verschiedenen Währungen angehörten, nicht umgetauscht, sondern nur unter Zurückbehaltung eines Teiles als Zahlungsmittel des polnischen Staates kenntlich gemacht und zurückgegeben werden. Der Hauptzweck Englichs war letzten Endes auch eine Vereinheitlichung der vielen vorhandenen Währungen, die er nur nicht durch Einführung einer neuen Währung, sondern durch Kenntlichmachung der umlaufenden Zahlungsmitteln als Bestandteile der polnischen Landeswährung erreichen wollte. Wären die einzelnen Währungen bei der Abstempelung gleichzeitig in ein stabiles Verhältnis zueinander gebracht worden, ein Zustand, der sich bei Durchführung des Gesetzes notwendigerweise hätte ergeben müssen, dann hätte man mit der Abstempelung in Wirklichkeit auch eine vollkommene Währungsvereinheitlichung erzielt. Mit der Verringerung der Umlaufsmittel beabsichtigte der Finanzminister die Bewertung der auf diese Weise geschaffenen Landeswährung zu heben. Ob ein tatsächlich durchschlagender Erfolg in Bezug auf die Hebung des Kurses erreicht worden wäre, muss bezweifelt werden. Die gleichen Massnahmen in der Tschechoslowakei ergaben, dass die Tragweite der Massnahmen im Auslande zunächst überschätzt wurde und der Kurs nur vorübergehend ein wenig stieg.

In Anbetracht der schwierigen Finanzverhältnisse wäre in Polen aber bald ein Rückschlag gekommen; denn durch derartige gewaltsame Beschränkungen der Umlaufsmittel ist

das Wirtschaftsleben auf die Dauer nicht zu heilen. Nur eine gesunde Wirtschafts- und Finanzentwicklung konnte Polen Rettung aus der Währungsnot bringen. An die Wurzeln des Währungselends wagte man sich in Polen aber nicht heran, die Regierung versuchte lediglich durch die Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen.

Nur soweit ist die Anregung Englichs zu würdigen, als er endlich das zirkulierende fremde Währungsgeld kenntlich machen und in das polnische Wirtschaftsleben einbeziehen wollte. Er hielt im übrigen an dem Gedanken, die alten Währungen durch eine neue frankähnliche Währung zu ersetzen, fest und wollte unter diesem Gesichtspunkt allerdings zunächst nur halbe Arbeit leisten, denn die Hauptaufgabe der Umrechnung in die geplante neue Währung blieb noch zu lösen.

Sein Nachfolger Karpinski liess die Pläne seines Vorgängers fallen, hob das Gesetz vom 26. März 1919 vorläufig auf und stellte seine Massnahmen zunächst nicht auf die später einzuführende Frankwährung, sondern auf eine Ueberführung der einzelnen Währungen in die polnische Markwährung ab. In dem Gesetz vom 19. Mai 1919 (GBl. Nr. 296) stellte er daher den Umtausch aller nicht polnischen Zahlungsmittel in solche, die auf die polnische Markwährung lauten, in Aussicht. Immerhin blieb auch er bei dem Gedanken, letzten Endes doch eine frankähnliche Währung einzuführen, und er wollte nur zunächst durch Umtausch der fremden Zahlungsmittel vorbereitend eine Vereinheitlichung in polnischer Mark herbeiführen.

An und für sich ist es vom währungspolitischen Standpunkt aus unverständlich, dass man überhaupt nach einer, in der Parität und Relation von der polnischen Mark verschiedenen, neuen Währung strebte. Die polnische Mark war inzwischen im wesentlichen bereits zur polnischen Landeswährung geworden, und das aus finanziellen Interessen des Staates ausgegebene Papiergeld lautete auf polnische Mark. Es wäre daher wesentlich einfacher gewesen, bei der polnischen Mark zu bleiben und sie als einziges gesetzliches Zahlungsmittel durchzusetzen und dann zu stabilisieren.

Es sind zwei Arten des Währungswechsels zu unterscheiden, eine einfache Namensänderung und die Einführung einer neuen Währung mit einem bestimmten Wertverhältnis, etwa zum Gold, aufbauend auf der Vorkriegszeit. In Polen beabsichtigte man die letztere Art und hatte sich die Anleh-

nung an die französische Frankwährung zum Ziele gesetzt. Aus Gefühlen der Pietät, aber auch nur daraus, ist es begreiflich, dass Polen schon damals dieselbe Währungseinheit wie Frankreich besitzen wollte. Aber was nützt die gesetzliche Aehnlichkeit der polnischen Währung mit der französischen, wenn von diesem Bau der Wünsche schliesslich nur noch das Gesetz allein übrig bleibt, wenn man aus dem Stand der Valuta beim besten Willen keine Aehnlichkeit mit dem französischen Franken konstruieren kann. Es kommt nicht auf die Währungsparität und die Relation an, sondern lediglich darauf, dass ein Land die wirtschaftliche Kraft aufbringt, seine Währung zu stabilisieren. Die Währung muss sich dem Wirtschaftsleben anpassen und darf es nicht behindern. Daher ist es durchaus unzweckmässig, wenn versucht wird, eine von aussen hergeholte Währung einzuführen, solange nicht die Wirtschaftsverhältnisse für einen solchen Schritt geeignet sind; denn es würde eine neue Währungseinheit geschaffen, auf die alle Werte umgerechnet werden müssten, ohne eine Garantie für die Stabilität der neuen Währung übernehmen zu können. Unnötige Verluste auf der einen Seite und unverdiente Gewinne auf der andern sind mit allen Umrechnungsmanövern zur Zeit einer Papiergeldwirtschaft fast stets verbunden. Solange das Verhältnis zwischen Währungseinheit und Metallwert das gleiche ist, wie zur Zeit des Erlasses des Währungsgesetzes, bietet der Uebergang zu einer neuen Währung keine Schwierigkeiten, denn es kann sich jeder aus dem Verhältnis z. B. polnische Mark : Frank = 100 : 81 die wirkliche Höhe seiner Verbindlichkeiten berechnen. Aber heute, wo die Kaufkraft der einzelnen Währungseinheiten sich gemäss der Wirtschaftslage der einzelnen Länder gänzlich verschieden entwickelt hat und dauernd schwankt, bedeutet ein Währungsgesetz, durch das die französische Frank-Währung eingeführt wird, eine gesetzliche Massnahme, die lediglich auf dem Papier steht. Der Zweck einer solchen Währungsänderung ist nicht recht zu ersehen. Derartige Bestrebungen erklären sich auch nur aus der damals noch mangelnden Einsicht in die komplizierten Entwicklungsverhältnisse. Irgend ein Vorteil für eine solche neue polnische Valuta hätte sich jedenfalls nicht ergeben; denn die Kaufkraft der Währungseinheit im In- und Auslande unterliegt wirtschaftlichen Einflüssen in Verbindung mit der Finanz- und Geldemissionspolitik.

Nicht zu verkennen sind auch die Schwierigkeiten der praktischen Umrechnung, die sich wohl überhaupt nicht



hätte durchführen lassen, wenn man neben den gesetzlichen Umrechnungsgrößen auch noch die Verschiebung der Kaufkraftverhältnisse hätte berücksichtigen wollen. Die Einführung einer neuen Rechnungseinheit hätte daher nur eine weitere Verwirrung bedeutet. Es hätte dann der Kaufmann durch den Wust von Währungen, mit denen allen er schlimmstenfalls sich hätte abfinden müssen, nicht mehr durchfinden können. Angeblich wegen Mangels an Noten der neuen Währung<sup>1)</sup>, in Wirklichkeit aber infolge der sich ergebenden Schwierigkeiten bei nur geringem in Aussicht stehendem Nutzen wurde die Durchführung der Frankwährungspläne verschoben.

In einer Zeit, in der ein Staat auf Kredit lebt und zum erheblichen Teil diesen Kredit von der Notenbank bezieht, ist der Versuch, auf dem Gesetzeswege eine neue stabile Währung der geschilderten Art einzuführen, geradezu widersinnig. Durch Gesetzesmassnahmen kann wohl eine formelle Aenderung der Währung herbeigeführt werden, eine tatsächliche Besserung ist aber nur auf dem Wege über die Wirtschaftsentwicklung möglich. So bedeutet der Wunsch nach einer neuen festen Währung ein Ziel, dem man nur mit Hilfe einer geordneten Finanzwirtschaft und gesunder Bilanzverhältnisse näher kommen kann.

### 3. Die polnische Währungsgesetzgebung auf Grund vorbereiteter Untersuchungen.

Die bisher betrachtete polnische Währungsgesetzgebung trägt das Gepräge der Ratlosigkeit. Erst in den Sommermonaten 1919 wurde im polnischen Parlament, dem Sejm, versucht, sich über das Problem Klarheit zu verschaffen. Die Verhandlungen beschränkten sich zunächst auf den technischen Teil einer Währungsreform, auf die Herbeiführung einer einzigen Währungseinheit und die allmähliche Ausserkurssetzung der vielen Geldarten aus früherer Zeit. Die ergänzende wirtschaftspolitische Seite einer Währungsreform wurde nicht berührt, zum mindesten gingen die Versuche in dieser Richtung kaum über den Rahmen allgemeiner Erörterungen hinaus.

Die Bedeutung einer technischen Reform auf die Besserung des Kurses der Valuta wurde zumeist überschätzt<sup>2)</sup>. Man dachte zu sehr an die vorschwebende Frankeneinheit der einzuführenden Zloty-Währung und an den im Verhältnis

<sup>1)</sup> Berichte aus den neuen Staaten S. 15, 1920.

<sup>2)</sup> T. Adamczewski, Reforma Walutowa w Polsce, Posen 1919 S. 10.



zur polnischen Mark guten Kurs der Frankwährung, der aber unmöglich bei einer solchen Reform aus Frankreich mit hinübergenommen werden konnte. Soweit man sich derartigen Hoffnungen hingab, handelte es sich um eine laienhafte Täuschung. Gänzlich unverständlich sind aber Aeussereien wie: „Der polnische Gulden soll einen dem Franken gleichen Wert erhalten, also 17% unter Goldparität.“<sup>1)</sup> Man nimmt damit in die eigene neue Währung das Disagio einer fremden Währung mit hinein, um die gleiche Bewertung zu konstruieren, ohne zu berücksichtigen, dass sich das so konstruierte Verhältnis bereits im nächsten Augenblick verschieben kann.

Von Einfluss auf die Bewertung einer Währung sind auch psychologische Momente, und aus diesem Grunde entspringt dann aus einer durch eine technische Reform herbeigeführten Uebersichtlichkeit der Währungsverhältnisse doch ein gewisser Vorteil. Adamczewski<sup>2)</sup> fasst die Verhandlungen vom Sommer 1919 wie folgt zusammen: „Aus der Aussprache über die Währung, deren Zeugen wir in den letzten Monaten waren, sind zwei Projekte der Konversion in den Vordergrund getreten:

a) das von der Währungsenquête bzw. von der Beratung der Vertreter der Banken festgelegte Projekt;

b) das Projekt der sogenannten *Unifikation*, das in dem dem Sejm vorgelegten Entwurf des Konversionsgesetzes vom 26. Juli 1919 seinen Ausdruck gefunden hat.“

Die von den beiden Enquêtes (zu a) aufgestellten Grundsätze lassen sich in folgende zwei grundlegende Forderungen zusammenfassen:

1. Einführung einer dem Franken ähnlichen Geldeinheit;
2. Anwendung eines niedrigeren Kurses auf das ausser Kurs zu setzende Bargeld als auf Verbindlichkeiten, die in Złoty umgerechnet werden sollen.

Also auch in diesen ersten grundlegenden Verhandlungen sah man alles Seelenheil in dem Uebergang zu einer frankenähnlichen Währung. Es wäre interessant, irgendwo auch einmal eine sachliche Begründung dieses Wunsches zu finden. Es hatte aber immer nur den Anschein, als ob man mit der blossen Aenderung des Namens der jeweiligen Landeswährung, etwa in Złoty- oder Frank-Währung, ein Stück der wirtschaftlichen Basis Frankreichs für die Entwicklung der polnischen Frank-Währung, genannt Złoty-Währung, mit hinüberzunehmen glaubte. Es hätte doch viel näher gelegen, eine

<sup>1)</sup> Dr Adamczewski, in *Gazeta Warszawska* August 1919.

<sup>2)</sup> T. Adamczewski a. a. O. S. 10.

Währung zu wählen, die die Reform erleichtert und nicht noch weitere Wirtschaftsrätsel mit sich bringt. Jedenfalls gewinnt man von den Besprechungen den Eindruck, dass man die Schwierigkeiten und die Tragweite einer Währungsreform damals noch nicht recht überblickte.

Ferner wurde von der Währungsenquête verlangt, dass für die Umrechnung der einzelnen Währungen in die Zloty-Währung bei Bargeld und Verbindlichkeiten ein verschiedener Kurs zur Anwendung kommen soll. Man ging von dem Gedanken aus, dass die sogenannten Verbindlichkeiten seinerzeit zum Goldwerte eingegangen sind, dass die Objekte, die mit ihnen belastet sind, sich im Werte nicht geändert haben. Daher sollte hier ein durch die Goldparität angezeigter Kurs angewandt werden. Bei Verbindlichkeiten sollten die Währungen in ein dem einstigen Goldgehalte gemäss Währungsgesetz entsprechendes Verhältnis gesetzt werden, die Umrechnung sollte im Verhältnis Zloty : Mark : Kronen : Rubeln = 81 : 100 : 85 : 216 erfolgen.

Zweifellos mussten die Friedensrelationen Berücksichtigung finden; doch wenn bei der gedachten Währungsreform ganze Arbeit geleistet werden sollte, dann bestand die Hauptaufgabe nicht in einer einfachen Konstruktion der Goldwährungswerte für die Verbindlichkeiten, sondern in einer den gegenwärtigen Wirtschafts- und Ertragsverhältnissen angepassten Umrechnung. Zwecks Anschlusses an das Wirtschaftsleben war neben den rein rechnerisch sich ergebenden Faktoren ein anderer zu berücksichtigen, der die Verbindung mit dem Wirtschaftsleben und mit der Entwicklung bildet, und den wir durch Anlehnung an die Preisgestaltung in den einzelnen Gebieten im In- und Auslande gewinnen.

Das Ziel der damaligen Untersuchungen ist nicht klar zum Ausdruck gekommen. Jedoch hätten die Preisverschiebungen Berücksichtigung finden müssen, wenn man mehr als eine Namensänderung wollte und an die Einführung einer wirklich polnischen Zloty-Währung dachte; eine solche Währung war die einzig denkbare, wenn man dem Wirtschaftsleben nicht Gewalt antun wollte. In Polen dachte man aber anders! Man scheint mit der Absicht umgegangen zu sein, eine französische Zloty-Währung einzuführen. Man wollte also lediglich den alten Goldwert rekonstruieren, vielleicht auch — aus uns unerklärlichen Gründen — den genauen damaligen Wert des Franken erreichen. Zu diesem Zweck hätte es freilich genügt, bei Verbindlichkeiten eine einfache Zahlenrechnung vorzunehmen.

Schwierigkeiten hätten sich für die praktische Durchführung der damaligen Beschlüsse dann nur noch aus der Unklarheit des Begriffes „Verbindlichkeit“ ergeben, da die Abgrenzung der Verbindlichkeiten, bei denen es sich auch um solche aus der Nachkriegszeit handelte, vom Bargeld keineswegs feststeht.

Im Grunde genommen war man sich aber über die Konversion des Bargeldes noch weniger im Klaren, denn die Ueberlegungen wurden hier durch Rücksichten auf die Finanzlage des Staates getrübt. „Während eine Verbindlichkeit die Forderung eines polnischen Staatsbürgers gegen einen anderen ist, ist Bargeld die Forderung eines hiesigen Bürgers gegenüber einem ausländischen Institut, d. i. gegenüber der Bank, welche die betreffenden Banknoten emittiert.“<sup>1)</sup> Damals wurde betont, dass die in Złoty eingelösten Mark in Deutschland Verwendung finden könnten und die Rubel-einlösung wegen der Entwertung dieses Geldes einigen Schaden bringe. Die grösste Sorge bereiteten aber die Kronennoten; denn nach dem Friedensvertrag sei Polen verpflichtet, die in seinem Gebiete befindlichen Kronen auf eigene Rechnung zu übernehmen. Man versuchte, bei der Reform möglichst billig davonzukommen, und dieser Gedanke beeinträchtigte die objektive Behandlung der Währungsfrage. In der Tat musste, da man ja eine kleinere Währungseinheit einführen wollte, die Relation 100 : 81 auch beim Bargeld zugrunde gelegt werden. Sache der Erörterung konnte es daher nur sein, wie man den jeweiligen Stand der Währungsentwertung berücksichtigte. Zahlte man für Rubel, Kronen und eventl. deutsche Mark zuviel, dann war die Staatskasse geschädigt, und man lief ausserdem Gefahr, noch mehr zu bezahlen, indem die Spekulation sich das gute Geschäft zunutze machte und für einen entsprechenden Vorrat an einzulösendem Gelde sorgte. Zahlte man zu wenig, dann schädigte man die Besitzer des fremden Geldes und verschärfte dadurch den bereits bestehenden Gegensatz zwischen den einzelnen Teilgebieten.

Hier stossen wir auf das grösste Missverständnis in den Reformverhandlungen. Man dachte daran, eventl. die Valutanotierungen der umzurechnenden Währungen in Franken als Ausgangspunkt zu wählen, ohne sich darüber klar zu sein, dass ein so eingeführter Złoty doch nie den Frankkurs

<sup>1)</sup> T. Adamczewski: a. a. O. S. 11. Podczas gdy zobowiązani jest pretensją jednego obywatela polskiego do drugiego, gotówka przedstawia pretensją obywatela tutejszego do zagranicznej instytucji, t. j. do banku emitującego odnośne banknoty.



annehmen würde. Vor allem wäre ein Vorgehen auf Grund der Valutanotierungen deswegen Widersinn gewesen, weil Polen doch nicht imstande gewesen wäre, den gewaltsam mit Hilfe einer Art von Devaluation verbesserten Kurs seines Geldes auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Aber selbst eine gut vorbereitete und gerecht durchgeführte vollständige Währungsreform, die sich dem Wirtschaftsleben Polens reibungslos anpasste und die in der oben angedeuteten Weise auf Grund genauer statistischer Unterlagen und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Notwendigkeiten in die Wege geleitet worden wäre, konnte bei den damaligen Finanz- und Wirtschaftsverhältnissen auf die Dauer keinen Erfolg haben, und man hätte dieselben Massnahmen immer wieder mit dem gleichen Misserfolg wiederholen können. Denn es wäre ein Versuch gewesen, eine Goldwährung in einem damals noch zur Papierwährung verdamnten Lande ohne Gold einzuführen.

Man einigte sich auf einen Mittelweg, stets darauf bedacht, die Reform ohne grosse Verluste infolge zu hoher Umrechnungskurse für Rubel und Krone durchzuführen. Der Ende Juli im Sejm vorgelegte Ministerialentwurf verwarf begreiflicherweise die von den Enqueten aufgestellten Grundsätze und vertrat das Projekt der sogenannten Unifizierung. Es sollte eine Vereinheitlichung der Währung durch Einlösung in der am meisten verbreiteten Währung, der polnischen Mark, angestrebt und jede Mark dann in einen Złoty umgetauscht, d. h. die Mark einfach in Złoty umbenannt werden. Die Währungseinheit des Złoty konnte einstweilen noch dahingestellt bleiben. Auf diese Weise wurde den oben angedeuteten Gesichtspunkten Rechnung getragen. Es erfolgte keine Vergewaltigung des Wirtschaftslebens, und man führte die Reform lediglich in der Art einer Namensänderung durch. Es sollte nach erfolgter Vereinheitlichung die polnische Mark dem Złoty gleichgesetzt werden, während man das erstgenannte Verfahren mit Recht für zu kompliziert und zu gewagt hielt.

Vom währungstheoretischen und währungspolitischen Standpunkt muss dem Entwurf mangelhafte Durcharbeitung zum Vorwurf gemacht werden. Zunächst wurde ausdrücklich jedes Münzgesetz verworfen, es sollte also der für alle anderen Währungen eintretende Złoty sich auf kein Münz- und kein Währungsgesetz stützen, er sollte in der Luft hängen, und ein Eingriff des Staates in dieser Richtung sollte erst dann erfolgen, wenn die Geldverhältnisse stabil



geworden sind. Ob man mit dieser unklaren Politik einen Vorteil erreichte, ist sehr zu bezweifeln. Wenn auch der Wert eines Währungsgesetzes nicht überschätzt werden darf, so ist es doch vorteilhaft, wenn klar zum Ausdruck gebracht wird, welches die Währungseinheit eines Geldwesens ist. Wird die gewünschte Höhe später nicht erreicht, dann kann nach Rückkehr gesunder Wirtschaftsverhältnisse und sobald es möglich ist, die Währung zu stabilisieren, die Werteinheit in Gold immer noch auf einen Bruchteil festgesetzt und eine Devaluation durchgeführt werden.

Die Gegner dieses Vorschlages befürchteten besonders Schaden für die Staatskasse, da man für Verbindlichkeiten und Bargeld dieselben Kurse anwenden wollte. Wir halten einen Unterschied in der Umrechnung von vornherein für unmöglich und unberechtigt, sonst müsste man bei jeder Devaluation derartige Kunstgriffe anwenden, die entgegen der Währungsentwicklung Teile der Vergangenheit in die Gegenwart auf Grund irgendwelcher Wünsche mit hinübernehmen. In erster Linie muss hier das Gerechtigkeitsprinzip gewahrt werden, für das aber der Weg der Besteuerung derer, die einen allgemeinen Verlust nicht mittragen helfen, ein gegebeneres Mittel sein dürfte, als besondere Bestimmungen bei einer Währungsreform.

Gleichzeitig mit der technischen Währungsreform eine Verminderung des Notenumlaufs oder eine Devaluation anzustreben, was schliesslich noch auf Kosten derjenigen erfolgen soll, deren Geld eingelöst wird, wie es Adamczewski beabsichtigt, dürfte zu weit gehen. Mit dem festzustellenden Recht, das die Basis der technischen Reform sein muss, kann nur dann eine Abhilfe der Währungsschwierigkeiten verbunden werden, wenn die Kosten einer solchen Massnahme zu gleichen Teilen von der gesamten Bevölkerung getragen werden, wie es in der Tschechoslowakei der Fall war, deren Massnahmen den polnischen Wirtschaftspolitikern ja ständig vorschweben.

Der neue Finanzminister Dr. Bilinski, früherer Generalgouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank und gemeinsamer Finanzminister der Monarchie, beabsichtigte zunächst, die polnische Mark zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen. In der Tat drängte die Höherbewertung der deutschen Mark und der alten österreichischen Krone zur Lösung. „Da die

---

<sup>1)</sup> Dr. Fink: Auslandsrecht 1920.

polnische Mark in ihrem Geltungsgebiete im Verhältnis zur Krone immer weiter sank und die ursprüngliche amtliche Relation 100 : 150 längst durch den Gang der Dinge überholt worden war, entschloss sich Bilinski, die polnische Mark zur einzigen gesetzlichen Währung in Polen zu machen und zwar in dem Moment, wo ihr Kurs effektiv bis zu dem der Krone gesunken ist.“ Wenn zunächst auch nicht recht zu ersehen ist, weshalb der Finanzminister sein Vorhaben erst dann ausführen wollte, wenn die polnische Mark den Stand der Krone erreicht hatte, so bedeutete der Kursgleichstand doch eine bequeme Gelegenheit der Umrechnung. Tatsächlich war es zunächst einmal die wichtigste Aufgabe, was ja auch in dem Unifizierungsprojekt zum Ausdruck kam, die polnische Mark zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen. Es war sogar eine gewisse Notwendigkeit, der Wirklichkeit mit den Währungsgesetzen zu folgen, da sich der polnische Staat zur Beschaffung seiner Geldmittel einzig und allein der polnischen Mark bediente und über die anderen noch vorhandenen Währungen, die nur noch die Bedeutung von Valuten hatten, zugunsten seiner Finanzen nicht verfügen konnte.

Wenn auch verschiedentlich der Mangel einer eigenen polnischen Währung an Polen gerügt wird und es in der Tat kein eigentliches Währungsgesetz gibt, so ist die Polnische Landes-Darlehnskasse doch inzwischen zu einer sehr produktiven Notenemissionsstelle geworden, und man hat damit die von der deutschen Besatzungsbehörde eingerichtete Währung, der die deutschen Währungsgesetze zugrunde lagen, faktisch als einzige Landeswährung anerkannt<sup>1)</sup>. Es ist nur ein Mangel der Gesetzgebung, dass sie diesen Zustand nicht formell zum Ausdruck brachte. Doch war es, wie wir aus den Verhandlungen der polnischen Nationalversammlung ersehen haben, vielleicht Absicht.

Gesetzliche Zahlungsmittel waren während der Besatzungszeit in erster Linie die polnische Mark und die österreichische Krone. Der Rubel war im deutschen Besatzungsgebiet durch die bereits genannte Verordnung vom 15. April 1917 als gesetzliches Zahlungsmittel ausgeschaltet, im österreichischen war eine ähnliche Bestimmung allerdings nicht erfolgt. Auch die polnische Regierung hob den Rubel als gesetzliches Zahlungsmittel für das ehemalige österreichische

---

<sup>1)</sup> Adamczewski a. a. O. spricht anlässlich der Unifizierung von einer Aufhebung des Münzgesetzes; er nimmt also das Bestehen eines solchen an.

Besatzungsgebiet zunächst nicht auf, was formell vielleicht hätte erfolgen sollen. Der russische Rubel wurde aber von der polnischen Regierung stillschweigend als Auslandsgeld betrachtet und galt faktisch nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Abzufinden hatte sich die polnische Regierung in der Hauptsache mit der deutschen Mark und der alten österreichischen Krone. Bereits Anfang Dezember 1918 war durch das Gesetz betreffend die Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse die polnische Mark zum gesetzlichen Zahlungsmittel im ganzen polnischen Staate erklärt worden. Durch besondere Verordnung des Kommissariats der Volksbeauftragten in Posen vom 11. April 1919 betreffend polnische Mark wurde die Zahlungskraft ausdrücklich auch auf das ehemals preussische Teilgebiet ausgedehnt, das damals vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages noch nicht endgültig Polen zugesprochen war und daher nicht unter das im § 4 der Statuten der Polnischen Landesdarlehnskasse bezeichnete Gebiet fiel.

Ein Teil des Planes Bilinskis fand in dem viel genannten und angefeindeten Landesgesetz vom 20. November 1919<sup>1)</sup>, betreffend die Valuta im ehemaligen preussischen Teilgebiet, seinen Ausdruck, das so manchem Besitzer von deutschen Mark einen grossen Teil seines Vermögens enteignete. Einen Sturm von Entrüstung löste dieses Gesetz in den ehemals preussischen Gebietsteilen aus. Es gilt jedoch nur, wenn es sich um einen innerhalb des polnischen Gebietes liegenden Zahlungsort handelt<sup>2)</sup>.

Um Missverständnissen zu begegnen, haben die Ministerien der Finanzen und des ehemaligen preussischen Gebietsteiles durch Bekanntmachung vom 18. Februar 1920 zu diesem Gesetz eine authentische Erklärung folgenden Inhalts veröffentlicht<sup>3)</sup>: „Die in diesem Gesetz enthaltene Ersetzung der deutschen Mark durch die polnische Mark betrifft nur die Gebiete, die Polen durch den Versailler Vertrag zuerkannt wurden und die früher zu Deutschland gehört haben. Dieses Gesetz entscheidet weder die Frage der Währung, noch deren Kurs in Bezug auf Verpflichtungen, die ausserhalb der Grenzen des polnischen Staates zahlbar sind. Der Artikel führt nur einen Aufschub bei der Regelung

<sup>1)</sup> Veröffentlicht im Dziennik Praw Panstwa Polskiego Nr. 91 vom 29. Dezember 1919 S. 917; s. Anhang. Vgl. auch Wagner, „Das polnische Valutagesetz und die deutschen Gläubiger“ Berlin 1920.

<sup>2)</sup> Rukser a. a. O. S. 65 ff.

<sup>3)</sup> Dziennik Urzędowy Nr. 7 vom 18. Februar 1920.



dieser Verpflichtungen herbei, der mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und national nicht geregelten Währungsverhältnisse durchaus möglich ist. Der Aufschub ist nicht unbedingt, denn diesem Artikel gemäss können die kompetenten Behörden auch andere Verfügungen treffen. Die polnischen Behörden werden keine Schwierigkeiten machen, welche auf die Handelsbeziehungen des polnischen Staates mit dem Auslande und auf dessen Kredit einen ungünstigen Einfluss ausüben könnten. Insbesondere muss hervorgehoben werden, dass dieses Gesetz die Regelung der Währungsverhältnisse in Gebieten vorsieht, welche Polen infolge Volksabstimmung zufallen werden. Diese Angelegenheit wird geregelt werden im engeren Einverständnis mit den Vertretern der Bevölkerung dieser Gebiete, unter Berücksichtigung der Verhältnisse, die im Augenblick der Uebnahme dieser Gebiete durch den polnischen Staat bestehen werden.“

Das Gesetz vom 20. November 1919 beabsichtigte die Regelung des Verhältnisses der deutschen Mark zur angestrebten polnischen Landeswährung dahin, dass im Inlande die deutsche Mark gleich der polnischen Mark ist. So hiess es auch in der Verordnung der deutschen Besatzungsbehörde und durfte es heissen in einer polnischen Verordnung in dem Augenblick, als das deutsche und polnische Wirtschaftsgebiet getrennt wurde.

Im November 1919 lagen aber die Dinge gänzlich anders. Die deutsche Mark stand doppelt so hoch wie die polnische und besass auch im Inlande eine viel grössere Kaufkraft. Die deutsche Mark war für Polen faktisch ein Valutawert, eine Ware geworden<sup>1)</sup>. Das Gesetz setzte damit nicht nur gleiche Währungseinheit — diese bestand ja schon seit langem — sondern auch die gleiche Kaufkraft im Innern, für deutsche und polnische Mark den gleichen Innenwert, fest. Es schnellten nun die Preise in Preussisch-Polen rasch in die Höhe und passten sich auch hier dem in dem Gesetz vorausgesetzten Innenwert an, der aber nur noch in polnischer Mark Ausdruck fand, während das bessere deutsche Geld verschwand. Wenn jemand vor dem 20. November 1919 1000 deutsche Mark geliehen hatte, um dafür Ware zu kaufen, dann brauchte er nach dem 20. November nur noch 1000 polnische Mark zurückzuzahlen, wofür der edle Gläubiger, der die 1000 deutsche Mark geliehen hatte, kaum noch die

---

<sup>1)</sup> Die polnischen Sparkassen im ehemals preussischen Teilgebiet machten Millionen Kursgewinne.



Hälfte kaufen konnte. Es war ein bedenklicher Eingriff in das Wirtschaftsleben und bedeutete für Gläubiger deutscher Mark eine Enteignung von 50% und für Schuldner deutscher Mark eine Schenkung von 50%. Das Gesetz sollte gemäss seinem Art. 7 mit der Uebernahme der Regierungsgewalt auch in den Gebieten wirksam werden, die noch später zu Polen kommen sollten.

Unbedingt richtig war es, dass man endlich daran ging, mit den vielen Währungen im Lande aufzuräumen, jedoch für notwendig und möglich muss es erachtet werden, dass man dabei einen wirtschaftlichen Weg gegangen wäre, der einen weniger rigorosen Eingriff bedeutet hätte. Freilich war von Bilinski nachzuholen, was vorher versäumt worden war; denn eine Gleichstellung im Inlande im November 1918 wäre durchaus berechtigt gewesen. Aber nachdem sich nun im Laufe eines Jahres unterschiedliche Bewertungen herausgebildet hatten, musste diesen notgedrungen auch Rechnung getragen werden.

Immerhin ist aber anzunehmen, dass alle diese Momente auch in Polen erwogen worden sind, denn die Ministerien der Finanzen und des ehemaligen preussischen Gebietsteiles schlugen in ihrer authentischen Erklärung einen recht abschwächenden und versöhnlichen Ton an. Und man wird den Grund zu einem solchen Vorgehen vielleicht in einer anderen Auffassung des Währungsproblems zu suchen haben.

Man fusste bei den Ueberlegungen gleichsam auf den beiden Währungen, der polnischen und der deutschen, gemeinsamen Ausgangspunkt, dem deutschen Währungsgesetz, ohne zu berücksichtigen, dass die formelle Gleichheit der beiden Währungen bis November 1918 nur infolge der deutschen Garantie hergestellt wurde, dass aber die wirtschaftlichen Grundlagen schon damals gänzlich verschiedene waren und sich die polnische Währung nach der Abtrennung des polnischen vom deutschen Wirtschaftsgebiet entsprechend den Ergebnissen des eigenen Wirtschaftens gestaltete. Nur zur Zeit der natürlichen Währungstrennung im November 1918 konnte die deutsche Mark als Zahlungsmittel durch ein derartiges Gesetz ausgeschaltet werden und, obwohl sie formell noch bis November 1919 gesetzliches Zahlungsmittel war, musste sie polnischerseits doch als Auslandsgeld behandelt werden. Anzuerkennen ist der Einwand, dass dann diejenigen, die in deutscher Mark gerechnet hatten, günstiger gestellt gewesen wären als diejenigen, die sich der polnischen Mark bedienten. Doch waren andererseits

Geschäftsabschlüsse in deutscher Währung keineswegs nichtig, umso weniger, als die deutsche Währung in Polen ausdrücklich als Rechnungseinheit zugelassen war. Die deutsche Mark erhielt auch in den polnisch gewordenen Gebieten ihre Kraft von der deutschen Wirtschaft, wie ja auch direkt oder indirekt ein ständiges Ein- und Ausströmen deutscher Mark über die Landesgrenze möglich war, und es muss sogar als ein gewisses Versäumnis deutscherseits betrachtet werden, dass man nicht an Polen mit der Forderung herantrat, die deutsche Mark im polnischen Gebiet ausser Kraft zu setzen; allerdings wäre ein solcher Schritt erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles denkbar gewesen.

Die deutsche Mark, die faktisch bereits Auslandsgeld war, durfte nicht wie Geld behandelt werden, das der polnische Staat emittiert hatte. Es musste innerhalb einer bestimmten Zeit ausser Kurs gesetzt werden, in der jeder, der deutsche Mark und Markforderungen bzw. Markschulden besass, die Währungsfrage regeln konnte. Nach dieser Frist konnten dann derart einschneidende Gesetze wie das vom 20. November 1919 erlassen werden. Verluste der Besitzer von deutschen Mark, also der besseren Währung, wären wahrscheinlich unvermeidlich gewesen, da man sich ja gegen eine fortschreitende Währungsverschlechterung an sich nicht wirksam schützen kann. Inwieweit das Gesetz vom 20. November 1919 etwa der Valutapolitik dienen, also ein Steigen der polnischen Valuta auf Kosten der Besitzer deutscher Mark herbeiführen sollte, lassen wir dahingestellt, wenn auch vielfach behauptet wird, dass diese Absicht bestanden hätte. An einen wirklichen Dauererfolg kann man im Ernst doch nicht recht geglaubt haben.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, dass sich der polnische Staat bei seinen Währungsvereinheitlichungsbestrebungen in einer ausserordentlich schwierigen Lage befunden hat, was oft zu wenig berücksichtigt wird. Bei einer Geschwindigkeit der Entwicklung, wie sie die Währungsverhältnisse Polens angenommen hatten, wurden die Gesetze zu leicht durch die Tatsachen überholt. Und soweit nicht durch das Gesetz deutsche Interessen in Mitleidenschaft gezogen wurden, muss in Bezug auf die inneren Währungsverhältnisse jedem Staat seine Gesetzeshoheit zugebilligt werden. Ein Uebergreifen auf deutsche Gläubiger und eine Schädigung derselben liegt aber in der Tat vor<sup>1)</sup> und deshalb

---

<sup>1)</sup> Dr. Rukser a. a. O. S. 72.

ist das Gesetz so überaus anfechtbar. Es stellt ein schwieriges Gebiet für die Rechtsprechung dar, die erst allmählich die Grenzen für die zulässige Tragweite derartiger Währungseingriffe setzen muss.

Mit dem Gesetz vom 20. November 1919 hatte die deutsche Mark ihre gesetzliche Zahlungskraft in Polen verloren, und man war dem Ziele Bilinskis, die polnische Mark zum einzigen Zahlungsmittel im gesamten Gebiet der Republik zu erklären, näher gerückt. Für Polen bedeutete die Erreichung dieses Zieles ausserordentlich viel. Wie sollte man eine einheitliche Wirtschaftspolitik treiben, wenn sich infolge der Währungszustände so viele Fremdkörper in der Wirtschaft befanden. Freilich hat man sich den Aufstieg nach Verwirklichung der ersten Währungswünsche leichter vorgestellt.

Auch Bilinskis Nachfolger, Grabski, machte sich dessen Plan, die polnische Mark zum alleinigen gesetzlichen Währungsgeld zu machen, zu eigen. Vorbereitend setzte seine Verordnung vom 24. Dezember 1919 eine neue Relation der polnischen Mark zur Krone fest und zwar 70 polnische Mark gleich 100 Kronen, zunächst nur für staatliche Ein- und Auszahlungen. Diese Relation entsprach aber nicht dem tatsächlichen Verhältnis. Die Kaufkraft der Krone war sowohl im Innern wie im Auslande höher. Man konnte an importierten Waren für 100 Kronen weit mehr kaufen als für 70 polnische Mark. Es erhob sich daher eine heftige Agitation gegen die Massnahmen des Finanzministers. Die Vertreter Galiziens und des früheren österreichischen Besatzungsgebietes machten u. a. geltend, dass die Metallrelation der Friedenszeit den tatsächlichen Verhältnissen viel eher entspreche.

Auch in Bezug auf die österreichische Krone muss betont werden, dass ein einheitliches Wirtschaftsgebiet nur mit Hilfe einer einheitlichen Währung entstehen kann. Doch hätte der Uebergang, wenn vielleicht der geeignete Moment vorher versäumt worden war, nicht durch einschneidende Gesetze, die zu sehr im Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung stehen, erfolgen dürfen. Gegen den einmütigen Protest der Abgeordneten aus Galizien und dem früheren österreichischen Besatzungsgebiet wurde durch das Gesetz vom 15. Januar 1920 die polnische Mark mit einer Relation zur Krone von 100 : 70 (100 polnische Mark = 143 Kronen) zum gesetzlichen Zahlungsmittel in ganz Polen erklärt. Es konnten von da an alle auf Kronen lautenden Verpflichtungen zu dem



angegebenen Umrechnungskurs auch in polnischer Mark beglichen werden, obwohl zur Zeit des Gesetzes 100 polnische Mark höchstens 110 bis 120 Kronen kosteten. Da die Strafandrohungen sehr streng waren und die österreichischen Kronen, deren Basis ja nicht allein Polen, sondern auch noch Ungarn war, in Wien zu einem guten Kurs gehandelt wurden, wanderten sie dahin ab. Besonders bequem war auch das Einströmen in das von Polen besetzte Abstimmungsgebiet des früheren Oesterreich-Schlesien, wo das Gesetz vom 15. Januar 1920 keine Gültigkeit hatte, da die Abstimmung noch nicht erfolgt war.

Die gesetzlich befohlene Relation gegenüber der Mark, deutsche Mark gleich polnische Mark, bedeutete im November 1919 eine Härte und kann nur gerechtfertigt werden, wenn das polnische Wirtschaftsleben stabil geblieben wäre, die in Polen befindlichen deutschen Mark unmittelbar unter dem Einfluss der polnischen Wirtschaft gestanden hätten, oder auch, wenn sie einer toten Währung angehört hätten. Die Relation der Krone zur Mark 70 : 100 bedeutete scheinbar auch eine Härte, die im Rahmen polnischer Währungspolitik unangebracht ist, doch ist Finanzminister Grabski sich der erforderlichen Relationsbedingungen wohl bewusst gewesen, wenn er in seinem Finanzprogramm sagte: „Der Umtausch muss gerecht sein und die tatsächlichen Lebenskosten berücksichtigen.“ Vielmehr bedingte der Mangel an Kronennoten, die einer toten Währung angehörten, eine unnatürliche Kurssteigerung, und von diesem Standpunkt war die gewählte Relation eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses der letzten kurzen Spanne Zeit, in der die übrigen polnischen Staatsbürger unter der Währungsentwertung zu leiden hatten. Immerhin halten wir eine Ausserkurssetzung im Verhältnis zur Friedensparität für richtiger, da man in der Absicht, die letzte unnatürliche Aufwärtsbewegung<sup>1)</sup> der Krone auszuschalten, andererseits auch

<sup>1)</sup> Darüber Nowa Reforma (Krakau) vom 17. 12. 19. „Die Mark hat trotz aller Bemühungen keine Notierungen auf ausländischen Märkten erreichen können und bleibt so ein Papier von unbestimmtem Wert. Inzwischen wies die ungestempelte Krone eine Haussetendenz auf, die vor allem auf besondere Verhältnisse zurückzuführen ist: So wurden sehr viele Käufe, welche von Polen getätigt wurden, besonders im Osten und in Rumänien mit Kronen bezahlt; im Handel mit der Ukraine ist die Krone überhaupt das allein übliche Zahlungsmittel. Aus diesem Grunde musste die Regierung zu ihrer Verfügung einen gewissen Vorrat von Kronen festhalten und sie dem freien Verkehr entziehen. Neben dieser inneren Ursache üben auch mehrere äussere Gründe einen Einfluss aus: Wegen



nicht allzusehr auf dem vorübergehend übermässigen Sturz gegenüber der polnischen Mark in der vorangegangenen Zeit fussen dürfte. Gerade das dem Valutakurs noch nicht gefolgte Preisniveau bedeutet ja einen Rest des früheren Wertes der Krone.

Während in normalen Zeiten der Metallgehalt der Währungseinheit das Verhältnis für die Relation angab, ist es heute mehr und mehr das Wirtschaftsleben mit seiner Preis- und Einkommensgestaltung<sup>1)</sup>, das hierfür die Berechnungsunterlage liefern muss. Wo ein Kurs im Ausland zu tief oder zu hoch notiert wird, kann daher das Ergebnis statistischer Berechnungen eine vom Devisenkurs abweichende Relation rechtfertigen.

Mit dem Gesetz vom 15. Januar 1920 hat sich die polnische Mark dann vollkommen als einheitliche Währung durchgesetzt, wenn auch nebenbei im bisherigen Bereich der österreichischen Krone diese zu der amtlichen Relation noch als gesetzliches Zahlungsmittel dienen konnte, was aber infolge des ungünstigen Kurses kaum der Fall war. Durch die für die polnische Mark günstige Relation setzte sie sich noch erheblich schneller als allgemeines Zahlungsmittel durch, ein Gesichtspunkt, der nicht zu unterschätzen ist; denn die Schuldner benutzen die günstige Gelegenheit, ihre Schulden abzustossen.

Die wirkliche Einlösung der österreichisch-ungarischen Kronennoten erfolgte dann zum Teil auf Grund des Gesetzes vom 26. März 1920 (GBI. Nr. 28). „In der Zeit vom 16. bis 26. April wurden die alten österreichischen Kronennoten, vorläufig aber nur die zu 100 und 1000 Kronen, gegen polnische Mark nach der gesetzlichen Relation umgetauscht<sup>2)</sup>. Eine Person bekam aber für die zum Umtausch vorgelegten

der Abstempelung der Krone in der Bukowina sind dorthin grosse Mengen verschoben worden, die dort den rumänischen Stempel erhalten sollten. Ferner kehrten nach dem Sturz der Räteregierung in Ungarn ungeheure Massen von Kronen, welche vor der Revolution zu uns geflüchtet waren, nach ihrem Ursprungsland zurück und zogen grosse Mengen unserer einheimischen Zahlungsmittel nach sich. Endlich verfiel d'Annunzio auf den Gedanken, ungestempelte Kronennoten in Lire al pari umzutauschen, um auf diese Weise die Bevölkerung der dalmatischen Küste für sich zu gewinnen. Besonders grössere Banknoten von 1000 und 10000 Kronen gingen, da leichter transportierbar auf unseren Märkten so in die Höhe, dass eine Tausendkronennote ein Agio von 30 Kronen besass.“

<sup>1)</sup> Vgl. Otto v. Zwiedineck, Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestimmungsgrund. Jahrb. f. G., V. u. Volksw. im deutschen Reich. Leipzig 1909 Heft 1.

<sup>2)</sup> Dr. Fink, „Auslandsrecht“ 1920 S. 165.

Banknoten auf einmal nicht mehr als 1500 polnische Mark. Ueberstieg der vorgelegte und von der Behörde angenommene Betrag diese Summe, so wurde ein Depotschein ausgestellt, der nach spätestens drei Monaten eingelöst werden sollte.

Nach dem erwähnten Gesetz sollten am 26. April 1920 die ungestempelten österreichischen Kronennoten aufhören, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Dies schien aber, da noch immer 1-, 2-, 10-, 20- und 50-Kronennoten im Umlauf waren, tatsächlich nicht der Fall gewesen zu sein.<sup>1)</sup> Trotz dieses restlichen Umlaufs der Kronennoten war mit diesen letzten Ausführungsgesetzen die Vereinheitlichung der polnischen Währung endgültig durchgeführt.

Nicht so dringlich wie die Beseitigung der deutschen Mark und der österreichischen Krone und mehr von formeller Bedeutung war die Aufhebung des letzten Restes der Rubelwährung. Diese hatte sich durch ihren Tiefstand im Verhältnis zur polnischen Mark von selbst ausgeschaltet. Erst in dem Gesetz vom 29. April 1920 (GBl. 38) betr. Umrechnung von Rubeln in polnische Mark wurde, nachdem man sich bereits während der Besatzungszeit mit dem Rubel zum grössten Teil abgefunden hatte, das Verhältnis der polnischen Mark zum russischen Zarenrubel formell geregelt. Das genannte Gesetz besagt, dass der Rubel im polnischen Staat aufgehört, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein und dass alle auf Zarenrubel lautenden Verpflichtungen in polnische Mark zum Kurse von 216 polnische Mark = 100 Rubel, d. h. zur Goldparität, umzurechnen<sup>2)</sup> sind. Damit werden lediglich die Anordnungen wiederholt und polnischerseits zum Gesetz erhoben, die seinerzeit von der Besatzungsbehörde getroffen waren.

Nunmehr stellte die polnische Mark die einzige Landeswährung Polens dar, deren Bewertung allein von den Vorgängen in der Republik und von der Gestaltung der Wirt-

---

<sup>1)</sup> Dr. Fink: Auslandsrecht 1920.

<sup>2)</sup> Das polnische Gesetz zählt folgende Ausnahmen von der Umrechnung auf: „Auszahlungen für fällige Pfandbriefkups und Obligationen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgelöst oder binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes fällig sind, ferner Rückstände für Ratenzahlungen, welche vor Inkrafttreten des Gesetzes entstanden sind. Die Ausnahmen gelten nicht für die Papiere der Institute, welche bereits ihre Verbindlichkeiten und Forderungen vorher in polnische Mark umrechneten und Rückstandszahlungen an diese Institute, die nach dem Tage fällig sind, an welchem die Umrechnungen durch diese Institute durchgeführt worden sind. Sämtliche Depositen in Zarenrubeln müssen auch in Zarenrubeln zurückgezahlt werden.“ Der Osten 1920.

schaftsverhältnisse abhängig ist. Dass die polnische Währung einst als Anschlusswährung durch das Deutsche Reich eingeführt wurde, ist für ihren Wert und ihre Entwicklung gänzlich belanglos. Aber mit dem Namen der Währung scheint man in Polen noch nicht so recht einverstanden zu sein; in neuester Zeit werden Stimmen laut, die wenigstens eine Umbenennung der Landeswährung in Zloty-Währung durchgeführt wissen wollen.

Mit der Zuteilung Ost-Oberschlesiens an Polen ist wiederum eine fremde Währung gesetzliches Zahlungsmittel in einem Teil des polnischen Staates geworden. Der Charakter der in Ost-Oberschlesien verbliebenen deutschen Währung ist aber ein grundsätzlich anderer als der der verschiedenen fremden Währungen vor der Währungsvereinheitlichung. Wie aus der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 und aus dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 hervorgeht, handelt es sich bei der deutschen Währung in Ost-Oberschlesien nicht um eine zu einem Bestandteil der polnischen Landeswährung gewordene fremde Währung, sondern von vornherein um eine Auslandswährung, die lediglich zur Erleichterung des Uebergangs Ost-Oberschlesiens in den polnischen Wirtschaftskörper 15 Jahre lang beibehalten werden soll. Die Ersetzung der deutschen Währung in Ost-Oberschlesien durch die polnische kann auch schon vor Ablauf dieser 15 Jahre erfolgen<sup>1)</sup>, doch muss ein dahingehender Beschluss des polnischen Staates unverzüglich der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht<sup>2)</sup> und zehn Monate vor der Durchführung der Währungsänderung im „Monitor Polski“ veröffentlicht werden<sup>3)</sup>.

Um die Versorgung Ost-Oberschlesiens mit deutschen

---

<sup>1)</sup> Inzwischen ist Ende Dezember 1922 eine Verordnung des Minister-rats über die Einführung der polnischen Währung als alleiniges Zahlungsmittel in Ost-Ober-Schlesien vom 1. November 1923 ab im „Monitor Polski“ veröffentlicht worden.

<sup>2)</sup> Die Kündigung der deutschen Währung zum 1. November 1923 ist durch eine am 30. Dezember 1922 übergebene Note erfolgt.

<sup>3)</sup> Während eines Zeitraums, der fünfzehn Jahre nicht überschreiten soll, bleibt die deutsche Reichsmark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien.

Der polnischen Regierung steht es jedoch frei, schon vor Ablauf der fünfzehn Jahre an Stelle der deutschen Währung die jeweilige polnische Währung einzuführen. Die Währungsänderung darf nur für den Beginn eines Monats festgesetzt werden und ist mindestens zehn Monate vorher im „Monitor Polski“ anzukündigen. Die Ankündigung ist der deutschen Regierung alsbald mitzuteilen.



Zahlungsmitteln zu erleichtern, haben sich die Bank für Handel und Industrie, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank bereit erklärt, ihre Filialen unter der Bedingung im Lande zu belassen, dass ihnen die polnische Regierung die gleiche Förderung angedenken lässt, wie ihnen vorher zuteil geworden ist. Im Art. 319 der deutsch-polnischen Konvention erklärte dann die deutsche Regierung im Namen der Filialen der genannten Banken: „Die deutschen Bankniederlassungen werden bemüht sein, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses von Polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen.“<sup>1)</sup> Es wurden ausserdem eine Reihe von Bestimmungen über den Verkehr der Bankfilialen mit ihren Zentralen und sämtlichen Schwesterfilialen über die Erlassung von Devisenvorschriften sowie über die Besteuerung getroffen. Ferner verpflichtet sich Polen, die deutschen Bankfilialen den inländischen Kreditinstituten in jeder Hinsicht gleichzustellen und erkennt ihnen auch dementsprechend die Rechte der Devisenbanken zu.

Für den Fall der Währungsänderung in Ost-Oberschlesien ist die Umrechnung ebenfalls in dem Abkommen vom 15. Mai 1922 geregelt. Der § 1 des Artikels 307 besagt: „Sämtliche auf deutsche Reichsmark lautenden Forderungen, deren Erfüllungsort im Sinne des folgenden Paragraphen im Abstimmungsgebiete liegt, sind in deutscher Währung zu erfüllen, wenn sie vor dem Inkrafttreten der Währungsänderung entstanden sind und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens einer im Deutschen Reich mit Ausschluss des an Polen fallenden Teiles des Abstimmungsgebiets ansässigen natürlichen oder juristischen Person oder Gesellschaft zustehen. Als im Deutschen Reich ansässig gelten auch die im Artikel 314 bezeichneten deutschen Bankniederlassungen. Ist zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens der Gläubiger nicht im Deutschen Reich ansässig, so kann die Forderung nach dem Inkrafttreten der Währungsänderung in polnischer Währung zum Tageskurse erfüllt werden. Der Tageskurs wird nach den Bestimmungen des § 4<sup>2)</sup> Abs. 2 und 3 ermittelt.“

Der deutschen Regierung steht es frei, sich von den in diesem Kapitel übernommenen Verpflichtungen durch Kündigung zu befreien. Die Kündigung ist nur unter Einhaltung einer Frist von drei Jahren und frühestens zum 1. Januar 1929 zulässig.

(Reichsgesetzblatt Jahrgang 1922 II. Teil, Berlin, den 13. Juni 1922, S. 368, Art. 306).

<sup>1)</sup> Reichsgesetzblatt Jahrgang 1922 Teil II vom 13. Juni 1922, S. 378.

<sup>2)</sup> 1. Der gesamte § 4 lautet: Die polnische Regierung ist befugt, an-



Schwierigkeiten dürften sich somit bei einer Währungsänderung nicht ergeben. Immerhin werden sich Unzufriedenheiten der einen oder anderen Partei, die sich aus einer vielleicht inzwischen eintretenden Kursverschiebung zwischen deutscher und polnischer Währung ergeben, nicht vermeiden lassen.

---

zuordnen, dass die Schuldner Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen der amtlichen Ankündigung der Währungsänderung und deren Inkrafttreten neu begründet worden sind, anstatt in deutscher Reichsmark in polnischer Währung zum Tageskurse erfüllen dürfen.

2. Als Tageskurs gilt der werktätlich von der für Polnisch-Oberschlesien zuständigen Handelskammer nach dem Durchschnitt der amtlichen Notierungen des jeweils letzten Börsentags in Berlin, Danzig, Kattowitz und Warschau für polnische Noten festzusetzende Kurs. Dieser Kurs ist in Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern täglich durch Anschlag an sämtlichen Postanstalten bekanntzugeben. Ist eine dieser Börsen geschlossen oder fehlt die Notierung einer dieser Börsen, so bleibt diese Börse für die Berechnung des Tageskurses ausser Betracht.

3. Ist der Tageskurs des Zahlungstags von dem Tageskurse des Fälligkeitstags verschieden, so gilt der für den Gläubiger günstigere Kurs. (Reichsgesetzblatt s. a. a. O. S. 370).

### III. Die Kursentwicklung der polnischen Mark.

Aufgabe der folgenden Abschnitte soll es sein, die Währung und Wirtschaft Polens und ihre Beziehungen zueinander zu betrachten und daraus ein wirtschaftliches Bild zu entrollen. Als Ausgangspunkt soll eine Darstellung der Kursentwicklung der polnischen Mark dienen.

Während des Krieges war infolge der gegenseitigen Einlösbarkeit der Kurs der polnischen und der deutschen Mark der gleiche. Die Entwertung beider Geldarten war äusserlich verhältnismässig nur gering, obwohl die Wirtschaftsumwälzungen innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftsgebiets ausserordentlich tiefgreifend waren. Das zum wirtschaftlichen Machtbereich Deutschlands gehörende Polen war ebenso wie Deutschland von Waren entblösst. Ausserdem schuf die starke Vermehrung der Zahlungsmittel und im weiteren dann das immer mehr um sich greifende Auswirken der direkten und indirekten Inflation eine gänzlich veränderte Währungsbasis.

Wir können bei Polen von zwei Währungszusammenbrüchen sprechen. Der erste war ein Ergebnis des Krieges und der Kriegswirtschaft, der andere das Ergebnis eigener polnischer Wirtschaft. Wenn es auch nicht möglich ist, die auf die Währungsentwicklung wirkenden wirtschaftlichen Nachkriegerscheinungen von der durch Vorgänge in der polnischen Republik bedingten Währungsentwertung zu trennen, so muss doch hervorgehoben werden, dass Polen trotz der Freundschaft zur Entente an dem Zusammenbruch Mitteleuropas teilnahm. An dieser Tatsache konnten bei Polen ebensowenig wie bei der Tschechoslowakei politische Begünstigungen etwas ändern. Polen gehörte politisch wohl zur Entente, wirtschaftlich zunächst aber zu Mitteleuropa und im besonderen zu Deutschland.

Den ersten Währungszusammenbruch erlebte Polen im engen Zusammenhang mit dem Mitteleuropas, für den der eingetretene Warenmangel und das starke Angebote künstlich

geschaffener Zahlungsmittel bestimmend war. Nur ganz vorübergehend machte die polnische Mark Anstalten, sich über die deutsche zu erheben. Auf die bedeutsamen Zusammenhänge innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die zwangsläufig zu einer starken Währungsentwertung führen musste, soll nur kurz eingegangen werden.

Während bei geordneter Friedenswirtschaft die Valutakurse in mässigen Grenzen um die Parität herum schwankten, trat nach dem Krieg ein Fallen weit unter den unteren Goldpunkt ein. Ein Aufrechterhalten des unteren Goldpunktes war infolge passiver Zahlungsbilanz nicht mehr möglich. Zahlen über einen Einfuhrüberschuss und über ein Finanzdefizit deuteten lediglich darauf hin, dass hier eine Defizitwirtschaft, ein Leben auf Kredit, eingesetzt hatte, und an der Börse fanden diese Zahlen in einem Ueberwiegen des Angebots an Zahlungsmitteln des betreffenden Landes ihren Ausdruck. Bei vorübergehender Einstellung der Gold- oder Golddevisenausfuhr und bei vorübergehendem Ueberwiegen des Angebots einer Währung ist es zumeist möglich, einen Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu behalten. Die längere Dauer des Ueberangebotes führt aber zu Notierungen, die gänzlich psychologischen Momenten entspringen. Denn irgend welche realen Unterlagen für die Möglichkeit einer prozentualen Berechnung der im Lande bereits eingetretenen Währungsentwertung gibt es nicht. Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, dass für die an der Börse so billig gehandelte Valuta im Inlande erheblich mehr zu kaufen ist, und dass das Preisniveau für eine weit höhere Bewertung der betreffenden Landeswährung spräche. Ausgeliefert ist jedes Land mit einer weit unter die Goldparität gesunkenen Währung der Willkür der Käufer seines Geldes, und der wirtschaftlich Stärkere, dem man, um Waren kaufen zu können, in unserem Falle polnische Mark anbieten muss, übt ohne feindselige Absichten eine gewisse Währungsdictatur aus. Das psychologische Moment, das Vertrauen zu einer Währung im In- und Auslande tritt daher gegenüber den beiden anderen Faktoren, die für die Währungsentwicklung entscheidend sind, der Gestaltung der Zahlungsbilanz und dem Ausgleich des Finanzetats, in der Nachkriegszeit in kaum geahnter Stärke in den Vordergrund. Der Valutakurs, dessen Höhe sich nunmehr gänzlich nach Angebot und Nachfrage sowie zumeist auch nach spekulativen Gesichtspunkten richtet, wird zu einem Faktor, der das wirtschaftliche Leben bei längerer Dauer dieses Zustandes vollkommen beherrscht und

es zwingt, sich ihm anzupassen. Von einer gewissen wirtschaftlichen Ungerechtigkeit könnte man hier sprechen, und noch nicht ist es gelungen, auf Grund von zweckmässigen Wirtschaftsunterlagen hier den gewaltsam abwärts rollenden Wagen aufzuhalten oder ihm ein Tempo zu geben, wie es der jeweiligen Wirtschaftslage entspricht und damit die treibende Kraft einer unbegründet tiefen Valuta auszuschalten.

Das gleiche Schicksal teilen alle Länder, die das Unglück haben, eine Währung zu besitzen, die weit unter die Goldparität gefallen ist und die vorübergehend oder auf die Dauer auf die Einfuhr aus dem Auslande, das ihre Geldzeichen annimmt, angewiesen sind. Es wird daher nur denjenigen Staaten gelingen, zu gesunden Währungsverhältnissen zu gelangen, die imstande sind, sich von dem börsenmässigen Einfluss ihrer Nachbarn, gleichgültig, ob politischen Freunden oder Feinden, durch Ausgleich der wirtschaftlichen Bilanz mit Hilfe genügender eigener Werte oder durch Anleihen wirtschaftlich unabhängig zu machen.

Hervorzuheben ist aber, dass der Krieg auch manche Bedürfnisse geschaffen hat, die bei ihrer Befriedigung produktive Werte schaffen. Es ist daher mit eine der ersten Aufgaben, konsumtive und produktive Ausgaben streng voneinander zu unterscheiden. Häufig wird gerade bei neu entstandenen Staaten die Zahlungsbilanz besonders durch die Belastung infolge produktiver Ausgaben passiv; sie besitzen nicht die Möglichkeit, konsumtive und produktive Ausgaben zu trennen, weil ihnen innere oder äussere Anleihen noch nicht in genügendem Masse zur Verfügung stehen. Immerhin dürfte bei Einfuhrwerten zu produktiven Zwecken eine tatsächliche Belastung der Wirtschaftsbilanz nicht in dem Masse erfolgen, wie man oft anzunehmen geneigt ist. Berücksichtigt man diese Schwierigkeiten, die jedem Staat mit einer sinkenden Währung begegnen, so wird man auch dem polnischen Problem mit grösserem Verständnis folgen können.

Polen hat ausser dem ersten Währungszusammenbruch, der eine Folge des Weltkrieges war, einen zweiten erlebt, der seinen Grund in den Vorgängen innerhalb der Republik hatte. Der polnische Staat sollte sich erst als lebensfähiger Wirtschaftskörper erweisen und sich der Umwelt gegenüber als Glied der Weltwirtschaft durchsetzen. Die wirtschaftliche Bestätigung eines solchen Sichdurchsetzens erfolgt dann in gewisser Weise durch die Notierung der Valuta des wirtschaftlich anzuerkennenden Staates an den Börsen der Nachbarländer.



Zunächst konnte die polnische Mark an den ausländischen Börsen offiziell nicht notiert werden, weil im November 1918 die Entwicklungsmöglichkeiten des polnischen Staates nicht sogleich übersehen werden konnten und die Zahlungen daher in alten Währungen erfolgten. Bevor man die Lebensfähigkeit und Kreditwürdigkeit Polens beurteilen konnte, musste notgedrungen erst eine gewisse Zeit vergehen; für Polens Zahlungsbilanz, seine Finanzwirtschaft und seine Vertrauenswürdigkeit waren noch keine Anhaltspunkte vorhanden. Immerhin wurde die Spekulation zu Gunsten Polens dadurch angeregt, dass Polen durch den Sieg der befreundeten Mächte an politischer Bedeutung gewann. Bald aber wurde jenes oben erwähnte, so bedeutsame Ueberwiegen des Angebots von polnischen Zahlungsmitteln auf Märkten, die für Polen unentbehrlich waren, entscheidend, und es setzte ein zunächst langsames aber stetiges Fallen ein, das nur selten unterbrochen wurde. Mit Unruhe verfolgte man in Polen dieses nicht gehante Schicksal des polnischen Geldes und glaubte in allen denkbaren und undenkbaren Zusammenhängen einen Grund für diese Entwicklung zu sehen.

Gewiss wäre es Polen, dem zu helfen die ganze Welt bereit war, nicht schwer gewesen, manche Schwierigkeiten der ersten Zeit durch Anleihen zu überwinden, wenn es in produktiver Friedensarbeit an den Aufbau seiner Wirtschaft gegangen wäre. Aber der neu entstandene Staat war kaum bekannt, als er schon in einen Zweifrontenkrieg verwickelt war. Wir fassen die unmittelbare Wirkung des Krieges auf die polnische Währung dahin zusammen, dass die Finanzbilanz des Staates durch konsumtive Ausgaben stark belastet und die Zahlungsbilanz durch den Ausfall an Produktion sowie durch verstärkte Einfuhr wesentlich verschlechtert wurde. Diese Kriegsverwicklungen waren es, die dem Auslande das Vertrauen zu einer gesunden Entwicklung des neuen Staates nahmen. Denn nur soweit wie die gewährten Kredite zu produktiven Zwecken verwendet wurden, konnte mit einer Dauer des Vertrauens gerechnet werden. Der polnische Staat hätte mit seinem inneren Aufbau voll zu tun gehabt; denn hier ein den Kulturstaaen ebenbürtiges Gebilde zu schaffen, kostet saure Arbeit. Polen hätte das ganze ihm von der Entente entgegengebrachte Vertrauen gebraucht, um die Mittel für seinen inneren Aufbau zu erhalten.

Aber anstatt Werte zu schaffen, verbrauchte Polen

den Rest seiner Kräfte im Kriege, und ebenso wie die Währungen der Mittelmächte durch die Erschöpfung infolge des langen Krieges zusammengebrochen waren, ging auch Polen einem gleichen Schicksal in verstärktem Masse zum zweiten Mal entgegen, nachdem seine wirtschaftlichen Währungsgrundlagen das Los der Mittelmächte in der Nachkriegszeit bereits einmal geteilt hatten. Haltlos ging es abwärts und dies in einer Zeit, in der die Umwelt sich von den Strapazen des Weltkrieges erholte, wenn wir von Russland und von den als Mittelmächte vereinigt gewesenen Staaten, deren Lage durch die Lasten der Friedensverträge erschwert war, absehen. Einen meilenweiten Vorsprung erhielten alle den Polen mehr oder weniger befreundeten Staaten, soweit sie nicht infolge der Politik der Entente um ihre Existenz kämpften.

Das Verhältnis der polnischen Mark zur deutschen<sup>1)</sup> gibt kein klares Bild von der tatsächlichen Entwicklung, da die deutsche Valuta selbst grossen Schwankungen ausgesetzt ist. Wertvoller für die Beurteilung sind daher die Notierungen an der Züricher Börse<sup>2)</sup>, wo aber die polnische Mark erst Ende Dezember 1919 zum ersten Mal notiert wurde, sowie eine Umrechnung auf den Dollarkurs<sup>3)</sup>, die eine gute Vergleichsmöglichkeit für die Währungen Polens, Lettlands und Estlands bietet.

Besondere Bedeutung für die Notierung der polnischen Mark gewann auch der Geldmarkt in Danzig, und zwar fand hier in der Hauptsache der Austausch zwischen polnischen und deutschen Mark statt. Danzig hat bei weitem die grössten Umsätze in polnischen Mark zu verzeichnen. Da ausserdem die polnische Mark nur an sehr wenigen Stellen notiert wurde und im Ausland eine Notierung zumeist nicht stattfand, waren die Umsätze in Danzig für die Bewertung von ausschlaggebender Bedeutung.

Bis Ende September 1921 zeigt die Kursbewegung der polnischen Mark eine fast ununterbrochen absteigende Linie. Ein vorübergehendes Steigen Ende Januar 1920 findet seine Erklärung in der Durchführung der Währungsvereinheitlichung des Finanzministers Grabski. Infolge des Gesetzes vom 15. Januar 1920 waren polnische Noten wegen des Umtausches österreichischer Kronen gesucht und zogen daher an. Angeblich hat man in polnischen Finanzkreisen auf ein solches Steigen der polnischen Mark gehofft, doch standen die

---

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Siehe Anhang.

<sup>3)</sup> Siehe Anhang.

Gründe dafür in einem derart äusserlichen Zusammenhang mit der tatsächlichen Währungslage, dass man an eine ernste und dauernde Aufwärtsbewegung nicht recht denken konnte. Nach Durchführung des Umtausches musste diese Quelle der Nachfrage bald versiegen, und es war daher ein gänzlicher Irrtum, wenn Warschauer Finanzkreise den Grund der Valutabesserung in der gesetzlichen Relation sehen wollten, welche nach der Reform mit der deutschen übereinstimmen sollte.

Ferner ist bezeichnend, dass die polnische Mark dem Sinken der deutschen Mark in vollem Masse folgte und nur bei besonders starkem Fallen der deutschen Mark nicht sogleich folgte, um aber bald den ganzen Sturz der deutschen Mark nachzuholen<sup>1)</sup>. Als die deutsche Mark beispielsweise von Anfang Juli bis Mitte November 1920 in Zürich von etwa 15 auf  $7\frac{1}{2}$  cents fiel, senkte sich die polnische Mark in der gleichen Zeit von etwa  $3\frac{1}{2}$  auf  $1\frac{3}{4}$  cents. Andererseits machte die polnische Mark die immer wieder einsetzenden Aufwärtsbewegungen der deutschen Mark in der Hauptsache nicht mit, sondern zeigte in sich ein stetiges Sinken.

So vollzog sich die Kursbewegung der polnischen Mark bis Ende September 1921, wo sie ihren grössten Tiefstand zur deutschen Mark von etwa  $1\frac{3}{4}$  deutschen Reichspfennigen erlangte. Es dürfte der Mühe wert sein, die Beziehungen, die zwischen der deutschen und polnischen Mark bis dahin bestanden, näher zu untersuchen; denn häufig genug ist die Schuld an Polens Währungselend in der polnischen Presse den deutschen Börsen und den deutschen Banken zugeschoben worden, die angeblich bei jeder Aufwärtsbewegung mit starken Angeboten an polnischen Mark auf den Markt traten, lediglich zu dem Zweck, den Kurs zu drücken.

Man kann schlechthin wohl nicht annehmen, dass man sich in Deutschland ein Vergnügen daraus machte, polnische Mark, die man selbst besass, im Kurs zu drücken. Die Zusammenhänge lagen in der Tat wesentlich tiefer. Richtig war nur, dass die polnische Mark in Berlin besonders niedrig stand, während sie anderwärts zumeist höher bewertet wurde und dass in der Hauptsache die Berliner Kurse, die übrigens nicht amtlich notiert wurden, für die Bewegung der polnischen Valuta ausschlaggebend blieben. Vergegenwärtigt man sich die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen, dann wird der Zusammenhang klar.

---

<sup>1)</sup> Interessant ist, festzustellen, dass die polnische Mark kurz vor der Abstimmung in Oberschlesien in Berlin stieg, während sie in Warschau fiel.



Deutschland war für Polen das Haupteinfuhrland und zuweilen mit über 90% an der Einfuhr nach Polen beteiligt. Aus dieser Tatsache ist ohne weiteres ersichtlich, dass die polnische Mark am stärksten in Deutschland zur Bezahlung deutscher Einfuhrwaren angeboten wurde und dass daher das Kursniveau von dieser Seite her am stärksten gedrückt werden musste. Es handelte sich also um keine politische Machination, sondern um einen vollkommen natürlichen und selbstverständlichen wirtschaftlichen Vorgang.

Es ist festzustellen, dass Deutschland Polen gegenüber eine wirtschaftliche Machtstellung besessen hat und es fragt sich andererseits, welches die Voraussetzungen einer solchen Abhängigkeit Polens waren. Hätte Deutschland bei der Einfuhr die gleiche Rolle gespielt, aber Polen gleichzeitig eine aktive Zahlungsbilanz besessen, dann hätte Polen jederzeit gegen andere Devisen, die ins Land geflossen wären, deutsche Mark kaufen können, um mit diesen in Deutschland zu zahlen. Da Polen aber keine Gegenwerte besass, war es darauf angewiesen, polnische Mark anzubieten oder sich gegen polnische Mark deutsche zur Bezahlung des Einfuhrüberschusses zu beschaffen. Die Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Mark müssen sich daher in dem Augenblick ändern, in dem Polens Zahlungsbilanz aktiv wird und genügend deutsche Mark oder andere Valuten ins Land strömen.

Als der Sturz der polnischen Mark immer katastrophaler wurde, gingen ständig neue Hilferufe ins befreundete Ausland. Aber weder Frankreich noch irgend eine andere Macht waren imstande, Polens Lage zu bessern, umso weniger, als man sich zu Krediten und Anleihen, die das Defizit der polnischen Handelsbilanz hätten decken können, nicht verstehen konnte und man eine so weitgehende und durchgreifende Hilfe zum Teil nicht wagen wollte, zum Teil auch nicht konnte. Lediglich Warenkredite von Seiten Deutschlands hätten die Lage bessern können, und zwar hätte es genügt, wenn dadurch wenigstens ein Teil der aus Deutschland kommenden Waren ohne eine verstärkte Nachfrage nach deutschen Mark und ohne ein entsprechendes Angebot an polnischen hätte eingeführt werden können.

Anfang Oktober 1921 nahm zunächst die Kursbewegung ein verändertes Bild an. Denn durch die Entscheidung über Oberschlesien sah man Polen derart bereichert, dass das Vertrauen zunahm und die polnische Mark in Zürich wie auch in Berlin wesentlich stieg, um gegen den 25. November



auf 8,50 deutsche Mark, d. h. auf etwa dem Fünffachen von Ende September zu stehen. Das Steigen<sup>1)</sup> beruhte auf rein gefühlsmässigen Momenten, man sah in der Zuteilung Ost-Oberschlesiens an Polen mit Recht eine Verbesserung der polnischen Bilanzverhältnisse, die sich jedoch erst in der Zukunft auswirken konnte. Praktisch hatte sich mit der formellen Entscheidung an den Gegenwartsbeziehungen aber wenig geändert, es überwog infolge des starken Einfuhrbedarfs nach wie vor das Angebot an polnischen Mark. Der Erfolg war der, dass die polnische Mark wieder zu fallen begann, vorübergehend im Januar 1922 sogar wieder unter 6 deutsche Pfennige hinunterging und auch an der Züricher Börse schwächer notiert wurde. Als dann im Juli und August 1922 der rapide Sturz der deutschen Mark einsetzte, ist auch der Kurs der polnischen Mark im Auslande mit gesunken, wenn er auch im Verhältnis zur deutschen Mark erheblich gestiegen ist.

Welches sind nunmehr die Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Währung in der Gegenwart? Nach der Uebernahme Ost-Oberschlesiens durch Polen hat sich das wirtschaftliche Verhältnis Deutschlands zu Polen wesentlich verschoben. Von einer Abhängigkeit wie in der vorangegangenen Zeit kann jetzt nicht mehr die Rede sein, es ist im Gegenteil sogar in Kürze eine Loslösung der polnischen Mark von der deutschen anzunehmen. Während des Kurssturzes der deutschen Mark im August 1922 konnte eine vollkommene Loslösung noch nicht festgestellt werden, immerhin zeigte sich bereits, dass die polnische Mark den Kurssturz der deutschen Mark bei weitem nicht mehr im vollen Masse mitmachte. Das Abwärtsschnellen der deutschen Mark dürfte vielmehr die Loslösung der polnischen Mark insofern beschleunigt haben, als mit der Flucht aus der deutschen Mark, die auch in Deutschland in weitgehendem Masse eingesetzt hat, sich der Verkehr zwischen Polen und Deutschland mehr in stabilen Währungen abzuspielen begann, in denen die polnische Mark von jeher höher notiert wurde als in der deutschen Währung. Rein börsenmässig betrachtet hat sich die Lage der polnischen Mark also bereits gebessert. Mit einer Verringerung der Einfuhr aus Deutschland muss auch der wirtschaftliche Druck des deutschen Marktes auf die polnische Mark allmählich schwinden, der Kurs der polnischen Mark wird dann von

---

<sup>1)</sup>Auch an der Züricher Börse war die polnische Mark auf über das Doppelte<sup>2)</sup> gestiegen. (Vgl. Kurstabellen und graphische Darstellungen im Anhang.)

Deutschland her nicht mehr gedrückt werden. Damit kann aber nicht gesagt werden, dass der Kurs der polnischen Mark nunmehr stabil sein wird. Denn entscheidend bleibt für die weitere Kursentwicklung ebenso wie bisher letzten Endes die Gestaltung der Zahlungsbilanz und der Finanzverhältnisse des polnischen Staates.

Durch die Währungsbestimmung über Oberschlesien ist eine Aenderung der Kursbewertung der polnischen Mark nicht eingetreten; denn das Verhältnis von Angebot und Nachfrage hat sich mit dem Verbleiben der deutschen Währung in Ost-Oberschlesien zunächst nicht verschoben. Es wird genau so wie vorher in deutscher Mark gerechnet, und die polnische Regierung bezahlt die Kohlenlieferungen zunächst weiterhin in deutscher Mark. Andererseits darf aber nicht verkannt werden, dass nunmehr bei Kohlenlieferungen nach Deutschland deutsche Mark nach Polnisch-Oberschlesien und damit ins polnische Wirtschaftsgebiet fließen, so dass sich im Laufe der Zeit ein Ueberangebot an deutschen Mark in Polen ergeben wird. Es ist demnach zu erwarten, dass das Angebot an deutschen Mark in Polen mit der Zeit immer stärker und der Bewertung der polnischen Mark zugute kommen wird.

Mit den Währungsbestimmungen über Oberschlesien ist zwar eine sofort einsetzende, wirtschaftlich ungesunde starke Nachfrage nach polnischen Mark, die die Folge einer Einführung der polnischen Mark gewesen wäre, vermieden worden, doch wäre es falsch, anzunehmen, dass durch das Beibehalten der deutschen Währung in Ost-Oberschlesien für die Kursbewegung der polnischen Mark ein dauernder Nachteil entstünde. In Wirklichkeit wird die wirtschaftliche Bereicherung der polnischen Währung durch den Gewinn Ost-Oberschlesiens in der börsenmässigen Bewertung infolge der Uebergangsbestimmungen erst allmählich und langsamer zum Ausdruck kommen. Je mehr im Verkehr an die Stelle der deutschen Mark die polnische tritt, um so schneller wird sich die wirtschaftliche Kräfteverschiebung an der Börse auswirken. Immer wieder sei aber betont, dass diese zwangsläufige Entwicklung nur in sehr bescheidenem Masse zu einer absoluten Höherbewertung der polnischen Mark, die von den Bilanzverhältnissen des gesamten Polen abhängig ist, beitragen kann.

## IV. Der polnische Staat.

Wenn wir das Schicksal der polnischen Währung verfolgen, dann drängt sich uns die Frage auf, woher wohl diese so starke Währungsentwertung, die noch weit schneller vor sich ging als in Deutschland, das unter der Last der Friedensbedingungen und unter der Ungunst der politischen Stimmung um seine Existenz ringt, zu erklären ist. Wir wollen daher untersuchen, worin die Ursache des Währungselends in Polen zu sehen ist, ob auch Polens Wirtschaftsbasis das Bild bietet, das aus dem Stand seiner Valuta zu entnehmen ist oder ob wir hier Währung und Wirtschaft nicht identifizieren dürfen.

Da es sich bei Polen um einen neu entstandenen Staat handelt, über dessen Wirtschaftsstruktur nur wenig bekannt ist, war, besonders als die Entwertung der polnischen Mark vollkommen zu werden drohte, viel davon die Rede, dass man es hier mit einem lebensunfähigen Gebilde zu tun habe. Gewiss liegt es nahe, anzunehmen, dass diejenigen, die den Staat geschaffen haben, ihm nicht die notwendigen Wirtschaftskräfte auf seinen Lebensweg mitgegeben haben. Wenn uns diese Gedanken aber gerade bei Polen noch so abwegig erscheinen, sie sind in der Tat zuweilen aufgetaucht, und die Polen selbst versuchten gelegentlich mit ähnlichen Argumenten ihre Ansprüche auf benachbarte Gebietsteile zu rechtfertigen. Am liebsten hätte man auch in Polen vor der Entscheidung über Oberschlesien die Schuld an den Währungsschwierigkeiten in einer wirtschaftlich ungünstigen Zusammensetzung des Staates gesehen. Es ist aber ein müssiger Streit, der darum geführt wird, in welchen Grenzen Polen lebensfähig ist; denn letzten Endes kommt es nicht auf die Grösse des Landes an, sondern auf das Volk, das es bewohnt.

Ein langer und harter Kampf wurde in Polen vor allem um Oberschlesien und um das Gebiet von Wilna durchgeführt; der Kampf um das letztere ist heute noch nicht vollständig beendet. Oberschlesien hat zweifellos wirtschaftspolitisch eine ganz gewaltige Bedeutung, wenn auch seine Produktion und seine Leistungen im Rahmen des Deutschen Reiches nicht ohne weiteres auf seine Zugehörigkeit zu Polen



übertragen werden dürfen. Denn es muss sich erst zeigen, inwieweit innerhalb des neuen Wirtschaftsgebietes die dann entstehenden wirtschaftlichen Beziehungen und Ausbaumöglichkeiten dieselbe Blüte garantieren. Bei Wilna können wir weniger von einem für die Währung bedeutungsvollen Wirtschaftsfaktor sprechen, vielmehr dürfte Wilna sogar eine Belastung der polnischen Wirtschaftsbilanz bedeuten, da sich gerade das Gouvernement Wilna schon im Frieden nicht selbst ernähren konnte und insofern für Polen ein Zuschussgebiet darstellen würde.

Die Gesamtoberfläche der Republik Polen beträgt einschliesslich Ost-Oberschlesiens 397 000 qkm und zählt nach der Volkszählung Polens vom 30. September 1921 sowie unter Berücksichtigung Ost-Oberschlesiens und des Wilnagebietes 28 968 312 Einwohner. Im heutigen Polen kommen somit etwa 73 Einwohner auf 1 qkm. Die Gliederung Polens weist in Bezug auf die nutzbare Fläche vorteilhaftere Zahlen auf als die vieler anderer Länder. Es sind

Ackerland	48,9%
Wiesen und Weideflächen	16 %
Wälder	25,9%
Oedland nur	9,2%.

Laut Angabe der polnischen Delegation in Riga beträgt der Gebietsumfang Polens im Einzelnen:

laut Vertrag von Versailles:	96 500 engl. Quadratmeilen
hierzu erworben im Vertrag von Riga	52 000 „ „
zusammen:	148 500 „ „
zu je 2.59 qkm =	384 615 qkm.

Dieses Gebiet setzt sich zusammen aus:

1. Kongresspolen mit einer Fläche von 11 262 Dessjatinen zu 1,092 ha = 122 755,8 qkm. — Diese Grösse gibt die russische Statistik an, während nach anderen Zahlen die Gebietsgrösse 126 955 qkm beträgt.

2. Posen und Pommerellen. Nach Angabe des Preussischen Statistischen Landesamtes sind von Ost- und Westpreussen, Posen und Schlesien 42 841 qkm abgetreten worden.

3. Galizien, das nach der österreichischen Statistik 78 499 qkm umfasst.

4. Dem nach dem Rigaer Friedensvertrag an Polen gefallen weissrussischen und ukrainischen Gebiet von etwa 136 000 qkm.



Beim Rigaer Frieden habe man, wie Professor Grabski betont, danach gestrebt, dass in dem neuen Staate mindestens 65% der Bevölkerung kernpolnisch seien<sup>1)</sup>; die zugebilligten Grenzen entsprächen nunmehr den polnischen Wünschen. Doch besagt dieser Prozentsatz, der an sich als ausserordentlich gering bezeichnet werden muss, nur wenig. Denn es kommt nicht so sehr darauf an, dass die stark überwiegende Mehrzahl in der gesamten Republik polnisch ist, sondern darauf, dass dieser Prozentsatz auf alle Gebiete gleichmässig verteilt ist, und das ist weder im Westen noch im Osten<sup>2)</sup> und Südosten der Fall.

Ueber die Bevölkerungsverteilung in den einzelnen Teilgebieten gewinnen wir folgendes Bild:

1. Kongresspolen: 1913 betrug die Bevölkerungszahl 13 055 313. Nach veröffentlichtem Material des Russisch-Warschauer Komitees verteilt sich diese auf folgende Nationalitäten:

Polen	9 420 993 = 72,2%
Deutsche	718 776 = 5,5%
Gross- und Kleinrussen	617 327 = 4,7%
Juden	1 941 640 = 14,9%
Litauer	345 216 = 2,6%
andere Nationalitäten	11 361 = 0,1%
zusammen:	13 055 313 = 100%

2. Posen, Pommerellen und Schlesien: Laut Zusammenstellung in den Statistischen Blättern des Preussischen Statistischen Landesamtes betrug die ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1920 in diesen abgetretenen Gebieten<sup>3)</sup> 2 961 680. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus:

Deutschen	1 099 321 = 37,12%
Polen	1 715 409 = 57,92%
Kassuben	104 464 = 3,53%
Masuren	8 896 = 0,30%
sonstigen	3 004 = 0,10%
doppelsprachigen	29 231 = 0,99%
Tschechen	1 355 = 0,04%
zusammen:	2 961 680 = 100%

3. Galizien: Gemäss Angaben des österreichischen statistischen Jahrbuchs 1917 betrug die Bevölkerung im Jahre 1910

<sup>1)</sup> Ueberseedienst 1920 S. 1634.

<sup>2)</sup> Siehe Völkerverteilung Westrusslands Kowno 1917.

<sup>3)</sup> Von der hier abgetretenen Bevölkerungszahl entfielen auf Ostpreussen 24 073, Westpreussen 964 784, Posen 1 945 256, Schlesien 27 869.

7 980 477. An dieser Zahl sind die einzelnen Nationalitäten nach ihrer Umgangssprache wie folgt beteiligt:

deutsch	90 114 = 1,13%
böhmisch-mährisch, slowenisch	8 718 = 0,11%
polnisch	4 672 500 = 58,55%
ruthenisch	3 208 092 = 40,20%
slowenisch	144 = —
serbisch-kroatisch	44 = —
italienisch-ladinisch	21 = —
rumänisch	740 = 0,01%
magyarisch	104 = —

zusammen: 7 980 477 = 100%

4. Die Bevölkerung der neu hinzugekommenen Gebiete beträgt in Ost-Oberschlesien nach der Volkszählung von 1919 980 296 und im Wilnagebiet 610 000. Dazu kommt noch die Bevölkerung der hinzugetretenen Ostgebiete mit etwa 3 500 000 Einwohnern.

Die polnische Statistik macht über die Bevölkerungsverteilung im polnischen Reich noch vor der Volkszählung vom 30. September 1921 (also ohne Oberschlesien und ohne das Wilnagebiet) folgende Angaben:

Polen	18 000 000
Ukrainer	4 500 000
Weissrussen	1 000 000
Juden (davon 1 Million polonisiert)	3 000 000
verschiedene Nationalitäten	1 000 000 (darunter 60 000 Tartaren).

Danach beträgt die polnische Bevölkerung knapp 65% gegenüber 35% Fremdvölkern. Das heutige Polen weist besonders in seinen östlichen und westlichen Randgebieten ausserordentlich starke Minderheiten fremder Nationalitäten auf. Es gehören zur polnischen Republik teilweise Gebiete, auf die Polen allein auf Grund gewisser historischer Beziehungen Anspruch erhoben hat. Das Völkerverteilungsproblem Westrusslands gestaltet sich zweifellos sehr schwierig. Es würde zu weit führen, die Konsequenzen der gegenwärtigen Lösung im einzelnen zu beleuchten. Immerhin dürfen wir an den Tatsachen nicht stillschweigend vorübergehen. Uns erscheint nicht ohne Bedenken die ukrainische, litauische und weissrussische Frage, die bei einer für Polen ungünstigen politischen Atmosphäre sehr leicht einmal aufgerollt werden kann.

Die statistischen Angaben über die Völkerverteilung sind je nach Art der Quelle verschieden. In russischen Statistiken

erscheinen die Weissrussen in auffallend geringem, die Litauer in höherem Prozentsatz. In polnischen Aufzeichnungen findet man dagegen wieder die Zahl der Litauer kleiner angegeben. Am wenigsten tendenziös dürfte das Ergebnis von Berechnungen aus der deutschen Besatzungszeit sein<sup>1)</sup>, das wir unserer Darstellung daher in der Hauptsache zu Grunde gelegt haben. Diese Feststellungen finden häufig auch in polnischen Kreisen Anerkennung, vor allem auch deswegen, weil der für die Litauer angegebene Prozentsatz dort kleiner ist als der in russischen Quellen verzeichnete. Danach würden die Polen in den nicht zu Kongresspolen gehörenden östlichen Gebieten mit wenigen Ausnahmen nicht über 20% der Bevölkerung erreichen. Nur in den Kreisen Bielsk kommen sie auf 34,9%, in Bialystok auf 34,1% und in der Stadt Wilna auf 31,9%. Gegenüber diesen Angaben zeigt das Ergebnis polnischer Berechnungen<sup>2)</sup> zumeist bei weitem höhere Zahlen für den polnischen Anteil.

Abgesehen von den ethnographischen Schwierigkeiten, die in wirtschaftspolitischer Hinsicht besonders auch in den deutschen Teilen Westpolens von grosser Tragweite werden können, ist vor allen Dingen noch das Judenproblem zu erwähnen. Gerade bei der nationalen Intoleranz der Polen ergeben sich hier Aufgaben, deren Lösung oder Vernachlässigung von gleich einschneidender Bedeutung sein dürfte. Zusammenfassend muss jedenfalls gesagt werden, dass mit einer für Polen wunschgemäss ausgedehnten Landesgrenze zu leicht neue Probleme entstehen können, die in Polen wirtschaftlich und politisch unterschätzt zu werden pflegen, die aber den Keim der Zersetzung des jungen Reiches in sich tragen können.

Als die erste Folge der Expansionstendenz Polens waren die Kriege mit Deutschland und Russland zu betrachten. Der Versailler Friede beendete zwar die Tätigkeit polnischer Truppen an der Westfront; doch die Ausgaben für das Heer nahmen nicht ab, sondern wuchsen von Monat zu Monat. Die Ostfront stellte immer grössere Anforderungen, und so ging man mit den Ausgaben über die finanziellen Kräfte weit hinaus. Aber die Wirtschaftsverfassung der Gegenwart, welche die Mittel zu jeglichen Ausgaben fast hervorzuzaubern versteht, trägt die grosse Gefahr in sich, dass ein Staat sich unbewusst sein Grab gräbt.

<sup>1)</sup> Völkerverteilung Westrusslands, Kowno 1917.

<sup>2)</sup> „Polen. Entwicklung und gegenwärtiger Zustand“ (herausgegeben von einem Komitee polnischer Gelehrter. Bern 1918).



Der Krieg und die grossen Ausgaben für das Militär waren in der Hauptsache die Wurzeln der starken Entwertung der polnischen Währung, denn während eines Krieges war an eine aktive Zahlungsbilanz nicht zu denken, und ohne diese Kriegsverwicklungen hätte Polen wahrscheinlich genügend Anleihen zum Ausgleich seiner Bilanzverhältnisse erhalten, vorausgesetzt, dass es zu wirtschaften verstanden und nicht unverhältnismässige Ausgaben beim Erstreben wirtschaftlich zunächst unmöglicher Ziele gemacht hätte.

Wir wollen hier nicht die Möglichkeiten eines Friedens mit Russland erörtern. Immerhin müssen wir uns über den Charakter des polnisch-russischen Krieges und der polnisch-russischen Frage, die auch heute und in Zukunft noch ein Problem von politischer und wirtschaftlicher Tragweite darstellt, klar werden. Polen liess russische Friedensangebote unbeantwortet, worauf eine verstärkte Mobilmachung Russlands einsetzte. Polen erstrebte die Grenzen von 1772 und beanspruchte damit Gebiete, die nicht von polnischer Bevölkerung bewohnt sind, es trieb Annektionspolitik, unbekümmert um die Möglichkeit eines friedlichen Auskommens mit seinem östlichen Nachbar. Treffend wird folgendes ausgeführt<sup>1)</sup>: „Polens Herrschaft vor den Toren von Smolensk und Kiew bedeutet eine dauernde Bedrohung Russlands und gar der polnische Schlachtruf „Von Meer zu Meer“ — von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere — bedeutet für Russland ein Zurücksinken in den Zustand des 16. und 17. Jahrhunderts, d. h. dauernde Schwäche Russlands zugunsten Polens.“ — „Die polnische Politik trägt somit zur Festigung des Sowjetregimes selbst bei, denn sie verhilft Lenin und Trotzki zu einer populären nationalen Politik, gegen die keine russische Partei auftreten kann.“ Der polnisch-russische Krieg wurde zu einem Volks- und Verteidigungskrieg des Grossrussentums. Die Gegensätze zu Polen trugen zu einer Einigung Russlands bei und wurden zu einer nationalen Angelegenheit, und die Sowjetrepublik wurde dadurch aus einem rein bolschewistischen Gebilde zu einer besonderen Form des russischen Staates.

Aus finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten musste aber schliesslich auch Polen auf eine baldige Beendigung des Kriegszustandes mit Russland bedacht sein. Je länger dieser dauerte, um so schwieriger musste die Lage

---

<sup>1)</sup> Dr. Hans v. Eckhardt im Wirtschaftsdienst 1920.



Polens sich gestalten. Die Friedenssehnsucht wurde immer grösser, einer ständig weiter um sich greifenden Unzufriedenheit musste rechtzeitig gesteuert werden. Der Krieg mit Russland ist zwar beendet, das Problem scheint aber nur vorläufig gelöst zu sein. Ob und welche Verwicklungen und Schwierigkeiten sich aus der Festsetzung der polnischen Grenze ergeben werden, kann erst die Zukunft zeigen.

## V. Die Landwirtschaft.

Das alte Polen war ausschliesslich Agrarstaat; es gab Zeiten, in denen Polen als die Kornkammer Europas galt. Die vor 1795 gemachten Versuche, eine Industrie ins Leben zu rufen, waren ohne Erfolg geblieben.

Innerhalb Russlands hatte sich Kongresspolen immer mehr zu einem Industriegebiet entwickelt. Aber infolge des Hinzukommens weiterer rein agrarischer Gebiete, Preussisch-Polen und Ostpolen, wird die Landwirtschaft in der Produktion Polens stets einen bedeutenden Faktor einnehmen und für die Gestaltung der Handelsbilanz von ausschlaggebender Bedeutung sein. Auch nach dem Hinzutreten von Polnisch-Oberschlesien dürften sich Landwirtschaft und Industrie in produktionspolitischer Hinsicht die Wage halten. Von der Gesamtbevölkerung Polens entfallen 40% auf die Städte, 53% sind Bauern, 3% gehören dem Kleinadel und 3½% dem Grossadel und der Geistlichkeit an.

Oft wird die Bevölkerungszahl Polens unterschätzt; bereits 1910 kamen in Kongresspolen auf 1 qkm 98,2 Einwohner, in Galizien sogar 102, während in Posen nur 72,4 Einwohner auf 1 qkm entfielen. Diese Ziffern bedeuten für Polen eine recht erhebliche Bevölkerungsdichte, wenn man bedenkt, dass in Deutschland zur selben Zeit auf 1 qkm nur 120 Einwohner gezählt wurden. Im Jahre 1913 lebten auf 1 qkm im Hauptteil von Kongresspolen links des Weichselbogens 123, östlich der Weichsel 71, in Galizien 105 und in Westpreussen und Posen 67 bzw. 72 Menschen<sup>1)</sup>. Zweifellos ist für Polen durch das Hinzutreten rein agrarischer Gebiete mit geringerer Bevölkerungsdichte wie Preussisch- und Ostpolen die Anpassung der Produktion an die Grösse des Konsums, der Ausgleich der Wirtschaftsbilanz, wesentlich erleichtert worden. Bis zum Hinzutreten Polnisch-Oberschlesiens wies Polen das Gepräge eines Agrarstaates auf, und zwar

<sup>1)</sup> Sering, Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung Berlin 1920. Sonderabdruck aus dem Archiv für innere Kolonisation Band XIII Heft 3/4, S. 17.

um so mehr, als die Industrie zum grössten Teil darniederlag. Nach restloser Uebernahme der überreichen Geschenke des Friedensvertrages von Versailles stellt Polen jetzt eine gesunde Mischung von Agrar- und Industriestaat dar.

Im Jahre 1920 lagen in Polen noch weite Flächen landwirtschaftlich nutzbaren Bodens brach, insgesamt 7—8 Mill. polnische Morgen<sup>1)</sup>, davon in Kongresspolen in 22 Kreisen 1 Million, in Ostgalizien 2,2 Millionen und in den besetzten westrussischen Gebieten 4 Millionen Morgen. Daher war Polen zunächst nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren und auf die Einfuhr ausländischer Produkte angewiesen. Zu einem Teil war zwar der Krieg mit seinen Verwüstungen an dem Niedergang des landwirtschaftlichen Ertrages schuld. Nicht zu unterschätzen ist aber ein zweites weit nachhaltigeres Moment, die beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der polnischen Landwirtschaft in der Vorkriegszeit innerhalb des russischen Wirtschafts- und Zollgebiets. Infolge der russischen Differenzialtarife übte die fast unüberwindliche Konkurrenz landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Gegenden der „Schwarzen Erde“ einen nachteiligen Einfluss aus.

Obwohl die ehemals preussischen Teile landwirtschaftliche Ueberschussgebiete sind, reichte die Produktion in den ersten Jahren des Bestehens der Republik zur Ernährung des Volkes nicht aus. Das Defizit, das besonders durch Kongresspolen verursacht wurde, konnte nicht gedeckt werden. Schon vor dem Jahre 1914 hatte die Entwicklung der Landwirtschaft mit dem sonstigen wirtschaftlichen Aufschwung, besonders der Industrie, nicht schrittgehalten. Die Bevölkerung war wesentlich schneller gewachsen als die landwirtschaftlichen Erträge, die hinter denen Posens, Westpreussens und zum Teil sogar Galiziens stark zurückgeblieben waren. Nach Langes landwirtschaftlich-statistischem Atlas<sup>2)</sup> ergibt sich für die Hektarerträge folgendes Bild:

	Posen:	Westpreussen:	Polen:	Galizien:
Weizen	31,4	22,2	10,6	11,7
Roggen	17,9	16,1	8,9	11,3
Hafer	19,8	19,4	18,1	10,2
Gerste	21,2	21,7	11,0	11,2
Kartoffeln	154,1	142,7	84,0	111,2

Die Gefahr einer Belastung der Handelsbilanz des heutigen Polen im Hinblick auf die Zahl der Bevölkerung besteht

<sup>1)</sup> Polnische Morgen = 0,5 Hektar.

<sup>2)</sup> Berlin 1917.

in landwirtschaftlicher Beziehung demnach in der Hauptsache bei Kongresspolen. Dieses bedeutet ein landwirtschaftlich vernachlässigtes Gebiet, dessen Förderung sich Polen besonders angelegen sein lassen muss. Die landwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft ergeben sich aus einem Vergleich der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse mit den durch die Zugehörigkeit zu Russland bedingten Wirtschaftszusammenhängen. Innerhalb Russlands war nur die industrielle Entwicklung Polens gesichert, während der landwirtschaftliche Fortschritt gehemmt war.

Zunächst wollen wir uns ein vollständiges Bild der landwirtschaftlichen Verhältnisse Kongresspolens vor dem Weltkrieg vor Augen führen. Von der gesamten Fläche waren im Jahre 1909:

Ackerland	56,3%
Wälder	18 %
Wiesen	8 %
Weide	6,8%
Unland	4,2%
Baustellen	3,9%
Andere Fläche	2,8%

Die landwirtschaftliche Anbaufläche verteilte sich auf die hauptsächlichsten Anbauarten im Jahre 1912 in folgender Weise<sup>1)</sup>:

	a) Ernteerträge in Pud (16,38 kg)	t	b) Anbaufläche in Desjatinen (1,0925 ha)	ha
Roggen	147 338 200	2 413 399	1 936 505	2 115 632
Weizen	40 915 900	670 202	462 109	504 854
Gerste	38 972 800	638 374	465 452	508 506
Buchweizen	4 336 200	71 027	90 226	98 572
Erbsen	8 271 400	135 486	136 314	148 923
Hafer	71 604 400	1 172 880	1 048 828	1 145 845
Kartoffeln	683 327 300	11 192 901	983 706	1 074 699
Lein	1 229 600	20 141	29 821	32 579
Zuckerrüben	10 451 326	171 193	75 567	82 557
Heu	123 600 000	2 024 568	—	—

Ferner wurden noch angebaut: Hirse, Mais, Linsen, Bohnen, Hanf, Raps und Hopfen.

Die Erträge waren um 30% bis 50% geringer als in

<sup>1)</sup> Sammlung statistischer Wirtschaftsangaben über die landwirtschaftliche Produktion 7. Jahrg. St. Petersburg.



den deutschen Nachbargebieten und zeigten in den letzten Friedensjahren kaum eine Steigerung<sup>1)</sup>). Eine landwirtschaftliche Ertragsbilanz<sup>2)</sup> Kongresspolens für das Jahr 1910 unter Berücksichtigung des Ein- und Ausfuhrverhältnisses zu Russland und zum Auslande gibt folgendes Bild:

An Roggen wurden ausgeführt:

nach dem Auslande	4 230 t
nach Russland	6 200 t
gesamt	10 430 t

eingeführt:

aus dem Auslande	96 000 t
aus Russland	46 000 t
gesamt	142 000 t

Demnach ergab sich für Roggen ein Defizit von 131 600 t.

An Weizen wurden ausgeführt:

nach dem Auslande	30 800 t
nach Russland	1 800 t
gesamt	32 600 t

eingeführt:

aus dem Auslande	1 200 t
aus Russland	5 800 t
gesamt	7 000 t

Beim Weizen war somit ein Ausfuhr-Ueberschuss von 25 600 t vorhanden.

An Roggenmehl wurde ebensoviel ein- wie ausgeführt.

Jahr	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Kartoffeln		Zucker- rüben	
	Anbau- fläche	Ernte- ertrag	Anbau- fläche	Ernte- ertrag	Anbau- fläche	Ernte- ertrag	Anbau- fläche	Ernte- ertrag	Anbau- fläche	Ernte- ertrag	Anbau- fläche	Ernte- ertrag
	in 1000 ha	in 1000 to.	in 1000 ha	in 1000 t	in 1000 ha	in 1000 to.	in 1000 ha	in 1000 t	in 1000 ha	in 1000 t	in 1000ha	in 1000 t
1906	509,90	576	2096,4	1884	479,06	507	1122,27	963	979,26	8080	59,95	1024
1907	504,10	492	2189,6	1885	489,74	552	1142,33	1050	997,14	8900	63,00	1280
1908	493,05	577	2076,9	1976	502,87	518	1128,48	958	1013,13	10000	65,18	1172
1909	496,70	577	2106,1	2212	499,33	580	1137,11	1075	1041,50	10800	58,36	1060
1910	508,10	620	2125,9	2110	497,80	479	1154,21	950	1044,01	10903	58,10	1085

<sup>2)</sup> Tennenbaum, Bilans handlowy Krolestwa Polskiego Warszawa 1916.

Dagegen wurden an Weizenmehl ausgeführt:

nach dem Ausland	450 t
nach Russland	1 300 t
gesamt	<u>1 750 t</u>

eingeführt:

aus dem Ausland	—
aus Russland	177 500 t,

sodass das Defizit bei Weizenmehl 175 750 t betrug.

Zusammenfassend ergibt sich also ein Roggendefizit von 131 000 t und ein Weizenüberschuss von 25 600 t, sodass das Defizit für Getreide 106 000 t beträgt. Hinzuzurechnen ist ferner das Defizit für Weizenmehl, das, nach dem Ausmahlungsverhältnis von 2 : 3 in Weizen umgerechnet, 263 625 t bedeutet. Es betrug demnach das ganze Defizit an Brotgetreide 369 625 t, das aus Russland und dem Auslande eingeführt werden musste. Der Gesamtverbrauch an Brotgetreide sowohl inländischer Produktion als auch der Einfuhr belief sich 1910 auf 2 645 000 t, d. h. 211 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Davon betrug die inländische Produktion 2 275 375 t, während 369 625 t, 16½% von der Landesproduktion, an Getreide eingeführt werden mussten.

Günstiger gestalteten sich die Erträge an Kartoffeln. Im Jahre 1911 wurden ausgeführt:

nach Russland	2 240,8 t
nach dem Ausland	169 580,7 t
gesamt	<u>171 821,5 t</u>

eingeführt:

aus Russland	38 942,0 t
aus dem Ausland	1 426,7 t
gesamt	<u>40 368,7 t</u>

Es ergibt sich somit ein Ueberschuss von 132 000 t Kartoffeln, denen das Defizit von 369 625 t Brotgetreide gegenüberzustellen ist.

Die starke Kartoffelausfuhr aus Kongresspolen nach dem Auslande muss jedoch als eine ungesunde Erscheinung in der Wirtschaft angesehen werden; denn die vielen aus Polen kommenden Kartoffeln wurden in Deutschland zu Stärke und Spiritus verarbeitet, während bei gesunden Wirtschaftsverhältnissen die Verwertung der Kartoffeln im Lande selbst hätte erfolgen müssen. Aber die auf das grosse russische Landwirtschaftsgebiet abgestellten Zölle ermöglichten

die Einfuhr von polnischen Kartoffeln nach Deutschland zu so billigen Preisen, dass ihre Verarbeitung hier rentabel war. Deutschland selbst liess polnische Kartoffeln zollfrei ins Land und belegte die aus Kartoffeln hergestellten Erzeugnisse mit einem hohen Einfuhrzoll. Russland anderseits hatte kein Interesse daran, die Ausfuhr von polnischen Kartoffeln zu verhindern oder durch eine entsprechende Zollpolitik die Verarbeitung der Kartoffeln in Polen selbst herbeizuführen. Diese Tatsache gewinnt in der Gegenwart Bedeutung, da Polen, um die Ausfuhr zu heben, bemüht sein wird, tunlichst weiterverarbeitete und hochqualifizierte Produkte auszuführen.

Ein weiterer wichtiger Faktor der polnischen Landwirtschaft ist der Zuckerrübenbau. Im Jahre 1911 wurden

ausgeführt:

nach Russland	393,1 t
nach dem Auslande	43 952,5 t
gesamt	<u>44 345,6 t</u>

eingeführt:

aus Russland	11 564,6 t
aus dem Ausland	—

Danach ergibt sich für Zuckerrüben ein Ueberschuss von 32 825,5 t. Die Rübenenerträge erreichten in Polen jährlich 1 474 200 t, wovon 90% zu Zucker verarbeitet wurden.

Trotz der starken Eigenproduktion und des grossen Ueberschusses wurden sowohl Kartoffeln als auch Zuckerrüben noch eingeführt. Doch handelte es sich dabei nicht um Mengen, die in Kongresspolen blieben, sondern um die Durchfuhr aus Russland nach dem Auslande.

Ziehen wir aus den Angaben für die einzelnen Erzeugnisse die Bilanz der Landwirtschaft Kongresspolens unter Hinzufügung einiger bisher nicht angeführter Produkte, so erhalten wir folgende Uebersicht über Ein- und Ausfuhr in Millionen Goldrubel:

Getreide	—	10,0
Heu	—	0,5
Kartoffeln	+	1,26
Zichorie	+	0,2
Zuckerrüben	+	0,5
Hopfen	+	0,7
zusammen	—	<u>7,84</u>

Kongresspolen wies demnach vor dem Weltkriege ein landwirtschaftliches Defizit von annähernd 8 Millionen Rubel

auf, das besonders durch die grosse Einfuhr von Brotgetreide bewirkt wurde, dessen Produktion innerhalb des russischen Reiches am meisten gehemmt wurde. Ergänzend sei auch noch die Bilanz des Gartenbaues für Kongresspolen hinzugefügt, die in Millionen Rubel folgende Zahlen aufweist:

Ausfuhr: nach Russland	0,4
nach dem Auslande	0,2
gesamt	0,6
Einfuhr: aus Russland	4,3
aus dem Auslande	4,7
gesamt	9,0

Somit zahlte Russisch-Polen für die Einfuhr von Gartenbauprodukten jährlich 8,4 Millionen Rubel, also ein wenig mehr als es für die übrige landwirtschaftliche Einfuhr ausgab. Das gesamte landwirtschaftliche Defizit belief sich demnach auf 16,4 Millionen Goldrubel.

Neben der Hebung der Produktion der einzelnen landwirtschaftlichen Zweige dürfte es ferner, wie oben bei der zu grossen und wirtschaftlich ungesunden Kartoffelausfuhr bereits angedeutet wurde, zur Stärkung der landwirtschaftlichen Bilanzverhältnisse besonders darauf ankommen, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Industrie zu fördern. Andererseits darf bei der Beurteilung der Lage nicht übersehen werden, dass im Rahmen der heutigen Grenzen Polens Preussisch-Polen einen gewissen Ausgleich herstellt. Den Stand der landwirtschaftlichen Nebenindustrien in Kongresspolen veranschaulicht folgende Aufstellung<sup>1)</sup>:

	Zahl der Unternehmungen:	Zahl der Arbeiter:
Zuckerfabriken (1910)	49	20 661
Spiritusbrennereien (1911)	499	3 318
Brauereien (1900)	195	2 645
Mühlen (1908)	5 893	9 053

Die Viehzucht war unter den Verhältnissen vor dem Kriege einer der am ungünstigsten entwickelten Zweige der polnischen Landwirtschaft. So lange russisches Vieh, dessen Erhaltungskosten in den östlichen Steppengebieten ausserordentlich gering waren, infolge Mangels einer Zollgrenze unbehindert nach Polen kommen konnte und auf die dortigen Vieh- und Fleischpreise drückte, war die Viehzucht unrentabel. Das Ergebnis dieser ungünstigen Entwicklungstendenz zeigt sich deutlich in den Statistiken der letzten 20

<sup>1)</sup> Polnische Blätter, Jahrgang 1915, Oktober—Dezember S. 64.



Jahre, aus denen ein starker Rückgang der Zahlen für lebendes Inventar hervorgeht. Charakteristisch sind folgende Zahlen für den Rindviehbestand:

Im Jahre 1881	5 055 000	Stück
1890	3 031 000	"
1900	2 823 000	"
1907	2 494 000	"
1911	2 267 000	"

Im Jahre 1911 war der Viehbestand Kongresspolens<sup>1)</sup> folgender:

Pferde	1 226 193	d. h. auf 100 Einwohner	10,5
Rindvieh	2 267 087	d. h. " " "	19,5
Schafe <sup>2)</sup>	945 253	d. h. " " "	8,1
Ziegen	8 157	d. h. " " "	0,07
Schweine	597 897	d. h. " " "	5,1

Ferner ist die Abnahme des Viehbestandes während des Krieges ausserordentlich stark gewesen und hat sich zunächst sehr bemerkbar gemacht<sup>3)</sup>.

Wenn wir auch zugeben müssen, dass die Ungunst der Verhältnisse in Kongresspolen einen Teil des Ausfalles für die Volksernährung herbeigeführt hat, so ist doch anderseits der ausserordentliche Tiefstand seit 1918 in einem ganz erheblichen Maße auch den Verwüstungen durch den Krieg zuzuschreiben. Der Aufbau der verwüsteten Gegenden und vor allen Dingen die Nutzbarmachung aller vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen muss sich der polnische Staat angelegen sein lassen. Doch liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, dass Kongresspolen sehr bald seinen Bedarf selbst deckt. Die heutige Republik Polen ist aber, wenn nur der von Kongresspolen in Anspruch genommene Zuschuss nicht zu gross ist, auch schon vorher in der Lage, sich selbst zu ernähren, weil Preussisch-Polen eine ausgleichende Ueberschussproduktion aufweist.

In Bezug auf die Landwirtschaft geben die Nachkriegszahlen ein falsches Bild von der wirtschaftlichen Struktur. Der

<sup>1)</sup> Ein wenig niedriger sind die in dem Buche des Komitees polnischer Gelehrter (Polen, Bern 1918) angegebenen Zahlen.

<sup>2)</sup> Die Schafzucht ist stark zurückgegangen; im Jahre 1912 gab es nur 862 000 gegen 4 180 000 im Jahre 1870.

<sup>3)</sup> Gemäss nicht nachzuprüfender Angaben soll beispielsweise Galizien 80<sup>0</sup>/<sub>100</sub> seines Viehbestandes verloren haben.

Krieg bzw. zum Teil die ungünstige landwirtschaftliche Entwicklung Kongresspolens unter Russland tragen die Schuld an den ungünstigen Ergebnissen der Gegenwart. Anderseits ist festzustellen, dass die landwirtschaftliche Basis für die Zukunft eine Ueberschussproduktion verspricht.

In der Nachkriegszeit gestalteten sich die Ernährungsverhältnisse zunächst sehr schwierig. Nach Angaben des Warschauer Ernährungsministers deckte die Ernte von 1919 nur zwei Drittel des Bedarfs<sup>1)</sup>. Man berechnete<sup>2)</sup> die Produktion des polnischen Staatsgebietes in der Vorkriegszeit mit 6—6½ Millionen t Brotgetreide und schätzte den Verbrauch der eigenen Bevölkerung, die mit nur 24—25 Millionen Einwohnern angenommen wurde, auf 4—4½ Millionen t Getreide. Demnach verbliebe ein Ueberschuss von rd. 2 Millionen t, der sich mit 1½ Millionen t auf die preussischen Provinzen, mit ½ Million t auf Kongresspolen<sup>3)</sup> und mit 0,1 Millionen t auf Galizien verteilt, sodass, wenn der Friedensstand der Wirtschaft erreicht wäre, Polen etwa 2 Millionen t Brotgetreide exportieren könnte. Da aber 1919 im Durchschnitt nur die Hälfte der Friedensmenge produziert wurde, waren nur noch die ehemaligen preussischen Landesteile Ueberschussgebiete, während im übrigen Polen die Gefahr einer Ernährungskrisis bestand. Polen war daher gezwungen, grosse Mengen von Getreide aus Amerika einzuführen, das es aber nur mit einer gleichzeitig gewährten Anleihe bezahlen und nach Polen transportieren konnte. Den Kredit für den Transport gewährte in der Hauptsache England.

Am bedenklichsten sah es im Jahre 1919 mit der Fleischversorgung aus. Es standen der Bevölkerung nach Angaben

<sup>1)</sup> Frankfurter Zeitung vom 15. 10. 1919.

<sup>2)</sup> Im übrigen schien man sich über die Ernährungslage in Polen selbst nicht klar gewesen zu sein. Aeusserungen des Sektionschefs im polnischen Ernährungsministerium, Goscicki, in der Gazeta Warszawska vom 26. und 27. 5. 1920 und Ausführungen des Wizeministers der Landwirtschaft in dem Ministerium Grabski, Z. Chmielewski, in demselben Blatte vom 25. 6. widersprechen sich in der krassen Weise. Während Goscicki eine sehr ungünstige Schilderung der Lage gibt und mit einem Defizit von etwa 20 Millionen Zentnern rechnet, hofft Chmielewski mit der Ernte des Jahres 1920 für die Ernährung Polens ungünstigstenfalls bis Ende Juni 1921 zu reichen.

<sup>3)</sup> Hiernach rechnet man auch bei Kongresspolen mit einer Ueberschusswirtschaft, obwohl, wie oben dargelegt, im Frieden mit Unterbilanz gearbeitet wurde.

Goscickis 149 000 t Fleisch zur Verfügung, während 265 000 t zur Ernährung notwendig waren, so dass sich ein Fehlbestand<sup>1)</sup> von 116 000 t ergab.

Bei den Aufbaubestrebungen macht neben dem Mangel an lebendem Inventar auch die Beschaffung des toten Schwierigkeiten. Grosse Summen werden auf die Beschaffung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln verwendet, deren Einfuhr zunächst eine starke Belastung der Zahlungsbilanz des Staates bedeutet. Es fehlt vor allem an landwirtschaftlichen Maschinen. Auch herrscht Mangel an Kunstdünger, den man aus dem Auslande beziehen muss und der wegen des Tiefstandes der polnischen Mark nicht in genügenden Mengen ins Land kommt. Zuweilen versuchte man daher, Kunstdünger im Austauschverfahren gegen Zucker einzuführen<sup>2)</sup>).

In besonderem Maße muss dem grossen Mangel in Ostgalizien abgeholfen werden, wo man im Jahre 1920 noch Güter von 3000 Morgen fand, auf denen keine Maschine vorhanden war<sup>3)</sup>. Es wurde beschlossen, den Wiederaufbau der Landwirtschaft Ostgaliziens möglichst rasch in die Wege zu leiten, und es wurden für diesen Zweck erhebliche Summen bewilligt<sup>4)</sup>. Auch die internationalen landwirtschaftlichen Maschinenausstellungen in Lemberg sollen dazu beitragen, den Aufbau der polnischen Landwirtschaft zu beschleunigen.

Von der Notwendigkeit der Förderung der Landwirtschaft ist man in allen Kreisen überzeugt. Eine andere Frage ist aber, wie man die Mittel beschaffen soll, um der Landwirtschaft das erforderliche Kapital zur Verfügung stellen zu können. Die Währungskatastrophe ruft zwar ein ständiges Steigen der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hervor, und der Bauer, der im Frieden kaum Geld in die Hand bekam, verfügt zahlenmässig über grosse Summen; aber bei der Anschaffung realer Werte sinkt die Bedeutung dieser Summen, zumal landwirtschaftliche Maschinen zu einem grossen Teil aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Nur insofern hat der Grundbesitz aus dem Niedergang der Währung Vorteile gezogen, als durch die Geldentwertung

---

<sup>1)</sup> Noch bedenklicher wurden diese Zahlen, wenn man den grossen Heeresbedarf berücksichtigte. Denn den Zahlen für den Bedarf lagen für die Bevölkerung in Preussisch-Polen eine Jahresquote von 20—25 kg pro Kopf und für die anderen Teile eine solche von 10 kg pro Kopf zugrunde, Rationen, wie sie für das Heer nicht genügten.

<sup>2)</sup> Industrie- und Handelszeitung 20. 1. 1920.

<sup>3)</sup> Hans Vorst im Berl. Tageblatt vom 23. 6. 1920: Die wirtschaftliche Lage Polens.

<sup>4)</sup> Osten Nr. 43/20 S. 594.



eine fast völlige Entschuldung der Landwirtschaft eingetreten ist<sup>1)</sup>).

Eine tiefgreifende Wirkung auf die landwirtschaftliche Produktion übte aber die Wirtschaftspolitik aus, die die Regierung infolge des Währungsverfalls ergreifen musste. Polen kam nur schwer aus der Zwangswirtschaft<sup>2)</sup> heraus, vielmehr verfielen ihr immer wieder einzelne Zweige der Wirtschaft. Auf Grund der Verfügung vom 29. Juli 1919 bestand in gewissem Grade ein Getreidemonopol. Die Getreidebewirtschaftung im Jahre 1920/21 bedeutete ein Verharren bei der Zwangswirtschaft; im ehemals preussischen Gebiet unterlag das Getreide sogar völliger Beschlagnahme, in den anderen Teilen hatte man das Kontingent-System<sup>3)</sup> eingerichtet.

Auch der ehemalige Finanzminister Grabski hielt die Zwangswirtschaft für unbedingt notwendig. Da die Preise mit ausserordentlicher Geschwindigkeit stiegen, versuchte man wenigstens auf einzelnen Gebieten dieser Entwicklung durch die Zwangsbewirtschaftung Einhalt zu tun. Inwieweit in Polen die Zwangswirtschaft ein dafür geeignetes Mittel bedeutete, wollen wir nicht näher betrachten; jedenfalls dürfte selbst die straffste Zwangswirtschaft sich auf die Dauer den natürlichen Vorgängen im Wirtschaftsleben, der mit der Geldentwertung verbundenen Preissteigerung, nicht mit Erfolg widersetzen können. Zur Verhinderung einer unbegründeten Preissteigerung besteht das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation.

Wir ersehen aus allen Verordnungen lediglich die Schwierigkeiten, mit denen Polen zu kämpfen hat und die, nachdem die Nachwehen des Krieges vorüber waren, lediglich den ungünstigen Währungsverhältnissen entsprangen. Da

<sup>1)</sup> Krzemicki: Die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens. Jahrbücher für Nationalökon. und Statistik III. 64. Bd. S. 36.

<sup>2)</sup> Das Gesetz über den Umsatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Polen vom 18. 11. 1919 ist am 20. 2. 20 vom Reichstag dahin abgeändert worden, dass die Zwangsbeschlagnahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bereits auf Güter von 25 Morgen ausgedehnt wurde, während bisher nur Güter von 40 Morgen der Beschlagnahme unterlagen. Bei Wirtschaften unter 25 Morgen stand der Regierung das Vorkaufsrecht zu.

<sup>3)</sup> Es wurden 3 Fristen für die Ablieferung des Getreides bestimmt, der 15. 9. 20, der 1. 1. 21 und der 1. 4. 21. Man unterschied 3 Klassen: Bei Besitzungen bis zu 30 poln. Morgen (0,5 ha) mussten 15 kg pro Morgen abgeliefert werden, bei solchen von 30 bis 100 Morgen 200 kg und bei über 100 Morgen 250 kg. Bei frühzeitiger Ablieferung der Kontingentsmengen wurden gewisse Vergünstigungen gewährt. Ausserdem war  $\frac{1}{2}$  bis 1 Morgen für jede zu versorgende Person von der Ablieferung befreit.



gerade für die Landwirtschaft die Zwangsbewirtschaftung von einschneidender Bedeutung ist, Polen aber anderseits in besonderer Weise bestrebt sein musste, die Landwirtschaft zu fördern, um eine rasche Steigerung der Produktion zu ermöglichen, gewinnen diese Probleme besondere Tragweite.

Als ein weiteres landwirtschaftliches Problem tritt uns das der Grundbesitzverteilung entgegen. Gerade in der Gegenwart kann diese Frage zum Ausgangspunkt weittragender sozialer und politischer Bewegungen werden. In Polen herrschte ursprünglich als Ergebnis der politischen Struktur des alten polnischen Reiches der Grossgrundbesitz vor. Durch die Agrarreform von 1864, mit der man russischerseits einen Schlag gegen die polnischen Grossgrundbesitzer beabsichtigte in der Hoffnung, dadurch einen für Russland dienstfertigen Bauernstand zu erhalten, ging in Kongresspolen alles Bauernland mit einem Schlage in den erblichen Besitz der Bauern über. Seitdem hat eine intensive Parzellierung den Grundbesitz noch weiter verkleinert, besonders seitdem im Jahre 1890 die Bauernbank mit ihrer Tätigkeit begann. Vor dem Kriege hatte der Kleinbesitz<sup>1)</sup> 57,2% der gesamten Fläche in der Hand, während der Grossgrundbesitz sich in ständigen Fallen befand. Die Durchschnittsgrösse der Bauernstellen im Kleinbesitz war mit 4,6 ha verhältnismässig gering, zumal zu einem solchen Bauernhof im Durchschnitt 8,7 Personen gehörten. Begreiflich ist es daher, dass die Auswanderung aus Kongresspolen vor dem Kriege einen verhältnismässig starken Umfang angenommen hatte und ausserdem viele Polen als landwirtschaftliche Saisonarbeiter in Deutschland Arbeit suchten. Viele Besitzer der kleinen Stellen<sup>2)</sup> wanderten nach den Städten ab, um in der Industrie die besseren Löhne zu beziehen. Nachteilig machte sich auch bemerkbar, dass die ungeteilte Vererbbarkeit der Besitzungen nicht gesetzlich geregelt war.

Neben den Fragen der Bodenverteilung hat auch die Landarbeiterfrage einen gewissen Einfluss auf die neuerlichen

<sup>1)</sup> Die Besitzer von kleinen Parzellen zerfallen in 3 Klassen: die Bauern, die 48,8 % innehaben, die kleine Szlachta mit 5,8 % und die Fleckenbewohner mit 2,6 %. Der private Grossgrundbesitz besass 35,1 %, Kronland war 5,9 % der gesamten Fläche. Von dem Rest hatten 1,3 % die Städte und 0,5 % die Kirchen, Schulen, Eisenbahnen usw. inne.

<sup>2)</sup> Der kleinbäuerliche Besitz in Russisch-Polen litt ausserordentlich unter der schlechten Gemengelage und dem höchst unglücklichen Zutritt zu den einzelnen Parzellen, die oft bei 2–4 m Breite über 1 km lang sind. Dies ist u. a. mit ein Grund dafür, dass teilweise auch jetzt noch die Dreifelderwirtschaft besteht.

Reformbestrebungen. Der Landarbeiterfrage nahm sich in Kongresspolen weder die russische Regierung an, noch war eine Regelung von den Arbeitgebern, den polnischen Grossgrundbesitzern, zu erwarten<sup>1)</sup>. Nur dadurch, dass die Grossbetriebe verschwanden und die Bauernbesitzungen an ihre Stelle traten, ging die Landarbeiterfrage von selbst einer ganz allmählichen Lösung entgegen.

Die Wirtschaftspolitik Polens wird stets die Landwirtschaft und Industrie in gleicher Weise berücksichtigen müssen, und es wird nicht möglich, zum mindesten nicht zweckmässig sein, den einen Wirtschaftszweig auf Kosten des anderen zu vernachlässigen. Welcher der beiden produktionspolitisch auf die Dauer grössere Bedeutung verspricht, ist heute noch nicht abzusehen. Daher ist eine gesunde Verfassung für die Landwirtschaft ein Lebensbedürfnis für den jungen Staat. Ausser den natürlichen Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik müssen stets auch die Gefahren berücksichtigt werden, die von den radikalen Wirtschaftsideen neuester Zeit vor allem vom Osten her drohen. Berücksichtigt man die Tragweite der Zufriedenstellung der Bauern für die politische Verankerung eines Staatswesens und die Vorgänge, die sich in dieser Beziehung in Russland abgespielt haben, dann wird man diesen Problemen besondere Aufmerksamkeit schenken.

Eine gewisse Vernachlässigung der kleinen Bauern und der Landarbeiter liegt bereits in der Entwicklungsgeschichte des alten polnischen Staates als einem Lande der Adelsherrschaft und des Grossgrundbesitzes, und es fordert ein gewisses Entgegenwirken, um hier den vielleicht noch im tiefen Innern vorhandenen revolutionären Funken, der sich aus alter Zeit noch in die Gegenwart hinübergerettet haben kann, nicht den Anlass zu einem grösseren Brande werden zu lassen. Noch heute liegt in Polen die Versuchung nahe, die sehr genügsame breite Schicht des Volkes auszunutzen. Wird aber in der Gegenwart diese Rückständigkeit von gewissen Kreisen zu einer guten Einnahmequelle gemacht, dann kann sich dieser Vorteil, der in der Gegenwart vielleicht darin liegt, in der Zukunft in das Gegenteil verwandeln und letzten Endes zu einer Katastrophe führen. Für ein gleichmässiges wirtschaftliches Erstehen des ganzen Volkes muss daher Sorge getragen werden. Aber gerade die erwähnte Genügsamkeit der

---

<sup>1)</sup> Ladislawa v. Kuzelewski: Die Landarbeiterverhältnisse im Königreich Polen, Züricher Dissertation 1909.

breiten Schicht des polnischen Volkes möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben und darauf hinweisen, dass Polen hierin einen gewissen Vorsprung vor den westlichen Ländern für den Aufbau einer aktiven Zahlungsbilanz hat, und ich möchte nicht annehmen, dass der kulturell noch wenig anspruchsvolle polnische Arbeiter im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit andern so sehr nachsteht. Polen verfügt bei weitem über die billigsten Arbeitskräfte.

Die zuletzt berührten landwirtschaftlichen Probleme gipfeln letzten Endes in dem Gedanken der Agrarreform, einer Aufgabe, vor der fast alle neu entstandenen Staaten stehen und die in sehr verschiedener Weise gelöst wird<sup>1)</sup>. Polen stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, eine Enteignung nur gegen Entschädigung vorzunehmen. Die Agrarreform in Polen begann mit der Resolution des Sejm<sup>2)</sup> vom 10. Juli 1919. In dieser Resolution werden eine Reihe von Grundgedanken für das Programm einer Agrarreform aufgestellt. Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums sollen zunächst neue Wirtschaften für die Kolonisation geschaffen werden. Eine weitere Aufgabe sieht man darin, die vorhandenen Zwergwirtschaften so zu vergrössern, dass sie ein lebensfähiges Aussehen bekommen, d. h. zur selbständigen Ackernahrung ausreichen. Ferner ist die Bildung kleiner Wirtschaften für Obst- und Gemüseproduktion geplant, sowie die Schaffung von Arbeiter-, Beamten- und ähnlichen Kolonien. Es sollen in der Nähe der Grossstadt und der Industriezentralen Gärten angelegt werden. Auf diese Weise wird auch der Gartenbau gefördert, der, wie wir oben ausführten, seinerzeit in Kongresspolen zu dem Defizit der landwirtschaftlichen Bilanz in erheblichem Masse beitrug.

Die Mehrzahl der aufgestellten Grundsätze ist dann in das Gesetz vom 15. Juli 1920 aufgenommen worden. Man teilte den Grundbesitz in acht Kategorien ein, welche die Reihenfolge bestimmen, in welcher der Staat zur Erwerbung von Land zu Siedlungszwecken schreiten soll. Es wird dem Staat ein gewisses Enteignungsrecht zugebilligt, und zwar sollen die Güter, die nicht sachgemäss bewirtschaftet werden, zur Aufteilung kommen. Das Gesetz lässt aber für die Enteignung einen grösseren Spielraum. Sie erfolgt von einer bestimmten Höchstgrenze an, und zwar ist diese Grenze verschieden festgesetzt, auf 60—180 bzw. 400 ha. Die Höchstgrenze

---

<sup>1)</sup> Sering: a. a. O.

<sup>2)</sup> Dr. Rukser a. a. O. VIII. Die Agrarreform S. 113 ff.



von 400 ha ist für den ehemals preussischen Anteil und die Gebiete an der östlichen Reichsgrenze, wo es das Staatsinteresse erfordert, vorgesehen. Besondere Aufmerksamkeit bei der Enteignungsfrage wendet man auch den Gütern zu, die in den letzten zwei Jahren mehr als zweimal ihren Besitzer gewechselt haben. Angestrebt wird die Schaffung von Wirtschaften in Grösse von 15, höchstens aber 23—45 ha.

Anrecht auf das zur Verteilung kommende Land haben nur polnische Staatsangehörige und zwar nur solche, die den Boden selbst bewirtschaften. Wenn auch grundsätzlich eine Enteignung gegen Entgelt vorgesehen ist, so wird doch dieser Grundsatz ein wenig modifiziert, denn die Entschädigung soll nur die Hälfte des in der fraglichen Gegend gültigen Marktpreises betragen<sup>1)</sup>. Ausserdem erhält der Enteignete nicht den zuerkannten Betrag bar ausgezahlt, sondern, wie das Gesetz vom 16. Juli 1920 über die vorläufige Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Agrarreform vorschreibt, nur 4% dieser Summe in bar, das übrige in Staatspfandbriefen. In Wirklichkeit werden also die enteigneten Ländereien nur etwa zu 50% bezahlt. Berücksichtigt man ferner den Zwang zur Annahme von polnischen Pfandbriefen, dann dürfte das Entgelt recht gering sein. Da die Durchführung des ganzen Planes der Agrarreform ausserordentlich an Kapitalmangel leidet, hat man sich auf diese Weise zu helfen versucht. Schwieriger ist der Aufbau der Gebäude und die Beschaffung von Inventar für die neu entstehenden Wirtschaften, da hierbei ein ähnlicher Ausweg nicht gegeben ist.

Aber nicht nur der Ausbau der Siedlungswirtschaften, sondern auch der neu zu schaffende Behördenapparat erfordert erhebliche Mittel. Es wurden besondere Agrarbehörden in Form von Gemeindelandkommissionen, Kreislandämtern mit Kreislandkommissionen als beratenden Körperschaften und Bezirkslandämtern geschaffen<sup>2)</sup>. Letzteren fällt die Hauptaufgabe der Parzellierung zu. Als oberste Instanz besteht die Hauptlandkommission.

Trotzdem das Gesetz Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Produktionskraft der in neue Hände gelangenden Ländereien, befürchtet man doch von einer Durchführung der Agrarreform allgemein ein Fallen der Produktion. Eine gewisse Berechtigung dazu ist bei dem Mangel an Kapital und Betriebsmitteln für die neuen Wirtschaftseinheiten vorhanden.

<sup>1)</sup> Dr. Rukser a. a. O. S. 115. Ein grosser Teil der Gesetze, auf die hier Bezug genommen wird, ist in diesem Buch abgedruckt.

<sup>2)</sup> Rukser a. a. O. S. 118.



Doch gewinnt man nicht den Eindruck, als ob es sich in Polen um überstürzte Massnahmen handelt, wofern nicht aus nationalistischen Motiven heraus übereilt vorgegangen worden ist. Zumeist sieht man ein, dass die Agrarreform eine grosse Reihe von Jahren beanspruchen wird und muss. Vor allem dürfte noch längere Zeit vergehen, bis der polnische Staat die Mittel zur Verfügung hat, welche für die Verwirklichung seines grosszügig angelegten Planes, der auch eine Unterstützung der Angesiedelten vorsieht, notwendig sind.

Auf die Währung übte das Bekanntwerden der polnischen Agrarreform zunächst einen ungünstigen Einfluss aus, da man sich von ihr in erster Linie ein Sinken der Produktion versprach. Der Uebergang zur intensiveren Wirtschaft, wie er sich in Polen als notwendig erweist, scheint beim Grossgrundbesitz leichter durchführbar zu sein als zunächst bei einem grossen Teil der neu entstehenden kleinen Wirtschaften. Es muss daher die weitere Durchführung der Agrarreform von dem Gedanken einer Produktivitätssteigerung getragen sein. Auch an die Stelle von nationalistischen Momenten wird für das weitere Vorgehen politische Objektivität treten müssen.

Betrachten wir nun noch zusammenfassend die Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz, so kommen wir zu dem Ergebnis, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die polnische Landwirtschaft einen starken aktiven Faktor der polnischen Wirtschaft darstellt und dass die Einfuhr von Lebensmitteln nur eine Uebergangserscheinung ist.

Unbewusst trieb die polnische Regierung in den letzten Jahren in der Landwirtschaft eine rentable Investierungspolitik, denn ein grosser Teil der Einfuhr, welche die Zahlungsbilanz belastete, war dazu bestimmt, die Landwirtschaft auf- und auszubauen. Abgesehen von geringen Anleihen wurde lange Zeit in der Hauptsache mit polnischen Mark gezahlt, deren Menge ins Fabelhafte stieg. Würde die polnische Mark heute noch einen höheren Kurs aufweisen, so würde man von einer Last des Staates sprechen; infolge des raschen Sinkens der Valuta aber wächst diese Belastung der Staatsfinanzen, absolut betrachtet, nur in sehr geringem Masse, sodass der polnische Staat Werte, die er vor ein oder zwei Jahren eingeführt und die er mit der damals noch weit höher stehenden polnischen Mark bezahlt hat, heute nach der weiteren Verschlechterung seines Geldes mit einem grossen Gewinn in der Hand hat. Selbstverständlich konnten diese vorteilhaften Einkäufe nicht auf die Dauer stattfinden, da der Verkäufer bald seinen Scha-

den erkannt. Auch hierin liegt ein Grund zu dem immer stärkeren Fallen der polnischen Mark. Die Verkäufer von Investierungswerten vermieden es, gegen polnische Mark zu verkaufen, die sie dann nur schwer und mit Verlust verwenden konnten, da niemand dieses erfahrungsgemäss wenig wertbeständige Geld behalten wollte. Manche landwirtschaftliche Maschine ist vielleicht, vom heutigen Standpunkt aus gesehen, zu sehr billigem Preise nach Polen gelangt.

Einen wichtigen Zweig der polnischen Volkswirtschaft stellt die Forstwirtschaft dar. Während in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Forsten etwa 30% der gesamten Fläche Kongresspolens bedeckten, ist der Waldbestand später infolge von Abholzungen und im Zusammenhang mit der Industrialisierung sehr stark zurückgegangen und machte vor dem Kriege nur etwa 18% aus.

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist Raubbau getrieben worden. Die Holzausfuhr hat in den Jahren 1908 bis 1910 um etwa 50% zugenommen, der Ertrag stieg von 1 679 708 Rubel auf 2 517 553 Rubel. Polen war eines der wichtigsten Holzlieferungsländer, und eine Reihe von Ländern führte Nutzholz aus Polen ein. Viele seinerzeit in Deutschland gelegenen Schneidemühlen in den Bezirken Bromberg und Danzig, teilweise in auch noch heute deutschen Gebieten, verarbeiteten in der Hauptsache Holz aus Polen. Auch die oberschlesischen Gruben sind zum Teil auf den Bezug von polnischem Holz angewiesen.

Der Waldbestand der ganzen heutigen Republik Polen macht 25,9%<sup>1)</sup> der Gesamtfläche aus. Er beträgt ca. 10 Millionen ha, wovon 2½ Millionen ha auf Staats- und ca. 300 000 ha auf Gemeindewälder entfallen. Immerhin wird in Zukunft eine gewisse Schonung des polnischen Holzbestandes am Platze sein; vor allem wird die Ausfuhr nicht wieder in dem Masse aufgenommen werden können wie im Frieden. Denn einmal verbraucht Polen im Lande selbst ausserordentlich viel Holz, sind doch beispielsweise in Kongresspolen nur 6,7% der Häuser gemauert, während 86,2% aus Holz und 7,1% zum Teil gemauert und zum Teil aus Holz sind. Dann aber wird bis auf weiteres zum Aufbau der im Kriege abgebrannten Wirtschaften ausserordentlich viel Holz benötigt.

Trotz aller Anfeindungen von Seiten des Handels und aus Kreisen, die eine Ausfuhr von Holz im Interesse der

<sup>1)</sup> Hamburger Correspondent Nr. 91 vom 23. 2. 22 — Krzemicki a. a. O. S. 36.

Handelsbilanz<sup>1)</sup> befürworten, bewegt sich die polnische Wirtschaftspolitik in der Hauptsache in einem Rahmen, wie er durch die tatsächliche Lage bedingt ist; man ist bestrebt, das Holz einstweilen im Lande zu behalten. Wenn bei einem gegenwärtigen Waldbestand von 7—8 Millionen ha mit einem jährlichen Zuwachs von 14 Millionen qm gerechnet wird, so dürfte der Schluss auf eine besonders grosse Ausfuhrmöglichkeit zur Zeit doch nicht richtig sein. Die Holzwirtschaft wird aber, ganz gleichgültig, ob das Holz im Lande bleibt oder ausgeführt wird, ein wichtiger Faktor der polnischen Volkswirtschaft sein und zur Aktivierung der Zahlungsbilanz letzten Endes in beiden Fällen beitragen. Die Grösse der Holzausfuhr hing bisher von der Zahl der erteilten Ausfuhrbewilligungen ab.

Betrachten wir nunmehr noch die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung in letzter Zeit, so sehen wir, dass das brachliegende Land im Jahre 1921 gegenüber 1920 um 50% abgenommen hat. Während im Jahre 1920/21 besonders auch infolge des Krieges mit Sowjetrussland, welcher den grössten Teil der Ernte vernichtet hatte, beträchtliche Mengen an Mehl und Getreide aus Amerika und Rumänien eingeführt werden mussten, hatte das Jahr 1921/22, abgesehen von einer geringen Einfuhr von Gerste und Mais aus Rumänien, bereits einen Ausfuhrüberschuss<sup>2)</sup> an Getreide und Kartoffeln zu verzeichnen. Der Ertrag an Weizen war im Jahre 1921 um 48,3%, an Roggen um 104,3%, an Gerste um 31,5% und an Hafer um 9,5% höher als im Jahre 1920. Dagegen blieb die Kartoffelernte um 15% hinter der des Vorjahres zurück. Im Verhältnis zur Durchschnittsernte der letzten drei Vorkriegsjahre betrug die Ernte<sup>3)</sup> des Jahres 1921 in ganz Polen

<sup>1)</sup> Die Wiederaufbaukommission ist für ein Verbot der Holzausfuhr, während die Staatshaushaltskommission aus naheliegenden Gründen dagegen ist.

<sup>2)</sup> Krzemicki a. a. O. S. 35 spricht von 10 000 Waggonen, Neue Züricher Zeitung Nr. 773 v. 13. Juli 1922 sogar von 30 000 Waggonen.

<sup>3)</sup> Nach einem Bericht des Statistischen Hauptamtes:

Weizen . . . . .	968 222,1 t
Roggen . . . . .	4 217 508,3 „
Gerste . . . . .	1 160 598,4 „
Hafer . . . . .	2 174 188,6 „
Kartoffeln . . . . .	16 741 531,3 „

(Der Osten 3. Jahrg. Nr. 22 S. 496).

Weizen	56 $\frac{0}{100}$
Roggen	74,1 $\frac{0}{100}$
Gerste	73,3 $\frac{0}{100}$
Hafer	77,3 $\frac{0}{100}$
Kartoffeln	71,7 $\frac{0}{100}$

Einen Ueberblick über die Entwicklung der Anbauflächen und Erträge geben folgende Zahlen:

Anbaufläche:					
Durchschn. der Jahre	Weizen ha	Roggen ha	Gerste ha	Hafer ha	Kartoffel ha
1911—1913	1 180 971	3 959 199	1 012 549	2 164 129	2 059 328
im Jahre 1920	724 632	2 928 181	786 631	1 666 714	1 643 657
im Jahre 1921	791 910	3 127 520	919 481	1 787 330	1 784 629

Erträge:					
Durchschn. der Jahre	Weizen t	Roggen t	Gerste t	Hafer t	Kartoffel t
1911—1913	1 572 740	5 020 436	1 401 715	2 463 184	21 344 936
im Jahre 1920	618 908	1 671 054	839 700	1 873 329	18 096 343
im Jahre 1921	918 049	3 821 033	1 103 856	2 052 083	15 377 621

Auf dem Zuckermarkt wird Polen in Zukunft eine bedeutende Stellung einnehmen; denn besonders in den ehemals preussischen Landesteilen und in Kongresspolen war der Zuckerrübenbau sehr entwickelt. Während im Jahre 1919 vorzeitige Fröste und Schnee eine Verminderung der Produktion um fast 50% der erwarteten Menge bewirkten und die Zuckerfabriken Kongresspolens zum grössten Teil noch still lagen, rechnete man im Jahre 1920/21 bereits mit einer Zuckerproduktion von 210 000 t — davon entfielen etwa  $\frac{5}{7}$  auf die Posener Zuckerfabriken — und mit einer Ausfuhr von über 50 000 t. Die mit Zuckerrüben bebaute Fläche ist im Jahre 1921 gegenüber 1920 um 12% gestiegen.

Einen ähnlichen Aufstieg wie die Ernteerträge zeigt im Jahre 1921 angeblich auch die Viehzucht. Genauere Zahlen liegen jedoch nicht vor.



## VI. Die Bodenschätze.

Eine ganz wesentliche Bereicherung an Bodenschätzen hat Polen durch die Zuteilung Ost-Oberschlesiens erfahren. Doch weisen auch Kongresspolen und Galizien beträchtliche Mengen an Bodenschätzen auf, die zumeist, besonders von polnischer Seite, unterschätzt zu werden pflegen, weil man von den Zahlen für die Produktion der Vorkriegszeit und der Gegenwart auf die Grösse der Vorräte schliesst, ohne zu berücksichtigen, dass die Produktion wegen der mangelhaften Intensität des Abbaues keinen Beurteilungsmassstab bietet und dass eine Steigerung der Förderung durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte.

Im Jahre 1920 wurden in Polen an Bodenschätzen gefördert:

Steinkohlen . . . . .	6 400 000 t
Braunkohlen . . . . .	250 000 t
Erdöl . . . . .	765 000 t
Erdgas . . . . .	405 000 cbm
Salz . . . . .	216 000 t
Kali . . . . .	10 295 t
Eisenerz . . . . .	120 000 t
Zinkerz . . . . .	64 000 t

Diese Mengen betragen zum grössten Teil nur etwa 75% der Vorkriegsproduktion, sodass infolge Steigens der Förderung die Zahlen für 1921 bereits wesentlich höher sind.

Mit die wichtigste wirtschaftliche Frage war vor der Zuteilung Ost-Oberschlesiens die Kohlenversorgung. Der Kohlenverbrauch betrug im Jahre 1913 für die heute polnischen Gebiete ausschliesslich Ost-Oberschlesiens 20,3 Millionen t, und zwar verbrauchten

Kongresspolen . . . . .	8,5 Mill. t
Galizien ohne Bukowina . . . . .	4,3 " "
Preussisch-Polen . . . . .	3,7 " "
Tschechien östlich der Demarkationslinie vom Februar 1919 .	1,2 " "
Die Ostmarken, die von den Polen besetzten russischen Westgebiete . . . . .	2,6 " "
	6*

Gedeckt wurde dieser Bedarf durch etwa 9 Millionen t aus eigener Erzeugung, während den Rest das Ausland lieferte, darunter Oberschlesien 7,5 Millionen t. Der Bedarf des Jahres 1920 belief sich auf 17—18 Millionen t. Die Deckung wurde wie folgt geschätzt:

Dąbrowaer Kohlenrevier, einschl. Braunkohlen . . . . .	5,500 Mill. t	
abzügl. 17% Grubenverbrauch . . . . .	0,950 „ „	= 4,550 Mill. t

Krakauer Kohlenrevier einschl. Silesiagruben	1,750 Mill. t	
abzügl. Grubenverbrauch . . . . .	0,360 „ „	= 1,390 „ „
insgesamt		5,940 Mill. t

Daraus ergibt sich ein Defizit von 11—12 Millionen t. Zur Deckung dieses Betrages wurden eingeführt aus

Oberschlesien — monatl.	250 000 t	— 3	Mill. t
Ostrau-Karwin		1,368	„ „
zusammen		4,368	Mill. t

Mithin standen der polnischen Volkswirtschaft im Jahre 1920 10 308 000 t, d. h. etwa 58% des Bedarfs zur Verfügung. Verglichen mit dem Vorkriegsverbrauch waren sogar nur wenig über 50% des Bedarfs gedeckt. In Wirklichkeit aber war die Versorgung zu 64,6% erfolgt, denn einmal belief sich der Bedarf nach eigenen polnischen Ermittlungen nur auf 15 643 000 t, dann aber sind die Lieferungen von Oberschlesien durch die europäische Kohlenkommission in Paris von 250 000 auf 400 000 t monatlich erhöht worden.

Gegenüber dem Jahre 1919 war die Kohlenversorgung Polens im Jahre 1920 bereits erheblich besser. Zum Vergleich seien auch die Zahlen für das Jahr 1919 hier angeführt. Während der Verbrauch des Landes<sup>1)</sup> im Jahre 1913 18 Millionen t betrug, belief sich der Bedarf des Jahres 1919 auf 14,4 Millionen t. Zur Deckung dieses Bedarfes betrug die Produktion

des Dąbrowaer Kohlenreviers einschliesslich Braunkohlen	4,8 Mill. t	abzügl. Eigenverbrauch der Gruben von 820 000 t	3,980 Mill. t
des Krakauer Reviers 1,5 Mill. t, abzüglich Eigenverbrauch der Gruben von 350 000 t . . . . .			1,150 „ „

<sup>1)</sup> Gegenüber 1920 war das polnische Gebiet im Jahre 1919 kleiner, daher auch die kleinere Zahl für den Verbrauch des Jahres 1913.

Ferner erhielt Polen an Kohlen und Koks aus dem Ostrau-

Karwiner Revier . . . . .	0,800	Mill. t
aus Oberschlesien . . . . .	0,130	" "
	<u>zusammen</u>	<u>6,060</u> " "
davon an Deutsch-Oesterreich geliefert . . . . .	0,100	" "

Demnach standen insgesamt 5,960 Millionen t zur Verfügung, d. h. der Bedarf von 1919 war nur mit 41% gedeckt. Zieht man den Vergleich mit dem Verbrauch von 1913, so war der Versorgungsprozentsatz nur 33%. Berücksichtigt man ferner, dass von der geringen zur Verfügung stehenden Menge in erster Linie das Heer und die Eisenbahn versorgt wurden, so sieht man, in welcher Verlegenheit sich Polen im Jahre 1919 befunden hat und dass der Kohlenmangel in der Nachkriegszeit hier wesentlich grösser gewesen ist als in den meisten andern Staaten, obwohl anderseits die Industrie den Mangel nicht so sehr empfinden konnte, weil an eine sofortige Aufnahme aller Betriebe bei den schwierigen Verhältnissen des Jahres 1919 noch nicht zu denken war.

Legt man die Produktion vom Jahre 1913 zu Grunde, so würde Polen ohne Ost-Oberschlesien nur etwa 40% seines Bedarfes durch eigene Förderung gedeckt haben, und es wäre zunächst mit 60% auf das Ausland angewiesen gewesen. Diese Einfuhr hätte Polens Zahlungsbilanz zweifellos stark belastet. Es liegt daher die Frage nahe, ob Polen auch ohne den Ausgleich durch die Kohlenförderung Ost-Oberschlesiens lebensfähig gewesen wäre und ob es für Polen eine andere Möglichkeit gegeben hätte, sich von der ausländischen Kohle unabhängig zu machen.

Abgesehen davon, dass es Polen innerhalb kurzer Zeit möglich geworden wäre, seine Einfuhr an Kohlen durch den Ueberschuss an landwirtschaftlichen und industriellen Produkten zu decken, ist von Fachleuten nachgewiesen worden, dass Polen seine Kohlenförderung dem Bedarf allmählich hätte anpassen können. Die oben angeführten Zahlen beziehen sich auf ein Polen mit den beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Vorkriegszeit im Rahmen des russischen und österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebiets sowie auf die Lage Polens in den ersten Jahren nach den wirtschaftlichen Erschütterungen des Weltkrieges. Es besteht aber zwischen diesen Wirtschaftsverhältnissen und den in einem unabhängigen Polen (ohne Oberschlesien) tatsächlich zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Kräften ein gewaltiger Unterschied.

Nach den internationalen Ermittlungen des Kohlenvorrates aller Länder der Welt entfielen vom Gesamtareal<sup>1)</sup> um die ehemalige Drei-Kaiser-Ecke auf den

preussischen Anteil	2800 qkm = 48,6%
österreichischen „	2517 qkm = 43,5%
russischen „	440 qkm = 7,9%

der Fläche. Legt man das 1913 ermittelte Areal<sup>2)</sup> zu Grunde, dann war infolge der Verschiebung der politischen Grenzen nach dem Weltkriege, aber vor der Entscheidung über Oberschlesien,

Preussen	mit 2800 qkm = 44,3%,
Polen	mit 2500 qkm = 39,5%,
die Tschechoslowakei	mit 1000 qkm = 16,2%

an dem gesamten Kohlengebiet beteiligt. Durch Forschungen polnischer und österreichischer Geologen ist sogar festgestellt worden, dass die Kohlenlager noch erheblich weiter nach Polen und der Tschechoslowakei hineinreichen. Ohne den sehr optimistischen Auffassungen polnischer Geologen über die Ausdehnung des Kohlenbeckens nach Osten zu folgen, glaubt Prof. Michael dem Steinkohlenbecken ein Gesamtareal von mindestens 8500 qkm zusprechen zu können. Von dieser Fläche, welche die des Jahres 1913 um rund 2200 qkm übertrifft, hätten

4400 qkm = 51,76%	zu Polen
2800 „ = 32,94%	zu Preussen,
1300 „ = 15,30%	zur Tschechoslowakei

gehört. Polen hätte danach auch ohne Ost-Oberschlesien tatsächlich den grössten Teil des gesamten Steinkohlenbeckens besessen. Die Schwierigkeiten hätten lediglich in einer weiteren Erschliessung des Kohlengebietes gelegen; denn während das Verhältnis der jährlichen Förderung zum Vorrat in Oberschlesien etwa 0,7%<sup>3)</sup> ausmachte, betrug es in Kongresspolen nur 0,02%. Der polnische Staat hätte vor einer her-

<sup>1)</sup> Die folgenden Darstellungen erfolgen im Anschluss an die Ausführungen des Geh. Bergrats Prof. Dr. R. Michael, Abteilungsleiter bei der Preussischen Geologischen Landesanstalt über die Steinkohlenvorräte Polens. Ähnliches führte auch der poln. Finanzminister im Juli 1921 im Parlament über den Kohlenreichtum Polens aus.

<sup>2)</sup> Die für 1913 errechnete Grösse des Gebietes ist demnach 543 qkm grösser als die der internationalen Ermittlungen.

<sup>3)</sup> v. Bubnoff: „Die neuere Entwicklung der Montanindustrie in Polen und Russland“ Nr. 7—8 des Industrie-Kuriers.



vorragenden wirtschaftlichen Aufgabe gestanden. Professor Michael kommt zu dem Ergebnis, dass Polen auch ohne Oberschlesien mehr Kohlenbesitzen konnte als es verbraucht hätte und dass es in kurzer Zeit etwa 22 Mill. t jährlich hätte fördern können<sup>1)</sup>. Durch Erschliessung des ehemals österreichisch-schlesischen Teils ständen dann auch die zur Eisenverhüttung notwendigen Gas- und Koks-kohlen zur Verfügung. Der polnische Staat hätte nur eine hervorragende wirtschaftliche Aufgabe zu lösen gehabt, um aus den Kohlenschwierigkeiten herauszukommen.

Prof. Michael steht aber mit seiner Ansicht über die polnische Kohlenfrage nicht allein. Auch Oberstleutnant Repington, der nicht gerade durch Deutschfreundlichkeit bekannt ist, unterzog in einem Artikel im „Daily Telegraph“ die polnischen Ansprüche auf die Kohlenfelder Oberschlesiens einer scharfen Kritik und begründete seine Stellungnahme in ganz ähnlicher Weise.

Mit ziemlicher Sicherheit konnte daher angenommen werden, dass man im kongresspolnischen und galizischen Kohlenbergbau vor einer gewaltigen Aufschwungsperiode gestanden hätte. Denn bereits im Frieden zeigte die Förderungs-menge im Dąbrowaer Gebiet eine ständige Zunahme<sup>2)</sup>. Vor allem hätte auch ausländisches Kapital — schon im Frieden war hier besonders französisches Kapital stark vertreten<sup>3)</sup> — diese Betätigungsgelegenheit sehr begrüsst und das Seine zu einem raschen Aufstieg beigetragen, wenn auch einschränkend hinzugefügt werden muss, dass kohlenreiche Länder, wie England, einer solchen Selbsthilfe Polens vielleicht weniger wohlwollend gegenüber gestanden hätten.

<sup>1)</sup> Nach Berechnungen der Krakauer Landesanstalt sollte es bei ausgiebiger Bewirtschaftung der polnischen Kohlengruben schon vor Neuerschliessungen möglich sein, 16 Mill. t jährlich zu fördern.

Im Jahre		im Jahre	
1792	150 t Kohle	1890	2 470 000 t Kohle
1796	1 100 „ „	1900	4 109 000 „ „
1800	2 300 „ „	1906	4 551 000 „ „
1810	3 500 „ „	1907	5 319 000 „ „
1820	16 500 „ „	1908	5 521 000 „ „
1830	42 600 „ „	1909	5 697 000 „ „
1840	117 000 „ „	1910	5 468 000 „ „
1850	135 000 „ „	1911	5 769 000 „ „
1860	225 000 „ „	1912	6 316 000 „ „
1870	329 000 „ „	1913	6 883 588 „ „
1880	1 286 000 „ „		

<sup>3)</sup> Ueber die Friedensverhältnisse im poln. Bergbau vergl. Petraschek in „Der Osten“ 1920, Nr. 28 S. 394 ff.

Es stimmte also mit den Tatsachen nicht überein, wenn man vor der Angliederung Ost-Oberschlesiens die Lebensfähigkeit Polens infolge des Mangels an Bodenschätzen in Frage stellen zu müssen glaubte und daraus gewisse Ansprüche abzuleiten versuchte. Das Schicksal und die günstige politische Lage haben Polen aber vor der mühevollen Arbeit einer weiteren Erschliessung seiner eigenen Bodenschätze bewahrt und es durch die Zuteilung der ober-schlesischen Bodenschätze einen ausserordentlich bequemen Weg zum Ausgleich seiner Wirtschaftsbilanz geführt. Ob Polen allerdings in der Lage sein wird, die mit Erwerbung so bedeutender Kohlen- und Erzlager übernommenen weltwirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, soll es erst in Zukunft beweisen. Sehr wahrscheinlich ist, und die letzten Zahlen über die Produktionsverhältnisse in Ost-Oberschlesien bestätigen es bereits, dass während einer Uebergangsperiode mit einem Rückgang der Produktion zu rechnen ist.

Nach der Entscheidung über Oberschlesien ist Polen zu einem der kohlenreichsten Länder Europas geworden. Während es vorher auf die Einfuhr von ausländischer Kohle angewiesen war, ist es nunmehr zu einem kohlenexportierenden Land geworden. Durch die Vereinigung Ost-Oberschlesiens mit Polen ist die Kohlenfrage Polens mit einem Schlage gelöst worden, die Kohle, die bisher auf der Passivseite der Zahlungsbilanz gestanden hat, steht jetzt auf Aktivseite; die Last ist Polen genommen und Deutschland aufgebürdet worden.

Nach diesen weltbewegenden, aber zugleich weltbeunruhigenden Ereignissen an der deutsch-polnischen Grenze ist das auch ohne die ober-schlesischen Werte an Bodenschätzen reiche Polen zu einem Land geworden, das mit natürlichen Reichtümern übersättigt ist und allmählich vor die Frage treten wird, die mit dieser Uebersättigung gleichzeitig auftauchenden Probleme zu lösen.

Von der Förderung Oberschlesiens vom Jahre 1913 entfallen infolge der neuen deutsch-polnischen Grenze auf Polen:

Steinkohlen	32 506 300 t	= 75,9%	im Werte von 292,3 Mill. Goldmark
Eisenerz	130 200 t	= 96,9%	" " " 0,9 " "
Zinkerz	426 800 t	= 81,9%	" " " 24,7 " "
Bleierz	37 300 t	= 70,9%	" " " 5,0 " "
Schwefelerz	2 000 t	= 26,0%	" " " 0,03 " "

Der Gesamtwert der auf Polen entfallenden Produktion des Jahres 1913 beträgt rund 323 Millionen Goldmark.

Nach dieser Bereicherung verfügt Polen schon heute über ein Kohlengebiet von 3900 qkm, d. h. über 61,7% des Gesamtareals, mit Kohlenvorräten von etwa 62,6 Milliarden t. Die Entwicklung der Kohlenförderung von ganz Polen zeigt folgendes Bild:

im Becken von Dąbrowa und Krakau

1913 . . . . .	8 900 000 t = 100 %
1919 . . . . .	6 000 000 t = 67,5%
1920 . . . . .	6 400 000 t = 72 %
1921 . . . . .	7 500 000 t = 75 %

im polnischen Teil Oberschlesiens

1913 . . . . .	32 700 000 t = 100 %
1921 . . . . .	24 500 000 t = 75 %

zusammen

1913 . . . . .	41 600 000 t = 100 %
1921 . . . . .	32 000 000 t = 75 %

Wenn man für ganz Polen mit einem inländischen Jahreskonsum von 25 Mill. t rechnet, dann würden bei einem Stande der Produktion von 1921 7 Mill. t und bei einer friedensmässigen Förderungsmenge 16,6 Millionen t für den Export verbleiben.

Die Produktion an Braunkohle, die einer Konkurrenz der Steinkohle nicht standhalten kann, ist infolge des allgemeinen Kohlenmangels Mitteleuropas und der verhältnismässig leichten Förderung gegenüber der Vorkriegszeit um 140% gestiegen und betrug 1921 über 270 000 t. Angesichts der Ueberproduktion an Steinkohlen im heutigen polnischen Staate dürfte die Förderung von Braunkohlen aber bald zurückgehen und nur noch für die Deckung des Lokalbedarfs in Betracht kommen.

Ein weiterer wichtiger Faktor der polnischen Volkswirtschaft ist die Erdölgewinnung. Die reichen Erdölquellen Polens konzentrieren sich am Nordabhang der Karpathen<sup>1)</sup>,

<sup>1)</sup> Sie sind bekannt seit 1848 und haben an Bedeutung ständig gewonnen. Das Oel wird durch Pumpen hochgezogen, nur im Gebiet von Boryslaw-Tustonovice bringt es eigener Gasdruck bis zur Erdoberfläche. In den Raffinerien erhält man daraus Benzin, Leuchtöl, Paraffin, Schmieröl, Gasöl und Pech. Eine Gefahr für die Erdölgewinnung sind die Wasser-Verhältnisse in grösseren Tiefen. Vgl. Rudolf Hundt: „Die Bodenschätze Polens und Galiziens und ihre Ausbeutung.“ Der Osten Heft 28—30, Jahrg. 1920.

in den drei Hauptbecken von Boryslaw-Tustonovica-Mraznica, Krosno und Bilkow. Das gesamte Gebiet umfasst eine Fläche von 16 000 ha und enthält nach Berechnungen von Geologen 12—20 Millionen Waggons Erdöl. Trotz Anlage einer grösseren Reihe neuer Bohrschächte in der Nachkriegszeit hat die Produktion an Rohöl noch nicht den Friedensstand erreicht, weil sich die Zunahme der Bohrtätigkeit erst immer in zwei bis drei Jahren auf die Hebung der Förderung bemerkbar machen kann. Die Gesamtproduktion des polnischen Rohöls hatte 1909 ihren Höhepunkt erreicht und ist seit dieser Zeit der Menge nach stetig gesunken<sup>1)</sup>. Die Produktionsbewegung zeigt folgendes Bild:

Jahr	Menge in Tonnen	Wert der Produktion in Kronen	Zahl der Arbeiter
1909	2 086 340	32 221 494	5 048
1910	1 667 976	44 068 490	5 499
1911	1 487 842	76 994 393	6 342
1912	1 444 133	57 234 546	5 703
1913	1 113 670	85 741 538	7 258
1919	831 700	—	—
1920	765 000	—	—
1921	705 000	—	—

Für den Rückgang der Produktion in der Vorkriegszeit war die Absatzfrage entscheidend. Hatte doch das galizische Petroleum mit der Konkurrenz des kaukasischen und des amerikanischen zu kämpfen. In den Jahren 1908 und 1909 gab es so viel Erdöl, dass nicht genügend Behälter vorhanden waren und dass infolge des niedrigen Preises grosse Mengen in die Bäche geleitet wurden. Die Standard Oil Company machte damals den Versuch, auch in Galizien festen Fuss zu fassen, doch wurde das durch das Eingreifen der österreichischen Regierung, die Mittel für den Ausbau der Produktionsanlagen zur Verfügung stellte, verhindert. In der Nachkriegszeit ist die Konkurrenz des kaukasischen Petroleums zurückgetreten, sodass die Bohrtätigkeit mit grösserer Intensität aufgenommen wurde. Ob diese Entwicklung von Dauer sein wird, lässt

<sup>1)</sup> Krzemicki s. a. a. O., S. 38 bemerkt dazu: Die Verminderung der Produktion ist auf die sukzessive Erschöpfung der ausgiebigen Naphthalager im Gebiet Boryslaw, auf die durch den Krieg verursachten Schäden und auf die enorm anwachsenden Bohrkosten zurückzuführen, wobei aber zu bemerken ist, dass eine Zunahme der neuen Bohrarbeiten festgestellt werden kann.



sich heute noch nicht übersehen. Immerhin dürfte das galizische Petroleum bei Eintritt normaler Weltmarktsverhältnisse auf die gleichen Absatzschwierigkeiten stossen wie im Frieden, soweit nicht die polnische Regierung sich den Schutz dieses zweifellos recht bedeutsamen Wirtschaftsfaktors angelegen sein lässt. Wenn auch das Erdöl als Beleuchtungsmittel durch elektrische Anlagen weitgehendst ausgeschaltet wird, so dürfte sich immerhin eine aussichtsreiche Verwertungsmöglichkeit durch Verarbeitung der gewonnenen Mengen ergeben.

Auch die Produktion von Erdgas hat infolge Entdeckung neuer und ausgiebiger Quellen gute Aussichten. Im Jahre 1920 wurden 405 und im ersten Halbjahr 1921 4000 cbm gewonnen. Zur Zeit stockt die Entwicklung infolge Kapitalmangels für den Ausbau der Produktionsanlagen.

Ferner gibt es in Galizien Erdwachs, dessen Abbau bei der geringen Stärke der überlagernden Schichten verhältnismässig leicht ist. Die Produktion von Erdwachs war im Jahre 1904 am stärksten und betrug damals 3086 t im Werte von 4,7 Millionen Kronen. Von da an ist die Produktion ständig heruntergegangen, um im Jahre 1913 nur noch 1353 t im Werte von 2,39 Millionen Kronen zu betragen.

Die Salzproduktion Polens ist seit dem Jahre 1918 infolge des grossen Bedarfs und des Fortfalls der Konkurrenz des österreichischen Marktes stark gewachsen und betrug

1913 . . . . .	197 400 t = 100%
1919 . . . . .	237 000 t = 121%
1920 . . . . .	216 000 t = 110%
1921 . . . . .	302 450 t = 153%

Neben den alten fast unerschöpflichen Steinsalzlager in Bochnia und Wieliczka sowie einer Reihe ausgiebiger Salinen in Mittel- und Ostgalizien besitzt Polen noch in Inowroclaw und Ciechocinek reichhaltige Salzquellen.

Bei weitem den stärksten Aufstieg gegenüber dem Frieden hatte die Ausbeute der polnischen Kalisalzlager zu verzeichnen. Die Produktion betrug:

1913 . . . . .	2 345 t = 100 %
1920 . . . . .	10 295 t = 439 %
1921 . . . . .	15 510 t = 661,5%.

Einen besonderen Aufschwung verspricht ferner der polnische Eisenerzbergbau zu nehmen. Die reichen Vorräte in dem südwestlichen Teile des ehemaligen Kongresspolen, in den drei Zonen Czenstochau, Bendzin-Olkusz und Kielce-Radom werden mit 338 Millionen t berechnet.

Die Eisenerzgewinnung, die 1900 470 000 t betrug, ist im Jahre 1909 auf 102 000 t gesunken und hatte erst von da an wieder einen allmählichen Aufstieg zu verzeichnen. Diese mangelhaften Abbauverhältnisse waren in der Hauptsache eine Folgeerscheinung der Zugehörigkeit zu Russland. Wie die Entwicklung der Landwirtschaft, so stand auch die Entwicklung der Bodenschätze unter dem Einfluss der russischen Wirtschaftspolitik. Nachteilig war vor allem auch, dass an leitender Stelle in Russland keine Vertreter des polnischen Bergbaues und der polnischen Industrie standen, die gegen schädliche Tendenzen wirtschaftspolitischer Massnahmen hätten ankämpfen können.

Die wirtschaftspolitischen Gesetze Russlands waren den besonderen Interessen Polens meist diametral entgegengesetzt und hatten daher einen lähmenden Einfluss auf die Entwicklung ausgeübt. Zwei Bestimmungen waren es in der Hauptsache, welche den Eisenerzbergbau beeinträchtigten. Erstens war die Eisenerzausfuhr zum Teil verboten und zum Teil von einer jedesmal einzuholenden besonderen Genehmigung des russischen Finanzministers und des Ministers für Handel und Industrie abhängig. Angeblich sollte diese Verordnung einen Schutz gegen den Raubbau und die Erschöpfung der Vorräte bedeuten. Dann war die Verarbeitung der Erze im Lande insofern erschwert, als auf die Einfuhr des zur Verhüttung notwendigen Kokes ein Einfuhrzoll von  $2\frac{1}{4}$  Kopeken pro Pud (16,38 kg) erhoben wurde.

Andererseits war es nicht möglich, Koks aus Russland zu beziehen. Vielmehr machte sich sogar die Konkurrenz russischer Eisenerze bemerkbar, die infolge des billigen Transportes nach Polen eingeführt wurden, um hier verhüttet zu werden. Daraus ergibt sich bereits, dass die genannten Bestimmungen durchaus im russischen Interesse lagen und dass durch sie die polnische Eisenindustrie in den Dienst des russischen Erzbergbaues gestellt wurde<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Diese Beziehungen zwischen der Eisenerzförderung und der Verhüttung polnischer bez. russischer Erze werden durch folgende Zahlen veranschaulicht:

Jahr:	Zu 1000 t betrug die Eisenerz- gewinnung im Königreich Polen	die Einfuhr russischer Erze nach dem König- reich Polen	Also gesamt zur Verhüttung
1899	480	290	750
1900	484	250	734
1901	327	262	589
1909	123	260	383
1910	173	280	453
1911	260	450	710

Danach ging infolge der Konkurrenz russischer Erze die Förderung

Wohl hatte die Verhüttung in den letzten Jahren vor dem Kriege eine grosse Steigerung zu verzeichnen, doch handelte es sich dabei nicht um polnische, sondern vorwiegend um russische Erze. Die Menge der zur Verhüttung gelangenden polnischen Eisenerze ging von 480 000 t im Jahre 1899 auf 260 000 t im Jahre 1911 zurück, während die der russischen in der gleichen Zeit von 290 000 t auf 450 000 t stieg. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie sehr die Entwicklung des polnischen Eisenerzbergbaues durch die russischen Gesetzesmassnahmen und die Eisenbahntarifpolitik behindert war.

Die Eisenerzproduktion betrug in Kongresspolen:

1913 . . . . .	330 000 t = 100 %
1919 . . . . .	93 000 t = 28 %
1920 . . . . .	120 000 t = 36,5 %
1921 . . . . .	239 000 t = 72 %

und wird im Jahre 1922 voraussichtlich auf 300 000 t = 90% der Vorkriegsproduktion steigen.

Von grosser Bedeutung sind die polnischen Eisenerzvorräte für die oberschlesische Eisenindustrie, die bereits vor dem Kriege infolge Mangels an einheimischem Erz- und Schmelzmaterial ernstlich gefährdet war. Die Eisenerzproduktion Oberschlesiens betrug 1913 nur noch den vierten Teil der im Jahre 1889 geförderten Menge von 797 000 t und ist im Jahre 1920 auf 63 000 t gesunken. Es ist daher anzunehmen, dass durch die Zuteilung Ost-Oberschlesiens an Polen einerseits die Eisenerzgewinnung Polens eine bedeutende Steigerung erfahren, anderseits aber auch die oberschlesische Eisenindustrie durch die Möglichkeit, mehr inländische Erze zu verarbeiten, gefördert wird.

Zur Verarbeitung der in Kongresspolen gewonnenen Eisenerze musste der erforderliche Koks in der Vorkriegszeit aus dem Auslande, besonders aus Deutschland und Oesterreich eingeführt werden, da der im Lande hergestellte Koks zu weich und daher zu Verhüttungszwecken nicht geeignet war. Mit Erlangung der oberschlesischen Kohlenfelder verfügt Polen auch über eine bessere Qualität von Koks. Trotzdem wird aber Polen bei der Beschaffung von Verhüttungskoks zu einem wesentlichen Teil auf das Ausland angewiesen bleiben, weil auch der oberschlesische Koks für die grossen

---

polnischer Erze zusehens zurück. Verschiedentlich werden aus der Statistik insofern falsche Schlüsse gezogen, als nur die Gesamtmenge des zur Verhüttung gelangten Erzes berücksichtigt wird.

Hochöfen Ost-Oberschlesiens nicht gut genug ist und in Oberschlesien sehr viel Waldenburger Koks verwendet worden ist. Für die Lieferung von Qualitätskoks kommt neben Deutschland auch die Tschechoslowakei in Frage.

Einen besonders schweren Verlust hat Deutschland bei der Abtretung Ost-Oberschlesiens durch die Abtretung von 81,9% seiner Zinkerzproduktion erlitten. Die Förderung von Zinkerz in dem übrigen Polen hat sich seit dem Jahre 1900 wenig günstig entwickelt<sup>1)</sup>. Im Jahre 1920 hat die Produktion Ost-Oberschlesiens etwa 266 000 t ergeben, während Klein- und Kongresspolen in der gleichen Zeit nur 64 000 t geliefert haben.

Der Abbau von Bleierz hatte in Kongresspolen und Galizien in der Friedenszeit verhältnismässig stark zugenommen<sup>2)</sup>. Doch wurden die gewonnenen Mengen, die zu gering waren, um am Ort verhüttet zu werden, nach Oberschlesien ausgeführt. In Anbetracht der günstigen Absatzverhältnisse in Ost-Oberschlesien dürfte mit einem weiteren Steigen der Förderung zu rechnen sein. Von den Bleierzfeldern Oberschlesiens hat Polen 70,9% mit einer Friedensproduktion von 37 300 t erhalten. Ganz Polen verfügt demnach bei friedensmässiger Förderung jährlich über etwa 47 000 t Bleierz.

Auch 2000 t = 26% der Schwefelerzgewinnung des Jahres 1913 sind mit Ost-Oberschlesien Polen zugefallen. Der Schwefelerzbergbau Kongresspolens hatte mangels technischer Einrichtungen mit dem Auslandsschwefel nicht konkurrieren können.

Kupfer findet sich im polnischen Mittelgebirge im Gou-

1) Jahr	Polen Tonnen	Galizien Tonnen	Insgesamt Tonnen
1900	49 441	8 379	57 820
1902	67 261	3 333	70 594
1904	101 588	3 377	104 965
1906	70 614	2 026	72 640
1908	64 093	1 710	65 803
1910	60 431	2 302	62 733
1912	60 867	1 574	62 441
1913	67 933	1 530	69 463

2) Jahr	Polen Tonnen	Galizien Tonnen	Insgesamt Tonnen
1903	175	7 241	7 416
1905	485	6 755	7 240
1907	1 163	6 289	7 452
1909	1 656	5 586	7 242
1911	2 285	5 504	7 789
1913	2 867	7 143	10 010



vernement Kielce. Wegen der amerikanischen Konkurrenz konnten die Lager aber nicht abgebaut werden. Im Kriege unternommene Versuche blieben ebenfalls ohne Erfolg.

Ferner sind Kalk und Ton in Polen in reichlicher Menge in guter Qualität vorhanden und haben zur Entstehung einer beachtenswerten Zementindustrie geführt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Republik Polen in ihrer heutigen Ausdehnung an Bodenschätzen ausserordentlich reich ist. Doch sind mit diesem Reichtum die Wirtschaftsprobleme keineswegs gelöst. Während vor der Zuteilung Ost-Oberschlesiens die Kohlenversorgung ernste Schwierigkeiten bereitete, tritt heute die Frage des Absatzes des Kohlenüberschusses, die von entscheidender Bedeutung zu werden droht, in den Vordergrund. Zur Zeit ist zwar noch Deutschland auf die Lieferung von Kohlen aus Ost-Oberschlesien in gewisser Weise angewiesen, doch muss sich Polen darüber klar sein, dass Deutschland alle Anstrengungen machen wird, um von der ost-oberschlesischen Kohle unabhängig zu werden.

Während die Kohlenförderung Polens zur Zeit durch die schlechte Organisation des Absatzes der ost-oberschlesischen Kohlen leidet, wird sie wahrscheinlich in nicht zu ferner Zukunft durch den Mangel an Abnehmern behindert sein. Unter diesen Umständen kann naturgemäss an eine Erweiterung des Abbaues der grossen Lager in Kongresspolen nicht gedacht werden.

Bei der galizischen Erdölproduktion ist es ebenfalls die Absatzfrage, die ein Zurücktreten der weltwirtschaftlichen Bedeutung der galizischen Erdölfelder gegenüber der Erdölgewinnung in Amerika und Mexiko verursachte. Während Galizien, dessen Erdölerzeugung im Jahre 1909 5% und kurz vor dem Kriege 2—3% der Weltproduktion betrug und somit einst an dritter Stelle der Erdölproduktionsländer stand, ist es heute mit nur  $\frac{3}{4}\%$  Anteil an die achte Stelle gerückt.

## VII. Die Industrie.

Durch die Vereinigung Ost-Oberschlesiens mit Polen ist für die Entwicklung der Industrie der ganzen Republik eine gänzlich neue Grundlage geschaffen worden. Sowohl für die ost-oberschlesische Industrie als auch für die des anderen Polen ergibt sich zumeist eine Aenderung in der Orientierung nach Rohstoff- und Absatzmarkt. Es wäre gewagt, schon heute ein abschliessendes Urteil über die zukünftigen Möglichkeiten zu fällen. Trotzdem soll aber versucht werden, ein Bild von der Lage der gesamten polnischen Industrie und von ihrer Bedeutung als Faktor der polnischen Wirtschaftsbilanz zu geben.

Die oberschlesische Industrie geht nach Zerreissung der langjährigen Wirtschaftseinheit und der engen Verbindungen mit Deutschland trotz der vorgesehenen 15jährigen Uebergangszeit einer Wirtschaftskrise entgegen, deren Stärke nicht zuletzt durch eine geschickte und weitsichtige Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung abgeschwächt werden kann. Die Umstellung auf Grund der geographischen Lage und der Möglichkeiten im polnischen Wirtschaftsgebiet wird für manche Industriezweige Einschränkungen, für andere Erweiterungen mit sich bringen.

Die ost-oberschlesische Industrie, die trotz Krieg, Revolution, Besatzungszeit und Zuteilung an einen fremden Staat von ihrem Weltruf nur wenig eingebüsst hat, erscheint als ein starker einheitlicher Block, der in der Lage ist, seine Eigenart zu bewahren und infolge seiner Machtstellung dem ganzen Lande das Gepräge zu geben. Es dürfte sich daher weniger Ost-Oberschlesien nach dem übrigen Polen orientieren als Polen nach Ost-Oberschlesien. Die Wirtschaftspolitik Warschaus wird unter dem Druck der Entwicklungsbedingungen Ost-Oberschlesiens stehen und diesen in erster Linie Rechnung tragen müssen. Damit soll nicht gesagt werden, dass eine Beeinträchtigung der Entwicklung Ost-Oberschlesiens dadurch ausgeschlossen wäre. Soweit sich im Rahmen der polnischen Republik etwa durch die geographische Lage bedingte natür-

liche Nachteile ergeben, sind diese nicht zu beseitigen, aber darüber hinaus wird sich Ost-Oberschlesien dagegen zu wehren wissen, dass eine ihm nachteilige Wirtschaftspolitik eingeschlagen wird. Da die Interessen der Industrien der einzelnen Teilgebiete aber keineswegs gleich gerichtet sind, dürfte die polnische Regierung zuweilen vor nicht leichte Aufgaben gestellt werden.

Grundsätzlich anders wie die ost-oberschlesische Industrie ist die Lage der Industriezweige Kongresspolens und Galiziens zu beurteilen. Sie haben sich seit dem Jahre 1918 kaum auf ihr neues Staatsgebiet eingestellt, als durch die Entscheidung von Genf ihnen plötzlich eine Industrie zur Seite gestellt wird, die auf eine ganz andere Entstehungsgeschichte zurückschaut und auf einer weit höheren Entwicklungsstufe steht, ja, die vor allem weit besser fundiert ist. Während der polnische Staat Ost-Oberschlesien als einen sehr erwünschten wirtschaftlichen Machtfaktor zum Aufbau seiner volkswirtschaftlichen Gegenwartsbilanz betrachtet, muss ein Teil der Industrie Kongresspolens und Galiziens in der neu hinzutretenden ost-oberschlesischen Industrie den starken Konkurrenten sehen, der ungeachtet aller Verschiebungen politischer Grenzen wirtschaftlich mit seinem Standort fest verankert ist. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich eine allmähliche Konzentration des grössten Teiles der gesamten polnischen Industrie nach Ost-Oberschlesien und an die ehemalige deutsch-polnische Grenze bemerkbar machen wird. Es gehört nicht viel Kombinationsgabe dazu, zu erkennen, wie gefährvoll die wirtschaftliche Zukunft des polnischen Staates gegenüber einer vielleicht recht befriedigenden Gegenwart werden kann, wenn die nationalpolnische Industrie auf Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur Polens der politischen Konjunktur geopfert wird.

Die Industrie Kongresspolens hat sich seit ihrer Gründung in den Jahren 1815—1830 gut entwickelt, obwohl es in den Jahren 1831—1851 an Rückschlägen nicht gefehlt hat und für viele Zweige erst nach Aufhebung der russisch-polnischen Zollgrenze eine Ausbaumöglichkeit bestand. Ein besonderer Aufschwung war in den Jahren 1891—1900 zu verzeichnen, in denen 44,9% aller Fabriken, die im Jahre 1902 vorhanden waren, entstanden sind. Ueber die Stärke der einzelnen Industriezweige gibt eine Vergleichstabelle<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> L. Niemira-Sztencel im „Internationalen Donau-Lloyd“ vom 15. Mai 1922.

der industriellen Unternehmungen, deren Zahlen uns jedoch zum Teil zu hoch gegriffen zu sein scheinen, folgendes Bild:

Branche	Anzahl der tätigen Betriebe			Anzahl der beschäftigten Arbeiter		
	Vor dem Kriege	1. 10. 1921	Verhältnis	Vor dem Kriege	1. 10. 1921	Verhältnis
1. Metallindustrie	886	812	92 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	64 120	47 076	73 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
2. Mineralindustrie	857	342	48 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	43 224	21 303	49 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
3. Chemische Industrie	180	182	100 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	11 782	10 284	87 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
4. Textilindustrie	1399	877	63 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	176 975	108 661	62 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
5. Papierindustrie	314	235	75 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	13 887	10 688	77 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
6. Holzindustrie	925	712	77 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	27 307	19 573	72 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
7. Verarbeitung tierischer Produkte	204	260	127 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	8 383	5 982	71 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
8. Lebensmittelindustrie	1426	1424	100 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	55 538	39 858	72 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>
	6191	4844	78 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>	401 215	263 425	66 <sup>0</sup> / <sub>100</sub>

Nicht zu unterschätzen ist aber die Tatsache, dass die Entstehung und der schnelle Aufstieg der Industrie Kongresspolens in der Hauptsache der Zugehörigkeit zum grossen russischen Wirtschaftsgebiet und der Wirtschaftspolitik Russlands, das seine Rohstoffe im eigenen Lande verarbeiten und seinen Bedarf an Fertigwaren im Inlande decken wollte, zu verdanken war. Die Konkurrenz des Auslandes ist durch Schutzzölle vom inländischen Markt ferngehalten worden. Die Industrie war also im Zusammenhang mit dem russischen Markt entstanden und hat sich lediglich infolge der guten Absatzverhältnisse innerhalb des russischen Reiches so rasch entwickelt. Bei der Industrie lag es demnach in Bezug auf die Vorkriegszeit gerade umgekehrt wie bei der Landwirtschaft und den Bodenschätzen.

Das Gefühl und die Ueberzeugung auf Seiten der Industriellen, in der Vorkriegszeit vom russischen Absatzmarkte abhängig gewesen zu sein, macht sich in der Gegenwart lähmend bemerkbar. Verschiedentlich warten die Fabrikanten auf eine Betätigung unmittelbar innerhalb ihres ehemaligen Absatzgebietes und verzichten darauf, ihre Betriebe innerhalb der heutigen polnischen Republik voll aufzunehmen, in der Befürchtung, plötzlich einmal bei stabilen Wirtschaftsverhältnissen auf unüberwindliche Absatzschwierigkeiten zu stossen. Diese Ueberlegungen gewinnen an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, dass die polnischen Erzeugnisse an Qualität zu-



meist gar sehr dem Absatzgebiet Rechnung trugen. Zum Teil hofft man allerdings, dass sich der polnischen Industrie in Zukunft Exportmöglichkeiten nach dem Balkan und auch nach Südamerika eröffnen werden. Doch dürfte man bei der Eroberung neuer Absatzgebiete stets auf die Konkurrenz der gefestigten Industrien westlicher Staaten, die ebenfalls nach Absatz suchen, stossen. In der Hauptsache wird sich die Industrie Kongresspolens, soweit nicht infolge des Sinkens der polnischen Mark vorübergehend gute Absatzbedingungen eine umfangreichere Produktion gestatten, auf eine Deckung des inländischen Marktes beschränken müssen. Inwieweit sich die einzelnen Industriezweige nach der politischen Neuordnung darüber hinaus im Auslande konkurrenzfähig erweisen werden, kann sich nach Stabilisierung der Währung zeigen. Günstiger als in Westeuropa gestaltet sich die Lage der polnischen Industrie nur in Bezug auf den Arbeitsmarkt; ihr stehen weit billigere Arbeitskräfte zur Verfügung als den westlichen Industrien. Immerhin scheinen die Aussichten für die Entwicklung der Industrie Kongresspolens weniger günstig zu sein als für die der Landwirtschaft.

Bei weitem an erster Stelle der alten polnischen Industrie steht der Bedeutung und der Zahl der beschäftigten Arbeiter nach die Textilindustrie. Durch das Hinzutreten Oberschlesiens ist ihr eine Konkurrenz nicht erwachsen. Aber infolge ihres ausserordentlich ungünstigen Standortes treffen die Bedenken bei der Frage des Absatzes für sie in erster Linie zu. Weit entfernt vom Meere und von den Baumwollbezirken des Ostens, ist ausserdem kein schiffbarer Fluss vorhanden, und die Entfernung zu dem polnisch-oberschlesischen Kohlenrevier beträgt mindestens 200 km. Noch entlegener ist der grösste Teil ihres früheren Absatzmarktes, der im Frieden besonders in Zentralrussland und Sibirien lag. Die hohen Transportkosten müssen daher stets in Rechnung gezogen werden, wenn man von der Konkurrenzfähigkeit der polnischen Textilindustrie spricht.

Der grosse Aufschwung dieses Industriezweiges begann mit der russischen Zollgesetzgebung seit 1877. Der Aufstieg war ein künstlicher und erfolgte zumeist mit deutschen Maschinen und mit deutschem Kapital. Betrug doch der Zinsfuss für tägliches Geld vor dem Weltkrieg hier 9% und der Diskont  $7\frac{1}{2}\%$ .

Die Lodzer Textilwaren wurden nur zu  $\frac{1}{3}$  in Polen abgesetzt, der Rest ging in erster Linie nach Russland. Nach

einer Statistik aus dem Jahre 1901 verteilte sich der Absatz etwa in folgender Weise:

Nach Polen selbst gingen . . . . .	33%
„ Litauen . . . . .	4%
„ Riga . . . . .	3%
„ der Ukraine . . . . .	19%
„ Zentralrussland . . . . .	22%
„ Petersburg . . . . .	10%
„ dem Kaukasus und dem kaspischen Meer . . . . .	5%
„ Ostrussland und Asien . . . . .	1%

Es ist kaum möglich, sich schon jetzt über die durch die politische Umwälzung veränderte Lage der Textilindustrie klar zu werden, da zur Zeit sichere Unterlagen für die neue Epoche noch fehlen. Jedenfalls aber ist sie durch die Grenzveränderungen am schwersten getroffen, weil ihr Aufblühen und Gedeihen in besonderem Masse von Russland abhängig war. Russische Zollpolitik hatte es dahin gebracht, dass die polnische Textilindustrie mit dem Rohstoffbezug und dem Absatz in der Hauptsache auf Russland angewiesen war. Trotz der billigeren Arbeitslöhne hat sie aber von jeher teurer gearbeitet als die deutsche oder englische Textilindustrie, und trotz mehrfacher Versuche war es im Frieden nicht gelungen, polnische Textilerzeugnisse über die Grenzen des russischen Reiches hinaus abzusetzen. In Zukunft wird es sich also im wesentlichen darum handeln, ob die Ungunst der Lage durch die billigeren Arbeitslöhne ausgeglichen werden kann. Ist das möglich, dann kann diesem bedeutenden Zweig der polnischen Industrie auch innerhalb des neuen Polen eine gewisse Lebensfähigkeit zugesprochen werden.

Die Zentren der heutigen Textilindustrie Polens sind in erster Linie Lodz, dann das galizisch-schlesische Gebiet Biala-Bielitz und endlich der Industriebezirk Bialystok im ehemaligen Gouvernement Grodno. Im Jahre 1913/14 betrug der Rohstoffverbrauch<sup>1)</sup>:

in Kongresspolen	a) der Baumwollindustrie	108 000 t
	b) der Wollindustrie	61 000 t
	c) der Juteindustrie	20 000 t
im Gebiete Biala-Bielitz	a) der Wollindustrie	15 000 t
	b) der Juteindustrie	7 000 t
	c) der Baumwollindustrie	1 500 t

Für das Gebiet Bialystok, wo nur Wollindustrie vorhan-

<sup>1)</sup> Krzemicki, s. a. a. O. S. 39/40.

den ist, liegen keine Zahlen vor, doch steht dieser Bezirk der Wollindustrie von Biala-Bielitz an Bedeutung noch wesentlich nach.

Während der Besatzungszeit war der grösste Teil der Textilfabriken infolge Rohstoffmangels, der durch die Blockade gegen Deutschland herbeigeführt wurde, ausser Betrieb. Auch in der Nachkriegszeit wurde die Produktion nur sehr allmählich wieder aufgenommen. Zunächst war es aber nicht der Absatzmangel, der die volle Aufnahme der Vorkriegsproduktion verhinderte, sondern der Mangel an Kapital zur Wiederherstellung zerstörter und beschädigter Betriebe sowie der Tiefstand der polnischen Valuta, der den Bezug von Rohstoffen derart verteuerte, dass es unmöglich war, die unbeschädigten Betriebe voll arbeiten zu lassen oder gar weitere Fabriken in Tätigkeit zu setzen. Anfangs war die Textilindustrie nicht einmal in der Lage, den Bedarf des Heeres zu decken. Bei dem allgemeinen Warenmangel in der Nachkriegszeit hätte die polnische Textilindustrie auch im Auslande, besonders in den valutaschwachen Ländern, genügenden Absatz finden können, sodass ein rascher Aufstieg möglich gewesen wäre, wenn die notwendigen Rohstoffe zur Verfügung gestanden hätten. Vielleicht ist es aber, vom Standpunkt der Zukunft aus gesehen, zu begrüßen, dass die Produktion nicht sogleich in der Höhe der Vorkriegszeit aufgenommen werden konnte; denn bereits 1921 ist in Polen auf dem Textilmarkte eine ernstliche Absatzstockung eingetreten.

Mehr als alle anderen Industriezweige Polens ist die Textilindustrie an die Entwicklung der Valutaverhältnisse gebunden, da sie sowohl in der Rohstoffbeschaffung als auch mit dem Absatz auf das Ausland angewiesen ist. Beim Sinken der polnischen Mark ist das Eindecken mit Rohstoffen erschwert, während die Absatzverhältnisse günstig liegen. Ist die polnische Mark dagegen stabil, so ist zwar die Beschaffung der Rohstoffe erleichtert, doch tritt dann die Absatzfrage in den Vordergrund. Versuche der Industriellen selbst, Rohstoffe von ihren früheren Lieferanten auf Kredit zu bekommen, hatten zumeist keinen Erfolg. Daher bemühte sich die polnische Regierung um Rohstoffkredite, stiess jedoch dabei auf eine gewisse Zurückhaltung. Die Hilfe der Regierung gegenüber der Textilindustrie fand ihren Ausdruck in dem Landtagsgesetz vom 9. Mai 1919, das einen Garantiekredit bis zu 20 Mill. engl. Pfund für die Textilindustrie vorsieht. Trotz längerer Bemühungen konnte man diesen Landtagsbeschluss bezüglich des Garantiekredits aber



nur teilweise realisieren. England war zunächst am bereitwilligsten, doch sind ihm andere Staaten nur zögernd gefolgt.

Seit Kriegsende hatte die polnische Textilindustrie einen schwierigen Weg zurückzulegen. Da die meisten Fabriken lange Zeit still lagen, anderseits aber die Rückwanderungsbewegung aus dem Auslande einen sehr beträchtlichen Umfang angenommen hatte, herrschte im Jahre 1919 ausserordentliche Arbeitslosigkeit. Im Laufe der folgenden Jahre war aber dann ein allmählicher Aufschwung unverkennbar. Dass die polnische Textilindustrie in Zukunft aber wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreichen wird, dürfte zu bezweifeln sein.

Das Bild der tatsächlichen Lage der Textilindustrie wird besonders in Bezug auf die Absatzfrage gegenwärtig noch durch den Valutaschleier verdeckt. Trotzdem haben viele polnische Textilindustrielle schon heute zu der Entwicklung und zu den Aufbaumöglichkeiten ihrer Industrie kein rechtes Zutrauen. Nur das befreundete Ausland, besonders Frankreich, ist bereit, Kapital zu investieren. Dieses Interesse des ausländischen Kapitals dürfte in der Hauptsache von dem Gedanken getragen sein, die bei dem Tiefstand der polnischen Valuta bequeme Gelegenheit einer Betätigung in Polen zu benutzen, während man sich über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der polnischen Textilindustrie im Auslande keineswegs im klaren zu sein scheint<sup>1)</sup>.

Zahlenangaben über den gegenwärtigen Stand der polnischen Textilindustrie haben nur bedingten Wert, weil sie zu sehr unter dem Einfluss der ständig schwankenden Konjunktur stehen. Dr. Janiski, der Leiter des polnischen Pressebüros in London, gibt in seinem Buche „Die Lage der polnischen Industrie“ für den Stand vom 1. Januar 1920 an, dass die Textilindustrie infolge Kohlenmangels nur 47 000 Arbeiter gegenüber 178 000 in der Vorkriegszeit, d. h. also 26,3% beschäftigte. Für Ende 1920 und Anfang 1921 kann auf Grund von Spezialberichten angenommen werden, dass etwa 50%<sup>2)</sup> der Fabriken wieder in Betrieb waren. Nach Angaben

<sup>1)</sup> Bezeichnend ist ein Bericht der britischen Wirtschaftskommission in Polen, in dem mit keinem Wort auf die tieferen Zusammenhänge eingegangen, sondern lediglich festgestellt wird, dass viele der Textilwebereien in Lodz und an anderen Orten verhältnismässig unversehrt sind und dass, wenn Baumwolle erhältlich wäre, gleich gearbeitet werden könnte. (Manchester Guardian vom 17. März 1919).

<sup>2)</sup> Der staatliche Arbeitsinspektor für Lodz veröffentlicht in der Arbeitszeitung „Praca“ eine Reihe von Zahlenangaben über den Stand von Mitte Oktober 1920 und kommt zu dem Ergebnis, dass in der Lodzer Textilindustrie 60% der vor 10 Jahren beschäftigten Arbeiter tätig sind.



über die Steigerung der polnischen Produktion im Reichstage ist im Jahre 1921 eine weitere Produktionssteigerung in der Textilindustrie um 50% gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen gewesen.

Nach Feststellungen, die für das Ende des Jahres 1921 bei 96 Fabriken, welche die gesamte Baumwoll- und ungefähr die Hälfte der Woll- und Juteindustrie Kongresspolens darstellen, getroffen sind, betrug die Zahl<sup>1)</sup> der beschäftigten Arbeiter:

in der Baumwollindustrie	48 425 = 76%,
in der Wollindustrie	15 366 = 48,5%,
in der Juteindustrie	2 361 = 46%

der Vorkriegszeit. In den Gebieten Biala-Bielitz und Bialystok wurde der Betrieb für den gleichen Zeitpunkt auf 50% des Vorkriegsstandes geschätzt. Während vor 1914 etwa 75% der Produktion exportiert wurden, gingen Ende 1921 nur etwa 25—30% ins Ausland. Wie wichtig der russische Absatzmarkt heute bereits wieder ist, ergibt sich daraus, dass sich bei einer vorübergehenden Sperrung der polnisch-russischen Grenze empfindliche Absatzstockungen bemerkbar machten.

Trotz der Grösse und Bedeutung der polnischen Textilindustrie in der Vorkriegszeit und ihrer nicht ungünstigen Entwicklung nach dem Weltkriege können wir uns des Eindruckes doch nicht erwehren, dass es sich um eine durch die guten Absatzverhältnisse in Polen selbst und in den valutaschwachen Ländern, die während des Krieges von Waren stark entblösst waren, bedingte Scheinkonjunkturblüte handelt und dass sich die wirkliche Lage erst bei stabilen Währungsverhältnissen zeigen kann. Im Treibhaus gewachsen, wird es der polnischen Textilindustrie schwer fallen, sich in der freien Natur zu behaupten.

Mit der Erwerbung Ost-Oberschlesiens sind folgende Industriezweige hinzugetreten<sup>2)</sup>:

Art der Erzeugnisse	Die Produktion Ostoberschlesiens im Jahre 1913		
	Menge in t	v. H. des ges. Oberschlesien	Wert in Mill. Mark
Koks	1 146 300	50,6	17,0
Nebenprodukte der Koksproduktion	82 100	50,2	7,3
Steinpresskohlen	320 800	74,1	3,7

<sup>1)</sup> Krzemicki: s. a. a. O. S. 40.

<sup>2)</sup> Wirtschaft und Statistik Jahrgang 1. 1921, Heft 10, S. 494.

Art der Erzeugnisse	Die Produktion Ostoberschlesiens im Jahre 1913		
	Menge in t	v. H. des ges. Oberschlesien	Wert in Mill. Mark
Roheisen	518 100	52,1	34,3
Eisenguss	32 500	37,3	5,0
Stahlguss	10 500	47,1	3,2
Schweiseseisen	49 500	72,9	4,5
Rohstahl (Rohblöcke)	1 003 300	72,6	86,4
Vorgewalzte Eisenblöcke	123 400	34,4	11,2
Fertige Walzprodukte	874 400	82,0	130,8
Zink	167 900	100,0	73,8
Nebenprodukte der Zinkhütten	8 700	100,0	3,8
Blei	39 900	100,0	14,7
Silber	738 500	100,0	0,6
Schwefelsäure und schweflige Säure	163 000	100,0	4,3
Erzeugnisse der Petroleum- raffinerie	1 400	43,8	0,2
Destillation von Steinkohlen- produkten	92 800	75,6	5,4
Flachsspinnerei	400	100,0	0,6
Lederfabrikation	450	75,0	1,2

Die eisenproduzierende Industrie des heutigen Polen ist durch die Entscheidung über Oberschlesien und in Anbetracht der Erzvorräte Kongresspolens ein besonders wichtiger Faktor der polnischen Wirtschaftsbilanz. Wenn auch die Entwicklung des kongrosspolnischen Anteils dieser Industrie durch die russische Wirtschaftspolitik, welche die südrussischen Eisenwerke begünstigte, stark eingeschränkt war, so darf sie doch keineswegs unterschätzt werden. Sie produzierte im Jahre 1913

Roheisen . . . . .	418 000 t
Eisen und Stahl . . . . .	640 000 t
Walzwerkserzeugnisse . . . . .	467 000 t

Während des Krieges standen die Werke, die zum Teil Schaden erlitten hatten, zumeist still. Ihre Instandsetzung und die Aufnahme der Produktion war mit grossen Schwierigkeiten verbunden und ist nur sehr langsam erfolgt. Von elf Hochöfen, die 1913 in Betrieb waren, arbeiteten 1919 nur zwei, 1920 fünf und 1921 acht; ihre Erzeugung blieb sehr

wesentlich hinter dem Friedensstand zurück und betrug 1919 kaum 4%, 1920 10% und 1921 auch nur 14%. Die Produktion belief sich im Jahre 1921 im Vergleich zu 1913 bei

Roheisen . . . . .	auf 60 000 t = 14%
Eisen und Stahl . . . .	„ 115 000 t = 18%
Walzwerkserzeugnissen .	„ 107 000 t = 23%.

Mit Ost-Oberschlesien sind 2 601 700 t = 65,4% der gesamten Eisenproduktion Oberschlesiens vom Jahre 1913 an Polen gefallen. Zwar hatte das Jahr 1921 nur etwa 70% der Vorkriegsproduktion erreicht, doch dürfte in kurzer Zeit mit einer weiteren Steigerung zu rechnen sein.

Die Entwicklung der polnischen Eisenindustrie ist aber in der Hauptsache von einer ausreichenden Belieferung mit Koks abhängig. Nach Kongresspolen musste in der Vorkriegszeit an Koks eingeführt werden:

aus Oberschlesien	1908 . . . . .	125 895 t
	1911 . . . . .	213 690 t
aus Niederschlesien	1908 . . . . .	24 281 t
	1911 . . . . .	29 947 t
aus Mährisch-Ostrau	1908 . . . . .	120 573 t
	1911 . . . . .	233 312 t.

Den gesteigerten Koksbedarf der gesamten heutigen eisen-erzeugenden Industrie Polens aus eigener Produktion und durch Einfuhr aus der Tschechoslowakei zu decken, erscheint nach Lage der Dinge kaum möglich, zumal Deutschland den seinerzeit in Ost-Oberschlesien verwendeten Waldenburger Koks selbst notwendig braucht und die Tschechoslowakei zur Abgabe von Koks nur gegen Kompensation bereit ist. Wie sehr andererseits die Eisenindustrie Polens von einer genügenden Belieferung mit Koks abhängig ist, geht daraus hervor, dass in der polnischen Eisenindustrie ein grosser Aufstieg zu verzeichnen war, als die Tschechoslowakei im Jahre 1921 infolge Streiks in der eigenen Eisenindustrie in der Lage war, Polen stärker mit Koks zu beliefern. Durch Kompensationsverträge mit der Tschechoslowakei hat man sich polnischerseits die Belieferung mit Koks zu sichern versucht.

In dem Polen zuerkannten Teile Oberschlesiens konzentriert sich ferner die gesamte Zink- und Bleiproduktion des Landes, die im Jahre 1913 176 600 t bzw. 39 900 t betrug. Gegenüber dieser hinzugekommenen Zink- und Bleiproduktion, die sich im Jahre 1920 allerdings nur auf etwa 50% der Vorkriegszeit belief, erscheint die Produktion Kongress- und Kleinpolens in Höhe von 5 300 t im Jahre 1920 gering.

Die polnische metallverarbeitende Industrie war vor dem Kriege hoch entwickelt. Sie beschäftigte im Jahre 1913

in Kongresspolen etwa . . . . .	52 000 Arbeiter,
in den ehemaligen preussischen Provinzen etwa	20 000 „
in Galizien etwa . . . . .	12 000 „

Als Industriezentren kommen in Frage an erster Stelle Warschau, dann Posen und Krakau. Die Metallindustrie arbeitete zu einem grossen Teile für den Export, einen Ausfuhrüberschuss wies jedoch nur die Industrie in Kongresspolen auf. Im Durchschnitt der Jahre 1911—1913 betrug

	Kongresspolen	preuss. Provinzen	Galizien
die Ausfuhr pro Jahr	260 000 t	140 000 t	15 000 t
die Einfuhr „ „	150 000 t	390 000 t	41 000 t.

Durch den Krieg ist die kongresspolnische, zum Teil auch die galizische Metallindustrie schwer geschädigt worden. Im Jahre 1915 wurden bei der Räumung Warschaus ganze Fabrikanlagen nach Russland weggeführt, sodass häufig nur die leeren Wände stehen geblieben sind. Im Rigaer Friedensvertrage hat sich die Sowjetregierung zwar verpflichtet, alle fortgeführten Maschineneinrichtungen zurückzuschaffen, bisher sind jedoch nur wenige Anlagen zurückbefördert worden; die Arbeiten der dafür eingesetzten Kommission schreiten nur sehr langsam vorwärts. Der Aufbau der metallverarbeitenden Industrie gestaltet sich daher sehr schwierig. Von den 52 000 Arbeitern des Jahres 1913 beschäftigte die Industrie Ende 1920 angeblich nur 18 000<sup>1)</sup>.

Eine wichtige Rolle verspricht die Holzindustrie zu spielen. Zur Zeit macht sich im ehemaligen preussischen Gebiet ein grosser Mangel an Facharbeitern bemerkbar. Im allgemeinen ist aber besonders in Kongresspolen ein gewisser Aufschwung zu verzeichnen, sodass die Ausfuhr bereits erheblich zugenommen hat. Während die Ausfuhr vom 1. Oktober 1919 bis 1. Januar 1920 nur 840 000 Mk. betrug, wurde vom 1. Januar bis 1. Oktober 1920 bei einer Einfuhr von 11,5 Millionen Mark für 58,5 Mill. Mk. ausgeführt; das bedeutet trotz weiteren Rückganges der Valuta auch mengenmässig eine wesentliche Steigerung. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in der Ausfuhr ein grosser Teil rohen Holzes einbezogen ist.

<sup>1)</sup> Die oben angeführte Zahl für den 1. Oktober 1921 wäre demnach zweifellos zu hoch gegriffen.



Die Papierindustrie, die im Jahre 1913 62 000 t Papier und 25 000 t Zellulose produzierte, lieferte im Jahre 1921 nur etwa 55% dieser Menge und konnte somit noch nicht den eigenen Bedarf decken.

Die chemische Industrie, die vor dem Kriege

in Kongresspolen	120	Betriebe mit über	10 000	Arbeitern
in Galizien	130	„ „	etwa	5 000 „
in den ehemals preuss. Provinzen	55	„	gegen	2 800 „

zählte, hat sich in der Nachkriegszeit gut entwickelt und beschäftigte am 1. Oktober 1921 bereits 87% der Arbeiter der Vorkriegszeit.

Der Naphtaindustrie nimmt sich der polnische Staat in Anbetracht ihrer Bedeutung in besonderer Weise an; zu ihrer Förderung ist beim Finanzministerium das Naphtaamt errichtet worden. Die Regierung ist bestrebt, die Ausfuhr von Rohöl zu Gunsten höherwertiger Naphtaerzeugnisse zu beschränken.

Vor dem Kriege befanden sich in dem heute polnischen Gebiete 14 Zementfabriken, die 5 900 Arbeiter beschäftigten und eine Jahresproduktion von 828 000 t aufwiesen. Infolge des Darniederliegens des Baugewerbes war die Produktion verhältnismässig gering, sie ist aber seit 1919 im Steigen<sup>1)</sup>. Die Produktion Kongresspolens ging vor dem Kriege zum grössten Teil nach Russland; zur Zeit wird auch nach dem Westen exportiert.

Erwähnenswert ist ferner die Lederindustrie, die hauptsächlich im Gouvernement Warschau konzentriert ist. Sie versorgte vor dem Kriege den gesamten inneren Markt und arbeitete sogar in recht erheblichem Umfange für die Ausfuhr. Im Jahre 1911 wurden insgesamt 14 721 t Häute eingeführt und verarbeitet.

Eine Zusammenfassung der polnischen Wirtschaftskräfte des Bergbaues, Handels und der Finanzen erfolgte im Zentralverband der polnischen Industrie. Ausserdem besteht ein Verein zum Wiederaufbau Polens.

Zusehends gewinnt das ausländische Kapital in Polen an Boden. Im Frieden war es mit 25—30% vertreten, und zwar standen an erster Stelle französisches und belgisches

<sup>1)</sup> Jahr	Produktion	% von 1913	Arbeiterzahl
1919	199 000 t	= 23%	2 900
1920	287 000 t	= 36%	3 700
1921	365 000 t	= 44%	4 000

Kapital in den Bergwerken. Im Industriebezirk von Dabrowa entfielen im Jahre 1919 auf polnisches Kapital 41,95%, auf ausländisches Kapital 58,05% der Produktion. Das ausländische Kapital verteilt sich dort wie folgt:

französisches	53,3 %
deutsches	3,87 %
russisches	0,82 %
belgisches	0,06 %

In der Gegenwart greift das ausländische Kapital auch in anderen Industriegebieten um sich, besonders in Ost-Oberschlesien<sup>1)</sup> und in der Textilindustrie. An der Spitze marschieren die Franzosen, von denen man den Eindruck gewinnt, dass sie mit ihrer Initiative zum Teil den Polen selbst vorangehen. Seit der Genfer Entscheidung nehmen sie sich mit besonderer Vorliebe der Eingliederung Ost-Oberschlesiens in den polnischen Wirtschaftskörper an.

---

<sup>1)</sup> Zu Beginn des Jahres 1922 ist zur Ausbeutung der fiskalischen Steinkohlengruben des polnischen Staates in Oberschlesien eine neue französisch-polnische Aktiengesellschaft gegründet worden. Die Gesellschaft firmiert Polskie Kopalnie Skarbowe na Górnym Slasku Spółka Dzierzawna Spółka Akcyjna w Katowicach, Société fermière des Mines fiscales de l'Etat Polonais en Haute Silesie, Société Anonyme à Katowice Aktiengesellschaft in Kattowitz. Gründer der Aktiengesellschaft sind eine Reihe polnischer und französischer Banken. Dieselben haben die sämtlichen Aktien übernommen. Vorstand ist zurzeit der Generaldirektor François Reumaux in Kattowitz. Der erste Aufsichtsrat besteht u. a. aus folgenden Mitgliedern: dem Abgeordneten Wojciech Korfanty in Posen, dem Departementsdirektor Josef Kiedron in Kattowitz, dem Professor Dr. Arthur Benis in Krakau, dem Bergingenieur Stanislaw Dworzanczyk in Warschau. Die Generalversammlungen der Aktionäre finden abwechselnd in Paris und am Orte des Sitzes der Gesellschaft statt.

## VIII. Der Handel und die Handelsbeziehungen.

Der Handelsverkehr war in der ersten Zeit des Bestehens der polnischen Republik auch innerhalb des Reiches im Verkehr zwischen den einzelnen Teilgebieten durch Zollgrenzen behindert. Besonders streng schloss sich Preussisch-Polen ab, das bei seiner ausgesprochen landwirtschaftlichen Struktur nicht unter einem so starken Warenmangel litt wie Kongresspolen. Weil die Preisbewegung hier keine so schroff ansteigende Tendenz annahm wie in dem übrigen Polen, bemühte man sich anfangs, die besseren Lebensbedingungen Posens und Westpreussens auch weiterhin zu wahren. Immerhin war es auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, dass sich die einzelnen Gebiete des Reiches voneinander abschlossen, und so traten mit der Zeit Erleichterungen der Ausfuhr aus Westpolen nach den andern Landesteilen ein. Besonders nach der Währungsvereinheitlichung schritt die Beseitigung der inneren Zollgrenzen rascher vorwärts. Die Ausfuhrbewilligungsabteilung in Posen für den Verkehr mit dem übrigen Polen ist mit dem 1. Januar 1921 aufgehoben worden.

Der gesamte polnische Handel hat seit dem Jahre 1918 eine starke Belebung erfahren. Vom April 1919 bis Juni 1921 sind nicht weniger als 800 Gesellschaften, von denen fast 50% Handelsgesellschaften waren, entstanden. Die rege Gründungstätigkeit ist einmal auf die im Rahmen des neuen polnischen Reiches durch die Vereinigung von Gebieten, die bis dahin mit anderen Handelszentren verbunden waren, sich ergebenden Handelsmöglichkeiten zurückzuführen, erklärt sich aber zum Teil auch aus der ständigen Anregung, die das Wirtschaftsleben durch das Sinken der Valuta erfuhr. Immerhin dürfte es sich hier häufig nur um eine spekulative Scheinblüte handeln, während sich die wahre Lage erst bei Eintritt stabiler Währungsverhältnisse zeigen wird. Solange der Geldwert sinkt, sind manche Unternehmen noch rentabel, die beim Gleichgewichtszustand in Schwierigkeiten zu geraten drohen.

Infolge der Währungsentwertung, die mit kurzen Unterbrechungen bis heute noch andauert, bietet der Handel Polens ein durchaus ungesundes Bild, das durch das Ueberhandnehmen des Strassenhandels, durch die Wucher- und Spekulationsverfolgung charakterisiert wird. Der Handel absorbiert weit mehr Arbeitskräfte als in normalen Zeiten. Sein Kapital schmilzt — in Gold berechnet — immer mehr zusammen, sodass die Sorge um die Erhaltung des Kapitals seine Tätigkeit mehr als die der anderen Wirtschaftszweige zu einer fieberhaften werden lässt.

Zur Förderung der Handelstätigkeit ist die Posener Messe und die Lemberger Ostmesse seit dem Jahre 1921 eingerichtet. Während die erstere, die zweimal im Jahre stattfindet, einen ausgesprochenen inländischen Charakter besitzt, ist die Lemberger als internationale Messe gedacht, die den Handelsverkehr zwischen dem Westen und dem Osten Europas vermitteln soll.

Von der Einstellung der polnischen Handelsbeziehungen hängt es ab, ob Polen eine seinen wirtschaftlichen Grundlagen entsprechende weltwirtschaftliche Bedeutung erlangen wird. Die im Lande vorhandenen Wirtschaftskräfte stellen lediglich Möglichkeiten dar, in deren Ausnutzung sich die Schaffenskraft der Polen zeigen soll. Eine denkbar gute Wirtschaftsbasis ist mit Hilfe der Entente, in einer Zeit politischer Hochkonjunktur für Polen, konstruiert und dem polnischen Staat mit auf den Weg gegeben worden. Gespannt sieht die Welt — Freund und Feind — dem entstehenden polnischen Wirtschaftsgebäude entgegen.

Neben der gesunden Wirtschaftsbasis Polens ist es auch die geographische Lage als Transithandelsland nach Russland, die für Polens Entwicklung gute Aussichten bietet. Die Beziehungen zum Auslande werden nicht nur für die Rohstoffversorgung und den Absatz, sondern auch für den Durchgangsverkehr eine entscheidende Rolle im polnischen Wirtschaftsleben spielen. Das Gedeihen des neuen Staatswesens ist demnach in erster Linie an seine wirtschaftliche Orientierung geknüpft. Die dem Polen eigene Gefühlspolitik wird ganz erheblich in den Hintergrund treten müssen, wenn sie sich nicht hemmend vor Polens Zukunft stellen soll.

Die bisherige Einstellung Polens steht aber im Gegensatz zu den Voraussetzungen für die Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte. In politischem Selbstbewusstsein werden die Grundbedingungen für ein starkes Polen übersehen, weil sie



zumeist den Zielen der befreundeten Staaten, denen gegenüber Polen sich zu Dank verpflichtet fühlt, entgegenstehen. Polen ist seit seiner Entstehung in der Hauptsache ein Werkzeug der Politik westlicher Staaten gewesen. Doch auf die Dauer werden sich diese Verhältnisse als unhaltbar erweisen, und Polen wird zu einer selbständigen Wirtschafts- und Handelspolitik übergehen müssen.

Die unselbständige Politik hat mit dazu beigetragen, dass Polen in der kurzen Zeit seines Bestehens infolge des Krieges mit Sowjetrussland bereits einmal vor einem gefährvollen Abgrund, der auch heute noch nicht beseitigt ist, gestanden hat, dass Polen ferner ziel- und planlos seine Wirtschaftsbeziehungen ausgebaut hat und mit den für seine Entwicklung wichtigsten Staaten noch zu keinem festen Wirtschaftsverhältnis gelangt ist. Die Schwierigkeiten, auf die Polen dabei stösst und stossen wird, werden durchaus nicht übersehen; anderseits dürfen wir aber gegenüber den beredten Tatsachen, die leicht zu einer Gefahr werden können, nicht die Augen verschliessen.

In den bisherigen Leistungen der Polen auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen spiegelt sich so recht polnische Wesensart wieder. Schon während des Krieges, bald nach der Proklamation des polnischen Königsreiches, also noch bevor man sich über die wirtschaftlichen Möglichkeiten im klaren sein konnte, waren die Polen in grosszügiger Weise daran gegangen, Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten anzubahnen. Sie wandten sich damals an Schweden<sup>1)</sup>, das aber mit Recht einwandte, dass zunächst die Friedens- und Zollfrage geregelt werden müsse.

Frühzeitig wurden dann Verbindungen mit der Tschechoslowakei gesucht, die besonders für die Einfuhr von Kohlen, Koks, technischen und elektrotechnischen Bedarfsartikeln und landwirtschaftlichen Maschinen in Frage kam. Es wurde ein Kompensationsvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen die Tschechoslowakei aus dem Ostrau-Karwiner Revier an Polen monatlich 37 500 t Kohlen und 1 500 t Koks liefern sollte. Polen verpflichtete sich seinerseits zur Ausfuhr von monatlich 7 083 t Rohöl und 1 250 t Naphtaprodukten, und

---

<sup>1)</sup> Ein Vertreter der polnischen Grossindustrie hatte sich zur Aufnahme von Verhandlungen nach Schweden begeben. Es sollten aus Polen nach Schweden u. a. ausgeführt werden: Getreide, Malz, Butter, Obst, Eier, Salz und Kohlen. Mit der Ausfuhr von Getreide, Kohlen und Salz ist es aber damals noch sehr schwach bestellt gewesen.

zwar zu inländischen Preisen. Als aber dann die polnische Valuta immer mehr sank, und die Vertragsbedingungen für Polen sich daher sehr ungünstig gestalteten, wurde der Kompensationsvertrag von Polen gekündigt, um aber bald darauf auf erträglicherer Basis wieder erneuert zu werden. Nach mehrfachen Abänderungen und Erweiterungen besteht der Vertrag auch heute noch und ist insbesondere in Anbetracht der Kokslieferungen stärker denn je zu einer gewissen Lebensbedingung Polens geworden.

Zu Beginn des Jahres 1919 war die Einfuhr nach Polen durch die Blockade gegen Deutschland behindert; sie war nur unter der Garantie gestattet, dass die Waren auch wirklich das Bestimmungsland erreichten. Infolge der mangelnden Kaufkraft Polens spielte sich der Handelsverkehr häufig im Wege der Kompensation ab, verschiedentlich wurde auch auf Kredit geliefert in der Annahme, dass das starke Ueberwiegen der Einfuhr nach Polen eine Uebergangerscheinung und bald durch eine entsprechende Ausfuhr gedeckt sein würde.

Mit fast allen Staaten der Welt wurden Handelsbeziehungen aufgenommen und durch Handelskammern und Gesellschaften festigt. Nur von zwei Ländern, gerade den beiden wichtigsten, hörte man in Bezug auf die Festigung der Handelsbeziehungen sehr wenig, von Russland und Deutschland. Wie oben im einzelnen bereits hervorgehoben, ist Kongresspolen mit seinen Industrieerzeugnissen im besondern Masse auf den Absatz nach Russland angewiesen, zum Teil war die Industrie auch auf russischen Rohstoffen aufgebaut. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit Polens von Russland ist auch nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens keineswegs geringer, sondern zum Teil noch verstärkt worden. Polen braucht mehr denn je den russischen Markt und kann ferner durch den Transitverkehr nach und von Russland eine ganz wesentliche wirtschaftliche Förderung erfahren.

Der Rigaer Friedensvertrag sah die sofortige Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen vor, deren Anbahnung sich jedoch immer weiter hinauszog. Häufig wurde mitgeteilt, dass die polnische Regierung unmittelbar vor dem Eintritt in Verhandlungen über den Abschluss von Handelsverträgen mit Vertretern Sowjetrusslands und der Sowjetukraine stehe, die dann doch wieder aus nicht offen zugegebenem Grunde verschoben wurden. Polen folgt seiner Politik gegenüber Russland vermutlich den egoistischen Weisungen einzelner Westmächte. Zum Teil scheint ein Grund der Verzögerung auch darin zu liegen, dass Polen für den deutsch-

russischen Warenverkehr eine Zollgrenze verlangt, während die Sowjetregierung bedingslose Freigabe des deutsch-russischen Transits fordert.

Inzwischen hatte sich der Handelsverkehr zwischen Polen und Russland auch ohne vertragliche Grundlage ausgebildet und zum allmählichen Aufstieg einzelner polnischer Industriezweige beigetragen. Die polnische Regierung hat sogar amtliche Verfügungen über den Aussenhandel Polens mit Russland und der Ukraine erlassen und sich bemüht, den Handel mit Russland durch Verhandlungen mit den Vertretern der örtlichen Behörden zu erleichtern. Als aber die Polen die Aufnahme offizieller Wirtschaftsverhandlungen ständig hinauszo-gen, wurde die polnisch-russische Grenze im Frühjahr 1922 von Russland vorübergehend gesperrt, sodass Polen nicht mehr die Vorteile des Absatzes nach Russland genoss zweige beitragen. Die polnische Regierung hat sogar empfindlich zu fühlen bekam. Es ist anzunehmen, dass sich auch in Polen die Ueberzeugung Bahn bricht, dass den natürlichen Wirtschaftsbeziehungen gegenüber jeglicher gefühlspolitischen Einstellung der Vorzug zu geben ist.

Erst wenn in Polen und den benachbarten Staaten das wirtschaftliche und valutarische Gleichgewicht wiederhergestellt sein wird, werden die natürlichen Beziehungen zwischen Polen und Russland deutlich zu erkennen sein, und man wird erst dann die Tragweite der heutigen polnischen Wirtschaftspolitik übersehen können. Die grössten Schwierigkeiten für Polens Wirtschaft dürften sich in der Regelung der Zollfragen nach einer wirtschaftlichen Gesundung Russlands ergeben, wenn Russland bestrebt sein sollte, sich von dem Bezug polnischer Waren gänzlich unabhängig zu machen. Die polnisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen stellen zur Zeit ein Problem dar, dessen Lösung noch nicht abzusehen ist und sehr wesentlich von der Gestaltung der Beziehungen Russlands zu anderen Staaten abhängt.

Auch die Verhandlungen mit Deutschland zwecks Abschlusses eines Wirtschaftsvertrages sind erst im Anschluss an die Regelung der oberschlesischen Frage, Mitte des Jahres 1922, aufgenommen worden und versprechen lange Zeit in Anspruch zu nehmen. Die wirtschaftliche Struktur der Handelsbeziehungen beider Länder hat sich gegenüber der Friedenszeit durch die Grenzverschiebungen nach dem Weltkriege mehrmals geändert. In der Vorkriegszeit überwog die Einfuhr aus Deutschland nach Kongresspolen bei weitem die Ausfuhr, und zwar hatte sich das Verhältnis zwischen Ein-



und Ausfuhr mit der Industrialisierung Kongresspolens immer mehr zu Ungunsten Kongresspolens verschoben. Für die Jahre 1885—1912 ergibt sich nach Berechnungen von J. St. Lewinski<sup>1)</sup> über den Warenverkehr<sup>2)</sup> zwischen Deutschland und Kongresspolen der Menge nach folgendes Bild:

		Einfuhr in t	Ausfuhr in t	Mehrausf. (+) Mehreinf. (—)
Jahresdurchschnitt	1885/89	417 500	1 240 800	+ 823 300
"	1890/94	429 300	1 175 100	+ 745 800
"	1895/99	895 800	1 210 800	+ 315 000
"	1900/04	1 153 700	1 294 300	+ 140 600
"	1905/09	1 300 600	1 648 900	+ 348 300
"	1910	1 701 200	1 433 500	— 267 700
"	1911	2 124 500	1 408 100	— 716 400
"	1912	2 209 200	1 705 700	— 502 500

Danach hatte Kongresspolen bis zum Jahre 1909 einen Ausfuhrüberschuss nach Deutschland aufzuweisen. Doch ist die Einfuhr aus Deutschland nach Kongresspolen von 1885 bis 1912 stärker gestiegen als die Ausfuhr nach Deutschland, sodass sich seit dem Jahre 1910 ein Einfuhrüberschuss ergab. Dem Werte nach betrug die Einfuhr aus Deutschland nach Kongresspolen im Jahre 1910 416,3 und 1911 434,3 Millionen Rubel, während sich die Ausfuhr aus Kongress-

<sup>1)</sup> Der Osten 1919 Nr. 4, S. 53.

<sup>2)</sup> Auch die Art der eingeführten Waren beweist, dass die Zunahme der Einfuhr in der Hauptsache auf den Bedarf der Industrie zurückzuführen war.

	Jahresdurchschnitt in t	
	1890/94	1910/12
Steinkohlen, Steinkohlenkoks	197 800	1 203 500
Düngemittel, auch künstliche	5 700	144 500
Eisen und Eisenfabrikate	63 100	126 700
Steine	16 800	62 700
Erze	4 600	38 400
Rohe Baumwolle	11 200	37 600
Fische	25 400	48 300
Jute	1 100	15 000
Wolle	4 100	16 700
Obst, Gemüse, Pflaumen	200	8 100
Chemikalien und Drogeriewaren	2 200	8 200
Garn	1 700	5 700
Zement	5 500	7 600

Der Handel Kongresspolens mit Deutschland war demnach unvergleichlich grösser als beispielsweise mit Oesterreich, wo sich Ein- und Ausfuhr ungefähr die Wage hielten. Hier betrug die Einfuhr nach Kongresspolen 1910 26,1 Mill. und 1911 24,7 Mill., die Ausfuhr aus Kongresspolen 1910 22,4 und 1911 24,2 Mill.



polen nach Deutschland im Jahre 1910 auf nur 190,3 und 1911 auf 252,3 Mill. Rubel belief. Die Wertverhältnisse gestalten sich also noch wesentlich ungünstiger als die Mengenverhältnisse.

Dieses Bild der Abhängigkeit von der deutschen Einfuhr ergab sich auch zunächst bei der Republik Polen, da durch das Hinzutreten Galiziens und der preussischen Teile der Bedarf nicht gedeckt werden konnte, ja Polen sogar durch den Fortfall russischer Rohstoffe und infolge des Rückganges der eigenen Produktion in erhöhtem Masse auf die Einfuhr angewiesen war, die am leichtesten von dem ebenfalls valutaschwachen Deutschland her erfolgen konnte.

Nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens hat sich dann aber die Lage gänzlich verschoben. Polen ist gegenüber Deutschland zu einem Ausfuhrland geworden. Während ihm für die Deckung seines Bedarfes nötigenfalls auch andere Länder zur Verfügung standen, ist es nunmehr in der Hauptsache mit seinem Absatz an Kohlen zu einem sehr wesentlichen Teil auf Deutschland angewiesen und kann in dieser Hinsicht unter Umständen empfindlich geschädigt werden.

Es ist nicht anzunehmen, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen einerseits und Russland und Deutschland andererseits in der nächsten Zukunft ändern werden. Einer gesunden Wirtschaftspolitik entspräche es aber, wenn Polen diesen Tatsachen Rechnung tragen und durch Schaffung einer festen Wirtschaftsbasis zu seinem westlichen und östlichen Nachbarn die Entwicklung seines Wirtschaftslebens fördern würde. Oder sollte man ähnlich wie im alten Polen hier von einer Tragik des polnischen Schicksals sprechen müssen, dass es entgegen seinem innersten Empfinden gezwungen ist, reale Wirtschaftspolitik zu treiben und vor der Gefahr steht, an seiner Gefühlspolitik zu scheitern! Bei diesen Gegensätzen wirtschaftlicher und politischer Beziehungen einen Ausweg oder eine Brücke zu finden, ist mit als die wichtigste Aufgabe des polnischen Staates anzusehen, von der ein Gedeihen des neuen Polen in erster Linie abhängig ist.

Sei es Mangel an Scharfblick für die Zusammenhänge der wirtschaftspolitischen Beziehungen oder sei es ein unglücklicher Zufall, dass die Lage eine so ungünstige ist, über kurz oder lang wird Polen den Erfordernissen der natürlichen Wirtschaftsbeziehungen entsprechen und seine innere und äussere Politik danach einstellen müssen, wenn es vor schwersten Krisen bewahrt bleiben soll. Unseres Erachtens wird Polen zu seiner Existenz das wirtschaftliche Einvernehmen

mit Russland und Deutschland benötigen. Sollte es sich aber in jeder Hinsicht so stark fühlen, dass es ohne diese Wirtschaftsbeziehungen zu den beiden Nachbarn auszukommen versucht, dann dürfte sich seine Wirtschaft doch zuweilen recht unrentabel gestalten.

Wir wollen den Ruhm, der Polen für seine Leistungen politischer und wirtschaftlicher Art seit 1918 gebührt, nicht schmälern, müssen aber doch feststellen, dass es bei der wirtschaftlichen Festigung seines Staatswesens bisher nur an den bequemsten, nicht aber an den notwendigsten Stellen begonnen hat. Die politischen Beziehungen zur Entente haben zu einem engen Wirtschaftsverhältnis besonders zu Frankreich geführt, und die ersten Monate des Jahres 1922 haben die Unterzeichnung eines Handelsvertrages zwischen Polen und Frankreich gebracht. Dieser Vertrag hat sich auf politischem Hintergrund aufgebaut, nach wirtschaftlichen Berührungspunkten für das Vertragsgebäude musste erst gesucht werden. Polen hat Frankreich in diesem Vertrage eine lange Reihe von Zollermässigungen, auch für Luxuswaren, gewährt. Ebenso hat Frankreich die Einfuhr aus Polen zu ganz wesentlich herabgesetzten Zollgrenzen zugelassen. Formell werden gegenseitige Zugeständnisse gemacht, praktisch ergeben sich aber weit grössere Vorteile für Frankreich, sodass der Vertrag als eine wirtschaftliche Belastung Polens anzusehen ist. Vor allem ist es sehr unwahrscheinlich, dass die polnischen Waren in grösserem Umfange in Frankreich Absatz finden werden.

Frankreich ist in Wirklichkeit garnicht in der Lage, durch Ausbau der gegenseitigen Beziehungen wesentlich zur Erstarkung Polens beizutragen, so sehr es sich auch darum bemüht. Andererseits kommt aber Frankreich bei guten Beziehungen Polens zu den Staaten, die zu einer wirtschaftlichen Festigung des neuen Staates beitragen könnten, nicht auf seine Rechnung; es besteht sogar die Gefahr einer Durchkreuzung seiner politischen Ziele. Daher betätigt sich Frankreich in Polen selbst und ist bestrebt, den Aufbau des Staates durch unmittelbare Hilfe zu fördern. Das Ziel Frankreichs ist aber dabei, Polen zu einem Militärstaat auszubauen und seinen Plänen dienstbar zu machen. Die wirtschaftliche Interessengemeinschaft, die durch Kapitalinvestierung und persönliche Unterstützung erreicht werden soll, ist nur ein Mittel zum Zweck und erst eine Folge der gemeinsamen politischen Ziele.

Eine grundsätzlich andere Einstellung gegenüber Polen ist bei England festzustellen. England betrachtet Polen mehr vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus und sucht durch Handels-

gesellschaften und Bankniederlassungen, die sich von aller Lokalpolitik fernhalten, die Handelsmöglichkeiten in Polen und im fernerer Osten zu erfassen. In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg war England an der Einfuhr nach Polen verhältnismässig stark beteiligt und hatte sich auch zu Kreditbewilligungen bereit erklärt. Vorübergehend machte sich dann gegen Ende 1920 und im Jahre 1921 grössere Zurückhaltung bemerkbar. Nach der Entscheidung über Oberschlesien ist das Interesse dann aber wieder stärker geworden.

Der Zugang zum Meere war von den ersten Tagen des Bestehens der polnischen Republik an ein beliebtes Schlagwort. Die Expansionstendenz richtete sich daher von vornherein gegen Danzig und in gewisser Weise auch gegen Rumänien, um sich einen Zugang zum Schwarzen Meere zu verschaffen. Nach langen Verhandlungen bildeten Polen und Danzig auf Grund des Danziger-Polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 seit dem 1. April 1922 eine Wirtschaftseinheit. Nicht ohne den Protest der Danziger Kaufmannschaft ist diese Zollunion, die im Versailler Friedensvertrag vorgesehen war, zustande gekommen. Durch einen Zusatzvertrag vom 21. Dezember 1921, der vor allem die Vertretung der Danziger Interessenten und Behörden im polnischen Zollkomitee regelt, ist jedoch der Uebergang der Danziger Wirtschaft zum polnischen Zolltarif erleichtert worden. Mit dem Danziger-Polnischen Abkommen ist der Freistaat Danzig den polnischen Wirtschaftsgesetzen unterworfen und den polnischen Wirtschaftskreisen der freie Ausblick auf die Ostsee über Danzig gestattet. Der Freistaat Danzig besteht nunmehr nur noch formell.

Während Danzig die westliche Orientierung Polens sichert, soll ein Abkommen mit Rumänien, das bereits abgeschlossen ist, eine gewisse südosteuropäische Orientierung ermöglichen. Der rumänische Hafen Braila wird dem polnischen Handel zur Expansion in dieser Richtung dienstbar gemacht. Immerhin neigt man in Polen dazu, die Bedeutung Brailas, das man im Gegensatz zu Danzig, welches den polnischen Einfuhrhafen darstellen soll, als Ausfuhrhafen betrachten will, zu überschätzen.

## IX. Das Verkehrswesen.

Die Entwicklung des polnischen Handels und die Bedeutung Polens als Transitland werden von der Lage und dem Ausbau des polnischen Verkehrswesens entscheidend beeinflusst. Wieder ist es die Lage Kongresspolens, welche auch in Bezug auf das Verkehrswesen die Wirtschaftsbilanz des heutigen Polen stark belastet; denn sowohl Posen als auch Galizien sind verkehrstechnisch bedeutend besser ausgebaut, und alle Klagen, die zur Zeit über Verkehrsschwierigkeiten laut werden, sind letzten Endes auf die Zustände in Kongresspolen zurückzuführen. Der Ausbau der Eisenbahnen erfolgte hier weniger entsprechend den nationalen wirtschaftlichen Interessen als nach militärpolitischen Gesichtspunkten, die mit den industriellen und ökonomischen keineswegs zusammenfallen<sup>1)</sup>.

In Bezug auf die Verkehrsdichte der Eisenbahnlinien steht Kongresspolen den beiden anderen Teilgebieten, besonders Posen, ganz erheblich nach. Für die ganze Fläche Kongresspolens, die 127 803 qkm umfasst, standen im Frieden Eisenbahnen in einer Länge von 3384 km zur Verfügung, und zwar entfielen auf die einzelnen Gouvernements folgende Anteile:

Gouvernement	Fläche in qkm	Eisenbahnlänge in km
Warschau	17 486	833
Petrikau	12 354	658
Siedlce	14 324	510
Lomza	10 549	325
Lublin	16 837	249
Radom	12 553	249
Suwalki	12 323	237
Kielce	10 097	194
Kalisch	11 341	81
Plock	9 446	48

---

<sup>1)</sup> Deutsch - Lodzer Zeitung vom 16. August 1918: Eisenbahnstatistisches aus Polen.



Die Verkehrsdichte gestaltete sich danach in den einzelnen Gouvernements auf 1000 qkm wie folgt:

Gouvernement	km
Warschau . . . . .	53,6
Petrkau . . . . .	47,6
Siedlce . . . . .	35,6
Lomza . . . . .	30,8
Radom . . . . .	20,1
Suwalki . . . . .	19,3
Kielce . . . . .	19,1
Lublin . . . . .	14,7
Kalisch . . . . .	7,1
Plock . . . . .	3,1

Auf das ganze Königreich Polen entfielen auf je 1000 qkm 26,8 km Eisenbahnen, während in Galizien auf dieselbe Fläche 54,0 km und in Posen 95,4 km kamen.

Um für das ganze heutige Polen die Dichtigkeit des Posener Eisenbahnnetzes zu erreichen, müssten 8700 km gebaut werden, während zur galizischen Dichtigkeit noch etwa 3300 km fehlen. Ohne weitere Berechnungen ergibt sich schon aus diesen Zahlen die Notwendigkeit, das Eisenbahnnetz ganz wesentlich auszubauen. Bereits Anfang 1919 wurden Pläne in dieser Richtung ausgearbeitet. An einer Reihe von Bahnen wird bereits gebaut, die Arbeiten werden zum Teil von englischen Ingenieuren geleitet. Inwieweit aber die grosszügigen Pläne vollständig in die Tat umgesetzt werden können, lässt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Man beabsichtigt zunächst ungefähr 3500 km neuer Eisenbahnen zu bauen, von denen etwa 300 km jährlich fertiggestellt werden sollen.

Besonders bemüht ist man um eine bessere Verbindung der einzelnen Teilgebiete miteinander und der Industriezentren Kongresspolens, wo der Ausbau russischerseits aus strategischen Rücksichten vernachlässigt worden ist. Sorgfältiger ist das österreichische Gebiet ausgebaut, und zwar spielten auch hier militärische Rücksichten mit, die aber zu einer Verbesserung des Verkehrswesens führten. Am 1. April 1920 betrug die Länge der polnischen Eisenbahnen 17 150 km, davon waren 13 956 km Normalspur- und 3194 km Breitspurbahnen.

Die Schwierigkeiten im polnischen Eisenbahnwesen beruhen nicht nur auf der geringen Dichtigkeit des Eisenbahnnetzes, sondern auch auf dem Mangel an rollendem Material,

der sich bei der ständigen Zunahme des Verkehrs immer drückender bemerkbar macht. Während die Zahl der Eisenbahnwagen zunächst längere Zeit fast unverändert war oder jedenfalls nur sehr allmählich vermehrt wurde, wuchs die Zahl der Reisenden und der Güterverkehr<sup>1)</sup> zusehends, sodass die Schwierigkeiten ausserordentlich gross waren, obwohl Polen einen erheblichen Teil des von den Deutschen zurückgelassenen Eisenbahnmaterials erbeutet hatte. Die Züge verkehrten sehr selten; denn abgesehen von dem Mangel an Eisenbahnzügen kam noch die Kohlenknappheit hinzu. Besonders schlimm war es im Jahre 1919. Nach einem Bericht des polnischen Eisenbahnministeriums<sup>2)</sup> über den Stand des Verkehrswesens vom April 1920 betrug

die Zahl der Lokomotiven . . . . .	3 744
„ „ „ Personen-, Post- und Gepäckwagen . . . . .	8 165
„ „ „ Güterwagen . . . . .	75 938.

Da das Normalverhältnis des rollenden Materials zur Länge der Eisenbahnlinien für je 10 km 4 Lokomotiven, 7,5 Personen-, Post- und Gepäckwagen und 85 Güterwagen beträgt, hätte Polen ohne Oberschlesien, um diese Höhe zu erreichen, 6860 Lokomotiven, 12 500 Personen-, Post- und Gepäckwagen und 145 775 Güterwagen besitzen müssen. Es fehlten also 3116 Lokomotiven, 3840 Personen-, Post- und Gepäckwagen und 69 837 Güterwagen<sup>3)</sup>. Dabei ist aber noch

<sup>1)</sup> Ueber die Steigerung des Güterverkehrs seien folgende Zahlen aus dem Jahre 1919 angeführt.

Monat	Beladen	Waggons von fremden Bahnen übernommen	Insgesamt
Januar	1213	19	1232
Februar	1889	71	1960
März	1979	317	2296
April	2671	696	2367
Mai	2223	524	2747
Juni	2635	752	3387
Juli	3396	669	4065

(Ueberseedienst 1919 vom 13. November).

<sup>2)</sup> Nach Przemysl i. Handel Nr. 25.

<sup>3)</sup> Im April 1920 fehlten täglich etwa 330 Waggons für den Transport von Lebensmitteln, 150 Waggons für Saatgetreide, 220 Waggons für Brennholz, 20 Waggons für Salz und 150 Waggons für die Beförderung der auf dem Seeweg in Danzig eingetroffenen Lebensmittel. Von den für die Metallindustrie, die Textilindustrie, die Zement- und Glasfabriken täglich angeforderten Eisenbahnwagen konnten 200 nicht gestellt werden. Für den Transport von Bauholz und Holzmasse für die Papierindustrie, für Zellulose und Papier fehlten täglich etwa 300 Waggons, für den Kohlentransport mangelte es an 800 Wagen täglich. Für die Ausfuhr von Erdöl, Holz und Kartoffeln brauchte man 500 Wagen mehr als gestellt wurden.

zu berücksichtigen, dass sich von dem vorhandenen rollenden Material ein grosser Teil — 44% der Personenwagen, 9% der Güterwagen und 45% der Lokomotiven — in Reparatur befand. Um die dringendsten Bedürfnisse des Güterverkehrs vom April 1920 zu befriedigen, fehlten täglich 3000 Eisenbahnwagen. Da jeder dieser Waggon etwa 11 Tage unterwegs ist, bedarf es, wenn noch 9% für Reparaturen in Anrechnung gebracht werden, der Einstellung von 36 000 Eisenbahnwagen, einer Zahl, der 900 Lokomotiven entsprechen würden.

Nach Angaben des polnischen Eisenbahnministeriums waren bis April 1920 im Auslande 265 Lokomotiven und 4750 Waggon, ferner im Inlande 323 Waggon bestellt worden. Grössere Bestellungen von Eisenbahnmaterial sind in Amerika aufgegeben worden, obwohl die Tschechoslowakei oder Deutschland dieses Material hätten weit billiger liefern können. Wieviel von all dem bestellten Material in Polen bereits eingetroffen ist, konnte nicht festgestellt werden. Eine Besserung der Verkehrsverhältnisse versprach man sich auch in dem Augenblick, wo die Artikel 233 und 371 des Versailler Friedensvertrages erfüllt wurden. Nach Artikel 233 wird Polen die Wiedergabe des von Deutschland weggeführten rollenden Materials garantiert, während der Artikel 371 vorsieht, dass Polen eine gewisse Menge von rollendem Material erhält für die Strecken, die an Polen abgetreten wurden. Die Bestimmungen des Artikels 371 beziehen sich auch „auf die Strecken des ehemaligen Russisch-Polen, die von Deutschland auf deutsche Spurweite umgenagelt sind. Diese Strecken gelten als abgezwigter Teil des preussischen Staatseisenbahnnetzes.“<sup>1)</sup> Im Laufe der Zeit ist zwar durch eine bessere Verteilung des vorhandenen Materials und durch die Neubeschaffungen ein Fortschritt erzielt worden, doch verfügt Polen noch bei weitem nicht über die seinem Bedarf entsprechende Menge. Obwohl die Verkehrsbedürfnisse des Landes infolge des teilweisen Darniederliegens einer Reihe von Wirtschaftszweigen noch nicht die normale Stärke erreicht haben, genügen die Eisenbahnen den Anforderungen, die an sie gestellt werden, bei weitem nicht.

Mit der Uebernahme Ost-Oberschlesiens hat sich die Verkehrslage weiter verschlechtert; denn obwohl der Eisenbahn-

---

<sup>1)</sup> Versailler Friedensvertrag Kapitel 3. Abtretung von Eisenbahnlinsen, Art. 371.



park Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen aufgeteilt wurde, waren die Anforderungen, die nunmehr durch die Transporte aus Ost-Oberschlesien an die Eisenbahnen von ganz Polen gestellt wurden, weit grösser. Der Abtransport der geförderten Kohlen stockte, und die Haldenbestände wuchsen gewaltig. Immerhin sind die Verkehrsschwierigkeiten durch das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Polen betreffend Oberschlesien wesentlich verringert worden, sodass mit einer erträglichen Gestaltung in Kürze zu rechnen ist. Bei der zur Zeit noch sehr schlechten unmittelbaren Verbindung zwischen Ost-Oberschlesien und Polen dürfte es für die Verkehrslage von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, dass Deutschland sich bereit erklärt hat, eine Anzahl von polnischen Eisenbahnzügen über Deutsch-Oberschlesien auf der Strecke Lublinitz—Kreuzburg—Posen verkehren zu lassen.

Der polnische Staat ist im Besitz des grössten Teiles der Eisenbahnlinien des Landes; auch die seinerzeit von der deutschen Okkupationsbehörde in Kongresspolen erbauten Eisenbahnen wurden durch ein polnisches Gesetz verstaatlicht. Infolge finanzieller Schwierigkeiten ist aber immer wieder die Frage einer Ueberführung der Staatseisenbahnen in Privatbesitz bzw. einer Verpachtung aufgetaucht. Mehrfach wurde dieses Problem in Polen erörtert und mit ausländischen Finanzkreisen besprochen, jedoch ohne zu einem Resultat zu führen. Auch die Franzosen sind dem Gedanken einer Sanierung der polnischen Eisenbahnen näher getreten.

Im Jahre 1919, als die Währung noch nicht vereinheitlicht war, ergaben sich in der Tarifgestaltung dadurch Schwierigkeiten, dass man den Geldarten der einzelnen Teilgebiete Rechnung tragen musste. So hatte man im ersten Halbjahr 1919 drei Beförderungstarife, in Posen den ehemals preussischen plus einem Zuschlag von 50%, in Galizien den ehemals österreichischen plus einem Zuschlag von 100% und in Kongresspolen einen neuen Einheitstarif. Durch Vereinheitlichung des Geldwesens ist man wenigstens aus diesen regionalen Schwierigkeiten herausgekommen. Bei den ständigen Erhöhungen der Tarifsätze, die infolge des Sinkens des Geldwertes vorgenommen werden mussten, hat man es jetzt wenigstens nur noch mit einem Tarif zu tun.

Die Eisenbahnen weisen ein erhebliches Defizit auf; dieses braucht aber keineswegs durch irgend welche Misswirtschaft herbeigeführt zu sein, sondern kann sich allein aus den Währungsschwierigkeiten ergeben, denn die Ausgaben für die Eisenbahn, die zum Teil zur Anschaffung realer Werte ge-



macht werden und daher sehr hoch sind, können durch die bei der Geldentwertung nicht in gleichem Masse steigenden Einnahmen nicht ausgeglichen werden. Selbst die Ausgaben für die Gehälter der Eisenbahnbeamten, deren Existenzminimum nicht unter ein bestimmtes Mass fallen kann, werden im allgemeinen schnellen steigen als die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn man aus den Tarifverhandlungen im Verkehrswesen nicht herauskam; denn die Geldentwertung schritt mit so grosser Geschwindigkeit fort, dass alle aufgestellten Tarife in kürzester Zeit überholt waren. Der Dziennik Poznanski berechnet den Wert der polnischen Eisenbahnen etwa für Anfang 1921 mit 229 222 Millionen; eine Verzinsung mit 5% ergäbe 11 461 Millionen polnische Mark. Demgegenüber betrug das Defizit des Jahres 1920 7 Milliarden Mark.

Wesentlich besser ist Polen in Bezug auf die Wasserstrassen gestellt, an denen es ausserordentlich reich ist; so besitzt Kongresspolen nach Grabski 4300—4500 km natürliche Schifffahrtswege.. Allerdings lässt die Regulierung der Flüsse meist zu wünschen übrig, sodass die Förderung der Regulierungsarbeiten eine wichtige Aufgabe der polnischen Regierung sein dürfte. Die Weichsel ist in ihrem Oberlauf, in Galizien, bis zu 70% und in ihrem Unterlauf, im ehemals preussischen Teil, in der Hauptsache nur für landwirtschaftliche Zwecke reguliert, während sie im Mittellauf, in Kongresspolen, vollständig vernachlässigt ist.

Ferner bestehen bereits eine Reihe wichtiger Kanäle, und es ist in Anbetracht der vielen geeigneten natürlichen Wasserwege ein lohnendes Ziel, das Kanalsystem weiter auszubauen. Doch die Projekte, die zur Zeit in Polen aufgestellt werden, sind so grosszügig, dass wohl Jahrzehnte bis zur ihrer Verwirklichung vergehen dürften. Neben einer grösseren Zahl von Verbindungskanälen, die mehr lokalen Charakter besitzen, wird vor allem das Projekt eines Kanals, der das polnisch-oberschlesische Kohlenbecken über Tschenstochau—Lodz mit Danzig verbinden soll, erwogen. Ein solcher Kanal wäre für das polnische Wirtschaftsleben von hervorragender Bedeutung; denn das polnische Kohlengebiet würde auf diese Weise den polnischen Industriezentren wesentlich näher rücken und die Ungunst des Standortes zum Teil beheben. Auch eine Erleichterung des Absatzes würde der Wasserweg Oberschlesien—Danzig mit sich bringen. Die Ausführung dieses Planes beansprucht aber gewaltiges Kapital; man schätzt die Bauzeit bei 10 000 Arbeitern auf 8 Jahre und veranschlagt die Kosten

auf über 230 Millionen Goldmark, d. h. bei einem Dollarkurs von 15 000 polnische Mark auf über 800 Milliarden polnische Mark.

Ein weiteres Projekt, eine Verbindung der Ostsee mit dem Schwarzen Meere, die dem Transitverkehr über Polen eine überragende Stellung einräumen würde, wird ebenfalls viel erörtert. Die Herstellung einer solchen Verbindung zwischen Südrussland und dem Schwarzen Meere einerseits und dem Weichselstromgebiet und der Ostsee anderseits beschäftigte die russische Regierung schon seit 1905. Während des Weltkrieges tauchte im Jahre 1915 auch deutscherseits der Plan eines Kanals auf, der Königsberg mit Russland über die Memel und den Pripet, einem Nebenfluss des Dnjepr, verbinden sollte. Durch einen Wasserweg Südrussland—Ostsee würde auch das Steinkohlen- und Metallbecken des Don und von Kriwoj-Rog im früheren Gouvernement Cherson erschlossen.

Eine andere Verbindungsmöglichkeit Ostsee—Schwarzes Meer wäre ein Kanal zwischen Dnjestr und Weichsel. Während der Wasserweg über den Bug—Dnjepr für Fahrzeuge von 1000 Tonnen geeignet wäre, käme die Linie Weichsel Dnjestr, die sich allerdings schneller verwirklichen liesse, nur für Schiffe von 500 Tonnen in Frage. Eine Kanalverbindung Weichsel—Dnjestr, welche die Weichsel etwa bei Krakau mit dem Dnjestr bei Zalesie verbinden sollte und die eine Länge von 338 km beansprucht, befand sich seit dem Jahre 1911 im Bau, war aber bis zum Kriege noch nicht fertiggestellt.

Gleich bei der Unabhängigkeitserklärung des polnischen Staates wurde die Schaffung einer eigenen Flotte erwogen. Besonders die grossen Einfuhrmengen der vergangenen Jahre — bei einer Einfuhr von 4 Millionen t Getreide waren nach einer Berechnung von Mitte 1919 etwa 450 Millionen Mark Transportkosten zu zahlen — liessen dann die Verwirklichung dieses Wunsches immer dringlicher erscheinen. Es wurde eine polnische Schifffahrtsliga zur Förderung des Gedankens einer eigenen polnischen Flotte ins Leben gerufen, die eine rege Agitation entfaltete und reichliche Spenden für die polnische Flotte erzielte. Noch in dem ersten Halbjahr des Jahres 1919 entstand dann unter der Firma Polnisch-amerikanische Schifffahrtsgesellschaft ein Unternehmen, das sich die Schaffung einer polnischen Handelsflotte zur Aufgabe machte. Besonders begeistert wurde die Nachricht aufgenommen, dass der erste polnische Frachtdampfer (Kosciusko) der Polnisch-amerikanischen Schifffahrts-

gesellschaft mit 7300 t in Neufahrwasser eingelaufen ist. Inzwischen sind weitere Schiffe gefolgt.

Ausserordentlich wenig hatte die russische Regierung für den Ausbau der Landstrassen getan, obwohl die Bewohner bei den unzureichenden Eisenbahnlinien auf die Benutzung der Landwege weit mehr angewiesen waren als in anderen Ländern. Dem grössten Mangel wurde durch Wegebauten der deutschen Besatzungsbehörde abgeholfen; anderseits sind aber die Strassen durch die Heerestransporte derart in Anspruch genommen worden, dass Polen sowohl für Neubauten als auch für Ausbesserungen erhebliche Summen wird aufbringen müssen. Ein wenig besser sind die Wegeverhältnisse in Galizien, wo besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Intensität gebaut worden ist. Aber auch hier lässt der Zustand noch zu wünschen übrig.

Zusammenfassend ergibt sich, dass es zur Förderung des Verkehrswesens grosser Kapitalsummen bedarf und dass für die Währungsgestaltung bedenkliche Folgen entstehen können, wenn dieses an sich produktiv anzulegende Kapital nicht durch Anleihen, sondern durch weitere Notenemissionen beschafft wird. In Anbetracht der vielen produktiven Arbeiten in Polen dürfte es daher eine Lebensfrage und die Voraussetzung geordneter Währungsverhältnisse sein, dass nicht, bevor die Stabilität des Geldwesens und damit die Möglichkeit der Aufnahme von Inlandsanleihen erreicht ist, übermässige Produktivausgaben gemacht werden, die zu einer Belastung des Budgets und zur Vergrösserung der Notenflut führen.



## X. Die Handels- und Zahlungsbilanz.

Erst die wirtschaftlichen Bilanzverhältnisse, die sich zwar auf den bisher betrachteten Grundlagen der polnischen Volkswirtschaft aufbauen, in der Hauptsache aber durch die Produktivkraft und den Konsum des polnischen Staates bestimmt werden, stellen den Faktor dar, von dessen Gestaltung die polnische Währung in erster Linie abhängig ist.

Für das durch Ost-Oberschlesien erweiterte Wirtschaftsgebiet Polens liegen zur Zeit noch keine Zahlen der Handelsbilanz vor; für das übrige Polen gewinnen wir aber aus der Entwicklung der Handelsbilanz ein anschauliches Bild, sodass unter Berücksichtigung der neuen Produktionsfaktoren Schlüsse auf die zukünftigen Bilanzverhältnisse ganz Polens gegeben sind. Trotz der auch vor der Zuteilung Ost-Oberschlesiens günstigen Struktur der polnischen Wirtschaftsgrundlagen, die in Anbetracht der für ganz Polen immerhin geringen Bevölkerungsdichte von 73 Einwohnern auf den qkm besonders günstig erscheinen, gestaltete sich die Handelsbilanz denkbar ungünstig.

Aber erst nach Jahren, nach erfolgter Umstellung der Teilgebiete und nach dem Wiederaufbau von Landwirtschaft und Industrie, werden die zahlenmässigen Angaben ein wahres Bild von der wirtschaftlichen Lage geben. Wir dürfen nicht verkennen, dass die einzelnen Teilgebiete für das heutige Polen erst allmählich die wirtschaftliche Bedeutung gewinnen können, die sie ihrer wirtschaftlichen Struktur nach besitzen. Kongresspolen wie Preussisch-Polen und Galizien bedeuteten innerhalb der früheren politischen Zusammensetzung etwas anderes wie heute; ihre Entwicklung war beeinflusst durch die Bedürfnisse des Landes, zu dem sie damals gehörten. Beim preussischen und österreichischen Anteil tritt die Verschiedenheit in der Entwicklung nicht so stark hervor wie bei Kongresspolen. Aber gerade die Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung Kongresspolens innerhalb des grossen russischen Reiches ist für die Bilanzverhältnisse des heutigen polnischen Staates von ausserordentlicher Bedeutung geworden.

Den Hauptanteil an dem Defizit der Wirtschaft der Republik Polen trägt daher Kongresspolen. Dieses ehemals russi-



sche Gebiet war im Verhältnis zum Kaiserreich Russland der Produzent und Lieferant fertiger und halbfertiger Erzeugnisse, während Russland in der Hauptsache Lebensmittel und Rohstoffe lieferte<sup>1)</sup>. Polen führte nach Russland sehr wenig landwirtschaftliche Erzeugnisse aus, bezog dagegen aus Russland grosse Mengen davon. Der Import überstieg den Export beträchtlich, und die Bilanz landwirtschaftlicher Produkte Kongresspolens war daher im Verhältnis zu Russland passiv. Auch aus dem Auslande mussten Lebensmittel eingeführt werden, sodass die Landwirtschaft im Rahmen der Handelsbilanz ein Defizit aufwies.

Ein ähnliches Bild ergaben die Rohmaterialien, deren Einfuhr aus Russland und dem Auslande die Ausfuhr überstieg, während es bei den meisten Fertigfabrikaten umgekehrt war. Hier war die Bilanz Kongresspolens in den Handelsbeziehungen zu Russland aktiv. Polen führte nach Russland weit mehr Fertigfabrikate aus als es von dort bezog. Häufig wurden die aus Russland bezogenen Rohmaterialien in Polen verarbeitet und als Fertigfabrikate nach Russland wieder ausgeführt. Dem Charakter des russischen Reiches als Produzenten von Rohmaterialien und Konsumenten von Fertigerzeugnissen entsprach auch die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung, sodass sich die Entwicklung Kongresspolens den Bedürfnissen des ganzen russischen Reiches anpassen musste. Nach der Vereinigung Polens mit Russland wurde der polnische Markt mit russischen Rohstoffen überschwemmt. Das führte dazu, dass die eigene Rohstoffgewinnung vernachlässigt wurde und Polen sich mehr der Verarbeitung eingeführten Rohmaterials zuwandte.

Das Ergebnis dieser Entwicklungstendenz sehen wir im neuen Polen, wo Kongresspolen, bevor es ein aktiver Faktor in der polnischen Volkswirtschaft werden kann, eine gewisse Zeit zur Umstellung auf die neuen Verhältnisse braucht. Anzunehmen ist daher, dass wir es bei den Schwierigkeiten in den Bilanzverhältnissen der polnischen Republik mit Erscheinungen zu tun haben, die mehr eine Folge der notwendigen Uebergangszeit sind.

Die Passivität der polnischen Handelsbilanz findet zu einem wesentlichen Teil auf diese Weise ihre Erklärung. Doch das ausserordentlich ungünstige Zahlenverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr, wie wir es in Polen seit Bestehen der Republik sehen, ist nicht so sehr eine Folge der geschil-

<sup>1)</sup> Marcelli Lewy: Das volkswirtschaftliche Leben des Königreichs Polen, übersetzt von Abramowitz.

derten Zwangslage wie das Ergebnis der grosszügigen Wirtschaftspolitik der Polen, die nicht im entferntesten daran denken, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, sondern alle ihre Hoffnungen auf einen automatischen Ausgleich der Bilanzverhältnisse durch die Angliederung Oberschlesiens gesetzt haben. Hier stehen wir vor Tatsachen, die der Entwicklung der polnischen Währungsverhältnisse ihren Stempel aufdrücken. Vom Wirtschaften im volkswirtschaftlichen Sinne kann im heutigen Polen nicht gesprochen werden. Es ist aber anzunehmen, dass man in Polen jetzt, nachdem man die erstrebten Gebietserweiterungen erlangt hat, auf die man häufig unter Hinweis auf die schlechte Handelsbilanz Anspruch erhoben hatte, mit grösserer Wirtschaftlichkeit an einen Ausgleich der Bilanz herangehen wird.

Wertangaben für die Ein- und Ausfuhr des Statistischen Hauptamtes fehlen noch, da diese erst in den Veröffentlichungen für das Jahr 1922 zum ersten Mal erscheinen sollen. Aus dem Mengenverhältnis zwischen Aus- und Einfuhr ergibt sich aber, dass auch das Wertverhältnis zuweilen ganz aussichtslos erscheinen musste. Im Jahre 1919 betrug die Ausfuhr nur etwa 5% der Einfuhr, um im Jahre 1920 auf etwa 17,5% und im Jahre 1921 auf etwa 42% zu steigen. In der Zeit von 1920 zu 1921 nahm der Gesamtaussenhandel um 65,7% zu, und zwar war die Einfuhr von 1921 nur um etwa 27% grösser als die Einfuhr von 1920, während die Ausfuhr in der gleichen Zeit um 227% gestiegen war.

Nach Hauptwarengruppen<sup>1)</sup> verteilte sich die Ein- und Ausfuhr der Jahre 1920 und 1921 wie folgt<sup>2)</sup>:

<sup>1)</sup> Nach Warenarten ergibt sich für 1920 folgendes Bild:			
Einfuhr	1920	Ausfuhr	1920
(in Tausend Tonnen)		(in Tausend Tonnen)	
Insgesamt	3 530	Insgesamt	620
Darunter:		Darunter:	
Kohlen	2 691	Kohlen	147
Getreide und Mehl	248	Getreide und Mehl	19
Lebensmittel verschiedener Art	225	Kartoffeln	100
Rohstoffe für die Textilindustrie	35	Zucker	16
Textilwaren, Wäsche, Kleidung	11	Spiritus	2
Erze und Roheisen	23	Erze	5
Metallerzeugnisse	81	Metallerzeugnisse	8
Maschinen	24	Holz und Holzzeugnisse	102
Baumaterialien	36	Baumaterialien	41
Düngemittel	36	Saatgut	4
		Naphtha und Erzeugnisse aus Naphtha	140

<sup>2)</sup> Revue Mensuelle de Statistique, Warschau 1921/22 „Przegląd Gospodarczy“, Warschau 1921/22.

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	1920	1921	1920	1921
Lebende Tiere, Stück	517	2 527	41 915	207 692
Nahrungs- und Genussmittel	405 736	687 691	143 147	163 052
Rohstoffe	2 912 123	3 761 537	349 062	1 470 641
Halbfabrikate	7 987	12 891	4 920	16 270
Fertige Waren	202 010	380 482	121 302	377 971
Vermischtes	1 954	2 445	1 883	110
Zusammen	517	2 527	41 915	207 692
Stück Tonnen	3 529 810	4 845 046	620 315	2 028 044

Danach ist die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, Rohstoffen und lebenden Tieren beträchtlich gestiegen. Den stärksten Anteil an der Einfuhr haben die Rohstoffe, und zwar besonders Kohlen, deren Einfuhr 1920 76% und 1921 73% der Gesamteinfuhr ausmachte. Schon allein aus dieser Bedeutung der Kohlen für die polnische Einfuhr ergibt sich, wie die polnische Handelsbilanz sich nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens gestalten muss. Dazu kommt noch, dass Polen von einem Kohleneinfuhr- zu einem Kohlenausfuhrland geworden ist und nunmehr bei einem Produktionsstande von 1921 mit einer Kohlenausfuhr von etwa 7 Millionen t rechnen kann.

Das Bild der polnischen Handelsbilanz wird günstiger, wenn wir die Werte für die Ein- und Ausfuhr gegenüberstellen, da in der Ausfuhr mehr hochwertige Waren enthalten sind als in der Einfuhr. Die Verwaltung der polnischen Zollämter veröffentlicht einen Vergleich<sup>1)</sup> der Werte der ein- und ausgeführten Waren im ersten Halbjahr 1920 und 1921 in 1000 Fr.

Einfuhr	1. Halbjahr 1921	1. Halbjahr 1920	Unterschied für das Jahr 1921
Lebensmittel	2 488 606	6 366 668	— 3 878 062
Rohstoffe für die Industrie	5 139 928	13 160 529	— 8 020 601
Fertigfabrikate	2 778 904	6 664 505	— 3 885 601
Insgesamt	10 407 438	26 191 702	— 15 784 264
Ausfuhr	1. Halbjahr 1921	1. Halbjahr 1920	Unterschied für das Jahr 1921
Lebensmittel	1 000 733	1 114 774	— 114 041
Rohstoffe für die Industrie	2 718 143	3 046 006	— 327 863
Fertigfabrikate	6 484 436	7 621 078	— 1 236 642
Postpakete	596 543	474 365	+ 122 178
Insgesamt	10 799 855	12 256 223	— 1 456 368

<sup>1)</sup> Ueberseedienst Nr. 35 vom 1. 9. 1921.

Somit betrug die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1920 nur etwa 48% der Einfuhr, während 1921 bereits ein Ausfuhrüberschuss von 400 Mill. Fr. zu verzeichnen war. Die Einfuhr ist dem Werte nach besonders für Rohstoffe stark zurückgegangen. Die Gesamtausfuhr ist in der ersten Hälfte des Jahres 1921 dem Wert nach ebenfalls (um etwa 1½ Milliarden) geringer gewesen als in den ersten 6 Monaten des Jahres 1920, während sie dem Gewicht nach im ganzen Jahre 1921 gegenüber 1920 um 1 400 000 t gestiegen ist.

Ueber den Anteil der einzelnen Staaten an der polnischen Ein- und Ausfuhr gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluss:

Herkunfts- und Bestimmungsländer	Einfuhr				Ausfuhr			
	1920	%	1921	%	1920	%	1921	%
Grossbritannien	37 449	1,06	52 665	1,09	14 018	2,26	184 146	9,08
Frankreich	14 520	0,41	18 584	0,38	2 253	0,36	22 592	1,11
Deutschland	2834 165	80,29	3 012 414	62,18	232 731	37,52	539 509	26,60
Tschechoslowakei	149 057	4,22	840 950	17,36	74 404	12,00	210 851	10,40
Oesterreich	76 327	2,16	124 584	2,57	199 790	32,21	473 575	23,35
Rumänien	45 622	1,29	128 498	2,65	3 179	0,51	21 261	1,05
Vereinigte Staaten	152 560	4,32	343 402	7,09	211	0,03	775	0,04
Sonstige Länder <sup>1)</sup>	220 111	6,24	323 949	6,69	93 729	15,11	575 335	28,37

<sup>1)</sup> Im Jahre 1920 verteilte sich die Ein- u. Ausfuhr auf die sonst. Länder:

	Einfuhr Tonnen	Prozentu- ales Ver- hältnis zur Gesamt- einfuhr	Prozentuales Verhältnis zur Gesamtein- fuhr ohne Be- rücksichtig. der Einfuhr v. O.-S. Kohle	Ausfuhr Tonnen	Prozentu- ales Ver- hältnis zur gesamten Ausfuhr
1. Danzig	139 322	3,96	15,2	29 881	4,8
2. Holland	32 772	0,93	3,5	6 402	1,3
3. Norwegen	7 486	0,22	0,8	—	—
4. Teschenerschles.	7 226	0,20	0,7	41 202	6,6
5. Spanien	6 149	0,18	0,7	—	—
6. Brasilien	5 557	0,16	0,6	—	—
7. Italien	4 912	0,15	0,6	1 743	0,3
8. Schweiz	3 954	0,11	0,5	2 706	0,4
9. Ungarn	2 451	0,08	0,2	1 331	0,2
10. Schweden	2 174	0,07	0,2	1 630	0,2
11. Belgien	1 984	0,05	0,2	1 840	0,3
12. Jugoslawien	1 754	—	—	—	—
13. Britisch-Indien	928	—	—	—	—
14. Dänemark	599	—	—	—	—
15. Finnland	576	—	—	—	—
16. Russland	406	0,18	0,6	717	0,1
17. Franz. Kolonien in Afrika	392	—	—	—	—
18. Andere Länder	1 496	—	—	61	—



Hier finden wir unsere obige Behauptung, dass Deutschland Polen gegenüber eine wirtschaftliche Machtstellung besitzt oder besser gesagt besessen hat, und dass Frankreich mit seinem Einfuhranteil bei weitem nicht in der Lage sein konnte, den deutschen Druck auf die polnische Währung zu beheben, zahlenmässig bewiesen.

Die amtliche polnische Monatsschrift für das Wirtschaftsleben gibt in ihrer Novembernummer 1920 eine statistische Betrachtung über den deutsch-polnischen Handelsverkehr im zweiten Vierteljahr 1920. Danach betrug die Gesamteinfuhr 441 600 t, hiervon führte Deutschland rund 302 000 t<sup>1)</sup> = 70% nach Polen ein. Das polnische Blatt knüpft daran Betrachtungen und meint: „Es bedarf einer planmässigen Wirtschaftspolitik vieler Jahre, bis wir uns von den engen Verflechtungen unseres Wirtschaftslebens mit dem deutschen unabhängig machen können.“ Mit der Entscheidung über Oberschlesien ist dieses Problem in der Hauptsache gelöst.

Zu bemerken ist aber, dass die Einfuhr aus Deutschland zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Entwicklung der deutschen Valuta zurückzuführen war. Die Ausfuhrsperr Deutschlands Polen gegenüber hat aber mit dazu beigetragen, dass die Einfuhr aus Deutschland besonders auch noch in der letzten Zeit, als die Sperrmassnahmen bereits nachliessen, wesentlich langsamer stieg als die Einfuhr aus den meisten anderen Staaten, besonders aus der Tschechoslowakei. Auch die Ausfuhr Polens nach Deutschland hat verhältnismässig viel weniger zugenommen als die nach den übrigen Ländern.

Mit der Aufnahme Ost-Oberschlesiens in das polnische Wirtschaftsgebiet dürfte die Belastung der polnischen Handelsbilanz durch das Defizit gegenüber Deutschland geschwunden sein. Bereits in allernächster Zeit dürfte sich das Verhältnis ganz wesentlich ändern. Sobald Polen zu einer aktiven Handelsbilanz gelangt ist, wird man dann von einer wirtschaftlichen Machtstellung irgend eines Staates nicht mehr sprechen können. Ob die Handelsbilanz sich aber so günstig

1) Im einzelnen verteilte sich die Einfuhr nach Waren folgendermassen:

	Gesamteinfuhr	Deutsche Einfuhr
Roh- und Heizstoffe	302 400	282 900
hiervon Kohlen	258 000	237 600
Salz	28 100	26 800
Papier	4 800	1 940
Landwirtschaftl. Maschinen	2 880	1 460
Chemische Produkte	6 990	1 190
Maschinen	3 410	1 020
		9*

gestalten wird, wie die Zahlen zunächst vermuten lassen, kann mit Sicherheit nicht vorausgesetzt werden; denn wenn auch die Produktion Ost-Oberschlesiens an sich den Ausgleich herstellen könnte, so kann der Rückgang der Produktion in Kongresspolen die Absatzfrage und vor allem der mit dem grösseren verfügbaren Reichtum wahrscheinlich auch verbundene verstärkte Konsum eine unerwartete Entwicklung zeitigen. Das sind Gedanken, die bei einer Wirtschaftspolitik, zu der gerade der Pole neigt, nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Aber noch ein anderes Moment spricht für die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Besserung der Handelsbilanz. Die Republik Polen kam gerade in der ersten Zeit ihres Bestehens in die Lage, grosse Aufwendungen zu machen, und nur die Planlosigkeit des Aufbaues und der Investierung von Kapital führten im Zusammenhang mit dem polnisch-russischen Kriege zu einer übermässigen Belastung der Zahlungsbilanz. Sobald die polnische Währung wenigstens kurze Zeit einen stabilen Charakter zeigt, und falls das Ausland auch weiterhin, wie nach der Uebernahme Polnisch-Oberschlesiens, Vertrauen zur Entfaltung des polnischen Wirtschaftslebens fasst, wird es in immer grösserem Maße ermöglicht, dass produktive Einfuhrwerte ohne Belastung der Zahlungsbilanz auf dem Wege von Anleihen und langfristigen Krediten nach Polen gelangen. Erst dann wird für Polen, das zu seinem vollständigen wirtschaftlichen Aufbau noch grosser Summen bedarf, die unseres Erachtens wichtigste Vorbedingung einer auf die Dauer stabilen Währung, die scharfe Trennung von produktiven und konsumtiven Ausgaben, gegeben sein.

Betrachten wir die Bilanz der einzelnen Wirtschaftszweige, so sehen wir im Rahmen einer gesunden Wirtschaftspolitik — abgesehen vom Verkehrswesen — die Möglichkeit eines Produktionsüberschusses. Für den Aufbau und die Umstellung der Landwirtschaft ganz Polens muss gegenwärtig viel Kapital investiert werden, um die Produktionsbasis zu schaffen, wie sie den natürlichen Entwicklungsbedingungen entspricht. Grosse Mittel erfordert die Herstellung der im Kriege zerstörten Wirtschaften, die Kultivierung brachliegenden Landes sowie die Beschaffung von lebendem und totem Inventar und künstlichem Dünger. Andererseits wird aber das Defizit der Landwirtschaft schwinden, sobald die Produktion Kongresspolens und Ostgaliziens und besonders der östlichen Gebiete des Reiches nur einigermassen wieder aufgenommen wird. Nach den oben angeführten Zahlen für 1921 kann sogar mit

einer bald einsetzenden grösseren Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse gerechnet werden.

Mussten wir schon bei Polen ohne Ost-Oberschlesien feststellen, dass es ein an Bodenschätzen reiches Land ist und dass es keineswegs richtig ist und mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, wenn Briand behauptet, dass Polen zu seiner Lebensfähigkeit weiterer Gebiete bedurfte, so ist Polen nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens in erhöhtem Maße in der Lage, Bodenschätze, besonders Kohlen und Erdöl, auszuführen und dadurch zur Verbesserung seiner Zahlungsbilanz beizutragen. Ebenso verspricht die Industrie, besonders nach der Bereicherung durch Ost-Oberschlesien, ein stark aktiver Faktor der polnischen Wirtschaftsbilanz zu werden; denn auch die Industrie Kongresspolens, die nach dem Weltkrieg darniederlag, beginnt trotz aller Schwierigkeiten allmählich für den ausländischen Markt zu arbeiten.

Bevor das Verkehrswesen, dessen Ausbau zur Förderung der anderen Wirtschaftszweige dringend notwendig ist, einen aktiven Faktor in der polnischen Wirtschaftsbilanz darstellen wird, werden noch viele Jahre vergehen, in denen erhebliche Werte investiert werden müssen. Darin liegt zweifellos eine Gefahr für die polnischen Bilanzverhältnisse und damit auch für die polnische Währung. Doch darf anderseits nicht verkannt werden, dass mit dem fortschreitenden Ausbau des Verkehrswesens allen anderen Wirtschaftszweigen Polens der Weg zur grösseren Produktivität geebnet wird.

Neben der Handelsbilanz ist als weiterer wesentlicher Faktor der polnischen Zahlungsbilanz der Transitverkehr von und nach Russland zu betrachten. Bisher erfuhr die Zahlungsbilanz aus dieser Quelle keine Besserung; denn durch die politischen Schwierigkeiten zwischen Polen und Russland wurde die Ausnutzung dieser Möglichkeit behindert. Von der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen zu Russland wird es jedoch in Zukunft abhängen, welche Erträge diese Einnahmequelle der polnischen Volkswirtschaft liefern wird. Schon heute etwas über die Aussichten des Problems Polen-Russland zu sagen, wäre verfrüht.



## XI. Die Finanzbilanz.

Wenn wir die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige überblicken und berücksichtigen, dass die Handelsbilanz trotz ihres zahlenmässigen Defizits eine stetige Besserung aufzuweisen hat, dann scheint uns die so ausserordentlich schnelle Entwertung der polnischen Währung nicht restlos in der Gestaltung der Zahlungsbilanz ihre Erklärung zu finden. In der Tat liegt der Schlüssel zur polnischen Währungskatastrophe in der Entwicklung der Finanzbilanz. Während der Grund der passiven Zahlungsbilanz in der Hauptsache in einem vorübergehenden Defizit der Produktion der einzelnen Wirtschaftszweige und in der sehr grosszügigen polnischen Investierungspolitik liegt, spiegelt sich die gesamte Wirtschaftspolitik der polnischen Republik besonders klar in den Zahlen der finanziellen Bilanzverhältnisse wieder.

Es soll nicht verkannt werden, dass die polnische Republik mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Zunächst erhoben die drei Teilgebiete ganz verschiedene Steuern, sodass Polen vor der Aufgabe stand, ein einheitliches Steuersystem für ganz Polen zu schaffen. Anfangs begnügte man sich mit Steuerzuschlägen auf die in den einzelnen Teilgebieten bestehenden Steuern, sah sich aber mit dem Fortgang der Geldentwertung immer mehr gezwungen, das Steuerbild zu vereinheitlichen. Parallel mit den Vereinheitlichungsbestrebungen des Steuersystems ging das Bemühen, neue Steuerquellen zu erschliessen, um das finanzielle Defizit zu beseitigen.

Nur die ehemals preussischen und österreichischen Teilgebiete hatten eine moderne Steuergesetzgebung und Finanzverwaltung, die aber auch nur den normalen Friedensverhältnissen entsprachen und dem verstärkten Nachkriegsbedarf ebenfalls nicht genügten. Die grössten Schwierigkeiten bot der russische Anteil; denn einmal war hier das Steuersystem rückständig, dann aber musste, nachdem die russischen Steuerbeamten ihre Posten verlassen hatten und auch der unter



deutscher Verwaltung geschaffene Ersatz wieder verschwunden war, der ganze Steuerapparat neu aufgebaut werden. Um die Steuerämter in Kongresspolen zu besetzen, mangelte es ausserordentlich an geschultem Personal; zumeist musste man sich durch Heranziehung eines grossen Teiles der Beamten aus Galizien helfen.

Gewisse Fortschritte auf dem Gebiete des Steuerwesens sind unverkennbar, doch zeigte sich, dass mit der Schaffung von Gesetzen und Verordnungen das Problem keineswegs gelöst ist; denn die Erträge können erst mit einem Ausbau der Finanzverwaltung nach Jahren ertragreicher gestaltet werden. Bei der Einführung neuer Steuern hat sich Polen eng an das Vorbild Deutschlands angelehnt. Der Anfang eines einheitlichen polnischen Steuersystems wurde mit der durch das Gesetz vom 25. Mai 1920 eingeführten Nachlass- und Schenkungssteuer<sup>1)</sup> gemacht. Mit Gesetz vom 16. Juli 1920 wurde eine Kapital- und Rentensteuer eingeführt<sup>2)</sup>. Ferner seien noch erwähnt die Börsensteuer<sup>3)</sup> vom 2. Juli 1921, die Gewerbesteuer vom 17. Dezember 1921, die Bereicherungssteuer vom 31. März 1922 und eine Reihe von Stempelsteuern und Gebühren, die zum Teil erhöht, zum Teil neu eingeführt wurden.

Der wichtigste Schritt war aber die durch das Gesetz vom 16. Juli 1920 geschaffene Einkommens- und Vermögenssteuer<sup>4)</sup>. Diese war umso bedeutsamer, als es in den ehemals zu Russland gehörigen Teilen eine solche Steuer nicht gegeben hat und diese einen Grundpfeiler des neuen polnischen Steuersystems bedeutet. Die Belastung ist, obwohl sie der fortschreitenden Geldentwertung angepasst wurde, verhältnismässig stark<sup>5)</sup>. Sie beginnt gemäss Gesetz vom 16. Juli 1920 mit 0,5% bei einem Einkommen von 2400—3000 polnischen Mark und steigt in etwa 80 Abstufungen bis zu 25%<sup>6)</sup> bei 500 000 polnischen Mark. Dazu kommt noch bei höherem Einkommen physischer Personen eine Zusatzsteuer von 1—10% vom ganzen steuerpflichtigen

<sup>1)</sup> Gesetzblatt Nr. 49.

<sup>2)</sup> Gesetzblatt Nr. 76.

<sup>3)</sup> Gesetzblatt Nr. 73.

<sup>4)</sup> Gesetzblatt Nr. 82.

<sup>5)</sup> Doch ist die Belastung geringer als in Deutschland.

<sup>6)</sup> Krczemicki s. a. a. O. S. 29. Um diese Steuerskala richtig zu bewerten, muss in Erwägung gezogen werden, dass im Juli 1920 (zur Zeit des Erlasses des Gesetzes) der Dollarkurs an den polnischen Börsen ca. 170 poln. Mark betrug und die Teuerung schon sehr bedeutend war. In der Tschechoslowakei betrug gleichzeitig die Einkommensteuer bei einem

Einkommen. Immerhin kann gerade die Einkommensteuer erst mit Hilfe einer eingespielten Steuerverwaltung befriedigende Erträge liefern. Die Einnahmen aus direkten Steuern sind sehr gering, die der indirekten Steuern verhältnismässig hoch. Im Budget betrugen die indirekten Steuern 77,3% und nach Einbeziehung der ausserordentlichen Abgaben 50,6%.

In Anbetracht der durch das Gesetz vom 16. Dezember 1921<sup>1)</sup> eingeführten einmaligen ausserordentlichen Staatsabgabe, der sogenannten Danina, wurde die Erhebung der Vermögenssteuer, die in einer Progression von 1—5<sup>0</sup>/<sub>00</sub> vorgesehen ist, vorläufig ausgesetzt. Die einmalige Vermögensabgabe ähnelt dem deutschen Reichsnotopfer, wich jedoch in den Durchführungsbestimmungen ganz wesentlich davon ab. Sie war ein Teil des Sanierungsprogramms des Finanzministers Michalski, der auf diese Weise die Noteninflation aufzuhalten gehofft hatte. Das Ergebnis, das binnen kurzer Zeit erzielt werden sollte, wurde auf 79,660 Milliarden polnische Mark veranschlagt. Davon entfielen auf

die Landwirtschaft . . . . .	50 000 Mill.
das Gewerbe (Industrie und Handel) . . . . .	24 530 „
den städtischen Realitätenbesitz . . . . .	2 130 „
die Mieterschaft . . . . .	1 200 „
die freien Berufe . . . . .	500 „
die Auto- und Equipagenbesitzer . . . . .	1 300 „

In der Regierungsvorlage war eine grössere Belastung der Landwirtschaft vorgesehen. Doch ist es den Vertretern der Landwirtschaft, besonders den Mittel- und Kleinbauern, während der Beratungen im Budget- und Finanzausschuss gelungen, eine Entlastung der Landwirtschaft durchzusetzen.

Wenn auch die Notenflut über die Versuche des Finanzministers Michalski hinweggegangen ist und sein für die Finanzgesundung gelegtes Fundament hinweggespült hat, so bedeutet doch sein Bemühen einen Lichtblick in der polnischen Finanzgeschichte. Die Entwicklung war nur stärker als er, und es zeigte sich, dass er mit seinen diktatorischen Finanz-

Einkommen von 500 000 tschechoslowakischen Kronen (Umrechnungskurs vom Juli 1920 ca. 3,80) nur 22,80<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, in Deutsch-Oesterreich bei einem Einkommen von 500 000 deutsch-österreichischen Kronen (Umrechnungskurs ca. 1,05) nur 15<sup>0</sup>/<sub>0</sub>.

<sup>1)</sup> Gesetzblatt Nr. 1, 1922.

<sup>2)</sup> Harnik: „Die Vermögensabgabe in Polen“ in „Berichte aus den neuen Staaten“ S. 422.

massnahmen nicht gegen den Strom schwimmen konnte. An Steuergesetzen fehlte es in Polen nicht; auch die zu geringen Einnahmen waren für die Entwicklung der Finanzverhältnisse Polens nicht bestimmend. Gescheitert ist die Finanzfrage Polens an den übermässigen Ausgaben, für deren Deckung man die Grenzen im Innern des Landes wie auch die Möglichkeiten im Auslande nicht erkannte. Hier liegen die Wurzeln des Finanz- und Währungselends der polnischen Republik; ihnen gegenüber erwiesen sich auch die Versuche des Finanzministers Michalski als machtlos.

Immerhin dürften bei einer wahren Finanzreform noch weitere Quellen zu erschliessen sein; doch erst dann, wenn man fest entschlossen ist, eine Gesundung von Währung und Finanzen herbeizuführen und eine Besserung der Lage nicht lediglich von einer Vermehrung der Einnahmen infolge irgend welcher Gebietserweiterungen erwartet. Als eine solche Quelle kommt besonders eine stärkere Besteuerung des Grundbesitzes in Frage, der die Last der Durchführung einer Währungsreform in der Hauptsache wohl zu tragen haben wird. Die heutige Besteuerung des Grundbesitzes in Polen ist, obwohl die Grundsteuer durch die Gesetze vom 14. Juli 1920<sup>1)</sup> und vom 17. Juni 1921<sup>2)</sup> bedeutend erhöht worden ist, als durchaus unzureichend zu bezeichnen; gegenüber den Friedenssätzen ist sie ganz ausserordentlich stark zurückgeblieben und nur dann zu rechtfertigen, wenn diese Besteuerung gleichsam als letzte Reserve für eine allgemeine Währungs- und Wirtschaftsreform aufgespart wird. Eine solche Steuererfassung des Grundbesitzes dürfte von umso grösserer finanzieller und wirtschaftlicher Tragweite sein, als der grösste Teil der Gesamtbevölkerung Polens auf das Land entfällt und mit einer stärkeren Besteuerung gleichzeitig die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktivität verbunden wäre.

Die Finanzschwierigkeiten Polens kommen zahlenmässig in der Budgetgestaltung klar zum Ausdruck. Das erste polnische Budget wurde erst im Jahre 1921 aufgestellt, während in den Jahren 1918, 1919 und 1920 alle laufenden Ausgaben der einzelnen Ministerien planlos mit Hilfe der Notenpresse gedeckt wurden. Erst der Finanzminister Michalski ging im Herbst 1921 an eine Ordnung der polnischen Finanzwirtschaft. Durch das Gesetz vom 17. Dezember 1921<sup>3)</sup>, betreffend die Mittel zur Sanierung der staatlichen Finanzwirtschaft

<sup>1)</sup> Gesetzblatt Nr. 61 und 71.

<sup>2)</sup> Gesetzblatt Nr. 59.

<sup>3)</sup> Siehe Anhang.



ist dem Finanzminister ein Einspruchsrecht bei allen Ausgaben eingeräumt worden, sodass er ausserordentlich weitgehende Eingriffsrechte besass. Besonders wichtig ist auch der § 6 des genannten Gesetzes, der den Abschluss von Verträgen in ausländischer Währung nur in Ausnahmefällen gestattet und damit die polnische Währung, die in den Zeiten starken Sinkens häufig zu Gunsten einer ausländischen Währung als Rechnungseinheit aufgegeben worden ist, mit dem Wirtschaftsleben wieder verankern sollte. Der Gedanke, der polnischen Währung neue Kraft zu verleihen, lag damals besonders nahe, da sie nach der Entscheidung über Oberschlesien eine beträchtliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen hatte.

Das Hauptergebnis der Sanierungsarbeit des Finanzministers war die Aufstellung von Abschlüssen für die Jahre 1918, 1919, 1920 und 1921, die Aufstellung einer Bilanz der in- und ausländischen Verschuldung Polens am 1. Januar 1922 und der entgegenstehenden Aktiven sowie der Entwurf eines geordneten Haushaltsplanes für 1922 nebst finanzpolitischen Richtlinien zur Besserung der Valutaverhältnisse, zur Gesundung der gesamten Finanzwirtschaft und zur Deckung der Passiven. Bis Ende 1921 ergab sich ein Defizit von über 229 Milliarden, demgegenüber betrug die Staatsschuld bei der polnischen Notenbank mehr als 251 Milliarden, wovon 221 Milliarden auf den Notenumlauf und der Rest auf innere Anleihen entfielen.

Im Jahre 1920/21 gestaltete sich die Finanzlage sehr schwierig; denn bei der stetig fortschreitenden Geldentwertung stiegen die Einnahmen weit langsamer als die Ausgaben und trugen zu einer ständigen Vergrösserung des Defizits bei. Ueber die Steuereinnahmen in Kongresspolen und Galizien hat der Finanzminister für den Monatsdurchschnitt des Jahres 1920 und den Monat Januar 1921 folgende Angaben gemacht:

	1920 monatl. durchschnittl.	Januar 1921
Direkte Steuern	63,6 Mill.	176,4 Mill.
Indirekte Steuern	54,8 „	141,8 „
Zölle	54,4 „	111,8 „
Staatsmonopole	156,3 „	298,8 „
Stempelsteuern	62,1 „	164,3 „
Andere Einnahmen	2,3 „	3,2 „
zusammen	393,5 Mill.	896,8 Mill.

Das Budget des Jahres 1921 ist erst sehr spät dem Parlament zugegangen und erst nach Ablauf des Budgetjahres an-



genommen worden. In dem Voranschlag für das Jahr 1921 waren 118,537 Milliarden Mark Einnahmen und 198,697 Milliarden Mark Ausgaben vorgesehen, sodass das Defizit 80 Milliarden Mark überstieg. Hervorzuheben ist, dass in dieser Aufstellung das Budget des Ministeriums für die ehemals preussischen Gebiete eingeschlossen war, deren Finanzwirtschaft einen Ueberschuss von über 6 Milliarden Mark lieferte. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass in dem Budget des Ministeriums für die ehemals preussischen Gebiete die anteilmässig auf dieses Gebiet entfallenden Ausgaben für das Heer nicht eingerechnet waren, während im Hauptbudget ein besonders grosser Teil der Ausgaben auf das Kriegministerium entfiel. An zweiter Stelle standen die Ausgaben des Verkehrsministeriums, bei dem ein gewisser Prozentsatz für Investierung von Werten eingerechnet war.

In der Steuerpolitik war man bestrebt, die Steuern auf die Goldparität zu bringen. Mit Gesetz vom 10. Mai 1921 wurde der Ministerrat ermächtigt, die indirekten Steuern derart zu erhöhen, dass das Verhältnis von Steuern und Verkaufspreis das gleiche ist wie im Durchschnitt der Jahre 1912 bis 1914. Die direkten Steuern konnten aber begreiflicherweise nicht in dem gleichen Maße erhöht werden.

Besondere Bedeutung kommt dem Budget für das Jahr 1922 zu; es dürfte das erste Budget Polens sein, das einer geordneten Finanzwirtschaft entspricht. Der Finanzminister ist bei der Aufstellung des Budgets mit grosser Sparsamkeit vorgegangen und hat neben dem ordentlichen und ausserordentlichen Budget ein Investierungsbudget aufgestellt. Wenn auch die Ausgaben dieses Investierungsbudgets scharfer Kritik nicht standhalten und nicht immer als eigentliche Investierungsausgaben zu betrachten sind, weil sie mehr oder weniger als unproduktive Ausgaben anzusehen sind, so muss immerhin zugegeben werden, dass allein die Tatsache des Versuchs einer Trennung von Konsumtiv- und Produktivausgaben den Weg bedeutet, auf dem ein Ausgleich der polnischen Finanzbilanz möglich erscheint. Mit einer solchen getrennten Aufstellung wird besonders dem Ausland vor Augen geführt, dass die finanziellen Ausgaben Polens in ihrer Gesamtheit anders zu beurteilen sind als die anderer Staaten, die nicht darauf angewiesen sind, zum Aufbau ihrer Wirtschaft grössere Werte zu investieren. Erst wenn es im Laufe der nächsten Zeit gelingen sollte, hier nicht nur formell, sondern auch materiell eine Trennung in dem Ausgabenetat vorzunehmen, indem man die Produktivausgaben durch An-

leihen deckt, dann dürfte das Ende der polnischen Finanzwirtschaft abzusehen sein. Die Gesamtausgaben und Einnahmen des Budgets von 1922 zeigen folgendes Bild<sup>1)</sup>:

ordentliche Einnahmen	347 054 658 454	poln. Mark
ausserordentliche Einnahmen	111 565 655 971	„ „
Insgesamt	458 620 314 425	poln. Mark
ordentliche Ausgaben	439 983 302 401	poln. Mark
ausserordentliche Ausgaben	151 650 607 193	„ „
Insgesamt	591 633 909 594	poln. Mark
Somit wird für 1922 ein ungedecktes Defizit eingesetzt von		
im ordentlichen Budget	92 928 643 947	poln. Mark
im ausserordentlichen Budget	40 084 951 222	„ „
Insgesamt	133 013 595 169	poln. Mark

Das Gesamtdefizit beträgt danach 133 Milliarden, wovon aber 112½ Milliarden für Investierungszwecke vorgesehen sind, sodass sich das eigentliche Defizit nur auf 20½ Milliarden beläuft. Die sogenannten Investitionsausgaben verteilen sich wie folgt:

<sup>1)</sup> Im einzelnen verteilen sich Einnahmen und Ausgaben:

	Einnahmen in Millionen poln. Mark	Ausgaben
Staatsoberhaupt	—	65,6
Sejm	0,7	493,3
Kontrolle	—	705,0
Ministerratspräsidium	707,3	1 975,2
Auswärtige Angelegenheiten	3 425,3	11 943,2
Heerwesen	10 581,9	152 849,2
Innere Angelegenheiten	6 227,6	29 764,1
Finanzen	270 291,6	86 288,6
Justiz	1 186,3	10 449,6
Industrie und Handel	7 644,0	3 328,6
Eisenbahnen	108 134,7	170 588,2
Ackerbau	27 820,8	15 038,0
Unterricht	492,5	49 166,2
Post	14 411,2	15 532,1
Sanität	2 154,8	7 360,4
Kunst	25,5	336,5
Oeffentliche Arbeiten	1 823,8	23 666,8
Arbeit	1 270,5	8 183,0
Liquidierungsamt	564,0	668,6
Bodenamt	1 816,1	2 990,2
Preussische Provinz	3,5	240,2
Zusammen	458 620,3	591 633,9

(Berichte aus den neuen Staaten Nr. 15 vom 15. April 1922.)

Heerwesen . . . . .	44	Milliarden poln. Mark
Eisenbahnen . . . . .	34	„ „ „
Unterricht . . . . .	5 $\frac{1}{2}$	„ „ „
Post . . . . .	4	„ „ „
Oeffentliche Arbeiten . . . . .	21	„ „ „

Sämtliche Staatsausgaben dürfen nur für die in den betreffenden Posten des Staatsbudgets angeführten Zwecke und im Rahmen der in diesen Posten vorgesehenen Kredite gemacht werden. Eine Ueberschreitung der Kredite ist nur auf Grund einer auf Antrag des Finanzministers vom Sejm zu erteilenden Zustimmung zulässig.

Bei einem gewissen Optimismus könnte man auf Grund des Budgets von 1922 fast von einer Besserung und Gesundung der polnischen Finanzen sprechen, denn formell beträgt das Defizit nur 20 $\frac{1}{2}$  Milliarden Mark. In Wirklichkeit wäre es bei grösster Sparsamkeit nur dann möglich gewesen, die im Budget vorgesehenen Posten einzuhalten, wenn die polnische Währung einen stabilen Charakter angenommen hätte. Da diese aber im Jahre 1922 einem ähnlichen Schicksal entgegengegangen ist wie in den vorangegangenen Jahren und ferner abermals eine „grosszügige“ Finanzpolitik eingesetzt hat, dürfte mit einem erheblichen Ueberschreiten der angesetzten Zahlen zu rechnen sein.

In der Sejm-Sitzung vom 5. Juli 1922 erstattete der Finanzminister ausführlich Bericht über die Finanzlage Polens. Damals belief sich das mit 133 Milliarden Mark vorgesehene Defizit nach den neuesten Berechnungen bereits auf 400 Milliarden polnische Mark, und man befürchtete sogar, dass eine weitere ungünstige Verschiebung eintreten würde. Diese neuen Aussichten für das Defizit ergeben sich daraus, dass in dem Voranschlag des Budgets erhebliche Summen durch ausländische Kredite gedeckt werden sollten, deren Beschaffung aber nicht gelungen ist.

Lange Zeit war Polen stolz darauf, keine Schulden zu haben. Auch heute noch ist die Schuldenlast des polnischen Staates verhältnismässig gering; denn die Schulden bei seinen Untertanen aus inneren Anleihen, die er besonders in der ersten Zeit des Bestehens der Republik aufgenommen hat, sind nur nominell hoch, während sie dem wahren Werte nach mit der Geldentwertung gesunken sind. Schulden an das Ausland zu machen, hatte Polen nicht in dem gewünschten Maße Gelegenheit, da man ihm gegenüber mit dem Vertrauen häufig sehr stark zurückhielt.

Bei fortschreitender Geldentwertung war es für den polnischen Staat immer seltener möglich, seinen finanziellen Bedarf durch Inlandsanleihen zu decken. Denn gar bald sahen die Zeichner von Anleihen ein, dass sie gegenüber dem Staate als Schuldner in eine wenig günstige Lage kamen, dass sich ihre dem Staate eingeräumten Darlehen zusehends verringerten und sie Aussicht hatten, gänzlich entwertetes Geld zurückgezahlt zu erhalten. Darum hatte Polen mit allen Anleiheversuchen, obwohl den Besitzern von Staatsanleihen ausserordentliche Vorteile versprochen wurden, wenig Glück. Die Wiedergeburtanleihe sowie die polnische Prämienanleihe brachten nur verhältnismässig geringe Erträge. Immer wieder tauchte daher der Gedanke einer Zwangsanleihe auf, da man sich von ihr die Rettung der polnischen Finanzen versprach. Schliesslich sah man aber doch ein, dass mit derartigen Versuchen kein Erfolg zu erzielen ist; an die Stelle der geplanten Zwangsanleihe trat daher die bereits erwähnte einmalige ausserordentliche Staatsabgabe, die Danina.

Nach der amtlichen Statistik werden die öffentlichen Inlandsschulden am 31. Dezember 1921 mit 251,229 Milliarden Mark angegeben, und zwar verteilen sie sich folgendermassen:

	Millionen Mark
5proz. Assignaten von 1918 . . . . .	155
5proz. langfristige Anleihe von 1920 . . . . .	10 844
5proz. kurzfristige Anleihe von 1920 . . . . .	2 129
4proz. Losanleihe . . . . .	1 993
Schatzbons 1. und 2. Serie . . . . .	15 108
Vorschüsse der polnischen Landesdarlehnskasse . . . . .	221 000
	<u>251 229</u>

Polens auswärtige Staatsschulden entstanden durch eine fünfprozentige Dollaranleihe, ferner durch Kredite, welche seitens der polnischen Regierung für die Beschaffung von Lebensmitteln sowie für verschiedene Dienstleistungen des Auslandes, insbesondere für Transportleistungen, in Anspruch genommen wurden. Laut amtlichen Angaben schuldete der polnische Staat am 31. Dezember 1921 insgesamt 283 379 600 Dollar, und zwar an

Amerika . . . . .	184 457 900 Dollar
Frankreich . . . . .	783 858 400 Francs
England . . . . .	4 374 800 Pfund Sterling
Italien . . . . .	17 428 200 Lire
Italien . . . . .	36 525 500 Goldfranken
Italien . . . . .	1 259 600 Papierfranken



Holland . . . . .	18 218 700 holl. Gulden
Norwegen . . . . .	16 497 400 norw. Kronen
Dänemark . . . . .	358 800 dänische Kronen
Schweden . . . . .	173 000 schwed. Kronen
Schweiz . . . . .	73 600 schweiz. Franken

Bei der Deckung seines finanziellen Bedarfs war der polnische Staat in ständig höherem Maße auf die Notenpresse angewiesen. Dadurch, dass er von diesem bequemen Mittel, seine Ausgaben zu decken, ausgiebig Gebrauch machte, erklärt sich dann auch unmittelbar das schnelle Sinken seiner Währung. Während der Notenumlauf im Januar 1920 noch 6,7 Milliarden betrug, belief er sich im Januar 1921 auf 55,1, am 1. Januar 1922 auf 229,5, am 1. Juli<sup>1)</sup> auf 300,1, am 1. September auf 385,8 und am 1. November auf 579,9 Milliarden Mark. Je grösser der Notenumlauf wurde, umso stärker stieg auch die monatliche Ausgabe neuer Noten. Während der Monat Oktober des Jahres 1921 mit 24,8 Milliarden Mark die stärkste monatliche Zunahme vor der Entscheidung über Oberschiesien aufwies, wurden im Oktober 1922 für 116 Milliarden Mark neue Noten ausgegeben.

<sup>1)</sup> Ausweis der Polnischen Landesdarlehnskasse über den Stand am 30. Juni 1922.

Aktiva		in Tausenden poln. Mark
1. Metallbestand:		
Gold		30 940
Silber		44 081
Ausländische Münzen		1 259
2. Valuten		190 680
Valutenkursdifferenz		6 334 831
3. „Nostro“-Guthaben im Auslande		1 680 058
Guthaben bei Deutschen Banken		418 674
Kursdifferenzen auf ausländischen Konten		18 841 354
4. Wechselportfeuille		42 629 780
5. Darlehen (Lombard-, offene und sonstige Kredite)		24 499 527
6. Staatsschuld		235 000 000
7. Postsparkasse		3 057 134
8. Eigene Wertpapiere		11 962 320
9. Sonstige Aktiven		23 003 182
	Summe	367 693 820
Passiva		
1. Reservefonds		11 331 997
2. Notenumlauf		300 101 133
3. Girokreditoren und sofort fällige Verbindlichkeiten		51 634 013
4. Sonstige Passiven		4 626 677
	Summe	367 693 820

(Berichte aus den neuen Staaten Nr. 29 vom 21. Juli 1922.)

Einen nicht zu verkennenden Gesundungsprozess machte das polnische Finanzwesen vom Oktober 1921 bis März 1922 durch. Die Emission von Banknoten betrug in diesen sechs Monaten:

Oktober 1921 . . . . .	24 852 281 111	Mark
November 1921 . . . . .	11 125 647 000	„
Dezember 1921 . . . . .	15 993 771 069	„
Januar 1922 . . . . .	6 176 664 982	„
Februar 1922 . . . . .	5 113 032 465	„
März 1922 . . . . .	3 452 058 673	„

Davon wurden für Produktionszwecke verausgabt:

31. Oktober 1921 . . . . .	16,81	Prozent
30. November 1921 . . . . .	21,97	„
31. Dezember 1921 . . . . .	25,09	„
31. Januar 1922 . . . . .	24,48	„
28. Februar 1922 . . . . .	26,84	„
31. März 1922 . . . . .	27,53	„

Die Verschuldung des Staatsschatzes gegenüber der Polnischen Landesdarlehnskasse stieg im

Oktober 1921	um	20 $\frac{1}{2}$	Milliarden
November 1921	„	15 $\frac{1}{2}$	„
Dezember 1921	„	7	„
Januar 1922	„	6 350	Millionen
Februar 1922	„	3 250	„
März 1922	„	1 506	„

Ein Umschlag trat bereits wieder im April 1922 ein, als anscheinend die ersten grösseren Eingänge der Danina verbraucht waren. Während der Notenumlauf am 28. Februar 1921 247,2 Milliarden Mark betrug und im März 1922 nur um etwa 3,5 Milliarden Mark stieg, wuchs er im April 1922 bereits wieder um annähernd 10 Milliarden, vom 1. Juli bis 1. September um über 85 Milliarden und vom 1. September bis 1. November um über 194,1 Milliarden Mark und steigt demnach mit noch weit grösserer Geschwindigkeit als seinerzeit vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Als Fonds für eine spätere Währungsreform wird der Metallbestand der Polnischen Landesdarlehnskasse betrachtet. Er betrug<sup>1)</sup> am 31. Dezember 1921:

<sup>1)</sup> Krzemicki s. a. a. O. Seite 27.

	nach dem	
	Parikurse	Tageskurse
		31. 12. 21.
an Gold	24 920 974	17 239 814 564
an Silber	42 620 514	14 536 001 101
an fremder Scheidemünze	1 269 328	15 910 962
der Bestand an fremden Valuten		8 922 414 757
die Guthaben bei fremden Banken		19 505 812 149

Ausser dieser Metallreserve verfügt der polnische Staatsschatz noch über 86 kg Gold, 201 kg Goldgegenstände, 110 kg Silber und 1476 kg Silbergegenstände, ferner über ca. 13 Millionen Goldrubel als 1. und 2. Rate der von der Sowjetregierung auf Grund des Rigaer Friedensvertrages geleisteten Zahlungen. Dazu hat die polnische Regierung noch 46 Millionen Goldrubel von der Sowjetregierung und ca. 13 Millionen Goldkronen von dem Goldbestande der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu erhalten.

## XII. Der Zusammenbruch und die Reform der Währung.

Ein krasses Missverhältnis besteht in Polen zwischen der gesunden Wirtschaftsbasis und der Finanzlage des Staates. An dieser Tatsache scheint auch die Zuteilung Oberschlesiens zunächst nichts geändert zu haben. Inwieweit die Wirtschaftskräfte Ost-Oberschlesiens eine Gesundung des gesamten polnischen Wirtschaftslebens herbeiführen werden, muss erst noch die Zukunft zeigen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass durch das Hinzutreten Ost-Oberschlesiens mehr die bereits gesunde Wirtschaftsgrundlage erweitert als eine wesentliche und greifbare Besserung der polnischen Finanzen herbeigeführt wird. An dem tatsächlichen Währungsproblem in Polen ist somit kaum etwas geändert, denn von der Gestaltung der Finanzverhältnisse, die ein Spiegelbild des polnischen Wirtschaftens sind, wird es abhängen, ob Polen in Kürze zu einer Gesundung seiner Währung gelangt. Einstweilen verursacht noch die polnische Gegenwartswirtschaft den Niedergang der Währung, und die sinkende Währung beeinträchtigt dann die an und für sich gesunde Wirtschaftsbasis in ihren Entwicklungsmöglichkeiten. Im heutigen Polen dürfen daher Währung und Wirtschaft nicht identifiziert werden.

Fast zwangsläufig müsste die Wirtschaftsentwicklung Polens zu einer Währungsgesundung führen; denn die grossen Ueberschüsse, welche die polnischen Wirtschaftszweige liefern, werden noch im Laufe der Jahre 1922/23 zu einer aktiven Zahlungsbilanz führen, sodass Polen reichliche ausländische Devisen zur Verfügung haben wird. Es ist aber bezeichnend für die Vorgänge im polnischen Wirtschaftsstaat, dass hier die aktive Wirtschaftsbilanz der Ausgang der Währungsgesundung wird und dass Polen nicht in der Lage ist, in seiner Finanzbilanz mit der automatischen Besserung der Wirtschafts- und Zahlungsbilanz Schritt zu halten.

Mit der Entwertung der polnischen Mark tauchen



viele sehr schwierige Wirtschaftsprobleme auf, mit denen Polen seit Errichtung der polnischen Republik ringt. Die Wirkung der polnischen Währungskatastrophe kommt in erster Linie in einem Steigen der Preise zum Ausdruck. Ueber die Preisentwicklung dringt die Krankheit in den polnischen Wirtschaftskörper und rollt fast alle Wirtschaftsfragen auf. Die Preisbewegung war zu Anfang durch die auf den meisten Gebieten bestehende Zwangswirtschaft, die jedoch immer mehr versagte, gehemmt. Je rascher sich aber die polnische Währung entwertete, umso schneller erfolgte die Angleichung der Preise an den Stand der Valuta. Gewohnheitsmässig folgt die Preisberechnung der Bewegung der ausländischen Devisen, man rechnet meist nicht mehr in polnischer Mark, sondern in Dollar; auf einzelnen Warengelieten spielte lange Zeit auch die deutsche Mark eine Rolle. Die Folge des Rechnens in Gold und ausländischen Währungen war, dass die Preise im Inlande in immer kürzerer Zeit den Weltmarktpreis erreichten und zumeist nur deswegen notwendigerweise nachhinkten, weil die Entwertung fast ununterbrochen vorwärtsschritt. Ein Rückschlag trat vorübergehend im Herbst des Jahres 1921 ein, als die polnische Mark auf Grund der Entscheidung über Oberschlesien plötzlich höher bewertet wurde. Die Preise standen damals zum grössten Teil über den Weltmarktpreisen und bewirkten eine schwere Absatzkrise. Die polnische Regierung sah sich infolge der aussenpolitischen Ereignisse vor neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die erst durch das abermalige Sinken der polnischen Mark behoben wurden.

Die Preisentwicklung in Polen brachte eine ausserordentlich starke Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber der Friedenszeit mit sich. Berechnungen, die in der von dem polnischen Zentralbüro herausgegebenen Revue Mensuelle du Travail veröffentlicht worden sind, zeigen bis September 1921 über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in Warschau für eine vierköpfige Arbeiterfamilie folgendes Bild:

Lebens- bedürfnisse <sup>1)</sup> Jan. 1914 = 1	1920	1921						
	Dez.	Jan.	Febr.	April	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Ernährung	196	251	318	317	354	457	531	607
Andere Ausgaben	60	74	80	84	111	136	166	271
Gesamtindex	112	141	170	172	203	257	304	398

<sup>1)</sup> Erfasst sind in dieser Aufstellung die Ausgaben für Ernährung, Heizung und Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung und sonstige Bedürfnisse.

Danach betrugen die Lebenshaltungskosten in Warschau im September 1921 bereits etwa das 400fache des Friedensstandes. Die Ernährungskosten hatten sogar über das 600fache der Vorkriegszeit erreicht. Bei einer derartigen Verteuerung der Lebenshaltungskosten wird die Währungsentwertung zu einem Problem von weittragender sozialer Bedeutung, dem in Polen in der Hauptsache nur durch Niedrighaltung der Kosten für die Wohnungen begegnet wurde. Das Preisniveau, gemessen an den Grosshandelspreisen, hatte im September 1921 einen Höhepunkt zu verzeichnen, dem bis etwa zum Januar 1922 eine Abwärtsbewegung folgte. Seit Frühjahr 1922 haben die Preise wieder sehr stark angezogen und bereits im April 1922 den Stand vom September 1921 zumeist wieder erreicht<sup>1)</sup>. Die Indexziffern von Warenpreisen im Grosshandel bewegten sich nach amtlichen Angaben gegenüber 1914 (1. Januar 1914 = 1) von Februar bis Juni 1922 folgendermassen:

<sup>1)</sup> Die Grosshandelspreise einzelner Waren im Vergleich zu Januar 1914 waren im September 1921, Januar und April 1922 folgende:

Verbrauchsgut	Gewichts- einheit	Januar 1914	Sept. 1921	Januar 1922	April 1922	April 1922 i. Verhältnis z. Jan. 1914 = 1
<b>I. Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lebens- und Genussmittel.</b>						
Weizen	100 kg	15,42	14 000	10 300	17 700	1 147,9
Weizenmehl 70%	100 "	26,35	19 000	17 500	24 000	910,8
Roggen	100 "	11,20	8 400	7 500	13 800	1 232,1
Gerste	100 "	11,86	8 500	7 500	11 250	948,6
Hafer	100 "	11,86	7 600	7 700	12 250	1 032,9
Bohnen	100 "	—	—	11 500	15 500	—
Reis	1 "	0,47	270	215	305	648,9
Kartoffeln	100 "	5,67	2 500	3 300	4 300	758,4
Rindfleisch	1 "	0,84	317	360	573	682,1
Schweinefleisch	1 "	0,93	427	384	610	655,9
Speck	1 "	1,08	915	708	976	903,7
Butter	1 "	2,95	1 708	2 196	2 440	827,1
Milch	1 l	0,17	85	130	107	629,4
Eier	Kist. St. 1440	62,64	22 000	72 320	44 500	710,4
Leinsaat	100 kg	—	—	13 500	21 000	—
Zucker	1 "	0,665	200	660	620	932,3
Kaffee	1 "	3,00	1 000	1 000	1 220	406,7
Tee	1 "	7,90	1 647	1 781	2 440	308,9

(Fortsetzung in Fussnote S. 149.)

Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
634	735	751	786	878	1016	1358	1524	2013

Der Lebenshaltungs- und Ernährungsindex von Februar bis Oktober 1922 zeigte folgendes Bild:

	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Ernährung	75 157	81 269	91 865	101 458	108 069	129 811	149 512	157 356	178 207
Lebenshltg.	48 085	52 358	58 627	63 914	68 406	78 797	90 823	107 663	128 415

Der Preisrückgang um die Wende des Jahres 1921 hatte auf die Löhne nur insofern eine Wirkung zu verzeichnen, als die Löhne nach der ununterbrochenen Steigerung der Vorzeit einige Wochen stabil geblieben sind. Eine Herabsetzung der Löhne ist grösstenteils nicht vorgenommen worden. Seit Beginn des Jahres 1922 setzte dann eine abermalige starke Aufwärtsbewegung der Löhne ein. Nach der amtlichen Statistik haben sich die Lebenshaltungskosten und die Löhne in Warschau wie folgt entwickelt<sup>1)</sup>:

Verbrauchsgut	Gewichts- einheit	Januar 1914	Sept. 1921	Januar 1922	April 1922	April 1922 i. Verhältn. z. Jan. 1914 = 1
---------------	----------------------	----------------	---------------	----------------	---------------	--

## II. Roh- und Betriebsstoffe.

Ochsenhäute	1 kg	1,32	950	450	610	462,1
Sohlenleder	1 „	3,69	4 000	1 800	2 450	664,0
Baumwolle, amerik.	1 „	—	—	1 300	1 956	—
Wolle, poln. gew.	1 „	—	—	1 450	5 000	—
Eisen	1 „	0,1146	100	145	148	1 291,4
Kupfer	1 „	2,20	2 000	1 050	1 200	545,5
Zink	1 „	0,63	400	380	430	682,5
Zinn	1 „	4,00	3 800	2 800	3 000	750,0
Blei	1 „	0,56	600	450	500	892,9
Zement	100 „	5,83	2 400	2 800	3 000	514,6
Petroleum	1 „	0,18	36	55	65	361,1
Kohle	1 t	16,18	7 810	10 883	10 883	672,6
Koks	100 kg	3,97	3 200	2 500	2 500	629,7

Vgl. „Wirtschaft und Statistik“ Jahrgang 1922, Nr. 15.

<sup>1)</sup> Aus „Wirtschaft und Statistik“ Jahrgang 1922, Nr. 13/14.

Monat	Tägl. Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in poln. M.	Durchschnittlicher Tagelohn für			Messziffern (Januar 1921 = 100) für			
		Bauhandwerker	gelernte	ungelernte Metallarbeiter	Lebenshaltungskosten	Löhne der Bauhandwerker	gelernten	ungelernten Metallarbeiter
Januar 1921	450,68	596	469,6	381,2	100	100	100	100
Januar 1922	1500,25	2256	1631	1324	333	379	347	347
Februar 1922	1538,71	2256	1631	1324	341	379	347	347
März 1922	1675,47	2312	2022	1642	372	388	431	431
April 1922	1876,06	2520	2022	1642	416	423	431	431

Zum Teil macht sich hier bei den Löhnen eine stärkere Aufwärtsbewegung bemerkbar als bei den Lebenshaltungskosten. Allgemeine Schlüsse auf die Beziehung zwischen Lohnbewegung und Gestaltung der Lebenshaltungskosten sind aber nicht zu ziehen, denn wir sehen zum Teil auch die entgegengesetzte Bewegung, so besonders bei den Baumwollspinnern<sup>1)</sup>.

Die schwersten Folgen der polnischen Währungskatastrophe zeigten sich im Warenverkehr mit dem Auslande. Polnische Waren gingen häufig unter dem Weltmarktpreis und daher vom nationalwirtschaftlichen Standpunkt mit Verlust ins Ausland. Während auf der einen Seite die Gefahr des Ausverkaufs bestand, war auf der anderen Seite die Beschaffung von Rohstoffen für die polnische Industrie, besonders für die Textilindustrie, ausserordentlich erschwert. Zwei Verordnungen der polnischen Regierung wurden daher von

<sup>1)</sup> Die durchschnittlichen Tageslöhne (Stücklöhne) der Textilarbeiter in Lodz gestalteten sich folgendermaßen <sup>2)</sup>:

Monat	Tägl. Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in poln. Mk.	Durchschnittlicher Tageslohn (Stücklohn) für			Messziffern (Februar 1921 = 100) für			
		Baumwollweber	Baumwollspinner	Baumwollspinninnen	Lebenshaltungskosten	Weber	Spinner	Spinnerinnen
Jan. 1921	348,50 (Febr. 21)	414,65	481,91	409,31	100	100	100	100
Jan. 1922	1061,71	1110	1198	880	305	262	249	215
Febr. "	1171,58	1110	1198	880	336	262	249	215
März "	1264,09	1352	1513	978	363	326	314	239
April "		1352	1513	978		326	314	239

<sup>2)</sup> Aus „Wirtschaft und Statistik“ Jahrgang 1922, Nr. 13/14.



weittragender Bedeutung für das Wirtschaftsleben, die Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 9. Juni 1920<sup>1)</sup> im Einvernehmen mit dem Finanzminister betreffend Kompensationsverkehr in ausländischen Textilrohstoffen und inländischen Fertigwaren und die Verordnung vom 15. Juli 1920<sup>2)</sup> betreffend den Warenverkehr mit dem Auslande.

Der Tiefstand der Valuta, die Rohstoffnot und der Produktionsstillstand haben die polnische Regierung veranlasst, Mittel und Wege für den Bezug von Rohstoffen durch Regelung des Veredelungsverkehrs zu finden. Durch die Verordnung vom 9. Juni 1920 sollte der Bezug von Textilrohstoffen dadurch ermöglicht werden, dass den polnischen Fabrikanten für ein beschränktes Quantum der von ihnen aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Fertigfabrikate die Ausfuhr gestattet wird, um ihre ausländischen Rohstofflieferanten mit diesen Fertigfabrikaten zu bezahlen. Die Verordnung, durch die ein schwerfälliges bürokratisches Verfahren geschaffen ist, sieht vor, dass der Handelsminister die Vereinbarungen zwischen den polnischen Fabrikanten und den Lieferanten der ausländischen Rohstoffe genehmigt. Von den ausländischen Rohstofflieferanten wird verlangt, dass sie den zuständigen polnischen Konsularbehörden in halbjährlichen Abständen Auszüge über die laufenden Warenrechnungen vorlegen. Der polnische Fabrikant muss sich einer weitgehenden Kontrolle in Polen unterwerfen, muss ebenfalls halbjährlich Meldung über seine Lieferungen erstatten und seinen gesamten Betrieb den Aufsichtsorganen zugänglich machen.

In dem Gesetz vom 15. Juli 1920 wurde der Kompensationsverkehr, die von Deutschland übernommene Ausfuhrabgabe und eine kontingentierte Zwangsausfuhr neu geordnet. Massgebend war die Absicht, die Produktion der polnischen Industrie zu heben und die polnische Währung vor einer weiteren Verschlechterung zu schützen. Nach dem Gesetz wurden die Waren eingeteilt in solche, deren Ein- und Ausfuhr grundsätzlich verboten ist, in solche, die nur mit besonderer Bewilligung ein- und ausgeführt werden dürfen, und in solche, deren Ein- und Ausfuhr ohne besondere Genehmigung gestattet ist, wenn die in der Verordnung vorgesehenen Bedingungen, die Ausfuhr- und Zollabgabe, erfüllt sind. Die Preise der zu exportierenden Waren müssen dem Weltmarktpreis angepasst sein. Der Verkauf ist nur zu bestimmten, von der Regierung festgesetzten Valuten gestattet. Die Eingänge in

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Siehe Anhang.

ausländischer Valuta auf Grund solcher Geschäfte werden dem Staat überwiesen, während dem Exporteur nur der entsprechende Betrag in polnischer Mark zum Kurse des Eingangstages abzüglich der Ausfuhrgebühren ausgezahlt wird. Ausgenommen von dieser Bestimmung ist der Kompensationsverkehr, d. h. diejenigen Geschäfte, bei denen die eingeführten Rohstoffe durch Fertigwaren bezahlt werden. Die Ausfuhrabgabe wird nach dem deutschen Vorbild erhoben, es wird ein Tarif festgesetzt, welcher für die einzelnen Warenarten die Abgabe nach Prozenten vom Ausfuhrwert angibt. Von der Ausfuhrabgabe sind ebenfalls die Kompensationsgeschäfte befreit. Die dem Staat zufallenden Valuten sollen zur Rohstoffbeschaffung verwendet werden. Zur Hebung der Valuta hat man zu dem neuen Mittel, der Zwangsausfuhr, gegriffen; jeder Produzent kann verpflichtet werden, innerhalb eines gewissen Zeitraums eine bestimmte Warenmenge auszuführen.

Einen langen und schweren, aber zugleich erfolglosen Kampf führte die polnische Regierung gegen die Geldentwertung. Eine Reihe einschneidender Gesetze, durch die das ausserordentlich schnell fortschreitende Sinken der polnischen Mark aufgehalten werden sollte, stellen die Stadien dieses Kampfes dar. Zunächst hoffte man durch die Schaffung einer Devisenzentrale der Entwicklung entgegenwirken zu können. Auf Grund der Erfahrungen des Krieges wurde der Devisenverkehr zentralisiert, um dadurch die noch schwachen wirtschaftlichen Kräfte des Landes zusammenzufassen und als geschlossenes Ganzes dem Ausland gegenüberstellen zu können. Nach Einführung der Devisenzentrale trat jedoch das Gegenteil von dem ein, was man erhofft hatte, der Kurs der polnischen Mark sank weiter und fast stärker als bisher. Die polnischen Banken taten sich zusammen und gaben einheitlich der Forderung Ausdruck, dass die polnische Devisenzentrale aufgehoben werde. Es ist ausserordentlich schwierig, die Vorgänge auf dem polnischen Devisenmarkt zu durchschauen, doch scheint das Verlangen der Banken auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus berechtigt gewesen zu sein. Denn bei Bestehen eines ganz erheblichen wirtschaftlichen Defizits bedeutete die Zentralisierung des Devisenverkehrs nicht so sehr eine Zusammenfassung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte als eine offene Darlegung des tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Defizits; denn der gesamte Kredit, den die polnische Wirtschaft brauchte, musste mit der Zentralisierung der Devisen gleichsam durch einen einzigen Kanal beschafft werden.

Durch das Gesetz vom 9. Juli 1920<sup>1)</sup> wurde der Valutaverkehr in Polen auf eine neue Grundlage gestellt. Die Regierung erhielt auf die Dauer eines Jahres die Vollmacht, Verordnungen mit Gesetzesgültigkeit zu erlassen, um den Valutaverkehr zu regeln. Sämtliche auf Grund dieser Bestimmung erlassenen Verordnungen beziehen sich auf Ankauf, Besitz und Aufbewahrung von ausländischen Valuten und Devisen, ferner auf den Verkehr, die Durchfuhr und Ausfuhr, wie auch auf die Organisation der Ueberwachung des gesamten Valutaverkehrs mit dem Auslande. Für die Nichteinhaltung der erlassenen Bestimmungen sind Strafen vorgesehen, und zwar Beschlagnahme der Valuten und Geldbeträge sowie Arrest und Geldstrafen. Ausserdem können die bestraften Personen auf die Dauer von drei Jahren des Rechtes zur Führung eines Handelsunternehmens verlustig erklärt werden.

In Ausführung des Gesetzes hat das Finanzministerium am 7. August 1920 eine Verordnung<sup>2)</sup> betreffend Beschränkung des Verkehrs mit ausländischen Valuten erlassen, wonach der Valutaverkehr ausschliesslich den sogenannten Devisenbanken überlassen wird. Das sind Kreditanstalten, welche vom Finanzministerium eine Spezialvollmacht zur Durchführung sämtlicher Geldtransaktionen mit dem Ausland erhalten haben. An die Stelle der Devisenzentrale trat eine besondere Devisenkommission, die aus Vertretern der Devisenbanken, des Finanzministeriums und der polnischen Landesdarlehnskasse gebildet und dem Finanzministerium unterstellt wurde. Diese Kommission hatte das Recht, einzelnen Personen und Anstalten Beträge in ausländischer Valuta unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes zuzuteilen. Diejenigen, welche Devisen oder Noten in fremder Währung besitzen, sind verpflichtet, deren Besitz dem Finanzministerium zu melden, und zwar entweder direkt oder durch Vermittlung einer der Devisenbanken. Es kann die Abgabe der Valuten an die Devisenbanken zu einem festgesetzten Kurs verlangt werden; wird jedoch nachgewiesen, dass die Valuten zur Durchführung ausländischer Handelstransaktionen bestimmt sind, so tritt Befreiung von der Ablieferung ein. Die Ausfuhr von Valuten war ohne Bewilligung der Devisenkommission verboten, ebenso die Ausfuhr von Wertpapieren und von polnischen Mark im Betrage von über 1000<sup>3)</sup> Mark pro Person einmalig oder 3000<sup>3)</sup> polnische Mark monatlich. Die Ausfuhr

<sup>1)</sup> Gesetzblatt Nr. 56.

<sup>2)</sup> Gesetzblatt Nr. 73.

<sup>3)</sup> Die Beträge wurden mit Fortschreiten der Geldentwertung erhöht.



kann nur mit Genehmigung der Polnischen Landesdarlehnskasse und bei höheren Beträgen mit Einverständnis des Finanzministeriums erfolgen. In einer späteren Verordnung des Finanzministeriums vom 22. September 1920<sup>1)</sup> sind dann gewisse Erleichterungen eingetreten.

Unter gleichzeitiger Ausserkraftsetzung aller vorher erlassenen Verordnungen hat das Finanzministerium am 24. Februar 1921 im Einverständnis mit den wirtschaftlichen Organisationen eine neue Verordnung<sup>2)</sup> nebst Ausführungsbestimmungen erlassen. Die neue Verordnung brachte eine teilweise Befreiung von den bis dahin geltenden Beschränkungen des Devisenhandels mit sich. Alle Aktien-Banken galten nunmehr als Devisenbanken, und auch die kleineren Bankhäuser konnten mit Bewilligung des Finanzministers fremde Valuten ein- und verkaufen. Die neue Devisenordnung enthält keine Verfügungen über die Devisenkommission, sodass eine automatische Aufhebung derselben eingetreten ist.

Da alle genannten Verordnungen einen praktischen Erfolg nicht gezeigt haben, hat der polnische Landtag am 8. Juli 1921 ein neues Gesetz<sup>3)</sup> angenommen, durch das die Regierung weit umfangreichere Befugnisse zur Erlassung von Verordnungen zur Regulierung des Valutaverkehrs erhalten hat. Während die bisherigen Verordnungen mehr den Zweck der Regelung des Valutaverkehrs im Auge hatten, sollte dieses Gesetz in erster Linie eine Handhabe zur Verfolgung der Spekulation bieten. Bezeichnend ist es, dass der Finanzminister ermächtigt wurde, Prämien für Personen, die zur Entdeckung von Valutaspekulationen und zur Festnahme der Schuldigen beitragen, auszusetzen. Die Strafbestimmungen wurden gegenüber dem Gesetz vom 9. Juli 1920 ganz wesentlich verschärft. Bei unberechtigter Ausfuhr von Valuten, Devisen, polnischen Mark oder Wertpapieren kann die Geldstrafe bis zum dreifachen Wert der ausgeführten Objekte festgesetzt werden, gleichzeitig sieht das Gesetz eine Beschlagnahme der Gelder vor. Bisher war eine Beschlagnahme wohl möglich, brauchte aber nicht unbedingt zu erfolgen; dem neuen Gesetz zufolge muss dagegen eine solche vorgenommen werden. Nur bei besonderen Ausnahmefällen, bei Vorhandensein mildernder Umstände, darf das Gericht von der Beschlagnahme absehen.

Am 17. Dezember 1921 ist eine neue Verordnung ergangen, durch welche die Vollmacht der Regierung zur Erlas-

<sup>1)</sup> Gesetzblatt Nr. 92.

<sup>2)</sup> Gesetzblatt Nr. 18,

<sup>3)</sup> Gesetzblatt Nr. 62.



sung von weiteren Verordnungen bis Ende 1922 verlängert wurde. Dem Finanzminister wurden in Bezug auf Verhängung von Strafen umfangreichere Befugnisse eingeräumt. Die Straf-massnahmen wurden abermals ausserordentlich verschärft. Für Valutavergehen wurde eine Art standrechtliches Verfahren<sup>1)</sup> eingeführt (Artikel 8), derart, dass dem Beklagten kein Einspruch gegen die Klage und keine Berufung gegen die verhängte Strafe zusteht.

Alle im Kampfe gegen die Geldentwertung erlassenen Gesetze und Verordnungen haben aber ihren Zweck verfehlt. Die Gestaltung der polnischen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse führte zu einer fortschreitenden Entwertung, und alle Bemühungen, durch gesetzliche Massnahmen der Entwicklung entgegenzuarbeiten und dem Uebel ohne Erfassung an der Wurzel abzuhelpen, sind erfolglos geblieben. Fast könnte man sagen, dass die staatlichen Eingriffe das Gegenteil erreicht haben, denn sie führten zum Teil dazu, dass das Vertrauen zur polnischen Währung im Auslande noch mehr untergraben wurde. Eine Folge der Regierungsmassnahmen zum Schutz der Landeswährung war die Entstehung der sogenannten schwarzen Börse, d. h. einer Organisation des illegalen Valutahandels. Wer sich zum Zweck der Spekulation oder zur Tilgung ausländischer Verbindlichkeiten, die nicht als volkswirtschaftlich wichtig anerkannt wurden, in den Besitz von ausländischer Währung setzen wollte, der konnte ausländische Zahlungsmittel, wenn auch zu erheblich höherem Kurse, an bestimmten Plätzen erwerben. Eine Begleiterscheinung der polnischen Valutagesetzgebung war daher der Kampf gegen diese Plätze, Aushebung der Nester, Verhaftungen und Bestrafung der Valutahändler, Konfiskation des vorgefundenen Geldes waren an der Tagesordnung, und doch blieb die schwarze Börse Sieger; denn die gesetzlichen Massnahmen standen im schärfsten Gegensatz zu der durch die Finanzwirtschaft des Staates herbeigeführten Währungsentwicklung.

Als die schwerste Folge des Zusammenbruchs der polnischen Währung ist die Erschütterung der Kreditverhältnisse zu betrachten. Denn Polen befindet sich im Aufbau und hat daher in den einzelnen Wirtschaftszweigen einen starken Kapitalbedarf, während anderseits das Mittel zur Flüssigmachung und Verteilung von Kapital, die Kreditgewährung, infolge der Entwertung der polnischen Währung zu einem sehr grossen Teil aus den Angeln gehoben ist. In polnischer

<sup>1)</sup> R. Pretzel, Der Valutaverkehr in Polen, in „Auslandsrecht“ Nr. 6 vom 15. März 1922.

Markwährung wird normaler Kredit fast gar nicht mehr gewährt. Der Wechsel ist als Geldbeschaffungsmittel so gut wie gänzlich aus dem Verkehr gezogen, ebenso ruht der Hypothekarkredit fast völlig. Effektenbeleihungen werden von den Banken nur äusserst ungern und nur bei verhältnismässig hoher Deckungsmarge getätigt. Der kaufmännische Kredit erscheint zumeist in der Form von Warenbeleihungen, bei denen sich der Kreditgeber häufig einen Gewinnanteil zusichern lässt. In sehr starkem Masse hat sich das Geschäft des Verleihens von täglichem Geld gegen Unterlage von Valutapapieren ausgebildet. Die Zinssätze solcher Gelder schwanken ständig nach Massgabe des Verhältnisses zwischen Kreditgebern und -nehmern. Im Durchschnitt beläuft sich der Zinsfuss auf etwa 100% im Jahre, hat jedoch in Perioden besonders starker Markentwertung zuweilen eine Höhe von 1% täglich erreicht. Die Zinsen für den ausserordentlich selten gewährten Bankkredit betragen über 30% jährlich. Der Ruf nach Gesundung des polnischen Kreditwesens wird unter diesen Umständen immer lauter. Andererseits ist aber eine Besserung nicht zu erwarten, bevor nicht die Währung stabilisiert ist. Daher spitzen sich alle Wirtschaftsfragen auf eine baldige Durchführung einer Währungsreform zu.

Dem starken Kapitalmangel wird insofern zu einem Teil abgeholfen, als sich ausländisches Kapital in Polen in weitem Umfange betätigt. Die Kreditschwierigkeiten werden dadurch aber nur in geringem Umfange behoben, vielmehr lähmen die zerrütteten Kreditverhältnisse im Inlande auch die Unternehmungslust des Auslandes. Denn sobald das ausländische Kapital in das polnische Wirtschaftsleben überführt und in polnische Mark umgewandelt wird, hat es mit den gleichen Schwierigkeiten wie das Inland zu kämpfen. Solange noch zu einem wesentlichen Teil in polnischer Mark gerechnet wird, bedeutet daher die Inanspruchnahme von Krediten in ausländischer Währung eine gewisse Gefahr. Diese wird in fortschreitend grösserem Ausmasse dadurch überwunden, dass man zur Fakturierung in Gold oder ausländischer Währung übergeht.

Während die Kapital- und Kreditschwierigkeiten der polnischen Privatwirtschaft sowohl durch das Einströmen ausländischen Kapitals als auch durch das Rechnen in stabiler Währung nicht unwesentlich erleichtert werden, ist es der Staat, auf dem die Kapital- und Kreditnot besonders schwer lastet; er muss notgedrungen im Inlande in polnischer Mark rechnen, und ihm werden infolge der ständigen Entwertung

seines Geldes weder im Inlande noch im Ausland Kredite in ausreichendem Maße gewährt. Seine Lage kann sich erst im Augenblick der Währungsstabilisierung bessern, denn dann stehen ihm zu seinen grossen produktiven Ausgaben wieder Produktivkredite in Form von Anleihen im In- und Ausland zur Verfügung. Die Kreditgewährung des Auslandes an den polnischen Staat wird besonders auch dadurch beeinträchtigt, dass infolge der finanziellen Schwierigkeiten das Ausland nicht die genügende Gewähr dafür hat, dass die bewilligten Kredite zu produktiven Zwecken verwendet werden. In Anbetracht des unausgeglichene Finanzetats besteht die Gefahr, dass die Kredite des Auslandes konsumtiv verwendet werden, ohne Werte zu schaffen, und der polnische Staat später nicht mehr in der Lage ist, seine Schulden zurückzuzahlen. Wenn die wirtschaftliche Zukunft Polens an sich auch aussichtsreich erscheint, so hält das Ausland sich bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit an die Zahlen der Gegenwartswirtschaft, die ihm in der Gestaltung der Finanzverhältnisse entgegentreten.

Der starke Kapital- und Kreditbedarf in Privat- und Staatswirtschaft einerseits und die Zerrüttung der Kreditverhältnisse andererseits machen eine baldige Währungsreform dringend notwendig. Aber obwohl die polnische Regierung schon seit dem Jahre 1918 eine Währungsreform erstrebt, hat bisher doch nur der polnische Finanzminister Michalski am Ende des Jahres 1921 vorübergehend greifbare Erfolge erzielt. Noch als die Zahlungsbilanz Polens stark passiv war und eine nur ganz allmähliche Besserung aufwies, wurden ständig neue Währungsreformprojekte erwogen. So glaubte man Anfang des Jahres 1921 nicht erst eine wirtschaftliche Besserung abwarten zu dürfen, weil die ganze Welt das Zutrauen zur polnischen Mark verloren hatte und sich daher auch der Pole von ihr lossagen müsse. Es wurde eine Konversion bei gleichzeitiger Devaluation vorgeschlagen und beabsichtigt, eine neue Währungseinheit auf tatsächlicher Gold- oder Devisenunterlage zu schaffen. Das bare Geld gedachte man im Verhältnis von 1 : 100, die Vorkriegsverpflichtungen gemäss der Friedensparität einzulösen, während die seit Kriegsbeginn eingegangenen Verpflichtungen nach einer die sukzessive Entwertung der polnischen Mark berücksichtigenden Tabelle erfüllt werden sollten<sup>1)</sup>. Die Staatsausgaben sollten dabei auf  $\frac{1}{100}$  reduziert werden.

<sup>1)</sup> Straßburger im Kurier Warszawski nach Ueberseedienst 1921 S. 292. Seine Darlegungen blieben nicht unwidersprochen. Der Abgeordnete Dr. Diamant machte im Naprzód auf einige Unstimmigkeiten aufmerksam.  
(Fortsetzung in Fussnote S. 158.)



Andere verlangten eine sofortige Erfüllung des Gesetzes vom 28. Februar 1919 betreffend die Einführung der Zloty-Währung<sup>1)</sup>. Zur Deckung des neuen Geldes sollten die in Polen liegenden Goldbestände Verwendung finden. Um genügende Mengen zur Verfügung gestellt zu erhalten, wurde vorgeschlagen, den offiziellen Preis des Goldes über den Marktpreis zu setzen, ohne Rücksicht darauf, dass dadurch die polnische Mark weiter fallen würde. Nach dem weiteren Sturz der polnischen Mark wurde allerdings dieser Weg dann nicht mehr für gangbar gehalten, und es wurde als neues Mittel eine staatliche Goldanleihe empfohlen. Diese Goldanleihe sollte auf Zloty-Währung lauten und gegen Einlieferung von Gold auf Grund des gesetzlichen Goldgehaltes der neuen Währungseinheit, d. h. 1 kg Gold = 3444,44 Zloty ausgegeben werden. Die Zinszahlung dieser Anleihe soll in Zloty erfolgen. Für den Fall, dass die Goldanleihe zur Deckung des neuen Währungsgeldes nicht ausreichte, wurde eine Belastung des Grund und Bodens<sup>2)</sup> durch Goldhypotheken vorgesehen. Es sollten eine Reihe von Grundstücken ausgewählt und vom polnischen Staat bis zu  $\frac{1}{3}$  ihres Wertes durch Hypotheken belastet werden.

Der Plan einer Goldanleihe hat durch eine Verordnung, die am 1. Oktober 1922 in Kraft getreten ist, seine Verwirklichung gefunden. Die innere Goldanleihe ist als ein Teil eines Währungs- und Finanzreformprojektes gedacht und soll ein Mittel zum Uebergang von der polnischen Markwährung zu der schon im Gesetz vom 28. Februar 1919 geplanten Zloty-Währung darstellen, deren Währungseinheit einem Schweizer Franken entspricht. Die Emission der Goldanleihe erfolgt in Zloty-Währung, in der sie mit 8% verzinst wird. Die Zeichnungsbedingungen sind ausserordentlich

So würde die Gehaltsreduktion in der angegebenen Weise außerordentlich niedrige Entschädigungssätze bewirken, während anderseits von diesen gegenüber dem Frieden stark verminderten Einkommen plötzlich rechnerisch die hohen Vorkriegsmieten gezahlt werden müßten.

<sup>1)</sup> Tadeusz Proszynski „Projekt Reformy Waluty w Polsce“ Warschau 1921 S. 77.

<sup>2)</sup> Der Plan, eine Deckung der Geldemissionen durch Belastung des Grund und Bodens zu erreichen, ist in der polnischen Währungsliteratur sehr verbreitet. Dieser Gedanke liegt auch dem Buche von Dr. Franciszek Konieczny „Waluta Polska czy Miedzynarodowa“ (Polnische oder internationale Valuta) Warschau 1921 zu Grunde. Er untersucht das Deckungsproblem und sagt: „Existenzberechtigung besitzt nur ein völlig reales Deckungssystem, das einerseits dem Besitzer von Noten volle Garantie bietet, anderseits aber den Staat nicht verpflichtet, an das Ausland Tribute zu zahlen. Diesen Forderungen vermag nur eine Geldschöpfung auf Grund der Bodenbelastung zu genügen.“ S. 106.



günstig; denn wenn auch die Emission in Zloty-Währung erfolgt, so kann doch auch in polnischer Markwährung und zwar zu einem sehr günstigen Umrechnungskurse gezeichnet werden. Durch die Möglichkeit der Zeichnung in polnischer Mark ist ein Druck auf die bestehende Währung vermieden worden, und es ist den Markbesitzern sogar eine Gelegenheit gegeben, ihre Markbeträge in eine feste Währung umzuwandeln, ohne den Devisenmarkt zu belasten.

Mit der Goldanleihe ist indirekt das Rechnen in stabiler Währung sehr gefördert worden, denn es besteht nunmehr neben der polnischen Markwährung gleichzeitig die Zloty-Währung, wenn auch nur zunächst im Gesetz betr. die Goldanleihe in ihr gerechnet wird. Wenn die Goldanleihe gerade wegen der vielen Vorteile, die sie bietet, günstig aufgenommen ist, so ist anderseits nicht zu verkennen, dass eine Goldanleihe mit derart günstigen Bedingungen, die obendrein noch eine achtprozentige Verzinsung gewährt, von kritisch veranlagten Köpfen in Bezug auf ihre Garantieunterlagen skeptisch aufgenommen wird.

Die Frage einer endgültigen Währungsreform tritt mit fortschreitender Besserung der Wirtschaftsbilanz und dem Ausgleich der Zahlungsbilanz immer mehr in den Vordergrund. Während bis zum Ausgleich der Zahlungsbilanz eine Währungsreform immer wieder durch das eintretende wirtschaftliche Defizit vereitelt werden konnte, liegt das Problem nach der Zuteilung Ost-Oberschlesiens wesentlich anders; eine Gefahr für die Währung droht nunmehr in der Hauptsache nur noch von der Finanzseite. Solange der Staat bei seinem Finanzbedarf letzten Endes auf die Notenpresse angewiesen bleibt, muss schliesslich jede Währungsreform, selbst wenn sie auch zunächst einen Erfolg zu verzeichnen hätte, scheitern. Der Schlüssel zur polnischen Währungsreform liegt daher nunmehr in einem Ausgleich des polnischen Budgets und einer dauernden Gesundung der polnischen Finanzwirtschaft.

Das Währungsproblem ist aber mit einer Anleihe und mit einer auf diese Weise stabil gewordenen Währung noch nicht gelöst. Die Anleihe bedeutet nur einen vorübergehenden Ausgleich der Finanzverhältnisse, während zu einer dauernden Stabilisierung der polnischen Mark eine restlose Ordnung der Finanzen erforderlich ist. Man wird daher eine Anleihe zum Zwecke der Währungsreform sowie die dadurch herbeigeführte Stabilisierung der Währung nur als ein Mittel

für die dauernde Währungsgesundung betrachten können. Das Schicksal der polnischen Währung wird davon abhängen, wie sich die Finanzlage gestaltet, nachdem die Mittel der Anleihe verbraucht sind. Dieser Zusammenhang zwischen Währung und Finanzen gestaltet sich in Polen weit schwieriger als bei vielen anderen Völkern; denn der Einfluss der volkpsychologischen Momente, die Przybyszewski in seinem Buche „Von Polens Seele“<sup>1)</sup> dahin charakterisiert, dass wir es hier mit einem Volk zu tun haben, welches jeglichen Antrieb zu seinem Handel aus den Gefühlsassoziationen schöpft, durchkreuzt jegliche Berechnung auf Grund wirtschaftlicher Möglichkeiten. Nur schwer passt sich der Pole der rauen Wirklichkeit an, er steht mit seinen Wünschen und Plänen meist in schroffem Gegensatz zu den Tatsachen; die politische Gegenwart weist in dieser Beziehung eine Reihe von Ähnlichkeiten mit dem Wirtschaftsleben im alten Polen auf. Neben dem Finanzproblem muss daher bei der Beurteilung der Zukunft der polnischen Währung die Möglichkeit der volkpsychologischen Einflüsse berücksichtigt werden, sodass man es bei der Stabilisierung der polnischen Währung immer mit einem unberechenbaren Faktor zu tun haben wird.

Zur Zeit wird in Polen zum grossen Teil in Gold- oder ausländischer Währung gerechnet, und das polnische Wirtschaftsleben verfügt infolge der nicht ungünstigen wirtschaftlichen Lage in nicht unerheblichem Maße über ausländische Zahlungsmittel. Nur die Staatswirtschaft weist ein Defizit auf, das in polnischer Mark ständig grösser wird. Der Staat ist nicht in der Lage, sich einen ausreichenden Anteil an den vorhandenen und einströmenden Werten zu sichern und ihn zur Deckung seines Bedarfes nutzbar zu machen. Das zweite Mittel der Währungsreform ist daher die Durchführung einer gründlichen Steuerreform.

Bei einem ernsthaften Versuch, die Finanzverhältnisse in Ordnung zu bringen, und bei einer wenn auch nur vorübergehend stabilisierten Währung dürfte die Möglichkeit bestehen, eine vollkommene Gesundung der Finanzen und damit der Währung und Wirtschaft herbeizuführen. Vor allem würde dann das Vertrauen zur polnischen Mark wiederkehren, und es würde die Flucht aus der polnischen Mark in die Devisen, die trotz aller Gesetze ungehindert vor sich geht, nicht mehr fortgesetzt werden. Mit einem Steigen der polnischen Mark, das nicht lediglich als eine Uebergangserscheinung anzusehen

---

<sup>1)</sup> Jena 1917 S. 5.

ist, würden Devisen auf den Markt geworfen werden, und es würde sich eine allmähliche Rückkehr zur polnischen Mark als Landeswährung vollziehen. Durch ein verstärktes Anziehen der Steuerschraube würden Devisen, die zur Zeit von den Privaten gehamstert sind, wieder in polnische Mark umgetauscht werden müssen<sup>1)</sup>).

Ueber die technische Seite der Währungsreform, d. h. über die Umrechnung von Bargeld und Verbindlichkeiten, die aus der Friedenszeit stammen, ist man sich in Polen nicht einig. Jedenfalls ist die Umrechnung nach einer Entwertungsskala, wie sie zuweilen vorgeschlagen wurde, ohne eine neue ungerechte Verschiebung der Vermögensverhältnisse nicht denkbar. Im wesentlichen kann es nur darauf ankommen, den jeweiligen Wert der polnischen Mark zu stabilisieren. Endgültig wird aber die Währungsfrage nicht durch die gesetzliche Massnahme der Währungsreform, sondern erst im Laufe der Entwicklung durch eine Reihe wirtschaftspolitischer Eingriffe gelöst. Eine besondere Gefahr für das Wirtschaftsleben ist in der Möglichkeit einer allmählichen Besserung der polnischen Mark zu sehen. Ein solches Steigen nach einer Finanz- und Währungsreform würde vor allem auf die Industrie verhängnisvoll wirken.

Nach den letzten währungspolitischen Massnahmen Polens hat es den Anschein, als ob man mehr die Währungsreform zum Mittel einer Finanzierung als umgekehrt eine Finanzgesundung zum Mittel einer Währungsreform machen will; man erhofft von einer Stabilisierung der Währung auch einen allmählichen Ausgleich der Finanzverhältnisse. Ob ein solches Vorgehen eine dauernde Stabilisierung der polnischen Mark bringen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Wir kommen jedenfalls zu dem Ergebnis, dass es zweckmässiger ist, bevor man an den Aufbau stabiler Währungsverhältnisse geht, zunächst eine gründliche Finanzreform durchzuführen.

<sup>1)</sup> Vergl. in Teil III die lettländische Währungsreform.

Teil II.

# LITAUEN.



## Einleitung.

Litauen, das zur Zeit der Teilung mit Polen vereinigt war, hatte in vieler Hinsicht das Schicksal Polens geteilt; doch hatte das einst mächtige Litauen das nationale Unglück, weit mehr in Vergessenheit zu geraten als Polen. Mit Recht sprechen die Litauer, die nicht den Slaven zuzurechnen sind, sondern mit den Letten und alten Preussen einen besonderen Zweig der indogermanischen Völkerfamilie bilden, von ihrem Vaterlande als von einem verheimlichten<sup>1)</sup> Lande; hatten doch Russen und Polen ein lebhaftes Interesse daran, dass das Volk in nationaler Gleichgültigkeit erstarrte<sup>2)</sup> und nie mehr eine politische Rolle spielte.

Als Litauen durch die Union von Lublin im Jahre 1569 seine Selbständigkeit endgültig verloren hatte, war dem polnischen Einfluss in Litauen Tür und Tor geöffnet; auch die Sprachgrenze verschob sich beträchtlich zu Ungunsten Litauens. Aus jener Zeit schon rührt der Gegensatz zwischen Litauen und Polen her, der der litauischen Frage eine gewisse Tragweite verleiht, die heute vielleicht noch nicht voll erkannt, im Laufe der Zeit aber stärker in den Vordergrund treten wird.

Bei der Teilung Polens kam Litauen zu Russland, das seinerseits alles tat, um Litauen zu einer russischen Provinz zu machen. Die Folge der russischen Politik war, dass ein Strom von Auswanderern damals ins Ausland, besonders nach Amerika ging. In der russischen Statistik wurden diese Auswanderer als Russen oder Polen geführt, nur die amerikanische Statistik verzeichnet sie als Litauer. Die gewaltige Zahl von Auswanderern dieses relativ kleinen Volkes gab ein beredtes Zeugnis von den Zuständen im Mutterland und beweist, wie drückend das russische Joch von den Litauern empfunden wurde.

Zu Beginn des Weltkrieges hörte man zunächst von Litauen nur wenig, und doch war die nationale Bewegung,

---

<sup>1)</sup> Vidunas: „Litauen in Vergangenheit und Zukunft“. Tilsit 1917.

<sup>2)</sup> Smetona: „Die litauische Frage“. Berlin 1918 Seite 5.

vor allem in gemeinsamer Arbeit mit den Litauern im Auslande, im Erstarken. Im September 1917 fand dann der Wilnaer Landtag statt, auf dem die Wahl des litauischen Landesrates erfolgte. Zur Proklamation der Selbständigkeit kam es aus eigener Initiative der Litauer im Kampfe mit der Besatzungsbehörde. Die erste Unabhängigkeitserklärung vom 11. Dezember 1917 hatte nicht den gewünschten Erfolg, und so wurde die Kundgebung des Freiheitswillens des litauischen Volkes am 16. Februar 1918 wiederholt. Am 24. März 1918 erfolgte dann die Anerkennung Litauens als unabhängiger Staat durch das Deutsche Reich. Eine Rede des deutschen Reichskanzlers vom 5. Oktober 1918, in der den Litauern weitgehendste Unabhängigkeit zugesichert wurde, klärte endgültig die Stellung Deutschlands zu Litauen und den Randstaaten. Einen weiteren Fortschritt bedeutete die Erklärung, die Prinz Max von Baden am 21. Oktober 1918 einer litauischen Delegation gegenüber abgab, dass die tatsächliche Staatsleitung in die Hände einer souveränen litauischen Regierung übergehen sollte. Hier beginnt die Geschichte des litauischen Staates.

Das heutige Litauen umfasst 82 000 qkm und zählt 4,2 Millionen Einwohner, sodass 51,2 auf den qkm entfallen. Wie gross die Zahl der litauisch sprechenden Personen ist, kann nur schwer festgestellt werden, sie wird auf etwa 2 Millionen angegeben. Die gesamte litauische Nation ist aber erheblich grösser, weil es ausser den Litauern im Mutterlande eine grosse Zahl litauischer Kolonien im Auslande gibt. Die Zahl der Kolonisten beträgt im ehemaligen Russland etwa 124 000, in Deutschland etwa 3000, in England und seinen Kolonien schätzungsweise 18 000, in Amerika, wo sie es zu einer beachtenswerten kulturellen Entwicklung gebracht haben, nach genaueren Aufzeichnungen aus dem Jahre 1914 689 786<sup>1)</sup>. In Ostpreussen gibt es nach Angaben aus dem Jahre 1905 116 442 Litauer. Danach ergibt sich für die litauische Nation eine Gesamtzahl von etwa 2,9 Millionen.

Das geistige Niveau der breiten Masse in Litauen ist wesentlich höher als das der anderen Völker Westrusslands. Schon im Jahre 1897, zu einer Zeit also, als Litauens nationales Erwachen erst in den Anfängen stand, hat die russische Statistik nur 45% litauische Analphabeten gezählt, gegenüber 60% polnischen und 75—85% russischen. Hervorzuheben ist

---

<sup>1)</sup> Nach den neuesten litauischen Angaben soll ihre Zahl etwa eine Million betragen.

die Bildungsfähigkeit und der Bildungseifer des litauischen Bauern, und es ist interessant, festzustellen, dass Gegenden, die unter polnischen und russischen Einfluss gerieten, viel mehr Analphabeten aufwiesen als solche mit rein litauischer Bevölkerung.

Aufgabe der folgenden Ausführungen soll es sein, zu prüfen, wie weit das Wirtschaftsgebiet des heutigen Litauen geeignet ist, den Bestand des litauischen Staates zu garantieren und wie weit die wirtschaftliche Struktur und die bisherige wirtschaftliche Entwicklung gesunde Währungsverhältnisse ermöglicht.

# I. Die Geschichte der litauischen Währung.

Im Jahre 1914 galt in dem jetzt litauischen Gebiet die russische Rubelwährung, die unter mancherlei Schicksalen nach der Reform der Jahre 1902/03 einen stabilen Charakter angenommen hatte. Der Krieg brachte einschneidende Veränderungen; denn die grossen Anforderungen, die der Kriegszustand an das russische Wirtschaftsleben stellte, hatte bald eine passive Zahlungs- und Finanzbilanz zur Folge. Der Kurs des Rubels sank stark, und die Besatzungsbehörde folgte mit den von ihr festgesetzten Umrechnungskursen dieser Bewegung. Erst als sich im besetzten Gebiet ein starker Rubelmangel bemerkbar machte und der Kurs des Rubels deswegen in Warschau wesentlich höher stand als in Russland, sah man sich genötigt, auch die Umrechnungskurse hinaufzusetzen<sup>1)</sup>.

Um dem Rubelmangel abzuhelpen, wurde von der Darlehnskasse Ost besonderes Geld, das sogenannte Oberostgeld, Oberostrubel und Oberostmark, ausgegeben. Rein äusserlich könnte die Bezeichnung Rubel zu der Annahme verleiten, dass man es bei einem solchen Notbehelf mit einer Vermehrung des bereits im Verkehr befindlichen russischen Rubelgeldes zu tun hatte. In Wirklichkeit ist aber eine derartige Vermehrung der umlaufenden russischen Zahlungsmittel durch die Emissionen eines fremden Staates unmöglich. Für die von Russland ausgegebenen Geldzeichen hatte Russland mit seinen wirtschaftlichen Kräften die Garantie übernommen, während für die Bewertung des neuen Rubelpapiergeldes, des Oberostrubels, die wirtschaftlichen und finanziellen Bilanzverhältnisse Deutschlands entscheidend waren. Nachdem weder das russische noch das deutsche Geld in Gold eingelöst werden konnte und weder Deutschland noch Russland einen stabilen Geldkurs aufzuweisen hatten, war es für Deutschland

---

<sup>1)</sup> Vgl. Teil I.



unmöglich, ein Geld zu konstruieren, das im Wert dem russischen Gelde glich. Es liefen in der Tat zwei Arten von Papiergeld um, das von Schuldnern mit verschiedener Kreditwürdigkeit, Deutschland und Russland, einzulösen war.

Der Oberostrubel stellte demnach ein Notgeld für die besetzten Gebiete dar, das lediglich dem Mangel an Zahlungsmitteln abhalf, nicht aber dem Mangel an russischen Rubeln. Man konnte auch nicht einfach statt russischer Rubel Oberostrubel hingeben oder bei der Verrechnung einen russischen Rubel einem Ostrubel gleichsetzen. Vielmehr war das Verhältnis der beiden Rubel zueinander von dem Stande des russischen Rubels zur deutschen Mark abhängig. Der Oberostrubel, der dem Werte nach 2 Ostmark entsprach, war auch von vornherein auf ein bestimmtes Verhältnis zur deutschen Mark festgelegt, er wurde stets mit 2 Reichsmark eingelöst. Die Bezeichnung Rubel wählte man nur, um die Bevölkerung leichter an das neue Geld zu gewöhnen und ein Zirkulationsmittel von wenigstens annähernd der gleichen Wertgrösse zu schaffen. Unzweifelhaft von Vorteil war es, dass durch die Ausgabe besonderer Geldzeichen zum Teil eine Trennung des für das besetzte Gebiet bestimmten Geldes von der deutschen Reichswährung herbeigeführt wurde. Im besonderen machten sich dann auch die Filialen der Darlehnskasse Ost um die Rückführung deutschen Geldes verdient.

Der Oberostrubel ersetzte somit die für das Besatzungsgebiet notwendig werdenden Reichsmark. Je mehr man sich daran gewöhnt hatte, in Oberostrubeln zu rechnen, umso eher war das immer schwieriger werdende Problem des russischen Rubels im besetzten Gebiet gelöst. Ein Uebergang zur Ostrubelwährung oder Ostmarkwährung, wie sie später meist genannt wurde, war durch die Höhe der Umrechnungskurse für russische Rubel und durch die Benennung „Rubel“ wesentlich erleichtert. Auch die Länge des Krieges und später die politische Lage in Russland wirkten immer mehr dahin, dass die russische Rubelwährung an Bedeutung verlor. Allerdings darf man die Schwierigkeiten eines Währungswechsels nicht verkennen, waren doch die meisten Anlagewerte auf längere Zeit in der alten Währung festgelegt, sodass sich ein Rest der russischen Rubelwährung sehr lange erhielt.

Das Verhältnis Mark zu Oberostrubel war ein festes. Gelange der schwankende russische Rubel auf einen Kurs von 2 Mark, sodass in diesem Augenblick ein russischer Rubel gleich einem Ostrubel war, dann war der Wechsel der Währung noch besonders vereinfacht. Doch sprachen während des

Krieges auch Spekulationsmomente mit, sodass die Gelegenheit zum Währungswechsel verhältnismässig wenig benutzt wurde, umso mehr als der Rubel im besetzten Gebiet gesucht war und Aussichten hatte, zu steigen. Leichter als im Verkehr mit Immobilien vollzog sich der Uebergang zum Rechnen in Oberostrubelwährung im täglichen Verkehr. Faktisch war mit einem Rechnen in Oberostrubeln aber ein Uebergang zur deutschen Markwährung erfolgt; denn an die Stelle des Oberostrubels, der ja gleich 2 Ostmark war, konnten jederzeit auch 2 Reichsmark treten. Ausgegeben war das Ostgeld, wie es kurz genannt wird, im Bereich des Verwaltungsgebietes Oberost, das ausser Litauen noch Teile des Gouvernements Kurland und Grodno umfasste. Das Geld erfreute sich einer gewissen Beliebtheit und hatte das Schicksal, im Osten auch nach dem Weltkriege eine besondere Rolle zu spielen; denn Litauen besass lange Zeit keine eigene Währung, sondern hatte das Ostgeld als Landeswährung beibehalten, und zwar gesetzlich bis zum 1. Oktober 1922, faktisch noch darüber hinaus bis zur endgültigen Einlösung der vorhandenen Zirkulationsmittel gegen Geldzeichen der neuen Währung.

Die Darlehnskasse Ost gab ihr Papiergeld nur gegen Lombardierung oder Hinterlegung fremden, z. B. deutschen Geldes heraus. In erster Linie war ihre Aufgabe eine ganz ähnliche wie die der deutschen Darlehnskasse und der polnischen während der Besatzungszeit, sie sollte dem privaten Kreditbedürfnis Rechnung tragen. Auch bei der Darlehnskasse Ost spielte die Finanzlage eines Staates, in diesem Falle des Gebietes Oberost, nicht mit hinein; seinem Kreditbedürfnis abzuhelpfen, war die Kasse weder direkt noch indirekt in der Lage und vor allem auch nicht dazu befugt. Auch mit dem Finanzbedarf des Deutschen Reiches hatte sie unmittelbar nichts zu tun. Allerdings bestand mittelbar doch insofern eine Verbindung, als man gegen Hinterlegung von Reichsmark, deren Schicksal nach der Kriegsfinanz- und Währungsgesetzgebung vom 4. August 1914 sehr stark von der Finanzlage und dem Warenbedarf des Staates beeinflusst wurde, Oberostgeld erhalten und jederzeit wieder zum Parikurse einlösen konnte. Die Folge war ein stets gleicher Kurs für Reichsmark und Ostmark; bei jedem Fallen der Reichsmark wurde auch das Oberostgeld in Mitleidenschaft gezogen. Der Kurs des Ostgeldes war also vollkommen von dem Stande der Reichsmark abhängig. So war es auch, nachdem Litauen selbständig geworden war; jederzeit wurde durch die Darlehnskasse Ost

Ostgeld gegen Reichsgeld eingewechselt. Die Darlehnskasse Ost hatte, vom währungspolitischen Gesichtspunkte aus betrachtet, einen durchaus privaten Charakter und war von der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches unabhängig, auch als sie vom Januar 1918 ab als Reichsinstitut geführt wurde. Die Kasse, die zuerst in Posen, dann in Kowno ihren Sitz hatte, bringt ihre Bilanz<sup>1)</sup> am 30. August 1918 in Gegenüberstellung mit der Eröffnungsbilanz:

Aktiva in 1000 M.		
	30. August 1918	Eröffnungsbilanz
Kasse	10 889	12 167
Effekten (kurzfristige), Schatz- } anweisungen, Krieganleihen }	327 402	— —
Guthaben bei Noten- und Divisenbanken	123 887	3 800
Lombarddarlehen	26 266	3 481
Kontokorrent	251 759	6 730
Sonstige	1 343	—
Verbindlichkeiten in 1000 M.		
	30. August 1918	Eröffnungsbilanz
Umlauf an Darlehnskassen- } scheinen (ohne Bestand) }	598 527	330 788
Reserven	1 054	800
Kontokorrent	231 133	20 300
Sonstige	31 244	1 692

Danach betrug der Umlauf an Darlehnskassenscheinen 598 527 Mark. Im Laufe der Zeit stieg die Emission der Darlehnskasse Ost auf etwa 1 Milliarde Mark und ist lange Zeit auf diesem Stand geblieben. Der Mehrbedarf infolge Steigens der Preise wurde in der Hauptsache durch das Einströmen deutscher Reichsmark gedeckt.

Bei Uebernahme der Regierung durch den litauischen Staatsrat wurden mit der Darlehnskasse Ost Verhandlungen aufgenommen, die dazu führten, dass an dem allmählich entstandenen Währungssystem nichts geändert werden sollte. Das Ostgeld blieb im Umlauf, und der litauische Staat verzichtete auf den zweifelhaften Vorzug einer eigenen Notenemission, die dann zu leicht — besonders in den ersten Jahren des Bestehens des Staates — zur Ueberemission aus finanziellen Bedürfnissen und des weiteren zum WährungschaoS hätte führen können. So ergab sich ein höchst seltsamer und eigentümlicher Zustand, dass ein selbständiger Staat keine eigene Währung besass. Genauer können wir sagen, der litauische Staat besass eine Währung, denn gesetzmässig war das Ostgeld Währungsgeld, und es war auch äusserlich von der deutschen Währung getrennt, nur besass Litauen keine eigene Valuta,

<sup>1)</sup> Das neue Litauen 1918 S. 104.



weil die Bewertung des Geldes im Auslande von dem Stande der deutschen Mark abhängig war. Das Schicksal der deutschen Valuta bestimmte automatisch auch das der litauischen. Ueber die deutsche Valuta führt daher bis zum Herbst 1922 der Weg zu den Problemen der litauischen Währungsfrage.

Während sonst die Währungsentwicklung bis zu einem gewissen Grade ein Spiegelbild der Wirtschafts- und Finanzverhältnisse gibt, ist bei Litauen zu unterscheiden zwischen der Bewertung des umlaufenden Geldes, dessen Kurs durch die Währungsverhältnisse Deutschlands beeinflusst wird, und den Grundlagen der Währung, die hier auf die Bewertung des Geldes keinen Einfluss ausüben und daher unabhängig vom Geldwesen zu untersuchen sind. Aus diesen beiden Gesichtspunkten ergibt sich der weitere Aufbau meiner Arbeit. Obwohl Litauen in den ersten Jahren bis zum 1. Oktober 1922 keine eigene Währung besass, so wollen wir doch so vorgehen, dass wir ein vollkommenes Bild von der Währungsfrage erhalten, also auch von dem Zustande, den eine eigene Währung Litauens bewirkt hätte. Gerade die scharfe Trennung zwischen Finanz- und Währungsfrage gibt hier bis zu einem gewissen Grade Einblicksmöglichkeiten, die man in der Gegenwart sonst nicht so leicht gewinnt. Während unter normalen Verhältnissen Wirtschaft und Währung in engem Zusammenhang einander gegenseitig beeinflussen, ist hier die Einwirkung der Wirtschaft auf die Währung ausgeschaltet und nur die Wirtschaft der Wirkung der Währungsentwicklung ausgesetzt. Weder das volkswirtschaftliche noch das finanzielle Defizit kann hier durch die Ausgabe von Noten behoben werden. Der litauische Staat, der sich das bequeme Hilfsmittel, die Notenpresse, selbst versagt hat, ist gezwungen, sowohl seine Zahlungs- als auch seine Handelsbilanz aus sich selbst heraus auszugleichen.

Wenn Litauen auch gleichsam als Landeswährung das Oberostgeld übernommen hatte, so war zunächst doch der Kampf gegen das alte Währungsgeld, den russischen Rubel, aus den schon oben erwähnten Gründen, noch nicht ganz beendet. Verschiedentlich war man gezwungen, noch nach russischen Rubeln zu rechnen, vor allem waren auch noch erhebliche Mengen solchen Geldes in Umlauf. Das Festhalten am Alten, das eine besondere Charaktereigenschaft des Litauers ist, vor allem aber die Schwierigkeit, das im Wert ständig sinkende russische Rubelgeld mit geringem Verlust abzustossen, verschaffte dem russischen Rubel seine starke Stellung. Durch den Einbruch der Bolschewisten im Anfang



des Jahres 1919 kamen weitere Mengen russischen Geldes nach Litauen und gestalteten die Währungslage noch schwieriger. Die Schätzungen der im Jahre 1921 in Litauen vorhandenen russischen Rubel schwanken zwischen 200 und 400 Millionen.

Am beliebtesten sind der Zaren- und der Duma-Rubel, weniger gern wird der Kerenski-Rubel genommen und gänzlich wertlos ist der Sowjet-Rubel. Der Zaren-Rubel und in zweiter Linie auch der Duma-Rubel haben lange Zeit eine Sonderstellung eingenommen, sie wurden unverständlich hoch bewertet und stehen auch heute noch in der Bewertung am höchsten. Dieser Vorrang ist allein auf psychologische Gründe zurückzuführen. Gegenüber der gewaltigen Ueberschwemmung Russlands mit wertlosem Papiergeld können der Zaren- und der Duma-Rubel noch einigermaßen als Geld angesprochen werden, weil sie noch einen gewissen Seltenheitswert besitzen, und aus diesem Grunde neigt man dazu, in Erinnerung an die Vorkriegszeit dem Zarenrubel einen höheren Wert anzudichten.

Eine solche Höherbewertung des Zarenrubels war in der ersten Zeit der bolschewistischen Herrschaft verständlich, als man noch darauf hoffte, dass beim Sturz des neuen Regimes eine andere Regierung nur das Sowjetgeld ausser Kurs setzen und annullieren würde, während das Zarengeld dann gleichsam der Grundstock für eine Geldreform wäre. In einem solchen Falle wäre die eigentliche russische Landeswährung durch die Ausgabe von Geldzeichen einer unter diesen Umständen als illegitim bezeichneten Regierung in ihrem inneren Wert nicht erschüttert worden. Heute ist die Lage aber gänzlich anders; denn mit dem Sowjetregime ist ein sprunghafter Niedergang des Wirtschaftslebens parallel gegangen, sodass auch die alte russische Landeswährung jetzt weit geringere Garantien aufweist als in der Zarenzeit und auf diese Weise bereits eine gewaltige innere Entwertung erfahren hat. Fälschungen alter Geldemissionen, wie verschiedentlich angenommen wird, haben nicht stattgefunden und sollen der Sowjetregierung angeblich nicht möglich sein, weil die Platten vernichtet seien. Vielmehr ist durch die währungspolitischen Massnahmen der Räteregierung allmählich der vollkommene Zusammenbruch des alten russischen Währungssystems herbeigeführt worden.

Unter diesen Umständen haben die Besitzer von russischen Rubeln auch in Litauen grosse Verluste erlitten, trotzdem die litauische Regierung sie schon frühzeitig warnte und

den Verkehr mit russischem Geld nach Möglichkeit einzuschränken suchte. Den Behörden und Banken war die Annahme von Sowjetgeld verboten, und dieses Verbot wurde im Mai 1919 auch auf das Kerenskigeld ausgedehnt. Gleichzeitig beschränkte man die Einfuhr von Zaren- und Dumageld auf 1000 Rubel pro Person. Im eigensten Interesse ist die litauische Regierung bestrebt, sich jeglichen russischen Geldes zu entledigen und es aus dem Verkehr auszuschalten; denn es sind in Russland gewaltige Mengen von Papiergeld in Umlauf gesetzt worden. Das Einlösungsversprechen<sup>1)</sup> in Gold, das sich auf einer Reihe von Scheinen befindet und zum Teil eine unterschiedliche Bewertung hervorruft, ist in Anbetracht der grossen Emissionsmengen offensichtlich wertlos.

Wenn auch infolge richtiger Erkenntnis der Gefahr das russische Geld immer mehr aus dem Verkehr schwand, so stiess man bei der Umrechnung fester Werte doch auf Schwierigkeiten; denn es handelte sich um Werte, die einst in Goldrubel festgelegt waren, nunmehr aber nicht auf der Goldbasis umgerechnet werden konnten, weil sich dann Verhältnisse ergeben hätten, die mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht zu vereinbaren wären. Durch die Währungsentwertung ist die allgemeine Last wirtschaftlicher und finanzieller Fehlbeträge auf die einzelnen Untertanen verteilt worden, deren Kaufkraft infolgedessen gegenüber den Friedensverhältnissen sehr gesunken ist. Wollte man ehemalige Goldforderungen, deren Wert sich mit der Entwicklung von Wirtschaft und Währung entsprechend verändert hat, heute noch aufrecht erhalten, dann würde man die Gläubiger von ihrem Anteil an der allgemeinen Last befreien, und es würde eine unerträgliche Belastung der Schuldner eintreten. Gerade in Osteuropa einschliesslich Deutschland gewinnt dieses Problem der Umrechnung der Vorkriegswerte an Bedeutung. Ein richtiges und zugleich gerechtes Vorgehen in dieser Frage ist eine der wichtigsten Grundlagen beim Wiederaufbau der Währungen.

<sup>1)</sup> Dr. Teitelberg: „Das Papiergeldwesen im Räte-Rußland“ Berlin 1921 S. 8: „Das gesamte zirkulierende Papiergeld kann nach dem auf den Noten aufgedruckten Einlösungsversprechen in drei Kategorien eingeteilt werden:

1. Zaren- und Duma-Rubel mit der Einlösungspflicht in Gold zur alten Währung. Feingoldgehalt 1 Rbl. = 17,424 gr.

2. Sowjet-Noten, denen noch die frühere Bezeichnung Reichs-Kredit-Billette und der Aufdruck der Einlösung in Gold beibehalten ist, jedoch ohne Bezeichnung der Parität.

3. Kerenski-Bons und Sowjet-Verrechnungsscheine ohne jegliches Einlösungsversprechen.

In Litauen hat sich im Laufe der Jahre die Ostmarkwährung herausgebildet; von ihr müssen wir daher auch in der Umrechnungsfrage ausgehen. In Rubel ausgedrückte Werte haben tatsächlich genau dieselbe Entwicklung durchgemacht wie die in Mark bestimmten Werte. Es gibt daher, wirtschaftlich gesehen, in Litauen trotz Vorhandenseins mehrerer verschiedener Werteinheiten eigentlich nur eine Landeswährung, die zwangsläufig denselben Weg zurückgelegt hat wie die deutsche Währung. Es ist ganz gleichgültig, welchen Kurs der russische Rubel hat, soweit er als Werteinheit festgelegten Werten zu Grunde liegt, ergibt sich sein Wert aus dem gegenwärtigen Preisniveau in Ostmark unter Berücksichtigung der Friedensrelation. Anders steht es natürlich mit russischem Bargeld, das in der Hand des Besitzers nur als ein der Rubelwährung entsprechend entwertetes Zahlungsmittel gelten kann.

## II. Litauische Währungsprobleme.

Die Ostmarkwährung war als Basis der Währungsreform anzusehen. Auf sie wurden daher zweckmässigerweise alle anderen noch vorhandenen Währungen zunächst zurückgeführt. Die in den festgelegten Werten noch heute erhaltene Rubelwährung hatte, nachdem sich die Ostmark als Landeswährung durchgesetzt hatte, mit der Rubelwährung der Vorkriegszeit ebensowenig zu tun wie mit der Rubelwährung des Sowjetregimes. Sie war längst in den Rahmen des litauischen Wirtschaftslebens, das durch die Ostmark beeinflusst wurde, eingereiht worden. Zu berücksichtigen blieb nur die Relation, die durch die Entwicklung nicht beeinflusst ist und die einen feststehenden, relativen Unterschied in der Bewertung von Rubel und Ostmark bedingte. Die Ostmark, deren Einheit in Gold definiert die gleiche ist wie die der Reichsmark, erlitt infolge der stabilen Verbindung mit der Reichsmark, die durch die gegenseitige Einlösbarkeit bewirkt wurde, im Laufe der Jahre dieselbe Entwertung wie die Reichsmark. Da Litauen auf diese Weise, ohne eine eigene Währung zu besitzen, doch eine bedeutungsvolle Währungsgeschichte hinter sich hat, steht die Frage offen, wie auch die Rubelwährung der festgelegten Werte in diesen Entwicklungsgang so eingereiht werden kann, dass sie keine Ausnahme bildet und aus dem Rahmen nicht herausfällt. Die Antwort ist gegeben, wenn man die Werte in Rubelwährung als solche in Markwährung mit einem der Goldparität zwischen Rubel und Mark entsprechend höheren Wert auffasst, also als  $1 \times 2,18$  Markwährung. Mit anderen Worten, man legt die Goldparität zwischen Ostmark und Rubel zu Grunde, dann gelangt man zu der Einheitlichkeit der Entwicklung, in der die Währungsentwertung für beide Währungen das gleiche Mass annimmt. Es würde auf diese Weise die Einheitlichkeit der Entwicklung rekonstruiert werden. Eine solche Umrechnung wäre auch dann gegeben, wenn der Rubel in Russland relativ höher stände als die Ostmark.

Als zweite fremde Geldart ist in Litauen die deutsche Mark in Umlauf, deren Summe nicht genau feststeht. Die Reichsmarkbeträge rühren zum Teil noch aus der Besatzungszeit her, zum Teil wurden sie automatisch durch das Einströmen von deutschen Mark vermehrt. Da aber Deutschland ein Interesse



daran hatte, dass sein Geld nicht über die Grenze ging, wurde die Ausfuhr deutschen Geldes nach Litauen zeitweilig verboten. Die Ostgeldvorräte der Wechselstuben der Darlehnskasse Ost in Königsberg und Eydtkuhnen reichten aber nicht aus, um den Verkehr mit Litauen zu bewältigen, sodass dieser zu stocken drohte. Praktisch hatte jedoch das Verbot wenig Erfolg, weil der Engländer, der als Abnehmer litauischer Waren in erster Linie in Frage kam, jederzeit in deutscher Währung zahlen konnte und es auf Wunsch auch tat. Vielmehr bedeutete ein solches Verbot lediglich eine Erschwerung der Lage des deutschen Kaufmanns, um nicht zu sagen eine Schädigung deutscher Interessen, da die Rohstoffbezüge aus Litauen teilweise unterbunden wurden. Das Verbot wurde daher auf dringende Vorstellungen der beteiligten Kreise hin bald wieder aufgehoben. Solange Litauen keine eigene Währung hatte, musste stets deutsches Geld in Umlauf sein, dessen Menge nach Bedarf und Grösse des Umlaufs an Ostgeld schwankte.

Die Ausgabe von Oberostgeld ist in gewisser Weise kontingentiert; zwar kann man jederzeit gegen deutsche Reichsmark Ostmark erhalten, doch ist die Umlaufshöhe auf Grund von Abmachungen zwischen der Darlehnskasse Ost und der litauischen Regierung nach oben begrenzt. Die umlaufende Menge an Ostgeld reichte bei den dauernd steigenden Preisen bei weitem nicht aus, und es trat in Zeiten besonders regen Verkehrs in den Kassen ein empfindlicher Mangel ein. Einigermassen elastisch wurde das litauische Währungssystem durch die automatische Verbindung mit der deutschen Währung und die dadurch bedingte Gleichbewertung im Auslande. Ohne eine besondere Gefahr für die litauische Währung zu bringen, kann die deutsche Reichsmark in beliebigen Mengen in das litauische Wirtschaftsgebiet einströmen. Im Laufe der letzten Jahre hat die in Litauen befindliche Menge an Reichsmark auch ständig zugenommen, sodass schliesslich weit mehr Reichsmark als Ostmark in Umlauf waren. Gerade infolge dieses elastischen Faktors, der nur bei wirtschaftlichem und nicht bei finanziellem Bedarf in Erscheinung trat, hätte Litauen, theorethisch betrachtet, ein ideales System besitzen, seine Wirtschaft mit Geld zu versorgen, wenn nicht der grosse Nachteil hätte in Kauf genommen werden müssen, keine eigene Währung zu besitzen und das traurige Schicksal einer fremden Währung zu teilen.

Besonders lehrreich ist der Verlauf der bisherigen litauischen Währungsgeschichte im Vergleich zu dem Schicksal und

den Erfahrungen der Nachbarstaaten, die gleich bei ihrer Selbständigkeitserklärung eine eigene Währung schufen. Auch für Litauen war die Versuchung nahe, ein eigenes Geldsystem zu schaffen. Schliesslich zog man nach Verhandlungen mit der Darlehnskasse Ost aber doch vor, zunächst das bisherige Ostgeld beizubehalten, an das sich die Bewohner Litauens während des Krieges gewöhnt hatten. Man vermied damit zunächst jeglichen Einfluss ungünstiger Art auf die Entfaltung des Wirtschaftslebens, verzichtete aber gleichzeitig auf eine Kreditgewährung durch die Notenpresse. So schwerwiegend die Verknüpfung der Notenemission mit dem Finanzbedarf des Staates auch sein mag, so darf man anderseits doch die Schwierigkeiten nicht verkennen, die sich für Litauen mit einem Verzicht auf die Hilfe der Notenpresse ergeben haben. Es ist eine Leistung ersten Ranges, dass der Staat die Finanzkrise der ersten Tage seines Bestehens, als die Einnahmequellen noch äusserst spärlich flossen und bei weitem nicht ausreichten, die finanziellen Anforderungen aber ausserordentlich gross waren, durch Sparsamkeit überwand. Man half sich lediglich mit einer inneren Anleihe von 30 Millionen Mark<sup>1)</sup>.

Die Lage wurde durch den Einfall der Bolschewisten, den Fall von Wilna<sup>2)</sup> und durch die sich daraus ergebende Notwendigkeit, möglichst schnell eine kriegsfähige Wehrmacht aufzustellen, noch erschwert. Als die Ausgaben für das Heer immer mehr stiegen, schien sich die Geldverlegenheit der litauischen Regierung im Dezember 1919 zur Katastrophe zuzuspitzen. Die Regierung war mit der Gehaltszahlung im Rückstande, und den Soldaten konnte kein Sold gegeben werden. Wie gefährlich dieser Zustand sogar für den Bestand des Staates war, versteht man erst dann, wenn man bedenkt, dass die Bolschewisten an der Grenze standen und in der Verlegenheit der litauischen Regierung ein willkommenes Agitationsmittel sahen. Es machte sich damals eine regierungsfeindliche Strömung bemerkbar, die jedoch in der Presse teilweise ganz unverhältnismässig stark aufgebauscht wurde.

Es ist durchaus verständlich, dass die finanziellen Schwierigkeiten so gross waren; denn bei den noch

---

<sup>1)</sup> Ueberseedienst 1920 S. 1701.

<sup>2)</sup> Durch Verfügung der Räteregierung in Wilna vom 6. Februar 1919 wurde der Oberostrubel dem Kerenski- und Duma-Rubel gleichgesetzt, obwohl er im Verkehr den doppelten Wert besass.

primitiven Wirtschaftsverhältnissen mussten moderne Steuerprojekte, die eine komplizierte Erfassungstechnik zur Voraussetzung haben, versagen. Einen ausserordentlichen Bedarf in einem Lande, dessen Wirtschaft nach langer Kriegszeit erst wieder in Gang gebracht werden musste, ohne den erforderlichen Erfassungsapparat zu decken, konnte nur durch Anspannung aller Kräfte gelingen.

Doch der Aufbau des litauischen Staates war von vornherein von einem gesunden Gedanken geleitet. Trotz der misslichen Lage nahm die Regierung ihre Zuflucht nicht zur Notenpresse, sondern verhandelte mehrfach mit ausländischen Bankkonzernen, die ihr eine Anleihe gewähren oder die eigene litauische Währung garantieren sollten. Zu einem Ergebnis gelangte man bei diesen Versuchen jedoch nicht, denn die gestellten Bedingungen bedeuteten eine zu schwere Belastung für den neuen Staat.

Die Frage der Garantie einer Währung durch einen privaten Bankkonzern oder einen fremden Staat ist in der Nachkriegszeit ein viel besprochenes und für Litauen besonders aktuelles Problem. Meist handelt es sich bei solchen Währungsgarantieverhandlungen um neue Staaten, deren wirtschaftliche und finanzielle Bilanz ein Zukunftsrätsel ist, oder um alte Staaten, deren Lebensbedingungen innerhalb neuer Landesgrenzen gegenüber der Vergangenheit gänzlich verändert sind. Für den Entschluss zur Uebernahme der Garantie wird stets die Frage ausschlaggebend sein, ob es sich um einen lebensfähigen Staat handelt. Zwar wird ein Druck dahin ausgeübt werden können, dass der kreditbedürftige Staat seine finanziellen Ausgaben einschränkt, der Einfluss auf die Aktivgestaltung der Wirtschaftsbilanz wird aber stets beschränkt sein und letzten Endes von der wirtschaftlichen Struktur abhängen. Daraus folgt, dass man eine Garantie der Währung nur dann zu übernehmen geneigt sein wird, wenn mit Sicherheit in absehbarer Zeit eine aktive Zahlungsbilanz im Bereich der Möglichkeit liegt und zu erwarten ist; denn es kann keinem Gläubiger zugemutet werden, dass er sich zu dauernden Zuschüssen für eine passive Wirtschaft bereit erklärt. Die Garantie einer Währung ist also nur möglich, wenn es sich darum handelt, die Währung eines Landes zu stützen, dessen Zahlungs- oder Finanzbilanz vorübergehend passiv ist. Zuschüsse zu dem wirtschaftlichen Defizit in der Uebergangszeit müssen gleichsam durch die Ueberschüsse der späteren Zeit ausgeglichen werden. Je unklarer die wirtschaftliche



Zukunft des zu stützenden Staates ist, desto kostspieliger gestaltet sich daher eine solche Kredithilfe.

Von Litauen forderte man als Gegenleistung erhebliche Sicherheiten. Auf Jahre hinaus sollten ertragreiche Wirtschaftszweige ausländischen Konzernen zur Ausbeutung überlassen werden. Deswegen scheiterten alle Verhandlungen, die eine Garantie der Währung zum Gegenstand hatten. Immer wieder gab der jeweilige Finanzminister Litauens der Ansicht Ausdruck, dass er es einstweilen für das vorteilhafteste halte, eine eigene Währung nicht einzuführen, sondern auch weiterhin das Oberostgeld beizubehalten. Selbst der katastrophale Sturz der deutschen Mark im Oktober 1921 brachte keine Loslösung von der deutschen Mark. Trotz der schweren Folgen des Marksturzes auf das litauische Wirtschaftsleben dürfen die guten Erfahrungen, die Litauen mit seiner Währungspolitik besonders bis zum Herbst 1921 gemacht hat und die auch in der litauischen Presse gewürdigt worden sind, nicht verkannt werden. Litauen ist nicht in die Papiergeldwirtschaft und damit ins Währungschaos hineingeraten; es gewann Zeit, die Einführung einer Landeswährung aus eigenen Kräften vorzubereiten, die nach dem abermaligen Sturz der deutschen Mark im Sommer 1922 nunmehr erfolgte. Nachdem die wirtschaftlichen Möglichkeiten Litauens auch im Auslande bekannt geworden und die schwierigen Uebergangsjahre vorüber sind, dürfte sich auch ausländisches Kapital am wirtschaftlichen Aufbau Litauens beteiligen und dadurch zum Aufbau einer eigenen stabilen Währung wesentlich beitragen.

Der gewaltige Vorteil, den Litauen dadurch hatte, dass es keine eigene Währung einführte, bestand darin, dass es von Anfang an gezwungen war, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen; Sparsamkeit war notgedrungen das Hauptprinzip beim Vorgehen der Regierung. Der Grundsatz, dass ein Volk sich nach der Decke strecken muss, wurde zum Leitgedanken des wirtschaftlichen Aufbaues des litauischen Staates; er wurde in der Praxis durchgeführt, und er ist es, dem Litauen heute seine rasche wirtschaftliche Gesundung, die einzig und allein durch den katastrophalen Sturz der deutschen Mark beeinträchtigt wurde, verdankt. In Litauen ist man sich dessen bewusst, dass der Aufbau nur allmählich erfolgen kann und dass es unmöglich ist, binnen kurzem Wunder zu vollbringen. Ueberall herrschte das ökonomische Prinzip, mit den vorhandenen Mitteln zielbewusst auszukommen und möglichst viel zu erreichen.



### III. Das Problem einer unabhängigen litauischen Währung

Von besonderem Interesse ist die Frage, wie sich eine selbständige litauische Währung entwickelt hätte, wenn sie nach dem Muster der anderen Oststaaten sogleich bei Entstehung der litauischen Republik eingeführt worden wäre. Denn mit dem Festhalten Litauens an der Ostmark wurden auch nicht zu verkennende Nachteile in Kauf genommen. In der Hauptsache musste eine unabhängige litauische Währung durch vier Momente beeinflusst werden: durch die im Kriege entstandene wirtschaftliche Lage Mitteleuropas, durch die Gestaltung der Zahlungsbilanz, durch die finanziellen Verhältnisse des neuen Staates sowie nicht zuletzt durch das Vertrauen, das dem neuen Staate vom Auslande entgegengebracht wurde.

Das litauische Wirtschaftsgebiet war während des Krieges zu einem Bestandteil Deutschlands geworden, seine wirtschaftliche Entwicklung unterlag im wesentlichen denselben Gesetzen. Es war also in Litauen dieselbe wirtschaftliche Währungsbasis entstanden wie in Deutschland und eine ähnliche wie in den übrigen valutaschwachen Ländern Mitteleuropas in der Nachkriegszeit. Durch die Währungsgesetzgebung vom 4. August 1914 war die Umwandlung der deutschen Friedenswirtschaft zur Kriegswirtschaft erfolgt und damit die Friedenswährung zur Kriegswährung geworden. Es war ein Missverhältnis zwischen Waren- und Geldseite schon weit eher und in weit stärkerem Maße eingetreten als etwa an dem Stande der deutschen Valuta abzulesen war. Der innere Wert des Geldes erschien höher als er in Wirklichkeit war, weil ein natürliches Auswirken von Angebot und Nachfrage, das ein Ansteigen der Preise bewirkt haben würde, infolge der Zwangswirtschaft nicht mehr stattfinden konnte.

Der Ostmark lag auch durch die unmittelbare Verbindung mit der Reichsmark dasselbe Wirtschaftsgebiet zu Grunde wie der Reichsmark, und es bildete sich in Litauen die gleiche

Verschiebung zwischen Waren- und Geldseite heraus wie in Deutschland. Während des Krieges war Litauen immer mehr in den Kreislauf des deutschen Wirtschaftslebens eingeschaltet worden; die in Deutschland getroffenen Massnahmen zur Erfassung aller wirtschaftlichen Kräfte für die Kriegführung und zur gerechten Verteilung der verfügbaren Vorräte wurden in gewissem Umfange auch auf Litauen ausgedehnt. Die wirtschaftlichen Kräfte wurden auch hier bis zum letzten angespannt, und infolge des in Deutschland herrschenden Mangels wurden die Lebensbedingungen auch in Litauen heruntergeschraubt. Die Preise zogen stark an und stellten sich für viele Fertigfabrikate, die eingeführt werden mussten, zum Teil höher als in Deutschland.

Zunächst war die Produktion Litauens gegenüber der Friedenszeit stark zurückgegangen, obwohl Deutschland alles tat, um die Kriegsschäden zu beseitigen und seine Produktionsbasis auch im besetzten Gebiet zu erweitern. Dann war aber der Bedarf innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftsgebietes so gross, dass alles, was nicht unbedingt dem Lande verbleiben musste, zur Abgabe an die Heeresverwaltung gelangte und Litauen selbst auf diese Weise in den Rahmen der Kriegswirtschaft eingespannt wurde. Dazu kam noch, dass die zu ernährende Bevölkerung Litauens trotz der Abwanderung infolge des Krieges kaum abgenommen hatte, wenn man das Besatzungsheer und die Verwaltung hinzurechnet. Unter diesen Umständen war ebenso wie bei der Reichsmark eine starke innere Entwertung der Ostmark eingetreten.

Fasst man dagegen Litauen während der Besatzungszeit als eine selbständige wirtschaftliche Einheit auf, dann dürfte sich für dieses Gebiet auf Grund seiner ausgesprochen landwirtschaftlichen Struktur vielleicht schon am Ende des Krieges ein etwas günstigeres Bild ergeben haben als für das kriegführende Deutschland. Obwohl also beide Geldarten zu ein und demselben Wirtschaftsgebiet gehörten, waren sie doch von der Warensseite her schon während des Weltkrieges in verschieden starker Weise beeinflusst, da sich praktisch Angebot und Nachfrage in beiden Ländern nicht unter vollkommen gleichen Bedingungen auswirkten.

Durch den Abschluss der deutschen Volkswirtschaft vom Weltmarkt und infolge der Zwangswirtschaft bildete sich für die deutsche Mark und damit auch für die Ostmark ein Kurs heraus, der ganz den Zwangsverhältnissen entsprach. Trotz überwiegender Nachfrage nach Waren und unabhängig vom inneren Wert des deutschen Geldes kam eine Notierung

zustande, die nur aus den Kriegsverhältnissen heraus zu verstehen war. Es war eine Diskrepanz zwischen dem inneren Wert und der in der Valuta zum Ausdruck kommenden äusseren Bewertung entstanden, und zwar in umgekehrter Richtung wie in der Nachkriegszeit. Der Kurs stand höher als er in Anbetracht der inneren Bewertungsfaktoren hätte stehen dürfen. Weiter ist aber zu berücksichtigen, dass der innere Wert nur bei normalen Wirtschaftsverhältnissen an der Preis- und Einkommensgestaltung abzulesen ist und dass er bei zwangsmässiger Tiefhaltung der Preise und Einkommen stets niedriger anzunehmen sein wird. Man kann daher sagen, dass der innere Geldwert nicht so hoch war, wie man ihn auf Grund statistischer Unterlagen hätte berechnen können.

Diese inneren Beziehungen zwischen Wirtschaftsgestaltung und Geldwert mussten in dem Augenblick deutlich werden, als der weltwirtschaftliche Verkehr wieder aufgenommen wurde und Mitteleuropa wieder zu einem lebendigen Gliede der Weltwirtschaft wurde. Die Gefahr des Kurssturzes war daher für die Uebergangszeit besonders gross. Erfolgte der Uebergang zu normalen Wirtschaftsverhältnissen ohne die wirtschaftstechnischen Hilfsmittel wie Anleihen zwecks Auffüllung des Warenbestandes, dann musste sich das starke Ueberwiegen der Nachfrage auf dem Devisenmarkt auswirken und in der Notierung zum Ausdruck kommen. Diese Gefahr während der Uebergangswirtschaft war für ganz Mitteleuropa die gleiche, und auch eine selbständige litauische Währung wäre ihr in gleicher Weise ausgesetzt gewesen.

Die Frage, ob es Litauen gelungen wäre, eine unabhängige Währung auf dem Kursstande der Ostmark vom November 1918 zu erhalten, ist daher zu verneinen. Selbst unter sonst günstigen Voraussetzungen einer aktiven Finanzbilanz wäre es Litauen in den ersten Monaten nach dem Weltkriege nicht möglich gewesen, gegen den Strom zu schwimmen; denn auch die Tschechoslowakei, die sich politisch bald zur Entente rechnete und deren Wirtschaftslage ausnehmend günstig war, musste in ihrer Währungsgeschichte die rauhe Wirklichkeit des angedeuteten Zusammenhanges zwischen Währung und Wirtschaft erfahren. Die litauische Währung hätte also die Tendenz zum Sinken in sich getragen; denn Litauens Bedarf an Waren war so gross, dass seine Zahlungsbilanz notwendigerweise zunächst passiv gewesen wäre.



Es ist streng zu scheiden zwischen der Gestaltung der wirtschaftlichen Bilanz auf Grund der wirtschaftlichen Struktur Litauens und zwischen der Uebergangsbilanz, die durch die vorübergehend starke Einfuhr zur Wiederherstellung einer normalen Marktlage belastet wurde. Selbst an sich günstige wirtschaftliche Verhältnisse, die eine baldige aktive Bilanz versprachen, hätten daran nichts ändern können. Bis zu einem gewissen Grade wäre die litauische Währung also auch ohne den Druck, der von Seiten der deutschen Währung kam, gesunken. Ja, bis zur Aufhebung der Blockade gegen Deutschland, durch die das Sinken der deutschen Mark verlangsamt wurde, ist die Ostmark vielleicht sogar höher bewertet worden, als es bei einer eigenen litauischen Währung möglich gewesen wäre, da die Einfuhr nach Litauen weniger behindert war als nach Deutschland.

Eine Möglichkeit, über die Gefahren der Uebergangszeit hinwegzukommen, hätte nur dann bestanden, wenn es Litauen gelungen wäre, bei seiner Selbständigkeitserklärung eine Auslandsanleihe zur Befriedigung der ersten Bedürfnisse bei der Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu erhalten. An eine solche grössere Anleihe konnte aber bei einem eben entstandenen Staate nicht gedacht werden. Wir kommen daher zu dem Ergebnis, dass ein gewisses Fallen der litauischen Valuta in der Natur der wirtschaftlichen Spannungen der Nachkriegszeit begründet gewesen wäre.

Wie aber hätte sich die Entwicklung einer selbständigen Währung darüber hinaus gestaltet? Solange die Möglichkeit, Zahlungs- und Finanzbilanz auszugleichen, nicht bestand, wäre auch die Stabilisierung einer unabhängigen litauischen Währung nicht in Frage gekommen. Erst bei Eintritt normaler Wirtschaftsverhältnisse musste daher die Last und der Druck, den die fallende deutsche Währung auf das litauische Wirtschaftsleben ausübte, empfunden werden. Dann aber war es an der Zeit, sich mit dem Gedanken, eine eigene Währung einzuführen, zu beschäftigen. Immer lauter wurden die Klagen, als die Abwärtsbewegung der deutschen Mark aus politischen und psychologischen Gründen rapide Geschwindigkeit annahm. Denn einem Fallen aus diesen Gründen wäre eine eigene litauische Währung nicht ausgesetzt gewesen. Das grösste Verhängnis für Litauen war somit darin zu sehen, dass seine Wirtschaft durch die Ostmark mit dem politischen Schicksal Deutschlands verbunden war.

Da die Ruhe in der Entwicklung der deutschen Mark



immer wieder durch scharfe Auf- und Abwärtsbewegungen gestört wurde, trat ständig von neuem an Litauen die Frage heran, ob es weiterhin die Notierung seines Geldes von dem Schicksal der deutschen Mark abhängig machen wolle, zumal Deutschlands wirtschaftliche Zukunft infolge der aussenpolitischen Verwicklungen wenig hoffnungsvoll aussah. Aber mit Recht hatte man es mit der Einführung einer neuen Währung nicht so eilig wie manche ausländischen Bankkreise, die bereitwilligst ihre Hilfe anboten. Denn erst wenn die Umwelt zum litauischen Staat Vertrauen gewonnen hat, ist auch für seine Währung die Möglichkeit dauernder Stabilität gegeben. Gerade dieses Vertrauensmoment machte den Oststaaten, die beschleunigt ein eigenes Geldsystem schufen oder schaffen mussten, bevor noch die Wirtschaftsbilanz in Ordnung gebracht war, so ausserordentlich viele Sorgen. Den Gefahren, die der litauischen Währung infolge Mangels an Vertrauen gedroht hätten, ist Litauen durch seine Währungspolitik jedenfalls aus dem Wege gegangen. Je länger Litauen ohne schwere Schädigungen die Ostmarkwährung beibehalten konnte, umso mehr Zeit gewann es für die Vorbereitung des Ueberganges zu einer neuen Währung. Nachdem es erst einmal bei aktiver Wirtschaft gelungen war, einen Fonds an Devisen zu sammeln, konnte der Uebergang zur neuen Währung ohne nachhaltige wirtschaftliche Störungen vor sich gehen.

Ein besonderer Vorteil, den die deutsche Währung — denn als solche ist ja auch die Ostmarkwährung anzusprechen — dem litauischen Staate brachte, war mithin, dass der Währungswechsel gründlich vorbereitet werden und vor der Einführung einer neuen Währung die wirtschaftliche und politische Existenzfähigkeit bewiesen werden konnte. Unter dem Gesichtswinkel des wirtschaftlichen Gleichgewichts, des Ausgleichs der Zahlungsbilanz, sollen im folgenden die Wirtschaftsfaktoren Litauens im einzelnen untersucht werden.

## IV. Die Landwirtschaft.

Litauen ist fast ausschliesslich Agrarland; denn 70% der Bevölkerung<sup>1)</sup> sind in der Landwirtschaft tätig, gegenüber nur 50% in Ostpreussen. Daher sind die landwirtschaftlichen Ertragsverhältnisse für die Zahlungsbilanz des neuen Litauen von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Statistik des heutigen litauischen Staates ist begreiflicherweise noch wenig ausgebaut. Wir müssen daher, wo es notwendig ist, auf die russische Statistik zurückgreifen. Die Berufsgliederung Litauens weist nach der russischen Statistik vom Jahre 1897 folgendes Bild auf:

	Landw. und Forst	Industrie	Handel und Transport	Hausarbeit u. Tagelöhner	Beamte und freie Berufe	Ohne Beruf	Andere Be- schäftigung Militär etc.	Bauern
Kowno	68,6	9,8	5,1 + 1,6	6,8	2,0	2,6	3,5	87,3
Wilna	73,4	8,8	4,2 + 1,9	5,2	2,1	2,1	2,3	90,7
Suwalki	72,3	7,0	3,6 + 1,1	6,2	2,6	2,7	4,5	86,4
Königreich Polen	56,6	15,4	6,7 + 1,7	10,2	2,5	2,9	4,0	77,2
Ostpreußen 1895	59,1	18,6	7,0	3,0	5,2	7,0	—	69,0
Preußen 1895	36,1	38,7	11,4	2,1	5,3	6,4	—	—

Im Gouvernement Kowno tritt im Vergleich zu Wilna und Suwalki die Landwirtschaft zu Gunsten der Industrie ein wenig zurück. Gegenüber den mitaufgenommenen Gebieten, dem Königreich Polen (Kongresspolen) und Preussen, ja sogar im Vergleich zu Ostpreussen, tritt der stark agrarische Charakter Litauens deutlich hervor. Im heutigen Litauen wohnen 90% der Bevölkerung auf dem Lande gegenüber 70% in Ostpreussen<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Aschmies, „Land und Leute in Litauen“. Breslau 1918.

<sup>2)</sup> Prof. Skalweit, Königsberg im Osten, Jahrgang 2 Nr. 42 S. 578/79.

Die Bodenfläche Litauens verteilt sich auf

Ackerland	46%,
Gemüseärten	3%,
Wiesen und Weiden	26%,
Wälder	17%,
Unland	8%.

Eine Statistik aus dem Jahre 1887<sup>1)</sup> für ein Gebiet, das allerdings ein wenig grösser ist als das heutige Litauen, dieses aber umschliesst, besagt über die Verteilung der verschiedenen Arten des Anbaues in den einzelnen litauischen Gouvernements einschliesslich Grodno folgendes:

	Felder	Wiesen und Weideflächen	Wälder	Andere ver- wertbare Flächen	Ödland	Gesamt- Oberfläche
Kowno	36,7	28,3	23,1	3,6	8,3	100,0
Wilna	40,5	15,9	28,1	2,7	12,8	100,0
Suwalki	47,1	20,4	22,8	2,9	6,8	100,0
Grodno	39,7	19,6	23,7	4,2	12,8	100,0
Litauen	39,7	21,3	24,7	3,5	10,8	100,0
Ostpreußen (1900)	54,8	20,8	17,4	—	7,0	100,0
Königr. Polen 1909	56,3	14,8	18,0	3,9	7,0	100,0
Dänemark	44,2	30,9	7,9	—	17,8	100,0
Holland	26,5	36,2	7,9	—	27,1	100,0
Belgien	42,6	27,4	17,7	—	11,5	100,0
Schweiz	16,4	35,9	18,4	—	28,4	100,0

Zum Vergleich sind einige andere Staaten herangezogen. Stellt man die Bodengliederung vom Jahre 1887 der heutigen gegenüber, so ergibt sich eine Zunahme der Acker- und Wiesenfläche, aber eine wesentliche Abnahme des Waldbestandes.

Was die Fruchtbarkeit anbetrifft, so ist der zu Litauen gehörige nördliche Teil des Gouvernements Suwalki am fruchtbarsten, es folgen Kowno, wo im Westen Lehm Boden überwiegt, dann Wilna, dessen südöstlicher Teil sandig ist. Gerade vom Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz haben wir es beim Gouvernement Wilna mit dem am wenigsten aktiven Faktor zu tun. Der Ertrag pro Hektar in Litauen ist derselbe

<sup>1)</sup> Das neue Litauen. Berlin 1918, S. 90.

wie vor 30—40 Jahren in der Provinz Ostpreussen<sup>1)</sup>, der sich hier in diesem Zeitraum verdoppelt hat. Grösstenteils herrscht noch die Dreifelder- und nur in wenigen Gebieten ist man bereits bei der Fruchtwechselwirtschaft angelangt. Es ist erstaunlich, dass Litauen als Agrarland in der landwirtschaftlichen Entwicklung noch derart weit zurück ist; denn der Boden, der zwar örtlich wechselt, steht im Ganzen Ostpreussen nicht nach. Eine Erklärung dafür finden wir jedoch, wenn wir Litauen im Rahmen des russischen Reiches betrachten und berücksichtigen, dass zwischen Russland und Litauen insofern ein gewisser Gegensatz besteht, als beide Länder Agrarstaaten sind. Litauen fand innerhalb des russischen Wirtschaftskörpers nicht die Entwicklungsmöglichkeiten, die das Land von Natur aus aufwies. Vielmehr trug die russische Eisenbahnpolitik, die für Getreidetransporte aus dem Innern Russlands ermässigte Tarife festsetzte, dazu bei, dass die litauische Landwirtschaft der direkten Konkurrenz der fruchtbarsten Gebiete Südrusslands ausgesetzt war. So hatte es für den litauischen Landwirt keinen Reiz, möglichst viel herauszuwirtschaften. Die Entwicklung war ganz ähnlich wie in Kongresspolen; der Mangel an Absatz und angemessener Bezahlung musste die Arbeitsfreude erlahmen lassen.

Günstiger gestaltete sich das Bild bereits zur Zeit der deutschen Besatzung, als dieser Hemmschuh der Entwicklung fortfiel. In einem Urteil der deutschen Okkupationsverwaltung heisst es: „Litauen ist in wirtschaftlicher Beziehung noch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.“ Gerade deswegen, weil die landwirtschaftliche Entwicklung bisher künstlich niedergehalten worden ist, können wir mit ihrem raschen Aufstieg rechnen. Da die Frühjahrsaussaat wegen Nässe des Ackers meist erst im letzten Drittel des April erfolgen kann und der Absatz der Erzeugnisse wie auch die Zufuhr künstlichen Düngers durch die ungünstigen Transportverhältnisse sehr erschwert ist, wird das Hauptaugenmerk auf die Anlage von Drainagen und die Hebung des Verkehrswesens zu richten sein.

Die Haupterzeugnisse der litauischen Landwirtschaft sind Getreide, Leinsamen und Flachs, worunter letzterer einen besonders wichtigen Faktor in der litauischen Wirtschaft bedeutet. In gewisser Blüte steht ferner noch der Obstbau. Im Ganzen betrachtet, ist gegenüber der gedrückten Lage der Vorkriegszeit bereits ein wesentlicher Aufschwung festzustellen, die

---

<sup>1)</sup> Skalweit s. a. a. O. S. 45.



private Initiative hat jetzt Bewegungsfreiheit. Trotz der Kriegseinflüsse war bereits im Jahre 1919 die bebaute Fläche in Kowno nur um 10%, in Suwalki nur um 8% geringer als vor dem Kriege. Das Jahr 1920 hatte bereits eine recht gute Ernte zu verzeichnen. Im Jahre 1921 sind Anbauflächen und Ernteerträge gegenüber 1920 abgesehen vom Flachsbaue weiter gestiegen:

	1921		1920	
	Anbaufläche ha	Ernteertrag Ztr.	Anbaufläche ha	Ernteertrag Ztr.
Roggen	505 260	10 692 400	496 740	8 477 600
Weizen	72 500	1 545 900	65 410	1 196 970
Gerste	167 700	2 906 800	161 230	2 359 300
Flachs	61 300	837 900	67 213	923 060

Von dem Ertrage des Jahres 1921 wurden ausgeführt:

Roggen	10%,
Weizen	25%,
Gerste	14%,
Hafer	12%,
Kartoffeln	5%,
Flachs	50%.

Im Rahmen der zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Verhältnisse hatte auch die Entfaltung der Viehzucht gelitten. Die Ansichten über die wirkliche Lage der Viehzucht vor dem Kriege gehen auseinander, je nachdem, welcher Masstab bei der Beurteilung angelegt wurde. Innerhalb russischer Verhältnisse kann von einer relativen Blüte gesprochen werden, die Einflüssen zu verdanken war, die nicht auf Russland, sondern auf das benachbarte Ostpreussen zurückzuführen waren. Die Dichte des Viehbestandes lässt aber trotzdem zu wünschen übrig, sie steht im Vergleich zu Ostpreussen erheblich zurück und dürfte noch gewisse Entwicklungsmöglichkeiten aufweisen. Ueber die Entwicklung in der Nachkriegszeit seien im Vergleich zum Jahre 1913 folgende Zahlen angeführt:

Durchschnitt der Jahre	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
1913	451 000	918 000	1 152 000	1 530 000
1919	280 000	480 000	806 000	750 000
1921	370 000	780 000	1 036 000	1 262 000

Die Milchwirtschaft wies in der Vorkriegszeit verhältnismässig hohe Ausfuhrzahlen auf, die zuweilen zu einer falschen

Beurteilung Anlass gegeben haben; denn es handelte sich bei den die litauische Grenze nach Deutschland passierenden Erzeugnissen auch um Waren aus Russland. Andererseits exportierte Litauen aber auch gewisse Qualitätsprodukte nach Russland. Im Gouvernement Wilna reichte die Produktion der Viehwirtschaft für die Ernährung der Bevölkerung kaum hin; besser stand es im Gouvernement Kowno, wo noch ausgeführt werden konnte. Die Schweinezucht befand sich in einem verhältnismässig lebhaften Entwicklungszustand, ebenso die Geflügelzucht.

Die Voraussetzung für einen Aufschwung in der Landwirtschaft ist eine gesunde Bodenverteilung. Es erübrigt sich, auf die Bedeutung dieser Grundlage für den Aufbau hinzuweisen, in einer Zeit, wo die Welt von Ideen erfüllt ist, die oft jedem wirtschaftlichen Verständnis entgegenarbeiten. Es war für Litauen nicht leicht, den richtigen Mittelweg zu finden, zumal in Russland, Lettland und Estland der Radikalismus siegte.

Wie stand es mit der Bodenbesitzverteilung zunächst im Frieden? Für die Beurteilung sei vorausgeschickt, dass man bei der geringen Intensität der Bewirtschaftung die einzelnen Betriebsgrössen nicht mit denen westlicher Staaten, beispielsweise mit denen Deutschlands ohne weiteres vergleichen kann. Rein zahlenmässig ist festzustellen, dass die Grundbesitzverteilung günstiger war als beispielsweise in Kurland; der Anteil an Bauernland war in Litauen erheblich grösser. Ueber den Anteil der einzelnen Besitzgruppen an der Gesamtfläche der Kulturarten in Hundertteilen gibt Skalweit<sup>1)</sup> folgende Aufstellung:

	Ackerbauer %	Güter %	andere Besitzer %
Kowno	62,2	37,1	0,7
Wilna	60,4	38,5	1,1
Grodno	63,5	33,8	2,7

<sup>1)</sup> Eine eingehende Bearbeitung erfuhr das Problem der litauischen Landwirtschaft und im besonderen auch die Frage der Besitzverteilung durch Prof. Dr. Skalweit in Königsberg: „Die Landwirtschaft in den litauischen Gouvernements, ihre Grundlagen und ihre Leistungen“. In dieser Arbeit sind die Gebiete der Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno und Suwalki ganz behandelt, also ein größeres Gebiet als das des gegenwärtigen litauischen Staates.

Wiese und Weide			Wald		
Bauern %	Güter %	and. Besitzer %	Bauern %	Güter %	and. Besitzer %
55,1	43,7	1,2	2,3	66,9	30,8
61,6	35,3	3,1	5,2	73,7	21,1
58,0	32,9	9,1	3,2	52,2	44,6

Es befinden sich also bemerkenswerterweise 60,4—63,5% des Ackers und 55,1—61,6% des Graslandes, also der überwiegend grössere Teil, in der Hand des Bauern. Dagegen teilen sich die grösseren Güter und der Fiskus fast ausschliesslich in den Besitz des Waldes. Soweit wäre in der Bodenverteilung noch nichts ungesundes zu finden, zumal für eine einheitliche Bewirtschaftung des Waldes grössere Besitzflächen in einer Hand durchaus anzustreben sind.

Das auf Grund sachlicher Untersuchung gewonnene Urteil Skalweits ist ungleich günstiger als das vieler anderer Abhandlungen, worin Momente, die auch er berücksichtigt, aber nicht für den Charakter als ausschlaggebend hinstellt, in den Vordergrund gestellt werden. „Für die wirtschaftliche Lage der Bauern,“ sagt Skalweit, „ist es als Vorzug zu bezeichnen, dass die mehr selbständigen lebensfähigen Betriebe über 10 Dessjatinen (11 ha), die zum Lebensunterhalt einer Familie ausreichen und schon ein Pferd halten werden können, bei weitem überwiegen.“ Für die kleinen Parzellenwirtschaften unter 5 Dessjatinen verbleiben in den drei Gouvernements nur 3—4,5% der Zahl, das ist 0,4—0,8% der Fläche. Die kleineren Parzellenbetriebe treten also gegenüber den wohlhabenderen Bauernwirtschaften vollkommen zurück. Zahlen über die Durchschnittsgrösse ergeben folgendes Bild:

Gouvernement	Der Durchschnitt sämtlicher Bauernwirtschaften ha	Der Durchschnitt der Bauernwirtschaften über 10 Deßjatinen (11 ha) ha
Kowno	16	20
Wilna	15	21
Grodno	18	22

Allerdings treten dann beim Vergleich der grösseren Besitzungen über 100 ha, 200 ha bzw. 1000 ha diese in Litauen weit stärker hervor als in Ostpreussen.

Besonders wenn man die Zahl der Besitzer mit der Grösse der von ihnen in Besitz genommenen Flächen vergleicht, sieht man das Krankhafte in der Verteilung, die Latifundien nehmen einen grossen Teil der gesamten Fläche ein. Die kleineren und mittleren Grundbesitzer, d. h. die, welche nicht über 100 Dessjatinen besitzen, haben etwa 60% der Fläche aller wirtschaftlichen Betriebe inne, während sie der Zahl nach 98,4% aller Grundbesitzer ausmachen und der Rest von 1,6%, der durchschnittlich mehr als 100 Dessjatinen besitzt, die übrigen 40% innehat.

Wohl unter dem Eindruck dieser Zahlen schreibt Ehret<sup>1)</sup>: „Diese Verteilung des Bodens ist ganz anormal, und die litauischen Bauern litten schwer darunter, besaßen doch 476 Grossgrundbesitzer (= 0,1%), die über 1000 Dessjatinen ihr eigen nannten, zusammen 21,6% der Gesamtfläche (1 750 000 Dessjatinen), während dagegen 100 000 Kleinbesitzer, die unter 10 Dessjatinen besaßen, zusammen nur 7,7% = 520 000 Dessjatinen des Bodens inne hatten. Das war eine der Hauptursachen, warum die Auswanderung aus Litauen so grosse Formen annahm. Hier hat die litauische Regierung mit einer durchgreifenden Bodenreform einzusetzen.“ Immerhin kommt man trotz aller Einschränkungen zu dem Ergebnis, dass Litauen doch einen guten Stamm eines gesunden Bauernstandes besitzt. Dafür spricht beispielsweise auch die Tatsache, dass ca. 70% des Pferdebestandes in seinem Besitz war.

Wenn wir trotzdem überall immer wieder den Land hunger des litauischen Bauern hervorgehoben finden, so möchte ich diese Erscheinung bei aller „Anormalität“ der Bodenverteilung doch in erster Linie auf die durch Russland gehemmte Fortentwicklung zurückführen. Die infolge der mangelnden Intensität der Bewirtschaftung zurückgebliebenen Erträge trachtete man eben durch Vergrösserung der Anbaufläche zu erhöhen. Dass die schroffen Gegensätze zwischen den Latifundienbesitzern und der immerhin verhältnismässig starken Armee von landwirtschaftlichen Proletariern das Begehren nach Land noch mehr fördern, steht ausser Zweifel; anderseits darf aber bei der Beurteilung dieses Zuges der Bauernschaft auch nicht der nationale Gegensatz ausser Acht gelassen werden, der zwischen den polnischen Grossgrundbesitzern und den litauischen Bauern bestand und noch heute besteht.

---

<sup>1)</sup> „Litauen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Bern 1919 Seite 297.



Genauere Angaben über die gegenwärtige Zahl der Landlosen (der bäuerlichen Proletarier) fehlen. Nach einer Statistik vom Jahre 1914 betrugen sie im Gouvernement Kowno ca. 14,2% des dortigen Bauernstandes. Im Ausgleich zwischen der Latifundienwirtschaft und dem landwirtschaftlichen Proletariat liegt demnach das Problem der litauischen Agrarreform, während der Kern in der Mitte dieser beiden Extreme, der tatsächlich vorhanden ist, als gesund zu bezeichnen ist. Um die Bedeutung dieses Ausgleichs der Extreme würdigen zu können, wollen wir kurz auf die Wurzeln der neueren agrarischen Bewegung in Osteuropa eingehen. Die bolschewistischen Ideen schlugen bis in die Nachbarländer Wellen, sodass unverkennbar hierin auch für die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in den Randstaaten eine gewisse Gefahr liegt, und das umso mehr, wenn berücksichtigt wird, welche Rolle die Bauernschaft innerhalb der Sowjetrepublik spielt. Die Bauern wurden zu Verteidigern der Sowjetregierung, weil sie von einer bolschewistischen Niederlage den Verlust des durch sie gewonnenen Landes befürchteten<sup>1)</sup>.

Insofern, als in einzelnen Nachfolgestaaten<sup>2)</sup> der soziale Gegensatz noch durch den nationalen verstärkt wird, liegt das Problem der Agrarreform hier noch ein wenig anders wie in Russland. Die Gutsherren gehören einem einst herrschenden fremden Volke an. Dies gilt von den Deutschen in Lettland, Estland und Böhmen, von den Polen in Litauen, Ostgalizien, Weiss- und Kleinrussland, den Madjaren in der Slowakei und Kroatien<sup>1)</sup>. Durch die russische Nachbarschaft und die nationalen Ziele werden also die Richtlinien für das agrarpolitische Vorgehen bestimmt.

Litauen stand zu Beginn seiner Selbständigkeit vor der Gefahr, dass die gesunde landwirtschaftliche Grundlage für den Aufbau des Staates durch die Verwirklichung russischer

<sup>1)</sup> Sering, Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung Berlin 1921, S. 11.

<sup>2)</sup> Sering sagt über die agrarischen Umwälzungen in „Zwischeneuropa“: „Die russische Agrarrevolution hat alle Nachbargebiete, durchweg echte Agrarländer, mehr oder weniger in den Bannkreis gezogen und erst an den Grenzen der Landbezirke in Deutschland und Deutschösterreich bisher Halt gemacht. Die Errichtung neuer demokratischer Staaten auf einst russischem oder österreich-ungarischem Gebiete gab den Wünschen der Masse des Landvolkes einen weiten Spielraum. In allen diesen Staaten besteht ein ausgedehnter Großgrundbesitz und eine breite Klasse von Landarbeitern. Die dadurch bedingte soziale Scheidung geht tiefer als in Rußland, weil die Arbeiter eine Klasse für sich bilden, die von den Bauern durch ihre Besitzlosigkeit getrennt ist.“

Ideen vernichtet würde, eilte doch vielfach die Entwicklung der gesetzlichen Regelung voraus, indem der Grossgrundbesitz durch gewaltsame Besitzergreifung aufgeteilt wurde. Später wurde dann der Radikalismus durch die Furcht, den Kredit im Auslande zu verlieren, gedämpft. Jedoch haben alle in der litauischen Konstituierenden Versammlung vertretenen grossen Parteien in ihr Programm die Aufteilung des Grossgrundbesitzes aufgenommen, die linken aus sozialistischen Gründen, die christlich-demokratische Partei mehr aus nationalistischen Neigungen. Im allgemeinen erkannte man aber rechtzeitig die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung und die Wirkung radikaler Massnahmen, die sehr leicht einen Rückgang der Produktion zur Folge haben konnten. Die Erhaltung einer möglichst grossen Produktionsfähigkeit war eine unerlässliche Vorbedingung für die beabsichtigte Agrarreform und ist bestimmend bei der Würdigung der Entwicklung der Agrarverhältnisse in ihrer Bedeutung für die Währungsfrage.

Die agrarische Bewegung im neuen Litauen, die dann in der Agrarreform ihren gesetzgeberischen Ausdruck fand, nahm verhältnismässig ruhigere Bahnen an als in Lettland und in Estland. Enteignungen erfolgen grundsätzlich nur gegen Entschädigung. Vor allem befürchtete man ein Zurückhalten der Gutsbesitzer bei weiterer Kapitalfestlegung für notwendige Bauten und Verbesserungen und damit einen Rückgang der Produktion, wenn man die bisherigen Besitzer über ihr Schicksal im Unklaren liess. Dem litauischen Agrargesetz liegt trotz aller politischen Strömungen doch ein gesunder Gedanke zu Grunde. Unter denen, die für die Verteilung von Land in Frage kommen, unterscheidet das Gesetz zwischen Heeresangehörigen, Landlosen und Landarmen. In erster Linie berechtigt sind die Heeresangehörigen, deren Rechte bei ihrem Tode auf die Kinder und die Ehefrau oder auf die Eltern übergehen. Für die Zuweisung ist das Land nach der Güte des Bodens in drei Klassen eingeteilt. Jeder Heeresangehörige erhält von dem Boden erster Klasse 8—12, von der zweiten Klasse 12—16 und von der dritten 16—20 Dessjatinen. Ausserdem wird eine einmalige Beihilfe aus Staatsmitteln gewährt.

In zweiter Linie berechtigt sind die Landlosen und in dritter die Landarmen. Unter Landarmen versteht das Gesetz die, welche nicht mehr als 10 Dessjatinen oder, wenn sie Familie haben, pro Kind nur 6 Dessjatinen bzw. im Ganzen nicht mehr als 20 Dessjatinen besitzen. Ihnen wird Land

besonders dort zugewiesen, wo ihr Besitz an aufzuteilenden Grossgrundbesitz grenzt. Das zugewiesene Land ist unübertragbar. Für den Güterverkehr sind eine Reihe von Beschränkungen erlassen, den Ausländern ist jeglicher Erwerb verboten. Besitzer von über 70 Dessjatinen dürfen ihr Land nicht ohne Genehmigung der Regierung verkaufen. Den Bauern lässt man dagegen volle Freiheit, sie dürfen ihren Besitz frei verkaufen.

Bei der Durchführung der Agrarreform machen sich verschiedene Schwierigkeiten bemerkbar. Neben einem gewissen erklärlichen Widerstand der Grossgrundbesitzer wirkte besonders hemmend der Mangel an Kapital für die Beschaffung des Inventars. Nach dem Urteil von Sachverständigen kann die landwirtschaftliche Produktion auch im Rahmen der neuen Grundverfassung um ein Vielfaches gesteigert werden. Jedoch ist eine erfolversprechende Agrarreform nur auf Grund einer von Fachleuten geleiteten grosszügigen und durchgreifenden Organisation in Verbindung mit einem erheblichen Kapitalaufwand durchführbar. Besonders dringend erscheint dazu die Einrichtung von Landeskulturbehörden, die auch die Entwässerung und den Wegebau in die Hand nehmen müssten. Zu derartigen Arbeiten bedarf es grösserer Anleihen; immerhin scheint Litauen von dem Zeitpunkt, wo ihm solche gern zur Verfügung gestellt werden, nicht mehr allzu weit entfernt zu sein. Man hofft, die Agrarreform in 10—15 Jahren ganz durchführen zu können.

In den Jahren 1920 und 1921 ist bereits ein gewisser landwirtschaftlicher Fortschritt festzustellen, vor allem ist es erreicht worden, dass die Ausfuhr an landwirtschaftlichen Produkten die Einfuhr ganz wesentlich übersteigt, eine Feststellung, die in währungspolitischer Hinsicht eine besondere Bedeutung gewinnt. Dabei darf die rege Initiative der litauischen Regierung in agrarpolitischer Hinsicht nicht verkannt werden. Durch Sachverständige lässt sie die Produktionsmöglichkeiten prüfen und versucht, Mustersiedlungen nach dänischem Vorbilde mit intensiver Milchwirtschaft ins Leben zu rufen.

Die Zusammenschlussbewegung in der Landwirtschaft vollzog sich in Litauen zunächst im Rahmen der allgemeinen russischen, gewann aber durch die Not der Zeit, die den Litauer zu nationaler Gemeinschaft zwang, einen besonderen Charakter<sup>1)</sup>. Die Anfänge der russischen Genossenschafts-

---

<sup>1)</sup> Vidunas s. a. a. O. S. 119.



bewegung reichen zwar bis in die 60er Jahre zurück, aber bis zur ersten Revolution fehlte es nicht an Schwankungen und Rückschlägen. „Erst nach 1905 wandte die russische Intelligenz, enttäuscht durch das Misslingen der politischen Revolution, ihr ganzes Können und ihre ganze Liebe dem Genossenschaftswesen zu, in dem sie eine Selbsttätigkeit und eine Selbsterziehung des Volkes zu erkennen begann.“<sup>1)</sup> Die geistige Grundlage für den Zusammenschlussgedanken war in Litauen bei weitem besser als in den anderen Teilen Russlands, doch stand man russischerseits einem solchen litauischen Vorwärtsschreiten misstrauisch gegenüber und versuchte es zu behindern. Zur Zeit herrscht aber im litauischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen eine rege organisatorische Tätigkeit. Etwa 400 bäuerliche Einzelgenossenschaften sind in dem Verband der Genossenschaften Litauens mit dem Sitz in Kowno vereinigt. Der ökonomisch-politische Verband der Landwirte, der die grossbäuerlichen Kreise Litauens zusammenschliesst, hat bereits über 20 Zweigstellen und ist bestrebt, durch eine von ihm organisierte Aktiengesellschaft gewerbliche Klein- und Mittelbetriebe für die Verarbeitung litauischer Rohstoffe ins Leben zu rufen. Bei allen diesen Organisationsarbeiten fehlt es aber an technischen und kaufmännischen Kräften.

Wenn wir kurz noch einmal die landwirtschaftliche Entwicklung als die Hauptgrundlage der litauischen Währung betrachten, so kommen wir zu einem recht guten Ergebnis. An der Klippe der Agrarreform, die vom produktionspolitischen Standpunkt aus leicht zum Verhängnis werden konnte, ist Litauen glücklich vorbeigekommen, ja, es wurde durch die agrarpolitischen Massnahmen sogar etwas Positives erreicht; denn es wurden manche Misstände in der Grundverfassung beseitigt und damit der landwirtschaftliche Aufbau von vornherein auf eine gesündere Basis gestellt. Wenn erst die Kapitalquellen für die Landwirtschaft reichlicher fliessen werden, dann werden wir es bald mit einer im Vergleich zur Vorkriegszeit ungewöhnlichen Blüte und einer erheblichen Ausfuhr zu tun haben.

Für die Ausfuhr aus Litauen spielte auch schon zu russischer Zeit das Holz eine hervorragende Rolle, und zwar nimmt der Waldbestand 17% der Gesamtfläche ein. Der Krieg hat dann zwar zur Lichtung der Wälder beigetragen, doch gewinnt man leicht den Eindruck, als wären die Ver-

---

<sup>1)</sup> Hahn, Die Genossenschaftsbewegung in Rußland. Berlin 1919, S. 1.



luste viel grösser als sie tatsächlich sind, weil die Abholzung durch die Front- und Besatzungstruppen meist in der Nähe der Verkehrsstrassen erfolgt ist und hier besonders ins Auge fällt. Die zerstörende Wirkung durch die Tätigkeit an der Front ist relativ gering einzuschätzen. Von viel grösserer Bedeutung ist es dagegen, dass die litauische Forstwirtschaft in Zukunft in rationellere Bahnen gelenkt wird; denn im Frieden wurden weite Strecken meist nur den Flüssen entlang abgeholzt. Eine Möglichkeit, zur grösseren Rationalität zu kommen, liegt in der fast ausschliesslichen Konzentration des Waldbestandes in den Händen des Staates und denen des grösseren Grundbesitzes. Auf Grund des Agrargesetzes sind die Wälder Litauens in der Hauptsache Staatseigentum geworden.

Der Einfluss der Konkurrenz innerhalb Russlands auf die Entwicklung der litauischen Forstwirtschaft machte sich zwar nicht so stark bemerkbar wie bei der Landwirtschaft; aber es wurde anderseits nichts für ihre Förderung getan, ihre bescheidene Blüte war ein Ergebnis ihrer Lage. Die starke Ausfuhr, anderseits aber auch die geringe Verarbeitung litauischen Holzes im Lande war zum Teil eine Folge der Zollpolitik der Länder, die als Abnehmer für litauisches Holz in Frage kamen und denen Litauen schutzlos ausgeliefert war. Auf dem Memelstrom ging jährlich Holz im Werte von 20—30 Millionen Mark nach Deutschland, doch fast durchweg unbearbeitetes, da auf dem bearbeiteten nach dem Handelsvertrage mit Deutschland von 1904 ein kleiner Einfuhrzollbetrag lag, der die Ausfuhr nach Deutschland unrentabel machte. Die Bearbeitung des litauischen Holzes erfolgte in Memel und Tilsit, zum Teil auch in Königsberg, ebenso ging viel unbearbeitetes Holz nach Riga und Windau und wurde von dort in verarbeitetem Zustande ausgeführt.

Für die Zukunft muss es das Bestreben der litauischen Regierung sein, möglichst viel Holz in bearbeitetem Zustande auszuführen, um so diesen Aktivfaktor der Wirtschaft noch zu stärken, indem der Wert der Holzausfuhr erhöht wird. Vor allem darf gerade vom Standpunkt volkswirtschaftlicher Sparsamkeit die Ausfuhr unbearbeiteten Holzes nicht ohne Gegenleistung aus der Hand gegeben werden. Verfolgen wir die litauische Politik in der Holzwirtschaft in den Jahren 1919 und 1920, so sehen wir diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen. Man legte auf die Ausfuhr von Holz erhebliche Exportabgaben, die teilweise sogar zu hoch waren, sodass die Ausfuhr vorübergehend gänzlich stockte. Eine ähnliche Exportpolitik betrieb man im Jahre 1921; die Zoll-

bestimmungen waren im wesentlichen dieselben, doch war die Ausfuhr von Papier- und Grubenholz nur gegen Kompensation und zwar gegen Kohlen gestattet<sup>1)</sup>. Im Jahre 1920 war Holz der wichtigste Exportartikel.

Der Aufschwung des Holzhandels sowie der Holzindustrie ist in erheblichem Masse von dem Ausbau des Memelstromes zur Verbilligung des Transportes und zur Schaffung von Kraftquellen für die Industrie abhängig. Die Förderung der Holzindustrie hat sich vor allem die Gesellschaft zum Wiederaufbau Litauens zum Ziel gesetzt. Sie ist eine Gründung der amerikanischen Litauer, deren Sitz zunächst in New-York war und die an verschiedenen Orten Litauens Niederlassungen besitzt. Sie will Sägewerke, Papierfabriken und Holzschleifereien errichten. Ob sich die Papierfabriken Litauens gegenüber der Konkurrenz der nordischen Staaten Finnland, Estland und Lettland werden behaupten können, bleibt abzuwarten.

---

<sup>1)</sup> E. Trott-Helge, „Hamburger Korrespondent“ Nr. 218 vom 12. Mai 1921.

## V. Die Lage der übrigen Wirtschaftszweige.

An Bodenschätzen ist Litauen ausserordentlich arm. Umso mehr Beachtung dürfte volkswirtschaftlich den Mooren zu schenken sein, die wegen Mangels an sonstigen Brennstoffen für das Land von erheblicher Bedeutung werden können. Zunächst wäre aber eine technische und wissenschaftliche Erforschung<sup>1)</sup> notwendig. Schlüsse auf die Rentabilität von Moorkulturen in Litauen auf Grund der Berechnungen für andere Länder, etwa für Deutschland<sup>2)</sup>, können nur sehr bedingt gezogen werden. An eine Bewirtschaftung der Moore wird aber vor allen Dingen erst dann heranzugehen sein, wenn das Verkehrswesen eine Hebung erfahren hat.

Während des Krieges ist an verschiedenen Orten versucht worden, Torf zu gewinnen, und es ist eine Reihe von geeigneten Mooren festgestellt worden. Bei der von der Heeresverwaltung eingeleiteten Bewirtschaftung der Moore stiess man verschiedentlich auf Entwässerungsgräben, die jedoch mehr den Zweck gehabt haben dürften, die Mooregebiete der Weidewirtschaft zugänglich zu machen, als Torf zu gewinnen. Die Torfmoore sind nach dem litauischen Agrargesetz Staatseigentum; eine Ausbeutung im Konzessionswege liegt nahe und ist zum Teil geplant.

---

<sup>1)</sup> Ueber die Bewirtschaftung der Moore Litauens existiert zwar noch keine wissenschaftliche Abhandlung; von Bedeutung dürften aber die Arbeiten von Dreyer sein, der in zwei umfangreichen Werken die Moore Pommerns und die Moore Kurlands behandelt. „Die Moore Pommerns, ihre geographische Bedingtheit und wirtschaftsgeographische Bedeutung“ (XIV. Jahresbericht der geographischen Gesellschaft zu Greifswald 1914) und „Die Moore Kurlands nach ihrer geographischen Bedingtheit, ihrer Beschaffenheit, ihrem Umfang und ihrer Ausnutzungsmöglichkeit“. Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Albertus-Universität in Königsberg, Heft 1 Jahrgang 1919.

<sup>2)</sup> W. Freckmann und Dr. Sobotta im Landwirtschaftlichen Jahrbuch Band 46 Seite 275 ff.

Infolge des Mangels an Bodenschätzen ist auch die litauische Industrie unbedeutend. In der Hauptsache sind zu nennen die Gerbereibetriebe von Schaulen und Skudy und die Kleiseisen-Industrie von Wilna und Kowno. Die ständigen Industriearbeiter machten vor dem Kriege nur etwa  $\frac{1}{2}\%$  der Bevölkerung aus, gegen z. B.  $2\frac{1}{2}\%$  in Polen. Die Gesamtzahl<sup>1)</sup> der Fabriken und sonstigen Gewerbebetriebe betrug

1908 im Gouvernement Kowno 2084 mit 9330 Arbeitern u. 13,4 Mill. Rbl. Jah-  
reserzeugung

1908	"	Wilna	1920	"	13000	"	"	17	"
1906	"	Suwalki	511	"	1938	"	"	2,9	"

Ueber die Zahl der Fabriken<sup>1)</sup> und Gewerbebetriebe mit über 16 Arbeitern sei folgende Aufstellung<sup>2)</sup> angeführt:

	Gewerbebetriebe		Arbeiterzahl	
	1907	1911	1907	1911
Kowno	146	144	5580	5769
Wilna	266	235	9500	10410
Suwalki	78	87	1115	1638

Die Zahl der Brennereien in der Vorkriegszeit wird für die drei Gouvernements mit 30 angegeben, doch dürften es zweifellos mehr sein. Die Inhaber der Gewerbebetriebe sind meist Juden, zum Teil auch Deutsche, Polen und Letten. Der litauische Anteil ist verhältnismässig gering.

Die litauische Industrie ist mit dem russischen Markt eng verbunden gewesen. Litauen lieferte nach Russland sowohl Rohstoffe als auch Fertigerzeugnisse. Die Gerbereien von Schaulen sowie die Kleiseisen-Industrie von Kowno und Wilna arbeiteten in der Hauptsache für den russischen Markt. Wenn auch zunächst bei Wiederaufnahme der Betriebe die Produktion nicht so bedeutend sein wird, dass ein grösserer Absatz nach dem Auslande in Frage kommt, und ausserdem das eigene Land ein genügend grosses Absatzgebiet darstellt, so dürfen doch die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Friedenszeit nicht unbeachtet bleiben. Denn es wird sich letzten Endes immer wieder darum handeln, ob der litauischen Industrie der russische Markt unter denselben Bedingungen wie vor 1914 zur Verfügung steht. In der Gegenwart scheint einem Ausbau der Industrie kein Hindernis im Wege zu stehen. Eine andere

1) Während der Zeit der Besetzung hat die industrielle Entwicklung Litauens einen gewissen Fortschritt erfahren, es wurden u. a. eine Zündholzfabrik, eine Seifenpulverfabrik, eine Geflügelverwertungsanstalt und eine Beleuchtungsanlage geschaffen.

2) Aschmies s. a. a. O.



Frage ist aber, ob an einen grosszügigen Aufbau neuer Industriezweige zu denken ist, wie ihn in erster Linie die in die Heimat zurückgekehrten amerikanischen Litauer erstreben. Man plant, den Flachs im eigenen Lande zu verarbeiten und grössere Spinnereien in Betrieb zu setzen. Auch der Holzbearbeitung schenkt man besondere Aufmerksamkeit. Die Gesellschaft zum Wiederaufbau Litauens plant ferner die Errichtung von Konservenfabriken und Ziegeleien<sup>1)</sup>.

Eine statistische Aufstellung des Litauischen Departements für Arbeit bringt über die Kownoer Industrie folgende Angaben<sup>2)</sup>:

388 Unternehmungen aller Art

283 = 73 % handwerksmäßige Betriebe mit unter 5 Arbeitern mit insgesamt 590 Arbeitern,

69 = 17,7% mittlere Betriebe mit bis 25 Arbeitern mit insgesamt 1037 Arbeitern,

36 = 9,3% Großbetriebe mit über 25 Arbeitern mit insgesamt 3791 Arbeitern.

Dazu kommen noch Saisonarbeiter auf Bauten etc., sodass die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter in Kowno im Jahre 1921 über 6000 betrug.

Infolge der Initiative der amerikanischen Rückwanderer ist die Gründungstätigkeit sehr rege. In der ersten Hälfte des Jahres 1922 sind 47 Industrieunternehmungen gegründet worden. Es handelt sich u. a. um 5 grosse Getreidemühlen, 10 Holzsägewerke, 3 Oelmühlen, 20 Ziegeleien, alles Unternehmungen, die auf dem Lande liegen.

Die grössten Schwierigkeiten für ein wirtschaftliches Aufblühen des Landes bedeutet das so sehr wenig entwickelte Verkehrswesen. Im Jahre 1909 hatte das Gouvernement Wilna 1134 km, das Gouvernement Kowno 476 km und das Gouvernement Suwalki 287 km Eisenbahnen. Zur selben Zeit hatte Ostpreussen, das so gross ist wie das Gouvernement Kowno oder Wilna 4641 km, d. h. also über viermal soviel Eisenbahnen wie das an Eisenbahnen reichste Gouvernement Wilna. Im Weltkrieg wurde das Eisenbahnnetz zum Teil verbessert, doch verfügt ganz Litauen kaum über  $\frac{1}{3}$  soviel Eisenbahnen wie Ostpreussen. Durch Ausgestaltung des Lokomotiv- und Wagenparkes versucht man bei der geringen Dichte des Eisenbahnnetzes wenigstens die Intensität des Zugverkehrs nach Möglichkeit zu heben. Gegenüber Mai 1920 hatte

---

<sup>1)</sup> „Weltwirtschaftliche Nachrichten“ Nr. 301 vom 1. 6. 1921 und „Danziger Neueste Nachrichten“ Nr. 227 vom 29. 9. 1921.

<sup>2)</sup> „Der Osten“ Jahrgang 2, Nr. 37, Seite 1070.

Ende 1921 der Personenverkehr auf den litauischen Staatsbahnen um 87%, der Güterverkehr um 70% zugenommen<sup>1)</sup>. Geplant ist eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Memel und Schaulen, die u. a. den Transitverkehr nach Russland über Memel fördern soll.

Noch schlechter als mit den Eisenbahnen steht es mit den Kunststrassen. Das Gouvernement Wilna besass bis 1889 nicht eine einzige Kunststrasse. Auch hier hat die Kriegs- und Besatzungszeit eine gewisse Besserung mit sich gebracht, doch bleibt immer noch sehr viel zu tun, bis das Netz von Kunststrassen den Bedürfnissen einigermaßen entspricht. Wie schon oben angedeutet, leidet besonders auch die Landwirtschaft unter den schlechten Wegeverhältnissen, ein grosser Teil des Gewinnes bleibt an der Achse hängen.

Besser ist es um die Wasserstrassen bestellt; schon frühzeitig waren Bestrebungen im Gange, die Memel schiffbar zu machen und in der Gegenwart bemühen sich um die Schifffahrt der Memel besonders englische Unternehmer. Mitte des Jahres 1920 ist eine Litauische Schifffahrts-Aktiengesellschaft in Kowno gegründet worden, deren Kapital 300 000 Dollar beträgt und die eine Reihe kleiner Schiffe im Bau hat. Die Gesellschaft ist eine Schöpfung der amerikanischen Litauer.

Schon im Jahre 1768 ist der Orginski-Kanal erbaut worden, der die Memel bzw. die Schtschara mit dem Pripet-Dnjepr (Ostsee—Schwarzes Meer) verbindet. Der Kanal hat eine Länge von 100 km. Ausserdem ist der Augustowo-Kanal, der die Verbindung zwischen Memel und Weichsel herstellt, von Bedeutung. Erschwert wird die Lage Litauens dadurch, dass es keinen eigenen Hafen besitzt. Der Hafen von Memel nimmt wegen seiner für Litauen günstigen Lage eine besondere Stellung ein. Aber wenn auch die Zollgrenze zwischen Litauen und dem Memelgebiet seit einiger Zeit gefallen ist, so kann man doch nicht Memel als litauischen Hafen bezeichnen. Man plante daher eine Zeit lang in dem von Lettland an Litauen abgetretenen Küstengebiet, in dem ein kleines Flüsschen, die Swenta, in die Ostsee mündet, einen Hafen zu bauen, der geeignet sein sollte, Memel zu ersetzen. Jedoch ermöglichen die örtlichen Verhältnisse den Ausbau eines Hafens für grössere Schiffe hier nicht, sodass man sich damit begnügt, Anlagen für Schiffe von 800—1000 Tonnen zu schaffen. Der Bau ist durch eine Litauisch-Amerikanische

---

<sup>1)</sup> „Tägliche Rundschau“ Nr. 12 vom 7. 1. 1922, A. Bl.

-- Handelsgesellschaft in Angriff genommen, die einen Kraftwagenverkehr zwischen Kowno und Polangen unterhält.

Die Einflüsse auf die litauische Handelspolitik waren so mannigfaltig, dass man eine einheitliche Linie nur mit Mühe feststellen kann. Nicht zuletzt war es das ausserordentlich grosse Interesse des Auslandes, das in die Handelspolitik eine gewisse Verwirrung hineinbrachte. Deutschland, England, Frankreich, Amerika, Dänemark, Schweden, Holland, alle waren darauf bedacht, Handelsvertretungen in Litauen zu haben. Bei einem Teil der Staaten überwog das Interesse für die Einfuhr, bei anderen das für die Ausfuhr. Litauen selbst liess sich bei seiner Stellungnahme zu den ausländischen Angeboten nicht rein von wirtschaftlichem Interesse, sondern auch von politischem leiten. Hoffte man doch besonders von den Ententestaaten für die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile politische Vergünstigung zu erlangen.

Im Laufe der Zeit hat das Wettlaufen der einzelnen Staaten ruhigere Formen angenommen. Mit der Einfuhr steht Deutschland an erster Stelle und ist auch an der Ausfuhr zu einem wesentlichen Prozentsatz beteiligt. Amerika überschwemmt den litauischen Markt in der Hauptsache mit Textilwaren, doch da das Angebot weit grösser ist als die Nachfrage, gehen viele Waren nach Russland weiter. Frankreichs Anteil an der Einfuhr von Maschinen und Eisenbahnmateriale ist durch Deutschland, dessen Stärke hier u. a. auch in dem Sinken der Mark begründet liegt, nicht unerheblich verdrängt worden. Englands Interesse richtet sich besonders auf den litauischen Flachs und das litauische Holz. Es gelang ihm im Jahre 1919, das Ausfuhrmonopol für Flachs zu erhalten; bis auf einen geringen Teil des Flachses musste die ganze Ernte an Agenten eines englischen Konzerns, der Tilden-Smith-Gruppe, verkauft werden, der ein Gewinn von 5% zu floss. Für ein solches Flachsmonopol war aber der litauische Sejm in der Folgezeit nicht mehr zu haben. Unter den Bauern selbst machte sich eine gewisse Opposition geltend, indem sie den Verkauf an die englischen Agenten verweigerten. Die Folge davon war, dass der illegitime Handel mit Flachs ausserordentlichen Umfang annahm. Als grosse Linie in der Entwicklung des litauischen Handels ist die Zunahme des deutschen Einflusses festzustellen. Abgesehen von den Valutaverhältnissen tragen in besonderem Masse zu dieser Entwicklung die geographische Lage und nicht zuletzt die zahlreichen alten Geschäftsbeziehungen zwischen Deutschland und Litauen bei.



Besondere Beachtung verdienen die Handelsbeziehungen zwischen Litauen und Polen. Durch die politische Spannung zwischen beiden Ländern ist die Aufnahme normaler Handelsbeziehungen bisher verzögert worden. Doch ist in letzter Zeit eine gewisse Konkurrenz zwischen Deutschland und Polen zu bemerken. Es ist zur Zeit noch nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn einmal zwischen Polen und Litauen politisch Ruhe eingetreten ist. Die polnischen Machtbestrebungen haben Litauen aber bisher nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich erheblich geschädigt. Einschnendend wirkt vor allem die Abschnürung Litauens von Russland durch den polnischen Korridor Wilna-Dünaburg.

Einen wesentlichen Faktor im Wirtschaftsleben der Randstaaten bedeutet der Transithandel mit Russland, sodass es Russland in der Hand hat, durch Bevorzugung des einen oder des anderen die Staaten gegeneinander auszuspielen. Der natürlichen Lage entsprechend müsste sich der Warenverkehr von und nach Russland auf Lettland, Estland und Litauen wie 50 : 35 : 15 verteilen<sup>1)</sup>. Wenn auch demnach Lettland infolge der geographischen Lage als Durchfuhrland bevorzugt sein wird, so liegt doch die Gefahr russischer Willkür bei der Verteilung des Transitverkehrs nahe. Unter diesen Umständen ist auch im Interesse einer ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung ein gewisser Zusammenschluss der Randstaaten notwendig. In Erkenntnis dieses Zusammenhanges war man zunächst bemüht, ein Bündnis zwischen Litauen, Lettland und Estland herbeizuführen und in dieses gegebenenfalls auch Finnland und Polen aufzunehmen. Infolge der politischen Schwierigkeiten Litauens mit Polen scheint Litauen bei den neuen Verhandlungen zwischen Lettland, Estland, Polen und Finnland in den Hintergrund getreten und zum Teil ausgeschaltet zu sein. Auch bei den Verhandlungen mit Russland machte sich die Uneinigkeit der russischen Nachfolgestaaten untereinander nachteilig bemerkbar.

---

<sup>1)</sup> Alf. M. Frauenstein-Riga in „Osten“ 2. Jahrgang, Nr. 44, S. 983/4



## VI. Die wirtschaftlichen Bilanzverhältnisse und die Währungspolitik.

Abgesehen von äusseren Einflüssen wurde die litauische Handelspolitik in der Hauptsache durch zwei Momente beeinflusst, durch die Sorge um die Handelsbilanz und durch die Notwendigkeit, den finanziellen Anforderungen ohne Zuhilfenahme der Notenpresse zu genügen. Man versuchte, die Einfuhr aller nicht lebensnotwendigen Waren durch Einfuhrverbote fernzuhalten. So wurde die Einfuhr von Tabak, als diese in den ersten sechs Monaten des Jahres 1921 einen zu grossen Umfang angenommen hatte, gänzlich verboten. Besondere Aufmerksamkeit widmete man der Ausfuhrregelung, da mit dem Sinken der deutschen und damit der Ostmark die Gefahr des Ausverkaufs drohte. Durch Ausfuhrreinschränkungen und starke Erhöhung der Zölle wurde dieser Gefahr begegnet. Wo keine Ausfuhrzölle erhoben wurden, war die Ausfuhr nur mit Genehmigung des Handelsministeriums gestattet.

Im Herbst 1921 wurde infolge des starken Sturzes der deutschen Mark eine ausserordentliche Erhöhung der Ausfuhrzölle vorgenommen<sup>1)</sup>, und zwar wurde diese von den beiden Gesichtspunkten geleitet, dem wirtschaftlichen, gegen den Ausverkauf zu Preisen unter dem Weltmarkt anzukämpfen, und dem finanziellen, der mit der Geldentwertung eintretenden Verschlechterung der Finanzen abzuhelpen. Besonders einschneidend waren diese Massnahmen bei Getreide, Futtermitteln und Kartoffeln, sie glichen einem vollkommenen Ausfuhrverbot. Bei Kartoffeln befürchtete man Knappheit im eigenen Lande, eine Sorge, die nicht unberechtigt war, denn es zeigte sich, dass infolge der vorübergehend sehr starken Ausfuhr die Preise in Litauen zum Teil stärker stiegen als in Deutschland.

---

1) pro 100 kg	Leinsaat und Erbsen . . .	150,— Mk.
	Rindvieh und Schafe, lebend	150,— Mk.
	Rind- und Hammelfleisch .	250,— Mk.
	Schweine, lebend . . .	300,— Mk.
	Schweinefleisch, fett . . .	300,— Mk.
	Linsen . . . . .	180,— Mk.
	und bei Eiern pro Stück .	1,— Mk.

Der Mangel einer eigenen Währung zwang Litauen auf volks- und finanzwirtschaftlichem Gebiete zu äusserster Sparsamkeit. Die wirtschaftlichen und finanziellen Bilanzverhältnisse gestalteten sich daher seit Bestehen des Staates nicht ungünstig. Schon in den Jahren 1919 und 1920 war die Handelsbilanz aktiv. Im Jahre 1919 betrug der Ueberschuss bei einer Ausfuhr von 612 Mill. und einer Einfuhr von 401 Millionen 411 Mill. Mk. Im Jahre 1920 betrug die Ausfuhr 510 Mill. Mk. und die Einfuhr<sup>1)</sup> 429 Mill. Mk., sodass ein Ueberschuss von 81 Mill. Mk. zu verzeichnen war<sup>2)</sup>. Deutschland war an der Einfuhr etwa mit 60—70% beteiligt.

Wesentlich ungünstiger gestaltete sich das erste Halbjahr 1921; es wurde für etwa 350 Mill. Mk. eingeführt<sup>3)</sup> und nur

<sup>1)</sup> Und zwar wurden im Einzelnen eingeführt:

	Mill. Mk.		Mill. Mk.
chemische Produkte . . . . .	17,8	Metallerzeugnisse . . . . .	36
Tabak . . . . .	13,8	Mineralien . . . . .	18,2
tierische Produkte . . . . .	47,5	Glas . . . . .	11,5
Häute, Ledererzeugnisse . . . . .	28,3	Galanteriewaren . . . . .	7,2
Manufakturwaren . . . . .	11	Drogen . . . . .	1,6
Lebensmittelprodukte . . . . .	122,3	Maschinen u. Handwerkszeug . . . . .	8,3
(darunter Salz 16,8)		Holzerzeugnisse . . . . .	2,0
Landwirtschaftliche Maschinen . . . . .	1,6	Druckereierzeugnisse . . . . .	13,3
Vieh . . . . .	2,0	(darunter Papier u. Papier-	
Schmiermittel . . . . .	6,5	erzeugnisse 11)	
Petroleum . . . . .	12,6	Verschiedene Waren . . . . .	11,4

ausgeführt:

	Mill. Mk.		Mill. Mk.
Leinsaat . . . . .	59,5	Holz, bearbeitet . . . . .	57,1
Saaten . . . . .	6,8	Holz, unbearbeitet . . . . .	126,6
Pelze und Felle . . . . .	2,7	Lebensmittelprodukte . . . . .	28,3
tierische Produkte . . . . .	18,0	Eier . . . . .	20,3
Lumpen . . . . .	16,1	Eisen . . . . .	2,1
Mineralerzeugnisse . . . . .	1,3		

<sup>2)</sup> „Ostsee-Zeitung“ Nr. 180 vom 19. April 1921, A. Bl.

<sup>3)</sup> Eingeführt wurden u. a. Mill. M.

Manufakturwaren . . . . . 116,4  
(davon aus Deutschland 105, aus dem Memel-  
gebiet 11 Mill.)

Lebensmittel . . . . . 76  
Metallerzeugnisse . . . . . 49,5  
Papier und Papierwaren . . . . . 11,3  
Chemikalien . . . . . 12,5  
Tabak und Tabakerzeugnisse . . . . . 8,8

Ausgeführt wurden besonders:

Holz und Holzwaren (davon nach Deutschland  
51, Memelgebiet 14 Mill.) . . . . . 65  
Eier (darunter nach England etwa 19, nach  
Deutschland 10,5) . . . . . 30,8  
Borsten (davon 80 Proz. nach England) . . . . . 11,5  
Flachs (und zwar nur nach Deutschland) . . . . . 2,75

für 125 Mill. Mk. ausgeführt. Diese Verschiebung des Zahlenverhältnisses findet seine Erklärung darin, dass Litauens Ausfuhrartikel Flachs, Holz und Lebensmittel, in der Hauptsache im Herbst zur Ausfuhr gelangen. Die Bilanz des ganzen Jahres gestaltete sich dann auch wieder erheblich besser, blieb aber doch passiv und zwar mit einer Ausfuhr von 632 Mill. Mk. gegenüber einer Einfuhr von 877 Mill. Mk. Der Einfuhrüberschuss wurde aber durch eine gewisse Investierungspolitik herbeigeführt, zu der Litauen im Jahre 1921 bereits in der Lage war, weil das Defizit der Handelsbilanz in der Zahlungsbilanz in der Hauptsache durch die Geldüberweisungen aus Amerika ausgeglichen wurde. Es handelte sich bei der vermehrten Einfuhr besonders um eine Zunahme der Einfuhr von Produktivgütern, sodass in der starken Aufnahme solcher Güter ein gewisser Aufstieg des Wirtschaftslebens erblickt werden kann. Die ersten neun Monate des Jahres 1922 weisen wieder einen Ausfuhrüberschuss von 441 452 850 Mk. auf, und zwar steht einer Einfuhr von 1 957 214 000 Mk. eine Ausfuhr von 239 666 850 Mk. gegenüber.

Die Ein- und Ausfuhr Litauens im ersten Halbjahr 1921 verteilte sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Einfuhr aus:		Ausfuhr nach:	
Deutschland . . . . .	69,87	Deutschland . . . . .	62,57
Memelgebiet . . . . .	10,22	Memelgebiet . . . . .	10,16
Lettland . . . . .	1,98	Lettland . . . . .	4,15
Polen . . . . .	0,30	England . . . . .	21,86
Wilna . . . . .	0,06	Rußland . . . . .	0,47
Dänemark . . . . .	0,02	Amerika . . . . .	0,64
Amerika . . . . .	2,27	Wilna . . . . .	0,15
Holland . . . . .	4,33		
England . . . . .	1,66		
Schweiz . . . . .	0,32		
Schweden . . . . .	0,08		
Japan . . . . .	0,66		
Finnland . . . . .	0,08		
Frankreich . . . . .	0,09		
Danzig . . . . .	8,03		
Estland . . . . .	0,03		

Ein ähnliches Bild sowohl im Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr als auch in Bezug auf die Rolle, die die einzelnen Länder beim Export und Import spielen, zeigt die Bilanz der ersten drei Monate des Jahres 1922.

Deutschland nahm bisher sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr die erste Stelle ein. Zweifellos lag ein Teil der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands gegenüber Litauen in der gemeinsamen Währung. Doch wie wir auch bei Polen

zu beobachten Gelegenheit hatten, ist es mehr als die Währungsunion, die Deutschland auf dem Markt in Osteuropa den Vorrang verschafft. Es bestehen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn gewisse gegenseitige Ergänzungsmöglichkeiten und tiefere Beziehungen, die man nicht lediglich als Uebergangserscheinungen betrachten darf.

Von besonderer währungspolitischer Bedeutung wird es für Litauen sein, dass es seine Einfuhr in so stark überwiegendem Maße aus Deutschland deckt. Denn eine selbständige litauische Währung kommt dadurch in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zur deutschen. Solange es Litauen gelingt, seine Zahlungsbilanz aktiv zu gestalten, kann sich dieser Einfluss nicht bemerkbar machen; denn dann verfügt Litauen stets über genügend Devisen, um seine Einfuhr zu bezahlen. Sobald aber Litauen, wenn auch nur vorübergehend, gezwungen sein sollte, seine eigene Währung als Gegenwert für die Einfuhr auf den Markt zu werfen oder Kredit in Anspruch zu nehmen, dann besteht, abgesehen von einem Sinken der litauischen Währung in sich noch die Gefahr, dass die litauische Währung die Schwankungen der deutschen mitmacht. Zwar sollte man annehmen, dass die Arbitrage einen Ausgleich herbeiführen müsste, in der Praxis schwindet aber die Machtstellung des importierenden Staates schon deshalb nicht ganz, weil die Kurse letzten Endes über und durch Vermittlung eines solchen Hauptlieferanten zustande kommen. Die tiefere Notierung in den liefernden Staaten drückt auf die Kursbewegung an den anderen ausländischen Börsen, und durch die Kontinuität dieser Einwirkung können die Beziehungen derart werden, dass die Notierung im Banne des Staates gehalten wird, der am meisten liefert. Praktisch ergäbe sich daraus, dass Deutschland für den Fall, dass die Zahlungsbilanz Litauens nicht aktiv ist, die Kursbewegung der litauischen Währung über die im Laufe der Entwicklung zur deutschen Währung entstandene Parität beeinflussen würde, was bei einem Sinken der deutschen Mark verhängnisvoll werden könnte.



## VII. Die Finanz- und Kreditverhältnisse.

Da die litauische Regierung von vornherein auf das bequeme finanzielle Mittel, das gegebenenfalls eine eigene Währung darstellt, verzichtete, hatte sie zunächst mit grossen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn sie auch anderseits einen gewissen Vorteil darin besass, dass der Staat schuldenfrei war. Die ersten Mittel wurden der litauischen Regierung im Jahre 1918 von der Darlehnskasse Ost zur Verfügung gestellt. Als die deutsche Verwaltung aufgelöst wurde, führten Verhandlungen zwischen dem litauischen Finanzminister und der Direktion der Darlehnskasse Ost unter Teilnahme der deutschen Regierung zu dem Ergebnis, dass Litauen ein Kredit von 100 Mill. Mk. zu 5% bis zum Jahre 1921 bewilligt wurde. Die Summe ist noch nicht zurückgezahlt, da zwischen der deutschen und litauischen Regierung eine Einigung über die Verrechnung bisher noch nicht erzielt ist.

Ferner legte Litauen zu Gunsten seiner in den Vereinigten Staaten lebenden Bevölkerung eine Anleihe von 5 Millionen Dollar auf; diese wurde in der Hauptsache durch Litauer gezeichnet und wird daher mehr als eine innere Anleihe betrachtet. Im Jahre 1919 wurde auch eine 5%ige kurzfristige Anleihe von 30 Mill. Mk. im Inlande aufgenommen, die jedoch nur 20 Mill. Mk. erbrachte, weil das litauische Volk mit seinem Vertrauen<sup>1)</sup> zurückhielt. Sie wurde in Schatzanweisungen mit einer Umlaufzeit von 6—12 Monaten ausgegeben. Die Anleihestücke sind inzwischen als ein beliebtes Zahlungsmittel bei der Entrichtung von Steuern in die Staatskasse zurückgeflossen. Infolge der schnellen Einlösung der Anleihe ist das Vertrauen der Bevölkerung gestiegen, sodass man für das Jahr 1921 den Finanzschwierigkeiten durch zwei

---

<sup>1)</sup> Besondere Schwierigkeiten entstanden auch dadurch, dass der litauische Staat erst spät allgemein anerkannt wurde. Man dachte daher zuweilen daran, Auslandsanleihen nicht von der Regierung, sondern von städtischen Selbstverwaltungskörpern und den Landesorganisationen aufnehmen zu lassen, sodass die Rückzahlung der Anleihe auch dann sichergestellt war, wenn der litauische Staat nicht anerkannt wurde.

neue Anleihen, durch eine zweite Staatsanleihe und durch eine ausserordentliche Staatsanleihe zur Verteidigung des Landes abhelfen konnte.

Trotz der weitgehendsten Selbsthilfe Litauens trat an die Regierung immer wieder die Versuchung heran, eine grössere ausländische Anleihe aufzunehmen. Insbesondere bemühte sich England darum, Litauen gegen Verpfändung von Staatswäldern eine Anleihe zu gewähren. Bisher sind aber die wiederholt angebahnten Verhandlungen zu keinem Ergebnis gelangt.

Das Budget von 1921 belief sich auf 900 Mill. Mk., ein Fehlbetrag von 20 Mill. Mk. wurde durch die beiden oben erwähnten inneren Anleihen gedeckt. Die staatlichen Einnahmen flossen zu einem überwiegenden Teil aus direkten Steuern und den Staatsbetrieben und zu einem verhältnismässig kleinen Teil aus den indirekten Steuern. Mit den Ausgaben stand das Kriegsministerium an erster Stelle, das fast 50% aller Ausgaben verschlang.

Mit dem Sinken der deutschen Mark traten jedesmal neue Finanzschwierigkeiten ein. Der Staat half sich durch eine schnelle Erhöhung der Ausfuhrabgaben und durch die Erteilung von Holzkonzessionen. Eine sofortige Anpassung aller Steuern war jedoch nicht möglich, weil das Steuerwesen Litauens noch ziemlich unentwickelt ist; eine Einkommensteuer fehlte bisher, die Grundlage des Steuersystems bildet in der Hauptsache die Grundsteuer. Je nach Güte des Bodens wurden ursprünglich 4—12 Mk. pro ha erhoben. Die Einnahmen des litauischen Staates fliessen zu einem erheblichen Teil<sup>1)</sup> auch aus seinen Forsten, seinem Grundbesitz, seinen gewerblichen Unternehmungen und aus den Monopolen.

Trotz aller Schwierigkeiten können wir in der litauischen Finanzwirtschaft eine gesunde Grundlage feststellen, und es ist auch immer wieder gelungen, der Finanzschwierigkeiten Herr zu werden. Es ist anzunehmen, dass mit der Stabilisierung der Währungsverhältnisse vollkommen geordnete Finanzverhältnisse eintreten werden. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben ist möglich,

---

<sup>1)</sup> Im allgemeinen waren die Erfahrungen mit der Verpachtung des Flachsmonopols nicht besonders gut, sodass man von einer abermaligen Verpachtung abgesehen hat. Die Staatsforsten brachten durch Verkauf von Holz im Jahre 1919/20 49 Millionen Mark. Der Ertrag der Domänen betrug im gleichen Jahre 8,5 Millionen Mark und der der gewerblichen Unternehmungen 10,4 Millionen Mark. Auch bei den Eisenbahnen rechnete man mit einem erheblichen Gewinn.

er wurde bisher nur immer wieder bei Eintritt neuer Währungs-entwertungen erschüttert. Die auftauchenden Schwierigkeiten waren daher lediglich eine Folge der Währungsentwicklung, weil eine sofortige Anpassung der Staatseinnahmen an die fortschreitende Geldentwertung nicht möglich war.

Bei einer Intensivierung des Wirtschaftslebens dürften, auch absolut betrachtet, die Steuerquellen des Staates reichlicher fließen. Eine Entwicklung der litauischen Wirtschaft in dieser Richtung ist aber im besonderen Masse von der Gestaltung des Kreditwesens abhängig. Der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Vorkriegszeit entsprechend, liess auch das Kreditwesen in Litauen viel zu wünschen übrig. Es stand erheblich hinter Polen und auch hinter Lettland zurück. Es gab nur 10 grössere Banken, ferner 27 Kreditbanken auf Gegenseitigkeit, 29 Wechselstuben, 147 private und 285 staatliche Sparkassen sowie etwa 30 Kreditgenossenschaften. Die Gesamtzahl aller Kreditinstitute betrug 700 mit einem Jahresumsatz von 262 Millionen Rubel<sup>1)</sup>. Mit der Verwirklichung der grossen Ziele, die sich Litauen gestellt hat, muss daher ein Ausbau des Kreditwesens Hand in Hand gehen.

Die vornehmste Aufgabe aller Kreditorganisationen in Litauen ist die restlose Zusammenfassung aller vorhandenen Wirtschaftskräfte und ihre Nutzbarmachung für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Diesen Zweck verfolgt in der Landwirtschaft das litauische Genossenschaftswesen, das in den letzten 20 Jahren einen erheblichen Aufschwung zuzeichnen hat. Die bäuerlichen Kreise werden auf diese Weise zusammengefasst und haben in dem Zentralverband der Genossenschaften Litauens in Kowno ihre Spitzenvertretung. Industrie, Gewerbe und Handel finden eine nicht unerhebliche Stütze in den annähernd 60 jüdischen Volksbanken, die die mittleren und kleineren jüdischen Händler und Handwerker organisieren und zusammenfassen. Diese Volksbanken haben sich zu einem Verband mit dem Sitz in Kowno zusammengetan. Sie haben für die Zukunft eine grosse Bedeutung, denn sie umspannen und durchdringen das ganze Land. Sie sehen ihre Aufgabe in der Finanzierung ihrer Mitglieder, treten aber gleichzeitig durch ihren Zentralverband in immer stärkerem Maße an das Import- und Exportgeschäft heran. Soweit zu überblicken ist, muss die Arbeit der Volksbanken durchaus anerkannt werden; sie betätigen sich als Pioniere im litauischen Wirtschaftsleben und suchen Verbindungen mit den

<sup>1)</sup> Aschmies, s. a. a. O. S. 60.



für Litauen in Frage kommenden Handelskreisen. Sie tragen ganz wesentlich zur Erschliessung derjenigen Gebiete bei, die heute infolge des schlechten Verkehrswesens noch wenig Bedeutung haben.

Nicht zu unterschätzen ist für das litauische Kreditwesen die Rührigkeit der amerikanischen Litauer<sup>1)</sup>. Diese besitzen in den Vereinigten Staaten etwa 40 litauische Kreditanstalten, mit denen die litauische Regierung in Fühlung ist und bei denen sie, wie oben ausgeführt, mit Erfolg eine Anleihe unterbringen konnte. Mit Hilfe amerikanischer Mittel ist bereits mancher Fortschritt im litauischen Wirtschaftsleben erzielt worden.

Die enge Verbindung Litauens mit seinen amerikanischen Volksgenossen gibt dem litauischen Wirtschaftsleben einen gewissen internationalen Anstrich. Durch den regen Geldverkehr zwischen Amerika und Litauen erfolgte schon vor dem 1. Oktober 1922 im Laufe der Zeit eine gewisse Anlehnung an die Dollarwährung, die schliesslich in der Wahl der neuen Währungseinheit ihren Ausdruck fand. Der Zusammenbruch der deutschen Mark ist daher auf das litauische Wirtschaftsleben, besonders auf die Kreise des Handels, von einer nicht so weittragenden Bedeutung geworden wie in Deutschland. Dazu kommt noch, dass die litauische Regierung selbst kein Interesse daran hatte, Massnahmen gegen einen Uebergang zur Dollarwährung, die im Verhältnis zur Ostmarkwährung lediglich eine andere Auslandswährung bedeutete, zu treffen. Denn durch ein Ausschalten der Ostmark als Landeswährung wurde auf ihre Bewertung kein Einfluss ausgeübt, und es war gänzlich belanglos für den Kurs der Ostmark, ob sie in Litauen weiterhin in vollem Umfange als Wertmesser beibehalten wurde oder nicht. Andererseits darf aber auch nicht verkannt werden, dass die litauischen Bauern durch ein gewisses Festhalten an der Ostmarkwährung zum Teil empfindliche Verluste erlitten haben.

Die schon lange vor dem Währungswechsel erfolgte Anlehnung an eine stabile Währung hatte den Nachteil, dass die Preise in Litauen zumeist höher waren als in Deutschland und Litauen infolge der bequemen Uebergangsmöglichkeit zur Goldrechnung Deutschland mit dieser Entwicklung eine gewisse Zeit vorauseilte. Der überaus grosse Vorteil der Internationalisierung des Zahlungsverkehrs war aber vor allem

---

<sup>1)</sup> Crohn-Wolfgang: Randstaatenpolitik. Weltwirtschaftliches Archiv 17. Bd., Juli 1921, Heft 1, S. 106 ff.



darin zu erblicken, dass Litauen von den schwierigen Kreditproblemen, vor die alle Staaten mit sinkender Währung in immer stärkerem Maße gestellt werden, zum Teil verschont geblieben ist. Die Kreditnot hat sich nicht so stark bemerkbar gemacht, und die Gesamtheit des litauischen Wirtschaftslebens ist insofern durch die Entwertung der Ostmarkwährung weit weniger beeinträchtigt worden als zunächst anzunehmen wäre.

## VIII. Die neue litauische Währung.

Solange in Litauen die Ostmark als Landeswährung galt, war das Schicksal der litauischen Währung notgedrungen mit dem der deutschen verknüpft. Aus den Kursbewegungen der Ostmark können daher keine Schlüsse auf die Aussichten der neuen litauischen Währung gezogen werden; lediglich ein Einblick in das Wirtschaftsleben gestattet Ausblicke in die Zukunft. Wir haben es bei Litauen mit einem Staate zu tun, dessen Zahlungsbilanz aktiv ist und dessen Finanzverhältnisse als geordnet zu bezeichnen sind. Die einzelnen Wirtschaftszweige weisen recht gute Ausbaumöglichkeiten auf, wenn auch der Fortschritt in besonderem Maße von dem Zufluss von Kapital abhängig ist. Die Selbsthilfe von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe ist gut organisiert und verspricht mit Hilfe der befruchtenden Initiative der amerikanischen Rückwanderer ein Aufblühen des litauischen Wirtschaftslebens.

Bis zur Einführung der neuen litauischen Währung stand in Litauen eine gesunde Wirtschaft einer zusammenbrechenden Währung gegenüber. Unter diesen Umständen war die Einführung einer eigenen unabhängigen Währung einerseits unbedingt notwendig, auf der andern Seite aber nur noch eine Form, denn die Voraussetzungen für geordnete Währungsverhältnisse waren mit der Gesundung der Wirtschaft bereits gegeben. Die Gefahr des Ueberganges zu einer eigenen Währung konnte somit nur darin bestehen, dass der Währungswechsel mit unzureichenden technischen Mitteln versucht wurde und dass die Schwankungen der neuen Währung dann gegenüber dem vorangegangenen Zustand keinen Fortschritt bedeutet hätten. Ueberblickt man die Uebergangszeit, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass die Vorbereitungen zum Uebergang ausreichend gewesen sind.

Bevor sich Litauen zum Währungswechsel entschlossen hatte, schwebten lange Zeit Verhandlungen, die aber immer wieder ohne Erfolg blieben. Zunächst tauchte der Gedanke einer skandinavischen Münzgemeinschaft unter Zugrundelegung der Krone als Währungseinheit auf, später wollte England die litauische Währung garantieren. Es sollte eine Staats-

bank mit 1 Million Pfund Sterling errichtet werden, deren Kapital zu  $\frac{1}{3}$  eine englische Bankgruppe, zu  $\frac{1}{3}$  lokale litauische Banken und zu  $\frac{1}{3}$  der litauische Staat aufbringen sollte. Infolge der fliessenden Verbindung mit den amerikanischen Litauern siegte schliesslich eine Währung, die sich eng an den Dollar anlehnt.

Nicht zuletzt durch die weitere katastrophale Entwertung der deutschen Mark beschleunigt, wurde in Litauen am 1. Oktober 1922 eine eigene Währung mit Golddeckung eingeführt. Als Währungseinheit gilt gemäss § 1 des Währungsgesetzes<sup>1)</sup> der Lit, der 0,150462 g Gold enthält und aus 100 Centas besteht. Die in Litauen umlaufenden Ostmark, Ostrubel und deutschen Reichsmark werden innerhalb von drei Monaten, also bis zum 1. Januar 1923 zu einem vom Minister der Finanzen, Handel und Industrie einmal wöchentlich oder öfter festzusetzenden Kurse in Lit umgewechselt. Der Lit ist mit seiner Einführung zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel geworden; alle Verträge, Urkunden, Schuldscheine und Verpflichtungen sowie alle sonstigen Abmachungen, Zahlungen und Abrechnungen werden in Lit getätigt. Die bisher in Ostmark, Ostrubel oder in einer anderen Währung abgeschlossenen Verträge und Urkunden werden auf Verlangen einer Partei nach dem Tageskurs am Verfalltage in Lit umgerechnet.

Der Lit ist seinem Goldgehalt nach  $\frac{1}{10}$  Dollar und weist seit seiner Einführung, abgesehen von vorübergehenden Schwankungen, die auf eine gewisse Knappheit an neuen Wertzeichen zurückzuführen sind, einen stabilen Kurs auf<sup>2)</sup>. Die Gefahr einer Entwertung des Lit scheint überwunden zu sein; unangenehme Folgen zeigten sich mit dem Uebergang zur stabilen Währung nur insofern, als sich in dem Augenblick ihrer Einführung die Preise sofort anpassten und sich ein Preisniveau entwickelte, das ganz dem eines hochvalutarischen Landes entspricht. Die mit der schroffen Preissteigerung notwendigerweise verbundene Absatzkrise wurde noch insofern verschärft, als zu gleicher Zeit die Entwertung der deutschen Mark weiter fortschritt und der Absatz nach Deutschland behindert wurde. Nach Einführung der neuen Währung kommen zumindestens während einer gewissen Uebergangszeit, in der die Preise häufig über das Weltmarktpreisniveau hinausgeschneilt sind, für die Ausfuhr aus Litauen in der Hauptsache nur noch hochvalutarische Länder in Frage. Ob die dadurch

---

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Vgl. die Kursangaben und graphischen Darstellungen im Anhang.

bedingte Verschiebung der Zahlungsbilanz einen Einfluss auf die Bewertung des Lits haben wird, ist zunächst noch nicht abzusehen; es hat aber den Anschein, als ob Litauen über eine reichliche Menge von Devisen verfügt, um die Schwierigkeiten der Uebergangszeit erfolgreich zu überwinden.

Zur praktischen Durchführung des Währungswechsels ist gleichzeitig mit dem Währungsgesetz ein Gesetz<sup>1)</sup> betreffend die Bank von Litauen angenommen worden. Nach diesem Gesetz ist es Aufgabe der Bank, den Geldumlauf in Litauen zu regeln, den Zahlungsverkehr im In- und Auslande zu erleichtern, ein beständiges und zweckmässiges Geldsystem in der litauischen Republik einzuführen und die Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel zu fördern. Die Bank erhält für 20 Jahre vom Tage ihrer Gründung ab das Recht der Ausgabe von Banknoten. Das Grundkapital beträgt 12 Millionen Lit, wovon das Ausland nicht mehr als  $\frac{1}{3}$  besitzen darf.

Gemäss § 12 gibt die Bank nicht auf einen bestimmten Inhaber lautende Banknoten aus. Mindestens  $\frac{1}{3}$  der in Umlauf befindlichen Banknoten muss durch Gold, der Rest durch leicht realisierbare Werte gedeckt sein. Die Banknoten der Bank von Litauen sind gesetzliches Zahlungsmittel des Staates und im Umlauf gleichwertig dem Goldgelde (§ 13). Die Regelung der Umwechslung der Banknoten in Goldgeld übernimmt der Minister für Finanzen, Handel und Industrie (Bemerkung zu § 13). Wird ein Banknotentyp durch einen neuen ersetzt, dann bezahlt die Bank der Staatskasse denjenigen Wert des zu ersetzenden Banknotentyps, der nicht zur Auswechslung vorgelegt wird. Durch eine Reihe von Paragraphen<sup>2)</sup> wird das Verhältnis zwischen der Bank von Litauen und dem litauischen Staate, insbesondere der litauischen Staatskasse, geregelt. Alle Bestimmungen sind von dem Grundgedanken getragen, eine Verknüpfung der finanziellen Interessen des Staates mit der Ausgabe von Banknoten zu vermeiden.

Die technische Frage der Verankerung und Stabilisierung der neuen Währungseinheit gestaltet sich in der Gegenwart besonders schwierig. Infolge der unsicheren Lage auf dem Weltmarkt ist eine Verwendung von Bargeld zu Stabilisierungszwecken nicht möglich, während anderseits eine absolute Stabilisierung mit Hilfe von Devisen, die heute selbst in sich

<sup>1)</sup> Siehe Anhang.

<sup>2)</sup> Siehe Gesetzestext im Anhang.



starken Schwankungen unterworfen sind, nicht erzielt werden kann. Litauen wird sich daher mit einer relativ stabilen Währung begnügen und dabei wegen der bereits dargelegten engen Handelsbeziehungen mit Deutschland der Kursgestaltung auf den deutschen Devisenmärkten besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Das nächste Ziel litauischer Währungspolitik muss es sein, den im Laufe unserer Arbeit geschilderten Gleichgewichtszustand von Wirtschaft und Finanzen auf die Dauer zu garantieren, denn er ist als Ausgangspunkt für den wirtschaftlichen Fortschritt in Litauen zu bezeichnen. Gerade ein so kapitalarmes Land wie Litauen, das zum raschen Aufbau ausländischen Kapitals bedarf, muss dem Ausländer, der sein Kapital in Litauen investieren will, die Gewähr bieten, dass sein Geld als Produktivkapital wirkt und nicht zur Erhaltung der Existenz des litauischen Staates verbraucht wird. Das einströmende Kapital darf unter keinen Umständen zu einer Konsumtivanleihe werden, das wird aber stets der Fall sein, wenn es dem Staat aus sich heraus nicht möglich ist, jenen bedeutungsvollen Ausgleich herbeizuführen. Die Frage der Lebensfähigkeit des litauischen Staates wird äusserlich durch die Kursbewegung der neuen litauischen Währung ihre Beantwortung finden.

Teil III.

LETTLAND  
UND  
ESTLAND.

## Einleitung.

Der Teil III der vorliegenden Arbeit soll ein wirtschaftliches Bild von Lettland und Estland geben. Diese beiden an Bevölkerungszahl noch hinter Litauen zurückstehenden kleinen Nationalstaaten blicken auf eine gemeinsame geschichtliche Vergangenheit zurück. Die Geschichte der Letten und Esten deckt sich aber keineswegs mit der der Balten, sondern geht, meist wenig beachtet, mit dieser parallel. Daher ist über das Baltenland hinaus von der Entwicklung, die zur Selbständigkeit der beiden Völker geführt hat, nur ausserordentlich wenig bekannt. Die lettische und estnische Frage hat erst in den letzten 20 Jahren vor dem Weltkrieg an Bedeutung gewonnen und am Ende des Jahres 1918, zum Teil überraschend, zur Entstehung der beiden Republiken Lettland und Estland geführt.

Während die Letten, die ursprünglich mit den Litauern einen Stamm bildeten, indogermanischer Herkunft sind, gehören die Esten zusammen mit den längst ausgestorbenen Kuren und Liven zur mongolischen Rasse. Ihre nächsten Verwandten sind die Finnen, zahlreiche nordsibirische Stämme und die Magyaren in Ungarn. Letten und Esten sind also gänzlich verschiedener Herkunft und haben, soweit sich ihr Schicksal in der Geschichte verfolgen lässt, nur wenig Berührungspunkte. Doch sind die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Lettland und Estland recht gut.

Die geographische Lage des Landes brachte es mit sich, dass wir es mit Eintreten in die Geschichte als einen Zankapfel der benachbarten Staaten und als einen fast ständigen Kriegsschauplatz sehen. Während im 9., 10. und 11. Jahrhundert die Schweden, Dänen und Russen eindringen, erscheinen im 12. Jahrhundert die Deutschen und erobern den grössten Teil des Landes. Das Ergebnis der Kämpfe war die Unterwerfung der eingeborenen Nationen unter eine beherrschende fremde Oberschicht, die bestrebt war, ihre Rechte zu erweitern und ihre Stellung durch Inbesitznahme des grössten

Teiles des Landes zu verankern. Vor dem Kriege herrschte hier eine nationale Minderheit, ausgestattet mit einer Reihe sozialer Vorrechte, über die eingeborenen Nationen, denen eine Stellung zweiten Ranges zugewiesen wurde.

Die lettischen und estnischen Bauern waren zunächst frei und persönlich rechtsfähig. Erst mit der Ausbildung des Lehnswesens und der Ohnmacht der Landesherren ist die Leibeigenschaft missbräuchlicherweise eingerissen und dann im Jahre 1552 durch den Beschiuss des Landtages zu Pernau, der die Auslieferung geflüchteter Bauern an den Herrn jedem zur Pflicht machte, anerkannt worden. Beim Uebergang des Landes unter polnische Herrschaft im Jahre 1561 wurde die Bestimmung des Landtages zu Pernau durch den Freibrief des König Sigismund II. von Polen ausdrücklich anerkannt und damit die eingeborene Bauernschaft endgültig der Freiheit beraubt. Besonders drückend wurde die Leibeigenschaft, die in der Zeit der schwedischen Herrschaft von 1629 bis 1721 eine wesentliche Erleichterung erfahren hatte, als das Land im Jahre 1721 unter russische Herrschaft kam. Es hatte den Anschein, als ob Russland zunächst im Gegensatz zu Schweden handelte, um sich die herrschende Schicht im Lande, die Deutschen, gefügig zu machen. Denn bald setzten auch russischerseits Bestrebungen ein, die auf eine baldige Befreiung der unterdrückten lettischen und estnischen Bauern hinzielten.

Unter einem gewissen Druck der russischen Regierung und nicht zuletzt in der Hoffnung, gleichzeitig eine Verankerung seines Besitzrechtes am Grund und Boden zu erlangen, setzte sich der baltische Grossgrundbesitz für eine Befreiung der Bauern ein, die dann auch etwa 50 Jahre früher erfolgte als in dem übrigen Russland. Während aber ein Gesetz vom Jahre 1804 bereits das Recht des Bauern auf das Land verbriefte, erfolgte die Befreiung ohne Land, sodass die Bauernbefreiung in Wirklichkeit einen Rückschritt bedeutete. Unter diesen Umständen musste sich der Gegensatz zwischen der sozial herrschenden und der beherrschenden Schicht, ganz abgesehen von den nationalen Tendenzen, weiter zuspitzen. Als dann die junglettische und die jungestnische Bewegung einsetzte, nahm der Kampf immer bedenklichere Formen an.

Die Gegensätze im Lande wurden ferner verschärft, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Russifizierungsbestrebungen der russischen Regierung begannen. Im Jahre 1876 wurde das Generalgouvernement der Ostseeprovinzen aufgehoben und die russische Städteordnung eingeführt. Im Jahre 1885 wurde auch die russische Sprache in die Verwaltung



übernommen. Die Bestrebungen der russischen Regierung richteten sich nicht nur gegen die deutsche Oberschicht, sondern gegen alles Nichtrussische und somit auch gegen die Letten und Esten und mussten auf die kaum erwachten nationalen Bestrebungen der kleinen Nationen besonders vernichtend wirken. Der Unwille gegen die herrschende Schicht und die russische Regierung kam dann in der Revolution des Jahres 1905 zum Ausdruck, in der das baltische Deutschtum mit Unterstützung der russischen Regierung den Sieg davontrug.

Nach Beendigung der Revolution machte die junglettische und jungestnische Bewegung aber weitere Fortschritte; die zur Russifizierung erlassenen beengenden Verordnungen wurden zum Teil aufgehoben, und Deutsche, Letten und Esten hatten in ihrer nationalen Betätigung jetzt mehr Bewegungsfreiheit als vor der Revolution. Zur Festigung ihrer Stellung suchten die Balten nunmehr das nachzuholen, was in der Vergangenheit versäumt worden war; sie bemühten sich, deutsche Bauern anzusiedeln, traten dadurch aber in immer offenere Feindschaft zu den Letten und Esten.

Als der Weltkrieg ausbrach, standen Balten wie Letten und Esten treu zur russischen Regierung. Wenn auch die nationalen Wünsche der Letten und Esten zunächst in immer weitere Ferne zu rücken schienen, so ruhte anderseits ihr nationales Leben nicht. Es fehlte auch während der Besatzungszeit nicht an nationalen Zusammenkünften geheimen Charakters, wenn auch die Stellungnahme der Parteien zur Besatzungsbehörde nicht einheitlich war. Nur ein kleiner Teil der bürgerlichen Parteien war deutschfreundlich. Die sozialistischen Parteien dagegen, die seit der Revolution von 1905 zusehends gewonnen hatten, waren ausgesprochen nationalistisch. Letztere strebten selbständige und unabhängige Republiken an.

Das Jahr 1918 brachte den Letten und Esten die ersehnte nationale Selbständigkeit. Am 19. November 1918 wurde die Republik Lettland und am 4. Dezember 1918 die Republik Estland ausgerufen. Durch die lange Zeit der nationalen Unfreiheit war ausserordentlich viel Zündstoff angesammelt, der jetzt zur Entladung kam. Die Gegensätze platzten hart aufeinander und vernichteten manches, was im eigensten Interesse der neu geschaffenen Staaten hätte erhalten bleiben können. Begreiflicherweise richtete sich der Hass in der Hauptsache gegen die bis dahin herrschende Schicht.

Die Geburtsstunde der beiden Republiken stand unter einem ungünstigen Stern. Ihr Land besetzt von den Deut-

schen, denen sie mit gewissem Misstrauen gegenüberstanden, an der Ostgrenze die Rote Armee Sowjetrusslands, das nach Aufhebung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk Anstalten traf, seine alten Provinzen Estland, Livland und Kurland wieder zu besetzen! Den eigentlichen und stärksten Feind sah man daher zunächst in der Roten Armee, während man mit der Besatzungsbehörde zuweilen glaubte zusammengehen zu müssen, um diese Gefahr, die vom Osten her drohte, abzuwenden. Besonders freundschaftlich stand man der Entente gegenüber; von ihr erhoffte man die Erhaltung der jungen Republiken, selbst wenn zunächst die rote Flut über das Land hinstreichen sollte.

Die grösste Schwierigkeit für die provisorische Regierung war es, sich die notwendigen Geldmittel zu beschaffen. Eine Anleihe durch das Deutsche Reich kam nicht in Frage, weil dieses infolge des Waffenstillstandsvertrages keine neuen Verträge mit anderen Staaten abschliessen durfte. Die finanziellen Schwierigkeiten schwanden erst in dem Augenblick, als die beiden provisorischen Regierungen sich durch die Notenpresse zu helfen begannen und damit den Grundstein zu einer Währungsgeschichte legten, die wohl mit zu den interessantesten wirtschaftlichen Problemen gehört.

# I. LETTLAND.

## 1. Die Währungsgeschichte.

Lettland umfasst das frühere russische Gouvernement Kurland, Teile von Witebsk und den südlichen Teil von Livland. Mit einem Flächeninhalt von etwa 65 000 qkm ist es ungefähr so gross wie Griechenland oder doppelt so gross wie Holland. Lettland ist dünn bevölkert; seine Einwohnerzahl beträgt etwa 1,9 Millionen, sodass es gegen 29 Einwohner auf 1 qkm zählt. Von den Bewohnern sind 76% Letten<sup>1)</sup>, 10% Russen, 5,2% Juden, 3,8% Deutsche, der Rest verteilt sich auf verschiedene Nationalitäten.

Vor dem Weltkriege galt in dem heutigen lettischen Gebiet der russische Rubel. Mit dem Vormarsch der deutschen Armee drang die deutsche Reichsmark sowie der Ostrubel und die Ostmark der Darlehnskasse Ost ein. Auf die diesbezüglichen Ausführungen in Teil I und II der Arbeit (Polen und Litauen) wird Bezug genommen.

Während der deutschen Besatzung wurde der russische Rubel durch Verordnung vom 20. Juli 1918<sup>2)</sup> als gesetzliches Zahlungsmittel ausser Kraft gesetzt (§ 1). An seine Stelle trat die Markwährung (§ 2). Der Umrechnungskurs betrug 1 Mk. = 1 Rubel und bei bestimmten Verbindlichkeiten 1 Rubel = 1,50 Mk. Die Regelung der vertragsmässigen Zahlungsverpflichtungen erfolgte durch die im Verordnungsblatt für Livland und Estland abgedruckten Verordnungen. Die Währungslage war hier ähnlich wie in Kongresspolen, ein Kampf der Besatzungsbehörde gegen das im Lande zurückgebliebene

<sup>1)</sup> Crohn-Wolfgang: Die Republik Lettland und ihre wirtschaftliche Zukunft. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 118 1922, Heft 5, S. 421.

<sup>2)</sup> Verordnung zur Regelung der Währung für Livland und Estland. Verordnungsblatt für Livland und Estland. Dorpat. 29. Juli 1918, S. 333. Siehe Anhang.

Kontingent des russischen Rubels und seine Ersetzung durch deutsches Geld.

Bei der Entstehung der lettländischen Republik waren Oberostgeld, deutsche Reichsmark und russische Rubel in Umlauf, von denen die beiden ersteren in einem festen Verhältnis zueinander standen. Bei Einführung einer neuen Währung hatte sich die lettische Regierung demnach mit zwei Währungen abzufinden, der deutschen und der russischen. Bevor man aber zu Währungsmassnahmen kam, sollte das Gebiet der Republik erst noch die bolschewistische Währungspolitik erleben.

Infolge Eroberung des grössten Teils von Lettland durch die Rote Armee strömten Zaren- und Kerenskirubel ins Land. Die bolschewistische Regierung setzte den Wert des Zaren-, Kerenski- und Oberostrubels dem von ihr eingeführten lettischen Arbeiterrubel, der jedoch von keinem Staate, selbst nicht von Russland, anerkannt wurde, gleich und bedrohte denjenigen mit Todesstrafe, der es verweigerte, ihr Geld oder, solange lettische Arbeiterrubel noch nicht in genügender Menge in Umlauf waren, den ebenfalls wenig beliebten Kerenskirubel anzunehmen. Da die bolschewistischen Beamten nur mit Kerenskirubeln und später mit lettischen Arbeiterrubeln bezahlt wurden und somit vorwiegend dieses Geld in Verkehr kam, sah sich die bolschewistische Regierung veranlasst, diesen Wertzeichen auch Geltung zu verschaffen; doch von dem Augenblick an, wo die Annahme bolschewistischen Geldes erzwungen werden sollte, kam keine Ware mehr auf den Markt. Da die Lebensmittel, die vorher reichlich vorhanden waren, allmählich verschwanden, ordnete die Regierung die Einziehung und Nichtigkeitserklärung des Oberostgeldes an. In Wirklichkeit behauptete sich das im Lande beliebte und damals noch hoch bewertete Oberostgeld trotz aller Verordnungen und kam sofort wieder zum Vorschein, als die Rote Armee gewichen war. Die Verluste der Bevölkerung waren aber trotzdem sehr gross.

In Lettland blieben alle von der russischen Regierung bis zum 24. Oktober 1917 erlassenen Gesetze, soweit sie nicht besonders aufgehoben wurden, zunächst in Kraft. Die Rechtsunsicherheit erlangte ihren Höhepunkt nach Abzug der Roten Armee und gewann ihren beredten Ausdruck in dem Gesetz betreffend gerichtliche Kraftloserklärung von abhandkommenden oder vernichteten Inhaberpapieren vom 5. September 1919 und den zeitweiligen Bestimmungen über die Mortifikation von Wertpapieren vom 29. April 1920. Durch das



Gesetz vom 5. September 1919 sollten die von den Bolschewisten geraubten Wertpapiere — in Riga sollen es gegen 200 Mill. Rubel gewesen sein — wiederhergestellt werden. Die Gerichte, denen diese Aufgabe übertragen war, zeigten sich jedoch den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Das angeordnete Aufgebotsverfahren verursachte zu hohe Kosten und machte zumeist einen Rechtsbeistand unentbehrlich. Die neuen Bestimmungen vom 29. April 1920 entlasteten die Gerichte und überliessen die Amortisation der Papiere den einzelnen Städten, Banken und Gesellschaften, welche sie ausgegeben hatten<sup>1)</sup>.

Nicht leichte Aufgaben warteten der lettischen Regierung auf fast jedem Gebiete, aber bei weitem am schwierigsten waren die Probleme des Geldwesens. Bereits als noch die Bolschewisten den grössten Teil des Landes besetzt hielten, sah sich die provisorische lettische Regierung, um ihren finanziellen Schwierigkeiten abzuhelpen, genötigt, eigenes Geld, und zwar Staatskassenscheine in lettischer Rubelwährung, der die gleiche Währungseinheit wie der russischen zu Grunde lag, zu emittieren. Im Verkehr wurde ein lettischer Rubel einem Ostrubel (gleich zwei Reichsmark) gleichgesetzt. Zunächst wurden 25 Millionen Rubel verausgabt; doch im Laufe des Jahres 1919 folgten weitere 750 Millionen, im März 1920 200 Millionen und Ende 1920 500 Millionen, die jedesmal von der lettländischen Verfassungsgebenden Versammlung genehmigt werden mussten. Ende 1920 waren bei einer Gesamtbevölkerung von damals etwa 1,8 Millionen somit bereits annähernd 1500 Millionen und Ende 1922 über 2700 Millionen lettische Rubel in Umlauf. Anfangs versuchte die lettische Regierung ihrem Geld durch Festsetzung eines Zwangskurses bereitwilligere Annahme zu verschaffen, doch sah sie sich bald genötigt, den Notierungen an der Börse zu folgen. Der Kurs sank ständig<sup>2)</sup>, im Oktober 1919 wurden für einen lettischen Rubel 1,25 Mk., im März 1920 0,75 Mk., im Juni 0,50 Mk. und im September nur noch 0,30 Mk. bezahlt. Der Dollar stieg Mitte des Jahres 1921 auf 500 lettische Rubel.

Ein besonderes Zwischenspiel erlebte die Geschichte der

---

<sup>1)</sup> A. K. Lawrentzen, wirklicher Staatsrat, Riga in *Auslandsrecht* Bd. I S. 161: „Auf letztere wurden hiermit öffentlichrechtliche Funktionen übertragen, was nur bei dem großen Vertrauen, welches diese Organisationen bei der Regierung und in den weitesten Kreisen der Bevölkerung genießen, möglich war“.

<sup>2)</sup> Ueber die Bewegung des lettischen Rubels im Verhältnis zur deutschen Mark und zum Dollar siehe Tabellen und graphische Darstellungen im Anhang.

lettländischen Währung, als sich in Kurland im Herbst 1919 die „Westrussische Regierung“ bildete und eigene Zahlungsmittel, das Geld der freiwilligen Westarmee, ausgab. Zwei Mark dieses Geldes wurden einem Ostrubel oder zwei Zarenrubeln gleichgesetzt<sup>1)</sup>. Das Geld war gegen Oberostrubel einlösbar und dokumentierte seinen provisorischen Charakter dadurch, dass es ab 10. April 1920 gegen Mark oder gleichwertige russische Valuta eingelöst werden sollte.

Die lettische Regierung versuchte mit allen Mitteln, das von ihr eingeführte Geld gegenüber den anderen im Lande vorhandenen Währungen durchzusetzen, um so die Nachfrage nach lettischen Rubeln zu steigern. In Anbetracht der überwältigenden Menge von Verordnungen, welche im Zusammenhang mit Bestimmungen betreffend die Nachahmung der verschiedenen Geldzeichen und die Regulierung der früheren Verträge und Schulden erlassen wurden, bedeutete das Gesetz über das einzige Zahlungsmittel und die Regelung der früheren Verträge und Schulden vom 18. März 1920<sup>2)</sup> die wichtigste Etappe auf dem Wege zur Währungsvereinheitlichung. Dieses Gesetz, das mit 37 gegen 36 Stimmen angenommen worden ist, stellte Bruchstücke eines Gesetzprojektes über die Geldreform dar. Alle früheren Schulden und Zahlungen, welche in deutscher oder russischer Währung abgeschlossen worden sind, sollten in lettische Währung umgerechnet werden. Bei der Festsetzung des Umrechnungsverhältnisses zu den anderen Währungen wurde, wenn der Vertrag vor dem 1. Januar 1918 abgeschlossen worden ist, der lettische Rubel mit  $1\frac{1}{2}$  russischen Rubeln oder  $1\frac{1}{2}$  deutschen Reichs- bzw. Ostmark berechnet. War der Vertrag nach dem 1. Januar 1918 abgeschlossen, dann wurde der lettische Rubel zwei deutschen Reichs- bzw. Ostmark oder zwei russischen Rubeln gleichgesetzt.

Besonders einschneidend war die Bestimmung, dass der Schuldner innerhalb 6 Monaten, gerechnet vom Tage der Ausgabe des Gesetzes, alle bis zu diesem Tage erhobenen Geldforderungen, einschliesslich der hypothekarischen, völlig oder zum Teil vor dem gesetzlich vorgeschriebenen oder bestimmten Termin und unabhängig von der Kündigung der Schuld tilgen konnte. Durch diese Bestimmung des neuen Gesetzes wurden alle Gläubiger, auch Ausländer, die bei lettischen Staatsangehörigen Forderungen hatten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes entstanden waren, schwer geschädigt und

---

<sup>1)</sup> Siehe Anhang. Das Geld der „Westrussischen Regierung“.

<sup>2)</sup> Siehe Anhang.

waren gegen Verluste nur dann gesichert, wenn der Erfüllungsort ausserhalb Lettlands lag. Die Benachteiligung lag nicht nur in der Herabsetzung des Kurses auf Grund des Gesetzes, sondern auch in der praktischen Unmöglichkeit, den lettischen Rubel im Ausland zu verwerten. Auf Grund dieser Bestimmung sind umfangreiche Rückzahlungen von Hypotheken in entwerteter lettischer Valuta erfolgt.

Das sehr einschneidende Gesetz wurde nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande ausserordentlich scharf bekämpft; denn es gab den Schuldner gegenüber den in Zeiten von Währungsentwertungen an sich geschwächten Gläubigern die Möglichkeit, sich ihrer Schulden auf ungerechtfertigt billige Weise zu entledigen. Besonders wurden Punkt 4 und 6 als auf das Staatswesen und das Rechtsempfinden<sup>1)</sup> der Staatsbürger schädlich bezeichnet, und es wurden in Anbetracht des durch das Gesetz bewiesenen Mangels an Stabilität der Rechtsverhältnisse ungünstige Folgen für die Kreditgewährung vorausgesagt. Besonders in der ersten Zeit wollte man in dem Gesetz eine Benachteiligung des ausländischen Kaufmanns sehen und hatte ernste Befürchtungen, dass Lettland in Wahrung der Interessen seiner Staatsangehörigen weitere Gesetze erlassen würde, welche dem Lettländer die Nichterfüllung der mit den Ausländern eingegangenen Verträge gestatten oder die Höhe der eingegangenen Verpflichtungen durch gesetzliche Kursberechnungen vermindern. Trotz der vernichtenden Kritik, die dem Gesetz vom 18. März 1920 zuteil wurde, blieb es doch bestehen. Der Artikel 6 wurde dahin geändert, dass die Schuldentilgung innerhalb eines Jahres<sup>2)</sup> erfolgen konnte. Im Anschluss an dieses Gesetz ist dann auch ein Gesetz über die Aufhebung des Moratoriums in Kraft getreten.

Durch den zweifellos rücksichtslosen Eingriff hat sich der lettische Rubel als einziges Zahlungsmittel durchgesetzt. Der Grundstein zu einer einheitlichen Währung war gelegt. Der vom Volksrat nicht angenommene Teil des Gesetzentwurfes wurde zur Grundlage neuer Reformpläne, die als Währungseinheit den Goldfranken, genannt Goldlat, vorsahen. Im Frühjahr und Sommer 1920 war zweifellos noch nicht der

<sup>1)</sup> K. Lubbe im Auslandsrecht Bd. I S. 159: „Das baltische Privatrecht spricht, um Gläubiger und Schuldner vor Verlusten zu schützen, von einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist der durch Obligationen sichergestellten Schuldsumme. Im Gegensatz zu diesem schreibt Punkt 6 des Gesetzes ein Nichteinhalten von Kontrakten vor“.

<sup>2)</sup> Siehe Anhang.



geeignete Moment, eine Währungsreform in diesem Sinne durchzuführen, doch waren alle währungspolitischen Massnahmen der Regierung seitdem von dem Gedanken getragen, möglichst viel Devisen aufzuspeichern, um die Einführung des Goldlats vorzubereiten. Im März und April 1921 trat abermals ein starker Sturz des lettländischen Rubels ein, nachdem er von etwa Mitte Januar bis 1. März einigermaßen stabil gewesen ist. Dieses plötzliche Sinken war in der Hauptsache die Folge des Bekanntwerdens einer neuen Emission von Staatskassenscheinen.

Als im Frühjahr 1921 der Finanzminister Kalning ans Ruder kam, nahmen die Vorbereitungen feste Formen an. Es wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, dem als Währungseinheit der Goldlat, eingeteilt in 100 Centimes, zu Grunde gelegt wurde. Damals hatte man auch im Inlande bereits das Vertrauen zur eigenen Währung verloren, und man versprach sich von der geplanten Währungsreform keinen Erfolg. In Anbetracht des Risikos, das der Besitz lettländischen Geldes bedeutete, entledigten sich weite Kreise der Landeswährung und legten ihre Werte in ausländischer Währung an. Kurz nachdem der neue Finanzminister sein Amt angetreten hatte, war das englische Pfund von 1200 auf 2000, die deutsche Mark von 5 auf etwa 9 lettische Rubel gestiegen. Damals lehnte es der Finanzminister ab, durch Abgabe von Devisen aus der Staatskasse dem Sturz des Rubels Einhalt zu tun, vielmehr sammelte er die Kräfte für einen plötzlichen Gegenstoss.

Etwa Anfang Juli 1921 kauften die Banken keine Valuten mehr. Um dieselbe Zeit wurden viele Steuerzahlungen fällig, der Ausfuhrzoll auf Holz und andere Landesprodukte wurde plötzlich nicht mehr in ausländischer, sondern nur noch in lettländischer Währung erhoben, wodurch die Nachfrage nach Zahlungsmitteln in Landeswährung gesteigert wurde. Ein neuer wesentlich erhöhter Einfuhrzolltarif trat gleichzeitig in Kraft. Ueberall wurde im Gegensatz zur vorangegangenen Zeit die Rückkehr zum Rechnen in Landeswährung erzwungen. Ferner sperrte der Fiskus seine Kassen und hielt, wo nur angängig, mit grösseren Zahlungen zurück. Die Folge davon war ein noch nie dagewesener Mangel an lettländischen Rubeln. Die im Lande, besonders die noch vor dem Kurssturz im März und April angesammelten Devisen wurden panikartig auf den Markt geworfen, um nur Inlandswährung zu erhalten. Die allgemeine Bestürzung trug das ihrige dazu



bei, dass Lettlands Währung in acht Tagen ihren Frühjahrsstand wieder erreichte. Mitte Juli spielte sich in Lettland ein wahrer Kampf zwischen der heimischen Währung und den ausländischen Valuten ab, der damit endete, dass die lettländische Währung siegte. Bis gegen Ende des Jahres 1921 stieg der lettländische Rubel allmählich, sodass der Dollar nur noch mit 240 lettländischen Rubeln notiert wurde. Nach einem schwachen Rückgang auf etwa 1 Dollar = 256 lettländische Rubel Ende Februar 1922 war der Kurs des lettländischen Rubels seitdem stabil.

Gleichzeitig mit dem Stabilisierungsversuch wurde, um von den Schwankungen des lettländischen Rubels unabhängig zu sein und mit festen Einnahmen rechnen zu können, der Goldlat als Rechnungseinheit eingeführt. Doch unternahm der Finanzminister diesen Schritt erst in dem Augenblick, als er sich des Erfolges seiner Reform sicher war. Währungsreform bzw. Stabilisierung und Einführung der neuen Rechnungseinheit fielen hier zeitlich zusammen<sup>1)</sup>. Der Minister stellte neben die Landeswährung des lettländischen Rubels den Goldlat = 1 Goldfranc, einen durch seinen gesetzlichen Goldgehalt bestimmten Berechnungsmassstab für den lettländischen Rubel, und war bestrebt, den lettländischen Rubel auf  $\frac{1}{50}$  Goldlat zu stabilisieren. Um den Goldlat zur Basis des gesamten Wirtschaftslebens zu machen, legte die lettische Regierung ihn allen Zahlungen an den Staat zu Grunde, sodass alle Zölle, der Eisenbahntarif, die Passstempel und alle anderen Handels- und Industriesteuern, wie auch alle Strafgeldbemessungen in Goldlat berechnet werden. Für die Berechnung der Steuern und Abgaben wurden vom Finanzministerium von Zeit zu Zeit Kurse für den Goldlat festgesetzt, die jedoch aus finanziellen Interessen zunächst willkürlich hoch waren; eine Zeit lang wurde der Goldlat mit 100 lettländischen Rubeln berechnet, während er an der Börse mit 50 notiert wurde. Der Berechnungskurs entsprach damals mehr der inneren Kaufkraft des Rubels als dem Börsenkurs. Andererseits hoffte man auch auf diese Weise möglichst viel Gold ansammeln zu können; denn es stand frei, in Gold auf der Berechnungsbasis des Lats oder in lettländischen Rubeln zu zahlen. Erst im Frühjahr 1922 wurde der amtliche Umrechnungskurs von 100 auf 50 lettländische Rubel herabgesetzt.

Die lettische Regierung verfügte zur Zeit der Reform

---

<sup>1)</sup> Vgl. auch Dalberg: „Die Bankomark“. Berlin 1922.

über einen Goldfonds von 15 Millionen Goldrubel und über grosse Bestände an fremden Devisen, die sie durch den Verkauf von Flachs und Holz beschafft hatte. Mit diesen Beständen hat es der Finanzminister vermocht, den lettländischen Rubelpreis dem Dollar gegenüber fast stabil zu halten. Von dem Plane, jährlich 50 Millionen lettländische Rubel aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten, ist man, nachdem man das einmal gemacht hatte, abgekommen, weil der Rubelkurs zum Teil über den angestrebten Kurs von 1 Goldlat = 50 Rubel hinaus gestiegen ist.

Ein Mittel der Währungspolitik des Finanzministers Kalning war die staatliche Spar- und Kreditbank, die sich aus der Valuta-Abteilung des Finanzministeriums entwickelt hatte. Sie war in starkem Maße vom Staate abhängig, sodass durch sie eine Verknüpfung zwischen Staatsfinanzen und Währung bestand. Ihre Leistungen sind immerhin anzuerkennen, sie hat mit dazu beigetragen, dass das Wirtschaftsleben Lettlands in Gang kam, hat das Lombard- und das Diskontogeschäft Lettlands ausgebaut. Nur war sie in Anbetracht ihrer geringen Mittel — ihr Kapital betrug 300 Millionen lettische Rubel — nicht in der Lage, alle wirtschaftlichen Aufgaben, die an sie gestellt wurden, zu lösen. Eine Stärkung ihres Kapitals war nicht gelungen. Nach der Gründung der Emissionsbank hat sie ihre Tätigkeit eingestellt, ihre Aktiva und Passiva hat sie auf die neue Staatsbank übertragen.

Nur noch formelle Bedeutung konnte unter diesen Umständen das Gesetz<sup>1)</sup> vom 3. August 1922 haben, durch welches das Geldwesen Lettlands neu geordnet wurde. Anscheinend hat man trotz des stabilen Kurses zunächst die Entwicklung der lettländischen Handelsbilanz abgewartet und das Währungsgesetz erst erlassen, als die Handelsbilanz sich aktiv gestaltet hatte. § 1 besagt, dass das lettische Geld auf Gold ruht und die Währungseinheit, der Lat, der in 100 Centimes zerfällt, 0,2903226 g reines Gold enthält. Somit kommen auf 500 g Feingold 1722 Lat<sup>2)</sup>, und ein Lat hat den Wert von 0,81 Goldmark.

Besonders wichtig sind die Uebergangsbestimmungen, danach bleiben die alten Staatskassenscheine solange gesetzliches Zahlungsmittel, bis sie aus dem Verkehr gezogen sind. Da der alte lettländische Rubel stabil ist und seit langem mit  $\frac{1}{50}$  Lat notiert wird, kann der lettländische Rubel als ein

<sup>1)</sup> Valdibas Vehnthesis Nr. 177 vom 11. 8. 1922.

<sup>2)</sup> B. Lembke: Die neue lettische Währung. Weltwirtschaftliches Archiv. 18. Bd., Heft 2, Oktober 1922.

Unterteil des Lat aufgefasst werden, sodass es faktisch in Lettland nur eine Währung gibt. Die früher in ausländischer Valuta abgeschlossenen Auslandsgeschäfte werden in der vertraglichen Währung erfüllt, alle anderen müssen in Lat geregelt werden, und zwar nach dem mittleren Rigaer Börsenkurs des Abschlusstages.

Bald im Anschluss an das Währungsgesetz erschien auch das Gesetz über die lettländische Staatsbank<sup>1)</sup> vom 7. September 1922, die dann am 1. November 1922 eröffnet wurde. Die Staatsbank ist ein Staatsunternehmen, für dessen Tätigkeit der Staat selbst die Garantie übernimmt. Aufgabe der Bank ist es, den Geldumlauf im Lande zu regulieren, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft durch Gewährung kurzfristiger Kredite zu fördern, Geldzahlungen im In- und Auslande zu erleichtern und alle staatlichen Geldoperationen zu vollführen. Das Grundkapital der Bank beträgt 10 Millionen Lat, von denen 8 Millionen bei der Gründung der Bank und weitere 2 Millionen im Laufe eines Jahres einzuzahlen sind. Zum Grundkapital werden jährlich 20% der Reineinnahmen zugezahlt, bis das Kapital die Höhe von 25 Mill. Lat erreicht hat. Die der Bank anvertrauten Kapitalien können nicht zur Deckung von Staatsausgaben verwandt werden.

Die Bank besteht aus zwei Abteilungen: 1. einer Emissionsabteilung und 2. einer kommerziellen Abteilung. Die Emissionsabteilung der Staatsbank hat ein Notenmonopol, ihr allein steht das Recht zu, Geldzeichen zu emittieren; dieselben sind in Lats herauszugeben und müssen in vollem Betrage gesichert sein a) bei einer Emission bis 100 Mill. Lat durch Gold oder sichere, stabile ausländische Valuta (nicht unter 50%), der Rest durch sichere, kurz terminierte Wechsel; b) bei einer Emission bis 150 Mill. Lat sind 75% der die 100 Mill. Lat übersteigenden Summe mit Gold und sicherer ausländischer Valuta zu besichern, während für 25% kurz terminierte Wechsel zugelassen werden; c) bei einer Emission, die 150 Mill. Lat übersteigt, kann die Sicherstellung nur in Gold und ausländischer Valuta bestehen. Die Banknoten werden jederzeit gegen Gold eingetauscht. Die kommerzielle Abteilung betreibt alle ins Bankfach einschlagenden Operationen, ausserdem erfüllt sie alle Operationen der Staatskasse.

An der Spitze der Bank steht ein Direktorium und ein Rat. Letzterer ist in seinen Beschlüssen autonom,

---

<sup>1)</sup> Valdibas Vēstnesis Nr. 213. 19. September 1922.



während dem Finanzminister innerhalb dreier Tage das Veto-recht zusteht. Zur Gültigkeit seiner Beschlüsse ist die Hälfte der Stimmen aller Mitglieder des Rates nötig. Während die Direktion die laufenden Bankoperationen zu erledigen hat, gibt der Rat der ganzen Tätigkeit der Bank die nötigen Richtlinien, bestimmt die von der Bank einzuhaltende Politik, die Menge der auszugebenden Banknoten und die Höhe der Deckung, kontrolliert die monatlichen Bilanzen und Jahresberichte, die Protokolle der Verwaltung, bestimmt die Höhe der gegen Wechsel zu eröffnenden Kredite und den Diskontsatz. Somit ist das bestimmende Organ der neuen Staatsbank der Rat.

Der restlose Uebergang zur Latwährung ist nur noch eine Frage der Beschaffung der neuen Geldzeichen. Da diese durch Gold oder ausländisches Geld gedeckt sein müssen und jederzeit gegen Gold eingelöst werden, hängt die Ausgabe von Lats in genügenden Mengen und die Einlösung der lettländischen Rubel von der Grösse der zur Verfügung stehenden Deckungswerte ab. Zur rascheren Durchführung des Währungswechsels ist man daher bemüht, auch ausländisches Kapital heranzuziehen. Zur Zeit ist an der Lettlandbank noch kein Auslandskapital beteiligt. Während seit Mitte des Jahres 1921 neben der neuen Rubelwährung die Latrechnung bestand, ist durch das Gesetz vom 3. August 1922 die Latwährung eingeführt und der Uebergang von der lettländischen Rubelwährung zur Latwährung geregelt.



## 2. Die Landwirtschaft.

Vor dem Kriege basierte die Wirtschaft des heutigen Lettland zu fast gleichen Teilen auf Landwirtschaft, Industrie und Handel. Nach dem Kriege haben sich die Verhältnisse insofern verschoben, als die Industrie neu aufgebaut werden muss und für den Handel infolge des Fehlens des Hinterlandes Russland noch nicht die notwendige Anregung vorhanden ist. Stärker als vor dem Kriege ruht demnach das Wirtschaftsleben des jungen Staates und die Grundlage seiner Währung, die Wirtschaftsbilanz, auf der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft Lettlands ähnelt in ihren Grundlagen der Ostpreussens; doch hat der lettische Landwirt mit den Schwierigkeiten des Klimas, einer kurzen Vegetationszeit und Witterungsextremen zu allen Jahreszeiten verhältnismässig stärker zu kämpfen. Die hauptsächlichsten Bestellungsarbeiten drängen sich in Lettland auf die kurze Zeit von fünf Monaten zusammen, während z. B. dem Landwirt in Sachsen mehr als das  $1\frac{1}{2}$ fache dieser Zeit zur Verfügung steht. Eine weitere Schwierigkeit ist die Frage der Entwässerung. Es gibt grosse Flächen, in denen die stauende Nässe nicht nur die Bearbeitung verzögert, sondern auch das weitere Pflanzenwachstum hemmt<sup>1)</sup>. Die Niederschläge sind, abgesehen von den Gebieten, die unter dem Einfluss der Ostsee stehen, geringer als in Ostpreussen.

Die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft sind trotzdem nicht als ungünstig zu bezeichnen. Die Zeit vor dem Kriege zeigte aber Entwicklungslinien, die nicht jenen natürlichen Grundlagen entsprachen, sondern zu einem erheblichen Teile auf die durch die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung bedingte Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse zurückzuführen waren. Die Getreidepreise im Baltikum standen infolge der russischen Differential-

---

<sup>1)</sup> Skalweit: Die Grundlagen der Landwirtschaft in Lettland in „Der Osten“ 1920 Seite 679.

tarife, die dem gesamten russischen Getreide einen billigen Zugang zu den Häfen ermöglichten, unter dem Druck des Reichtums der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Südrusslands<sup>1)</sup> und waren daher verhältnismässig zu niedrig. Der Druck war zwar kein so starker wie bei Polen, immerhin hat er sich auch auf dem jetzt lettischen Gebiet bemerkbar gemacht. Man könnte demnach in der Gegenwart zunächst auf eine freiere und günstigere Entwicklung der lettischen Landwirtschaft schliessen als in der Vorkriegszeit innerhalb des russischen Reiches.

Ein Bild von der Bedeutung der einzelnen Anbauprodukte gibt folgende Tabelle<sup>2)</sup>, die für ganz Kurland und Livland gilt:

Getreidefläche in Tausend Dessjatinen	Kurland 367	Livland 467
Winterweizen	7,1	1,2
Sommerweizen	0,3	1,1
Spelz	—	0,1
Winterroggen	35,1	33,1
Sommerroggen	0,2	0,1
Gerste	18,8	29,1
Hafer	38,5	35,3
Halmgetreide zusammen:	100,0	100,0
Buchweizen	0,1	0,4
Erbsen	2,6	1,9
Linsen und Bohnen	0,5	0,1
Kartoffeln	7,7	10,3
Lein	3,8	15,9
Hanf	0,1	0,1
Heuland	82,1	133,3

Danach werden besonders Roggen, Gerste, Hafer sowie Kartoffeln und Lein (Flachs) gebaut, deren Anbau in Livland gegenüber Kurland stärker hervortritt. Die Flachsgewinnung spielte besonders in Mittellivland, wo jetzt die Grenze zwischen Lettland und Estland hindurchläuft, eine hervorragende Rolle. Von 135 958 t Flachs, die im Jahre 1913 aus ganz Russland über Riga ausgeführt wurden, stammten 21 294 t aus Livland; man konnte vor dem Kriege mit einer jährlichen Verschiffung von etwa 2 Millionen Pud (32 761 t) livländischen Flachses rechnen. Auch in der Gegenwart bildet der Flachs neben dem Holz das wichtigste Ausfuhrprodukt Lettlands.

<sup>1)</sup> vgl. Teil I und II.

<sup>2)</sup> Engelbrecht: Landwirtschaftlicher Atlas des Russischen Reiches in Europa und Asien. Berlin 1916, S. 27.

Der Viehbestand zeigt im Jahre 1910 folgendes Bild:

Zahl der Rinder in Tausend 1910		Kurland 307	Livland 569
Auf 100 Rinder kommen:	Pferde	48,9	31,1
	Schafe	102,6	68,4
	Ziegen	0,3	0,2
	Schweine	103,0	68,6
Viehbestand auf 100 qkm Fläche 1910	Pferde	455	394
	Rinder	1196	1289
	Schafe u. Ziegen	955	932
	Schweine	547	611

Die Rindviehzucht hatte in Lettland eine grössere Bedeutung als in den Ostprovinzen Deutschlands. Zu einem Teil hing das damit zusammen, dass das Getreide hier bis zu 25% billiger<sup>1)</sup> war als in Ostdeutschland und die konzentrierten Kraftfuttermittel, die in Form von Oelkuchen aus dem Süden des russischen Reiches gekauft wurden, sich reichlich 33% billiger stellten als in Deutschland, sodass man sich vorteilhafterweise auf die Viehzucht umstellte. Die Grasfläche nahm daher einen prozentual grossen Raum ein<sup>2)</sup>, wenn auch ihre Ergiebigkeit zu wünschen übrig liess. Aber trotz der unzulänglichen Ertragsfähigkeit der Wiesen und Weiden hat sich unter Zuhilfenahme eines starken Futterbaues die Rindviehhaltung so ausdehnen können, dass sie, gemessen an der Ackerfläche, verhältnismässig grösser war als im deutschen Osten. Die übrigen Zweige der Viehzucht, vor allem die Schweinezucht, traten aber gegenüber der Rindviehhaltung und gegenüber der ostpreussischen Schweinezucht sehr zurück.

Während der Kriegszeit wurde aus dem Lande an landwirtschaftlichen Produkten sehr viel herausgezogen. Lag es doch im Interesse Deutschlands, dass kein Stückchen Land unbebaut blieb. Selbstverständlich konnte man aber trotz des starken Bedarfs von einer Intensivierung der Landwirtschaft während der kurzen deutschen Besatzungszeit nicht sprechen. Im Frieden war eine Fläche von 70 027 ha bebaut, die im Kriege auf  $\frac{1}{3}$  zurückging. Einen gewissen Rückschlag bedeutete vor allem auch die Zeit der Sowjetherrschaft in Lettland.

Die lettländische Regierung hat sich in Bezug auf den Wiederaufbau der Landwirtschaft grosse Aufgaben gestellt;

<sup>1)</sup> Kessler: Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten des Baltikums in „Der Osten“ 1919 Seite 149: „Brotgetreide kostete vor Kriegsausbruch durchschnittlich 45 M. je t weniger als im deutschen Zollgebiet“.

<sup>2)</sup> Siehe auf der vorigen Seite Heuland in der Tabelle über die Anbaufläche.

sie sollte im Gegensatz zur Vorkriegszeit den Schwerpunkt der lettländischen Volkswirtschaft bilden. Getragen ist ihr Aufbauplan von dem Gedanken, den gesamten Grossgrundbesitz aufzuteilen und in rentable Bauernbetriebe umzuwandeln. Eine solche Agrarpolitik lag umso näher, als sie sich in der Hauptsache gegen Grossgrundbesitzer anderer Nationalitäten richtete, gegen deutsche und im Südosten Lettlands gegen polnische. Die Agrarreform<sup>1)</sup> stand daher von Anfang an auf dem Programm der Regierung. In Anbetracht der herrschenden Besitzverhältnisse war es durchaus einleuchtend, dass die Grossbetriebe in rentable Mittelbetriebe nach dem Vorbild Dänemarks<sup>2)</sup> umgewandelt werden sollten; anderseits bedeutete die Agrarreform gleichzeitig aber auch eine agrare Umwälzung, die mehr als alle sonstigen Tagesfragen die Gemüter beschäftigte. Es musste sich fast zwangsläufig eine Uebergangszeit einstellen, in der die Produktion relativ nicht auf der gleichen Höhe blieb wie in der Vorkriegszeit. Immerhin muss anerkannt werden, dass die Agrarreform auch eine gewisse soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit war<sup>3)</sup>, weil das Land bei der im Jahre 1918 und 1919 herrschenden Atmosphäre sonst dem Bolschewismus verfallen wäre. Hierin liegt die grosse Bedeutung der lett-

---

<sup>1)</sup> Beachtlich erscheinen folgende einleitenden Ausführungen zu einem Artikel über die Agrarreform von Legationsrat Kreewinsch, Lettländische Gesandtschaft, Berlin. In Lettland ist eine radikale Agrarreform durchgeführt worden, die deutsch-baltischerseits stark angefeindet und auch in einigen Kreisen West-Europas als Agrarrevolution hingestellt wird. Bei einer solchen Einschätzung werden aber meist die historischen Tatsachen, die dieses Resultat erzielt haben, wohlweislich verschwiegen. Im folgenden soll ein kurzes Bild der geschichtlichen Entwicklung der agraren Verhältnisse in Lettland gegeben werden, denn nur in diesem Zusammenhange können die Motive verstanden werden, die zu dieser Reform geführt haben.

Es ist bezeichnend, daß an Stelle der Agrarkommission der lettländischen Konstituante eine agrarpolitische Kommission des lettländischen Parlaments getreten ist. Diese Benennung ist keine zufällige, denn die lettländische Agrarreform ist das Ergebnis nicht nur einer wirtschaftspolitischen und sozialen Notwendigkeit, sondern zugleich eines Prozesses, in dem historische ausgleichende Gerechtigkeit und politische Faktoren gewaltet und mitgewirkt haben. Die lettländische Agrarreform hat die Aufgabe, am Landarbeiter das gut zu machen, was im Laufe der Jahrhunderte, seit der Christianisierung Lettlands, an ihm verschuldet worden ist.

<sup>2)</sup> Wirtschaftsdienst 1920, S. 226 (Ballod).

<sup>3)</sup> In Kurland waren von 2 474 000 Dessjatinen 946 000 Dessjatinen Gutsland, 525 000 in Staatsbesitz und nur 88 000 Dessjatinen Bauernland. Das Gutsland verteilte sich auf 510 Güter, die 485 Besitzern gehörten, das Bauernland auf 24 000 Bauern. In Livland betrug das Gutsland 2 114 000 Dessjatinen und das Bauernland 1 490 000 Dessjatinen. (Salit Agrarijantajenus Latwija, Die Agrarfrage in Lettland, Riga 1919).



ländischen Agrarreform, die auch vor dem Grossgrundbesitz lettischer Nationalität nicht Halt macht.

Die von dem sogenannten Landeinrichtungskomitee Kleinpächtern provisorisch überlassenen Güter kommen zur Verteilung an laut Gesetz berechnigte Bewerber. Unabhängig von dem bisherigen Beruf berechnigt der Kriegsdienst im lettischen Heere zum Erwerb eines bäuerlichen Landanteiles. Auf diese Weise sind sehr viele Nichtlandwirte in den landwirtschaftlichen Beruf hineingekommen. Eine lebhaftige Binnenwanderung ist für den Zustand des heutigen lettischen Wirtschaftslebens charakteristisch. Der starke Zug des bisher städtischen Bevölkerungselements hinaus aufs Land hat aber dazu geführt, dass auf dem flachen Lande eine relative Bevölkerungsüberfüllung eingetreten ist, ein Verhältnis, das sich nach dem Wiederaufbau der Industrie in den Städten zweifellos wieder ändern wird.

Die Grösse der Landanteile ist in den einzelnen Gemeinden verschieden und wird nach der Zahl der Landanwärter, die zu berücksichtigen sind, bemessen. Im allgemeinen sind 15 ha die Durchschnittsgrösse eines Landanteils, während 22 ha als Maximum festgesetzt sind. Die Verteilung des Landes bedeutet allein aber noch nicht das Wesen der Agrarreform, vielmehr hängt der Erfolg der Reform einmal von dem Stande des Bauwesens und nicht zuletzt auch von der Möglichkeit der Beschaffung des Inventars ab. Da die neuen Wirtschaftseinheiten als kleinbäuerliche Einzelhöfe gedacht sind, kommt eine Ausnutzung der vorhandenen Gutsgebäude nur in sehr geringem Maße in Betracht, sodass ein gewisser Verfall der Gutshäuser bereits begonnen hat. Zum Teil dienen sie bis zur Erbauung der neuen Gehöfte den Kleinwirten als Unterkunft.

Wenn schätzungsweise 100 000 neue Kleinbauernstellen in Lettland entstehen sollen, so dürften kaum mehr als  $\frac{1}{10}$  von den Gebäuden der Grossgüter ausgenutzt werden können. Es würde demnach der Aufbau von 90 000 Gehöften erforderlich werden. Berechnet man die Kosten des Aufbaues eines Gehöftes mit 500 000 lettischen Rubeln, so ergibt sich ein Gesamtkostenaufwand von 45 Milliarden lettischen Rubeln. Aus diesen Zahlen geht bereits hervor, dass es, trotzdem verschiedentlich gute Fortschritte zu verzeichnen sind, noch lange dauern wird, bis die lettländische Agrarreform vollkommen durchgeführt sein wird. Zum Aufbau der neuen Gehöfte wird Holz aus dem Staatsbesitz unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Da augenblicklich die Anbaufläche noch so gering ist, dass Lettland sich kaum selbst ernähren kann, ist die lett-

ländische Regierung eifrigst bemüht, durch besondere Unterstützungen die Landwirtschaft zu fördern. Man hofft auf einen gewissen Fortschritt mit Hilfe einer inneren Anleihe von 3 Milliarden Rubel, und eine weitere Milliarde soll durch Waldverkauf zu dem gleichen Zweck aufgebracht werden. Für den Aufbau der lettländischen Landwirtschaft werden aber noch erhebliche Summen notwendig sein, die der lettische Staat allein aufzubringen kaum in der Lage sein wird, sodass man wahrscheinlich letzten Endes bei einigermassen konsolidierten Wirtschaftsverhältnissen an eine Auslandsanleihe zum Zweck der vollständigen Durchführung der Agrarreform wird denken müssen.

Da die grossen Güter in der Vorkriegszeit zumeist extensiv bewirtschaftet waren, dürfte in der Agrarreform eine Gefahr der Produktionsminderung gegenüber der Zeit vor dem Jahre 1914 nur für eine gewisse Uebergangszeit zu sehen sein. Zu berücksichtigen ist ferner, dass das Hauptausfuhrprodukt Flachs und der eigentliche Produzent des Flachses, der eine individuelle Behandlung verlangt, in der Hauptsache der kleine Bauer ist. Ein gewisser Aufstieg in der Landwirtschaft ist gegenüber der schwierigen Lage in der Nachkriegszeit zweifellos zu verzeichnen. 1919 stieg die besäte Fläche auf 27 932 ha, 1920 um etwa 50% auf 39 104 ha und hatte damit 50% der Friedensfläche bereits überschritten. Das im Herbst 1921 bestellte Areal der Winterfelder wies im Vergleich zum Herbst 1920 einen Zuwachs im Durchschnitt in ganz Lettland von 15,42% auf. Die Ernte der Jahre 1921 und 1922 ist den Angaben des Statistischen Büros zufolge befriedigend ausgefallen und deckte den Konsum.

25% der Gesamtfläche Lettlands ist Waldbestand, und zwar sind davon 1 526 942 ha Staatsforsten — 80% Nadelwald und 20% Laubwald; die Privatforsten betragen 15% der Staatswälder. Die jährliche Waldnutzung betrug 57 205 200 Kubikfuss Nutzholz und 61 056 720 Kubikfuss Brennholz, das sind insgesamt ungefähr 118 260 000 Kubikfuss. Entsprechend der Bedeutung des Waldbestandes Lettlands hat die Regierung ein besonderes Augenmerk auf die Bewirtschaftung des Holzes gerichtet. Sowohl für die Ausfuhr als auch für den Aufbau im Inlande spielt das Holz eine ganz wesentliche Rolle. Die lettländische Holzausfuhr war im Jahre 1921 verhältnismässig sehr gering und betrug nur etwa 14 Millionen Kubikfuss. Zurückzuführen ist diese geringe Ausfuhrmenge auf die Beeinträchtigung der Holzwirtschaft durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen, vor

allen aber auf die andauernd starken Bedürfnisse für den Wiederaufbau des zerstörten Landes, sodann auf die bisherige Holzheizung der Eisenbahn, die 16 Millionen Kubikfuss verbrauchte, und schliesslich auch auf die schlechte Lage des internationalen Holzmarktes. Eine Verbesserung der Ausfuhr-aussichten verspricht man sich von einer intensiveren Waldbewirtschaftung, durch die die jährliche Nutzung angeblich um 25—30% auf 150 Millionen Kubikfuss gehoben werden könnte.

Von einer Belebung der lettischen Forstwirtschaft erhofft man vor allem auch einen Aufstieg der auf den Wald angewiesenen lettischen Industrie, d. h. der Papierindustrie, der Zündholz- und Holzdrahtfabriken, der holzchemischen Fabriken sowie der Möbel- und sonstigen Holzbearbeitungsfabriken. Die Durchschnitts-Nettoeinnahmen aus dem Waldbestand betrugen nach Vorkriegsdaten pro Hektar Wald 11 Goldfranken im Jahr. Bei einer Kapitalisierung mit  $2\frac{1}{2}\%$  wird hiernach der Wert eines Hektar mit 440 Goldfranken, also der gesamte staatliche Waldbesitz mit rund 672 Millionen Goldfranken veranschlagt, was ein bemerkenswertes Aktivum des lettländischen Staatsbesitzes darstellt.

### 3. Die Bodenschätze und die Industrie.

An Bodenprodukten ist Lettland sehr arm. Im Kreise Hasenpot befinden sich Braunkohlenlager, die jedoch nicht abgebaut werden. Ferner gibt es verschiedentlich Raseneisenstein, der in herzoglicher Zeit verarbeitet wurde, aber bereits seit sehr langer Zeit infolge zu geringen Reingehalts nicht ausgebeutet wird. Ein für die Zukunft vielleicht nicht unbedeutender Faktor der lettländischen Volkswirtschaft sind die Moore, insbesondere die Kurlands. Durch eine während der deutschen Besatzung gefertigte Arbeit von J. Dreyer sind wir hierüber gut orientiert<sup>1)</sup>: „In Kurland treten Hochmoore und Flachmoore in ziemlich grossem Umfange in fast allen Guts- und Gemeindebezirken auf.“ Die Grösse der einzelnen Moore schwankt innerhalb enger Grenzen. Moore von über 100 ha sind selten. Ihre mittlere Mächtigkeit bewegt sich zwischen 2—4 m und erreicht und übersteigt selten 6 m. Die Moore sind im allgemeinen ziemlich gut zersetzt, aber mangelhaft entwässert. Ihr Gehalt an den wichtigsten Pflanzennährstoffen entspricht dem Mittel der norddeutschen Moore. Die kurlischen Moore sind also von kulturfähiger Beschaffenheit. Insgesamt beträgt die Gesamtmoorfläche in Kurland nach Dreyer 194 750 ha = 9,24% der Gesamtfläche. 130 000 ha oder 6,21 Prozent sind davon Flachmoore und 63 850 ha = 3,3% Hochmoore.

Man hat die Torfschätze noch lange nicht in dem Umfange gehoben, wie es möglich wäre. Nur an verhältnismässig wenigen Stellen wurde Brenntorf gewonnen. Als Torfverbraucher kamen zum Teil Ziegeleien, Brennereien und Molkereien in Frage. Maschinelle Gewinnungsart bestand nur an wenigen Stellen. Von weit bedeutenderem Wert als die technische Verwertung der lettländischen Moore ist die landwirtschaftliche Nutzung. Dreyer fasst die technische Ausnutzung

<sup>1)</sup> J. Dreyer, Die Moore Kurlands nach ihrer geographischen Bedingtheit, ihrer Beschaffenheit, ihrem Umfang und ihrer Ausnutzungsmöglichkeit. „Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg“ Heft 1.



der kurischen Moore nur als vorübergehend auf<sup>1)</sup>). „Die Hauptaufgabe der Zukunft wird die möglichst schnelle, energische und systematische Erschliessung der Moorflächen für die landwirtschaftliche Nutzung sein.“

Die lettländische Industrie fusst demnach nur zu einem sehr geringen Teil auf inländischen Bodenschätzen. Sie entstand mit ihrem Mittelpunkt in Riga in den 80er Jahren und gehörte vor dem Kriege neben dem Moskauer und dem polnischen Industriebezirk zu den industriell hochstehenden Gebieten des einstigen Zarenreiches. Ihr Standort entsprach den gesicherten Absatzverhältnissen nach dem russischen Hinterland und der bequemen Zufuhr von Rohstoffen zur See und auf den Binnenwasserstrassen. Ihre Entstehung verdankt die Industrie der Ostseeprovinzen der Industriepolitik der russischen Regierung, ihren Ausbau in der Hauptsache aber dem reichen Zustrom von ausländischem, vornehmlich deutschem Kapital, das hier in selbständigen und filialen Unternehmungen angelegt wurde. Neben den grossen Filialwerken ausländischer Fabriken entstanden auch viele einheimische Betriebe, in denen in erster Linie Kapital des besitzenden Adels investiert war.

Die Rigaer Fabrikarbeiterschaft zählte im Jahre 1912 62 700, die des heutigen Lettland im Jahre 1910 rund 93 000. Dabei ist es für die Entwicklung der Grossbetriebe charakteristisch, dass in Livland allein, einschliesslich Riga, auf Betriebe mit über 500 Arbeitern fast die Hälfte, auf Betriebe mit über 1000 Arbeitern fast ein Drittel der Unternehmungen entfiel.

Der Hochkonjunktur der Industrie in den Ostseeprovinzen machte der Weltkrieg ein jähes Ende. Hunderte von Werken in Riga, Libau und auf dem flachen Lande gerieten nicht nur zum Stillstand, sondern wurden seit 1915 mit Maschinen, Rohstoffen und Fertigwaren in das Innere des russischen Reiches evakuiert, um für den Fall einer Besetzung des Landes dem Feinde nichts Wertvolles überlassen zu müssen. Gleichzeitig wurden 80 000 qualifizierte Arbeiter, Ingenieure und Meister in das Innere von Russland zurückgezogen. Zunächst war beabsichtigt, die evakuierten Betriebe in Russland an einer geeigneten Stelle wieder in Betrieb zu setzen; doch kam es nicht dazu. Zumeist wurden die Maschinen ziel- und planlos ausgeladen und gingen ihrer Vernichtung entgegen.

---

<sup>1)</sup> R. Hundt, Ausnutzung der Moore Ostdeutschlands, Kurlands, Litauens und Polens. „Der Osten“ 1920, S. 17/18.

Den Todesstoss erhielt die Industrie Lettlands, als bei Abzug der russischen Truppen viele Fabrikgebäude gesprengt oder in Brand gesteckt wurden. Verschiedentlich wird der Gesamtbetrag der auf diese Weise zugefügten Schäden auf rund 2 Milliarden Goldrubel beziffert.

Von der lettländischen Industrie waren im Jahre 1918 nur die leeren, zum Teil allerdings noch erhaltenen Gebäude übrig, und so übernahm sie der neu entstandene lettische Staat. Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, eine wesentliche Stütze der Wirtschaftsbilanz war aus dem Lande gerissen, und an einen Aufbau konnte infolge der Erschütterung des Wirtschaftslebens durch die Kriegereignisse zunächst nicht gedacht werden. Auch das ausländische Kapital zeigte anfangs wenig Neigung, sich in Lettland zu engagieren, weil die politische Lage in den Randstaaten noch nicht sicher genug war und die kapitalkräftigen Weststaaten mehr nach Absatzgebieten für ihre eigenen Fertigwaren suchten als nach Gelegenheiten, neue Produktionsmöglichkeiten zu schaffen.

Die lettische Regierung verzichtete daher zunächst infolge Kapitalmangels auf den Wiederaufbau der Grossindustrie, deren Absatzmöglichkeiten infolge der neuen Landesgrenzen noch nicht übersehen werden konnten, liess sich aber die Unterstützung der Mittel- und Kleinbetriebe angelegen sein und wandte zu diesem Zweck beträchtliche Mittel auf. Inzwischen sind dann mit Hilfe ausländischen Kapitals auch einige grössere Fabriken wieder in Betrieb gesetzt worden, die aussichtsreich zu arbeiten begannen. Zu einem nennenswerten Aufschwung ist es jedoch bisher nicht gekommen, weil infolge der von rein fiskalischen Gesichtspunkten geleiteten Zoll- und Steuerpolitik der Regierung ein Stillstand in der industriellen Entwicklung eintrat. Mit dem Steigen des lettischen Rubels wurde das Aufsteigen der Entwicklung der lettischen Industrie unterbrochen.

Die herrschenden Industriezweige im heutigen Lettland waren vor dem Kriege:

1. die Metallindustrie (Waggon-, Maschinen- und Schiffsbau und in grösserem Abstand Draht- und Kleineisenindustrie) mit 27,3% der Arbeiterschaft;

2. die Textilindustrie (vornehmlich Baumwollindustrie, aber auch Wolle-, Seiden-, Flachs-, Hanf- und Juteindustrie) mit 13% der Arbeiterschaft;

3. die chemische Industrie (vornehmlich Gummi, aber auch Schwefelsäure, Düngemittel- und Farbenindustrie und Herstellung pflanzlicher Öle) mit 13,6% der Arbeiterschaft.

Das Industrie-Departement hat Daten über den Stand der Industrie vor und nach dem Kriege zusammengestellt, um sie der Konferenz in Genua zu unterbreiten. Aus diesen Zahlen geht hervor, dass der Krieg die Industrie Lettlands so stark geschädigt hat, dass von einigen Industriezweigen, wie der Metallindustrie, der chemischen Industrie und anderen nur  $\frac{1}{5}$  und  $\frac{1}{10}$  übrig geblieben sind. Der Rückgang verteilt sich folgendermassen:

Industriezweig	V. d. Kriege i. Januar 1910		Nach dem Kriege — Oktober 1921 zusammen		Durch Krieg u. Evakuierung verloren Prozentsatz
	Zahl der Unter- nehmen	Arbeiter- zahl	Zahl der Unter- nehmen	Arbeiter- zahl	
Metallindustrie	115	25 385	394	3 874	95 %
Textilindustrie	52	12 143	200	2 667	45 %
Holzindustrie	99	11 304	370	5 368	30 %
Chemische Industrie u. Oel- pressen	39	12 659	144	928	95 %
Papier-, Polygr.- und Kar- tonnage-Indust.	79	5 208	136	3 105	50 %
Mineralstoff - Verarbeitungs- Industrie	150	12 029	131	1 780	90 %
Verarbeitung v. Tierprodukten	46	3 405	215	1 275	45 %
Lebens- und Genussmittel- Industrie	175	8 063	875	4 020	45 %
Diverse industrielle Unter- nehmen	27	3 147	30	1 600	75 %
Insgesamt	782	93 343	2 495	24 617	—

Auffallend ist dabei, dass die Zahl der industriellen Unternehmungen heute grösser ist als vor dem Kriege; jedoch muss in Betracht gezogen werden, dass im Jahre 1910 nur Unternehmen, die mindestens 50 Arbeiter beschäftigten, in die Statistik aufgenommen worden sind. Nur mit diesem Vorbehalt darf die obige Aufstellung gewertet werden. Bei einheitlicher Vergleichsbasis ist klar zu ersehen, dass zur Zeit nicht mehr als  $\frac{1}{5}$  der Arbeiterzahl der Vorkriegszeit beschäftigt wird. Das Bild würde sich noch trüber gestalten, wenn eine Statistik über die Produktionsmenge vorläge.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Rigaer Fabrikanten-Verein der Entwicklung der lettländischen Industrie und be-



richtet von Zeit zu Zeit über den Stand des Wiederaufbaues. Lettlands Kleinindustrie auf dem Lande beginnt sich seit Anfang des Jahres 1921 in grösserem Massstabe zu entwickeln. Die Zahl der industriellen Kleinbetriebe<sup>1)</sup> Lettlands beträgt 832, von denen sich in Riga 128 und in Libau 42 befinden. Die Tendenz der Entwicklung von Kleinbetrieben zeigt sich besonders ausgeprägt auch in der Textilindustrie<sup>2)</sup>.

Ueber die Entwicklungsmöglichkeiten der lettischen Industrie gehen die Urteile auseinander; insbesondere wird die Zukunft der früher hoch entwickelten Metallindustrie, die nicht nur bezüglich der Kohle, sondern auch mit allen sonstigen Roh- und Halbmaterialien ganz auf das Ausland angewiesen war und ist, und der Baumwollindustrie, zum Teil auch der Wollindustrie des Landes als nicht günstig angesehen. Die schnelle Entwicklung dieser Industrien war vor allem dem russischen Schutzzoll zuzuschreiben. Sie würden daher nur dann entwicklungsfähig sein, wenn sie sich bei entsprechendem lettischem Schutzzoll auf Lieferungen innerhalb des Staatsgebietes stützen könnten oder wenn im Falle einer Zollunion mit Russland den Bedürfnissen dieser Industrien Rechnung getragen würde. Solchen Bestrebungen stünde aber das Schutzbedürfnis der lettländischen Landwirtschaft entgegen. Eine Zollunion zwischen Lettland und Litauen würde, wenn sie überhaupt zustande käme, einen verhältnismässig engen und beschränkten Absatzmarkt bieten. Eine Ausfuhr nach westlichen Ländern dürfte auf absehbare Zeit nicht in Betracht kommen. Man ist sich im allgemeinen in Lettland darüber klar, dass vor Neuaufbau der Industrie eine Umstellung notwendig ist. Die lettische Regierung trägt in ihrem Aufbauprogramm<sup>3)</sup> diesen Gesichtspunkten Rechnung.

Für die Lebensfähigkeit einer Papierindustrie sind die

<sup>1)</sup> Nach Industriezweigen verteilen sich diese Betriebe, die zumeist nur 1—5 Arbeiter beschäftigen, folgendermassen:

Textilindustrie . . . . .	33
Papierindustrie . . . . .	15
Holzindustrie . . . . .	122
Metallindustrie . . . . .	53
Mineralstoffindustrie . . . . .	8
Fabriken zur Verarbeitung von Tierprodukten	7
Lebens- und Genussmittelindustrie . . . . .	524
Chemische Industrie . . . . .	16
Diverse Unternehmungen . . . . .	54

<sup>2)</sup> F. Tatarin in „Der Osten“ 1922 S. 165.

<sup>3)</sup> Der Aufbau soll in folgender Reihenfolge gefördert werden:

1. Bearbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, daher Bau von



Vorbedingungen, wie eigene Rohstoffe und Wasserkraft, in Lettland an sich vorhanden. Die Grundlagen für die Papierindustrie sind jedoch in dem benachbarten Finnland und Skandinavien vor allem auch insofern noch erheblich besser, als die Wasserkräfte in Lettland noch nicht genügend nutzbar gemacht sind und ein Ausbau in dieser Richtung weniger leicht ist als in den Nachbarstaaten und erhebliches Kapital beansprucht. Die Papierindustrie Lettlands wird daher stets einen schweren Kampf mit der Konkurrenz der benachbarten Gebiete zu führen haben. Sie konnte auch seinerzeit nur mit Hilfe eines hohen Schutzzolles auf ausländische Papiereinfuhr, der den Preis der einheimischen Erzeugnisse erheblich überstieg, gedeihen, und die Provinz Livland entwickelte sich dank dieser Schutzmassnahmen zum Zentrum der russischen Papierindustrie. Livland<sup>1)</sup> lieferte vor dem Weltkrieg jährlich für 18 835 092 Millionen Goldrubel Holzmasse, Pappe, Zellulose und Papier. Die Papierindustrie Lettlands weist zur Zeit einen allmählichen Aufstieg auf. Es werden aber von Seiten der lettischen Papierfabrikanten Versuche gemacht, auf die Wirtschaftspolitik der Regierung dahin zu wirken, dass durch eine entsprechende Zollgesetzgebung ein Wiederaufbau der Papierindustrie ermöglicht wird.

Die Regierung gewährte 1920/22 vielen Fabrikbesitzern zum Aufbau ihrer Betriebe Darlehen zum mässigen Zinsfuss von 6%. Die Summen wurden jedoch nur auf die kurze Zeit von 9 Monaten geliehen. Als die Darlehen fällig wurden, prolongierte die Regierung sie zunächst. Vom Mai 1921 an aber blieben die Gesuche um weitere Prolongation Monate lang liegen, bis Ende Oktober 1921 das Ministerkabinett eine

---

Mühlen, Oelmühlen, Kartoffelmehl-, Syrup-, Obst- und Gemüsekonservenfabriken, Spiritusbrennereien und Bierbrauereien.

2. Bearbeitung von Erzeugnissen der Viehzucht: Molkereien, Fleischkonservenfabriken, Gerbereien, Seifen- und Knochenbearbeitungsfabriken usw.

3. Bearbeitung von Erzeugnissen der Fischzucht und Fischerei, Fischkonserven- und Fischmehlfabriken.

4. Wald- und Holzexploitierung, Holzbearbeitungsfabriken, Sägemühlen, Herstellung von Baumaterial, Schiffsbau u. a.

5. Chemische Ausnutzung verschiedener Rohstoffe, Teer-, Terpentin-, Holzspiritus-, Essig-, Glas-, Kalk-, Zement-, Gips- und andere Fabriken.

6. Ausarbeitung der Faserstoffe, Flachs- und Wollspinnereien, Bekleidungs- und Schuhfabriken.

7. Metall- und Eisenbearbeitung, Gusseisengiessereien, Anfertigung von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Reparaturwerkstätten.

8. Ausnutzung der Naturreichtümer, künstlich geschaffene mechanische Kraftstationen.

<sup>1)</sup> Ganz Livland, das heut zum Teil zur Republik Estland gehört.

neue Verordnung veröffentlichte, wonach eine weitere Verlängerung nur dann erfolgen könne, wenn die Darlehen auf Goldfranken (Goldlat) umgerechnet würden. Die Regierung berief sich auf das Gesetz vom 14. Juni 1921, in welchen die Berechnung des Goldfranken nach dem Börsenkurs des Fälligkeitstages vorgesehen war. Eine solche Unsicherheit der Berechnungsbasis schädigte die Fabrikanten insofern, als die Darlehen in lettischen Rubeln gewährt waren, auch in lettischen Rubeln verausgabt wurden, in Zukunft aber zu einem zum Teil vielleicht weit höheren Kurs zurückgezahlt werden sollten. Der Kurs des Goldfranken schwankte ausserordentlich und betrug beispielsweise am 6. Juli 1921 98, Anfang März 1922 50 lettische Rubel. Da der Goldfrank in Wirklichkeit nicht existierte, sondern nur Rechnungsfaktor war, wurde später, um eine praktische Kalkulationsbasis zu schaffen, das Verhältnis zwischen Goldfrank und lettischem Rubel festgelegt und der Umrechnungskurs auf 1 Goldfrank = 100 lettische Rubel festgesetzt. Der Schuldner hatte es nun wieder mit einer in lettischen Rubeln fixierten Schuld zu tun; eine neu eintretende Geldentwertung hätte jetzt den Staat, als Gläubiger, getroffen. Dieser konnte aber, als sich der lettische Rubel dem Dollar gegenüber fast stabil verhielt, dieses Risiko wagen und würde, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, bei einer neuen Geldentwertung wohl Wege finden, um auch den Schuldner an seinem Verlust zu beteiligen.

Englische und französische Kapitalistenkreise haben seit 1919 bereits ihr Augenmerk auf die lettische Industrie gerichtet. Ein englisches Konsortium bezeichnet den Ankauf lettischer Unternehmungen als ein Vorschieben englischer Industrieposten, von denen aus die Engländer im Wettkampf um den russischen Markt Deutschland den Rang ablaufen wollen. So hat sich eine Gruppe englischer Kapitalisten an gewisse Kreise der lettischen Nationalversammlung gewandt, um Angaben über die Fabriken und grösseren Unternehmungen, welche nach dem Kriege ihren Betrieb noch nicht wieder aufgenommen haben, zu erlangen<sup>1)</sup>. In Anbetracht der Einführung eines neuen Zolltarifs, der bedeutende Erleichterungen für die Erneuerung der lettischen Industrie vorsieht, sowie der geplanten Aufhebung des Ein- und Ausfuhrzolles Russland gegenüber zieht die englische Gruppe die Frage der Erneuerung dieser Fabriken in Erwägung.

---

<sup>1)</sup> Das Finanzministerium hat Nachstehendes festgestellt: Es handelt sich um 29 Metallverarbeitungsfabriken, 3 Gummifabriken, 5 Holzbe-

## 4. Handel und Verkehr.

Der im Frieden starke Transitverkehr über die lettländischen Häfen gab dem Handel Lettlands sein Gepräge. Er verspricht auch in der Zukunft eine ähnliche Rolle zu spielen. Bei einem Vergleich der Bedeutung von Industrie und Handel in Lettland kommt man zu dem Ergebnis, dass der Handel, soweit nicht eine Konkurrenz durch die aber zweifellos weniger gute geographische Lage der Nachbarländer gegeben ist, in Lettland recht aussichtsreich ist, während die Industrie nach Fortfall des grossen russischen, früher inländischen Absatzgebietes schutzlos der Konkurrenz der Erzeugnisse der ausländischen Industrie, die durch den Krieg nicht gelitten hat, ausgesetzt ist. Solange eine Zollunion der Randstaaten noch nicht besteht, muss das Hauptaugenmerk der einzelnen Staaten darauf gerichtet sein, den Transithandel von und nach Russland an sich zu ziehen und im eigenen Interesse zu fördern.

Lettlands Bedeutung für den russischen Transithandel liegt in der Hauptsache in den drei Häfen Riga, Libau und Windau. Die günstige geographische Lage dieser Häfen, die teilweise das ganze Jahr über eisfrei sind, verschafft Lettland gegenüber den Nachbarstaaten im Transitverkehr eine besondere Stellung. Im Verhältnis zu Litauen und Estland steht Lettland von Natur aus zweifellos bei weitem an erster Stelle.

Auf der Konferenz von Genua wurde den Mitgliedern der Transportkommission von der lettischen Delegation ein Memorandum über Transportfragen überreicht. Danach gingen vor dem Kriege mehr als 20% vom ganzen Import und mehr als 28% vom gesamten Export Russlands über Lettland. Der Umsatz von Riga, Libau und Windau erreichte vor dem Weltkriege etwa  $\frac{1}{4}$  des gesamten russischen Aussenhandels

arbeitsfabriken, 6 Sägemühlen, 2 Korkfabriken, 4 Zement- und keramische Fabriken, 3 Papierfabriken, 9 Genussmittelfabriken (Konfekt-, Likörfabriken und Brauereien), 16 Chemische-, 12 Textil-, 3 Oel-, 4 Lederverarbeitungs-, 2 Zündholz- und 6 diverse Fabriken, zusammen 104 grössere Unternehmungen, die noch nicht arbeiten. (Eildienst 22. März 1922).



(1913 = 585 Millionen Goldrubel). Die Häfen Lettlands sind durch einen direkten Eisenbahnverkehr mit den grossen Industrie- und Handelsmetropolen des europäischen Russlands verbunden. Die Linie Riga—Moskau ist die kürzeste vom Baltischen Meer zum Zentrum Russlands, wenn man vom Petersburger Hafen, der fast 5 Monate im Jahre vereist ist, absieht.

Die lettländischen Häfen gewannen für den Warenaustausch zwischen Russland und Westeuropa in den letzten Jahren vor dem Kriege immer grössere Bedeutung. Unter allen russischen Ostseehäfen nahm Riga die erste Stelle ein. Im Jahre 1913 betrug der Gesamtumsatz des Rigaer Aussenhandels 870 Millionen Mark und war somit grösser als der Petersburgs mit 717 Millionen Mark. Das Uebergewicht Rigas über Petersburg lag hauptsächlich in der regen Ausfuhr, während die Einfuhr über Petersburg grösser war. Der Anteil der russischen Ostseehäfen am Aussenhandelsumsatz des europäischen Russlands im Jahre 1913 ergibt sich aus folgenden Zahlen:

	Einfuhr:	Ausfuhr:	Umsatz:
		(in Millionen Mark)	
Europäisches Rußland	2476	2662	5138
Riga	398	485	883
Petersburg u. Kronstadt	461	256	717
Reval mit Baltischport	196	50	246
Windau	40	161	201
Libau	72	104	176
Pernau	4	9	13

Danach ist Riga am Gesamthandel mit 17%, an der Ausfuhr mit 18% und an der Einfuhr mit 16% beteiligt gewesen. Auf Petersburg entfielen 14% des Gesamthandels, 9,5% der Ausfuhr und 18,5% der Einfuhr. Der Anteil Windaus am Gesamthandel betrug 6,1% und der Libaus 5,34%. Von jeher war die Ausfuhr über Riga bedeutender als die Einfuhr, die durchschnittlich nur  $\frac{2}{3}$  der Ausfuhr betrug. Während der letzten 50 Jahre stieg aber die Einfuhr über Riga fast doppelt so schnell wie die Ausfuhr.

Die hauptsächlichsten Handelsgebiete für Riga waren vor dem Weltkriege England und Deutschland. Im Jahre 1913 wurden nach England für 188 Mill. Mark Waren ausgeführt und für etwa 173 Mill. Mark aus England eingeführt; die Einfuhr aus Deutschland betrug 93 Mill. und die Ausfuhr nach Deutschland über Riga 134 Mill. Mark<sup>1)</sup>. Bei der Rigaer Aus-

<sup>1)</sup> „Der Osten“ 1919 Nr. 4, S. 54.



fuhr war noch Belgien mit annähernd 67 Millionen Mark, Amerika mit 47,5 Millionen Mark sowie Frankreich und Holland mit je 30 Millionen Mark beteiligt. Unter den Ausfuhrgütern, die ihren Weg über Riga nahmen, stand an erster Stelle Flachs mit 20,1%, an zweiter dem Werte nach Häute und Felle mit 18,2%, Holz mit 18% folgte an dritter Stelle und Eier mit 15,7% an vierter Stelle. Infolge des raschen Aufschwungs der Rigaer Gummiindustrie in den letzten Jahren vor dem Weltkriege war auch die Ausfuhr an Gummiwaren verhältnismässig gross.

Eingeführt wurden über Riga in der Hauptsache Waren für die aufblühende Rigaer Industrie, wie Maschinen, Heizmaterial und Rohstoffe. Der grosse Bedarf der Industrie brachte es mit sich, dass die für den Export bestimmten Schiffe in der Hauptsache mit Ladung kamen und nur zu 19,2% mit Ballast einliefen, wodurch die Frachtsätze nicht unwesentlich verbilligt wurden.

Wie ist es nun gegenüber den Zahlen der Friedenszeit in der Gegenwart um den Transitverkehr über Lettland bestellt? Der Gunst der geographischen Lage nach müsste sich der Transitverkehr auf Lettland, Estland und Litauen mit 50, 35 und 15% verteilen, Lettland also bei weitem an erster Stelle stehen. Trotzdem war der Durchgangsverkehr über Lettland in der ersten Zeit des Bestehens der Republik verhältnismässig gering. Estland hatte insofern einen gewissen Vorsprung vor Lettland, als es mit Russland eher Frieden geschlossen hatte. Erst Anfang 1921 begann auch der Verkehr über Lettland sich zu heben, nachdem die lettische Regierung sich die Förderung des Durchgangsverkehrs angelegen sein liess. Die ersten fünf Monate des Jahres 1921 zeigen eine ständige Steigerung des Warenverkehrs, der im April und Mai besonders stark war. Wenn auch ein Vergleich zwischen den Monaten Januar bis Februar und den Monaten April und Mai nur bedingt gezogen werden darf, so kann doch aus diesen Zahlen mit Sicherheit auf einen gewissen Aufstieg geschlossen werden<sup>1)</sup>.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1921 hat der Durchgangsverkehr über Lettland, der hauptsächlich über Riga und nur in kleinem Umfang auch über Libau ging, insgesamt etwa 48 000 t betragen. An erster Stelle stand Russland mit etwa 33 000 t, die vollständig über Riga gingen, an

---

<sup>1)</sup> „Der Osten“ 1920 Nr. 44, S. 982.

zweiter Stelle Litauen mit etwa 8 600 t, die ihren Weg über Libau nahmen. Aus Russland kamen durch Lettland nur etwa 3000 t. Unter den nach Russland eingeführten Waren befanden sich 25 200 t Nahrungsmittel, 7000 t Roh- und Halbstoffe und 862 t Manufaktur- und Industriewaren. Aus Sowjet-Russland gingen durch Lettland u. a. 198,4 t Flachs nach Frankreich, etwa 600 t Hanf nach England und 62 t Häute nach Deutschland. Von der gesamten Durchfuhr gingen 66,47% nach Sowjet-Russland, 17,41% nach Litauen, 7,67% nach England, 4% nach Frankreich, 1,89% nach Deutschland, 1,62% nach Estland und 0,94% nach anderen Ländern. Nach Hauptwarengruppen verteilte sich die Durchfuhr zu 62,8% des Gesamtverkehrs auf Nahrungsmittel, zu 25% auf Rohstoffe und Halbfabrikate und zu 12,2% auf Manufakturwaren und Industrieartikel. Die eingeführten Waren stammten in erster Linie aus England, Deutschland und Schweden, während Dänemark, Frankreich und Amerika zurücktraten.

Ende des Jahres 1921 und in der ersten Hälfte des Jahres 1922 hat der Durchgangsverkehr über Lettland ständig zugenommen. Erwähnt seien ferner die konzessionierten Handelsstationen längs der Grenze von Sowjet-Russland, an denen sich ein geregelter Grenzhandelsverkehr zwischen einheimischen und russischen Grenzbewohnern abspielt. Lettland hat jedoch erst verhältnismässig spät solche Grenzstationen eingerichtet, als sie in Estland und Polen bereits längere Zeit bestanden. Besonders rege gestaltete sich der Transitverkehr Mitte des Jahres 1922. Da am 1. Juli 1922 ein neuer ermässigte Zolltarif in Kraft trat und die meisten Empfänger es vorzogen, ihre kurz vorher ankommenden Waren im Zollamt lagern zu lassen, um auf diese Weise in den Genuss des niedrigeren Zolles zu kommen, ist der rigaische Zollgarten zu dieser Zeit mit Waren ausserordentlich überfüllt gewesen. Zum Teil hat sich bei dem Abtransport der angesammelten Güter auch die schwierige Verkehrslage Lettlands bereits bemerkbar gemacht, und die Zunahme des Durchgangsverkehrs wird nicht zuletzt auch von der Regelung der Transportverhältnisse abhängen.

Sowohl das Vorhandensein eigener Tonnage als auch der Ausbau der Häfen, Wasserstrassen und Eisenbahnen werden besonders in den nächsten Jahren bestimmend sein für die Zunahme des Durchgangsverkehrs. Das lettische Departement für Seewesen gibt nachstehende Uebersicht über die lettische Flotte. Zu Anfang des Jahres 1921 besass Lettland 55 Handelsschiffe mit 13 000 Reg.-To. Gesamttonneninhalt (45 Segelschiffe mit 8078 Netto-Reg.-To. und 10 Dampfer mit 5131

Netto-Reg.-To.). Im Laufe des Jahres kamen 25 Schiffe mit 6351 Netto-Reg.-To. hinzu, davon 18 Segelschiffe mit 1727 t Rauminhalt. Aus Russland sind 7 Dampfer mit 4612 Reg.-To. und 5 Segelschiffe zurückgekehrt.

Auch um den Ausbau der Häfen hat sich die lettländische Regierung bemüht. Die Häfen Libau und Windau sind von Wracks, die noch aus dem Kriege stammen, gesäubert worden. Ferner hat man mit Baggerungen begonnen, der stark versandete Hafen Windaus ist grösstenteils wieder ausgebaggert worden, ebenso der Hafen von Libau. Die Werft und die Hafenanlagen in Libau und Windau sind zu einem grossen Teil wiederhergestellt worden.

Während des Jahres 1921 sind 1791 verschiedene Handelsschiffe mit 614 298 Reg.-To. Rauminhalt in den lettländischen Häfen eingelaufen, im Vorjahr 1679 mit 479 801 Reg.-To. Wie schnell sich der Aufstieg des Verkehrs im Rigaer Hafen seit 1919 vollzogen hat, geht daraus hervor, dass im Jahre 1919 nur 170 Dampfer angekommen sind, während die Zahl im Jahre 1920 auf 545 stieg. Nach einem Bericht aus Libau sind während des Jahres 1920 957 Schiffe mit insgesamt 211 099 Reg.-To. im Hafen von Libau eingetroffen, im Jahre 1921 914 mit 409 225 t, während im Jahre 1913 der eingehende Verkehr 1738 mit 970 589 t betrug. Viele ausländischen Reedereien haben ihre alten Linien im Jahre 1921 wieder aufgenommen. Die verhältnismässig günstige Entwicklung Libaus im Jahre 1921 ist darauf zurückzuführen, dass die Baltische Amerikalinie ihre grossen dänischen Schnelldampfer bis Libau fahren liess.

Die lettischen Eisenbahnen haben durch den Krieg schwer gelitten. Fast das ganze rollende Material ist schon während des Krieges, besonders aber 1919 durch die Bolschewisten nach Russland verschleppt und nur zu einem Teil in stark beschädigtem Zustande zurückerstattet worden. Lediglich die gegenwärtigen geringen Transportbedürfnisse können befriedigt werden. Die Zahl der Lokomotiven und Waggons betrug am 1. Januar 1920 108 bzw. 2645, ist aber im Laufe von zwei Jahren auf 280 bzw. 6079 angewachsen. Vor dem Kriege besass die russische Regierung für das jetzt lettische Gebiet 555 Lokomotiven und 18 000 Waggons, und zwar auf einer kürzeren Strecke, da ein Ausbau des Eisenbahnnetzes in Lettland, das zur Zeit eine Länge von 2767 km aufweist, zum Teil erst während des Krieges erfolgt ist. Das Gesamtgewicht der transportierten Waren betrug im Jahre 1919 184 953 t, im Jahre 1920 1 230 633 t und im Jahre 1921



2 346 288 t. Mit der zunehmenden Intensität des Verkehrs wurde eine Erweiterung der bestehenden Werkstätten erforderlich. Die lettische Regierung hat daher Verhandlungen mit ausländischen Firmen angeknüpft mit dem Erfolg, dass die grosse Waggonfabrik Phönix in Riga, welche früher die russischen Eisenbahnen mit einem grossen Teil des rollenden Materials versorgte, noch im Jahre 1922 ihre Tätigkeit aufnehmen wollte.

Neben den Instandsetzungen und der Umnagelung der Eisenbahnlinien ist es bisher zu einer wesentlichen Erweiterung des Eisenbahnnetzes nicht gekommen. Für die Erwerbung von Konzessionen zur Erweiterung des lettländischen Eisenbahnnetzes macht sich auch das Interesse ausländischen Kapitals bemerkbar. Zur Zeit beschäftigt sich die lettische Regierung mit dem Projekt einer Bahnverbindung Riga—Libau. Es ist dabei zunächst an eine Umlegung der bereits jetzt bestehenden Bahnverbindung von europäischer auf russische Spurweite gedacht, dann aber vor allen Dingen auch an eine direkte Verbindungslinie, sodass das litauische Gebiet nicht berührt wird. Zwecks Erweiterung des lettischen Lokomotiv- und Wagenparks schweben zur Zeit Verhandlungen mit Frankreich, das sich bereit erklärt hat, Lettland einen Teil des seinerzeit von Deutschland abgelieferten Eisenbahnmaterials zu überlassen, für das in Frankreich keine Verwendung besteht und das dort unter freiem Himmel verdirbt. Da die lettischen Eisenbahnen zum Teil russische Spurweite haben, ist in Aussicht genommen, das von Frankreich bezogene deutsche Eisenbahnmaterial gegen russisches, für das Litauen weniger Verwendung hat, einzutauschen.

Die Frachten sind in Lettland infolge der Währungs- und Preisentwicklung ausserordentlich hoch. Es ist aber Anfang 1922 besonders den Anstrengungen Libauer Handels- und Industriekreise gelungen, eine Ermässigung der lettischen Bahngebühren wenigstens für den Transitverkehr von und nach Litauen durchzusetzen.

Zur Förderung des lettischen Wirtschaftslebens, in Sonderheit des Handels mit Russland, wurde in Riga eine internationale Messe geschaffen, die im Jahre 1921 zum ersten Male eröffnet wurde. Unter den Ausstellern waren im Jahre 1921 45% Deutsche, 36% Lettländer, 4% Franzosen, 3% Tschechoslowaken, 2% Italiener, 1½% Engländer. Deutschland beteiligte sich in der landwirtschaftlichen Abteilung mit 48% der Aussteller, wobei der Prozentsatz in einzelnen Unterabteilungen noch höher war, so für landwirtschaft-



liche Maschinen und Geräte 61%, für Milchwirtschaftsgeräte 73%. In der Industrieabteilung war Deutschland mit 65%, Lettland mit nur 17% vertreten. Auf der Messe kam es klar zum Ausdruck, dass die deutsche Industrie mit ihren Erzeugnissen auf den Ostmärkten die erste Stelle einnimmt.

Der gute Erfolg der Ausstellung im Jahre 1921 führte zur zweiten internationalen Landwirtschafts- und Industrieausstellung vom 11. bis 25. Juni 1922. Diesmal waren 22 Staaten mit insgesamt 600 Ausstellern — davon 40% aus Lettland — vertreten. Deutschland war mit der gleichen Ausstellerzahl wie im Vorjahr mit etwa 30% und sämtliche übrigen Staaten ebenfalls mit 30% beteiligt. Im Vorjahre machten die Aussteller Deutschlands 44% aus, während die lettländischen Aussteller nur 36% betrugen. Stärker beteiligt waren in diesem Jahre vor allen Dingen Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich. Auch diesmal herrschten wie im Jahre 1921 landwirtschaftliche Maschinen und landwirtschaftliche Bedarfsartikel aller Art vor. Die übrige Industrie ist verhältnismässig schlecht fortgekommen, da der industrielle Aufbau infolge des Zolltarifs vom 20. Juli 1921 mit seinen überhohen spezifischen Zollsätzen den industriellen Wiederaufbau sehr hemmte. Das änderte sich erst, als am 1. Juli 1922 der neue Zolltarif mit einer bedeutenden Herabsetzung aller Zollsätze in Kraft trat, nach dem die Einfuhr industrieller Maschinen frei ist. Besonderen Einfluss auf die Ausstellung hat die Einführung des neuen Zolltarifs der Kürze der Zeit wegen nicht mehr auszuüben vermocht. Die Russen hatten im Vorjahre einen eigenen Pavillon erbaut, der aber erst am letzten Tage der Ausstellung fertig geworden war. Obwohl ihnen besonders günstige Bedingungen eingeräumt wurden, haben sie diesmal von einer Beschickung der Ausstellung abgesehen.

Fast alle in Frage kommenden Staaten bemühten sich, in Lettland wirtschaftlich Fuss zu fassen, um von hier aus den russischen Markt zu erobern; zu eigentlichen Wirtschaftsverträgen ist es bisher aber nur in wenigen Fällen gekommen. Auch die politische Festigung Lettlands ging nur langsam vor sich. Inzwischen ist Lettland aber in den Völkerbund aufgenommen und auch von Amerika im Juli 1922 zusammen mit den anderen Randstaaten anerkannt worden. Das Anbahnen von Verhandlungen mit den neuentstandenen Oststaaten ist zum Teil dadurch verzögert worden, dass man sich gegenüber Russland nicht festlegen wollte. Schwierig gestalteten sich die Beziehungen

zwischen Deutschland und Lettland; im Herbst 1919 hatte Lettland sogar die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Am 15. Juli 1921 kam es zu einem Vorläufigen Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland, dem am 27. März 1922 ein Vertrag zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten folgte. Bei der Annäherung waren die auseinandergehenden Auffassungen über die Entschädigungsfrage besonders hinderlich.

Nach dem Vertrage ist die Regelung der Ein- und Ausfuhr den Landesgesetzen überlassen. Lettland hat sich aber verpflichtet, für die Zukunft keine Ausfuhrsperre im Einzelfall zu verhängen. Die Durchfuhr durch Lettland ist für deutsche Waren frei und darf besonderen Erschwerungen oder besonderen Abgaben nicht unterworfen werden. Das schon im Vertrag von 1921 vereinbarte Meistbegünstigungsrecht hat im Vertrag von 1922 eine neue Bekräftigung erfahren. Wo die lettländische Gesetzgebung die Einräumung gewisser Rechte von einer von Fall zu Fall zu erteilenden Genehmigung der Regierung abhängig macht, hat die lettländische Regierung deutschen Reichsangehörigen jedes Entgegenkommen zugesichert. Gesuche von Deutschen, die sich in Lettland niederlassen, Geschäfte errichten, sich gewerblich betätigen oder Grund und Boden erwerben wollen, sollen danach entgegenkommend behandelt werden. Deutsche Aktiengesellschaften, welche in Lettland zum Geschäftsbetriebe zugelassen sein wollen, haben sich jedoch, ähnlich wie es seinerzeit das alte russische Reich forderte, den lettländischen Gesetzen zu unterwerfen, d. h. sich als lettländische Aktiengesellschaften zu konstituieren. Eine Aenderung ist in letzter Zeit insofern erfolgt, als auch ausländische Gesellschaften zugelassen sind, soweit lettischen Gesellschaften in den betreffenden Ländern die gleichen Rechte eingeräumt werden.

Bezeichnend, aber auf Grund der bisherigen Erfahrungen verständlich ist, dass die lettische Regierung, um dem deutschen Kapital, das in Lettland Betätigung sucht, Vertrauen in die Entwicklung des Landes und in die Stetigkeit der Gesetzgebung einzuflößen, im Vertrage ausdrücklich ausgesprochen hat, darauf hinzuwirken, dass solche Stetigkeit in Bezug auf Steuern, Zölle und Abgaben aller Art beobachtet wird.

Deutschland hatte es im Abkommen von 1920 übernommen, sich dafür einzusetzen, dass Lettland ein Warenkredit gewährt wird. Die Lösung wurde im Vertrage von 1922 darin gefunden, dass die deutsche Regierung unverzüg-

lich die Vertreter der privaten Wirtschaftskreise, welche allein als Träger des Kredits in Frage kommen, zusammenberufen und die organisatorische Leitung der Bestrebungen, die auf die Verwirklichung dieses Warenkredits abzielen, übernehmen wird. Wie der Kredit im Einzelfall zu gewähren ist, darüber ist in dem Vertrag selbst nichts gesagt. Die diesbezüglichen Bestimmungen finden sich in einer Anlage zum Verträge, die sich als Regulativ bezeichnet. Danach übernimmt die deutsche Organisation (also nicht die Regierung) gegenüber dem lett-ländischen Käufer bis zur Höhe des Kaufpreises die Bürgschaft dafür, dass die deutsche Lieferfirma ihren Vertrag erfüllt, während auf der anderen Seite die lett-ländische Regierung dem deutschen Verkäufer gegenüber die Bürgschaft für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtung des lett-ländischen Käufers übernimmt. Sowohl die deutsche private Kreditorganisation wie die lett-ländische Regierung bestimmen unabhängig voneinander darüber und in jedem Einzelfall gesondert, ob sie die Bürgschaft übernehmen wollen. Wird die Bürgschaft von beiden Seiten übernommen, so werden die betreffenden Garantiescheine ausgetauscht.

Der Vertrag vom 27. März 1922, der mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt, gilt zunächst für drei Jahre und kann von da an mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden. Er wird vor allem dann, wenn eine gesicherte Betätigung deutschen Kapitals und nicht zuletzt deutscher Wirtschaftskräfte überhaupt möglich wird, für den Aufbau des lett-ländischen Wirtschaftslebens von weittragender Bedeutung werden. Lettland ist vor Estland, Litauen und Polen in ein vertraglich geregeltes Verhältnis zu Deutschland getreten, doch ist der Vertrag bis zu Beginn des Jahres 1923 noch nicht ratifiziert worden.

Lettland hat seine wirtschaftlichen Beziehungen durch eine Reihe von Verträgen, besonders mit den Randstaaten, zum Teil auch durch Annäherungen anderer Art ausgebaut. In Moskau wurde ein lettisches Handelsbüro eröffnet, dem ein weiteres in Charkow folgen soll. Zwischen Lettland und Schweden kam ein Handelsabkommen zustande. Von besonderer Bedeutung sind für Lettland auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen, die sich in letzter Zeit gebessert haben. Ferner sind Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei abgeschlossen, mit England kurz vor dem Abschluss und mit Frankreich in Vorbereitung.



## 5. Die Handels- und Zahlungsbilanz.

Der Aussenhandel Lettlands<sup>1)</sup> hatte in den letzten zwei Jahren einen Aufschwung zu verzeichnen, die Handelsbilanz besserte sich aber nur sehr allmählich. Im Jahre 1919 wurde für 86 142 282 lett. Rubel, 1920 für 1 919 568 137 lett. Rubel importiert und für 38 522 037 bzw. 1 070 916 211 lett. Rubel exportiert. Im ersten Halbjahr 1921 betrug die Einfuhr nach Lettland 2 572 000 000 und die Ausfuhr nur 576 565 000 lett. Rubel. Die Handelsbilanz war somit im ersten Halbjahr 1921 weit passiver als im Jahre 1920, sodass danach eine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Bilanzverhältnisse eingetreten wäre. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Ausfuhr des ersten Halbjahres kein deutliches Bild gibt, weil die eigentliche Ausfuhr Lettlands erst in der zweiten Hälfte des Jahres beginnt.

So zeigt auch in der Tat die Bilanz des lettischen Aussenhandels im ganzen Jahre 1921 ein günstigeres Bild. Nach Angabe der lettischen staatlichen statistischen Verwaltung umfasste der gesamte Aussenhandel (Export und Import) über die See- und Landesgrenzen 383,2 Mill. kg im Werte von 6643 Millionen lett. Rubeln gegen 312,2 Mill. kg im Werte von 3137 Millionen lett. Rubeln im Jahre 1920. Seinem Wert nach ist somit der gesamte Warenumsatz des Jahres 1921 um 3506 Millionen Rubel, d. h. um 112% dem Jahre 1920 gegenüber gestiegen. Es entfielen auf die Einfuhr im Jahre 1921 4685 Millionen Rubel, gegen 2061 Millionen Rubel im Jahre 1920 und auf die Ausfuhr aus Lettland 1958

---

<sup>1)</sup> Die Ergebnisse der Handelsstatistik in der Zeit der Währungs-entwertung sind wegen des sich notwendigerweise ergebenden Rechenfehlers mit Vorsicht zu beurteilen, obwohl der Fehler in Ländern wie Lettland weniger groß sein dürfte als in ausgesprochenen Industrieländern wie z. B. Deutschland. Seitdem die Währung stabil ist, fällt zwar der Rechenfehler fort, doch möchte ich die Angaben in allen Ostländern, die ihren statistischen Apparat erst allmählich ausbauen können, und deren Grenze nach Rußland ziemlich flüchtig ist, nicht für besonders zuverlässig halten. Bezeichnend ist, daß Lettland innerhalb eines Jahres zehnmal soviel Salz eingeführt hat als es verbrauchen kann, die Statistik andererseits aber einen Salzexport nicht angibt.



Millionen gegen 1076 Millionen Rubel im Jahre 1920. Somit ist die Einfuhr im Jahre 1921 um 127%, die Ausfuhr nur um 82% gestiegen. Daraus ergibt sich, dass die Handelsbilanz, die schon im Jahre 1920 mit 985,6 Millionen Rubel passiv war, sich im Jahre 1921 weiter verschlechterte und dass die Einfuhr die Ausfuhr um 2726,5 Millionen Rubel, d. h. um 139% überwog. Aktiv war die Handelsbilanz Lettlands zum ersten Mal im Monat Juli des Jahres 1922, und zwar stand einer Ausfuhr von 504,5 Millionen Rubel eine Einfuhr von nur 469 Millionen Rubel gegenüber.

Nach den einzelnen Warengruppen gliedert sich der lett-ländische Ein- und Ausfuhrhandel im Jahre 1921 der Menge und dem Wert nach wie folgt:

	Import <sup>1)</sup>		Export	
	Mill. kg	Mill. Rbl.	Mill. kg	Mill. Rbl.
Rohstoffe und Halbfabrikate	88,1	1344,6	206,2	1759,8
Fabrikate . . . . .	15,4	1552,9	4,5	122,2
Nahrungsmittel . . . . .	65,1	1742,8	3,9	76,2

Ferner sind Tiere (hauptsächlich Pferde) im Werte von 44<sup>2/3</sup> Millionen Rubeln aus dem Auslande, in der Hauptsache aus Litauen und Estland, eingeführt worden.

Dass sich die Verhältnisse in der Tat gebessert haben, ergibt sich aus einem Gegenüberstellen der Aussenhandelszahlen für das erste Vierteljahr von 1921 und 1922. Der Gesamtwert der Einfuhr für das erste Quartal 1922 beläuft sich auf 16 768 718, der der Ausfuhr auf 8 765 796 Goldfrank. Demgegenüber betrug die Einfuhr im ersten Quartal 1921 19 599 000 und die Ausfuhr nur 2 887 000 Goldfrank. Danach ist zunächst rein zahlenmässig die Einfuhr um 3 Millionen Goldfranken gestiegen. Das Ergebnis ist aber trotzdem als günstig zu bezeichnen, weil die Einfuhr von Fertigfabrikaten, die in den ersten drei Monaten des Jahres 1921 noch 7 846 000 Goldfrank betrug, sich 1922 in der gleichen Zeit nur noch auf 4 175 523 Goldfrank belief. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln hat abgenommen, und zwar von 7 979 000 auf 6 455 709 Goldfrank. Als ein gutes Zeichen darf angesehen

<sup>1)</sup> Unter den aus dem Ausland bezogenen Rohstoffen und Halbfabrikaten stehen an erster Stelle Baumwollgarne (aus Deutschland und England), Petroleum, Maschinenöle, Leder; unter den Fabrikaten Baumwollgewebe (Deutschland), landwirtschaftliche und industrielle Maschinen (Deutschland), Papier-, Glas- und Porzellanwaren, chemische Produkte (Deutschland), Galanteriewaren, Gummiwaren, elektrischer Zubehör (Deutschland). Ferner sind nach Lettland eine Reihe von Nahrungsmitteln eingeführt worden, in erster Linie Weizenmehl (Amerika), Reis, Salz (Deutschland), Zucker, Schmalz, Heringe (England und Norwegen).

werden, dass die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zugenommen hat. Sie betrug im Jahre 1921 3 833 000 und im Jahre 1922 4 583 991 Goldfrank.

Besonders günstig hat sich die Ausfuhr entwickelt. Diese betrug im ersten Vierteljahr 1921 nur 2 837 000 Goldfrank und ist im Jahre 1922 in den gleichen Monaten auf 8 765 796 Goldfrank gestiegen. Während die Ausfuhr im ersten Quartal 1921 nur 14,5% der Einfuhr betrug, belief sie sich im Jahre 1922 in der gleichen Zeit auf 52,2%. In der Ausfuhr<sup>1)</sup> nahmen die erste Stelle Rohstoffe und Halbfabrikate ein, die noch nicht im Lande verarbeitet werden können; ihr Gesamtwert bezifferte sich in den ersten drei Monaten des Jahres 1921 auf 2 424 000 und im Jahre 1922 auf 7 233 000 Goldfrank. Jedoch hat sich auch die Ausfuhr von Fertigwaren von 318 000 auf 797 960 und die von Lebensmitteln von 95 000 auf 734 890 Goldfrank gehoben.

Die Beteiligung am lettländischen Aussenhandel hat sich im Laufe der wenigen Jahre nach dem Weltkrieg dauernd verschoben. Während noch im Jahre 1920 Dänemark und England die ersten Stellen einnahmen, sind beide Länder im Jahre 1921 von Deutschland bei weitem überflügelt worden. Auf die Entwicklung im Jahre 1920 hat zweifellos mit eingewirkt, dass Deutschland im Sommer 1921 mit Lettland zu einem formellen Friedensschluss gekommen ist. Umso bedeu-

<sup>1)</sup> Unter den Exportwaren stehen an der Spitze Holzmaterialien, es folgen Flachs, Leinsaat. Ueber die Entwicklung des lettischen Exporthandels werden vom lettischen Statistischen Amt für 1921 folgende Angaben gemacht: Dem Werte nach spielen Holz und Holzmaterialien die wichtigste Rolle. Es wurden insgesamt 189<sup>2</sup>/<sub>3</sub> Millionen Kilogramm im Werte von rund 764 Millionen Rubeln exportiert und zwar gingen nach Grossbritannien 133<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. kg im Werte von 528 Mill. Rbl.

Holland	22	„	„	„	„	„	98 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	„	„
Deutschland	14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	„	„	„	„	„	52 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	„	„
Belgien	7 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	„	„	„	„	„	39 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	„	„
Frankreich	6 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	„	„	„	„	„	24 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	„	„

d. h. England stand bei weitem an erster Stelle. Den zweiten Platz unter den lettischen Exportwaren des Jahres 1921 nahm Flachs ein. Die Ausfuhr betrug insgesamt 6,4 Mill. kg im Werte von rund 700 Mill. Rubel. Davon gingen nach Deutschland 2,3 Mill. kg für 250 Mill. Rbl., nach Belgien 2,4 Mill. kg im Werte von 253 Mill. Rbl., nach England 1,1 Mill. kg im Werte von 123<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mill. Rbl. Der Rest entfiel auf Frankreich. Während im Jahre 1920 der Absatz lettischen Flachses nach Deutschland ausserordentlich gering war und nach England über 70% betrug, entfielen im Jahre 1921 auf Deutschland 36%, auf Belgien 39% und auf England nur noch 17%. Das Interesse Englands am lettländischen Flachsmarkt scheint abzunehmen, nachdem weder England noch Lettland mit den Verträgen auf Grund des Flachsmonopols gute Erfahrungen gemacht haben.

tungsvoller ist das rasche Fussfassen Deutschlands gegenüber den anderen Staaten, die bereits in den Jahren 1919/20 eine umfangreiche geschäftliche Tätigkeit in Lettland aufgenommen hatten. Man kann mit Recht von einer Eroberung des lettischen Absatzgebietes durch Deutschland sprechen, wie die Rigaer Presse sich ausdrückte.

Ueber die Verschiebung der Verteilung der einzelnen Länder am Import nach Lettland gibt folgende Tabelle einen interessanten Ueberblick:

	1920	1921
Deutschland . . . . .	18,55%	48 %
England . . . . .	20,66%	14,3%
Dänemark <sup>1)</sup> . . . . .	21,46%	7,8%
Amerika . . . . .	1,80%	9,1%
Holland . . . . .	4,61%	4,9%
Schweden . . . . .	11,62%	—
Norwegen . . . . .	5,84%	—
Frankreich . . . . .	2,26%	2,4%
Litauen . . . . .	—	2,3%
Russland . . . . .	—	0,2%
Uebrige Länder . . . . .	—	1,4%

Freilich hat zu dieser für Deutschland günstigen Entwicklung der ausserordentlich niedrige Stand der deutschen Valuta im erheblichen Maße beigetragen. Doch selbst wenn man von diesen für ein Fussfassen deutscher Firmen in Lettland vorteilhaften Uebergangserscheinungen absieht, so wird doch die günstige geographische Lage und die Struktur beider Länder, die besonders, solange die lettländische Industrie noch nicht den Bedürfnissen des Landes entsprechend ausgebaut ist, gegenseitige Ergänzungsmöglichkeiten bietet, Deutschland einen Vorsprung lassen. Auch die Beziehungen aus dem Frieden sprechen dafür, dass Deutschland in absehbarer Zeit wahrscheinlich der Hauptlieferant Lettlands bleiben wird. Sollte für Lettland eine dauernde Stabilisierung der Währung nicht möglich sein, dann würden sich diese Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland auch dadurch bemerkbar machen, dass die lettische Valuta über Deutschland notiert und dem Einfluss der Schwankungen der deutschen Valuta ausgesetzt sein würde. Seit der Reform des Finanzministers Kalning, dem eine Stabilisierung der Währung bisher geglückt ist, hat aber der Sturz der deutschen Mark auf den lettischen Rubel keinen Einfluss gehabt.

<sup>1)</sup> Hier handelte es sich zumeist nicht um einen Import aus sondern über Dänemark. Es waren in erster Linie Waren aus Amerika, die in Dänemark umgeladen wurden.



Von geringerer Tragweite ist der Einfluss, den das an der Ausfuhr beteiligte Ausland auf die Währung eines Landes ausüben kann. Auch hier ist aber auffallend, dass Deutschland, das im Jahre 1920 noch an siebenter Stelle stand, im ersten Halbjahr 1921 an die dritte Stelle gerückt ist. Ueber die Entwicklung des Ausfuhrhandels zwischen Lettland und den in Frage kommenden Ländern sei folgende Zusammenstellung angeführt:

	in Prozenten	
	1920	1921
England . . . . .	67,5	35,5
Russland . . . . .	—	9,4
Deutschland . . . . .	1,25	18,0
Litauen . . . . .	—	2,9
Frankreich . . . . .	6,38	5,1
Belgien <sup>1)</sup> . . . . .	6,88	16,0
Estland . . . . .	0,42	1,5
Holland . . . . .	9,82	5,0
Dänemark . . . . .	2,89	1,8
Amerika . . . . .	0,17	1,1
Schweden . . . . .	2,68	1,0

Die Zahlen über den Aussenhandel Lettlands ergeben, dass die Handelsbilanz im Jahre 1921 und in den ersten Monaten von 1922 noch stark passiv war. Unter dem Druck der aktiven Finanzwirtschaft und der stabilen Währung gestaltete sich aber die Zahlungsbilanz aktiv. Das ist ein Schluss, der sich mit logischer Konsequenz aus der Entwicklung der Verhältnisse ergibt. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz gegenüber der stark passiven Handelsbilanz ist in der Hauptsache auf dem Wege der Kreditgewährung und Kapitalinvestierung erfolgt. Besonders schwierig muss die Lage Lettlands daher in Bezug auf die dauernde Stabilisierung der Währung werden, wenn das Ausland mit seinem Vertrauen zurückhält.

Auf die Zukunftsaussichten und Möglichkeiten der lettischen Handels- und Zahlungsbilanz lassen die Zahlen von 1920/21 und 1922 bereits einen gewissen Schluss zu. Die landwirtschaftliche Produktion beginnt bereits nach den Entwicklungshemmungen der Uebergangszeit zu steigen, und es ist anzunehmen, dass wir es hier mit einer aufsteigenden Linie zu tun haben werden. Die Industrie wird zwar mit grösseren Ausfuhrmengen zur Aktivgestaltung der Handelsbilanz in absehbarer Zeit nicht beitragen können, da sie sich zunächst noch auf die Deckung des Inlandsbedarfs, der infolge der rigorosen Zollpolitik zu einem erheblichen Teil unbefriedigt

<sup>1)</sup> Kommt besonders als Konsument lettischen Flachses in Frage.



geblieben ist, beschränken muss. Wahrscheinlich werden sogar zum Aufbau der Industrie wie übrigens auch der Landwirtschaft erhebliche Einfuhrwerte an Maschinen die Bilanz belasten. Andererseits dürfte aber dieses Moment nicht so schwer ins Gewicht fallen, weil mit einem Aufbau, der mit Hilfe der Einfuhr von Produktionsmitteln erfolgt, fast gleichzeitig zumeist auch eine Steigerung der Ausfuhr verbunden ist. Was schliesslich den Handel als Faktor in der Zahlungsbilanz anbetrifft, so ist zu betonen, dass die Ergebnisse des Transitverkehrs für Lettland in den Jahren 1920 und 1921 verhältnismässig ungünstig waren und dass daher für die Zukunft die besten Entwicklungsaussichten allein schon auf Grund der geographischen Lage der lettischen Häfen bestehen.

Dass sich Lettland mit seiner Zahlungsbilanz im Aufsteigen befindet, hat wohl auch der Finanzminister Kalning, als er zur Währungsreform schritt, erkannt. Trotzdem besteht die Tatsache, dass er zur Zeit der Inangriffnahme seines Planes Mitte des Jahres 1921 noch mit einer stark passiven Wirtschaftsbilanz zu rechnen hatte. Zum mindesten konnte er mit einer automatischen, gleichzeitig vor sich gehenden Gesundung der Wirtschaft auf Grund einer aktiven Zahlungsbilanz und mit einer Stützung seines Planes durch die fortschreitende Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zunächst noch nicht rechnen; er musste sich vielmehr bei Beginn seiner Massnahmen darüber klar sein, dass er an sich gegen den Strom schwimmen wollte und dass es sich bei seinen Versuchen in der Tat um Gewaltmassnahmen handeln musste. Diese Feststellung wird umso bedeutungsvoller, wenn wir erkennen müssen, dass auch die Finanzlage derart war, dass von ihr aus eine automatische Gesundung der Währungsverhältnisse in kürzerer Zeit ebenfalls nicht erwartet werden konnte.

## 6. Die Finanzlage und die Kreditverhältnisse.

Finanzminister Kalning wollte die Währung zunächst sanieren, um mit Hilfe einer stabilen Währung die Wirtschaftsverhältnisse einer Gesundung entgegenzuführen. Als das primäre war also die stabile Währung gedacht, der dann die Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse folgen sollte. Bei einer solchen Währungsreform musste daher von einer Reihe einschneidender finanzieller Massnahmen ausgegangen werden. Neben einer Sanierung der finanziellen Verhältnisse hoffte der Finanzminister wohl auch in erster Linie, sich der Hilfe ausländischen Kapitals in Form von Anleihen bedienen zu können, um das Defizit der Wirtschaft, soweit es sich um produktiven Konsum handelte, auf diesem Wege auszugleichen.

Er hatte einen schweren Kampf durchzuführen, als dessen Ergebnis die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse Lettlands zu betrachten ist. Das erste Budget des Staates wurde für 1920/21 aufgestellt. Es war jedoch unvollständig und unübersichtlich. Als Finanzminister Kalning sein Amt antrat, erklärte er daher, dass bei dem Chaos der finanziellen Wirtschaft Lettlands ein richtiges Jahresbudget schwer aufzustellen sei, und er wirtschaftete zunächst mit einem provisorischen Quartalsbudget, das entsprechend den Ausgaben und Einnahmen der vorhergehenden Zeit aufgestellt war. Anfangs wollte der neue Finanzminister sogar sein Budget in französischen Franken ausarbeiten lassen, was jedoch misslang.

Das Budget des Jahres 1920/21 schloss trotz grösster Sparsamkeit mit einem Defizit von über 1 Milliarde Rubel ab. Der Voranschlag für 1921/22 zerfiel in drei Teile, in einen ordentlichen, einen speziellen und einen ausserordentlichen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 9,852 Milliarden Rubel, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung 6500 Rubel jährlich. In den ordentlichen Ausgaben nahmen das Kriegsministerium mit 1,5 Milliarden Rubel und das Verkehrsministerium mit 1,78 Milliarden Rubel die ersten Stellen ein,

ihnen folgte das Ackerbauministerium mit 766 Millionen, das Ministerium des Innern mit 332 Millionen, das Bildungsministerium mit 297 Millionen, das Finanzministerium mit 180 Millionen und das Ministerium des Aeusseren mit 119 Millionen Rubel. Die speziellen Ausgaben enthielten gegen 2 Milliarden für den Unterhalt der Staatsmonopole. In den ausserordentlichen Ausgaben waren 268 Millionen Rubel für das Kriegministerium und 224 Millionen für das Eisenbahnministerium vorgesehen. In die ausserordentlichen Ausgaben sind eingeschlossen 1,09 Milliarden Rubel für die Wiederherstellung der zerstörten Wirtschaft, darunter 340 Millionen als Darlehen<sup>1)</sup> für Landwirtschaft und Industrie.

Die ordentlichen Einnahmen des lettischen Staates wurden auf 4,91 Milliarden Rubel veranschlagt, die speziellen, vornehmlich aus den Staatsmonopolen, auf 3,538 Milliarden und die ausserordentlichen auf 151 Millionen Rubel. Die Einnahmen beziffern sich demnach auf 8,599 Milliarden Rubel, denen ein Ausgabenetat von 9,852 Milliarden Rubel gegenübersteht. Nur zum Teil wurde das Defizit durch Emission neuer Papiergeldmengen gedeckt. Vielmehr gelang es infolge grösster Sparsamkeit und rücksichtsloser Erfassung aller finanziellen Quellen, die Notenpresse zum Stillstand zu bringen.

Die inneren Schulden des lettländischen Staates beliefen sich am 1. November 1921 auf 17,6 Millionen lett. Rubel, eine fünfprozentige lettländische innere Unabhängigkeitsanleihe in Höhe von 5 Millionen lett. Rubel und eine vierprozentige Prämienanleihe aus dem Jahre 1920. Die auswärtigen Schulden werden zur gleichen Zeit auf 51 220 740 Goldfrank angegeben. Ausserdem ist dem lettischen Kabinett vom Finanzministerium ein Projekt einer achtprozentigen auswärtigen Anleihe in Gold zugegangen, sie soll zur Hebung der Transportverhältnisse, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sowie zur Unterstützung der neuen Wirtschaften dienen. Ihre Höhe beträgt 50 Millionen Goldfrank oder 2,5 Milliarden lett. Rubel und wird durch die gesamten Zolleinnahmen und die Hafensteuer garantiert.

Seit seinem Amtsantritt war Finanzminister Kalning

---

<sup>1)</sup> Die lettländische Regierung hat beispielsweise in der Zeit vom 1. April bis 31. August 1921 folgende Staatsdarlehen gewährt: für Hebung der Landwirtschaft, langfristige lett. Rbl. 31 996 701, kurzfristige 52 372 863, für Hebung der Industrie und Schifffahrt 30 011 307, für Fischerei 105 000, für Banken und Genossenschaften 2 857 863, für Instandsetzung der Häuser 1 995 000, für Selbstverwaltungsorgane 42 017 677, für Institute für Volksbildung 5 803 524 und für Ausbeute der Torfmoore 100 Mill.

eifrigst bemüht, die Ausgaben einzuschränken und die Einnahmen zu erhöhen. Er bedauerte die unproduktiven Ausgaben besonders deswegen, weil nicht die erforderlichen Mittel für die vom politischen und sozialen Standpunkt notwendige Agrarreform vorhanden seien und deshalb bedenkliche Folgen für das Wirtschaftsleben in Erscheinung treten könnten. Starken Widerstand leistete der Finanzminister, als es sich darum handelte, eine weitgehende Herabsetzung der Zölle vorzunehmen. Infolge seiner unermüdlichen Arbeit ist es ihm schliesslich gelungen, den Voranschlag des Staatshaushaltes für das Rechnungsjahr 1922/23 auszugleichen. Doch gestalteten sich die Arbeiten für das Budget 1922/23, das im Juni 1922 der Verfassungsgebenden Versammlung zugegangen und von ihr genehmigt ist, sehr schwierig. Die Einnahmen werden auf 8 068 500 000 und die Ausgaben auf 7 390 220 000 lett. Rubel veranschlagt, sodass sogar ein freier Ueberschuss verbleibt, der für den Ausbau des Transportwesens verwandt werden soll, und zwar sollen 78 Mill. für den Bau der neuen Eisenbahn Libau—Riga und 100 Mill. für Hafenbauarbeiten angewiesen werden. Wenn diese Angaben stimmen und wenn vor allen Dingen diese Zahlen den Tatsachen entsprechen und nicht nur auf dem Papier stehen werden, dann ist eine unverkennbar grosse Leistung vollbracht.

Besonders günstig gestaltete sich das Eisenbahnbudget für 1922/23. Schon das Wirtschaftsjahr 1921/22 ist fast programmässig verlaufen, man hatte die Einnahme auf 1 090 000 000 berechnet, die dann auch wirklich eingegangen sind. Mit der für die ordentlichen Ausgaben vorgesehenen Summe von 891 Millionen ist man ausgekommen. Die ausserordentlichen Ausgaben in Höhe von 136 Millionen sind dagegen nicht verbraucht, da nicht alle vorgesehenen Arbeiten erledigt werden konnten.

Es wird befürchtet, dass sich für das Budgetjahr 1922/23 ein nicht unbedeutender Fehlbetrag herausstellen wird, denn eine Finanzpolitik, die wie bisher allein den Interessen der Währung entsprach, wird sich auf die Dauer nicht durchführen lassen. Zunächst sollen die Zölle herabgesetzt werden, und das würde die Einnahmen wesentlich vermindern. Das Branntweinmonopol, das infolge ausserordentlich hoher Branntweinpreise erhebliche Einnahmen brachte, liefert in der Gegenwart infolge Entstehens von Geheimbrennereien dauernd sinkende Einnahmen. Dazu stehen in nächster Zeit nicht unerhebliche Ausgaben in Aussicht. Während der Finanz-



minister bisher mit allen Zahlungen, wo es nur angängig war, zurückgehalten hat, werden in nächster Zeit Zahlungen fällig, die nicht mehr hinausgeschoben werden können. Man rechnet verschiedentlich mit Sonderausgaben von etwa 3 Milliarden Rubel, um deren Beschaffung man sich bemüht. U. a. war eine Zwangsanleihe von 500 Millionen Rubel geplant, für die aber keine Partei gewonnen werden konnte. Der Finanzminister versuchte ständig auch im Auslande Anleihen unterzubringen. Zwar ist es der Tatkraft des Finanzministers seit Beginn seiner Reform gelungen, den Kurs des lettländischen Rubels stabil zu erhalten, doch kann es kaum entgehen, — und die immerwährenden ernstesten Warnungen des Finanzministers sprechen auch dafür — dass es in der Tat nur durch Aufwendung aller Kräfte möglich gewesen ist, ein Sinken der Währung zu verhindern.

Lettland ist ein kapitalarmes Land und bedarf auf der andern Seite erheblicher Kapitalmengen, um die Agrarreform durchzuführen und seine zerstörte Industrie aufzubauen. Neben der Kapitalknappheit hat sich als Folge der durch Gewaltmassnahmen erzwungenen Währungsbesserung ausserdem ein empfindlicher Geldmangel bemerkbar gemacht. Unter diesen Umständen hat die Gestaltung des Geld- und Kapitalmarktes dazu geführt, dass zu Zeiten Barkredite bei den Banken nur in geringen Beträgen und gegen einen sehr hohen Zinsfuss, oft bis zu 5% monatlich — in einem Lande, das seit einem Jahre eine stabile Währung aufzuweisen hat — zu erhalten sind. Der Grund liegt zu einem Teil auch in der allgemeinen Unsicherheit und in dem Misstrauen des Volkes, das seit 1914 eine Währungsepisode nach der andern durchzumachen hatte, die für die Gläubiger ausserordentlich verlustreich waren. Die Bevölkerung hat aus den trüben Erfahrungen seit 1914 und und aus den erlittenen Verlusten gelernt. Jahrelang sind die Banken auf Grund von Moratorien ihren Schuldverpflichtungen nicht nachgekommen. Zu einem Teil zieht es daher die Bevölkerung vor, ihre Ersparnisse in ausländische Valuta umzuwechseln und nicht aus der Hand zu geben.

Wenn auch seit Eintritt stabiler Währungsverhältnisse das Vertrauen zum eigenen Geld gewachsen ist, so ist anderseits aber die innere wirtschaftliche Lage einer Beruhigung auf dem Geld- und Kapitalmarkt zweifelsohne bis auf den heutigen Tag sehr hinderlich, ein Moment, das man in Lettland nicht genügend zu würdigen scheint. Unter diesen Umständen verfügen die Banken nur in geringem Maße über flüssiges Geld und können nur kleine Darlehen gewähren. Sie leihen ihr Geld

nur zu dem genannten, für Lettland ausserordentlich hohen Zinsfuss aus, der gesetzlich nicht als Wucher gilt, da seine Grenze nach oben mit 8% monatlich festgelegt wurde. Immerhin haben sich die Kreditverhältnisse im Laufe des Jahres 1922 bereits merklich gebessert.

Von schwerwiegender Bedeutung ist der überhohe Zinsfuss auf das gesamte kaufmännische und gewerbliche Leben, weil es fast garnicht möglich ist, Kredit in Anspruch zu nehmen. In der Tat wird Kredit nur zu sehr kurzfristigen Transaktionen, häufig wohl zu Geschäften zweifelhafter Art, in Anspruch genommen. Besonders aussichtslos liegen die Verhältnisse zur Zeit auch in Bezug auf den Obligationskredit; hier ist vor allem die gesetzliche Bestimmung hindernd, wonach die Verpfändung von Immobilien nur mit jedesmaliger Genehmigung des Justizministers zulässig ist, der im Einvernehmen mit dem Finanzminister darüber entscheidet. Ferner ruht auf der Verpfändung eine schwere Steuerlast, die lange Zeit noch dadurch verdoppelt wurde, dass die einprozentige Stempelsteuer und zweiprozentige Genehmigungsgebühr in Gold zu zahlen war, der Umrechnungskurs aber amtlich auf 1 Goldlat = 100 lett. Rubel festgesetzt wurde, während der Kurs des Goldlats an der Börse nur etwa 50 lett. Rubel war.

Einen Pfandbriefkredit gibt es nach Aufhebung der früheren Agrarbank fast garnicht mehr; denn die Aufhebung wurde vorgenommen, bevor die geplante staatliche Bank, die erst im Anschluss an die Emissionsbank geschaffen werden sollte, ins Leben trat. Für die Städte bestehen allerdings noch die alten Institute, doch ist ihre Tätigkeit vor allem durch die gesetzliche Verfügung, die die Ausstellung der neu zu emittierenden Pfandbriefe in Goldlat (Goldfrank) vorschreibt, eingeengt. Denn infolge dieser gesetzlichen Bestimmung vermeidet es der Hausbesitzer, ein Pfandbriefdarlehen aufzunehmen, von dem er nicht weiss, wieviel lett. Rubel er einst zu seiner Tilgung benötigen wird. Ausserdem ist auch hier die Besteuerung aussergewöhnlich hoch.

Von der Eröffnung der Emissionsbank versprach man sich auch eine günstige Wirkung auf die Gründung von Privatbanken, der bis jetzt immer noch verschiedene Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Die Konkurrenz unter den Privatbanken wird wahrscheinlich zu einer Verminderung der Diskontsätze und zu einer Herabsetzung des Zinsfusses beitragen und eine normale Entwicklung des Geldmarktes anbahnen.

In engster Fühlung mit der Emissionsbank soll die

Agrarbank stehen. Wie es ohne eine Emissionsbank unmöglich ist, die Geldreform durchzuführen und eine stabile Valuta zu erlangen, so kann ohne eine Agrarbank die Agrarreform nicht durchgeführt werden. Die Agrarbank wird anfängliche kurzfristige Darlehen in bar gewähren. Es ist allerdings geplant, auch schon im ersten Operationsjahr langfristige Pfandbriefe auszustellen, jedoch besteht zur Zeit noch wenig Hoffnung, auf diese Weise nennenswerte Einnahmen zu erzielen. Erst wenn die lettländische Valuta endgültig stabilisiert und die Aufrechterhaltung der Goldlatrechnung dadurch gesichert ist, wird man nicht mehr zu befürchten haben, dass die in Pfandbriefen angelegten Kapitalien ihren Wert verlieren könnten; dann erst wird es möglich sein, in grösserem Umfange Pfandbriefe zu emittieren und sie auch auf ausländischen Märkten zu realisieren.

## 7. Die Währungs- und Wirtschaftspolitik.

Betrachten wir die eingeschlagene Währungs- und Wirtschaftspolitik in ihrer Wirkung auf Landwirtschaft, Handel und Industrie, so sehen wir, dass die währungs- und wirtschaftspolitischen Massnahmen auf die Landwirtschaft nur indirekt von Einfluss waren, nachdem durch die eingeleitete Agrarreform der Entwicklung einmal die Richtung gegeben war. Nach Massgabe der verfügbaren Mittel, mit denen man jedoch aus währungspolitischen Rücksichten sehr vorsichtig umgehen musste, liess man sich eine Förderung des begonnenen Werkes anlegen sein. Anders stand es mit Industrie und Handel; denn sie wurden durch die Wirtschaftspolitik der Regierung unmittelbar beeinflusst, ohne dass eine solche Einflussnahme in dieser oder jener Richtung beabsichtigt war. Zumeist war die Entwicklung in Handel und Industrie eine notwendige, wenn auch unerwünschte Folge der zur Erlangung stabiler Währungsverhältnisse eingeschlagenen Wirtschafts- und Zollpolitik.

In der ersten Zeit des Bestehens der lettländischen Republik war weder in der Währungs- noch in der Zollpolitik eine einheitliche Linie zu erblicken. Durch die finanzielle Notlage gezwungen, schritt man in rascher Folge zur Ausgabe grosser Mengen von Staatskassenscheinen, die zu einer Entwertung des lettischen Rubels führten, und übte damit auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zunächst einen gewissen anregenden Einfluss aus. Besonders deutlich spiegelte sich die anfängliche Planlosigkeit der lettischen Wirtschaftspolitik in der Zollpolitik wieder, die ständig wechselte und erst seit etwa Mitte 1921 festere Formen annahm.

Bei den Wirkungen der Zollpolitik auf die Entwicklung der Industrie muss man zwischen der Kleinindustrie einschliesslich der handwerksmässigen Betriebe und der Gross-



industrie unterscheiden. Während die Kleinindustrie infolge der Finanzauslandspolitik und des dadurch unbefriedigt bleibenden Bedarfs des Inlandes einen treibhausartigen Aufstieg erfuhr, fehlte es der Grossindustrie in der Hauptsache an den notwendigen Maschinen und Rohstoffen, auf deren Einfuhr bis gegen Ende 1921 zum Teil nicht unerhebliche Zölle lagen, und vor allem am Auslandsabsatz für die infolge der stabil gewordenen Währung verhältnismässig teuren Waren. Man kann daher sagen, es herrschte eine Auslandspolitik, die für die Entwicklung der Kleinindustrie von Vorteil war, die Entwicklung der Grossindustrie aber mehr oder weniger hemmte. In der Tat zeigte die Entwicklung in Lettland die Tendenz zur Entfaltung der Kleinindustrie<sup>1)</sup>. Aber nicht nur die Auslandspolitik machte sich hemmend bemerkbar, sondern auch der ausserordentliche Kapitalmangel, unter dem das Land litt und durch den der Inlandskonsum beschränkt war. Die Heranziehung ausländischen Kapitals zum Wiederaufbau der Grossindustrie wurde schliesslich noch dadurch erschwert, dass die Steuerpolitik eine Rentabilität der Betriebe nicht ermöglichte.

Das Verhalten des Auslandes Lettland gegenüber ist verschiedentlich zurückhaltend, und zwar ist der Kredit Lettlands zum Teil dadurch stark erschüttert worden, dass es eine Wirtschaftspolitik getrieben hat, bei der ein grosser Teil der eingerichteten ausländischen Unternehmungen Ende des Jahres 1921 geschlossen werden musste. In der Hauptsache handelte es sich hierbei allerdings um Handelsunternehmungen. Die Besteuerung von Industrie und Handel war im Verlaufe des letzten Jahres unerträglich, dazu kam, dass der Kurs des Goldlat, der bei Zahlung von Steuern und Zöllen als Grundlage diente, eine zeitlang willkürlich bestimmt war. Durch die Festsetzung des Umrechnungskurses 1 Goldlat = 100 lett. Rubel, während er auf Grund der Börsennotierung nur 50 lett. Rubel betragen durfte, sind die Abgaben vorübergehend in Wirklichkeit um 100% erhöht worden. Die hohe Besteuerung und die teuren Löhne haben es in Verbindung mit geringen Leistungen der Arbeiterschaft zum Teil mit sich gebracht, dass die inländischen Erzeugnisse trotz der riesigen Einfuhrzölle gegenüber den ausländischen Waren nicht mehr konkurrieren konnten. Die Folge war, dass auch immer mehr kleinere und mittlere Betriebe geschlossen wurden oder in Konkurs gerieten. Eine grosse Anzahl der englischen, französischen, holländischen und schwedischen Unternehmer, die in Lettland Kapital

---

<sup>1)</sup> Siehe oben.

zu investieren beabsichtigten, haben ihre Betriebe Ende 1921 aufgegeben<sup>1)</sup>.

Die guten finanziellen und währungspolitischen Erfolge des Finanzministers haben also auf der andern Seite auch ihre Schatten geworfen. Infolge zu starken Anziehens der Steuer-schraube ist manches zusammengebrochen, was für den Aufbau des Landes von besonderem Wert war, vor allem der Versuch des ausländischen Kapitals, sich in Lettland zu betätigen. Die Wirtschaftsverhältnisse Lettlands sind heute noch als abnormal zu bezeichnen. Die Währungs-sanierung ging auf Rechnung der Gesun-dung der Wirtschaft. Ein Land, das einen fünfjährigen Krieg hinter sich hatte, dessen Bewohner durch die dauernd wechselnden Währungen und eingetretenen Währungszusammenbrüche schwere Schäden erlitten haben, braucht zum Wiederaufbau Kapital, braucht vor allem, wenn es das notwendige Kapital nicht aus sich heraus aufbringen kann, ausländischen Kredit. In diesen Zusammenhängen liegen die Nachteile der währungspolitischen Massnahmen des lettländischen Finanzministers. Mit dem zur Zeit stabilen Kurs des lett. Rubels ist er nicht am Ende sondern erst mitten in seiner Währungsreform; er hat sozusagen erst den technischen Teil hinter sich.

Aengstlich wahrte die lettländische Regierung mit drako-nischen Mitteln den erzielten Stand der lettländischen Valuta und ging trotz mancher Notlage nicht dazu über, weitere Kassenscheine zu emittieren, obwohl der Mangel an Zahlungsmitteln zuweilen ausserordentlich gross war. Die Regierung hat vielmehr zur Deckung ihres Bedarfs lieber dauernd hohe Beträge bei der staatlichen Spar- und Kredit-bank, die durch Verordnung vom 18. August 1921 aus der lettländischen Staatssparkasse entstanden war, entnommen und sich auf diese Weise zu helfen versucht. Am 1. März 1922 stand das Konto des Kreditdepartements auf 113,4 Mill., am 1. April auf 224,7 Mill. Rubel. Manchmal wurde dieses Konto derart in Anspruch genommen, dass die Bank nicht Geld genug hatte, um grössere private Wechsel sofort zu honorieren.

Wie ungeklärt die wirtschaftliche Lage Lettlands ist, geht daraus hervor, dass das Ergebnis der bisherigen Währungs- und Zollpolitik, die hohe Bewertung der lettländischen Valuta,

---

<sup>1)</sup> Ueber die ausserordentlich starke Besteuerung von Industrie und Handel in Lettland siehe „Osteuropäische Wirtschaftszeitung“ Nr. 23 vom 8. Juni 1922: „Steuern auf Handel und Industrie in Lettland“.

im striktesten Gegensatz zur inneren Kaufkraft der Währung, dass die Teuerung im Lande mit wenigen Ausnahmen im umgekehrten Verhältnis<sup>1)</sup> zum absoluten Wert des lettländischen Rubels steht. Das Preisniveau bewegt sich in Lettland heute durchschnittlich etwa 30% höher als die Weltmarktpreise. Gerade gegen Ende des Jahres 1922 ist eine abermalige Preissteigerung mit etwa 8% zu verzeichnen gewesen. Lettland ist somit eines der teuersten Länder. Eine solche Entwicklung ist nur möglich, weil trotz Warenmangels jegliche Einfuhr ferngehalten wird und auf den weniger lebensnotwendigen Artikeln ausserordentlich hohe Einfuhrzölle liegen. Lettland hat gleichsam eine hohe Schutzmauer um sein Wirtschaftsgebiet gelegt und dadurch einen mehr willkürlichen Stand seines Geldes herbeigeführt.

Der Handel hatte einmal unter der Beschränkung der Einfuhr, dann aber vor allem auch unter den enormen Steuern zu leiden, sodass eine Entfaltung grösserer Handelsunternehmungen im Laufe der letzten anderthalb Jahre nicht möglich war. Auch der Transithandel nach Russland hatte trotz aner kennenswerter Bemühungen, hier Erleichterungen zu schaffen, unter den drakonischen Finanzmassnahmen zu leiden, was mit dazu beitrug, dass Lettland als Brücke für den Warenverkehr nach Russland zeitweilig gegenüber Estland zurücktrat.

Im allgemeinen war in den Jahren 1919 und 1920 die Einfuhr von Getreide, Kartoffeln, Zucker, Pferden, Hornvieh u. a. frei. Für Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen, Salz, Fleisch, Butter, Geflügel etc. wurden 2% Zoll vom Fakturenwert erhoben. Der Zoll erhöhte sich bei Artikeln, die im Lande produziert werden konnten, wesentlich, um bei Luxuswaren 100% zu erreichen.

Mitte 1921 wurde ein Zolllarif eingeführt, der in allen Kreisen der Kaufmannschaft lebhaft Klagen laut werden liess. Denn er entsprach rein finanziellen Interessen und war lediglich als ein Mittel der Währungsreform des Finanzministers anzusehen. Den berechtigten Klagen aus Kreisen des Wirtschaftslebens hat sich aber die Regierung schliesslich nicht verschliessen können, und es wurde aus Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung eine Kommission gegründet, die unter Zuziehung von Fachleuten den bestehenden Zolllarif einer eingehenden Prüfung unterzog.

Die Bestrebungen zur Revision des Zolllarifs führten zur Annahme eines neuen Einfuhrzolllarifs, der am

<sup>1)</sup> Alfred M. Frauenstein, Riga, in „Der Osten“ Nr. 10 vom 4. Dezember 1921 S. 219: „Zur Finanzpolitik Lettlands“.



23. Mai 1922 von der Verfassungsgebenden Versammlung angenommen wurde und am 2. Juli 1922 in Kraft trat. Die Zollsätze sind gegen den Widerspruch des Finanzministers zunächst um durchschnittlich mehr als die Hälfte herabgesetzt worden. Ermässigt wurden die Zollsätze für Manufakturwaren, Leder, Petroleum, Chemikalien, Fischereigeräte; zollfrei sind landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und andere Bedarfsartikel. Für Zucker, Mehl und Kochsalz sind die alten Zollsätze beibehalten worden. Der neue Zolltarif berücksichtigt die Wirtschaftsbedürfnisse des Landes weit mehr als der Tarif des Vorjahres. Gegenwärtig ist abermals ein neuer Zolltarif in Vorbereitung, der eine weitere Herabsetzung des Zolles vorsieht, um dem inzwischen gesunkenen Preiniveau und der allmählich eintretenden Gesundung Rechnung zu tragen.

Wir sehen das lettische Wirtschaftsleben um die Mitte des Jahres 1922 gleichsam in einem Uebergangsstadium; infolge der gewaltsamen Währungsreform ist die Währung zwar stabil, Industrie und Handel aber erlahmt. Aufgabe des Finanzministers wird es sein, nunmehr neben der stabilen Währung auch wieder das Wirtschaftsleben durch entsprechende Massnahmen in Gang zu bringen. Gewiss haben sich die Verhältnisse in Lettland besonders im Laufe des letzten Halbjahres wesentlich gebessert, sodass seine Aufgabe, einen Ausgleich der Wirtschaftsbilanz bei erträglichen finanziellen Massnahmen herbeizuführen, vielleicht nicht so schwierig sein wird, wie zu Beginn seiner Amtstätigkeit. Aber darüber dürfte Klarheit bestehen, dass in Lettland zur Zeit der keineswegs unbedeutendere Teil der Währungsreform erst beginnt. Während es sich bisher um technische Zwangsmassnahmen handelte, sind in Zukunft Eingriffe auf Grund der Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge notwendig.

Betrachtet man rückblickend die wirtschaftliche Entwicklung Lettlands, so ist festzustellen, dass Lettland im Vergleich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Russlands sich gleichsam als Felsen in einem unruhigen Meer erhalten hat. Trotz grösster Gefahren, die ihm in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gedroht haben, hat es sich zu behaupten gewusst und den Grundstein zu einem normalen Aufbau gelegt. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, dass Lettland in Bezug auf den russischen Transitverkehr nicht hemmend, sondern fördernd gewirkt hat. Diese Tatsache gewinnt im Zusammenhang mit dem Problem Russland-Lettland besondere Tragweite.



## II. ESTLAND.

### 1. Der estnische Staat.

Bis zum Weltkriege teilten Estland und Lettland das gleiche Schicksal, dann aber begann gleich nach Kriegsausbruch eine verschiedene Entwicklung der beiden Wirtschaftsgebiete. Während des Krieges lag Estland weit ab von der Front und hatte daher unter den Kriegs- und Vorsichtsmassnahmen der russischen Regierung in den ersten Jahren des Krieges nicht zu leiden. Lettland dagegen wurde Operationsgebiet und sogar Kriegsschauplatz.

Als im Jahre 1917 in Russland die Revolution ausbrach, war Lettland bereits von den Deutschen besetzt, Estland aber der Revolutionswelle unmittelbar ausgesetzt. Bereits damals begannen in Estland die Loslösungsbestrebungen und führten am 24. Februar 1918 zur Ausrufung einer selbstständigen Republik Estland, der allerdings mit dem bald darauf erfolgten Einrücken der deutschen Truppen ein Ende gemacht wurde. Erst nach dem deutschen Zusammenbruch wurde dann der Freistaat Estland zur endgültigen Tatsache, er sollte ein Staat estnischer Nationalität mit eigener Vertretung und unter möglichster Ausschaltung aller fremdstämmigen Elemente sein.

Die jungestnische Bewegung stand von jeher im Gegensatz zur herrschenden sozialen Oberschicht, den Deutschen, und unter dem Einfluss der Nachwirkungen der Besatzungszeit<sup>1)</sup> war die Stimmung gegen das Deutschtum nur noch verschärft. Zunächst sahen jedoch Esten und Balten den gemeinsamen Feind der jungen Republik im Bolschewismus, und geradezu Erstaunliches wurde in Bezug auf die Abwehr dieses Feindes geleistet. In kurzer Zeit wurde eine Verteidigungsmacht aufgestellt, das Land von der Roten Armee gesäubert und die Grenze abgesperrt. Hervorragenden Anteil an diesen Kämpfen hatte auch ein Baltenregiment, das die

---

<sup>1)</sup> von Bülow-Trummer in „Der Tag“ Nr. 63 vom 11. Februar 1921 „Hätten die Balten während der deutschen Besatzung neben ihren eigenen Interessen auch die des estländischen Volkes genügend zu vertreten gewußt, dann wäre auch jetzt ihre Lage eine bessere gewesen.“

Stütze der estnischen Militärmacht wurde und dem es mit zu verdanken war, dass es den Truppen der Sowjetregierung nicht gelang, das Land zu unterwerfen.

Zunächst nahm der Krieg mit Russland alle Kräfte des jungen Staates in Anspruch und gab auch dem wirtschaftlichen Leben das Gepräge. Der Gegensatz zu Russland war es aber auch, der das Urteil über die Lebensfähigkeit Estlands im Auslande sehr beeinträchtigte und Kredithilfen erschwerte. Es musste daher das Bestreben der estnischen Regierung sein, möglichst bald zu einer Einstellung der Feindseligkeiten zu gelangen und dadurch den Grundstein zur wirtschaftlichen Lebensfähigkeit, die die erste Voraussetzung des politischen Bestandes der jungen Republik war, zu legen.

Bereits am 31. Dezember 1919 wurde zwischen Sowjet-Russland und Estland zu Dorpat ein Waffenstillstand abgeschlossen, der am 3. Januar 1920 in Kraft trat und dem am 2. Februar 1920 der endgültige Friedensschluss folgte. Estland war der erste Staat, der mit Russland Frieden schloss und daher aus den Handelsbeziehungen für seine wirtschaftliche Gesundung ganz wesentliche Vorteile zog. Der Friedensvertrag Estlands mit Sowjetrussland wurde von der russischen Diplomatie als „erste Bresche in die Blockademauer“ bezeichnet. Im Verlaufe der Jahre 1920 und 1921 ist dann eine wesentliche politische und wirtschaftliche Festigung des Staates eingetreten; bereits im Jahre 1921 erfolgte die Aufnahme Estlands in den Völkerbund.

Estland ist mit einem Flächeninhalt von etwa 46 000 qkm, wovon etwa 9,8% auf Inseln entfallen, ein wenig grösser als Holland, Dänemark oder Belgien. Die Gesamtfläche verteilt sich mit

22,9%	auf Ackerland,
20,1%	auf Wald,
24,46%	auf Wiese,
17,48%	auf Weide und
15,14%	auf sonstiges Land, wovon
4,79%	Torfmoore sind <sup>1)</sup> .

Die Gesamtzahl der Bevölkerung betrug nach Angaben der Statistischen Abteilung des Landwirtschaftsministeriums im Jahre 1919 1,04 Millionen; danach ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 22,6 Einwohnern auf 1 qkm. Nur etwa 300 000 Einwohner entfallen auf die Städte und Flecken, der

---

<sup>1)</sup> Nach Angaben des estländischen Wirtschaftsministeriums.

Rest auf das Land. Die Angaben für die Zahl der Bevölkerung von 1919 treffen 1921 und 1922 aber nicht mehr zu, denn die Rückwanderung estnischer Flüchtlinge, besonders aus Russland, ist in den letzten Jahren ausserordentlich stark gewesen. Die Gesamtzahl der Bevölkerung beträgt nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung im Dezember 1922 1 109 479, das sind etwa 24 Einwohner auf 1 qkm. Demnach ist Estland verhältnismässig dünn bevölkert; man hat berechnet, dass Estland 7—10 Millionen Menschen ernähren könnte, wenn es ähnlich stark bevölkert wäre wie westeuropäische Staaten. 90% der Bevölkerung gehören der estnischen Nationalität an, der Rest<sup>1)</sup> setzt sich aus Deutschbalten, Schweden, Juden, Russen, Letten und anderen zusammen.

---

<sup>1)</sup> Für Ende 1920 werden etwa 20 000 Deutsche, 8 000 Schweden, 30—35 000 Russen, 2 000 Juden und 8—10 000 Letten angegeben.

## 2. Die Geschichte der estnischen Mark.

Von der Währungsentwicklung Estlands gewinnt man ein grundsätzlich anderes Bild als von der Lettlands. Während wir es in Lettland seit Mitte 1921 mit einer Reihe wirtschaftspolitischer Zwangsmassnahmen zu tun haben, durch die man die Währung allmählich zu bessern versuchte, ist in Estland das Sinken und Steigen der Währung das Ergebnis natürlicher Entwicklung, deren Voraussetzung die Ereignisse der Nachkriegszeit und die geringen Zerstörungen während des Krieges sind.

Die Wurzel der heutigen estnischen Mark ist der russische Zarenrubel, der bis zur Revolution im Jahre 1917 einziges Zahlungsmittel in Estland war; aus der russischen Währung hat sich dann in Etappen allmählich die estnische Landeswährung herausgebildet. Der während der Revolution ausgegebene Kerenskirubel hatte sich infolge des bald darauf einsetzenden deutschen Vormarsches in Estland nur wenig eingebürgert. Dagegen kam durch die deutsche Besatzungsbehörde der in einem stabilen Verhältnis zur deutschen Markwährung stehende Ostrubel bzw. die Ostmark als zweite Währung ins Land. Während der zehnmonatigen Besatzungszeit drang die Ostmark, die in den Gebieten des jetzigen Litauen und Lettland bereits Eingang gefunden hatte, auch in Estland in den Verkehr. Der Währungskampf mit dem Rubel, von dem wir bei Polen, Litauen und Lettland gesprochen haben, machte sich hier weniger bemerkbar; das deutsche Besatzungsgeld, bereits anderwärts eingeführt und anerkannt, stiess auf keinen besonderen Widerstand in der Bevölkerung. Die Umrechnung<sup>1)</sup> vollzog sich, soweit sie erfolgte, reibungslos.

Als Estland zur unabhängigen Republik erklärt wurde, waren 100 000 Ostmark die erste Finanzreserve des neu gegründeten Staates, die jedoch infolge des Krieges für den Bedarf des Staates bei weitem nicht ausreichen konnten. Von der Schaffung einer eigenen Währung versprach man sich daher vor allem auch eine Behebung der Finanznot. In

---

<sup>1)</sup> Hierzu gehören auch Viehzuchten, Samenbauwirtschaften, Brenneisen usw.



Wirklichkeit handelte es sich bei dem Uebergang zur eigenen Währung mehr um eine Umbenennung der deutschen Markwährung als um ein neues Währungssystem, wenn auch im Gesetz formell die Parität der finnischen Mark, Reichsmark : estnischer Mark = 100 : 81 festgelegt wurde. Die Beibehaltung der Markbezeichnung erleichterte den Uebergang, und es traten hier nicht dieselben Härten wie in Lettland ein, da die Umrechnung von Ostmark in estn. Mark im Verhältnis von 1 : 1 erfolgte und zwar sogleich begann. Der Währungswechsel ging daher schnell und gleichsam lautlos vor sich. Die Schwierigkeit bestand lediglich in der Anerkennung im Auslande. Zu grösseren Zahlungen wurde die estn. Mark zum ersten Mal von Norwegen im Frühjahr 1920 angenommen.

Bei dem an sich gesund gebliebenen estnischen Wirtschaftsleben handelte es sich nicht wie in den drei anderen Staaten um einen Wiederaufbau, sondern nur um eine Aufnahme der Betriebe der einzelnen Wirtschaftszweige, nachdem der Friedenszustand wieder eingetreten war. Estlands Währung wäre daher wahrscheinlich nicht so stark gesunken, wenn nicht der Krieg gegen Sowjetrussland grosse Mittel beansprucht hätte, die in der Hauptsache durch die Notenpresse beschafft werden mussten. Der Krieg war schuld daran, dass der estnische Staat grosse Mengen von Papiergeld in Umlauf setzte und damit den Niedergang seiner Währung beschleunigte. Durch Verordnungen der Regierung wurde das Finanzministerium zur Ausgabe von Reichskassenscheinen in stets höherer Summe ermächtigt. Es wurden Kassenscheine zu 50, 100, 200, 500 und 1000 Mk. und daneben auf kleinere Summen lautende Schatzkammerscheine ausgegeben. Der Betrag des im Verkehr befindlichen Papiergeldes<sup>1)</sup> betrug am

1. Februar 1919	16,5 Mill.
1. Januar 1920	591,0 "
1. Januar 1921	2092,2 "
1. Juni 1921	2911,0 "
1. September 1921	2792,8 "
1. November 1921	2743,0 "
1. Dezember 1921	2742,0 "
1. Januar 1922	2757,2 "
1. März 1922	2763,5 "
1. Mai 1922	2870,0 "
1. Juni 1922	2784,6 "

<sup>1)</sup> Zum Vergleich des Notenumlaufes in Estland, England, Frankreich  
(Fortsetzung s. Fussnote auf nächster Seite.)

Das nicht ausgenutzte Emissionsrecht der Staatskasse belief sich am 1. Mai 1922 auf 330 Millionen estn. Mark. Anfang 1919 war die Geldverlegenheit der estnischen Regierung besonders gross. Durch ein Gesetz vom 16. Januar 1919 wurden fünfprozentige kurzfristige Schuldverschreibungen der estnischen Republik an Stelle der üblichen Geldzeichen in Verkehr gesetzt und durch Verordnung des Finanzministers vom 23. Januar zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Auf Grund eines Gesetzes vom 12. August 1921 wurde dieses Notgeld dann bis zum 31. Dezember 1921 wieder eingezogen. Die Folge der durch die finanziellen Schwierigkeiten bedingten Währungspolitik war ein rasches Sinken des Kurses der estn. Mark.

Vor allem durch den Krieg mit Russland geriet Estland in seiner schwersten Zeit, in den Jahren 1919 und 1920, auch dem Auslande gegenüber in Schulden. In bar hatte Estland von der finnischen Regierung 20 Millionen finnische Mark erhalten. Die übrigen Anleihen sind durch Lieferung von Kriegsmaterial und Lebensmitteln aus Amerika, England, Frankreich und teilweise auch aus Dänemark und Finnland entstanden.

Die estnische Regierung versuchte zunächst, ähnlich wie die lettländische, den Kurs für ausländische Währungen in und Dänemark sei folgende Zusammenstellung angeführt:

Staat	Notenumlauf im Jahre 1921 in Millionen	Wert d. engl. Pfundes in der Landes- währung	Gesamtwert der Noten in Millionen engl. Pfund	Bevölke- rungszahl in Millionen	Noten auf einen Bewohner	
					in Landes- währung	in engl. Pfund
England	2/XI. 125 Pf. St. — 313 Ster- lings.-current- notes	—	438	46,9	9,32 Pf. St.	9,32
Frank- reich	3/XI. 37,5 Franken	53	707,5	38,5	974 Franken	18,37
Dänemark	30/XI. 0,5 Kronen	21	24	3,3	151 Kronen	7,2
Estland	7/XI. 2,7 Mark	1500	1,8	1,2	2250 Mark	1,5

estnischer Mark durch amtliche Notierungen festzusetzen, um die rasche Abwärtsbewegung im freien Verkehr und an der Börse nach Möglichkeit zu hemmen. Der Erfolg war der gleiche wie in Lettland, die estn. Mark sank unaufhaltsam weiter, sodass die Ostmark bald wesentlich höher notiert wurde. Ein Umschwung in der Bewertung der estnischen Währung trat erst ein, als der Friede mit Russland zustande kam, und zwar machte sich damals gleichzeitig eine starke Geldknappheit bemerkbar, die zum Teil darauf zurückgeführt wurde, dass das in Helsingfors gedruckte estnische Geld infolge von Eisperre nicht nach Estland gelangen konnte. Zwar kam nach dem Friedensschluss mit Russland das Wirtschaftsleben in Gang, doch wurden zunächst weitere Summen an Papiergeld ausgegeben, sodass das Steigen der estnischen Währung beim Friedensschluss mit Russland nur eine vorübergehende Erscheinung war. Es setzte ein weiteres Fallen ein, das im Juni 1921 seinen Höhepunkt erreichte; damals wurde die deutsche Reichsmark mit 7 estn. Mark notiert. Seit dieser Zeit blieb aber die estnische Währung stabil und zeigte sogar gegenüber dem Dollar<sup>1)</sup> und dem englischen Pfund eine kleine Besserung.

Es genügt, festzustellen, dass die estnische Währung seit über 1½ Jahren nicht mehr gesunken ist. An der Gesundung der estnischen Mark hatte die im Jahre 1919 gegründete Emissionsbank — Eestipank — hervorragenden Anteil. Sie hat ein Aktienkapital von 250 Mill. estn. Mark und besitzt allein das Recht der Notenausgabe. Parallel mit dem Reichsgelde (Reichskassenscheinen) befinden sich als nicht obligatorische Zahlungsmittel auch Banknoten der Eestipank in Umlauf. Ihre Höhe belief sich am 1. Januar 1922 auf 350 Millionen estn. Mark und am 1. Juni 1922 auf 700 Millionen estn. Mark. Vergleichen wir die Entwicklung mit der in Lettland, so sehen wir, dass die estnische Währung nicht so stark gestiegen ist wie die lettische, dass sich aber die estnische Währung ohne währungspolitische Zwangsmassnahmen lediglich auf Grund wirtschaftlicher Gesundung gehoben hat. Die Grundlagen dieser wirtschaftlichen Gesundung sollen in folgendem untersucht werden.

---

<sup>1)</sup> Siehe im Anhang die Kurstabellen und graphischen Darstellungen.

### 3. Die Landwirtschaft.

In der Vorkriegszeit war die Landwirtschaft in dem Gebiet des heutigen Estland der bedeutendste volkswirtschaftliche Faktor. Estland war im Vergleich zur Bevölkerungszahl und in Anbetracht seiner wirtschaftlichen Struktur landwirtschaftlich ausserordentlich hoch entwickelt und wies in den einzelnen landwirtschaftlichen Produktionszweigen, unter denen insbesondere der Anbau von Brotgetreide, die Viehzucht und die Spiritusbrennerei zu nennen sind, nicht unwesentliche Ueberschüsse auf. Eine Schädigung der Landwirtschaft Estlands durch die Zollpolitik Russlands machte sich nicht so stark bemerkbar wie bei den übrigen neuen Oststaaten. Wenn auch die Anbaufläche und der Ertrag an Getreide zum Teil einen langsamen Rückgang aufwies, so war auf der andern Seite eine Intensivierung der Viehwirtschaft eingetreten. Immerhin deckte der Anbau an Brotgetreide in der Vorkriegszeit durchaus den Bedarf. Es war sogar ein Ueberschuss von ca. 131 Mill. kg vorhanden, der allerdings nicht zur Ausfuhr gelangte, sondern als Kraftfutter für das Vieh verwendet wurde. Vor dem Kriege betrug die tägliche Milchproduktion im heutigen Estland  $\frac{1}{2}$  Millionen kg, wovon nach Abzug des eigenen Bedarfs zur Ernährung der Bevölkerung und zum Aufzug von Jungvieh täglich 190 000 kg, oder für das ganze Jahr berechnet, 69,3 Mill. kg für den Export übrig waren. Das bedeutete eine Ausfuhr von 3,4 Mill. Goldrubel im Jahr. Ein wesentlicher Faktor war der Fleischexport, der seinen Weg zum grössten Teil nach Petersburg nahm; die jährliche Fleischausfuhr betrug über 8 Mill. kg im Werte von 1,6 Mill. Goldrubel. Es ergab sich somit aus der Viehwirtschaft ein jährlicher Ueberfluss von 5 Mill. Goldrubel.

Die Entwicklung der Spiritusbrennerei war in den letzten Jahren vor dem Kriege, wie aus folgender Aufstellung<sup>1)</sup> hervorgeht, dauernd im Steigen begriffen:

---

<sup>1)</sup> Der Osten 3. Jahrgang Nr. 4 S. 76.



	Anzahl der Brennereien	Erzeugung in hl
1898—99 (Estland und ein Teil Nordlivlands)	217	29,11 Mill.
1903—04 (Estland und ein Teil Nordlivlands)	207	28,73 „
1909—10 (in der heutigen Republik)	273	36,92 „
1913—14 (in der heutigen Republik)	278	42,45 „

Der Spiritusverbrauch im Lande betrug nicht mehr als 3,7 Millionen hl, sodass man mit einer Ausfuhr von rund 38 Millionen hl jährlich, die einen Wert von etwa 7 Mill. Goldrubel darstellten, rechnen konnte.

Die Aussichten der estnischen Landwirtschaft sind an sich nicht ungünstig, denn der gute Absatz, der die Grundlage für ihre Entwicklung vor dem Kriege bildete, ist auch in der Gegenwart und vor allen Dingen in der nächsten Zukunft gesichert. Trotzdem erhalten wir von den Produktionsverhältnissen der estnischen Landwirtschaft seit dem Kriege kein erfreuliches Bild. Der Krieg und die Revolution in Russland, wie besonders auch die Abtrennung Estlands vom russischen Wirtschaftskörper haben zweifellos die Entwicklung gehemmt; doch in der Hauptsache dürfte die Agrarreform, die auch in Estland an sich unvermeidlich<sup>1)</sup> war, hier aber Folgen gezeigt hat, wie wir sie bei Lettland nicht haben feststellen können, dazu beigetragen haben, dass sich das Bild gegenüber der Vorkriegszeit so sehr verschoben hat. Träger der starken Ueberschussproduktion vor dem Kriege waren die grossen Güter, die nun den Besitzern fortgenommen und in kleine Bauernwirtschaften umgewandelt wurden. Wie sich die Produktion auf Grund der neuen Landverteilung letzten Endes gestalten wird, ist zwar noch nicht zu übersehen. Die bisherigen Ergebnisse haben aber jedenfalls gezeigt, dass wahrscheinlich der Grossgrundbesitz der Vorkriegszeit bessere Erträge geliefert hätte als die kleinen Besitzungen nach Aufteilung der Güter erwarten lassen. Der Unterschied in den Produktionsverhältnissen ist besonders deswegen so gross, weil die Landwirtschaft Estlands gegenüber den anderen neuen Staaten verhältnismässig sehr hoch entwickelt war.

Die Produktion von Brotgetreide ist infolge starken Rückganges des Ertrages im Verhältnis zur Anbaufläche im Jahre 1919, besonders aber im Jahre 1920 ausserordentlich gesunken. Der Ertrag an Roggen und Gerste beläuft sich im Jahre

<sup>1)</sup> 1918 befand sich von dem Gesamtareal 3830667 Dessj. landwirtschaftlich genutzter Fläche der größte Teil, 2219699 Dessj., in den Händen des Gross- und nur 1610968 Dessj. in den Händen des Kleingrundbesitzes. Dabei betrug die Zahl der Grossbetriebe 1147 und die der Kleinbetriebe 50961.

1920 noch nicht auf die Hälfte des Ertrages von 1912, bei Weizen ist das Verhältnis nur um wenig besser. Im folgenden seien die Zahlen für den Anbau und die Erträge im Einzelnen angeführt, die ein anschauliches Bild von den Produktionsverschiebungen geben:

Roggen.		
	Anbaufläche in ha	Erträge in t
1901—10 (Durchschnitt)	165 295	= 171,52
1912	152 407	= 190,46
1916	146 395	= 158,10
1919	132 193	= 128,47
1920	142 025	= 85,77
1921 <sup>1)</sup>	130 445	= 117,04

Gerste.		
1901—10 (Durchschnitt)	135 689	= 134,97
1912	127 167	= 123,38
1916	120 394	= 128,02
1919	104 771	= 97,39
1920	110 452	= 59,31

Weizen.		
1901—10 (Durchschnitt)	10 259	= 11,27
1912	8 456	= 9,88
1916	14 640	= 14,24
1919	13 219	= 12,85
1920	12 433	= 7,48

Roggen, Gerste u. Weizen.		
1912	288 027	= 323,82
1916	281 428	= 303,74
1919	250 183	= 238,60
1920	264 909	= 152,55

Infolge des Rückganges der Erträge belief sich die Einfuhr an Brotgetreide im Jahre 1919 und 1920 zusammen auf ca. 26,2 Mill. kg, während in der ersten Hälfte des Jahres 1921 10,5 Mill. kg eingeführt werden mussten. Noch ungünstiger als in der Getreideproduktion liegen die Verhältnisse in der Viehwirtschaft. Gegenüber der grossen Ausfuhr an Milch und Fleisch in der Vorkriegszeit liegt dieser Produktionszweig in der Gegenwart darnieder und nimmt einen nur sehr langsamen Aufstieg. Statistische Angaben über die Viehwirtschaft im estnischen Staat liegen nicht vor. Doch lässt sich feststellen, dass der Viehbestand durch den Krieg wesentlich abgenommen und auch nach dem Kriege nur wenig zugenommen hat. Berücksichtigt man ferner noch, dass auch

<sup>1)</sup> Für das Jahr 1921 entstammen die Zahlen einer Schätzung des estnischen Landwirtschaftsministeriums.

qualitativ in der Viehwirtschaft ein Rückschritt zu verzeichnen ist, dann ergibt sich, dass Estland für seine wirtschaftliche Bilanz hier einen besonders starken Verlust erlitten hat.

Der dritte wichtige landwirtschaftliche Produktionszweig der estnischen Volkswirtschaft, die Spiritusbrennerei, ist in gewisser Weise sogar in seiner Existenz bedroht. Während des Krieges hatte die Spiritusproduktion in den Jahren 1917 und 1918 infolge des 1914 erlassenen Alkoholverbots vollständig aufgehört. In den folgenden Jahren begannen die Brennereien allmählich wieder zu arbeiten und zwar waren in Betrieb:

1918/19	12 Brennereien,
1919/20	76 Brennereien mit einer Produktion von 3,44 Millionen hl,
1920/21	134 Brennereien mit einer Produktion von 6,27 Millionen hl.

Im Jahre 1920 wurden davon 2,58 Millionen hl ausgeführt.

Trotzdem die Agrarreform Wirtschaftseinheiten schafft, die der Spiritusproduktion nicht förderlich sein dürften, ist auch weiterhin eine Steigerung zu verzeichnen. Denn die estländische Regierung hat die Produktion monopolisiert und ist mit allen Mitteln bemüht, die Erträge, die dem Staate beträchtliche Einnahmen sichern, zu steigern. Es wird versucht, die ungünstigen Wirkungen der Agrarreform auf diesem Gebiete dadurch auszuschalten, dass die Brennereien vom Landbesitz gesondert verpachtet oder in staatlichen Betrieb genommen werden.

Im ganzen hatten wir es im Jahre 1920 mit einem Ausfuhrausfall an landwirtschaftlichen Produkten von rund 11 Millionen Goldrubeln zu tun, der sich mit 3 Millionen Goldrubel auf Milchprodukte, mit 1,5 Millionen Goldrubel auf Fleisch und mit 6,5 Millionen Goldrubel auf Spiritus verteilte. Ausserdem muss gegenwärtig im Gegensatz zur Vorkriegszeit Getreide etwa im Werte von 1 Millionen Goldrubel eingeführt werden, sodass sich etwa ein Produktionsausfall von 12 Mill. Goldrubel gegenüber der Friedenszeit ergibt. Diese Zahlen gelten freilich nur etwa für die Jahre 1920/21, während im Jahre 1922 bereits ein kleiner Aufstieg zu verzeichnen ist. Aber ein Vergleich der Zahlen der Friedenszeit mit denen der Nachkriegszeit ergibt, dass die Landwirtschaft Estlands bei entsprechender Wirtschaftspolitik ausserordentlich entwicklungsfähig ist und dass der bisherige Fortschritt wenig befriedigen kann.

Die geschilderte Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft ist im wesentlichen auf die Agrarumwälzung zurückzuführen. Der Gedanke der Agrarreform ist

in Estland weniger von dem Bestreben, die Produktion zu fördern, als von der Absicht, zu einer dem Zahlenverhältnis der Esten zu den fremden Elementen entsprechenden Grundbesitzverteilung zu gelangen, ausgegangen. Die Forderung einer neuen gerechten Grundbesitzverteilung wurzelt in der Hauptsache in dem nationalen Gegensatz zwischen dem deutschen Grossgrundbesitz und dem estnischen Bauernstand.

Uns interessiert in erster Linie die Frage, welches die Wirkung der Agrarreform ist und wie sie auf die Zahlungsbilanz des jungen Staates wirken wird. Auf diese Frage gibt es nur die eine Antwort, dass die Zahlungsbilanz eine Belastung erfahren wird, und zwar werden sich in Estland weit einschneidendere Wirkungen bemerkbar machen als in Lettland, weil die Landwirtschaft hier trotz extensiver Bewirtschaftung weit höher entwickelt und im Vergleich zu den Aufwendungen wesentlich ertragreicher war. Estland hatte vor dem Kriege im Vergleich zu den Nachbarprovinzen einen gewissen Höhepunkt landwirtschaftlicher Entwicklung erreicht.

Der Grossgrundbesitz umfasse in der Vorkriegszeit 462 Rittergüter mit etwa 2,3 Millionen ha. Die Güter stellten rationell arbeitende und volkswirtschaftlich produktive Wirtschaftseinheiten dar. Mit der Agrarreform, durch die der Kleinbetrieb zur Wirtschaftseinheit werden soll, beginnt die landwirtschaftliche Entwicklung gleichsam von unten. Bevor auf Grund der neuen Wirtschaftsform ein Aufstieg beginnen kann, muss zunächst dem Kleinbetrieb die notwendige entwicklungsfähige Basis gegeben werden, bis zu deren Ausbau dann noch Jahre vergehen dürften.

Während in Lettland der Aufbau der Industrie als ein schwieriges Problem der vollständigen wirtschaftlichen Gesundung zu betrachten sein dürfte, ist es in Estland der Neuaufbau der Landwirtschaft, weil hier die Industrie einen ähnlichen Schaden durch den Krieg, wie die Landwirtschaft durch die Agrarreform, nicht erlitten hat.

Die Agrarreform — auf Grund des am 10. Oktober 1919 von der Konstituierenden Versammlung angenommenen Agrargesetzes — gipfelt in der Enteignung des Grossgrundbesitzes und in seiner Uebernahme in staatliche Verwaltung. Die Erledigung der Entschädigungsfrage wurde ganz allgemein im Gesetz über die Zahlung der Entschädigung für enteignete Ländereien vom 10. April 1920 vorgesehen. Das Gesetz dürfte aber mehr den Zweck haben, den freihändigen Verkauf von Immobilien zu verhindern, als eine Entschädigung zu sichern. Im Gegensatz zu Lettland wurde das enteignete Land Staats-



eigentum und den Landberechtigten nicht zu eigen, sondern nur in Pacht überlassen. Zur Bewirtschaftung der enteigneten Güter wurden bis zur Verpachtung in kleinen Parzellen staatliche Verwalter eingesetzt, deren Wahl aber nicht immer eine glückliche war. Als Pächter kommen gemäss Gesetz folgende Personen und Institute in Betracht: 1. Militärpersonen, welche für Estland gegen die Bolschewisten gekämpft hatten, unter diesen auch Kriegsbeschädigte und Familien der Gefallenen; 2. Bauernsöhne; 3. Arbeiter; 4. sonstige Landhungrige, welche mit Land versorgt werden wollen; 5. Schulen; 6. sonstige Personen und Institute (landwirtschaftliche Vereine, Stadtverwaltungen u. dergl.). Die Verpachtung des Landes erfolgt bei grösseren Gütern nur auf die Dauer eines Jahres, bei kleinen Siedlungen auf 6 und mehr Jahre.

Ende des Jahres 1921 hatte der Landwirtschaftsminister Estlands ein Arbeitsprogramm herausgegeben, in welchem die für die weitere Durchführung der Agrarreform geltenden Grundsätze dargelegt wurden. Aus den darin angegebenen Zahlen gewinnt man einen Ueberblick über den Umfang, welchen die Agrarreform bisher angenommen hat und über die noch bevorstehenden Aufgaben. Danach waren Ende 1921 noch 250 000 ha des ehemaligen Grossgrundbesitzes unaufgeteilt, wovon man etwas über die Hälfte in den nächsten zwei Jahren aufzuteilen hofft. Einzelne Güter sollen erhalten bleiben und zwar

1. Güter, welche zur Versorgung von Städten, Marktflecken und dergleichen dichtbevölkerten Orten dienen;
2. Betriebe, welche ihrer guten Leitung wegen für irgend einen Wirtschaftszweig besondere Bedeutung haben und als Spezialbetriebe<sup>1)</sup> gelten können;
3. Güter, welche als Moorkulturen in Betracht kommen.

Auch aus diesen Grundzügen des Programms geht hervor, dass man bei der Durchführung der Agrarreform einen Rückgang der Produktion befürchtet.

Freilich würde man die Bedeutung der Agrarreform durchaus einseitig beurteilen, wenn man nur die nächste Uebergangszeit betrachten wollte. Ein abgeschlossenes Urteil wird man sich erst nach Jahren bilden können, wenn man die Produktion der ehemaligen grossen Güter mit der der an ihre Stelle getretenen, fertig ausgebauten kleinen Wirtschaften wird vergleichen können. Ausserdem muss berücksichtigt werden, dass die allgemeine Auffassung auf Grund von Erfahrungen dahin geht, dass der Kleinbetrieb

<sup>1)</sup> Siehe Anhang. Verordnung zur Regelung der Währung für Livland und Estland.

in der Produktion in der Regel nicht dasselbe zu leisten vermag, wie der gut geleitete mittlere und Grossbetrieb. An dieser Tatsache dürfte sich auch in Estland nur schwer etwas ändern.

Dass die regierenden Kreise von dem bisherigen Verlauf der Agrarreform enttäuscht sind, liegt in der Hauptsache in ihrer überstürzten Inangriffnahme begründet. Auch Klagen aus den Kreisen der Ansiedler, die mit ihrem Los unzufrieden sind, machen sich immer mehr bemerkbar. Bei der endgültigen Durchführung der Agrarreform hat man im wesentlichen mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie in Lettland. Für die Festlegung der Grenzen fehlt es an geschultem Personal, die Vermessungsarbeiten und die zweckmässige Zuteilung der Felder an die einzelnen Pächter werden noch erschwert durch die natürlichen Bodenverhältnisse, denn man ist bestrebt, Aecker, Wiesen und Weiden tunlichst gleichmässig an die einzelnen Siedler zu verteilen. Andererseits überwiegen aber in vielen Gegenden die Grasflächen, während bei anderen das Ackerland den grössten Teil des zu verteilenden Landes ausmacht.

Der Hauptmangel der Agrarreform ist in der kurzen Pachtdauer zu erblicken. Zwar sollen durch ein Sondergesetz kleine Erbpachthöfe geschaffen werden, doch ist bisher ein solches Gesetz noch nicht erlassen, sodass die Siedler einstweilen noch Zeitpächter sind und ihnen bei Nichteinhaltung der Bedingungen des Pachtvertrages die Pacht nach Ablauf einer kurzen Zeit gekündigt werden kann. Auch kann nach den geltenden Bestimmungen eine Neueinteilung der Kleinwirtschaften durch das Landwirtschaftsministerium vorgenommen werden, wenn von einem Drittel der Siedler eines Gutes ein solcher Wunsch geäussert wird. Die Agrarreform Estlands steht somit auch gesetzlich auf einer viel zu schwachen Grundlage, als dass sie heute schon den Ausgang einer gesunden Weiterentwicklung bilden könnte.

Dazu kommen noch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, mit denen die Siedler zu kämpfen haben; an erster Stelle die Wohnungsfrage, deren Lösung wohl auf Jahre hinaus am Kapitalmangel scheitern wird. Nicht zu unterschätzen ist ferner die Frage der notwendigen Inventarbeschaffung. Mangelhafte und verspätete Feldbestellung war die Folge dieser Schwierigkeiten. Dazu machte sich auch ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, sodass die Herbsternte zum Teil nicht rechtzeitig geborgen werden konnte. Den Siedlern selbst macht die Beschaffung der erforderlichen Gelder zur Bestreitung der Pacht, der Darlehnszinsen und der Steuern Schwie-

rigkeiten, ganz abgesehen von der Beschaffung der für Neubauten benötigten Summen. Immerhin ist auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Siedler Rücksicht genommen; im ersten Jahre muss lediglich die Grundsteuer bezahlt werden, während die Pacht sehr gering ist. Diese steigt erst allmählich bis zur vollen Höhe.

Zur Durchführung der Agrarreform bedarf es noch beträchtlicher Ausgaben, wobei es die grösste Sorge der Regierung sein dürfte, das notwendige Kapital für den Aufbau der geplanten neuen Bauernhöfe aufzubringen. Die Entschädigungsfrage ist von der estnischen Regierung auf rigorose Weise dadurch gelöst worden, dass als Grundlage für die Berechnung der Entschädigung für das Inventar der Marktpreis des Jahres 1914 festgesetzt wurde mit der Bestimmung, dass ein russischer Rubel mit 20 estn. Mark zu berechnen ist. Im Jahre 1914 galt in Russland aber der Goldrubel als Zahlungsmittel, der im Jahre 1920 zur estnischen Valuta 1 : 150 stand, d. h. der errechnete Preis ist weit geringer als die jetzt gezahlten Preise. Später ist der Entschädigungssatz verändert worden und soll zur Zeit etwa dem Marktpreis entsprechen.

Mit Annahme des Agrargesetzes sind in Estland auch alle Privatwälder, sofern sie sich nicht im Besitz von Bauern befanden, Staatseigentum geworden; die Wälder sind aber von der Verteilung ausgeschlossen geblieben. Den früheren Besitzern ist nur der Jahresschlag von 1919/20 überlassen worden. Ausserdem werden alte, vor dem Kriege abgeschlossene Waldkaufverträge anerkannt. Im ganzen besitzt Estland 920 000 ha Wald, davon 78% Nadelwald und ca. 22% Laubwald. Der Staat ist bemüht, die Waldbewirtschaftung selbst durchzuführen und verkauft grössere Waldflächen nur in Ausnahmefällen. Kleinere Flächen von  $\frac{1}{10}$  bis 1 ha werden der Landbevölkerung zwecks Versorgung mit Holzmaterial überlassen.

## 4. Die Industrie.

Im Vergleich zur lettländischen Industrie ist die estländische bei weitem besser daran; sie hat durch Krieg und Revolution nur wenig gelitten. Ihre Schädigung liegt vielmehr auf einem anderen Gebiete, sie verlor mit dem Zusammenbruch Russlands und mit der Lostrennung Estlands vom russischen Wirtschaftskörper zunächst den grössten Teil ihrer Rohstoffbasis und ihres Absatzgebietes.

Daher ist auch eine einheitliche Beurteilung der estländischen Industrie zur Zeit nicht möglich. Es ist zu unterscheiden zwischen Industrien, die sich auf inländischen Rohstoffen aufbauen und denen, die in der Hauptsache ausländische Rohstoffe verarbeiten. Gegenwärtig ist eine gewisse Umstellung im Gange; die Industrien, die inländische Rohstoffe verarbeiten, werden ausgebaut, während Betriebe, die ihre Rohstoffe aus dem Auslande beziehen, stillliegen. Ebenso kann man zur Zeit eine Anpassung der Industrie an die veränderten Absatzverhältnisse beobachten. Kurz gesagt, seit einem Jahr macht Estlands Industrie eine friedensmässige Entwicklung durch, die für die mitteleuropäische Nachkriegswirtschaft bezeichnende Scheinblüte ist verschwunden und an ihre Stelle infolge der stabil gewordenen Währung der gesunde Konkurrenzkampf im In- und mit dem Auslande getreten.

Die estnische Regierung war besonders nach Beendigung des Krieges mit Russland bestrebt, die Aufnahme aller ruhenden Betriebe zu veranlassen und hat zu diesem Zweck gesetzliche Normen geschaffen, die in der Verordnung vom 17. April 1920 über die Verwaltung der von der russischen Regierung bestätigten Aktien- und Kommanditgesellschaften<sup>1)</sup> niedergelegt sind. Die Aufnahme sollte erzwungen werden, und es wurde verlangt, dass binnen zwei Monaten eine Generalversammlung der einzelnen Gesellschaften einberufen wurde. Andernfalls sollte das Vermögen der Gesellschaften für herren-

---

<sup>1)</sup> Reichsanzeiger vom 17. April 1920 Nr. 55/56.



los erklärt und unter Kuratel gestellt werden. Besonders schwierig gestaltete sich die Feststellung der Rechtsverhältnisse, weil viele Gesellschaften infolge der politischen Lostrennung Estlands und der Zustände in Russland gleichsam in der Luft hingen. Wo eine Aufnahme der Tätigkeit einer Gesellschaft nicht möglich war, erfolgte die Liquidation.

Die Rechtsverhältnisse der industriellen Betriebe waren in Russland im Jahre 1912 durch eine gänzlich neue Fassung des Fabrikgesetzes vom 2. Juli 1903 geregelt. Da nach Artikel VII § 22 der provisorischen estnischen Verfassung, die am 19. Juni 1919 von der estnischen Nationalversammlung angenommen worden ist, alle von den jeweiligen russischen Staatsregierungen bis zum 24. Oktober 1917 erlassenen Gesetze für Estland ihre Geltung weiterbehalten hatten, blieb auch das russische Fabrikgesetz zunächst in Kraft. Durch das Gesetz vom 26. Februar 1920 über Gross-, Mittel- und Kleinbetriebe<sup>1)</sup> stellte aber die estnische Regierung das Fabrikwesen auf eine andere, freiere, zugleich aber sozialen Notwendigkeiten Rechnung tragende Basis.

An Bodenschätzen ist Estland verhältnismässig arm; ein Abbau der vorhandenen, wie Torf und Brennschiefer, erfolgte in der Vorkriegszeit nur in geringem Maße. Nach dem Weltkriege haben sich die Verhältnisse hier aber insofern geändert, als man den Bodenschätzen des Landes jetzt weit grössere Aufmerksamkeit zuwendet. In der Not, als infolge des Tiefstandes der estnischen Valuta die Einfuhr von Brennstoffen aus dem Auslande, besonders von Kohlen, ausserordentlich teuer wurde, ging man in grösserem Ausmaße an die Gewinnung der vorhandenen Bodenwerte. Aus den Torfmooren Estlands, deren Areal über 2000 qkm gross ist, wurden im Jahre 1919 im ganzen 30 000 cbm Torf und 1920 bereits das 10fache davon, etwa 300 000 cbm, gewonnen. Da aber der jährliche Bedarf an Torf, der in der Hauptsache als Heizmaterial Verwendung findet, 4 Millionen cbm betragen würde, wenn man lediglich mit Torf heizen wollte, so ist nicht anzunehmen, dass in absehbarer Zeit der Bedarf an Heizmaterial ausschliesslich durch Torf gedeckt werden wird.

Ein wertvoller Rohstoff ist ferner der Brennschiefer, der sich in der Hauptsache zwischen Yewe und Wysenburg findet. Er weist dort ein Areal von  $80 \times 10$  qkm mit etwa  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Tonnen auf. Durch Destillation gewinnt man aus dem

---

<sup>1)</sup> Vergl. hierüber Artikel von Baron von Wrangel im Auslandsrecht 1920/21, S. 195—198.

Brennschiefer Oel, und zwar weist er eine Ergiebigkeit von 20—30% auf. Der Gesamtvorrat des estnischen Oelschiefers wird mit 5 Milliarden t eingeschätzt. Schon vor dem Kriege haben Bohrungen bis zu einer Tiefe von ca. 240 Fuss stattgefunden. Man stiess aber auf grosse Mengen von Wasser, ohne jedoch eine Zunahme des Erdöls konstatieren zu können. Ueber die zu erwartenden Mengen an Erdöl gehen die Meinungen der Geologen auseinander. Der Heizwert des estnischen Brennschiefers ist dem des Torfes ungefähr gleichzustellen.

Im Jahre 1919 belief sich der Jahresertrag der Brennschiefergruben auf 9 446 t. Doch stieg die Produktion seither ständig und erreichte im Jahre 1920 eine Höhe von 48 085 t. Eine etwa gleichgrosse Produktion wird bereits für die ersten acht Monate des Jahres 1921 angegeben. Es ist anzunehmen, dass die Brennschieferproduktion ähnlich wie in Finnland einen erheblichen Aufschwung nehmen und somit einen grossen Teil des Bedarfes an Heizmaterial decken wird. An der Brennschiefergewinnung ist besonders auch ausländisches Kapital beteiligt; die estnische Regierung hat u. a. mit französischen, belgischen, englischen und deutschen<sup>1)</sup> Unternehmern wegen Vergebenen von Konzessionen verhandelt und zum Teil Verträge abgeschlossen. Ein grosser Teil der Gruben befindet sich auch in staatlicher Hand.

Die estnische Regierung ist bemüht, die Verwendung einheimischen Brennmaterials an Stelle von ausländischem zu fördern, gleichzeitig aber auch den Verbrauch von Holz durch Verwendung der geförderten billigeren Brennmaterialien einzuschränken. Zur Zeit ist es aber nicht möglich, der Industrie den Brennschiefer aufzudrängen und die Einfuhr von Steinkohlen, Naphta etc. aus dem Auslande ganz zu verhindern. Bei der Eisenbahn sind erfolgreiche Versuche mit Brennschieferfeuerung bei Lokomotiven, die eine besondere Konstruktion des Herdes erhalten haben, angestellt worden und haben bereits zum Teil zur Umstellung der estländischen Eisenbahnen auf Brennschieferfeuerung geführt. Bei der Portlandzementfabrikation und den Kalkbrennereien findet Brennschiefer ebenfalls Verwendung und ersetzt vollkommen die Steinkohle. Die Brennschieferindustrie Estlands kann als

---

<sup>1)</sup> Nach „Eildienst“ vom 29. Oktober 1921 wurde am 3. August d. J. die von der Berliner Firma Pintsch erbaute Oelfabrik in Kochtel in Betrieb gesetzt. Diese Fabrik, die bloss als Probewerk zu betrachten ist, hat sich bisher schon gut bewährt; gegenwärtig werden täglich 9—10 t Oelschiefer in ihr verarbeitet.

durchaus zukunftsreich angesehen werden, wenn auch die Geschwindigkeit ihres Aufstieges nach der Stabilisierung der estnischen Mark infolge der Konkurrenzmöglichkeit ausländischer Brennstoffe wahrscheinlich allmählich nachlassen dürfte.

Die Entwicklung der anderen Industriezweige leidet zum grössten Teil unter dem mangelnden Absatz, da es nur zum Teil gelungen ist, neue Absatzgebiete zu erschliessen und so Ersatz für das an Russland verlorene Absatzgebiet zu finden. Zu Anfang des Jahres 1921 betrug die Zahl der Betriebe, die mindestens 5 Arbeiter beschäftigten, 545 mit insgesamt 34 024 Arbeitern, davon 57 staatliche Unternehmungen mit 16 600 Arbeitern und 488 Privatbetriebe mit 17 424 Arbeitern. Im Jahre 1921 erreichte somit die Zahl der von staatlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter beinahe die Hälfte aller Industriearbeiter. Zu Anfang des Jahres 1922<sup>1)</sup> ist die Zahl der Betriebe auf 896 gestiegen und die der Arbeiter auf 31 444 gefallen. Der Rückgang der Arbeiterzahl ist darauf zurückzuführen, dass die staatlichen Unternehmungen ihre Arbeiterzahl um 5382 verminderten und Ende des Jahres 1921 nur noch 11 218 Personen beschäftigten. Die Arbeiterzahl in den Privatbetrieben hat sich dagegen um 2802 Personen erhöht und beträgt gegenwärtig 20 226. Die Zahl der staatlichen Unternehmungen ist die gleiche geblieben, während die der privaten sich auf 839 erhöht hat. Die Durchschnittszahl der in den Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter ist von 36 auf 24 zurückgegangen. Wir haben es also auch in Estland mit einer ähnlichen Erscheinung zu tun wie in Lettland, mit der Zunahme der Kleinbetriebe gegenüber den Grossbetrieben, die in der Hauptsache wahrscheinlich auf den Kapitalmangel bei Grossbetrieben zurückzuführen ist.

Der Zahl der beschäftigten Arbeiter nach nimmt die

<sup>1)</sup> Nach Industriezweigen verteilen sich die in Betrieb befindlichen Unternehmungen und die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter wie folgt:

	Anzahl der Betriebe.	Anzahl d. beschäf- tigten Arbeiter.
Textil- und verwandte Industrie	124	6 333
Papierindustrie	73	2 736
Holzverarbeitungs-Industrie	111	2 403
Lederindustrie	70	792
Industrie der Steine und Erden	56	3 504
Metallverarbeitende Industrie	103	11 306
Chemische Industrie	17	574
Nahrungsmittel- und Genußmittel	289	2 334
Verschiedene	53	1 462
Insgesamt:	896	31 444



metallverarbeitende Industrie die erste Stelle ein. Sie arbeitete vor dem Kriege in der Hauptsache für das russische Hinterland und befindet sich deshalb zur Zeit in einer ungünstigen Lage. Dieser Mangel des Absatzes hat es mit sich gebracht, dass dieser Zweig eine gewisse Krisis durchmacht, die bereits zu wesentlichen Einschränkungen geführt hat. Es liegt aber kein Grund vor, der estnischen metallverarbeitenden Industrie für die Zukunft die Konkurrenzfähigkeit abzusprechen, zumal ihr Standort zweifellos nicht ungünstig ist.

Eine erhebliche Rolle spielt dann vor allen Dingen die Textilindustrie. Estland besitzt einige recht bedeutende Textilfabriken, darunter eine von Weltbedeutung in Narwa, die im Frieden eine der grössten von Russland war; die Zahl der kleineren Betriebe beträgt etwa 550. In der Gegenwart ist die estnische Textilindustrie bedeutender<sup>1)</sup> als die lettländische, während es in der Vorkriegszeit umgekehrt war. Gerade wenn man die wirtschaftliche Lage Estlands und Lettlands vergleicht, so kann man hier den grösseren Fortschritt der Gesundung in Estland deutlich erkennen. Auch die Textilindustrie war auf die Versorgung des russischen Marktes eingestellt, der ihr 1918/19 verloren ging, sodass sie zunächst nur auf den wenig aufnahmefähigen Inlandsmarkt angewiesen war. Dazu wurden die zur Verarbeitung gelangenden ausländischen Rohstoffe durch das Sinken der estnischen Mark sehr verteuert. Eine Lebensfrage für die estnische Textilindustrie war es daher, sich einen neuen Absatzmarkt für die Uebergangszeit, solange der russische Markt seine alte Kaufkraft noch nicht wieder erlangt hat, zu erobern. Es ist der Industrie in der Tat gelungen, in Lettland, Litauen, Polen, Bulgarien und den anderen Balkanstaaten neue Absatzmärkte zu gewinnen, auf denen sie in Qualität und Preis zum Teil erfolgreich mit englischer Ware konkurriert. Die bisherige Entwicklung lässt auf eine Konkurrenzfähigkeit in der weiteren Zukunft schliessen.

Ein wichtiger Faktor der estnischen Volkswirtschaft ist auch die Papierindustrie. Sie fand ihren Absatz im Frieden in der Hauptsache in Russland und ist durch den Verlust

---

<sup>1)</sup> Der rasche Aufstieg seit dem Weltkrieg ergibt sich z. B. aus folgenden Zahlen:

Die Baltische Baumwollspinnerei beschäftigte vor dem Kriege 2000 Arbeiter, im Jahre 1919 640, im Jahre 1920 848, im Jahre 1921 1300 und beschäftigt gegenwärtig 1900. Die Fabrik ist gegenwärtig voll in Betrieb, ihr Jahresumsatz erreicht bereits die Summe von 650 Millionen Esti-Mark (gegen 108 Millionen im Jahre 1920 und 17,3 Millionen im Jahre 1919).



dieses Absatzfeldes in ihrer Entwicklung ausserordentlich gelammt. Ausserdem bedeuten die Papierfabriken Finnlands, die auch in Zukunft ihre Entwicklung der Papierindustrie Estlands nicht unwesentlich beeinträchtigen werden, eine erhebliche Konkurrenz. Von den fünf estnischen Papierfabriken sind im Herbst 1921 nur vier in Betrieb gewesen, die zusammen etwa 1500 Arbeiter beschäftigten. Die Leistungsfähigkeit der Papierindustrie ist gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1913 auf etwa  $\frac{1}{3}$  zurückgegangen. Auch die Produktion an Holzstoff und Zellstoff ist gegenüber dem Jahre 1910 wesentlich geringer<sup>1)</sup>. Besonderen Schwierigkeiten steht die Papierindustrie auch insofern gegenüber, als es sich zur Zeit darum handelt, bei starkem Kapitalmangel moderne, rationeller arbeitende Maschinen aufzustellen, um mit dem Auslande, besonders mit Finnland, Schritt halten zu können.

Von den übrigen Holzverarbeitenden Industrien stand die Möbelindustrie, die sehr alten Ursprungs<sup>2)</sup> ist, vor dem Kriege in grosser Blüte. Fast im ganzen russischen Reiche fanden sich Möbel aus Estland. Der jährliche Holzbedarf der grösseren Möbelfabriken Estlands überstieg 6 Millionen cbm. Während des Krieges lag die Möbelindustrie zum grössten Teil still, hat aber seit 1919 einen guten Aufschwung genommen und weist heute schon fast ihre alte Leistungsfähigkeit wieder auf. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass auch heute noch die Hausindustrie in der estnischen Holzbranche, aus der die Grossindustrie entstanden, verhältnismässig gut entwickelt ist.

Einen raschen Aufschwung nahm im Jahre 1919 infolge eines starken Bedarfes in Schweden und Finnland auch die Zementindustrie. Doch seit 1920 hat sich das Bild bereits geändert; Finnland exportiert selbst Zement, sodass die Fabriken zur Zeit mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Die Lederindustrie setzt ihre Erzeugnisse in der Hauptsache nur im Inlande ab und hat sich daher seit dem Weltkriege gut entwickelt.

In der Glasindustrie sind gegenwärtig nur zwei der vier Fabriken der Vorkriegszeit in Betrieb. Es wird ausschliesslich für den Markt im Inlande gearbeitet.

<sup>1)</sup> Die Revaler Zellulosefabrik weist Ende 1921 nur etwa 50% ihrer Friedensproduktion auf.

<sup>2)</sup> Schon die alten Esten haben sich vorwiegend mit der Holzindustrie befaßt und noch heute sieht man im estnischen Volksmuseum hervorragende Erzeugnisse, mitunter sogar Kunstwerke.

## 5. Handel und Verkehr.

In Estland, als Transitland von und nach Russland, ist der Handel ebenso wie in den anderen Randstaaten ein sehr wesentlicher Faktor der Wirtschaftsbilanz. Das Bild der Gegenwart lässt aber nur bedingt auf die Entwicklung in der Zukunft schliessen. Estland verspricht allein schon seiner geographischen Lage wegen im Transitverkehr nach Russland keine so mächtige Rolle wie Lettland einzunehmen. Ferner ist der Verkehr über Estland in der Hauptsache auf einen einzigen Hafen, auf Reval, angewiesen, der in der Vorkriegszeit gegenüber den Häfen in Lettland und dem Hafen von Petersburg erheblich an Bedeutung zurücktrat.

In der Nachkriegszeit ist Reval vorübergehend verhältnismässig stärker in Anspruch genommen worden als die anderen für den Verkehr mit Russland in Frage kommenden Häfen. Doch bedeutet dieser Aufschwung Revals keine natürliche Entwicklung, sondern ist vielmehr in der Hauptsache darauf zurückzuführen gewesen, dass Estland eher als Lettland mit Russland Frieden geschlossen hat und dass der Hafen von Petersburg für den Verkehr noch nicht in Betracht kam. Im Jahre 1921 und 1922 begannen sich die Verhältnisse bereits wieder zu verschieben, und die durch die geographische Lage bedingte Bedeutung Revals für den Transitverkehr tritt wieder in ähnlicher Weise wie vor dem Weltkriege in Erscheinung.

In der Vorkriegszeit hatte der Anteil der Häfen von Riga, Windau und Libau am russischen Aussenhandel einen erheblichen Aufstieg zu verzeichnen, während Petersburg und auch Reval einen beträchtlichen Teil ihres Hafenverkehrs eingebüsst hatten<sup>1)</sup>. Der Revaler Hafen kam in der Vorkriegszeit weniger für

1) Es gingen % vom Wert des russischen Gesamtumsatzes über					
	Reval	Riga	Libau	Windau	Petersburg
1871—1875 (durchschnittlich)	5,6	7,7	0,7	0,2	23,5
1876—1880	9,0	8,8	2,3	0,1	17,7
1881—1885	9,4	8,2	4,8	0,1	14,5
1886—1890	7,2	7,7	5,9	0,1	13,4
1891—1895	5,2	8,2	5,5	0,1	15,1
1896—1900	7,8	11,1	5,3	0,2	16,1
1901—1905	6,3	15,2	4,8	1,7	13,5
1906—1910	4,7	15,9	3,6	3,2	12,5
1911	4,8	14,9	4,1	4,6	11,7
1912	4,7	16,6	4,7	5,5	11,7
1913	4,8	17,2	3,4	3,9	14,0

die Ausfuhr aus als für die Einfuhr nach Russland in Frage. Während in den Jahren 1911, 1912 und 1913 nur 1,7, 1,5 bzw. 1,9% vom Wert der russischen Ausfuhr<sup>1)</sup> über Reval gingen, war der Revaler Hafen in den gleichen Jahren mit 9,1, 8,9 und 7,9% an dem Werte der russischen Einfuhr<sup>2)</sup> beteiligt. Da Reval demnach in der Hauptsache für die Einfuhr nach Russland in Frage kommt und in der Gegenwart die Einfuhr nach Russland weit grösser ist als die Ausfuhr, so ist auch der Anteil Revals am gesamten Transitverkehr grösser als er bei normalem Warenverkehr von und nach Russland sein würde.

Der Transithandel über den Revaler Hafen nach Russland umfasste in der Zeit vom Schluss des Krieges bis Ende 1920 insgesamt 24 386 t, worunter an erster Stelle landwirtschaftliche Maschinen, an zweiter Stelle Nahrungsmittel, Textil- und Schuhwaren standen. In der gleichen Zeit sind aus Sowjetrussland nur 3534 t über Reval zur Ausfuhr gelangt. Im Jahre 1921 sind über Estland nach Russland 191 766,62 t (= 11 707 006 Pud) Waren eingeführt<sup>3)</sup> und 1262,28 t (= 77 060 Pud) aus Russland über Estland ausgeführt<sup>4)</sup> worden. Den grössten Anteil am Transithandel mit Russland über Estland hatte Deutschland mit 41,8%; es folgten England mit 17,9%, Schweden mit 16,4% und Amerika mit 11,3%. Die anderen Staaten spielten eine wesentlich geringere Rolle, und zwar war Norwegen mit 3%, Dänemark mit 2,8%, Finnland und Belgien mit je 2,1%, Holland mit 1,9%, Danzig mit 0,3%, Frankreich mit 0,3% und Lettland mit 0,1% beteiligt.

Der Absatz nach Russland leidet in erster Linie an der mangelnden Kaufkraft Russlands, sodass bei weitem nicht so viel eingeführt werden kann als gebraucht würde. Da sich die

<sup>1)</sup> Von den im Jahre 1913 aus Rußland ausgeführten Waren nahmen ihren Weg über Reval: Getreide 1,5%, Flachs 5,1%, Leinsaat 4,8%, Butter 0,1%, Häute und Fette 0,5%, Fleisch 0,1%, Mineralöl 1,0%.

<sup>2)</sup> Von der Einfuhr des gleichen Jahres gingen über Reval: Steinkohlen 5,5%, Maschinen 3,6%, Baumwolle 19,2%, Kaffee 3,9%, Farbhölzer 0,1%, Düngemittel 3,6%.

<sup>3)</sup> Von den eingeführten Waren standen an erster Stelle Nahrungsmittel mit 85 178,60 t, es folgten landwirtschaftliche Maschinen mit 26 208,80 t, verschiedene Eisenwaren mit 21 294,65 t, Kleiderstoffe und Schuhwerk mit 13 102,14 t, diverse Maschinen mit 11 762,68 t, chemische Erzeugnisse mit 5 546,44 t usw.

<sup>4)</sup> Die zur Ausfuhr gelangten Waren bestanden in der Hauptsache aus Flachs 977,30 t, (Estlands Ausfuhr an Flachs betrug im Jahre 1921 mehr als 5 568,37 t), altem Gummi (267,35 t), Kaviar (14,96 t), Leder (2,33 t) und Spitzen (0,36 t).



verhältnismässig geringe Durchfuhr auf mehrere Transitstaaten verteilt, Russland seinerseits aber die günstigsten Transitmöglichkeiten benutzt, ist die Stärke des Transitverkehrs der in Frage kommenden Staaten sehr schwankend.

Im Frühjahr und Sommer des Jahres 1922 war ein erheblicher Rückgang des Transitverkehrs über Reval festzustellen, der zum Teil auf eine Steigerung des Verkehrs über Riga, besonders aber auf eine Zunahme des Verkehrs über Petersburg zurückzuführen war. Unter anderem hat eine politische Verstimmung zwischen Russland und Estland im Frühjahr 1922 zu dieser Entwicklung beigetragen. Wir können wohl annehmen, dass für die Grösse des Anteils am Durchgangsverkehr letzten Endes die Gunst der geographischen Lage der einzelnen Häfen entscheidend sein wird, dass aber, solange der Verkehr noch nicht die Friedensstärke erreicht hat, im Sommer mehr als in der Friedenszeit der im Winter vereiste Hafen von Petersburg benutzt werden wird.

Dass Russland bei Erschwerungen des Durchgangsverkehrs irgendwelcher Art es besonders lästig empfinden muss, durch die Unabhängigkeit der Randstaaten am Ausblick nach dem Westen behindert zu sein, steht ausser Zweifel. Inwiefern für Russland diese Zustände erträglich sein werden, hängt von der Transitpolitik der Randstaaten ab, deren wichtigstes und bedeutungsvollstes Ziel es sein muss, Russland nicht fühlen zu lassen, dass es gegenüber der Vorkriegszeit wirtschaftlich beengt ist. Estland hatte durch Zollvergünstigungen den Transithandel nach und von Russland an sich zu ziehen versucht, und man kann sagen, bisher mit gutem Erfolg. Von den anderen Randstaaten ist ihm zum Teil der Vorwurf gemacht worden, dass es Russland zu sehr begünstige und dadurch eine scharfe Konkurrenz der einzelnen Staaten um den Transitverkehr hervorrufe. Durch ein gutes Verhältnis zu Sowjetrussland wird aber nicht nur der Transitverkehr sondern auch der Handelsverkehr des eigenen Landes mit Russland gefördert, auf den Estland auch im Interesse der Entwicklung seiner Industrie nicht verzichten kann.

Die Hebung des Handels Estlands ergibt sich am klarsten aus einem Vergleich des Revaler Seeverkehrs der Jahre 1920 und 1921. Im Jahre 1921 war der Verkehr dreimal so stark wie 1920. Es sind 3862 Schiffe<sup>1)</sup> mit 689 682 Reg.-To. eingelaufen, davon 1220 ausländische Fahrzeuge mit 555 085

---

<sup>1)</sup> Nach den einzelnen Ländern verteilen sich die einlaufenden Schiffe wie folgt:



Reg.-To. Von den eingelaufenen Schiffen entfallen auf Segler 1790 (mit 66 397 t), auf Dampfer 1308 (mit 602 817 t) und auf Motorschiffe 764 (mit 20 468 t). Ein Vergleich des Schiffsverkehrs in den letzten drei Jahren mit dem des Jahres 1913 ergibt folgendes Bild:

Jahr	Anzahl d. Schiffe	N.-R.-t.	Prozentuales Verhältnis zum Jahre 1913	
			Anzahl d. Schiffe	N.-R.-t.
1919	1 387	210 519	32,9 %	21,9 %
1920	2 975	293 808	70,6 %	30,6 %
1921	3 862	689 682	91,7 %	72,1 %

Der Zahl der Schiffe nach hatte das Jahr 1921 beinahe die Zahl von 1913 erreicht, während die Tonnage nur 72,1% der friedensmässigen ausmachte.

Neben dem Handel über Reval ist vor allem auch der Handel über die sogenannten Warenaustauschpunkte zu erwähnen. Hier handelt es sich weniger um den internationalen Handel als um Geschäfte estländischer Firmen mit der benachbarten russischen Bevölkerung. In geringem Umfange werden hier in der Hauptsache Salz, Zucker und landwirtschaftliches Gerät gegen Goldgeld gehandelt.

Ein Bild von der Entwicklung des Wirtschaftslebens in Estland gibt eine Uebersicht über die Gründung von Aktien- und Anteilgesellschaften. Seit Beginn der Registrierung dieser Gesellschaften, im Mai 1919, bis zum Juni 1921 sind im ganzen 69 Aktiengesellschaften und 104 Anteilgesellschaften entstanden und zwar

	Aktien-Gesellschaften	Anteil-Gesellschaften
1919	17	13
1920	44	63
1921	8	28

Der Zweck der Gründung ist in den Satzungen oft ziemlich allgemein gefasst. Bei 46 Gesellschaften ist „Handel im all-

	Anzahl der Schiffe	N.-R.-t.
aus Finnland	492	124 990
Deutschland	377	187 824
Schweden	113	46 976
Dänemark	57	24 650
England	54	45 472
Norwegen	43	30 178
Amerika	36	75 666
Holland	21	6 345
Lettland	14	2 742
Russland	7	5 932
Frankreich	4	4 070
Polen	1	240

Ueberseedienst Nr. 9 vom 2. März 1922.

gemeinen“ oder auch „Export und Import“ angegeben, in einigen Fällen auch vereint mit industrieller Tätigkeit. Bei den übrigen Gesellschaften ist das Ziel genauer angegeben, es handelt sich um Gründung oder Uebernahme von gewerblichen Unternehmungen. An der Spitze steht die Textilindustrie mit 18 Gesellschaften, davon 10 zur Flachsbearbeitung, es folgt die Holzbearbeitungsindustrie und die Brennstoffgewinnung.

Zur Förderung des Handels soll die Einrichtung von Ausstellungen beitragen. Zunächst fanden für Landwirtschaft und Industrie gemeinsame Ausstellungen statt. Nachdem die Ausstellung des Jahres 1921 aber mit einem glänzenden Erfolg<sup>1)</sup> abgeschlossen hatte, war man in estländischen Wirtschaftskreisen davon überzeugt, dass die estländische Industrie bereits entwickelt genug ist, um die beiden Ausstellungen voneinander zu trennen. Es wurde beschlossen, alljährlich zwei Ausstellungen einzurichten und zwar eine Industrie- und eine Landwirtschaftsausstellung. Die erste Revaler Handels- und Industrieausstellung fand dann vom 9. bis 19. Juni 1922 statt; sie trug fast rein national estländisches Gepräge. Von der Gesamtzahl aller Aussteller (435) waren 92% Inländer und nur 8% Ausländer.

Eine wirtschaftliche Verankerung des estnischen Staates bedeuten die Handelsverträge. Die ersten Handelsverträge, die für das Land besondere Bedeutung hatten, waren der mit England<sup>2)</sup>, der Anfang 1921 zustande kam, und der mit dem benachbarten Finnland, der am 29. Oktober 1921 unterzeichnet wurde. Die Verhandlungen, die zum Abschluss des letzteren führten, waren sehr langwierig, da der wirtschaftliche Stand beider Länder damals noch sehr verschieden war. Während Estland noch ausserordentlich hohe Zollsätze aufwies, hatte Finnland bereits wesentlich niedrigere Zollsätze. Eine gewisse politische Tragweite wird auch dem Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Estland beigemessen, das Anfang Januar 1922 zustande kam. Danach gewährt Estland der französischen Einfuhr die Meistbegünstigung und für eine Anzahl Waren erhebliche Zollermässigungen, so für Wein, Seidenstoffe, für französische

<sup>1)</sup> An der Ausstellung hatten sich 1037 Aussteller beteiligt, darunter war auch das Ausland stark vertreten: Deutschland, Finnland, Schweden, Frankreich, England, Amerika, Lettland, Holland und Tschechoslowakei. Die Ausstellung zeigte, dass die einheimische Industrie sich im Laufe des letzten Jahres von den Wirren des Krieges und seinen Folgen bereits recht gut erholt hat.

<sup>2)</sup> Crohn-Wolfgang: Die baltischen Randstaaten und ihre handelspolitische Bedeutung. Schmollers Jahrbuch 1921, Heft I, S. 210.

Luxus- und Gummiwaren. Die estnische Einfuhr nach Frankreich wird nach vier verschiedenen Verzollungsarten<sup>1)</sup> bevorzugt behandelt.

Ein dauernder reger Durchgangsverkehr über Estland hängt in der Hauptsache von einem entsprechenden Ausbau des Eisenbahnnetzes ab. Besonders von einer direkten Eisenbahnverbindung Dorpat—Pleskau, die bis heute noch nicht besteht, verspricht man sich eine wesentliche Förderung des Verkehrs. Sowohl die Eisenbahnstrecken als auch das Eisenbahnmaterial Estlands haben während der Kriegs- und der Revolutionszeit weniger gelitten als in Lettland. Während aus Lettland erhebliche Mengen von Material nach Russland fortgeführt wurden, ist es den estnischen Truppen sogar gelungen, beim Zurückwerfen der Roten Armee Eisenbahnmaterial zu erbeuten. Die Gesamtlänge<sup>2)</sup> der staatlichen Eisenbahnen beträgt 1800 km einschl. der Stationsgleise, und zwar Breitspurbahnen mit russischer Spurbreite und Schmalspurbahnen. Estland braucht als Verbindungsland zwischen Russland und Westeuropa für den Anschluss nach Russland die breite Spur, während der Landverkehr mit Westeuropa durch die Normalspur erleichtert würde. In der Hauptsache wird es bei dem Transitverkehr über Estland aber doch darauf hinauskommen, sich an die russische Spurweite anzulehnen. Während die Eisenbahnstrecken in Polen, Litauen und auch Lettland in der Besatzungszeit zum grössten Teil auf normale Spur umgenagelt wurden, hat Estland zumeist die russische Spurweite behalten, weil die deutsche Besatzungsbehörde wegen der Kürze der Zeit die Eisenbahnen Estlands ihren Eisenbahnlinien nicht hat anpassen können.

An Material besass die estländische Staatsbahn Ende 1921 115 Lokomotiven, 362 Personen- und 3765 Güterwagen für breite Spur, sowie 62 Lokomotiven, 37 Personen- und 783 Güterwagen für Schmalspur. Die Privatbahnen verfügten über

<sup>1)</sup> Ein Teil der Waren, wie Nahrungsmittel, Holz und Papier werden nach den Sätzen des Minimaltarifs behandelt, ein Teil erfährt eine Ermässigung des Zollsatzes um 15—60% der Differenz zwischen dem General- und Minimaltarif, ein Teil, wie Leder und Häute, Holzwaren, Leinen, Leinölsamen, Butter und Eier eine weitere Herabsetzung, der Rest wird nach dem Generaltarif verzollt.

<sup>2)</sup> Eildienst 64 vom 26. Juni 1922. — Die Angaben über die Länge der Eisenbahn gehen auseinander. Beispielsweise gibt Herbert Grünfeld-Reval in „Der Osten“ Nr. 11 2. Jahrgang S. 197/198 „Das Eisenbahnwesen Eestis und seine Probleme“ die Länge des Eisenbahnnetzes auf nur 1105,29 Werst an (darunter 55% Breitspurbahnen und etwa 45% Schmalspurbahnen).

40 Lokomotiven, 87 Personen- und 1044 Güterwagen. Die höchste Leistung in der Abfertigung von Zügen auf der Staatsbahn beträgt 20 Paar in 24 Stunden. Im Hafen von Reval kann bis zu 600 Waggons Transitware in 24 Stunden verladen werden. Zur Zeit beträgt aber wegen Mangels an russischen Wagen die Leistung täglich nur 480 Waggons.

Für die Hebung des zukünftigen Transitverkehrs mit Russland über Estland dürfte auch der Bau der im Friedensvertrag zwischen Estland und Sowjetrußland vorgesehenen Eisenbahnverbindung Reval—Moskau von grossem Wert sein; denn dieses bereits im Kaiserreich viel erörterte Bahnprojekt würde Reval zum nächsten Transithafen für Moskau und Petersburg machen. Nach Herstellung dieser Eisenbahnlinie wäre dann auch der Zeitpunkt gekommen, in dem Reval eine gefährliche Konkurrenz für Riga werden würde. Neben dem Ausbau des eigenen Eisenbahnnetzes wird es aber auch darauf ankommen, dass ein gesicherter Anschluss von Estland nach Russland besteht und das Transportwesen Russlands weitere Fortschritte macht, zumal infolge mangelhafter Abbeförderung der eintreffenden Waren in den letzten Jahren bereits wiederholt die Gefahr einer Verstopfung des Revaler Hafens drohte. Erwähnt sei ferner ein zwischen Estland, Polen und der Tschechoslowakei zu Beginn des Jahres abgeschlossenes Eisenbahnabkommen, auf Grund dessen ein Verkehr zwischen Russland, den genannten Staaten und dem Balkan, insbesondere Jugoslawien, unter Umgehung Deutschlands hergestellt werden soll.



## 6. Die Handels- und Zahlungsbilanz.

Der starke Rückgang der Produktion der Landwirtschaft und ferner der Absatzmangel der Industrie haben es mit sich gebracht, dass die Handelsbilanz Estlands bisher in der Hauptsache passiv war. In den Jahren 1919, 1920 und 1921 überwog die Einfuhr die Ausfuhr recht erheblich. Bei einem Vergleich dieser drei Jahre ist es befremdend, dass das Jahr 1921 weit ungünstiger dasteht als das Jahr 1920. Im Jahre 1920 sind Waren im Werte von 1395 Millionen ausgeführt und für 1228 Millionen estn. Mark eingeführt worden, sodass die Ausfuhr bereits ein wenig grösser war als die Einfuhr. Ganz anders die Zahlen für das Jahr 1921, in dem für 4486 Mill. eingeführt und nur für 2287 Mill. estn. Mark ausgeführt wurden. Deninach war die Einfuhr im Jahre 1921 um 96% grösser als die Ausfuhr. In der Mengestatistik<sup>1)</sup> verschieben sich die Zahlenverhältnisse ganz beträchtlich, das Endergebnis bleibt aber das gleiche.

<sup>1)</sup> Der Aussenhandel Estlands in den Jahren 1920 und 1921.

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	1920	1921	1920	1921
	in 1000 Pud		in 1000 Pud	
Lebensmittel und Gewürze	2053,7	3847,4	1707,8	1813,5
Lebende Tiere	—	0,1	—	0,7
Tierische Erzeugnisse	31,9	57,0	1,0	4,6
Pflanzliche Erzeugnisse u. Saaten	7,5	8,6	11,4	80,0
Holz und Holzserzeugnisse	58,1	606,5	4207,8	3468,4
Papier und Drucksachen	200,2	467,0	1185,1	793,8
Textilien und Bekleidungsgegenstände	112,0	192,0	316,1	406,0
Metalle und Metallwaren	190,8	789,9	154,7	279,2
Transportm., Masch., Werkzeuge und Teile davon	213,0	361,6	4,9	10,8
Steine, Erden und Erzeugnisse daraus	287,6	360,4	643,9	397,7
Oelschiefer, Kohle, Oele, Fettstoffe, Harze und Erzeugnisse daraus	1545,7	2240,0	77,4	5,4
Chemische Stoffe u. Erzeugnisse	694,8	428,5	7,9	6,4
Gebrauchsartikel und Kunstgegenstände	2,5	7,7	0,2	0,2
Sonstige Waren	17,2	13,7	93,9	24,7
Zusammen:	5415,1	9380,3	8412,2	7291,3

Fortsetzung s. Fussnote auf nächster Seite!

Ueber Estlands Aussenhandel im Jahre 1921 veröffentlicht  
das staatliche statistische Zentralbüro nachstehende Angaben:

	Wert der	
	Ausfuhr	Einfuhr
	in estn. Mark	
1. Nahrungs- und Genussmittel	343 029 321	1 441 529 654
2. Pflanzen und Saaten	164 515 683	18 264 215
3. Rohstoffe:		
a) mineralische	— — —	279 803 995
b) pflanzliche	499 016 051	124 518 176
c) tierische	5 433 170	149 802 090
Zusammen Rohstoffe:	504 449 221	554 124 261
4. Fabrikate (Halb- u. Ganzfabrikate):		
a) Maschinen und Metallwaren	40 177 375	885 464 654
b) Kleider und Schuhwerk	358 371 712	776 251 534
c) Chemische Produkte	13 734 415	237 008 926
d) Fourniere und Bretter	265 000 954	— — —
e) Papier	495 014 479	18 941 375
f) Sonstige	102 345 255	554 023 084
Zusammen Fabrikate:	1 274 644 190	2 471 689 573
Insgesamt:	2 286 638 414	4 485 607 703

Die starke Zunahme der Einfuhr erklärt sich, wie verschiedenlich in estnischen Zeitungen hervorgehoben wird, dadurch, dass Estland landwirtschaftliche und industrielle Maschinen in grossen Mengen angeschafft hat. Immerhin sei aber darauf hingewiesen, dass auch die Einfuhr an Nahrungs- und Genussmitteln ausserordentlich hoch ist und dass dadurch das oben über die Landwirtschaft Gesagte nur bewiesen wird.

Herkunfts- und Bestimmungs- länder	Einfuhr		Ausfuhr	
	1920	1921	1920	1921
	in 1000 Pud		in 1000 Pud	
Deutschland	1603	3771	325	300
Grossbritannien	1420	2605	3808	2847
Frankreich	0,2	4	302	200
Niederlande	35	206	520	606
Dänemark	333	320	346	158
Schweden	552	460	614	425
Norwegen	423	102	—	10
Finnland	330	1200	940	410
Danzig	—	167	—	100
Polen	74	30	—	—
Lettland	80	144	160	100
Russland	10	126	1300	2082
Vereinigte Staaten	544	233	—	0,3
Sonstige Länder	12	12	97	52
Zusammen:	5416,2	9380	8412	7290,3

Unerwartet günstig gestaltete sich auch die Handelsbilanz Estlands für das erste Vierteljahr des Jahres 1922. Die Bilanz weist einen Ausfuhrüberschuss von beinahe 260 Millionen estn. Mark auf<sup>1)</sup>. Ein Vergleich mit der Bilanz des ersten Vierteljahres des Vorjahres zeigt, dass es sich im Jahre 1922 um eine tatsächlich ganz wesentliche Besserung der Bilanzverhältnisse handelt. Denn gegenüber dem Ueberschuss von 1922 weisen die ersten drei Monate des Jahres 1921 noch einen Einfuhrüberschuss von beinahe 100% auf. Auch die Handelsbilanz des ersten Halbjahres 1922 ist mit einem Ueberschuss von etwa 457 Mill. Mark aktiv. Wenn man den Zahlenangaben Estlands zuweilen auch skeptisch gegenüberstehen muss, weil vielleicht Posten, die in den Transithandel hineingehören, unter die Ausfuhr gerechnet werden, so darf man doch mit Sicherheit annehmen, dass die Bilanzverhältnisse für 1922 gegenüber 1921 eine ganz wesentliche Besserung bringen werden. Denn zweifellos wird auch die Ausfuhr von Waren, die unkontrolliert über die Grenze nach Russland gehen, mitunter sehr beträchtlich sein, und wir können annehmen, dass, je stärker die Ausfuhr nach Russland ist, umso grösser auch die Ausfuhr von Waren, die von der Handelsstatistik nicht erfasst werden, sein wird.

Eingeführt wurden in der Hauptsache Nahrungs- und Genussmittel, Maschinen und Textilien. Als Ausfuhrwaren kommen in der Hauptsache in Frage: Spiritus nach Schweden, Lettland und Dänemark, Holzmaterial nach England (über 80%), Holland und Dänemark, Papiererzeugnisse nach Russland (etwa 45%), Frankreich und Lettland, Flachs nach England und Frankreich, Zement nach Schweden und Finnland. Besondere Bedeutung gewinnt die Möbelausfuhr Estlands, die im ersten Vierteljahr 1922 mit 81 Millionen estn. Mark

Einfuhr:

<sup>1)</sup> Januar	14 158 t	296 825 484 estn. M.
Februar	13 708 t	211 053 600 estn. M.
März	7 574 t	204 126 294 estn. M.
Insgesamt:	35 440 t	712 005 378 estn. M.

Ausfuhr:

Januar	12 902 t	217 137 784 estn. M.
Februar	11 237 t	
	333 Tiere, 318 cbm Holz	264 397 918 estn. M.
März	18 510 t	
	654 Tiere, 1120 cbm Holz	488 324 299 estn. M.

Insgesamt:	42 649 t, 987 Tiere,	
	1 438 cbm Holz	969 960 001 estn. M.

grösser war als die von Nutzholz mit nur 60 Millionen estn. Mark.

Der Anteil des Auslandes am estnischen Aussenhandel hat sich im Laufe der letzten drei Jahre ständig verschoben. 1920 betrug die Einfuhr aus Deutschland 29%, aus England 26% der Gesamteinfuhr. Es folgten der Grösse der Einfuhr entsprechend Amerika, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Polen, Holland, Litauen, Lettland, Oesterreich und Frankreich. Im Jahre 1921 (in den ersten acht Monaten) war Deutschlands Beteiligung auf 45% gestiegen und Englands auf 19% gesunken. Hinsichtlich der Einfuhr Estlands im ersten Vierteljahr 1922 steht Deutschland wiederum an erster Stelle. Aus Deutschland kommen Waren fast sämtlicher Gruppen, in der Hauptsache Chemikalien, Maschinen, Textilien, aber auch Lebens- und Genussmittel. England liefert in der Hauptsache Kohlen und Amerika Getreide. Die starke Zunahme der Einfuhr aus Deutschland erklärt sich einerseits durch die billige Bezugsmöglichkeit infolge der Entwertung der deutschen Mark, anderseits jedoch durch die unentwegten Bemühungen der deutschen Firmen um den estnischen Markt.

Während sich bei der Einfuhr England und Deutschland gegenüberstehen, sind an der Ausfuhr besonders England und Russland beteiligt. 1920 nahm England 45% der Gesamtausfuhr aus Estland auf, während Russland mit nur etwa 15% an der estnischen Ausfuhr beteiligt war. 1921 entfielen jedoch auf England nur noch 39,1%, während auf Russland 28,6% kamen. In der Ausfuhr<sup>1)</sup> Estlands nimmt Russland in den ersten drei Monaten des Jahres 1922 bereits die erste Stelle ein, und zwar gingen nach Russland Getreide, Saatgut, Kartoffeln, Lebensmittel aller Art und Papier<sup>2)</sup>. Estnischer Flachs wird hauptsächlich nach Deutschland, Belgien und Frankreich ausgeführt, Holz und Holzerzeugnisse gehen in erster Linie nach England.

Selbst wenn aber in der Handelsbilanz Estlands im Jahre 1922 die Einfuhr grösser als die Ausfuhr sein sollte, dann dürfte doch anzunehmen sein, dass infolge des Transitverkehrs und der sonstigen Leistungen Estlands die Zahlungsbilanz aktiv sein wird. Bestimmte Zahlen zu nennen ist freilich nicht

---

<sup>1)</sup> Als wichtigste Ausfuhrwaren kamen in Betracht (in Millionen estn. M.): Getreide 331, Flachs und Leinsaat 306, Möbel 81, Nutzholz 60, Baumwollstoffe 67, Papier 28, Pferde und Vieh 16, Fleisch 15, Kartoffelmehl und Stärke 12.

<sup>2)</sup> Der grösste Teil der estnischen Papierproduktion geht nach Sowjetrussland.



möglich, doch dürfte man nicht fehlgehen, wenn man bei einem Ueberwiegen der Einfuhr um 10% die Zahlungsbilanz bereits aktiv schätzt. Das zur Bilanzierung der Wirtschaftsbilanz notwendige Verhältnis zwischen Handels- und Zahlungsbilanz dürfte je nach der Intensität des estländischen Handelsverkehrs, insbesondere des Transithandels, schwanken, im wesentlichen aber auf das Verhältnis 90 : 100 hinauslaufen.

## 7. Die Finanzverhältnisse.

Infolge des Krieges mit Russland kam Estland erst im Laufe des Jahres 1921 zu einer geordneten Finanzwirtschaft. Dass das Kriegsjahr 1919 mit einem ganz wesentlichen Defizit abschliessen musste, ergibt sich allein daraus, dass von den Ausgaben Estlands für dieses Jahr 1,3 Milliarden Mark auf die Kriegskosten entfielen.

Ein Vergleich der Staatshaushaltspläne für die Jahre 1919 bis 1922 ergibt folgendes Bild:

	Ausführung:		Staatshaushalt:	
	1919	1920	1921	1922
Ausgaben				
ordentliche	2 148	2 054	4 825	4 634,9
ausserordentliche	—	2 094	1 562	1 168,3
	2 148	4 148	6 387	5 803,2
Einnahmen				
ordentliche	148	1 393	4 264	4 679,8
ausserordentliche	—	571	1 104	510,0
	148	1 964 + 55 = 2019	5 308	5 189,8
Defizit				
ordentliches	—	661	— 561	+ 44,9
ausserordentliches	— 2 000	— 1 523	— 458	— 658,3
	— 2 000	— 2 184 — 55 = 2129	— 1019	— 613,4

Von dem Defizit des Jahres 1920 mussten 756 607 200 durch Papiergeld-Emissionen gedeckt werden. Das Budget von 1921, das als erstes ordentliches der Estnischen Republik der Volksvertretung vorgelegt und erst im Dezember 1921 angenommen wurde, war ausgeglichen. Die hauptsächlichste Einnahmequelle bildete der Verkauf von Spiritus, dessen Ertrag sich auf 1 250 210 000 estn. Mark belief. Die Einnahmen der Eisenbahn beliefen sich auf 700 Millionen, der staatlichen Handels- und industriellen Unternehmungen auf 460 799 000 estn. Mark, der staatlichen Ländereien, Wälder und Gebäude auf 356 594 000 estn. Mark.

Aus den Zahlen über die Entwicklung der Finanzbilanz Estlands ergibt sich, dass das Defizit in den drei ersten Haus-

haltsjahren seit Bestehen der Republik eine ausgesprochen fallende Tendenz zeigt; es hat sich im Zeitraum von 1920 bis 1921 um mehr als das Zweifache und von 1921 bis 1922 ebenfalls beinahe um das Zweifache verringert; es bildete von Jahr zu Jahr einen kleineren Teil des Budgets, und zwar

im Jahre 1919	— 93 %
„ „ 1920	— 50 %
„ „ 1921	— 15 %
„ „ 1922	— 10,6 %

Das Budget für 1922<sup>1)</sup> ist nach langen Kommissionsverhandlungen dem Parlament bereits im März 1922 zugegangen. Auch bei seiner Aufstellung musste noch mit grösster Sparsamkeit vorgegangen werden. Das Defizit des Jahres 1922 in Höhe von 613,4 Millionen Mark soll durch innere Anleihen gedeckt werden.

Ein Teil der Anleihe aus Finnland ist bereits im Jahre 1920 getilgt worden. Weitere Abzahlungen erfolgten in den folgenden Jahren. Am 1. Januar 1922 betrugen die Staatsschulden Estlands:

an Amerika	12 215 377,88 Dollar
„ Amerika zu zahlende Prozente	1 606 810,55 Dollar
„ die amerikanische Hilfsadministration	1 793 086,00 Dollar
„ die amerikanische Hilfsadministration zu zahlende Prozente	233 481,21 Dollar
„ England	251 000,00 L
„ Frankreich	10 000 000,00 fr. Fr.
„ Dänemark	463 930,00 Kr.

Demnach belief sich die Staatsschuld Estlands nach dem Kurse der Revaler Börse vom 1. Januar 1922 auf 6 548 489 948 estnische Mark.

Bei einem Vergleich der Finanzverhältnisse Estlands und Lettlands sehen wir, dass es Estland weit leichter gefallen ist, seinen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, als Lettland. Nur in Bezug auf die Auslandsschulden ist Estland schlechter daran als Lettland. Aber die Tatsache, dass Estland bereits

<sup>1)</sup> Laut Haushaltsplan für das Jahr 1922 kommen bei einer Bevölkerungszahl von 1 200 000 auf jeden Bewohner: estn. Mark

Direkte Steuern	520,0	
Akzise und Zollgebühren	675,0	
Umsatzsteuern	200,0	
Steuern überhaupt	1395,0	oder $\frac{9}{10}$ Pf. St.
Spiritusmonopol	926,0	oder $\frac{2}{3}$ Pf. St.
Staatsunternehmungen u. a.	1473,0	
Zufällige und verschiedene Einnahmen	100,0	
Zusammen:	2499,0	oder $1\frac{2}{3}$ Pf. St.

so kurze Zeit nach dem Kriege mit Russland in der Lage war, Auslandsschulden abzuzahlen, ohne neues Papiergeld zu emittieren, zeigt, dass die finanzielle Grundlage des Staates bereits als gefestigt anzusehen ist. Die Stabilisierung der estnischen Mark nahm daher ihren Ausgang von der Besserung der Finanzlage, und wir haben es hier insofern mit der gleichen Erscheinung wie in Lettland zu tun, mit dem Unterschied, dass der finanzielle Ueberschuss Estlands wahrscheinlich grösser sein wird als der Lettlands und dadurch Estland ein bequemes Mittel in der Hand hat, seine Währung auch weiterhin stabil zu erhalten. Einen unmittelbaren Einfluss auf die Bewertung der estnischen Mark dürfte der finanzielle Ueberschuss solange nicht haben, als er zum Ankauf von Devisen und zur Abdeckung der Auslandsschulden benutzt wird. Während die lettische Währungspolitik heute noch in der Hauptsache auf der durch Zwangsmassnahmen gesunden Finanzwirtschaft beruht, dürfte Estland bereits in kurzem auch mit einem automatischen und entwicklungsmässigen Aktivwerden seiner Zahlungsbilanz rechnen können und dadurch die wichtigste Stütze für seine Währung erlangen.

Infolge der schnellen von innen heraus erfolgten Gesundung ist die estnische Regierung weniger darauf angewiesen als die lettische, sich im Ausland Kredit zu beschaffen. Die Möglichkeit der Betätigung ausländischen Kapitals besteht in Estland auch nicht so sehr in einem Aufbau der Industrie als in einer Kapitalbeteiligung an bereits in Betrieb befindlichen Unternehmungen. Englisches, deutsches und vor allem französisches Kapital ist bemüht, hier festen Fuss zu fassen, um einen Verbindungsposten nach Russland zu erhalten. Frankreich sucht sich in Sonderheit seinen mit Estland abgeschlossenen Handelsvertrag zunutze zu machen, um sich eine konkurrenzfeste Vorpostenstellung auf der russischen Wirtschaftsfront zu sichern. Es ist seit Vertragsabschluss mit allen Mitteln bemüht, sich ein Bild von der estnischen Wirtschaft zu machen und die örtlichen Verhältnisse zu studieren.

In Estland gab es am 1. Januar 1922 104 Kreditinstitutionen mit einem Grundkapital von 466,6 Millionen estn. Mark, die zum Teil in regen Beziehungen zu westlichen Grossbanken stehen.



## 8. Wirtschafts- und Währungspolitik.

Aehnliche Experimente wie Lettland konnte sich Estland auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet nicht leisten; denn sonst hätte es seine Wirtschaft der Währung opfern müssen.

Bei den währungspolitischen Massnahmen Estlands müssen wir zwei Epochen unterscheiden, die Jahre 1919 und 1920 und die Jahre 1921 und 1922. Im Jahre 1919 und 1920 standen die Wirtschaftsereignisse unter dem Druck ausserordentlicher finanzieller Schwierigkeiten und die Wirtschaftsmassnahmen unter dem Einfluss der sinkenden Währung. 1921 begann Estland bereits die Krankheitserscheinungen seines Wirtschaftslebens abzustreifen und seine Massnahmen auf stabile Wirtschaftsverhältnisse zu gründen.

Von einer bewussten Förderung einzelner Wirtschaftszweige konnte 1919 und 1920 kaum gesprochen werden. Aufgabe der Regierung war es vielmehr, das estländische Nationalgut nicht einem vollständigen Ausverkauf preiszugeben, und daher wurde zunächst eine vollständige Kontrolle des Aussenhandels eingerichtet. Die Leitung der Kontrolle lag in den Händen des Rats für den Aussenhandel, dem der Handelsminister, der Finanzminister, der Kriegsminister und der Minister für auswärtige Angelegenheiten angehörten. Ihm zur Seite standen Vertreter von Genossenschafts- und Handelsorganisationen sowie von Finanzunternehmungen, diese jedoch lediglich mit beratender Stimme. Ausfuhr und Durchfuhr waren ohne Erlaubnis dieses Rats verboten. Der Rat für den Aussenhandel legte die allgemeinen Richtlinien fest, auf Grund deren die Abteilung für Aussenhandel beim Handelsministerium ihre Entscheidungen im einzelnen Falle traf. Die Einfuhr für den Landesbedarf erfolgte zum grössten Teil durch die Regierung selbst, und es wurde eine Reihe von Staatsmonopolen eingeführt. Erst als die estnische Währung stabil zu werden anfang, wurde die Aussenhandelskontrolle abgebaut, und man ging zu einer normalen Wirtschaftspolitik über.

Nunmehr war es Aufgabe der estnischen Regierung, ihre Wirtschaftspolitik den Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftszweige anzupassen. Die Preise in Estland hatten mit Eintritt stabiler Währungsverhältnisse den Weltmarkt erreicht, ja sie waren zum Teil sogar darüber hinaus gestiegen, weil man zunächst noch bemüht sein musste, alle nicht dringend notwendigen Einfuhrwaren durch entsprechende Zölle fernzuhalten und daher die Nachfrage im Inlande stärker war als das Angebot. Die Preisentwicklung stand demnach noch eine Zeit lang unter dem Einfluss einer der Zwangslage entsprechenden Zollpolitik. In der Zeit des Ueberganges, etwa im ersten Halbjahr 1921 waren die Preise für ausländische Produkte zuweilen niedriger als die an Qualität weniger guten Inlandswaren. Erst mit der Gesundung von innen heraus trat eine Anpassung der Zollsätze an die durch die Entwicklungsbedingungen der einzelnen Wirtschaftszweige bestimmten Bedürfnisse ein, die Inlandspreise konnten sich den weltwirtschaftlichen Beziehungen anpassen und an den internationalen Handel Anschluss finden.

Im Interesse der Landwirtschaft, die im Frieden auf die Ausfuhr eingestellt war, liegt es, dass die Preise im Inlande nicht über den Weltmarkt steigen, um im Auslande konkurrenzfähig zu sein. Zur Zeit jedoch müssen landwirtschaftliche Erzeugnisse noch eingeführt werden, sodass ein höherer Preis für die landwirtschaftlichen Inlandserzeugnisse noch durchaus entwicklungsfördernd ist. Die Entwicklungsbedingungen der estländischen Industrie, die lediglich den notwendigen Absatz zu finden braucht, um ihren Friedensstand wieder zu erreichen, verlangen niedrigere Zollsätze für ausländische Rohstoffe und eine Sicherung des Absatzgebietes. Immerhin ist diese Sicherung im Gegensatz zur Industrie in Lettland, deren Arbeiterzahl gegenüber 1914 auf etwa ein Drittel zurückgegangen ist und die erst aufgebaut werden muss, für die bereits konkurrenzfähige estländische Industrie kein Lebensbedürfnis. Die Notwendigkeit einer ausgesprochenen Schutzpolitik liegt daher nicht vor.

Der neue estnische Zolltarif, der am 1. Mai 1922 in Kraft getreten ist, trägt bereits den Bedürfnissen einer friedensmässigen Entwicklung des Landes Rechnung. Vollständig vom Zoll befreit sind landwirtschaftliche und ausserdem alle im Lande benötigten Erzeugnisse. Eine Herabsetzung des Einfuhrzolles erfolgte im Interesse der verarbeitenden Industrie für Heiz- und Rohstoffe. Trotz der Bestrebungen, die Brennschiefergewinnung zu heben, wurde der Einfuhrzoll auf Steinkohle

und Koks herabgesetzt. Anderseits erfolgte bei Gegenständen, deren Einfuhr aus Währungsrücksichten nicht erwünscht ist oder die in ausreichenden Mengen in Estland selbst vorhanden sind, eine Heraufsetzung des Zolls.

Zusammenfassend ergibt sich, dass Estland bereits in das Stadium regulärer Wirtschafts- und Währungsverhältnisse, ähnlich wie Finnland, eingetreten ist, und dass eine gewisse Umstellung seiner Wirtschaftspolitik vielleicht nur noch einmal durch den Wiedereintritt Russlands in die weltwirtschaftlichen Beziehungen notwendig wird.

# ANHANG.



# Kurstabellen.<sup>1)</sup>

Kurs der deutschen Reichsmark, des Schweizer Franken  
und des Dollars in Warschau.

In **Warschau** — polnische Mark für:

Datum	1 Reichsmark	1 Schw. Frc.	1 Dollar
1. 8. 1921	25,55		
17. 8. 1921	26,83		
1. 9. 1921	34,742		
15. 9. 1921	40,417		3695
1. 10. 1921	53,55		5175
14. 10. 1921	33,25		4400
31. 10. 1921	18,—		3012,5
15. 11. 1921	14,25		3665,—
1. 12. 1921	14,50		3360
16. 12. 1921	16,625		3090
31. 12. 1921	15,80		
2. 1. 1922	15,875		2905
16. 1. 1922	16,30	14. 1. 575	2942,50
1. 2. 1922	16,80	672,50	3355
15. 2. 1922	17,725	16. 1. 722	3565
1. 3. 1922	17,65	2. 3. 800	3959
15. 3. 1922	15,80	870	4355
1. 4. 1922	13,20	775	3880
18. 4. 1922	13,20	763	3845
1. 5. 1922	13,90	804	4072,50
15. 5. 1922	14,—	788,50	3995
1. 6. 1922	14,375	755	3977,50
16. 6. 1922	13,70	820	4277,50
1. 7. 1922	12,325	910	4850
14. 7. 1922	12,10	1071	5697
1. 8. 1922	9,90	1151	6040
16. 8. 1922	7,65	1440	7445
1. 9. 1922	6,—	1614	8367
15. 9. 1922	4,60	1312,50	7000
30. 9. 1922	5,3125	1675	8867
16. 10. 1922	3,65	1980	10 650
31. 10. 1922	3,—	2600	14 175
15. 11. 1922	2,1	2930	15 825
2. 12. 1922	2,1	3225	17 275
15. 12. 1922	2,425	3465	18 025
30. 12. 1922	2,42	3405	17 700

<sup>1)</sup> Zusammengestellt nach einzelnen Kursnotierungen.

# Kurs der deutschen Reichsmark, der polnischen Mark, der estnischen Mark, des Schweizer Franken und des Dollars in Riga.

in **Riga** — lett. Rubel für

B = Brief

Datum	100 Reichsmark	100 pol. M.	100 estn. M.	100 Schw. Frc.	1 Dollar	Datum	100 Reichsmark	100 pol. M.	100 estn. M.	100 Schw. Frc.	1 Dollar
4. 8. 1920	312,50					1. 11. 1921	188,—	11,—	72,50	—	342,50
27. 8. 1920	320,—					15. 11. 1921	98,—	9,50	67,50	—	255,25
3. 9. 1920	315,—					1. 12. 1921	101,—	9,50	67,50	—	252,25
22. 9. 1920	277,50					15. 12. 1921	132,—	10,50	67,50	—	241,50
1. 10. 1920	280,—					31. 12. 1921	127,—	10,50	72,50	—	239,75
15. 10. 1920	260,—										
2. 11. 1920	253,—					2. 1. 1922	128,—	10,50	72,50	—	239,25
16. 11. 1920	260,—					16. 1. 1922	129,—	10,50	72,50	—	238,25
1. 12. 1920	205,—					1. 2. 1922	116,50	9,50	70,50	—	235,50
16. 12. 1920	250,—					15. 2. 1922	116,50	9,50	70,50	—	231,25
31. 12. 1920	295,—					1. 3. 1922	111,50	7,— B	70,50	—	256,25
						15. 3. 1922	91,50	7,— B	72,50	—	255,75
4. 1. 1921	295,—					1. 4. 1922	85,50	8,— B	72,50	—	255,—
14. 1. 1921	320,—					15. 4. 1922	85,50	8,— B	72,50	5000	256,75
1. 2. 1921	360,—					2. 5. 1922	89,50	8,— B	80,50	5000	256,75
16. 2. 1921	360,—					15. 5. 1922	87,50	8,— B	80,50	4925	254,75
2. 3. 1921	355,—					1. 6. 1922	91,50	7,— B	80,50	4925	256,50
15. 3. 1921	450,—					15. 6. 1922	80,50	7,— B	78,50	4875	255,25
1. 4. 1921	495,—	34,50	82,50	—	295,—	1. 7. 1922	66,50	6,— B	78,50	4875	256,25
15. 4. 1921	595,—	41,50	88,50	—	355,—	15. 7. 1922	53,50	5,50 B	78,50	4925	257,—
30. 4. 1921	755,—	54,—	117,50	—	430,—	1. 8. 1922	36,50	5,— B	78,50	4900	257,25
14. 5. 1921	820,—	54,—	127,50	—	455,—	15. 8. 1922	29,50	4,50 B	71,50	4900	256,75

1. 6. 1921	805,—	48,—	127,50	—	480,—	1. 9. 1922	14,50	3,50 B	71,50	4900,—	257,—
15. 6. 1921	730,—	42,—	132,50	—	500,—	15. 9. 1922	15,50	4,50 B	74,50	4800,—	256,25
30. 6. 1921	695,—	29,—	132,50	—	500,—	30. 9. 1922	15,25	4,— B	74,50	4825,—	258,—
15. 7. 1921	520,—	21,—	97,50	—	390,—	16. 10. 1922	9,—	3,50 B	74,50	4750,—	256,75
1. 8. 1921	505,—	20,—	92,50	—	410,—	1. 11. 1922	5,70	2,50 B	75,50	4676,50	257,75
15. 8. 1921	461,—	19,—	82,50	—	381,—	15. 11. 1922	3,86	2,— B	75,—	4755,25	258,75
1. 9. 1921	435,—	14,—	64,50	—	373,50	1. 12. 1922	3,337	1,75 B	75,—	4827,75	258,75
15. 9. 1921	344,—	9,50	62,50	—	374,25	15. 12. 1922	3,402	1,75 B	75,—	4904,75	258,25
1. 10. 1921	320,—	6,50	88,50	—	372,75	30. 12. 1922	3,42	1,625 B	74,—	4847,25	256,25
15. 10. 1921	249,—	11,25	83,50	—	358,—						

## Kurs der polnischen Mark in Zürich und in Berlin.

in Zürich Frc. für		in Berlin Reichsmark für		in Zürich Frc. für		in Berlin Reichsmark für	
Datum	100 pol. M.	Datum	100 pol. M.	Datum	100 pol. M.	Datum	100 pol. M.
		8. 10. 1919	60,—	17. 5. 1921	0,65	17. 5. 1921	6,75
		23. 10. 1919	65,—	1. 6. 1921	0,55	1. 6. 1921	6,4125
		3. 11. 1919	64,75	15. 6. 1921	0,475	15. 6. 1921	5,30
		15. 11. 1919	65,50	1. 7. 1921	0,275	1. 7. 1921	3,95
		3. 12. 1919	58,—	15. 7. 1921	0,325	15. 7. 1921	4,15
		16. 12. 1919	52,—	1. 8. 1921	0,30	1. 8. 1921	4,1875
		31. 12. 1919	42,50	15. 8. 1921	0,30	15. 8. 1921	3,80
				1. 9. 1921	0,20	31. 8. 1921	2,95
3. 1. 1920	4,375	2. 1. 1920	39,50	15. 9. 1921	0,15	15. 9. 1921	2,50
15. 1. 1920	3,875	15. 1. 1920	46,—	1. 10. 1921	0,075	3. 10. 1921	2,05
2. 2. 1920	4,10	2. 2. 1920	57,50	15. 10. 1921	0,145	17. 10. 1921	5,05ca
14. 2. 1920	4,05	16. 2. 1920	60,—	1. 11. 1921	0,145	31. 10. 1921	4,90
1. 3. 1920	3,85	1. 3. 1920	61,—	15. 11. 1921	0,17	14. 11. 1921	6,75
13. 3. 1920	3,80	12. 3. 1920	49,50	30. 11. 1921	0,14	1. 12. 1921	5,80
1. 4. 1920	3,50	31. 3. 1920	44,50	15. 12. 1921	0,18	16. 12. 1921	5,90
15. 4. 1920	3,125	15. 4. 1920	38,—	31. 12. 1921	0,1875	31. 12. 1921	6,175
1. 5. 1920	2,75	30. 4. 1920	32,—				
15. 5. 1920	2,75	15. 5. 1920	26,50	2. 1. 1922	0,17	3. 1. 1922	6,25
1. 6. 1920	2,85	1. 6. 1920	22,—	16. 1. 1922	0,1875	17. 1. 1922	6,40
15. 6. 1920	3,075	15. 6. 1920	22,50	1. 2. 1922	0,155	1. 2. 1922	6,—
1. 7. 1920	3,825	1. 7. 1920	26,25	15. 2. 1922	0,155	15. 2. 1922	5,55
15. 7. 1920	3,25	15. 7. 1920	23,—	1. 3. 1922	0,135	1. 3. 1922	5,725
31. 7. 1920	3,—	31. 7. 1920	22,50	15. 3. 1922	0,1225	15. 3. 1922	6,325
16. 8. 1920	2,25	16. 8. 1920	19,875	1. 4. 1922	0,135	1. 4. 1922	7,4875
1. 9. 1920	2,55	1. 9. 1920	21,50	18. 4. 1922	0,14	18. 4. 1922	7,75
15. 9. 1920	2,50	15. 9. 1920	21,125	1. 5. 1922	0,125	1. 5. 1922	6,90
1. 10. 1920	2,25	1. 10. 1920	21,625	15. 5. 1922	0,13	15. 5. 1922	7,05
15. 10. 1920	2,20	15. 10. 1920	26,50	1. 6. 1922	0,135	1. 6. 1922	6,90
1. 11. 1920	1,90	30. 10. 1920	22,25	15. 6. 1922	0,125	15. 6. 1922	7,15
15. 11. 1920	1,40	15. 11. 1920	18,25	1. 7. 1922	0,11	30. 6. 1922	7,95
1. 12. 1920	1,225	30. 11. 1920	13,25	15. 7. 1922	0,0875	14. 7. 1922	8,40
15. 12. 1920	1,10	17. 12. 1920	11,—	31. 7. 1922	0,085	1. 8. 1922	10,—
31. 12. 1920	1,05	31. 12. 1920	10,75	15. 8. 1922	0,08	15. 8. 1922	13,—
				1. 9. 1922	0,06	1. 9. 1922	16,—
3. 1. 1921	1,025	4. 1. 1921	10,50	15. 9. 1922	0,0775	15. 9. 1922	21,25
15. 1. 1921	0,70	15. 1. 1921	7,50	30. 9. 1922	0,0625	30. 9. 1922	19,35
1. 2. 1921	0,85	31. 1. 1921	7,25	16. 10. 1922	0,05	16. 10. 1922	27,25
15. 2. 1921	0,80	15. 2. 1921	7,50	1. 11. 1922	0,0425	1. 11. 1922	32,50
1. 3. 1921	0,70	1. 3. 1921	6,625	15. 11. 1922	0,0375	15. 11. 1922	47,—
15. 3. 1921	0,725	15. 3. 1921	7,55	1. 12. 1922	0,0325	1. 12. 1922	46,—
1. 4. 1921	0,70	1. 4. 1921	7,775	15. 12. 1922	0,03	15. 12. 1922	41,—
15. 4. 1921	0,75	15. 4. 1921	8,—	29. 12. 1922	0,0325	30. 12. 1922	42,—
30. 4. 1921	0,70	30. 4. 1921	7,975				



# Kurs der deutschen Reichsmark, des lettischen Rubels und des Dollars in Reval.

G = Geld.

B = Brief.

In Reval — estnische Mark für:

Datum	100 Reichs- mark	100 lett. Ro.	1 Dollar	Datum	100 Reichs- mark	100 lett. Ro.	1 Dollar	Datum	100 Reichs- mark	100 lett. Ro.	1 Dollar
28. 7. 1920	600, G			30. 4. 1921	422,50		270 G	1. 3. 1922	160,—	145,—	340,—
10. 8. 1920	552,50			19. 5. 1921	592,50	70		16. 3. 1922	131,—	137,50	347,—
27. 8. 1920	475,—			28. 5. 1921	527,50			1. 4. 1922	119,75	135,—	343,—
3. 9. 1920	435,—			11. 6. 1921	522,50	65	335	11. 4. 1922	120,—	132,—	336,—
21. 9. 1920	375,—		232,5	28. 6. 1921	542,50	67,50	345	2. 5. 1922	120,—	131,—	337,—
28. 9. 1920	420,—		245,0	19. 7. 1921	547,50	100	400	16. 5. 1922	119,—	131,—	329,—
20. 10. 1920	445,—	165 G	277,0	2. 8. 1921	527,50	90	402,50	1. 6. 1922	122,—	130,—	329,50
2. 11. 1920	400,—		275,9	15. 8. 1921	497,50	112,50	387,50	15. 6. 1922	109,—	129,—	329,—
12. 11. 1920	380,—	170 G	283,0	3. 9. 1921	447,50	97,50	387,50	29. 6. 1922	96,—	132,—	339,50
4. 12. 1920	595,—		26. 11.	17. 9. 1921	405,—	95	382,50	15. 7. 1922	76,—	132,50	341,—
19. 12. 1920	587,50		350,—	1. 10. 1921	362,50	100	387,50	1. 8. 1922	57,—	136,—	340,50
31. 12. 1920	555,—	200 G	380,0	15. 10. 1921	296,25	107,50	392,50	15. 8. 1922	38,—	138,—	340,50
				29. 10. 1921	227,50	112,50	392,50	2. 9. 1922	28,—	137,—	340,75
8. 1. 1921	545,—	190	360,0 G	12. 11. 1921	147,50	137,50	392,50	14. 9. 1922	22,—	136,50	341,30
15. 1. 1921	555,—			3. 12. 1921	186,25	135	382,50	30. 9. 1922	22,—	137,—	348,—
29. 1. 1921	595,—		295	17. 12. 1921	193,75	147,50	372,50	14. 10. 1922	12,75	140,—	343,—
19. 2. 1921	507,50				—	—	—	1. 11. 1922	7,55	145,—	343,75
26. 2. 1921	426,—	137,50	260	3. 1. 1922	202,50	145,—	366,50	15. 11. 1922	4,50	133,—	342,—
14. 3. 1921	442,50	142,50		14. 1. 1922	215,— B	150,— B	360,— B	1. 12. 1922	4,50	135,—	342,75
2. 4. 1921	560,—			26. 1. 1922	197,50 B	155,— B	362,— B	15. 12. 1922	4,70	136,—	342,75
16. 4. 1921	540,—	115	317,50	16. 2. 1922	175,—	150,—	344,—	29. 12. 1922	4,80	135,—	342,75

# **Disagio der deutschen Reichsmark (bzw. Ostmark), polnischen Mark, estnischen Mark und des lettischen Rubels gegenüber dem Dollar.**

Datum	Deutschland Parität: 1 \$ = 4,198 Mk.		Polen Parität: 1 \$ = 4,198 Pm.		Estland Parität: 1 \$ = 4,198 est. Mk.		Lettland Parität: 1 \$ = 1,943 R.	
	Monats- Anfang	Monats- Mitte	Monats- Anfang	Monats- Mitte	Monats- Anfang	Monats- Mitte	Monats- Anfang	Monats- Mitte
1919.								
Januar	48,35	} Monatsdurchschnitt	48,35	} Monatsdurchschnitt				
Februar	53,94		53,95					
März	59,40		59,41					
April	66,47		66,46					
Mai	67,07		68,72					
Juni	70,35		73,61					
Juli	72,30		77,85					
August	78,23		83,67					
September	82,56		87,79					
Oktober	81,1	85,8	89,93	89,90				
November	84,3	89,5	91,51	93,12				
Dezember	90,3	91,3	94,40	95,45				
1920.								
Januar	91,3	92,7	96,63	96,49				
Februar	95,0	95,5	97,35	97,60				
März	95,8	95,3	97,44	97,48				
April	94,1	92,8	97,41	97,29				
Mai	92,7	91,4	97,65	97,73				
Juni	89,0	89,8	97,65	97,69				
Juli	89,1	89,2	97,09	97,50				
August	90,1	90,9	97,78	98,21	98,32 %	98,38 %	98,67 %	98,77 %
September	91,4	92,9	98,18	98,54	98,06	98,15	98,76	98,83
Oktober	93,3	94,0	98,53	98,42	98,29	98,48	98,87	98,94
November	94,6	94,9	98,75	99,09	98,48	98,52	99,04	99,02
Dezember	94,1	94,4	99,20	99,38	98,80	99,03	98,63	98,95

1921.							
Januar	94,3	93,7	99,41	99,53	98,89	98,87	99,13 99,11
Februar	93,5	92,9	99,55	99,47	98,58	98,69	99,20 99,06
März	93,4	93,4	99,54	99,50	98,39	98,48	99,13 99,32
April	93,3	93,3	99,48	99,47	98,79	98,68	99,34 99,45
Mai	93,9	92,7	99,49	99,42	98,45	98,82	99,55 99,57
Juni	93,4	93,96	99,58	99,68	98,72	98,75	99,60 99,61
Juli	94,50	94,42	99,78	99,77	98,78	98,95	99,61 99,50
August	94,84	95,15	99,78	99,82	98,96	98,92	99,53 99,49
September	95,13	96,18	99,86	99,89	98,92	98,90	99,48 99,48
Oktober	96,43	97,25	99,92	99,90	98,92	98,93	99,48 99,46
November	97,67	98,40	99,86	99,88	98,93	98,93	99,43 99,24
Dezember	98,18	97,78	99,87	99,86	98,90	98,87	99,23 99,20
1922.							
Januar	97,71	97,71	99,86	99,86	98,85	98,83	99,19 99,18
Februar	97,92	97,90	99,88	99,88	98,84	98,78	99,17 99,16
März	98,17	98,44	99,89	99,90	98,77	98,79	99,24 99,24
April	98,57	98,57	99,89	99,89	98,78	98,75	99,24 99,24
Mai	98,52	98,53	99,90	99,90	98,75	98,72	99,24 99,24
Juni	98,46	98,66	99,89	99,90	98,72	98,72	99,24 99,24
Juli	98,88	99,05	99,91	99,93	98,77	98,77	99,24 99,24
August	99,34	99,58	99,93	99,94	98,77	98,77	99,24 99,24
September	99,73	99,72	99,95	99,94	98,77	98,77	99,24 99,24
Oktober	99,74	99,86	99,95	99,96	98,79	98,78	99,25 99,24
November	99,91	99,94	99,97	99,973	98,78	98,775	99,25 99,25
Dezember	99,95	99,94	99,976	99,977	98,775	98,775	99,25 99,25
30. Dezember		99,94		99,976		98,775	

**Agio (+) bzw. Disagio (—)**  
**der polnischen Mark, der estnischen Mark, des lettischen Rubels und des**  
**Zarenrubels gegenüber der deutschen Reichsmark.**

Datum	Polen Parität: 100 PM. = 100 Rm.		Estland Parität: 100 Estn. M. = 100 Rm.		Lettland Parität: 100 lett. Ro. = 216,011 Rm.		Rußland Parität: 100 Ro. = 216,011 Rm.
	Monats- Anfang	Monats- Mitte	Monats- Anfang	Monats- Mitte	Monats- Anfang	Monats- Mitte	Monats- durchschnitt
1919							
Januar	0%						— 43,75
Februar	0						— 47,26
März	0						— 50,20
April	0						— 57,58
Mai	— 5						— 56,25
Juni	— 11						— 55,98
Juli	— 20						— 58,80
August	— 75						— 57,68
September	— 70						— 66,88
Oktober	— 40,—	— 35,—					— 48,05
November	— 35,25	— 34,50					— 58,50
Dezember	— 42,—	— 48,—					— 62,43
1920							
Januar	— 60,50	— 54,—					— 62,57
Februar	— 42,50	— 40,—					— 57,45
März	— 39,—	— 50,50					— 46,09
April	— 55,50	— 62,—					— 60,10
Mai	— 68,—	— 73,50					— 69,65
Juni	— 78,—	— 77,50					— 72,22
Juli	— 73,75	— 77,—					— 71,77
August	— 77,50	— 80,12	— 83,34	— 91,90	— 85,13	— 85,53	— 71,22
September	— 78,50	— 78,87	— 77,01	— 73,33	— 85,30	— 83,31	— 74,22
Oktober	— 78,38	— 73,50	— 76,19	— 77,53	— 83,46	— 82,20	— 74,60
November	— 77,75	— 81,75	— 75,—	— 73,69	— 81,70	— 82,20	— 77,50
Dezember	— 86,75	— 89,—	— 83,20	— 81,98	— 77,42	— 81,48	— 84,23



1921									
Januar	— 89,50	— 92,50	— 81,65	— 81,98	— 84,30	— 85,53	— 83,14		
Februar	— 92,75	— 92,50	— 83,20	— 80,30	— 87,14	— 87,14	— 84,04		
März	— 93,38	— 92,45	— 76,53	— 77,40	— 86,96	— 89,71	— 86,04		
April	— 92,22	— 92,—	— 82,15	— 81,50	— 90,65	— 92,22	— 88,93		
Mai	— 92,03	— 93,25	— 76,33	— 83,13	— 93,87	— 94,36	— 90,24		
Juni	— 93,59	— 94,70	— 81,05	— 80,87	— 94,25	— 93,66	— 91,44		
Juli	— 96,05	— 95,85	— 81,57	— 81,74	— 93,05	— 94,80	— 93,98		
August	— 95,82	— 96,20	— 81,05	— 79,90	— 90,83	— 89,95	— 93,98		
September	— 97,05	— 97,50	— 77,65	— 75,31	— 89,36	— 86,54	— 93,75		
Oktober	— 97,95	— 94,95	— 72,43	— 66,25	— 85,53	— 81,41	— 93,85		
November	— 95,10	— 93,25	— 56,05	— 32,20	— 75,37	— 52,75	— 90,83		
Dezember	— 94,20	— 94,10	— 46,30	— 48,40	— 54,15	— 64,90	— 88,96		
1922									
Januar	— 93,75	— 93,60	— 50,65	— 53,50	— 63,85	— 64,10			
Februar	— 94,—	— 94,45	— 49,39	— 42,85	— 60,25	— 60,25			
März	— 94,28	— 93,68	— 37,50	— 23,68	— 58,47	— 49,40			
April	— 92,51	— 92,25	— 16,55	— 16,66	— 45,85	— 45,85			
Mai	— 93,10	— 92,95	— 16,66	— 15,96	— 48,27	— 47,07			
Juni	— 93,10	— 92,85	— 16,80	— 8,26	— 49,40	— 42,50			
Juli	— 92,05	— 91,60	+ 4,20	+ 31,50	— 30,35	— 13,45			
August	— 90,—	— 87,—	+ 75,40	+ 163,15	+ 26,80	+ 57,—			
September	— 84,—	— 78,75	+ 257,15	+ 354,50	+ 219,40	+ 198,70			
Oktober	— 80,65	— 72,75	+ 354,50	+ 684,50	+ 203,60	+ 414,50			
November	— 67,50	— 53,—	+ 1224,50	+ 2122,2	+ 712,50	+ 2104,—			
Dezember	— 54,—	— 59,—	+ 2122,2	+ 2027,7	+ 2104,—	+ 1809,—			
30. Dezember	— 58,—		+ 1983,3		+ 1813,—				

# **Kurs der deutschen Reichsmark in Kowno.**

(Parität 1 Litas = 0,4198 =  $\frac{1}{10}$  Dollar)

Datum	$\frac{1}{10}$ Dollar <sup>1)</sup>	Deutsche Reichsmark für	
		1 litauischen Litas	Agio des Litas gegenüber der Reichsmark
1922			
2. 10.	181,5	—	—
16. 10.	288	—	—
1. 11.	455	480	1043
15. 11.	751,5	800	1809
30. 11.	765	900	2044
15. 12.	742,5	—	—
30. 12.	735	—	—

<sup>1)</sup> Der Litas entspricht  $\frac{1}{10}$  Dollar.

<sup>2)</sup> Die Höherbewertung ist eine Uebergangserscheinung und hat lediglich lokale Bedeutung.

# Gesetzesmaterial.

## Polen.

Proklamation vom 5. November 1916.

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin überein gekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluss an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem grossen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird im gemeinsamen Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, dass sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die grossen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freude neu erstehen und aufblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur.

## **Verordnung über die Errichtung einer polnischen Landes-Darlehnskasse.**

(Verordnungsblatt des Generalgouvernements Warschau 57 Nr. 222  
vom 9. Dezember 1916.)

### **§ 1.**

Für das Gebiet des Generalgouvernements Warschau wird zum Zwecke der Befriedigung des Kreditbedürfnisses eine Darlehnskasse mit dem Sitz in Warschau errichtet, welche die Bezeichnung „Polnische Landes-Darlehnskasse“ (Polska Krajowa Kasa Pozyczkowa) trägt und die Eigenschaft einer juristischen Person besitzt. Ihre Geschäfte werden unter der Aufsicht und Leitung des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau für Rechnung des Generalgouvernements geführt. Sie hat das Recht, innerhalb ihres Bezirkes Zweigniederlassungen zu errichten.

Die Ausdehnung der Darlehnskasse auf das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet bleibt von einer Vereinbarung mit der österreichisch-ungarischen Regierung abhängig.

### **§ 2.**

Die Landesdarlehnskasse ist befugt, Darlehnskassenscheine, die auf polnische Mark lauten, nach Massgabe der folgenden Bestimmungen auszugeben.

### **§ 3.**

Die Landesdarlehnskassenscheine sind gesetzliches Zahlungsmittel zum Werte von einer polnischen Mark gleich einer Reichsmark nach Massgabe der Verordnung vom 9. Dezember 1916 betreffend die Währung im Generalgouvernement Warschau und werden insbesondere von allen öffentlichen Kassen der Zivil- und Militärverwaltung zum Nennwert in Zahlung genommen. Ihr Gesamtbetrag darf 1000 Millionen polnische Mark nicht übersteigen.

Die Stückelung der Landes-Darlehnskassenscheine wird von dem Verwaltungschef festgesetzt.

### **§ 4.**

Von der Landes-Darlehnskasse darf kein Darlehnskassenschein ausgegeben werden, für welchen nicht nach den Bestimmungen der §§ 6 und 8 genügende Sicherheit geleistet worden ist. Der Gesamtbetrag der umlaufenden Landes-Darlehnskassenscheine muss stets durch solche Sicherheiten oder durch Gold, das Kilogramm fein zu 2784 Mark gerechnet, oder durch deutsche Reichsmünzen, Reichskassenscheine, Reichsbanknoten oder deutsche Darlehnskassenscheine gedeckt sein. Vor der Ausgabe soll eine genaue Beschreibung der Landes-Darlehnskassenscheine durch den Vorstand der Landes-Darlehnskasse öffentlich bekannt gemacht werden.



§ 5.

Das Deutsche Reich übernimmt die Garantie dafür, dass die Landes-Darlehnskassenscheine bei ihrer Einziehung (§ 16) zu ihrem Nennwert gegen Reichsmark eingelöst werden.

§ 6.

Die Landes-Darlehnskasse ist befugt, folgende Geschäfte zu betreiben:

1. Zinsbare Darlehen gegen Sicherheit zu gewähren;
2. Wechsel zu diskontieren, aus denen in der Regel drei, mindestens aber zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete als Schuldner haften und die durch eine der vom Verwaltungschef bezeichneten Banken zum Diskont eingereicht werden. Von dem Vorhandensein der dritten Unterschrift kann insbesondere abgesehen werden, wenn weitere Sicherheit nach Massgabe der Geschäftsanweisung bestellt wird;
3. Guthaben bei der Reichsbank oder anderen vom Verwaltungschef bezeichneten Banken zu beleihen;
4. verzinsliche und unverzinsliche Gelder in polnischer Mark und in Reichsmark im Depositengeschäft anzunehmen und verfügbare Gelder in deutschen Reichsschatzanweisungen oder bei der Reichsbank oder bei anderen vom Verwaltungschef bezeichneten polnischen oder deutschen Banken anzulegen;
5. die Kassengeschäfte der Zivil- und Heeresverwaltung im Generalgouvernement Warschau zu führen, soweit ihr diese Geschäfte vom Verwaltungschef oder der Armeeintendantur übertragen werden.

§ 7.

Die Darlehen sollen nur im Betrage von wenigstens 100 polnischer Mark, in der Regel nicht auf längere Zeit als auf sechs Monate gewährt werden.

Die Darlehen werden in polnischer Mark gewährt. Ihre Rückzahlung hat in polnischer Mark oder in deutscher Reichswährung zu erfolgen.

§ 8.

Die Sicherheit (§ 6 Nr. 1) kann bestehen:

- a) in Verpfändung innerhalb des Bezirks der Landes-Darlehnskasse lagernder, dem Verderben nicht ausgesetzter Waren, Boden-, Bergwerks- und gewerblicher Erzeugnisse in der Regel bis zur Hälfte, ausnahmsweise bis zu zwei Drittel ihres Schätzungswertes;
- b) in Verpfändung von Wertpapieren, welche der Verwaltungschef für zulässig erklärt, mit einem Abschlage vom Kurse oder marktgängigen Preise;
- c) in Verpfändung von Banknoten der russischen Staatsbank mit einem Abschlage vom Kurse oder marktgängigen Preise.

Die Landes-Darlehnskasse kann neben solchen auch noch andere Sicherheiten, insbesondere Bürgschaften verlangen.

§ 9.

Die Verpfändung erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 2073 ff. des Zivilkodex mit der Massgabe, dass an Stelle der dort vorgeschriebenen „gehörigen Privaturkunde“ die Eintragung in ein besonderes Registrierungsbuch der Landes-Darlehnskasse tritt.

§ 10.

Wird das Darlehen zur Verfallzeit nicht zurückgezahlt, so kann die Landes-Darlehnskasse durch einen ihrer Beamten oder einen verordneten Börsenmakler das Unterpfand verkaufen und sich aus dem Erlös bezahlt machen. Selbst erwerben kann die Landes-Darlehnskasse das Unterpfand nur im Wege des Meistgebots bei einem öffentlichen Verkauf.

Diese Vorschriften greifen auch Platz, wenn die Forderung infolge Konkurses fällig wird.

§ 11.

Die Verwaltung der Landes-Darlehnskasse wird von dem Vorstand geführt. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und der erforderlichen Zahl von Mitgliedern. Der Vorsitzende und die Mitglieder sowie die erforderliche Zahl von Stellvertretern, von denen je einer bei Verhinderung des Vorsitzenden oder eines ordentlichen Mitgliedes eintritt, werden vom Verwaltungschef ernannt. Dieser bestimmt auch, wer bei Behinderung des Vorsitzenden den Vorsitz führt. Dem Vorstände steht ein vom Reichskanzler zu ernennender Reichsbevollmächtigter zur Seite.

Die Geschäftsanweisung für die Landes-Darlehnskasse erlässt der Verwaltungschef im Benehmen mit dem Reichsbevollmächtigten. Die Bestimmungen über die Errichtung und die Geschäftsleitung von Zweigniederlassungen und über die Zusammensetzung ihrer Vorstände bleiben der Geschäftsanweisung vorbehalten.

§ 12.

Der Reichsbevollmächtigte kann von sämtlichen Geschäften Kenntnis nehmen und hat bei allen Anträgen auf Bewilligung von Darlehen oder auf Diskontierung von Wechseln (§ 6 Nr. 1—3) das Versagungsrecht. Die Bestimmung des Abschlags von dem Kurse oder marktgängigen Preise der verpfändeten Wertpapiere und Banknoten (§ 8 Absatz 1 b und c) innerhalb der durch die Geschäftsanweisung gezogenen Grenzen steht nach Anhörung des Vorstandes dem Reichsbevollmächtigten zu.

Der Reichsbevollmächtigte kontrolliert die Ausgabe der Landes-Darlehnskassenscheine.

§ 13.

Die Zinssätze, zu denen die Landes-Darlehnskasse Kredite gewährt, werden von dem Vorstand der Landes-Darlehnskasse unter Zustimmung des Reichsbevollmächtigten festgesetzt und öffentlich bekannt gemacht.

§ 14.

Zwecks gutachtlicher Anhörung in grundsätzlichen Fragen der Kreditgewährung wird durch den Verwaltungschef aus Mitgliedern des Handels- oder Gewerbestandes oder der Landwirtschaft ein Beirat gebildet, der durch den Vorstand zu besonderen Sitzungen berufen werden kann.

§ 15.

Aus dem beim Jahresabschluss der Landes-Darlehnskasse sich ergebenden Geschäftsgewinn werden 90% dem zu bildenden Reservefonds solange zugeführt werden, bis derselbe den Betrag von 100 Millionen polnischer Mark erreicht.

§ 16.

Die Landes-Darlehnskasse ist auf Anweisung des Deutschen Reichskanzlers zu liquidieren, und zwar spätestens zwei Jahre nach der förmlichen Errichtung des Königreichs Polen.

Die Anordnung und Durchführung der Liquidation einschliesslich der Einziehung der Landes-Darlehnskassenscheine erfolgt durch den Reichsbevollmächtigten.

Mit der Aufhebung der Zivilverwaltung beim Generalgouvernement Warschau gehen die nach dieser Verordnung dem Verwaltungschef zustehenden Befugnisse auf den Reichsbevollmächtigten über.

Der bei Beendigung der Liquidation und Einziehung der Landes-Darlehnskassenscheine sich ergebende Ueberschuss ist dem polnischen Staat zu überweisen. Dasselbe gilt von dem Reservefonds, soweit er nicht zur Deckung von Verlusten verwendet worden ist.

§ 17.

Die Vorschriften der §§ 427 bis 431, 436, 446 des Strafgesetzbuches vom 22. März 1913 finden für die Landes-Darlehnskassenscheine entsprechende Anwendung.

§ 18.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Der Verwaltungschef bestimmt den Zeitpunkt, an dem die Polnische Landes-Darlehnskasse ihre Tätigkeit aufnimmt.

Warschau, den 9. Dezember 1916.

Der Generalgouverneur.

---

**Verordnung betreffend die Währung im Generalgouvernement Warschau.**

(Verordnungsblatt des Generalgouvernements Warschau 57 Nr. 223 vom 9. Dezember 1916.)

§ 1.

Die von der Polnischen Landes-Darlehnskasse ausgegebenen, auf polnische Mark lautenden Darlehnskassenscheine sind gesetzliches Zahlungsmittel und müssen in Zahlung genommen werden in folgenden Fällen:

1. bei allen Rechtsgeschäften über Gegenstände oder Leistungen des wirtschaftlichen Verkehrs, deren Preis amtlich in Reichsmark oder polnischer Mark festgesetzt ist;
2. bei Begleichung der durch die zuständigen Behörden bestimmten Zwangslieferungen oder Naturalleistungen.

Eine polnische Mark ist gleich einer Reichsmark zu rechnen. Sämtliche auf deutsche Reichsmark lautenden Zahlungsverbindlichkeiten können in polnischer Mark, sämtliche auf polnische Mark lautenden Zahlungsverbindlichkeiten können in Reichsmark beglichen werden.

Die auf Rubelwährung lautenden Zahlungsverbindlichkeiten sind auch in Zukunft in dieser Währung zu beglichen, vorbehaltlich der in den §§ 2 und 3 getroffenen besonderen Bestimmungen.

§ 2.

Sämtliche öffentlichen Kassen des Generalgouvernements Warschau sind unbeschadet der für die Polnische Landes-Darlehnskasse geltenden besonderen Vorschriften verpflichtet, Zahlungen in Reichsmark, polnischer Mark und russischen Rubeln gleichmässig anzunehmen. Die russische Währung wird dabei zu einem amtlich festgesetzten Umrechnungskurs in Zahlung genommen.

Der Umrechnungskurs wird jeweils von dem Verwaltungschef fest gesetzt.

Der Verwaltungschef kann die Kassen einzelner öffentlicher Korporationen ganz oder teilweise von der Verpflichtung der Annahme von Reichsmark oder polnischer Mark entbinden.

§ 3.

Steuern und andere öffentliche Abgaben, die in russischer Währung festgesetzt sind, werden an den öffentlichen Kassen zu dem am Tage ihrer Zahlung geltenden amtlichen Umrechnungskurs auch in Reichsmark oder polnischer Mark angenommen.

§ 2 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

Ist der Steuerschuldner im Verzug, so haben die öffentlichen Kassen das Recht, den Umrechnungskurs am Tage der Fälligkeit der Steuern in Rechnung zu stellen.

§ 4.

Die sich aus § 1 Absatz 1 und 2 ergebenden Verpflichtungen können durch Parteivereinbarung nicht beseitigt oder geändert werden.

§ 5.

Auf Goldrubel findet diese Verordnung keine Anwendung.

§ 6.

Wer den Vorschriften der §§ 1—4 zuwiderhandelt oder wer den Versuch einer solchen Zuwiderhandlung unternimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 7.

Die Verordnung tritt an dem Tage, an dem die polnische Landes-Darlehnskasse ihren Geschäftsbetrieb aufnimmt, in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Verordnung vom 8. April 1916, Verordnungsblatt Nr. 28, aufgehoben.

Warschau, den 9. Dezember 1916.

Der Generalgouverneur.

---



## **Verordnung über die Währung im Generalgouvernement Warschau vom 14. April 1917.**

(Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau 1917.)

### **§ 1.**

Die polnische Mark ist im Generalgouvernement Warschau das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel. Der Rubel hört auf, im Generalgouvernement Warschau gesetzliches Zahlungsmittel zu sein.

### **§ 2.**

Ist in Gesetzen, Verordnungen oder bei Festsetzungen öffentlicher Abgaben der Rubel als Zahlungsmittel zu Grunde gelegt, so tritt an seine Stelle die polnische Mark zum Kurse von 1 Rubel = 2,16 polnische Mark. Ist die Reichsmark als Zahlungsmittel zu Grunde gelegt, so tritt an ihre Stelle die polnische Mark.

### **§ 3.**

Es ist verboten, feilgehaltene Waren in Rubeln auszuzeichnen; die Auszeichnung darf künftig nur noch auf polnische Mark lauten.

### **§ 4.**

Es ist verboten:

- a) Rechtsgeschäfte, die Geldzahlungen zum Gegenstand haben, namentlich Kaufgeschäfte aller Art, in Rubeln abzuschliessen;
- b) Zahlungen in Rubeln zu leisten; das gilt insbesondere auch für Lohn-, Gehalts-, Mietzins-Zahlungen;
- c) private und öffentliche Urkunden, soweit sie Geldzahlungen betreffen, auf Rubel auszustellen (Wechsel, Schecks, Rechnungen, Quittungen, Offerten, Schuldurkunden aller Art usw.).

### **§ 5.**

Es ist verboten, im Handel mit Effekten, die auf Rubel lauten, den Gegenwert in Rubeln zu begleichen. Erfolgt die Begleichung des Gegenwertes in polnischer oder in Reichsmark, so darf die Umrechnung nicht zu einem höheren Kurse als 1 Rubel = 2,16 Mark stattfinden.

### **§ 6.**

Die Vorschriften der §§ 1, 4 und 5 finden keine Anwendung.

- a) auf Zahlungsverbindlichkeiten, welche vor Inkrafttreten dieser Verordnung entstanden sind;
- b) auf Rechtsgeschäfte von Todeswegen.

Jedoch ist der Schuldner auch in diesen Fällen (a und b) befugt, seine auf Rubel lautenden Zahlungsverbindlichkeiten in polnischer Währung zum Kurse von 1 Rubel = 2,16 polnische Mark zu begleichen.

### **§ 7.**

Verstöße gegen die Vorschriften der §§ 4 und 5 haben die Nichtigkeit des Rechtsgeschäftes zur Folge.

## § 8.

Auf polnische Mark lautende Geldzeichen dürfen nur mit Einwilligung der Polnischen Landes-Darlehnskasse über die Grenzen des Generalgouvernements Warschau versendet oder gebracht werden. Die Einwilligung ist nicht notwendig, sofern es sich um Beträge von höchstens 3000 polnische Mark handelt, jedoch darf innerhalb eines Kalendertages von ein und derselben Person oder Firma der Betrag von 3000 polnische Mark und innerhalb eines Kalendermonats der Betrag von 10 000 polnische Mark nicht überschritten werden.

## § 9.

Sämtliche auf Reichsmark lautende Zahlungsverbindlichkeiten können in polnischer Mark, sämtliche auf polnische Mark lautenden Zahlungsverbindlichkeiten können in Reichsmark beglichen werden.

## § 10.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 100 000 polnische Mark und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einer dieser Strafen, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, bestraft.

Neben der Strafe können die Vermögenswerte, welche den Gegenstand der strafbaren Handlung bilden, insbesondere die anders als in polnischer Mark ausgezeichneten Waren für den Staat verfallen erklärt werden. Ist die Einziehung nicht ausführbar, so kann statt ihrer die Erlegung des Wertes angeordnet werden.

Wird die Zuwiderhandlung im Verkehr mit den Angehörigen des deutschen Heeres oder solchen Personen begangen, auf die § 155 M.St.G.B. Anwendung findet, so sind die Militärgerichte zur Strafverfolgung zuständig.

## § 11.

Der Verwaltungschef ist berechtigt, Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zuzulassen.

## § 12.

Die Verordnung tritt am 26. April in Kraft.

Die Verordnung vom 8. April 1916 (V.Bl. 28, Nr. 78 und die Bekanntmachung vom 13. April 1916 (V.Bl. 28) sowie die Verordnungen vom 9. Dezember 1916 (V.Bl. 57, Nr. 223) und vom 20. Januar 1917 (V.Bl. 62, Nr. 254, 255) werden mit dem gleichen Tage aufgehoben.

Warschau, den 14. April 1917.

Der Generalgouverneur.

### **Erklärung des Reichskanzlers vom 26. Juni 1917.**

(Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau 1917.)

Auf Grund der Ermächtigung zur Uebernahme von Garantien für das Deutsche Reich aus § 2 Absatz c des Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1916 vom 9. Juni 1916 (R.G.Bl. 1916, S.471) erkläre ich:

Gemäss der Verordnung Nr. 222 vom 9. Dezember 1916 des Kaiserlich Deutschen Generalgouverneurs in Warschau (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau Nr. 57 vom 13. Dezember 1916, Seite 95) gibt die „Polnische Landes-Darlehnskasse“ in Warschau Landes-Darlehnskassenscheine aus, die auf polnische Mark lauten. Das Deutsche Reich hat die Garantie dafür, dass diese Landes-Darlehnskassenscheine bei ihrer Einziehung zum Nennwert gegen deutsche Reichsmark eingelöst werden, bedingungslos übernommen.

Berlin, den 26. Juni 1917.

Der Reichskanzler.

\*  
\*                      \*

Veröffentlicht mit dem Hinzufügen, dass das Original vorstehender Urkunde dem polnischen Kronmarschall in Warschau übergeben worden ist.

Der Kreischef.

---

### **Statuten der Polnischen Landes-Darlehnskasse.**

(Veröffentlicht im „Monitor Polski“ in Warschau Nr. 227 vom 12. Dezember 1918.)

#### **§ 1.**

Bis zu dem Zeitpunkt, wo durch Beschluss des Landtages die Polnische Staatsbank ins Leben gerufen wird, ist die Polnische Landes-Darlehnskasse, welche von der deutschen Okkupationsregierung gegründet und bis zum 11. November 1918 auch von dieser geleitet wurde, das einzige Notenemissionsinstitut des polnischen Staates. Sie ist die Zentralkasse der staatlichen Behörden und Hinterlegungsstelle für Depots, welche unter staatlicher Obhut stehen.

#### **§ 2.**

Die Summe der von der Polnischen Landes-Darlehnskasse bis zum 11. November 1918 emittierten polnischen Mark beträgt 880 150 867,50 Mark. Für die Sicherheit der Aktiven, in denen die obige Summe angelegt ist, ist das Deutsche Reich verantwortlich. Die weitere Emission von polnischer Mark erfolgt für Rechnung des polnischen Staates unter Leitung der Regierung, insbesondere des Finanzministeriums, auf Grund der nachstehenden Vorschriften.

#### **§ 3.**

Die Summe der nach dem 11. November 1918 von der polnischen Landes-Darlehnskasse auszugebenden Banknoten darf 500 Millionen Mark nicht übersteigen.

§ 4.

Die polnische Mark ist gesetzliches Zahlungsmittel im ganzen polnischen Staate und wird von allen Behörden zu ihrem Nominalwerte in Zahlung genommen. In denjenigen Teilen des Reiches, in welchen als gesetzliche Zahlungsmittel noch Rubel oder Kronen in Umlauf sind, wird das Verhältnis der polnischen Mark zu den anderen Valuten bei staatlichen Zahlungen von Zeit zu Zeit vom Finanzministerium festgesetzt werden.

§ 5.

Die Polnische Darlehnskasse darf keine Note ausgeben, welche nicht gänzlich gedeckt ist entweder in Gold, wobei 2784 Mk. für 1 kg Gold gerechnet werden, oder in nachstehenden anderen Werten:

- a) in Wecheln, welche entweder zum Diskont gegeben oder als Unterlage für Kredite in laufender Rechnung hinterlegt werden. Diese Wechsel müssen mindestens zwei Unterschriften tragen und das Giro einer polnischen Bank, welche bei der Polnischen Landes-Darlehnskasse Kredit genießt. Die Laufzeit der Wechsel darf nicht länger als vier Monate betragen;
- b) in Waren, welche als Unterlage für den Kredit hinterlegt werden, der nur bis zur Hälfte des geschätzten Marktpreises der Waren eingeräumt werden darf;
- c) in polnischen festverzinslichen und Dividende-Papieren, gegen deren Hinterlegung ein Kredit in Höhe der von der Verwaltung festgesetzten und vom Finanzminister bestätigten Norm erteilt ist;
- d) in polnischen festverzinslichen Wertpapieren, welche für eigene Rechnung der Kasse, aber nur bis zur Höhe von 10 Millionen Mark erworben werden können;
- e) in russischen und österreichischen Banknoten, welche von der Kasse bis zur Höhe von 10 Millionen Mark für eigene Rechnung erworben werden dürfen. Weitere Anschaffungen in diesen Noten dürfen nur mit Genehmigung des Finanzministers erfolgen;
- f) in russischen und österreichischen Banknoten, welche zu dem von der Verwaltung festgesetzten und vom Finanzminister bestätigten Kurse beliehen werden dürfen;
- g) in deutschen Banknoten, welche bis zum Betrage von 10 Millionen Mark gegen polnische Mark eingewechselt werden dürfen. Eine Erhöhung dieser Summe hängt von der Entschliessung des Finanzministers ab;
- h) in für eigene Rechnung der Kasse angeschafften Geldern, Schecks und Wecheln derjenigen Staaten, deren Geld während der Okkupationszeit in Polen nicht gesetzliches Zahlungsmittel war.

§ 6.

Alle Kredite werden nur in polnischer Mark erteilt und müssen entweder in dieser selben oder in der zukünftigen polnischen Valuta zu dem Kurse, der später als Konversionskurs für Zahlungsverbindlichkeiten festgesetzt wird, zurückgezahlt werden.

§ 7.

Die Kredite werden auf längstens 6 Monate gewährt. Zinsfuss und Provision bestimmt die Verwaltung.



§ 8.

Die Verpfändung von Wertpapieren und Waren erfolgt durch Uebergabe an die Kasse mit einer Erklärung, welche die Zustimmung des Besitzers zum Verkauf der Pfänder durch einen Börsenmakler enthalten muss, wenn das Darlehen nicht innerhalb 10 Tagen nach Ablauf der Fälligkeit zurückgezahlt wird. Mit Zustimmung des Finanzministers kann auch Kredit gegen Verpfändung von Waren eingeräumt werden, welche sich im Speicher des Schuldners unter seiner Aufsicht und Verantwortlichkeit befinden.

§ 9.

Die hinterlegten Wertpapiere dürfen nicht beschlagnahmt oder zur Konkursmasse eines Schuldners gezogen werden, ehe nicht die Gesamtschuld an die Kasse bezahlt ist.

§ 10.

Die Polnische Landes-Darlehnskasse nimmt sowohl zur Aufbewahrung als auch auf Scheck oder Girokonto nur unverzinsliche Depositen an.

§ 11.

Die Polnische Landes-Darlehnskasse ist Zentralkasse für alle Staatsbehörden und insbesondere für alle Kassen des Staatsschatzes, welche auf Grund der Vorschriften des Finanzministers alle freien Gelder auf Rechnung des Finanzministeriums an die Polnische Landes-Darlehnskasse abzuführen haben. Alle Auszahlungen für die Staatskasse führt die Kasse bis zur Höhe der verfügbaren Barbestände ohne Provision aus. Auf Ansuchen des Finanzministers nimmt die Kasse auch alle Einkassierungen für den Staat an denjenigen Orten, wo sie eigene Niederlassungen hat, unentgeltlich vor.

§ 12.

Kurzfristige höchstens 6 Monate laufende Staatskredite gegen Hinterlegung von Schatzwechseln und bei Krediten an Gemeinden gegen Hinterlegung von rechtmässig ausgegebenen Obligationen darf die Kasse nur auf Grund jedesmaligen Ministerratsbeschlusses, der vom Staatsoberhaupt bestätigt sein muss, erteilen. Nach Zusammentritt des Landtages sind solche Kredite allein von der Zustimmung des Landtages abhängig. Für Kredite an den Staat werden keine, für Kredite an die Kommunen 5% Zinsen berechnet.

§ 13.

Die Provision für alle bankmässigen Vermittlungsleistungen bestimmt die Verwaltung der Polnischen Landes-Darlehnskasse.

§ 14.

Die Kasse kann im gesamten Gebiet des polnischen Staates nach Bestätigung eines entsprechenden Antrages der Verwaltung durch den Finanzminister Filialen errichten.

§ 15.

Die Verwaltung der Kasse liegt in den Händen der Direktion, welche aus einem Generaldirektor und seinem Stellvertreter besteht, die vom Ministerpräsidenten auf Antrag des Finanzministers ernannt sein müssen. Die Verwaltung richtet sich nach vorstehenden Statuten und den Vorschriften, welche vom Finanzminister erlassen werden.

## § 16.

Die Monatsbilanzen müssen im Amtsblatt und mindestens drei anderen Zeitungen nach Auswahl der Verwaltung veröffentlicht werden. Ueber den Stand der Emission werden alle 10 Tage Bericht'e herausgegeben. In allen Monatsbilanzen, welche den Vermögensbestand seit Beginn des Bestehens der Kasse angeben, befindet sich der Hinweis auf die am 11. November 1918 übernommene Aktiva.

## § 17.

Der Finanzminister setzt von Zeit zu Zeit Bilanzrevisionen und Revisionen der Kassen und Bürotätigkeiten nach eigenem Ermessen an. Das gleiche Revisionsrecht hat der Ministerpräsident, welcher als Revisor sowohl Staatsbeamte wie private Sachverständige ernennen kann.

## § 18.

Der ganze Gewinn, welcher sich beim Jahresabschluss ergibt, fließt in den Reservefonds, über dessen Verwendung ebenso wie über die Liquidation der Kasse der Landtag entscheidet.

## § 19.

Die Fälschung von Darlehnskassenscheinen unterliegt der gleichen Strafe wie die Fälschung von Staatspapieren.

## § 20.

In allen Fällen, wo vorstehende Statuten nichts bestimmen, unterliegt die Kasse dem allgemeinen Recht. Bei allen irgendwie auftauchenden Zweifeln über die Auslegung dieser Statuten entscheidet der Finanzminister.

## § 21.

Vorstehende Statuten treten mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig verlieren die Statuten der Polnischen Landes Darlehnskasse vom 9. Dezember 1916 (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau Nr. 57 vom 13. Dezember 1916) ihre Gesetzeskraft.

Der Staatschef.

Der Ministerpräsident.

Der Verweser des Finanzministeriums.

Gegeben zu Warschau, den 7. Dezember 1918.

## **Gesetz vom 20. November 1919 über das Verbot der Zahlung in deutscher Reichsmark in den bisher preussischen Gebieten.**

### **Art. 1.**

Einziges gesetzliches Zahlungsmittel ist im früher preussischen Landesteil die polnische Mark. Die deutsche Mark hört auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein.

**Art. 2.**

Alle auf deutsche Mark lautenden Zahlungsverpflichtungen sind in gleichem Nennbetrage in polnischer Mark zu leisten.

**Art. 3.**

Zahlungsverpflichtungen sowie Transaktionen in deutscher Mark sind verboten.

**Art. 4.**

Schuldnern, die Zahlungsverpflichtungen ausserhalb des polnischen Staatsgebietes zu erfüllen haben, wird bis zur künftigen Regulierung dieser Angelegenheit Aufschub erteilt, insofern nicht in besonderen Fällen die den Geldverkehr mit dem Ausland überwachenden Behörden anders bestimmen. Infolgedessen werden bei nicht rechtzeitiger Erfüllung die kraft gesetzlicher Vorschriften oder kraft Vertrages schon eingetretenen oder noch einzutretenden Rechtsfolgen in ihrer Wirkung aufgehoben.

**Art. 5.**

Der Schuldner, gegen den ein im Ausland wohnhafter Gläubiger bereits einen Schuldtitel erwirkt hat, kann bei dem zuständigen Gericht oder bei dem Landgericht seines Wohnortes mittels Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckungsklausel (§ 732 der dtsh. ZPO.) die Aufhebung der infolge nicht rechtzeitiger Erfüllung entstandenen Rechtsfolgen beantragen.

**Art. 6.**

Die Uebertretung dieses Gesetzes wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einer Million Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar. Zur Aburteilung sind die Standgerichte berufen.

**Art. 7.**

Dieses Gesetz tritt in dem früher preussischen Landesteil am Kundmachungstage in Kraft. In den Gebieten, die sich noch nicht unter polnischer Regierungsgewalt befinden, tritt es mit der Uebernahme der Regierungsgewalt durch die polnischen Behörden in Kraft.

---

**Gesetz vom 17. Dezember 1921 betreffend die Mittel zur Sanierung der staatlichen Finanzwirtschaft.**

**Art. 1.**

Der Finanzminister ist berechtigt, im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Ministerrats entweder selbst oder durch seine Organe — im Bedarfsfalle mit Hinzuziehung von Sachverständigen — in die Verfassung und Geschäftsordnung der Behörden, Aemter und staatlichen Anstalten sowie der nicht staatlichen, jedoch im Genuss staatlicher Subventionen stehenden Institute und Vereinigungen in ausschliesslich informativer Weise Einsicht zu nehmen.

Art. 2.

Der Finanzminister ist berechtigt, nach Einholung des Gutachtens der Obersten Staatskontrollkammer staatliche Behörden, Aemler, Anstalten, Institute, Geschäftsstellen und sonstige Zivil- und Militäreinrichtungen, deren Kosten das Staatsbudget belasten, aufzulösen, vorausgesetzt, dass der Bestand und der Wirkungskreis derselben nicht auf einem Gesetz oder auf einer Verordnung des Ministerrats beruhen.

Art. 3.

Die Schaffung neuer Dienstposten im staatlichen Zivildienst kann ebenso wie die Aufnahme neuer Funktionäre an der Stelle von enthobenen nur bei dringendem Bedarf und mit Zustimmung des Finanzministers erfolgen.

Art. 4.

Ministerratsbeschlüsse, die Ausgaben des Staatsschatzes zur Folge haben, können nur mit Zustimmung des Finanzministers gefasst werden. Der Finanzminister kann durch Verordnung festsetzen, dass bestimmte Verträge, auf Grund deren sich der Staatsschatz zu Leistungen, die einen Vermögenswert haben, verpflichtet, nur schriftlich geschlossen werden können. Verträge, die entgegen einer solchen Verordnung mündlich geschlossen werden, sind ungültig. Dieselben sind auch in dem Falle ungültig, wenn die den Vertrag bestätigende Urkunde nicht mit der Unterschrift des Finanzministers oder jenes Organs versehen ist, das in der Verordnung oder durch Spezialvollmacht zur Unterfertigung ermächtigt ist.

Art. 5.

Der Finanzminister wird ermächtigt, staatliche Anstalten und Unternehmungen an private — inländische oder ausländische — Unternehmungen nach Einvernehmen mit dem zuständigen Minister zu verpachten.

Die Verpachtung der Staatsbahnen sowie der im Bereich der Landesverteidigung tätigen Anstalten kann nur mit Zustimmung des Sejm erfolgen.

Art. 6.

Zweiseitig verbindliche Verträge zwischen polnischen Staatsbürgern, die im Gebiet der Republik ihren Wohnsitz haben, können nur in polnischer Währung abgeschlossen werden.

Diese Vorschrift gilt auch für juristische Personen sowie für alle Gesellschaften und Vereinigungen, die im Gebiete der Republik ihren Sitz haben.

In Ausnahmefällen kann die Behörde aus wichtigen Gründen den Abschluss von Verträgen in ausländischer Währung gestatten.

Verträge, die mit Umgehung dieser Bestimmungen geschlossen werden, sind nichtig.

In Ansehung jener Verträge, bei denen wenigstens ein Kontrahent polnischer Staatsbürger mit dem Wohnsitz in dem Polen im Verträge von Versailles zuerkannten Teile des schlesischen Wojwodentums ist oder bei denen eine juristische Person (Gesellschaft, Vereinigung) mit dem Sitze daselbst als Kontrahentin auftritt, werden im Verordnungswege besondere Bestimmungen erlassen werden.

Art. 7.

Dem Finanzminister wird ein Finanzrat als beratendes Organ zur Seite gestellt. Der Finanzrat setzt sich aus 15 vom Ministerrat über Antrag des Finanzministers ernannten Mitgliedern zusammen.



Art. 8.

Mit dem Vollzug dieses Gesetzes werden der Finanzminister und die zuständigen Minister betraut.

Art. 9.

Dieses Gesetz tritt, mit Ausnahme des Artikels 6, am Tage der Kundmachung in Kraft.

Der Artikel 6 tritt einen Monat nach Kundmachung in Wirksamkeit.

---

## Litauen.

### Das litauische Währungsgesetz.

Die Grundzüge der neuen litauischen Währung ergeben sich aus der folgenden Verordnung:

§ 1.

Die Geldwährung der Republik Litauen hat eine Golddeckung. Als Geldeinheit gilt der Litas, der 0,156462 g Gold enthält. Der Litas besteht aus 100 Centas.

§ 2.

Den Tag der Einführung der litauischen Währung gibt bekannt der Minister für Finanzen, Handel und Industrie.

§ 3.

Die in Litauen als Zahlungsmittel geltenden Ostmark, Ostrubel sowie die kursierende deutsche Reichsmark werden innerhalb von drei Monaten vom Tage der Einführung der eigenen Währung zu dem vom Minister für Finanzen, Handel und Industrie einmal wöchentlich oder öfter festzusetzenden Kurs in Litas gewechselt.

§ 4.

Nach Einführung der neuen Währung werden alle Verträge, Urkunden, Schuldscheine und Verpflichtungen, Depositen, verschiedene andere Abmachungen, Zahlungen und Abrechnungen in Litas getätigt. Alle bisher in Ostmark, Ostrubel oder in anderer Währung abgeschlossenen Verträge und Urkunden werden auf Verlangen einer Partei in Litas nach dem Tageskurs am Verfalltage umgerechnet. Für die Feststellung des Tageskurses bei anderen Zahlungsmitteln werden vom Minister für Finanzen, Handel und Industrie besondere Instruktionen erlassen.

§ 5.

Der Minister für Finanzen, Handel und Industrie hat dieses Gesetz durchzuführen.

## **Gesetz betreffend die „Bank von Litauen“.**

### **I.**

#### **Gründung der Bank, ihr Grund- und Reservekapital.**

##### **§ 1.**

Auf Grund dieses Gesetzes wird eine Bank mit der Bezeichnung „Lietuvos Bankas“ (Bank von Litauen) gegründet; ihr Sitz ist die Hauptstadt Litauens.

Die Aufgabe der Bank ist: Regelung des Geldumlaufes in Litauen, Erleichterung des Zahlungsverkehrs im In- und Auslande, Einführung eines beständigen und zweckmässigen Geldsystems in der Litauischen Republik und Förderung der Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel.

Gründerin der Bank ist die litauische Regierung.

Zu diesem Zweck ist das Ministerium für Finanzen, Handel und Industrie befugt, den notwendigen Kredit aus dem Goldfonds in Anspruch zu nehmen.

##### **§ 2.**

Die Bank errichtet in den Städten und nach Bedarf an anderen Orten ihre Filialen und Agenturen.

**Bemerkung:** Falls ein Interesse der Staatskasse und der Allgemeinheit vorliegt, hat der Minister für Finanzen, Handel und Industrie das Recht, die Errichtung von Agenturen der Bank in den Kreisstädten und an anderen Orten zu verlangen.

##### **§ 3.**

Die Bank von Litauen erhält ausnahmsweise das Recht der Ausgabe von Banknoten für 20 Jahre vom Tage ihrer Gründung ab.

Dieser Termin kann auf Ansuchen der Generalversammlung der Aktionäre auf gesetzlichem Wege verlängert werden.

##### **§ 4.**

Das Grundkapital der Bank beträgt 12 Millionen Lit. Dieses setzt sich zusammen aus 120 000 nominellen Aktien von je 100 Lit.

##### **§ 5.**

Die Bank beginnt ihre Tätigkeit nach Zeichnung des gesamten Aktienkapitals und Einzahlung von mindestens der Hälfte ihres Grundkapitals.

Die Art und Weise der Einzahlung für die Aktien und die Bedingungen hierfür werden durch das Banksatut festgelegt.

Die volle Einzahlung für die Aktien muss spätestens innerhalb eines Jahres vom Beginn der Tätigkeit der Bank ab beendet sein.

##### **§ 6.**

Ausser dem Grundkapital wird ein Reservekapital gebildet, das bestimmt ist:

1. zur Deckung der Verluste der Bank;
2. zur Ergänzung der Dividende der Aktionäre auf 8%.

Dieses Reservekapital wird aus 10% des jährlichen Reinverdienstes gebildet.

Das Reservekapital wird solange erweitert, bis es die Hälfte des Grundkapitals ausmacht.

#### § 7.

Aktionäre der Bank können sein: Der litauische Staat, Selbstverwaltungen, Gesellschaften und Vereine sowie einzelne Personen.

Ausländer können nicht mehr als  $\frac{1}{3}$  des Grundkapitals besitzen.

## II.

### Die Operationen der Bank.

#### § 8.

Die Operationen der Bank sind folgende:

1. Kauf und Verkauf von Gold, Silber und Platin und Ausgabe von Darlehen bei der Einwechslung derselben.
2. Eskontierung, Kauf und Verkauf von Wechseln, Checks und Tratten sowie Varanten und anderer kommerzieller Verpflichtungen.
3. Ausgabe von Darlehen für Pfandobjekte aus unverderblichen Waren. Diese Darlehen werden nur gegen Bürgschaft zweier zuverlässiger Personen ausgegeben.
4. Uebernahme der Eintreibung von Zahlungen gemäss kommerzieller Verpflichtungen und Bezahlung von Rechnungen dritter Personen.
5. Annahme von Geld auf laufendes Konto und als Einlagen.
6. Aufbewahrung von Wertpapieren, Edelmetallen und anderen Kostbarkeiten.
7. Ausgabe von Vorschüssen auf laufendes Konto oder für kurze Frist gegen Verpfändung von Staatspapieren oder anderen vom Staate garantierten Werten.

Die Grösse dieser Vorschüsse und die Bedingung für ihre Ausgabe setzt das Direktorium der Bank fest unter Bestätigung durch den Aufsichtsrat.

8. Fondierung der Anleihen des Staates und der Selbstverwaltungen.

#### § 9.

Wechsel, Tratten, Varanten und andere kommerzielle Verpflichtungen werden zur Eskontierung nur in dem Falle angenommen, wenn vom Tage ihrer Annahme bis zum Tage der Auszahlung nicht länger als drei Monate Frist besteht.

Bemerkung: In Ausnahmefällen können auf Beschluss des Direktoriums und mit Zustimmung des Aufsichtsrats Wechsel, Tratten, Varanten und andere kommerzielle Verpflichtungen zur Eskontierung auch für eine längere Frist als drei Monate, jedoch nicht mehr als sechs Monate angenommen werden.

§ 10.

Wechsel, Checks, Tratten und andere kommerzielle Verpflichtungen müssen die Unterschriften von mindestens drei zuverlässigen Personen haben.

Bemerkung: In besonderen Fällen können auf Beschluss des Direktoriums und mit Zustimmung des Aufsichtsrats Wechsel und kommerzielle Verpflichtungen auch mit zwei Unterschriften eskontiert werden.

§ 11.

Der Bank kann die Erledigung sämtlicher Pflichten der Staatskasse und der Operationen der staatlichen Sparkassen übertragen werden. Diese Operationen führt die Bank gesondert und unabhängig von ihren eigenen Operationen aus. Die Pflichten der Staatskasse erledigt die Bank unentgeltlich.

§ 12.

Die Bank gibt nicht auf einen bestimmten Inhaber lautende Banknoten aus. Mindestens  $\frac{1}{3}$  der in Umlauf befindlichen Banknoten muss durch Gold gedeckt sein, der Rest durch leicht realisierbare Werte.

§ 13.

Die Banknoten der Bank von Litauen sind gesetzliches Zahlungsmittel des Staates und im Umlauf gleichwertig dem Goldgelde.

Bemerkung: Die Regelung der Umwechslung der Banknoten in Goldgeld übernimmt der Minister für Finanzen, Handel und Industrie.

§ 14.

Die Bank setzt im Einvernehmen mit dem Minister für Finanzen, Handel und Industrie die Form und Grösse der Banknoten, die Art und Weise ihrer Emission und das Verhältnis der einzelnen Kategorien der Banknoten fest.

§ 15.

Jedesmal, wenn ein Banknotentyp durch einen neuen Typ ersetzt wird, bezahlt die Bank der Staatskasse denjenigen Wert des zu ersetzenden Banknotentyps, der nicht zur Auswechslung vorgelegt wird.

Diesen Banknoten, deren Wert der Staatskasse ausbezahlt wurde, werden aus der Zahl der in Umlauf befindlichen Banknoten gestrichen, ihre Bezahlung erfolgt auf Rechnung der Staatskasse.

§ 16.

Die Bank darf Bons der Staatsanleihen (Fond Public) und andere vom Staat garantierte Werte erwerben, von den Bons jedoch höchstens bis zu  $\frac{1}{3}$  des Grundkapitals.

Der Erwerb von unbeweglichem Gut darf nur für ihre eigenen Zwecke und nur mit der besonderen Genehmigung des Ministers für Finanzen, Handel und Industrie vorgenommen werden.

§ 17.

Die Vornahme von Operationen, welche in § 18 dieses Gesetzes nicht erwähnt sind, ist der Bank verboten. Der Bank ist nicht gestattet:

1. Die Aufnahme von Anleihen für eigene Zwecke;
2. das Verleihen von Geld sowohl auf dem Wege der Hypothek als auch für Pfandobjekte in Form von Aktien der Industriegesellschaften;



3. für ihre Aktien zu leihen sowie ihre Aktien zu kaufen;
4. weder direkt noch indirekt sich an Industrieunternehmungen zu beteiligen noch irgendwelche anderen kommerziellen Operationen auf eigene Rechnung zu unternehmen, ausgenommen die Operationen, die im § 8 dieses Gesetzes erwähnt sind;
5. jedwede anderen Operationen mit dem Staate zu unternehmen, welche durch dieses Gesetz nicht vorgesehen sind.

### III.

#### Die Verwaltung der Bank.

##### § 18.

Die Verwaltung der Bank wird geleitet vom Generaldirektor und den Direktoren, welche zusammen die Bankverwaltung bilden. Mitglieder der Bankverwaltung können nur litauische Staatsbürger sein.

Die Tätigkeit der Bankverwaltung wird von dem Aufsichtsrat kontrolliert.

Bankverwaltung und Aufsichtsrat bilden den Generalrat der Bank. Ausserdem besteht ein Eskontokomitee.

Bemerkung: Der Generaldirektor und die Direktoren dürfen keine Aemter in anderen Banken bekleiden.

#### 1. Bankverwaltung,

##### § 19.

Den Generaldirektor ernennt und entlässt der Präsident der Republik auf Vorschlag des Ministerkabinetts.

Bemerkung: Den Vertreter des Generaldirektors bestimmt der Präsident der Republik aus der Reihe der Direktoren.

##### § 20.

Die Entschädigung für den Generaldirektor zahlt die Bank.

##### § 21.

Der Generaldirektor der Bank führt den Vorsitz in den Sitzungen der Bankverwaltung und des Generalrats.

##### § 22.

Die Beschlüsse der Bankverwaltung, des Generalrats und der Generalversammlung werden durch Verfügung des Generaldirektors der Bank ausgeführt.

##### § 23.

Der Generaldirektor beaufsichtigt die Durchführung dieses Gesetzes, des Statuts und der Richtlinien der Bank und ernennt und entlässt die Bankangestellten.

##### § 24.

Der Generaldirektor unterzeichnet die von der Bankverwaltung angenommenen Verträge, Transaktionen und anderen Akte.

§ 25.

Der Generaldirektor hat das Recht, die Inkraftsetzung der Beschlüsse der Bankverwaltung und des Aufsichtsrats zu verhindern. Wenn eine solche Verhinderung der Inkraftsetzung der Beschlüsse eingetreten ist, übergibt der Generaldirektor die Angelegenheit dem Generalrat zur Entscheidung, dessen Sitzung auf beschleunigtem Wege einberufen wird. Der Beschluss des Generalrats bedarf der Bestätigung des Ministers für Finanzen, Handel und Industrie.

§ 26.

Die Bankdirektoren werden von der Generalversammlung der Aktionäre aus der Reihe der Aktionäre auf drei Jahre gewählt.

§ 27.

Ueber alle Angelegenheiten der Bank, mit Ausnahme derjenigen, welche gesetzlich und nach dem Bankstatut anderen Organen der Bank übertragen sind, entscheidet die Bankverwaltung.

§ 28.

Die Tätigkeiten der Bankverwaltung sind folgende:

1. Sie setzt die Eskontobedingungen und die Höhe der Prozente fest sowie die Höhe der Vorschüsse für die verpfändeten Staatspapiere oder andere vom Staate garantierte Werte; die von der Bankverwaltung festgesetzten Eskontobedingungen und die Höhe der Prozente und Vorschüsse werden von dem Aufsichtsrat bestätigt;
2. sie setzt die Entschädigung für die Bankangestellten fest, im Bedarfsfalle setzt sie auch die Höhe der Kautionen der Angestellten fest;
3. sie bereitet den Bericht über die Operationen der Bank für die Generalversammlung der Aktionäre vor.

§ 29.

Die Sitzungen der Bankverwaltung sind beschlussfähig, wenn an ihnen die Mehrheit der Mitglieder teilnimmt.

Alle Beschlüsse in den Sitzungen der Bankverwaltung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

## 2. Aufsichtsrat.

§ 30.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Generalversammlung aus der Mitte der Aktionäre auf drei Jahre gewählt. Ausländer können im Aufsichtsrat vertreten sein, entsprechend dem in ihrem Besitz befindlichen Anteil am Grundkapital.

§ 31.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und den Sekretär des Aufsichtsrats.

§ 32.

Die Sitzungen des Aufsichtsrats sind beschlussfähig, wenn an ihnen die Mehrheit seiner Mitglieder teilnimmt. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die zur Verhandlung stehende Frage dem Generalrat zur Entscheidung vorzulegen.

§ 33.

Falls es nicht möglich ist, den Aufsichtsrat beschlussfähig zusammenzurufen, sind dringende Angelegenheiten dem Generalrat zur Entscheidung zu übergeben.

§ 34.

Die Tätigkeiten des Aufsichtsrats sind folgende:

1. Er bestätigt den von der Bankverwaltung vorgelegten Ausgabenetat und die Bilanz;
2. er bestätigt die von der Bankverwaltung festgesetzten Eskontobedingungen, die Höhe der Prozente und die Höhe der für verpfändete Staatspapiere oder andere vom Staate garantierten Werte zu zahlenden Vorschüsse;
3. er prüft die Vorschläge der Bankverwaltung betreffend die Aenderung und Ergänzung des Bankstatuts und die Erwerbung von unbeweglichem Gut sowie die Abschreibung hoffnungsloser Darlehen;
4. er entscheidet über alle von der Bankverwaltung eingebrachten Fragen.

### 3. Zentral-Eskonto-Komitee.

§ 35.

Die Mitglieder des Zentral-Eskonto-Komitees wählt der Generalrat aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Die Mitglieder des Eskonto-Komitees können auch Mitglieder des Aufsichtsrats sein.

§ 36.

Die Mitglieder des Eskonto-Komitees werden auf zwei Jahre gewählt. Alljährlich wird eine Hälfte des Komitees neu gewählt. Zurückgetretene Mitglieder können wieder gewählt werden.

§ 37.

Das Eskonto-Komitee prüft die vorgelegten kommerziellen Verpflichtungen und falls dieselben die notwendigen Garantien bieten, schlägt es der Bankverwaltung ihre Annahme vor.

### 4. Generalrat.

§ 38.

Der Generalrat tritt mindestens einmal monatlich zur Beratung der allgemeinen Angelegenheiten der Bank zusammen.

§ 39.

Der Generalrat bestätigt die Instruktionen der inneren Ordnung der Bank sowie ihrer Filialen und Agenturen.

§ 40.

Der Generalrat entscheidet über die Notwendigkeit der Eröffnung und Schliessung von Filialen und Agenturen der Bank. Ausserdem entscheidet der Generalrat über die Fragen, welche ihm gemäss dem Bankstatut und der Instruktion der inneren Ordnung zukommen.

5. Revisionskommission.

§ 41.

Die Revisionskommission wird von drei Aktionären gebildet, welche die Generalversammlung der Aktionäre auf ein Jahr wählt.

§ 42.

Die Revisionskommission ist berechtigt, jederzeit eine Revision des Vermögens und der Bücher der Bank vorzunehmen.

Am Ende eines jeden Jahres hat die Revisionskommission die Schlussabrechnung und die Bilanz zu prüfen und ihre Meinung darüber der Generalversammlung der Aktionäre vorzutragen.

In besonderen Fällen hat die Revisionskommission das Recht der Einberufung einer Generalversammlung der Aktionäre.

6. Generalversammlung der Aktionäre.

§ 43.

Die Generalversammlungen sind entweder ordentliche oder ausserordentliche.

Zeitpunkt und Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlungen werden nach dem Bankstatut festgesetzt.

§ 44.

Ausserordentliche Generalversammlungen beruft im Bedarfsfalle die Bankverwaltung ein. Ausserdem müssen ausserordentliche Generalversammlungen in folgenden Fällen einberufen werden:

1. auf Ersuchen des Aufsichtsrats;
2. auf Ersuchen der Revisionskommission;
3. bei Verminderung der Zahl der Direktoren auf die Hälfte;
4. auf Antrag von Aktionären, welche zusammen Aktien im Werte von mindestens  $\frac{1}{20}$  des Grundkapitals besitzen.

§ 45.

Aktionäre, welche mindestens vier Aktien haben, können an den Generalversammlungen mit beschliessender Stimme teilnehmen. Weiterhin geben je zehn Aktien eine Stimme, jedoch darf niemand mehr Stimmen haben als  $\frac{1}{5}$  des Grundkapitals der Bank ausmacht.

§ 46.

Aktionäre, welche an der Generalversammlung nicht teilnehmen können, dürfen einem anderen Aktionär, welcher das Stimmrecht besitzt, ihre Stimme übertragen. Ein Aktionär darf jedoch nicht mehr als zwei solcher Bevollmächtigungen ausführen.



§ 47.

Alle Fragen, ausgenommen die §§ 50 und 57 dieses Gesetzes, werden auf den Generalversammlungen mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden. Bei Stimmengleichheit gilt die zur Verhandlung stehende Frage als abgelehnt.

§ 48.

Auf den Generalversammlungen werden alle Wahlen und Entlassungen in geheimer Abstimmung vorgenommen.

§ 49.

Die Vergrößerung des Grundkapitals der Bank, die Ergänzung und Aenderung des Statuts und die Entlassung von Mitgliedern der Bankverwaltung und des Aufsichtsrats geschehen mit Zweidrittelmehrheit. An einer solchen Versammlung müssen die Eigentümer von Aktien im Betrage von mindestens der Hälfte des Grundkapitals anwesend sein.

§ 50.

Die Generalversammlung berät die in der Tagesordnung vorgesehenen und die von Aktionären, welche mindestens  $\frac{1}{20}$  des Grundkapitals besitzen, eingebrachten Fragen, wenn diese Fragen der Bankverwaltung nicht später als zehn Tage vor der Versammlung eingereicht worden sind.

§ 51.

Die Beschlüsse der Generalversammlung erlangen Rechtskraft, wenn sie vom Minister für Finanzen, Handel und Industrie bestätigt worden sind.

§ 52.

Die Generalversammlung:

1. bestätigt den Jahresabschluss der Bank;
2. verteilt den Reingewinn;
3. wählt die Direktoren sowie die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Revisionskommission;
4. bestimmt die Entschädigung für die Mitglieder der Bankverwaltung, des Aufsichtsrats, des Eskonto-Komitees und der Revisionskommission;
5. beschliesst den Erwerb von unbeweglichem Gut;
6. berät die Anträge auf Ergänzung oder Aenderung des Statuts.

## 7. Verteilung des Reingewinns.

§ 53.

Das Geschäftsjahr der Bank rechnet vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.

§ 54.

Der jährliche Reingewinn wird nach folgendem Plan verteilt:

1. 10% zum Reservekapital;
2. vom verbleibenden Reingewinn wird eine Dividende bis zu 8% an die Aktionäre ausgeschüttet;
3. vom verbleibenden Reingewinn wird eine Tantieme in Höhe von 8% an die Mitglieder der Bankverwaltung und von 2% an die Mitglieder des Aufsichtsrats verteilt im Verhältnis der von ihnen bezogenen Entschädigung;
4. von der verbleibenden Summe erhält  $\frac{1}{3}$  der Staat;

5. von der verbleibenden Summe wird die Dividende der Aktionäre bis auf 12% ergänzt;
6. vom verbleibenden Gewinn werden 50% an den Staat abgeführt, während die restlichen 50% nach dem Ermessen der Generalversammlung der Aktionäre verteilt werden.

## 8. Liquidation der Bank.

### § 55.

Falls sich das Grundkapital der Bank bis auf die Hälfte vermindern sollte und die Generalversammlung der Aktionäre nicht damit einverstanden ist, es zu ergänzen, werden die Geschäfte der Bank liquidiert.

### § 56.

In allen anderen Fällen kann die Bank nur auf Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre mit Dreiviertelmehrheit liquidiert werden. An einer solchen Versammlung müssen die Eigentümer von mindestens der Hälfte des Aktienkapitals teilnehmen.

### § 57.

Bei der Liquidation der Bank wählt nach Ablauf der Frist oder vor Ablauf derselben die Generalversammlung der Aktionäre die Liquidatoren und setzt den Liquidierungsplan fest.

Die von der Generalversammlung gewählten Liquidatoren und der Liquidationsplan werden vom Minister für Finanzen, Handel und Industrie bestätigt.

### § 58.

Bei der Liquidation der Bank haben die Besitzer von Banknoten das Vorrecht auf Entschädigung aus dem Aktiva der Bank.

### § 59.

Bei der Liquidation der Bank auf Grund der §§ 56 und 57 dieses Statuts hat die Regierung das Recht der Uebernahme der Passiva und Aktiva zum wahren Wert.

## 9. Allgemeine Grundsätze.

### § 60.

Das Bankstatut, welches auf Grund dieses Gesetzes gebildet ist, wird vom Ministerkabinett bestätigt.

### § 61.

Eigentum, Kapitalien, Umsatz und Verdienst der Bank sind von allen Abgaben sowohl des Staates als auch der Selbstverwaltungen befreit.

### § 62.

Die Durchführung dieses Gesetzes liegt dem Minister für Finanzen, Handel und Industrie ob.

Angenommen in dritter Lesung am 11. August 1922.

## Lettland und Estland.

### **Verordnung zur Regelung der Währung für Livland und Estland.**

(Verordnungsblatt für Liv- und Estland; Dorpat 29. Juli 1918, S. 333.)

#### § 1.

Der russische Rubel wird als gesetzliches Zahlungsmittel ausser Kurs gesetzt. Niemand ist verpflichtet, russische Rubel anzunehmen oder zu zahlen.

#### § 2.

Waren aller Art dürfen nur in Markwährung ausgezeichnet oder angeboten werden.

#### § 3.

Die Umrechnung von Rubelforderungen in Mark erfolgt zum Satze von einer Mark für den Rubel jeder Art.

Der Umrechnungssatz beträgt 1,50 Mark, wenn die Forderung zum Gegenstand hat:

- a) Zinsen hypothekarisch gesicherter Forderungen;
- b) Geldleistungen, die zum Zwecke der Tilgung hypothekarisch gesicherter Hauptforderungen nach einem vereinbarten Plane in Form von Zinszuschlägen oder ersparten Zinsen zu zahlen sind;
- c) Pacht-, Grund- und Mietainsen;
- d) Leibrenten, Gehälter, Pensionen;
- e) Schadenersatz, Vertragsstrafen oder sonstige Leistungen, die mangels Erfüllung der zu a bis d genannten Ansprüche gefordert werden können.

#### § 4.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 6000 Mark und Gefängnis bis zu zwei Jahren, einzeln oder in Verbindung miteinander, bestraft. An die Stelle einer Geldstrafe tritt im Nichtbeitreibungsfalle eine Gefängnisstrafe nach Massgabe der §§ 28, 29 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich.

#### § 5.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Armee-Hauptquartier, den 20. Juli 1918.

---

### **Das Geld der „westrussischen Regierung“.**

Laut Tagesbefehl des Oberbefehlshabers der Freiwilligen Westarmee vom 24. Oktober wird Geld der Freiwilligen Westarmee im Betrage von 10 Millionen Mark in Umlauf gesetzt, und zwar in Scheinen zu 1, 5, 10 und 50 Mark. Vom 25. Oktober ab haben diese Geldwerte im ganzen von der Freiwilligen Westarmee besetzten Gebiet gleichberechtigt mit dem Ostgeld Verwendung zu folgendem obligatorischen Kurse: 2 Mark im Gelde der Freiwilligen Westarmee gleichen 1 Ostrubel oder 2 Zarenrubel.

Die ausgegebenen Scheine müssen ab 10. April 1920 gegen Mark oder gleichwertige russische Valuta eingelöst werden und sind durch das gesamte Heeresgut der Freiwilligen Westarmee wie auch durch das gesamte in dem von der Freiwilligen Westarmee besetzten Gebiet belegene Kroneigentum garantiert. Die Kassenscheine der Freiwilligen Westarmee werden im Westkreditkontor in Mitau in Ostgeld umgewechselt:

- a) an alle Militäarchargen der Freiwilligen Westarmee, welche sich auf Urlaub in die Heimat begeben oder welche durch Vermittlung des Westkreditkontors ihren Familien Geld überweisen;
- b) an alle Personen, welche die Genehmigung für eine Auslandsreise besitzen;
- c) an alle Kaufleute, welche ausländische Waren beziehen, und zwar in Beträgen, welche eine böswillige Spekulation mit der Valuta ausschliessen.

Mitau, den 24. Oktober 1919.

---

## **Gesetz über das einzige Zahlungsmittel und die Regelung der früheren Verträge und Schulden.**

(Angenommen vom Volksrat am 18. März 1920, veröffentlicht im „Wald. Wehstu“ Nr. 71 vom 26. März 1920.)

### **Gesetzliches Zahlungsmittel.**

1. Einziges gesetzliches Zahlungsmittel in Lettland sind das lettische Geld und die Staatskassenscheine.

2. Sämtliche Verträge (negotium) sind einzig und allein in lettländischer Valuta abzuschliessen sowie Zahlungen ausschliesslich in ihr zu leisten.

Diese Bestimmungen beziehen sich auf Verträge den ausländischen Ex- und Import betreffend. Operationen der Kreditanstalten mit dem Auslande, Wechseloperationen und Verträge, als deren Erfüllungsort das Ausland vorgesehen ist. Steuern auf in ausländischer Valuta geschlossene Verträge sind nach der theoretischen Parität zu berechnen, wobei der Finanzminister das Recht hat, die Einkassierung der Steuern in ausländischer Valuta anzuordnen.

Anmerkung: Die Regierung kann die Herausgabe von Aktien und Obligationen gestatten, wie auch Obligationen auf unbewegliches Eigentum herstellen und sie verkaufen, wobei der Finanzminister das Recht hat, 25% von der zu verkaufenden Summe nach dem Kurse des Finanzministeriums zu erwerben.

3. Bei in ausländischer Valuta abgeschlossenen Verträgen, die den oben angeführten Punkten widersprechen, ist niemand gezwungen, anders als in lettländischer Valuta zu zahlen, laut dem am Vertrags-tage notierten Börsenkurse, ungeachtet anderer Normierung.

4. Frühere Verträge und Schulden in russischer und deutscher Valuta, deren Erfüllung nach dem Gesetz oder laut Vertrag in Lettland vorgesehen ist, sind in lettländischem Gelde zu leisten:

- a) falls der Vertrag vor dem 1. Januar 1918 abgeschlossen worden ist, zu folgendem Kurse:  $1\frac{1}{2}$  russische Rubel =  $1\frac{1}{2}$  deutsche resp. Ostmark = 1 lett. Rubel;



b) falls der Vertrag nach dem 1. Januar 1918 abgeschlossen ist, gelten 2 russische Rubel = 2 deutsche Ostmark = 1 lett. Rubel.

Diese Bestimmungen beziehen sich auf Renten, jedoch nicht auf Schulden, die bereits beglichen sind.

Verträge, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen sind und auf Grund des Vertrages den formellen Abschluss in ausländischer Valuta vorsehen, sind nicht bindend, ausgenommen Verträge, die schon von beiden Seiten faktisch erfüllt sowie auch in Fällen, die in § 2 dieses Gesetzes angeführt sind.

5. Die früheren Verträge sind in der von ihnen vorgesehenen Valuta zu erfüllen, falls sie sich auf die im § 2 angeführten Abschlüsse beziehen, welche in ausländischer Valuta abgeschlossen werden können. Die Steuern von derartigen Abschlüssen sind nach der theoretischen Parität zu berechnen, wobei der Finanzminister berechtigt ist, das Einkassieren der Steuer in ausländischer Valuta zu bestimmen. Falls der Vertrag nach dem 1. Januar 1918 in russischer Valuta abgeschlossen ist, so ist nach dem Kurse zu berechnen: 2 russische Rubel = 1 lett. Rubel.

Die erwähnte Bestimmung über die Berechnung laut Parität bezieht sich nicht auf die Steuern, welche bereits vor Veröffentlichung dieses Gesetzes berechnet oder auferlegt sind, wenn die Steuer sich nach Berechnung laut Parität verringern sollte.

6. Innerhalb sechs Monaten, gerechnet vom Tage der Ausgabe dieses Gesetzes, kann der Schuldner alle bis zu diesem Tage erhobenen Geldforderungen, einschliesslich hypothekarischer, aber ausschliesslich periodischer Alimenten- und Leibrentenforderungen sowie Miet- und Arrendeforderungen völlig oder zum Teil vor dem gesetzlich vorgesehenen oder bestimmten Termin und unabhängig von der Kündigung der Schuld, tilgen. Falls der Gläubiger sich weigert, die Zahlung anzunehmen oder dessen Wohnort dem Schuldner unbekannt oder unerreichbar ist, oder der Gläubiger nicht imstande ist, dem Zahler die zuständigen Forderungsdokumente auszuhändigen, ist der Schuldner berechtigt, seine Schuld den Umständen entsprechend nach den Bestimmungen zu tilgen, die in der Zivilprozessordnung §§ 2047 und 2083 und den folgenden vorgesehen sind, wobei der in § 2961 vorgesehene Veröffentlichungstermin einen Monat lang ist.

7. Sämtliche in Lettland ausgegebenen Wertpapiere mit bestimmtem Einkommen, wie Obligationen, Pfandbriefe usw. sowie auch Aktien und Anteilscheine sind vom Finanzminister in der vorgesehenen Ordnung in lettländische Valuta umzuschreiben, ausgenommen die in der Anmerkung zu § 2 angeführten Fälle.

Anmerkung: Die erwähnten Wertpapiere sind in der Druckerei für Staatspapiere zu drucken.

### **Neue Fassung des Artikels 6 des Gesetzes vom 18. März 1920 über das einzige Zahlungsmittel und die Regelung der früheren Verträge und Schulden.**

Im Laufe eines Jahres, gerechnet vom 18. März 1920, kann der Schuldner alle bis zum genannten Tage entstandenen Geldforderungen, einschliesslich hypothekarischer, doch ausgenommen periodische Alimente, lebenslängliche Rente, Miete und Pachtzahlungen, vollständig oder zum

Teil noch vor dem im Gesetz bestimmten oder vereinbarten Termin unabhängig von der Kündigung der Schuld begleichen. Wenn der Gläubiger sich weigert, diese Zahlung anzunehmen, wenn sein Wohnort dem Schuldner nicht bekannt ist, oder wenn der Gläubiger nicht imstande ist, dem Schuldner die betreffenden Dokumente auszuhändigen, so hat der Schuldner das Recht, seine Schuld, je nach Umständen, in der Ordnung zu tilgen, die im Artikel 2047 oder im Artikel 2083 und in den darauf folgenden Artikeln der Zivilprozessordnung festgesetzt ist, wobei der im Artikel 2061 vorgesehene Termin zur Publikation einen Monat währt.

# Literaturverzeichnis.

## I. POLEN.

- Adamczewski, Tadeusz: «Reforma Walutowa w Polsce.» Poznan 1919.
- Bernhard, Ludwig: «Die Polenfrage.» «Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat.» Leipzig 1910.
- Bielschowsky, Frida: «Die Textilindustrie des Lodzer Rayons.» Leipzig 1912.
- Brawer, Dr. A. I.: «Galizien, wie es an Oesterreich kam.» Wien 1910.
- Brüggen, Ernst v. d.: «Polens Auflösung.» Leipzig 1878.
- Bubnoff, v.: «Die neuere Entwicklung der Montanindustrie in Polen und Russland». Nr. 7 und 8 des «Industrie-Kuriers».
- Cleinow, George: «Die Zukunft Polens.» Leipzig 1914.
- Cromer, Martin: «Beschreibung des Königreichs Polen.» Leipzig 1741.
- Cwiklinski, Dr. L.: «Das Königreich Polen vor dem Kriege.» Wien und Leipzig 1917.
- Czartoryski, A.: «Nachrichten über Polen.» Salzburg 1793.
- Feldmann, W.: «Geschichte der politischen Ideen in Polen und dessen Teilungen.» München und Berlin 1917.
- Fiedler, L. K.: «Die Eisenhüttenindustrie im Königreich Polen», in «Stahl und Eisen» 1916. Heft 2 S. 48 ff.
- «Das Kupfervorkommen in Polen», in «Metall und Erz» 1916, Heft 9.
- «Die Vorkommen von Bleierzen und Zinkerzen in Polen», in «Metall und Erz» 1916. Heft 14.
- Fink, W.: «Die neuen polnischen Handelsgesetze», in «Juristische Wochenschrift» S. 189—219.
- Flegel, Dr. K.: «Die wirtschaftliche Bedeutung der Montanindustrie Russlands und Polens.» Leipzig und Berlin 1920.
- Gerke, A.: «Der Toneisensteinbergbau bei Czenstochau», in «Glückauf», Essen 1919.
- Golinska, Dr. I. D.: «Miasta i cechi w dawnej Polsce.» Warszawa 1906.
- «Die wirtschaftliche und politische Lage Polens bei Ausbruch des Krieges», in «Archiv für Staatswissenschaften und Sozialpolitik» 1915, S. 710, 712.
- Grabowski, Dr. A.: «Die polnische Frage.» Berlin 1916.
- Guttry, v.: «Die Polen und der Weltkrieg.» Krakau 1917.
- Haase, D. Berthold: «Das Recht der polnischen Valuta.» Berlin 1921.
- Haase, Dr. Theodor: «Die Bielitz-Bialaer Schafwollwaren - Industrie.» Teschen 1873.
- Handelsman, Marcelli: «Die mittelalterliche polnische Sozialgeschichte.» Stuttgart 1920.
- Harnik: «Die Vermögensabgabe in Polen», in «Berichte aus den neuen Staaten», Jahrgang 1922.

- Hassenkamp, Dr.: «Handelspolitische Verhandlungen zwischen England und Polen in den Jahren 1397—1598.» Aus «Zeitschrift der hist. Ges. für die Provinz Posen» 1887, S. 91 ff.
- «Ein venezianischer Gesandtschaftsbericht aus dem 16. Jahrhundert über das Königreich Polen.» Aus «Zeitschrift der hist. Ges. für die Provinz Posen» 1886, S. 60 ff.
- Hilgermann, Bernhard: «Der Handel Schlesiens mit Polen.» Breslau 1921.
- Hoetzsch, Otto: «Die Polenfrage in Russland und Oesterreich.» Ostland 1913 Lissa S. 183.
- Huppe, Dr. S.: «Verfassung der Republik Polen.» Berlin 1867.
- Jasinski, Dr. L.: «Beiträge zur Finanzgeschichte Polens im 18. Jahrhundert.» Posen 1910.
- Jekel, Franz Joseph: «Polens Handelsgeschichte.» Wien und Triest 1809.
- Kaindl, R. F.: «Polen.» Leipzig und Berlin 1917.
- Kalinka, Valerian: «Der vierjährige polnische Reichstag.» Aus dem Polnischen übersetzt von Marie Dohm. Berlin 1896.
- Kessel, Otto: «Das deutsche Polen.» Berlin 1917.
- Kollantaj, Hugo: «Vom Entstehen und Untergang der polnischen Institution vom 3. Mai 1791.» Uebersetzt von Linde 1793.
- Konieczny, Dr. Franciszek: «Waluta Polska czy Międzynarodowa.» (Polnische oder internationale Valuta) Warschau 1921.
- Krantz, Fr.: «Einiges über die galizische Erdölindustrie.» Kattowitz 1912.
- Kranz, Prof. M.: «Neu-Polen.» München 1915.
- Krasinski, Dr. Graf Adam: «Geschichtliche Darstellung der Bauernverhältnisse in Polen.» I. Teil.
- Kratter, Fr.: «Briefe über den jetzigen Zustand von Galizien.» Ein Beitrag zur Statistik pp. Leipzig 1786.
- Krzemicki, Dr Stanislaus: «Die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens.» In «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik» 119. Band III. Folge 64. Band Seite 25. Jena, Juli 1922.
- Krzyżanowski-Kumaniecki: «Handbuch der polnischen Statistik.» Posen 1918.
- Kutrzeba, Dr. St.: «Grundriss der polnischen Verfassungsgeschichte.» Berlin 1912.
- Kurzelewska, Ladisława v.: «Die Landarbeiterverhältnisse im Königreich Polen.» Züricher Dissertation 1909.
- Lelewel, Joachim: «Betrachtungen über den politischen Zustand des ehemaligen Polens.» Brüssel, Leipzig 1845.
- Leonhard, Dr. R.: «Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.» Aus Schmollers Jahrbuch 1916, S. 1241 ff.
- «Zur Soziologie des Polentums.» Stuttgart 1917.
- Lewy, Marcelli: «Das volkswirtschaftliche Leben des Königreichs Polen.» Uebersetzt von Abramowitz.
- Luxemburg, Rosa: «Die industrielle Entwicklung Polens.» Leipzig 1898.
- Naumann: «Was wird aus Polen?» Berlin 1917.
- Niemira-Sztencel, L.: In «Internat. Donau-Lloyd» vom 15. Mai 1922.
- Osborne, Sidney: «Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem.» Berlin 1921.
- Petraschek: «Der Osten.» 1920.
- Pilat, Tadeus: «Handbuch der Statistik Galiziens.» Lemberg.
- Pretzel, R.: «Der Valutaverkehr in Polen.» In «Auslandsrecht» Nr. 6 vom 15. März 1922.
- Proczyński, Tadeusz: «Projekt Reformy Waluty w Polsce.» Warschau 1921.



- Przybyszewski, Str.: «Von Polens Seele.» Jena 1917.
- Rabinowitz, S.: «Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rusland bis zur grossen Revolution 1905.» Berlin 1913.
- Rachel, Hugo: «Polnische Handels- und Zollverhältnisse im 16.—18. Jahrhundert.» Schmollers Jahrbuch 1909, S. 469.
- Rakowski, Dr. Kasimir v.: «Entstehung des Grossgrundbesitzes im 15. und 16. Jahrhundert in Polen.» Posen 1899.
- Rembowski, Dr. A. v.: «Polnische Agrarier. Gesetzgebung und staatsgebende Ordnung vom Jahre 1791.» Heidelberg 1873.
- Reymann, Edmund Jan.: «Die Weichsel als Wasserstrasse.» Warschau 1912.
- Rocznik, Statystyczny: «Krolestwa Polskiego.» Warschau 1911/12.
- Rogoyski, Dr. Kasimir: «Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Galiziens.» Krakau 1915.
- Rose, Dr. E.: «Die Grossindustrie des Königreichs Polen.» Diss. Berlin 1917.
- «Industrielle Entwicklung und politische Tendenzen im Königreich Polen.» Schmollers Jahrbuch 1918.
- Rosinski, Stefan: «Der Getreidehandel im Königreich Polen und die deutschen Getreidezölle.» Posen 1916.
- Rostworowski, Graf A. J. F. C. von: «Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse im Königreich Polen im 19. Jahrhundert.» Jena 1896.
- Roth, Dr. P.: «Die politische Entwicklung in Kongress-Polen während der deutschen Okkupation.» Leipzig 1919.
- Rukser: «Die Rechtslage der Deutschen in Polen.» Berlin 1921.
- Schiemann: «Russland, Polen und Livland.» Berlin 1886/87.
- Schmidt, Dr. Erich: «Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft.» Bromberg 1904.
- Schmidt, Dr. Robert: «Städtewesen und Bürgertum in Neuostpreussen.» Königsberg i. Pr. 1913.
- Simon, H. F.: «Vom polnischen Gewerbe. Charakteristik der gewerblichen Entwicklung.» Dissertation Berlin 1921.
- Spitzmüller: «Die österreichische Währungsreform von 1893.»
- Steiner, Friedrich: «Gesetzgebung der Sukzessionsstaaten.» Wien 1920.
- Strassburger, Edmund: «Zur Entwicklung der Arbeiterfrage im Königreich Polen.» Warschau 1907.
- Taylor, Dr. Edward: «Prawo skarbowe Rzeczpospolitej Polskiej. Poznan 1920.
- Tennenbaum: «Bilans handlowy Krolestwa Polskiego.» Warschau 1916.
- Wagner: «Das polnische Valutagesetz und die deutschen Gläubiger.» Berlin 1920.
- Warschauer, Dr. A.: «Geschichte der Provinz Posen in polnischer Zeit.» Posen 1901.
- Warszawski, Dr. M.: «Die Entwicklung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Polen und die Bauernfrage im 18. Jahrhundert.»
- Weinberger, Dr. Otto: «Die Abstempelung der Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank.» Wien, Bankarchiv Nr. 20.
- Wittochewsky, Valentin: «Russlands Handels-, Zoll- und Industriepolitik von Peter dem Grossen bis auf die Gegenwart.» Berlin 1905.
- Wobly, K.: «Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Polens», in «Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung.» Wien und Leipzig 1909, S. 355.
- Zechlin, Dr. E.: «Die Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung im Zarentum Polen.» Berlin 1916.
- «Handbuch der Politik.» Berlin und Leipzig 1920, S. 325 ff.

- Zedlitz, Frhr. v.: «Polen.» Berlin 1831.  
Zeiller: «Beschreibung von Ungarn und Polen.» Ulm 1646 und 1647.  
Zivier, E.: «Polen.» Gotha 1917.  
— «Neuere Geschichte Polens.» Gotha 1915.  
— «Entwicklung und Bedeutung der oberschlesischen Eisenindustrie.» Kattowitz 1913.  
«Der polnische Staat.» Cölln 1697.  
«Handbuch von Polen.» (Kongresspolen.) Herausgegeben von Dr. Ernst Wunderlich. Berlin 1918.  
«Polen, Entwicklung und gegenwärtiger Zustand.» Bern 1918.  
«Vie économique de la Pologne.» Paris-Lausanne 1919.

## II. LITAUEN.

- Aschmies, M.: «Land und Leute in Litauen.» Breslau 1918.  
Ehret, Dr. Joseph: «Litauen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.» Bern 1919.  
Eismann, F. W.: «Wytautas Geschichten und Geschichte aus Litauens Vergangenheit.» Breslau 1918.  
Engelmann: «Leibeigenschaft in Russland.» Berlin 1886.  
Fittbogen, Gottfried: «Deutsche Rundschau», «Um Litauen.» (S. auch «Literarische Rundschau».) Berlin 1918.  
Haleki: «Geschichte der Union Litauens mit Polen.» Wien 1919.  
Jungfer, Victor: «Kulturbilder aus Litauen.» Berlin 1918.  
Kessler, Otto: «Die Baltenländer und Litauen.» Berlin 1916.  
Lelewel, Joachim: «Dzieje Litwy do 1569 rokn. Wilno 1826.  
Müller, Ernst Ferdinand: «Statistisches Handbuch von Litauen.» Königsberg 1918.  
Römer, Eugen v.: «Beiträge zu Litauens Wirtschaftsgeschichte.» München 1897.  
Skalweit, Prof. D. B.: «Die Landwirtschaft in den litauischen Gouvernements.» Jena 1918.  
Smetona: «Die litauische Frage.» Berlin 1918.  
Starost, Georg: «Litauische Geschichte.» Tilsit 1921.  
Vidunas: «Litauen in Vergangenheit und Zukunft.» Tilsit 1917.  
Wasilewski, Leon.: «Die Ostprovinzen des alten Polenreichs.» Krakau 1917.  
Weber, Prof. Dr. P.: «Wilna, eine vergessene Kunststätte.» Wilna 1917.  
Wronka, Johannes: «Kurland und Litauen.» Freiburg i. B. 1917.  
Zechlin, Erich: «Litauen und seine Probleme.» (Int. Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik.) Leipzig-Berlin 1915.  
«Allgemeine Litauische Rundschau.» (Monatsschrift für das gesamte Leben des litauischen Volkes.) Tilsit 1910, 1911, 1912, 1921.  
«Das neue Litauen» Jahrgang 1918.  
«Das Strassennetz in Litauen und Kurland.» Berlin 1912.

### III. LETTLAND UND ESTLAND.

- Baer: «Die Entwicklung der Fabrikindustrie Libaus.» Libau (1909) 1898.  
Bernmann, Oskar: «Die Agrarfrage in Estland.» Berlin.  
Bienenstein: «Die Grenzen des lettischen Volksstammes.» Leipzig 1892.  
Bienemann, Fr.: «Aus baltischer Vorzeit.» Leipzig 1870.  
Böhm, Max: «Die Letten.» Berlin 1917. «Kurland in der Vergangenheit und Gegenwart.»  
Bonne, Georg: «Die Letten, ein germanischer Bundesstamm.» Berlin 1920.  
Brevern, Georg v. «Anfänge der zweiten Agrarreform 1839—1842.» Berlin 1892.  
Broederich-Kunnahlen, Silvio: «Das neue Ostland.» Berlin 1915.  
Brunier: «Kurland.» Leipzig 1868.  
Bunge: «Das Herzogtum Estland unter den Königen von Dänemark.» Gotha 1877.  
— «Geschichtliche Entwicklung der Standesverhältnisse in Livland, Estland und Kurland.» Dorpat 1858.  
Campenhausen: «Ein Beitrag zur Agrarstatistik.» Riga 1911.  
Crohn-Wolfgang, H. F.: «Die baltischen Randstaaten und ihre handelspolitische Bedeutung» in Schmollers Jahrbuch 45. Jahrg., 1. Heft, S. 207. München und Leipzig 1921.  
— «Randstaatenpolitik», in «Weltwirtschaftliches Archiv». 17. Band. Jena 1921.  
— «Die Republik Lettland und ihre wirtschaftliche Zukunft.» «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik». Bd. 118/1922, Heft 5.  
Cruse: «Curland unter den Herzögen.» Mitau 1857.  
Dohrmann, Hans: «Aus Kurlands Befreiungstagen.»  
Dorneth, v.: «Die Russifizierung der Ostseeprovinzen.» Leipzig 1887.  
Eschers: «Die ältesten Bewohner der Bernsteinküste von Estland, Livland und Kurland.» Mitau 1883.  
Fleischer, Chr.: «Ergebnisse der Revaler Handelsstatistik.» Reval (1900) 1895.  
Forel: «Für ein freies Lettland im freien Russland.» Riga 1918.  
Frauenstein, Alfred M.: «Freibund der baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen.» Riga 1921.  
Gernet, Axel v.: «Die Anfänge der livländischen Ritterschaften.» Reval 1895.  
Gernet, Bruno v.: «Die Entwicklung des Rigaer Handels der letzten 50 Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges.» Jena 1919.  
Hausmann: «Das Ringen der Deutschen und Dänen um den Besitz Estlands bis 1227.» Leipzig 1870.  
Henkel: «2½ Monate Bolschewistenherrschaft in Mitau.» Berlin 1919.  
Hollmann: «Kurlands Agrarverhältnisse.» Riga 1893.  
Jannau, v.: «Geschichte der Sklaverei und Charakter der Bauern in Lief- und Estland.» 1786.  
Jordan, Paul: «Die Resultate der estnischen Volkszählung 1881.» Reval 1886.  
Jung-Stilling, v.: «Statistisches Material zur Beleuchtung livländischer Bauernverhältnisse.» Petersburg 1868.  
Kassebaum: «Kurland, Livland und Estland.» Berlin 1918.  
Köhne: «Livland, Russland und wir.» Gütersloh 1917.  
Kupffer, K. R.: «Baltische Landeskunde.» Riga 1911.  
Lawrentjew: in Auslandsrecht, Jhrg. 4, Nr. 2, S. 41—46.  
Lembke, B.: «Die neue lettische Währung», in «Weltwirtschaftliches Archiv». Bd. 18, Heft 2, Chronik und Archivalien, S. 116—118.

- Luce, v.: «Wahrheit und Muthinassung.» Bernau 1827.
- Luther, Arthur: «Alt-Dorpat und das russische Geistesleben.» Berlin 1920.
- Mayer, F.: Kurland, eine allgemeine Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie Friedrichsen.» Königsberg.
- Merkel, E.: «Die freien Letten und Esten.» Leipzig 1920.
- Merkel, G.: Die Letten vorzüglich in Lielland am Ende des philosophischen Jahrhunderts.» Leipzig 1800. 2. Auflage.
- «Die Vorzeit Liellands.» Berlin 1798/99. Bd. 1 und 2.
- Mühlau: «Die Ostseeprovinzen Russlands und ihre deutsche Kultur.» Kiel 1906.
- Mueller, Otto: «Die livländische Agrargesetzgebung.» Halle 1892.
- Nedra, Adr.: «Zur Zeitgeschichte 1905/06.»
- Osolin, A.: «Lettisches Volk — Beireiung oder Vergewaltigung.» Riga 1917.
- Pabst, Heinrich: «Von Lettland.» Livländische Chronik. Reval 1867.
- Possart: «Statistik und Geographie des Gouvernements Estland.» Stuttgart 1846.
- Prutz: «Der Kampf um die Leibeigenschaft in Livland.» München 1916.
- Ramm, v.: «Aus Estlands roten Tagen.» Berlin 1906.
- Rautenfeld, v.: «Vier Monate unter den Revolutionären in Livland.» Berlin 1906.
- Rechberg, Arnold: «Die Ostfrage.» Berlin 1921. (Staatspolitischer Verlag.)
- Richter: «Geschichte aus den dem russischen Kaiserreich einverleibten deutschen Ostseeprovinzen.» Riga 1857/58.
- Rosenthal: «Kulturbestrebungen des estnischen Volkes während eines Menschenalters 1869—1900.» Reval 1912.
- Runge, F. G. v.: «Das Herzogtum Estland unter den Königen von Dänemark.» Gotha 1877.
- Rutenberg, v.: «Edelmann und Leipzig.» 1864.
- Rutenberg: «Geschichte der Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland.» Bd. 1 und 2. Leipzig 1859/60. Uf. 2390.
- Sahm: «Heimatkunde von Kurland.» Breslau 1917.
- Salit: «Agrarijantajenus Latwija» (Die Agrarfrage in Lettland). Riga 1919.
- Schilling, Carl: «Baltische Bürgerkunde.» Riga 1908.
- Schirren, C. S.: «Die Grenzen Russlands.» Leipzig 1869.
- Schlozer, v.: «Livland und die Anfänge deutschen Lebens im baltischen Norden.» Berlin 1850.
- Schnettler: «Westfalen und Livland.» Münster 1916.
- Seeberg, P.: «Aus allen Zeiten.» Stuttgart 1885.
- Seraphim: «Aus Kurlands herzoglicher Zeit.» Mitau 1892.
- «Baltische Geschichte im Grundriss.» Reval 1908 Uf. 2420.
- «Geschichte Liv-, Est- und Kurlands.» Reval 1895/96.
- Sievers, Jegor v.: «Materialien zur Kenntnis der Knechtswirtschaft in Livland.» Petersburg 1860.
- Spreti, S.: «Erfahrungen eines praktischen Landwirtes im Baltenlande.» Weinböhla, Aurora.
- Sommerlad: «Die geschichtliche Stellung der russischen Ostseeprovinzen.» Halle 1918 F. 863—6.
- Tiesenhausen, Eduard, Baron v.: «Uebersichtliche Darstellung der historischen Entwicklung der Hauptpunkte aus der livländischen Landesverfassung.» Riga 1860.
- Vorst: «Baltische Bilder.» Leipzig 1919.



- Waldemar: «Die Lettenauswanderung nach Nowgorod im Jahre 1865/67.»  
— «Baltische, namentlich livländische Bauernzustände.» Leipzig 1862.  
Willigerod: «Geschichte Estlands aus der frühesten bis auf unsere Zeit.»  
2. Aufl. Reval 1830.  
Wilpert, v.: «Geschichte des herzoglichen Kurland.» Berlin 1916.  
Winkler, H. v.: «Die Bodenschätze Estlands.» Greifswald.  
Winnig, August: «Am Ausgang der deutschen Ostpolitik.» Berlin 1921.  
Wolfien: «Die Ostseeprovinzen.» München 1916 Ag. 428/5/158.  
Wrangel: «Chronik von Estland.» Dorpat 1845.  
Von einem Estländer: «Zur jungestnischen Bewegung.» St. Petersburg  
1882.  
«Der Este und sein Herr.» Berlin 1861.  
«Erinnerungen eines alten Estländers.» Berlin 1902.  
«Fünzig Jahre russischer Verwaltung in den baltischen Provinzen.»  
Leipzig 1883.  
«Kurland in Vergangenheit und Gegenwart.» Berlin 1910.  
Veröffentlichungen des Statistischen Büros der livländischen Ritter- und  
Landschaft. Riga 1911.  
Verordnungsblatt für Liv- und Estland. Dorpat 1918.  
«Zur Frage der Errichtung eines Freihafens in Riga.» Riga 1917.

## IV. Allgemeine Literatur.

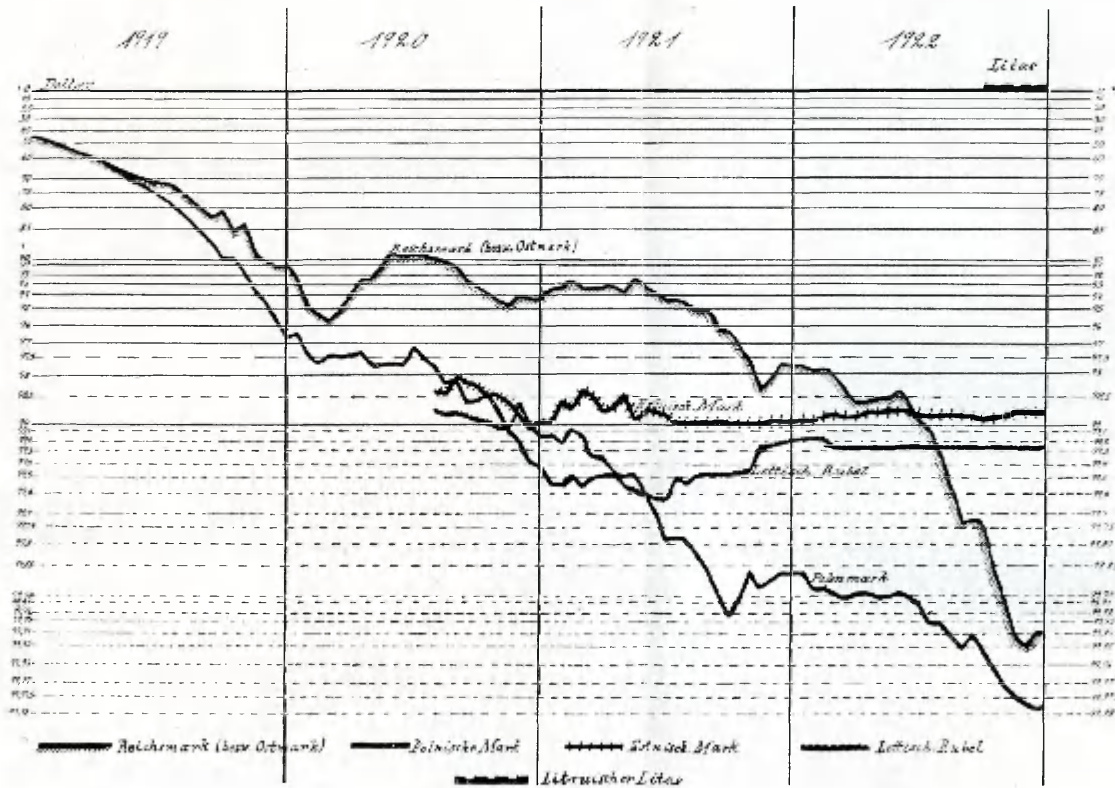
- Basch, Dr. A.: «Theorie inflace.» v Bratislavě 1922.  
Below, Georg v.: «Probleme der Wirtschaftsgeschichte.» Tübingen 1920.  
Bendixen: «Geld und Kapital.» München 1918.  
Brückner, Alexander: «Die Slawen und der Weltkrieg.» Tübingen 1916.  
Dalberg, Dr.: «Bankomark im Aussenhandel?» Berlin 1922.  
Engelbrecht: «Landwirtschaftlicher Atlas des russischen Reiches in Europa  
und Asien.» Berlin 1916.  
Feitelberg, Dr.: «Das Papiergeldwesen in Räte-Russland.» Berlin 1919.  
Hoetzsch, Otto: «Russland.» Berlin 1917.  
Knapp: «Die staatliche Theorie des Geldes.» Leipzig 1912.  
Meise, Dr. Josef: «Geschichte der Juden in Polen und Russland.» Ber-  
lin 1921.  
Revelstein, v. «Die Not der Fremdvölker unter dem russischen Joche.»  
Berlin 1916.  
Schiffer: «Deutschlands Finanzkraft nach dem Kriege.» Berlin 1919.  
Schmoller: «Grundriss. Die russische Politik gegenüber Polen.» II.  
S. 179 ff.  
Schulze-Gävernitz: «Volkswirtschaftliche Studien aus Russland.» 1899.  
Schuster, Karl: «Die Entwicklung der russischen Währungsverhältnisse  
seit dem Krimkriege.» Berlin 1899.  
Sekretariat Sozialer Studentenarbeit: «An den Grenzen Russlands.»  
M.-Gladbach 1916.  
Sering: «Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung.» Ber-  
lin 1920.  
Terhalle: «Währung und Valuta.» Jena 1919.  
Zweig, Emil: «Die russische Handelspolitik.» Leipzig 1906.  
Zwiedinek, Otto v.: «Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestim-  
mungsgrund.» (Jahrbuch f. G. V. und Volksw. im Deutschen  
Reich.) Leipzig 1909, Heft 1.

- «Polnische Blätter.» Jahrgang 1915.
- «Russlands Kultur- und Volkswirtschaft.» Aufsätze und Vorträge, herausgegeben von Max Sering. Berlin 1913.
- «Sammlung statistischer Wirtschaftsangaben über die landwirtschaftliche Produktion.» St. Petersburg. 7. Jahrgang.
- «Völkerverteilung Westrusslands.» Kowno 1917.

## V. Zeitschriften.

- «Auslandsrecht», Blätter für Industrie und Handel. Jahrg. 1919/22.
  - «Baltische Verkehrszeitung». Stettin. 1. Jahrgang.
  - «Berichte aus den neuen Staaten.» Wien. Jahrgang 1—5.
  - «Der Eildienst.» Jahrgang 1921/22.
  - «Der Osten», Zeitschrift für die östliche Wirtschaft. Danzig. Jhrg. 1—3.
  - «Der osteuropäische Markt», Organ des Wirtschaftsinstituts für Russland und die Randstaaten und der deutschen Ostmesse. Königsberg i. Pr. Jahrgang 1—2.
  - «Der Ostexport», Organ für den Warenaustausch zwischen Mittel- und Osteuropa. Berlin 1919/22.
  - «Der Ostkurier.» Oppeln 1920/22.
  - «Der deutsche Aussenhandel.» Berlin 1919/22.
  - «Der Ueberseedienst.» Berlin 1919/22.
  - «Der Wiederaufbau in Europa.» (Manchester Guardian Commercial) 1922.
  - «Der Wirtschaftsdienst.» Herausgegeben vom hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv. Hamburg 1919/22.
  - «Die deutsche Post aus dem Osten.» Nachrichtenblatt des Ausschusses der deutschen Truppen aus den Ländern Alt-Russlands. Herausgegeben von der deutsch-nordischen Gesellschaft und des Ausschusses in Berlin 1920/22.
  - «Die polnische Wirtschaftskorrespondenz.» Herausgegeben vom Osten-Nachrichtendienst G. m. b. H. Berlin 1921/22.
  - «Juristische Wochenschrift.» Jahrgang 1921/22.
  - «Nachrichtenblatt über Ostfragen und ihre politische und wirtschaftliche Auswirkung in Deutschland.» Jahrgang 1—3.
  - «Osteuropäische Wirtschaftszeitung.» Industrie-, Export- und Handelszeitung. Organ des deutsch-russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, des deutsch-polnischen Vereins und des deutsch-finnischen Vereins. Berlin. Jahrgang 1—3.
  - «Ostexpress.» Berlin 1920/22.
  - «Polnischer Lloyd.» Zentralblatt für Polens Handel, Industrie und Volkswirtschaft. Wien. Jahrgang 1—4.
  - «Przegląd Gospodarczy», Warschau 1921/22.
  - «Revue Mensuelle de Statistique.» Warschau 1921/22.
  - «Weltwirtschaftliche Nachrichten des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft.» Kiel 1919/22.
  - «Wirtschaft und Statistik.» Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Berlin 1921/22.
  - Verordnungsblatt der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen (links der Weichsel).
  - Verordnungsblatt der K. und K. Militärverwaltung in Polen.
  - Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau.
-

Entwicklung des Disagios der deutschen Reichsmark (bzw. der Ostmark), der Polenmark, der estnischen Mark, des lettischen Rubels und des litauischen Litas gegenüber dem Dollar.



Entwicklung des Agios (+) bzw. Disagios (−) der Polenmark, der estnischen Mark, des lettischen Rubels, des Zarenrubels und des litauischen Litas gegenüber der Reichsmark.

